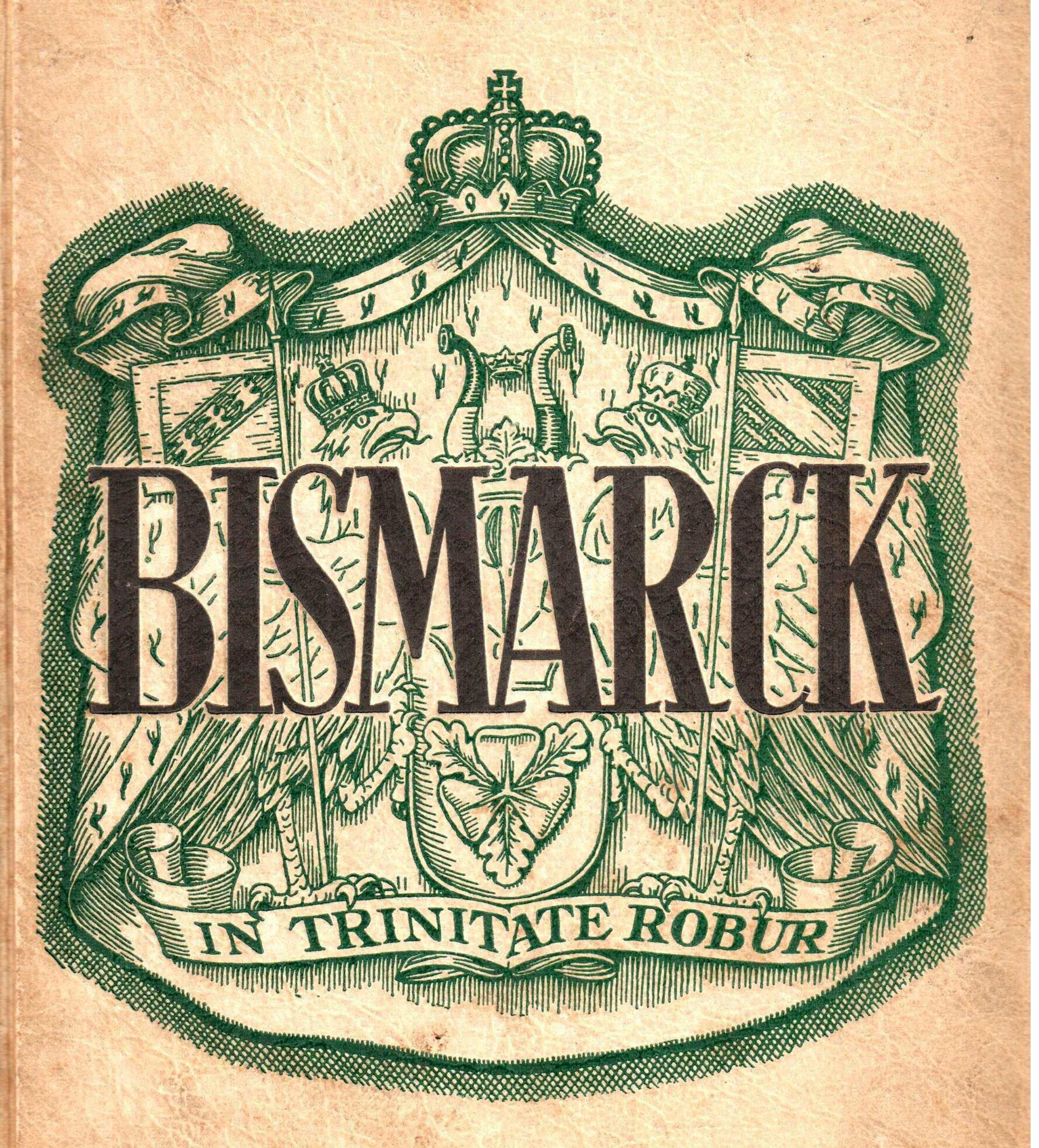
HANNS MARTIN ELSTER



HOFFMANN UND CAMPE VERLAG



HANNS MARTIN ELSTER

BISMARCK

GRÖSSE UND TRAGIK
MACHT UND MASS

DRITTE DURCHGESEHENE AUFLAGE
16.—21. TAUSEND



1 9 4 4

HOFFMANN UND CAMPE VERLAG HAMBURG

Druck: Buchdruckerei Erich Spandel, Nürnberg
Einbandzeichnung von Christoph zur Linde, Hamburg

Inhaltsverzeichnis

ERSTES KAPITEL

Der Ahnen Erbe

Die Größe des Menschen wächst aus seinem Blut, dem Blut seiner Ahnen. Nicht aus dem bürgerlichen oder adligen Namen. Der Name veranschaulicht nur den äußeren Zusammenhang vor der Welt, mit der Umwelt, im Ablauf der Zeit. Das Blut aber ist der ewige, innere schöpferische Quell.

Bismarck trug in sich das Blut der Bismarcks und der Menckens. Seltsames Schicksal: in beiden Geschlechtern das gleiche Blut: das fälisch-nordische des niedersächsischen Raums! In zwei mächtigen Strömen, die, jeder für sich, ihre Kraft schon seit Jahrhunderten in der körperlichen und geistigen Welt erwiesen hatten, flutete es in einem Menschen zusammen, wurde es ein Strom. Es trug nun doppelte Kraft: es wurde schöpferisch. Es gebar das Genie. . . .

Jede Ahnenreihe — bei den Bismarcks wie den Menckens — wies jahrhundertelang eine gewisse Mittelhöhe der Leistung und Persönlichkeitsformung, hier auf dem Lande, in den Berufen des Landedelmanns und Soldaten, dort in der Stadt, in den Berufen des Kaufmanns und Gelehrten, auf. Der gesunde Durchschnitt wurde nur andeutungsweise bisweilen bei günstigen Umständen überschritten. Erst als die Ahnenreihen sich durch den Zufall der Begegnung Ferdinands von Bismarck und Wilhelmine Menckens am Potsdamer Hofe König Friedrich Wilhelms III. vereinten, schufen sie die höchste Leistungsmöglichkeit, die bisher in ihnen verborgen war, in einer einmaligen Erscheinung: in Otto von Bismarck!

Die Sage geht, Karl der Große, der nach alter Überlieferung so manches Geschlecht aus dem Süden und Westen nach dem Norden verpflanzt habe, hätte die Bismarcks aus Böhmen während des achten Jahrhunderts in das linkselbische Gebiet der Altmark gebracht, wo sie das Städtchen ihres Namens nordwestlich von Stendal

begründet und umfassenden Grundbesitz erworben hätten. Die Urkunden gestatten aber dem einfachen norddeutschen Adel nur eine Rückschau bis ins 12. Jahrhundert. Der Name Bismarck taucht darum auch zum ersten Male um 1200 auf: mit dem Magister der Gewandschneidergilde zu Stendal Herbordus de Bismarck. „De Bismarck" kann hier ebensogut die Herkunft bedeuten: „Herbord aus Bismarck"; jene Historiker haben dann recht, die den Namen Bismark als Biskopesmark (= Grenze des altmärkischen Bischofsbesitzes, also Bischofsmark) oder gar nach der in Ortsnähe vorbeifließenden Biese als Biesemarke entgegen philologischen Bedenken deuten. „De Bismarck" kann aber auch schon der Name des Geschlechts selbst sein, das seinem Grundbesitz den fortan gebräuchlichen Ortsnamen, der auch noch zweimal in Pommern vorkommt, lieh.

Wie dem auch sei, mit Herbordus de Bismarck, der 1270 als Aldermann der Kaufmanns- und Tuchhändlergilde zu Stendal, der 1151 von Albrecht d. Bären gegründeten Hauptstadt der Altmark, wirkte, trat das Blut dieses Geschlechts zum ersten Male im deutschen Leben in Erscheinung. Es ist dabei gleichgültig, ob ritterbürtig, patrizisch oder bürgerlich. Es ist wichtig, daß es sofort einem in seinem Kreise führenden Manne zugehörte. Führend blieb es fortan in dem ihm zugemessenen Raume: die Söhne und Enkel des Herbord waren wieder Alderleute der Gilde und Ratsherren, verhandelten für ihre Heimatstadt mit der Witwe des Markgrafen Waldemar oder dem Bischof von Halberstadt, nahmen für ihren Rechtsstreit auch den Kirchenbann auf sich und erwiesen ihren Mitbürgern ideelle und materielle Guttaten durch Stiftungen und politische Wegweisung. Klaus I., der Sohn des Rule und der Margarete v. Portitz (1307 bis 1377), hielt gegen den Landesherrn, den Herzog von Braunschweig, zum Wittelsbacher Markgrafen Ludwig, dem Erben der Mark Brandenburg, und wurde deshalb von den aufrührerischen Innungen mit anderen Patriziern vertrieben. Markgraf Ludwig, der Sohn Kaiser Ludwigs des Bayern, belehnte den Ausgewiesenen und seine Brüder 1345 mit dem festen Schloß Burgstall. Dadurch reihten die Bismarcks sich nun in die schloßgesessenen Geschlechter der Altmark ein, zu denen auch die Schulenburg, Alvensleben, Jagow, Knesebeck, Schencken und Bartensleben gehörten. Die Bismarcks saßen nun zwei Jahrhunderte auf Burgstall, mitten in den endlosen Wäldern der Letzlinger

Heide, als eigenwillige Landjunker, die bisweilen mit Waffengewalt unter den Willen des Landesherrn gezwungen werden mußten. Sie holten sich ihre Ehefrauen aus den Geschlechtern des Landes, stärkten ihren niedersächsischen Blutstrom durch ihre Verbindung mit den Portitz, Alvensleben, Plathe, Bredow, Lützendorff, Wenckstern. Sie lebten als Landedelleute ihren Gütern und den Freuden der Jagd, schlossen sich dem Burggrafen Friedrich an und sahen die Hohenzollern fortan häufig als Jagdgäste bei sich. Die wildreiche Letzlinger Heide westlich von Burgstall zog die waidfrohen Markgrafen Johann Cicero, Joachim Nestor, Joachim Hector immer wieder zu ihren getreuen Vasallen. Schließlich sogar zu deren Unglück. Denn der Kurprinz Johann Georg erbaute sich 1555 das Jagdschloß Letzlingen auf einem von den Alvensleben angekauften Grunde und suchte nun sein Jagdrevier auszudehnen und abzurunden. Er geriet darüber in Grenzstreitigkeiten mit den Bismarcks in Burgstall und zwang sie schließlich — 1562 nach langwierigen Verhandlungen — zu einem Vergleich: die Bismarcks mußten Burgstall mit Ausnahme einiger Besitzungen, Rechte und Renten gegen die Propstei Krevese (Kreis Osterburg) sowie die rechtselbischen Güter Schönhausen, Fischbeck, dreiviertel Gartzow und Barentschädigung abtreten. Damals bildeten sich die beiden Linien Bismarck-Krevese und Bismarck-Schönhausen.

Es war ein bitterer Tausch, der auch dadurch nicht verbessert wurde, daß die rechtselbischen Besitzungen der Altmark zugeteilt wurden und die Bismarcks dadurch weiter bei der altmärkischen Ritterschaft verblieben. Noch dreihundert Jahre später, am 19. November 1871, hat Otto von Bismarck grollend des „von allen Mitgliedern unserer Familie mit Recht so schmerzlich empfundenen Verlustes von Burgstall" gedacht. Eine Wandlung erfuhr die Entwicklung des Geschlechts jetzt doch. Der Blick wurde, durch die trennende Elbe, vom Westen ab dem Osten zugekehrt. Jener Weg begann, der zum Schöpfer des zweiten Reiches führte. Schönhausen wurde der Hauptsitz des Geschlechts, das sich jetzt mit den Ritterfamilien der rechtselbischen Lande, den Asseburg, Möllendorff, Kottwitz, Katte, Dewitz versippte, den Arnim, Barleben, Tresckow u. a. verschwägerte. Es lebte still für sich. Lange blieb der Groll gegen die Hohenzollern, die sie ihrer Heimat beraubt hatten. Hielt es einer aus seinem nordischen Ferne- und Abenteurerdrang einmal nicht auf der Scholle aus, so trat er nicht in brandenburgische

Dienste, sondern zog wie Ludolf (1541—1590) für den Kaiser gegen die Türken (1565) oder unter Coligny für die Hugenotten in die Schlacht von Moncontour, am 3. Oktober 1569. Studierten sie einmal, gingen sie an die Universitäten in Marburg, Jena oder Orleans. Ihre Kavaliersreisen führten sie nach Italien, Frankreich, England oder nach dem niederländischen Leyden. Der Dreißigjährige Krieg brachte mit den fortwährenden Durchzügen der Kaiserlichen, Sachsen und Schweden jahrzehntelanges Elend über Schönhausen und seine Umgegend, die zum Elbübergang Tangermünde gehörten. Schloß Schönhausen wurde 1642 vom Feuer zerstört: Valentin Bruno von Bismarck mußte den Brand seines Elternhauses, im schwedischen Fähnlein vorüberziehend, machtlos mitansehen. Erst nach 1650 konnten die Bismarcks wieder an den Aufbau der Heimat gehen: der Krieg hatte sie jahrzehntelang in schwedischen, französischen, kaiserlichen oder brandenburgischen und lüneburgischen Diensten hin- und hergerissen, ehe der Große Kurfürst, an den sie sich nun anschlossen, ihnen Frieden und Gemeinschaft bot. Von jetzt an blieben die Bismarcks, auch wenn der eine oder andere noch einmal holländischen, kaiserlichen oder Wolfenbütteler Fahnen folgte, mit den Hohenzollern verbunden. Ein Neffe jenes tapferen August v. B. (1611—1670), der unter Bernhard von Weimar das Elsaß vergeblich gegen die Franzosen verteidigen half, Christoph Friedrich (1652—1704), erlebte Fehrbellin mit und wurde als Kommandant von Küstrin der erste preußische General seines Hauses. Sein Sohn, Ludolf August (1683—1750), stieg bis zum Oberst auf, sah dann aber, als er im Jähzorn seinen Diener erstach, seine Laufbahn in Preußen beendet und ging nach Rußland, wo er unter verschiedenen Wechselfällen Oberbefehlshaber und Gouverneur wurde. Augusts Sohn aber, August der Zweite genannt (1666—1732), hielt sich ruhig auf Schönhausen und wurde, wie Erich Marcks sagt, zum „wahren Neubegründer des Geschlechts". Er holte durch Fleiß, Sparsamkeit und Erbschaften den geteilten Schönhausen-Fischbecker Besitz wieder zusammen, erweiterte ihn in der Altmark und auch in Pommern, hier um die Güter Kniephof, Jarchlin, Külz und verpflanzte damit zum ersten Male einen Bismarck in das östliche Preußen. Er war es auch, der auf den alten Grundmauern des niedergebrannten Schlosses i. J. 1700 ein neues Herrenhaus aufführte, einen „schlichten viereckigen Bau mit dicken, massiven Wänden, aus einem Erdgeschoß und zwei Stock-

werken bestehend, mit einem roten Ziegeldach und drei Schornsteinen, ein Bild altmärkischer Einfachheit und nüchterner solider Anspruchslosigkeit", nach der Schilderung des Geschichtsschreibers von Schönhausen Dr. G. Schmidt. Aus der weiten Halle führt eine breite Eichentreppe zu den großen niedrigen Zimmern mit ihren prunkvollen Barockstuckdecken und medaillengekrönten Kaminen, zu dem Saal im ersten Stock mit mythologischen Bilderfriesen und zu der Bibliothek, in der Otto von Bismarck noch viel gelesen hat. Der Park wurde 1711 im französischen Le Nôtre-Stil angelegt; sein späterer Ruhm wurden die Linden, insbesondere die erst 1770 auf der Terrasse angepflanzten. Auch die Kirche wurde renoviert. Und 1730 wurde noch ein zweites Schloß für den zweiten Besitzteil von Schönhausen aufgeführt. Mit Dorothea Sophie von Katte führte August von Bismarck im Stil der Zeit ein würdereiches Leben. Seine neun Kinder teilten die Güter in vier Linien linkselbisch, zweimal in Schönhausen und pommersch wieder auf. Als Landrat ordnete August sich dem neuen preußischen Königtum ein, wenn der altmärkische Adel auch, und zwar mit Hilfe der Bismarcks, um seine Privilegien kämpfte. Unter Friedrich d. Gr. war aber der Übergang in die Monarchie vollendet: die Kreveser Bismarcks stellten dem König zwei Staatsminister und die Schönhauser Offiziere, darunter den Urgroßvater August Friedrich (1695—1742), den der Alte Fritz noch nach vierzig Jahren im Gedächtnis hatte. Er war schon mit 16 Jahren Kornet bei den Kürassieren geworden, erlebte ein Jahr später den Krieg vor Antwerpen, bei Quesnoy und Landrecy und war schon 1727 Oberstleutnant bei den Dragonern in Gollnow, dem Regiment Ansbach-Bayreuth, machte im Ersten Schlesischen Kriege die Belagerung von Brieg mit und zeichnete sich bei der Verfolgung der feindlichen Kavallerie nach der Schlacht von Mollwitz so aus, daß er den Pour le mérite und die Ernennung zum Obersten erhielt. In der Schlacht von Czaslau wurde er, als er verwundet zurücktransportiert wurde, von österreichischen Husaren überfallen, beraubt und erschossen. Friedrich d. Gr. vergaß ihn niemals. Als des Obersten Sohn Karl Alexander (1727 bis 1797), des Reichskanzlers Großvater, sich bei dem König zur Begleitung seines Onkels, des Präsidenten v. Dewitz, auf den Wiener Gesandtschaftsposten meldete, erklärte Friedrich d. Gr. ihm: „Ein Offizier wie sein Vater, ist mir lieber als alle Federfuchser von Gesandten" und befahl ihm, Soldat zu werden. Und

als sich, 41 Jahre später, des Fürsten Vater, Ferdinand, 1783 bei dem greisen König als Kornet meldete, sagte er zu ihm: „Werde wie Dein Großvater, das war ein ganzer Kerl.“ Fürst Bismarck selbst aber wurde oft mit seinem Urgroßvater verglichen: nach seiner Körpergröße — fünf Fuß, elf Zoll (183 Zentimeter) — nach seiner Lebenslust, Jagdfreude, Reitleidenschaft, nach seiner Neigung zu Spott und Gemüt. Eine Enkelin des Feldmarschalls Derfflinger, Stephanie Charlotte von Dewitz († 1706), war seine Frau gewesen. Ihr zweiter Sohn war Karl Alexander, der als Leutnant die Schlachten von Prag, Kollin, Leuthen, Hochkirch und das Gefecht von Darmstädtel mitmachte und 1758 als Rittmeister wegen seiner Verwundungen seinen Abschied nahm. Er lebte mit seiner Frau Christiane Charlotte Gottliebe v. Schönfeld, einer Urenkelin Derfflingers (1741—1772), auf Uenglingen, ehe er 1775 nach Schönhausen übersiedelte, ein stilles, der Bewirtschaftung seiner Güter, der Pflege der schönen Literatur und Musik gewidmetes Leben. Sein dritter Sohn war nach Ernst Friedrich Alexander (1763—1820), der mit seinem Sohn Theodor Friedrich Alexander Philipp, dem Stifter der gräflichen Linie Bismarck-Bohlen, an den Befreiungskriegen teilnahm, und nach Friedrich Adolf Ludwig (1766—1830), der sich wie sein Neffe 1813 ebenfalls das Eiserne Kreuz I. Klasse erwarb und als Generalleutnant a. D. unvermählt auf seinem Gut Templin bei Potsdam starb, des Fürsten Vater Karl Wilhelm Ferdinand (1771—1845).

Der Landedelmann obsiegte bei ihm ebenfalls. Er wurde zwar, wie seine Brüder, schon mit zwölf Jahren Soldat beim Leib-Karabiniers-Regiment in Rathenow und wurde im Dienst von der Pike auf — erst 1790 zum Kornet und 1793 zum Leutnant befördert — zu jenem entschlossenen Charakter voll peinlicher Ordnungsliebe und „eisenfester Gesinnung“, als der er seinen Söhnen imponierte. Er nahm 1792 am Feldzug in Französisch-Flandern und der Champagne als Ordonnanzoffizier beim preußischen Oberstkommandierenden, dem Herzog von Braunschweig, und im Dienst beim Prinzen Louis Ferdinand teil, wurde in der Schlacht bei Kaiserslautern verwundet. Der Baseler Friede von 1795 mit dem Verlust der linksrheinischen Lande und der Wunsch des 70jährigen Vaters, seine Hilfe bei der Güterbewirtschaftung zu haben, ließen ihn den Abschied aus der Armee nehmen, der ungnädig gewährt wurde, weswegen er erst 1802 die Erlaubnis zum Tragen der alten

Armee-Uniform und 1815 den Charakter als Rittmeister erhielt. Er blieb fortan Schönhausen treu. Nur im Winter hielt er sich einige Monate lang in Berlin auf, wo er viel im musikliebenden Hause des Prinzen Louis Ferdinand und in anderen Hofkreisen verkehrte. Hier lernte er auch seine Frau, die schöne Wilhelmine Mencken, die Tochter des Königlichen Geh. Kabinettrates Anastasius Ludwig Mencken, des Fürsten Mutter, kennen. Sein älterer Bruder, Friedrich Adolf, bewarb sich damals auch um die geistvolle, hochgebildete, bezaubernde Siebzehnjährige. Sie gab aber dem Jüngeren den Vorzug und hat mit ihm seit der Eheschließung am 7. Juli 1806 bis an ihren frühen Tod am 1. Januar 1839 eine glückliche, von ihrem Willen bestimmte Ehe geführt.

Die junge Ehe war schon wenige Wochen nach der Hochzeit von Kriegsstürmen umtost: die Franzosen erschienen am 25. Oktober 1806 in Schönhausen und wurden am 28. so wild, daß die junge Schloßherrin, nachdem sie gerade noch die Tür verschlossen hatte, die die Verfolger mit ihren Bajonetten aufzubrechen versuchten, fliehen mußte. Die Gutsherrschaft verbrachte mit der Pfarrerfamilie und einem Teil der Dorfbewohner eine kalte regnerische Nacht im unzugänglichen Erlenbusch am Trübengraben. Der Sturm zog vorüber. Schönhausen blieb im Frieden von Tilsit wenigstens preußisch. Die Brüder des Hausherrn, die mitgefochten und deren einer — Friedrich — bis nach Tilsit verschlagen wurde, kehrten aus der Armee entlassen heim und ertrugen nun knirschend Napoleons Joch sowie die Umwälzung der sozialen Verhältnisse, die sogen. Bauernbefreiung, die angeblich zum Nachteile des Gutes ausfiel. An Schills Zuge nahm ein Neffe teil, als Schill 1809 durch Tangermünde marschierte; er ging dann nach Rußland weiter. Der schwerverwundete Major von Lützow wurde im Schönhauser Schlosse verpflegt. Der erste Sohn Ferdinands und Wilhelmines erhielt in der Taufe neben dem Rufnamen Bernhard noch den Namen Romana — nach dem spanischen Helden, der sich gegen Napoleon empört hatte. So lebte in Schönhausen der Franzosenhaß. Er wurde auch nicht schwächer, als verhungerte Reste der Napoleonischen Rußlandarmee durch das Dorf wankten. Die Befreiungsstunde von 1813 rief sieben Bismarcks an die Front: drei blieben auf dem Felde der Ehre, vier kehrten mit dem Eisernen Kreuz in die Heimat zurück. Ferdinand von Bismarck blieb freilich in Schönhausen, betreute die Güter und organisierte den Land-

sturm. Im Mai 1813 kamen die Lützower Jäger unter Jahns Führung ins Dorf; sie sollten den Elbübergang decken und für die Bewaffnung der rechtselbischen Männer sorgen. Theodor Körner erschien mit ihnen und schrieb der Frage von 1806: „O goldner Friede, glückliche Ruhe, die wir genossen! Wann kehrt sie wieder?“ die Antwort ins Kirchenbuch: „Dann, wenn Preußens edle Krieger mit Gott für König und Vaterland fechtend in Paris einziehen werden.“ In der alten Dorfkirche wurden die neuen Kriegsfreiwilligen unter Glockengeläut, mit den Kampfliedern Arndts und Luthers auf die Degen ihrer Offiziere vereidigt. Lützow weilte während des Waffenstillstandes im gastlichen Herrenhaus, Ludwig Jahn nahm als Führer des 3. Infanteriebataillons hier Quartier. Und Körner kam von Stendal oft herüber, ehe er seinem Heldentode bei Gadebusch entgegenzog. Drei hohe Eichen im Pfarrgarten an der Schloßparkgrenze, die „Körnereichen“, erinnerten jahrzehntelang noch daran, daß er „hier gerne weilte“, wie die Aufschrift auf der einen Seite des weißgestrichenen Kreuzes meldete, das die Pfarrerstochter zu des Dichters Gedächtnis mit der Inschrift „Ruhet sanft. Ihr Geliebten, von Eurem Blute begossen grünet der Ölbaum, es grünt lustig die köstliche Saat“ errichtet hatte. All diese Erinnerungen an 1813 erfüllten des Knaben Otto Kinderzeit: er hörte von seinem Onkel Friedrich, dem Generalleutnant, von Preußens tiefster Schmach und Erniedrigung, von der vaterländischen Erhebung und den Heldentaten, vom Onkel Ernst, wie er Leipzig und den strengen Winter 1813/14 bei der schweren Belagerung von Wittenberg miterlebt hatte, von dessen Sohn Theodor (1790—1873), wie er 1806 bei Auerstädt gefochten, am 2. Mai 1813 bei Großgörschen schwerverwundet, am 30. März 1814 in der Schlacht auf dem Montmartre wieder verwundet und das Eiserne Kreuz I. Klasse erworben hatte, wie er einen älteren ihm unterstellten Offizier, der ihm höhnisch eine noch nicht geplatzte Granate wies, zwang, mit ihm zusammen so lange bei der Granate zu halten, bis sie barst. Und er vernahm, wie der Onkel Leopold (1770—1813) — dem er in den Gesichtszügen „wie eine Erbse der anderen“ ähnlich werden sollte, — sich beim Elbe-Übergang als Major das E. K. I. erwarb und an der Spitze seiner Mecklenburgischen Husaren bei Möckern zu Tode verwundet wurde.

Diese Erzählungen und viele mehr hörte der junge Otto von Bismarck aber nicht mehr in Schönhausen selbst. Hier war er wohl

am 1. April um 1 Uhr nachmittags geboren und am 15. Mai in Anwesenheit von 12 oder 16 Paten getauft worden, doch schon ein Jahr später übersiedelten die Eltern nach Kniephof, das sie zusammen mit Külz und Jarchlin vom kinderlosen Enkel des bei Czaslau gefallenen Obersten, von August Friedrich (1753 bis 18. Oktober 1814) nach einem Kampf um das Testament geerbt hatten, so daß Bernhard und Otto ihre Kinder- und Ferienzeit auf den pommerschen Gütern verbrachten. Erst 1838 kehrten die Eltern nach Schönhausen, das ein Beamter verwaltet hatte, zurück. Von hier fuhr die Mutter im Winter 1838/39 nach Berlin, zur ärztlichen Konsultation. Unter den Linden Nr. 5 starb sie nach jahrelangen Leiden am 1. Januar 1839. Der Witwer setzte ihr in der Schönhauser Kirche eine einfache graue Marmorplatte mit Geburts- und Sterbedatum sowie der Inschrift: „Luise Wilhelmine von Bismarck geb. Mencken. Schwer prüfte Sie Gott durch körperliche Leiden — Sie ertrug selbige mit großer Geduld und Sanftmuth. Die mit Thränen säen, werden mit Freuden ernten. Der trauernde Gatte der zu früh geschiedenen Gefährtin.“ Der Witwer — nach dem Paß von 1835 ein stattlicher Mann „5 Fuß 10 Zoll groß, mit grau melirtem Haar, flacher Stirn, braunen Augenbrauen, blaugrauen Augen, mittlerer Nase, proportioniertem Munde, rundem Kinn, gesunder Gesichtsfarbe, vollem bartlosem Gesicht“ — erlitt bald nach dem Tode seiner Gemahlin einen leichten Schlaganfall, dessen Folgen ihn immer schwerhöriger machten. Da mußte er den behaglichen Verkehr mit den Nachbarn v. Brauchitsch-Scharteucke, v.Rohr-Hohenwulsch, v. Alvensleben-Redekin und Amtsrat Kleve-Jerichow einschränken, konnte aber seinen Passionen, der Pferdezucht, dem Reiten und vor allem der Jagd, noch bis zu seinem Tode nachgehen. Weder Unwetter noch Mangel an Wild konnten ihn, wie sein ebenso waidfroher Sohn Otto oft und humorvoll erzählt hat, hindern, seiner Jagdleidenschaft zu frönen, weil gute Laune und blühende Einbildungskraft über die Erfolglosigkeit hinwegtäuschten, indem er wie im Manöver gegen einen markierten Feind so in Flur und Wald gegen ein fingiertes Wild zu Felde zog. Otto von Bismarck hat dem Sterbenden dann, von einer Kavallerieübung herbeieilend, am 22. November 1845 die Augen zugedrückt. Er bewahrte ihm stets eine rührende Liebe, ja der Vater war ihm mit seiner Einfachheit, Vorurteilslosigkeit, seinem gesunden Menschenverstande, humorvollen Witz, seiner

behäbigen Genußfreude an Essen und Trinken und kräftig-derbem Landedelmannswesen im Herzen näher gewesen als die Mutter mit ihrem Ehrgeiz. Er lehnte zwar seine „wirklich maßlose uninteressierte gutmütige Zärtlichkeit“ mitunter verdrossen ab, doch er erzählte oft und gern von ihm. Noch vor Paris vernahm seine Tafelrunde immer wieder die Redewendung: „So sagte mein Vater.“ „Wenn ich gut ritt“, erzählte er da, „so sagte mein Vater: Er machts ja wie Pluvenel. Er nannte mich damals immer Er. Pluvenel war nämlich ein Stallmeister Ludwigs XIV. gewesen und ein berühmter Reiter; und wenn ich gut geschrieben hatte, so sagte mein Vater: Er schreibt ja, als ob Er's bei Hilmar Curas gelernt hätte. Das war der Schreiblehrer Friedrichs des Großen gewesen ...“

Empfing Otto von Bismarck von den Vorfahren seines Namens gleichsam das körperliche Wesen seines Seins in der reckenhaften Statur und irdischen Lebenslust, in der schlichten Herzenswärme und dem gemütvollen Humor, in der stolzen Familienbejahung und dem jugendtollen Übermut, in dem kriegerisch-soldatischen Tatendrang und der Treue zum Lande, in der Neigung zum Offizierberuf, zum Landedelmannstum, zur Landwirtschaft sowie in der altmärkischen Erdverbundenheit, in der schlichten, gesunden Urteilskraft und charaktervollen Gesinnungsfestigkeit, dem elementaren Selbständigkeitstrieb und der Ruhesehnsucht, gaben die Bismarcks ihm mit ihrem Blut den Boden, dem er ganz und in jedem Sinne zugehörte, so die Menckens, die bürgerlichen Ahnen seiner Mutter, mit der Religiosität und Zartheit der Nerven, der skeptischen Kritik und dem nie ruhenden Ehrgeiz, der Reizbarkeit und Leidenschaft in Liebe wie Haß die vulkanische Seele, die Dämonie des Geistes und damit jene höhere Zielsetzung des Lebens, die über das Landleben zu Schönhausen und in Pommern hinausführte.

Überschaut man die Ahnen der Mutter, deren erster — Helmrich Mencke — um die Mitte des 16. Jahrhunderts als Bürger und Kaufmann zu Oldenburg urkundlich genannt wird, fällt von Anfang an im Vergleich zu den Bismarcks die geistige Unruhe dieses Geschlechtes auf. Sie waren mit ihren ersten Vertretern gewiß noch erbgesessen, und als ehrenfeste, tüchtige Kaufleute an das Schicksal ihrer Heimatstadt, das sie mitbestimmten und in allen möglichen Ämtern mitverwalteten, gebunden. Aber „die Neigung zu einer höheren geistigen Entfaltung“ führte sie bald aus Oldenburg fort,

ließ sie die Kaufmanns- und Stadtbürgerexistenz mit dem Forscher- und Gelehrtendasein vertauschen, wodurch sie ihre Wappen — ein überhelmter, dichtbelaubter lindenartiger Baum, gegen dessen Stamm zwei flinke Eichkätzchen anlaufen oder zwei Rehe sich zur Baumkrone aufrichten mit dem Spruch „Wartet und eylet" — nach Sachsen, nach Leipzig verpflanzten. Der erste — Otto Mencke(n) (1644—1707) — der nicht den Kaufmannsberuf ergriff, sondern nach dem Besuch des Gymnasiums in Bremen zu Leipzig studierte, stieg schnell zum Professor für Moral und Geschichte sowie Rektor der Leipziger Universität auf und gründete hier 1682 die erste gelehrte Zeitschrift Deutschlands, die Acta Eruditorum, an der auch Leibniz neben andern berühmtesten Gelehrten des Jahrhunderts mitarbeitete. Hundert Jahre lang bestand die Zeitschrift, die von des Begründers Sohn und Enkel Johann Burkhardt und Friedrich Otto — wieder namhaften Gelehrten — weiter betreut wurde. Johann Burkhard (1674—1732) erwarb sich als Professor der Geschichte, kursächsischer Historiograph, als Gründer der „Neuen Zeitungen im gelehrten Sachsen" (seit 1715), als Verfasser der berühmten satirischen Reden „De charlataneria eruditorum" (1715) über die Schwächen der Gelehrten seiner Zeit, als Dichter Philander von der Linde, der als Vorsteher der Deutschübenden poetischen Gesellschaft, der späteren Deutschen Gesellschaft in Leipzig, auch Johann Christian Günther gefördert hat, einen bleibenden Namen in seiner Zeit. Sein Neffe war Bismarcks Urahn Lüder Mencke (1658—1726).

Dieser Lüder verließ auch um des Studiums willen Oldenburg und ging über Nordhausen, Merseburg und Jena, wo er ein Schüler des damals hochberühmten Rechtslehrers Hofrat Dr. Georg Adam Struv wurde, nach Leipzig, wo er mehr als vier Jahrzehnte lang einer der namhaftesten Rechtsgelehrten seiner Zeit wurde, als Universitätsprofessor, Rektor der Universität und Verfasser zahlreicher Schriften über die Pandekten und Institutionen, den Zivilprozeß, das Eherecht, das Lehnsrecht, das kursächsische Prozeßrecht, das Landesherren- und Reichsrecht usw. wie auch in vielen Ämtern und Würden als Kanonikus beim Kapitel zu Naumburg, als Königl. Rat am Oberhofgericht. Er hieß das „lebendige Gesetzbuch" (viva lex) und wurde „verehrungswürdiges Orakel des Rechts" genannt. Durch die Vererbung seiner bedeutenden Bibliothek und des von seinem zweiten Schwiegervater erhaltenen Dorfes Gohlis an die

Leipziger Universität wurde er deren Wohltäter. Der Kirchenliederdichter — „Ach komm, du süßer Herzensgast" — bewies seine evangelische Gläubigkeit. Sein Sohn Gottfried Ludwig (1683—1744) aus seiner ersten Ehe mit Dorothea Elisabeth, der Tochter des Leipziger Oberhofgerichts-Protonotarius Gottfried Trübe(n) und seiner Frau Dorothea geb. Schickrat, ging als sein Schüler in seinen Bahnen und wurde schon 1712 ordentlicher Professor des Lehns- und sächsischen Rechts zu Leipzig. Er wurde 1714 nach Wittenberg berufen und stieg hier über die ordentliche Professur und den Beisitz beim Hof- und Landgericht bis zum Hof- und Justizrat auf. Er heiratete 1708 die Tochter des Leipziger Kaufmanns und Stadthauptmanns Johann Leonhard Zoller, Christiane Marie und hatte mit ihr neben drei andern Kindern den zweiten Sohn Gottfried Ludwig (1712—1762), der vom kursächsischen Boden nach Niedersachsen zurückwanderte: in das Braunschweigische Land, an die Helmstedter Universität. Er war hier seit 1749 an der 1810 durch Napoleon aufgelösten Julia Carolina Professor juris ordinarius mit dem Titel eines Herzoglich-Braunschweigisch-Lüneburgischen Hofrats. Er galt durch seine umfassenden Vorlesungen und 23 Schriften, Dissertationen und Programme als „eleganter" Jurist, der sich durch die Färbung und Durchbildung der Form auszeichnete. In seinem glücklichen Eheleben stand dem immer kränklichen Mann, der auch unter der Unruhe der Zeit, des Siebenjährigen Krieges, litt, eine tapfere Frau zur Seite, Luise Maria Witten, die auf die erste, jung und kinderlos verstorbene Frau Marianne Elisabeth Zoller, eine Verwandte von mütterlicher Seite her, gefolgt war. Sie war die Tochter des Gandersheimer Stiftsseniors Anastasius Witten und seiner Frau, einer geborenen Geitel, und brachte durch ihren Sohn Anastasius Ludwig, den Großvater des Fürsten, dem Bismarckschen Geschlechte einen besonderen Kraftstrom zu.

Drei alte niedersächsische Familien: Büttner, Geitel und Witten hatten an ihrer Herkunft teil. Unter den Vorfahren ragte besonders der Rechtsanwalt Michael Büttner aus Klausthal hervor: er verwaltete mit Sitte, Zucht und Ordnung als Senior das seit 1570 evangelische Gandersheimer Damenstift Sancti Innocentii et Anastasii im Dreißigjährigen Krieg so gut, daß er sich 1648 ein prunkvolles Erbbegräbnis errichten durfte und 1650 mit der Ratswürde, dem Sekretariat und beträchtlichem Landbesitz belehnt wurde. Der

mächtige Regent erfuhr nach 1660 auch die Feindschaft der Opposition unter den Stiftsdamen, die die Strafprügel einer frechen Magd zum Anlaß nahmen, ihn als Senior auszuschalten. Als die stolze Äbtissin des Kaiserlich freien Reichsstifts, die hohe Herzogin zu Hachenhausen, mit ihren fürstlichen Frauenzimmern aber am 8. Februar 1670 durch Ludolf von Campen überfallen und verhauen wurde, rief man den vertriebenen Senior Büttner mit seinem starken Arm und seiner Herrschbegabung wieder herbei, so daß er auf sein Grabmal den Vers aus dem 118. Psalm setzen konnte: „Man stoßet, daß ich fallen soll; aber der Herr hilft mir.“ Er konnte vor seinem Tode im Jahre 1677 noch seinen Sohn als Domherrn des Stifts begrüßen. Kekule von Stradonitz hat in diesem „knorrigen, herrschbegabten, cholerischen Stiftssenior“ — dessen Blut durch Ahnenverlust doppelt in Bismarcks Vorfahren wiederkehrt — ein besonderes Spiegelbild des Fürsten sehen wollen: nicht ganz mit Unrecht, denn kein Blutanteil geht ja verloren.

Unbezweifelbar ist, daß die Büttner, Geitel und Witten mit besonderer Kraft ihr Leben bezwungen haben. So auch die Witwe des Professors Gottfried Ludwig Mencken, Luisa Maria, als sie mit vier unmündigen Kindern und nur mäßigem Vermögen ihr Schicksal von 1762 an allein gestalten mußte. Eine „Frau von nicht gemeinem Verstande, vieler Gewandtheit in Geschäften und einem festen Charakter“ nannte der Biograph ihres Sohnes, Schlichtegroll, die Hofrätin, die erst 1800 starb. Sie hätte es gern gesehen, wenn ihr ältester, 1752 geborener Sohn Anastasius Ludwig, Bismarcks Großvater, ebenfalls Professor der Rechte in Helmstedt geworden wäre. Aber ihm schmeckte das in Helmstedt und Leipzig aufgenommene juristische Studium nicht — er floh heimlich vor seiner Doktorpromotion nach Berlin. Der starke Kräfteverbrauch des Blutes, den die generationenlange geistige, gelehrte Berufstätigkeit verursacht hatte, meldete sich in ihm in körperlicher Schwäche, kurzer Lebensdauer und allzu nachgiebiger zartseelischer Geistigkeit. Wenn diese gewisse Dekadenz, die wir in Bismarcks Mutter ebenfalls sich auswirken sehen, in Otto von Bismarck nicht bestimmend wurde, so war hier gewiß außer dem Bismarckschen Landedelmanns- und Soldatenblut das Erbe all der Domherren, Stiftssyndici, Senatoren, Ratsherren, Gelehrten und Männer der Tat aus der Ahnenreihe der Büttner, Geitel und Witten und anderen Frauen im Braunschweigischen Raume wirksam. Sie brachten

auch jene auffallende Lang- und Zählebigkeit mit, die den Reichskanzler ausgezeichnet hat, verstärkt noch durch das Blut der Frau des Anastasius Ludwig, einer geborenen Boeckel aus pommerscher Förster- und Landwirtsfamilie. Von Anastasius Ludwig Mencken erhielt der Kanzler vor allem die diplomatische Veranlagung, die sich bisher weder bei den väterlichen noch mütterlichen Ahnen — wenn man auch das juristische Verhandlungstalent der Mencken hier in Ansatz bringen kann — gezeigt hatte. Anastasius Ludwig war freilich nur zufällig Diplomat geworden, damit aber in seinen natürlichen Beruf geraten. Er hatte als Student in Leipzig mehr Freude am schöngeistigen und geselligen Dasein gefunden; sein alter Helmstedter Freund und Gönner, der dem nach Berlin geflohenen Jüngling an der Spree später vorwärts half, der Propst Wilhelm Abraham Teller, sah in ihm keinen Gelehrten, aber einen Mann von Kopf und Talent. Das Glück war ihm hold: er sollte in Berlin durch General Buddenbrock Lehrer an der Kriegsschule werden; der Minister des Auswärtigen Graf Hertzberg hatte die Stelle aber einem Legationssekretär versprochen, und Anastasius Ludwig wurde mit Aufnahme in die Pepinière oder Pflanzschule für den diplomatischen Dienst entschädigt. Er konnte nun seiner Sprachgewandtheit, seinem guten Französisch, seinen historisch-politischen Kenntnissen, ja seinen schöngeistigen Interessen die rechte Verwendung geben und verdiente sich, seit Juni 1777 Legationssekretär an der preußischen Gesandtschaft in Stockholm, als Mitarbeiter des Grafen von Nostiz schnell die ersten diplomatischen Sporen. Dadurch, daß er die besondere Aufgabe, zwischen Friedrichs d. Gr. Schwester, der schwedischen Königin-Mutter Luise Ulrike, unter den besonders schwierigen Verhältnissen am Stockholmer Hofe und seinem Landesherrn der Nachrichten- und Briefvermittler zu sein, mit auffallendem Takt und Geschick erfüllte, zog er die Aufmerksamkeit seines Königs auf sich. Als Mencken für eine durch Tod freigewordene Stelle im Kabinett Friedrichs d. Gr. von den Ministern Graf Hertzberg und Graf Finckenstein 1782 vorgeschlagen wurde, stimmte der König im Gedenken an seine diplomatischen Fähigkeiten, seine Sprachgewandtheit, Treue und Zuverlässigkeit sofort zu. Der greise Monarch empfing ihn mit der Frage: „Ist Er auch ehrlich?“ Und wiederholte beim Abschiede: „Aber sey Er ja ehrlich! ehrlich!“ Mencken war dann auch einer der ehrlichsten Diener der Hohenzollern in

den folgenden achtzehn Jahren bis an seinen frühen Tod. Er arbeitete in unmittelbarer Nähe des größten Mannes seiner Zeit in Potsdam und auf den Reisen des Monarchen, zusammen mit den anderen Räten, in dem später so viel angegriffenen Kabinett, dessen Ordnung und Leistung vollständig auf den großen König zugeschnitten waren. Sein Leben spielte sich fortan im Potsdamer Hofkreis ab. Sein Arbeitskreis, die Politik, wurde nur vom König her gesehen und bot keine Möglichkeit, einen eigenen Willen zur Geltung zu bringen. Mencken heiratete noch unter der Regierung Friedrichs d. Gr., am 9. September 1785, die Witwe des Direktors der königlichen Tabakfabrik zu Potsdam Pierre Schock, die schöne, nun durch die Erbschaft wohlhabende Johanna Elisabeth Böckel, die 1775 ihrem Gatten von Pommern an die Havel gefolgt war; sie brachte Mencken einen Sohn und zwei Töchter in die Ehe mit. Die drei Jahre jüngere Frau wurde mit ihrer blühenden Anmut und frischen Lebensklugheit dem Geheimen Kabinettsekretär eine segenspendende Lebensbegleiterin, die ihm 1787 einen Sohn — Samuel Karl Ludwig — und am 24. Februar 1789 eine Tochter Luisa Wilhelmina, Bismarcks Mutter, schenkte. Diese Großmutter verstärkte auch in dem Enkel die Liebe zum deutschen Wald und zum Landleben, als „eine der Würdigsten ihres Geschlechts“, wie Schlichtegroll schon 1801 schrieb. Sie half ihrem Manne auch bei der Erhaltung und Mehrung des Häuserbesitzes in Potsdam, beim Erwerb und der Ausgestaltung des Landgutes Neu-Cladow. Die Menckensche Familie wurde zu einer der wohlhabendsten unter den Potsdamer Beamten. Anastasius Ludwig Mencken mußte freilich auch die wechselnde Gunst aller in Hofluft arbeitenden Menschen erfahren. Er wurde nach des großen Königs Tode von Friedrich Wilhelm II. zwar zum Geheimen Kabinettsrat befördert, litt aber sehr unter der Günstlings- und Intrigenwirtschaft des neuen Herrschers, der in den Händen des Geheimsekretärs Rietz, der Gräfin von Lichtenau und anderer skrupelloser Egoisten beiderlei Geschlechts war. Mencken kam schließlich, weil er keinerlei Unsauberkeit mitmachte, „so gut wie außer Aktivität“, zumal da er die Politik des Krieges gegen Frankreich ablehnte und riet, aus den Lehren der französischen Revolution — etwa im Sinne des Reichsfreiherrn vom Stein — die notwendigen Konsequenzen für die Staatsverfassung zu ziehen. Er wurde schließlich durch eine Intrige völlig zu Unrecht als „Jakobiner“ verdächtigt und zu Weih-

nachten 1792 aus dem Feldzuge, in den er den König begleitet hatte, nach Potsdam zurückgeschickt: fortan in Ungnade, wenn er auch weiterhin seinen Dienst tat. Sein weltkluger Sinn und sein aufrechtes Verhalten erhielten ihm, der wirtschaftlich ja unabhängig war, sein Amt nach den Grundsätzen, die er selbst einmal zusammengefaßt hat: „Ich bin nie gekrochen, habe mich nie weggeworfen, allein ich habe mich in Rücksicht meiner politischen Lage immer in den Verhältnissen eines Menschen betrachtet, der als Passagier eine Seereise macht. Er wird es vermeiden können, mit den Matrosen zu fluchen und mit den Schiffern zu saufen, auch dem eingebildeten Steuermanne seine Unwissenheit vorzuwerfen, die ihm nur Grobheiten zuziehen würde; denn er muß durchaus lernen, seine Bewegungen nach den Schwankungen des Schiffes abzupassen, sonst fällt er sicher und erregt Schadenfreude. Dies letztere habe ich sorgfältig beobachtet und ich bin nicht gefallen; wäre ich gefallen, so hätte ich selbst die Hand dessen, der mir ein Bein gestellt, nicht verschmäht, um mich daran aufzurichten. Aber geküßt hätte ich sie nimmermehr." Mit reinen Händen ging er durch die häßliche Epoche hindurch. Er nutzte die freie Zeit, die ihm blieb, seine politischen und staatswissenschaftlichen Kenntnisse durch die Lektüre von Mirabeau, Struensee, Fichte und durch Teilnahme an verschiedenen Gelehrtenzirkeln, am Nicolaischen Kreise, dem Montagsklub, durch Verkehr mit führenden geistigen Persönlichkeiten wie Semler, Spalding, Gedike, Biester, Unger zu erweitern. Er wußte: beim Nachfolger des kranken Königs Friedrich Wilhelm II., beim sittenstrengen Kronprinzen und seiner edlen Gemahlin Luise, hatte er, der in der Zwischenzeit mit der Abfassung der südpreußischen (polnischen) Instruktion 1796/7 und mit der Erledigung der Zerboni-Affäre betraut wurde, seine volle Wiederanerkennung zu erwarten. Er arbeitete auch eine Denkschrift über die organisatorische Neueinrichtung des Kabinetts aus, die ihm des Kronprinzen Vertrauen vollends erwarb. Beim Regierungsantritt Friedrich Wilhelms III. wurde er sofort zum Leiter des nun nach des neuen Königs Natur besonders einflußreichen Kabinetts ernannt, dem er, zur Vermeidung allzu großen Absolutismus, einen Staatsrat und Kabinettssitzungen beiordnete. Er stieg dadurch sozusagen zum „einzigen Minister des Innern ohne Repräsentation im Gewande des schlichten Bürgers" auf, „die Minister waren nur seine Instrumente". Mencken verwaltete sein

Amt treu, redlich, human im täglichen Umgang mit dem König, in unmittelbarer Mitarbeit an dessen wichtigsten Entscheidungen. Er war jetzt wohl die wichtigste Persönlichkeit im Arbeitskreise des Königs. Alle Verbindungen zwischen dem König, den Ministern und den Behörden liefen durch seine Hand. Dieser Aufgabe opferte er seine schon angegriffene Gesundheit, zumal da ihn in der lastenden Kleinarbeit des Tages keine große politische Idee stärkte. Er gehörte bei allem Kantisch-friederizianischen Pflichtgeist und ungewöhnlicher Geschäftskenntnis vor allem dem humanen, volksfreundlichen Philantropismus. Er schuf sich durch sein Wohlwollen gegen fast jedermann mit seinem gesunden Menschenverstand und mild denkenden Rationalismus manche Widersacher; es gab schon Kreise und Persönlichkeiten genug, die wußten, daß man in einem Staat nicht alles durch Liebe ausrichten kann, weil man dann in halben Maßregeln stecken bleibt. Die Kleinarbeit erdrückte auch den redlichen Mencken, der in der Außenpolitik dem napoleonischen Frankreich und der Friedens- und Neutralitätspartei zuviel Vertrauen schenkte, sowie auch der Neubildung der Armee nicht gewogen war. Seine sinkende Lebenskraft wirkte auf seine schwächliche Haltung ein: schon im Herbst 1798 gestand er nach Besuch des Bades Pyrmont, daß sein „Hauptübel, Drüsenkrankheit, starke Verschleimung und gänzliche Erlöschung der Stimme unverändert" fortbestand und sein „Leben eigentlich nur eine durch die genaueste Lebensordnung und Vermeidung aller Anstrengung und Geschäfte zu erhaltende Vegetation" wäre. Er mußte schließlich, nachdem sich im Herbst 1798 sein Wirkungskreis schon „auf einige Ratgebung in Geschäften", „wo man sie aus fortdauerndem Vertrauen zu mir verlangt", eingeschränkt hatte, ganz auf die Ausübung seines Amts verzichten. Der König bewahrte dem an Kehlkopfschwindsucht Leidenden bis zuletzt seine herzliche Zuneigung und bewies dies auch durch manche Guttat, ging der unmittelbare Verkehr zwischen dem Königlichen und Menckenschen Hause doch über das Geschäftliche ins Familiäre hinüber: die kleinen Prinzen und Prinzessinnen spielten viel mit den kleinen Schocks und Menckens. Beyme, der später im Kabinett so unselige Politik betrieb, wurde Menckens Nachfolger im Amt. Mencken schied aus dem Kabinett so früh aus, daß ihm an Preußens Unglück keine Mitschuld mehr beigemessen werden kann. Selbst Reichsfreiherr vom Stein, der schärfste Gegner des

Kabinettssystems, hat von Mencken geurteilt, er sei ein gebildeter, feinfühliger, wohlwollender Mann von den edelsten Absichten und Gesinnungen gewesen und vielleicht der einzige, der seinem König als redlicher Ratgeber zur Seite gestanden hätte. „Er wünschte das Wohl seines Vaterlandes und wollte es befördern durch Verbreitung von Aufklärung, Verbesserung des Zustandes aller Klassen und durch Anwendung liberaler, menschenfreundlicher Grundsätze; aber seine Entfernung vom Kriege wirkte im entscheidenden Augenblicke nachteilig; seine zu wortreich und philantropisch gefaßten Kabinettsorders, seine zu große Milde verbreiteten über die Regierung den Schein von Schwäche.“ Zweifellos wurzelte Mencken allzu sehr in dem alten Regierungssystem, in der Aufklärungsweltanschauung des 18. Jahrhunderts: er war, wie in seiner persönlichen Erscheinung, das Ende einer Entwicklung und kein neuer Anfang. Wie immer bei hochgeistigen Persönlichkeiten legte auch er besonderes Gewicht auf die Erziehung und Ausbildung seiner Kinder im umhegten Frieden des idyllischen Potsdamer, des ländlichen Cladower Hauses. Der Geist hohen Hofbeamtentums herrschte hier. Was er Friedrich Delbrück, dem Lehrer der königlichen Prinzen, als Hauptgesichtspunkte für die Erziehung: „Arbeitsamkeit, Weltbürgersinn und Vorsichtigkeit“ empfahl, hat er gewiß auch als Richtschnur für die Ausbildung seiner Kinder angesehen.

Luise Wilhelmine, beim Tode des Vaters elfjährig, fand noch den Anschluß an die dreizehn und neun Jahre älteren Stiefschwestern aus der ersten Ehe ihrer Mutter Jeanne Friederike Louise und Angelique, die später den Stabskapitän von Kessel (1827 als Generalleutnant und Kommandant des Berliner Invalidenhauses gestorben) heiratete. Durch sie hatte sie Zugang zur französischen Kolonie und lernte hier das beste Französisch wie ihre Muttersprache beherrschen. Auch alle anderen Bildungswege wurden ihr durch die reiche Bibliothek im Elternhaus wie gute Erzieherinnen im Sinne der ästhetisch-literarisch gerichteten Zeit erschlossen. Rousseau'sche Ideen gingen um und verdrängten die echte Religiosität. Kants Ethik und Philosophie sorgten freilich für die preußische Haltung. Den minderbegabten Sohn, Karl Samuel Ludwig, hatte der Vater noch auf das „Pädagogium Unsrer Lieben Frauen zu Magdeburg“ geschickt, das er 1806 mit dem Universitätszeugnis verließ; er wurde später als Landwirt der Helfer seiner

Mutter, die 1812 die Krongüter Königswusterhausen und Hohenlehne pachtete, und starb verarmt, mehr Gelehrter denn Landwirt, als Oberamtmann. Fünf Kinder aus seiner Ehe mit der Kammerratstochter Wilhelmine Charlotte Elisabeth Kieckebusch (1800 bis 1893) überlebten ihn; Bismarck hat sich nie um sie gekümmert.

Luise Wilhelmine, „Minchen" genannt, war das Nesthäkchen im Hause des Kabinettsrats; die Prinzen — der spätere König Friedrich Wilhelm IV. und sein Bruder, der Kaiser Wilhelm I. — spielten oft mit ihr und pflanzten einmal zusammen vier Linden im Menckenschen Garten; auch die Königin Luise holte das anmutige Mädchen oft zu ihren Teenachmittagen. So wurde Luise Wilhelmine seit ihrer Jugend an die Hofwelt, die königliche Familie, die politische Potsdamer Luft gewöhnt. Je mehr sie zu einer Schönheit voll Zauber und Hoheit heranwuchs, desto mehr verkehrte sie in den Potsdamer und Berliner Salons und auch auf den berühmten Musikabenden des Prinzen Louis Ferdinand. Hier wie bei den Festlichkeiten der Königin Luise begegnete sie dem märkischen Landadel, begegnete sie den beiden Brüdern Friedrich und Ferdinand von Bismarck. Friedrich stand bis 1806 in Potsdam als Garde du Corps. Sein jüngerer Bruder Ferdinand, seit 1798 schon Gutsherr auf Schönhausen, konnte im Frühjahr 1806 seine „Verlobung mit der Demoiselle Mencken, hinterlassenen Tochter des verstorbenen Geheimen Kabinettsrates Mencken, allen Verwandten und Freunden unter Verbittung des Glückwunsches" im Stile der Zeit bekanntgeben und schon am 6. Juli 1806 in der königlichen Hof- und Garnisonkirche zu Potsdam die Ehe schließen.

Das Blut der Mencken vereinte sich dem Blut der Bismarcks und schenkte den Deutschen ihren größten Staatsmann im neunzehnten Jahrhundert mit dem vierten Kinde und dritten Sohn Otto Eduard Leopold am 1. April 1815 zu Schönhausen nach Alexander Friedrich Ferdinand (1807—1809), Luise Johanna Angelika (1808 bis 1813), Friedrich Ferdinand Alexander Bernhard Romana (1810 bis 1893) und vor Franz Albert (1819—1822) und Franziska Angelika Malwine (1827 — verheiratet 1844 mit Oskar v. Arnim-Kröchlendorff —1908).

ZWEITES KAPITEL

Kindheit und Schulzeit

Otto von Bismarck hat auf seine Kindheit und Schulzeit meist mit bitteren Empfindungen zurückgeblickt. Er wuchs von seinem zweiten Lebensjahre an in dem kleinen, wenig ansehnlichen Gutshaus von Kniephof bei Naugard in Pommern auf. Wie alle noch nicht schulpflichtigen Landkinder: im schönen Garten, am alten Karpfenteich, zwischen Tagelöhnern und Bediensteten, mit der Freude an Wald und Bach, Baum und Tier. Der Vater freute sich darüber, wenn Otto „mit den Beenekens baumelte", die Mutter nahm ihn, der schon immer gerne aß, scharf ins Verhör, als er an einer Flasche gekostet hatte: „Otto, was hast du gegessen? Du riechst nach Medizin!" Und Otto antwortete: „In Vaters Stube stand am Fenster eine Flasche; ich habe aber nicht daraus getrunken; sie stankte zu sehr!" Die Gäste, die häufig nach Kniephof kamen, freuten sich über den aufgeweckten kleinen Kerl, der einmal bei Tisch den stattlichen Major von Schmeling, den Kommandeur des Landwehrbataillons in Naugard, ganz friderizianisch und im Stil des Vaters, der gerne die Anredeform „Er" gebrauchte, fragte, weil er seinen linken Arm seit einer Verwundung in den Freiheitskriegen in der Binde trug: „Ist Er von einer Kanonenkugel geschossen?" Seine seligsten Stunden verlebte er, wenn er dem gesellschaftlichen Treiben im Elternhause entlaufen und mit dem alten Kuhhirten Brand, „der wohl noch Leute gesprochen haben mochte, die die Schlacht bei Fehrbellin (1675) mitgemacht hatten", Plattdeutsch reden konnte. Brand warnte den in den Ställen heimischen Knaben einmal, nicht so zutraulich bei den Kühen herumzukriechen. „Die Kuh", sagte er, „kann dir mit dem Hufe ins Auge treten. Die Kuh merkt nichts davon und frißt ruhig weiter, aber dein Auge ist dann futsch." Diese Kuhhirtenweisheit be-

hielt Bismarck in der Erinnerung, er dachte an sie, „wenn Menschen, ohne es zu ahnen, andern Schaden zufügten“. Brand blieb ihm „eines jener alten Möbel, mit denen meine Jugenderinnerungen untrennbar verknüpft sind. Wenn er mir ins Gedächtnis kommt“, sagte Bismarck 1870 in Versailles bei Tische, „so ist mir immer wie Heidekraut und Wiesenblumen.“ Er hat damals in Kniephof auch seinen ersten Hasen geschossen und schwimmen gelernt, Krähennester ausgenommen und die Kräheneier den brütenden Tauben untergelegt, „um zu sehen, was wohl aus der Geschichte würde“. Aber das war wohl schon in der Ferienzeit, wenn er von Berlin heimkam. Das glückliche Landparadies unter den rauschenden alten Eichen, an den kleinen Bächen in den weiten Wiesen und zwischen den niedrigen Hügeln, das Träumen und Schlendern in Wald und Flur erfuhr schon früh manche Unterbrechung, wenn die Knaben Bernhard und Otto außer in das nahe Naugard und Stettin auch zur Winterszeit nach Berlin mitgenommen wurden, wohin die Eltern zur Teilnahme am höfischen und gesellschaftlichen Leben zeitweilig übersiedelten. Auch in die Bäder Ems, Kassel mit Wilhelmshöhe und Liebenstein, wohin die nervöse, kränkelnde Mutter gerne ging, kamen die Kinder schon. Der Brand des Berliner Schauspielhauses gehörte zu Bismarcks frühesten Kindheitserinnerungen. „Ich bin damals“, so erzählte er in Versailles, „ungefähr drei Jahre alt gewesen, und es war am Gendarmenmarkt auf der Mohrenstraße, gegenüber dem Hotel de Brandebourg, an der Ecke, eine Treppe hoch, da wohnten damals meine Eltern. Von dem Brande selbst weiß ich nicht, daß ich ihn gesehen hätte. Aber als Egoist weiß ich, — vielleicht auch nur, weil man mir's nachher oft erzählt hat, wir hatten da vor den Fenstern noch so eine Stufe, auf der Stühle und der Nähtisch meiner Mutter standen. Und wie es brannte, da stieg ich hinauf und hielt an der einen Seite meine Hände an die Scheiben und zog sie gleich zurück, weil es heiß war. Hernach ging ich an das rechte Fenster und machte es ebenso.“ Bismarck erinnerte sich später wiederholt an das Gesellschaftsleben der Eltern; er sah immer noch seine Mutter, die schöne Frau, vor sich: „Sie hatte lange Handschuhe an bis an den Oberarm, ein Kleid mit kurzer Taille, aufgebauschte Locken zu beiden Seiten“, wie Krügers Bild in Varzin sie zeigt, „und auf dem Kopfe eine große Straußenfeder.“ Der Innen- und spätere Polizeiminister Fr. Frhr. v. Schuckmann

(† 1834) muß häufig bei seinen Eltern verkehrt haben, denn Bismarck entsann sich wiederholt der „großen Gesellschaften", die „man zu jener Zeit Assemblees nannte und was jetzt (1871) Rout heißt — einen Ball ohne Abendbrot." Auf solch einem Ball im eigenen Hause „oder so was der Art" suchte der kleine Otto sich, „als sich die Gesellschaft zum Essen setzte", „auch einen Platz, und fand ihn in irgendeiner Ecke, wo mehrere Herren saßen. Die wunderten sich über den kleinen Gast, drückten sich aber dabei französisch aus, wer das Kind wohl sein möchte? C'est peut-être un fils de la maison ou une fille. Da sagte ich ganz dreist: ‚C'est un fils, monsieur', was sie nicht wenig in Erstaunen setzte."

Dies Französisch stammte von der Mutter. Sie ist es gewesen, die Bismarcks Kindheit, sobald sie seine Begabung erkannt hatte, unter das Gesetz ihres Ehrgeizes gestellt und damit über Gebühr belastet hat. „Schon als Kind bin ich spät zu Bett gegangen" — „Ich bin nicht richtig erzogen. Meine Mutter ging gern in Gesellschaft und kümmerte sich nicht viel um mich" — „Ich selbst bin ein verzogenes Muttersöhnchen gewesen", — „Es wechseln in den Familien gewöhnlich zwei Generationen miteinander ab, eine geprügelte und eine ungeprügelte; in meiner Familie wenigstens war es so. Ich gehörte zu der geprügelten Generation" und „Ich lief einmal fort, weil mein Bruder mich schlecht behandelt hatte. Ich kam bis auf die Linden, da fingen sie mich wieder ein. Ich hatte eigentlich Strafe bekommen sollen, es wurde aber Fürsprache für mich eingelegt" — diese und ähnliche Aussprüche Bismarcks zeigen deutlich, daß der Knabe sich im Elternhause bereits „in frühester Kindheit fremd fühlte" und „nie wieder darin heimisch geworden", daß, wie er selbst gesagt hat, seine „Erziehung von Hause her aus dem Gesichtspunkt geleitet wurde, „daß alles der Ausbildung des Verstandes und dem frühzeitigen Erwerb positiver Kenntnisse untergeordnet blieb". Der Vater hätte mit „seiner wirklich maßlosen, uninteressierten, gutmütigen Zärtlichkeit" seine Söhne gewiß lieber unbeschwert auf dem Lande, in der Obhut von Hauslehrern zu selbstverständlichen, freien Landedelleuten heranwachsen lassen. Die Mutter wollte aber höher hinaus. Als Bürgerliche wurde sie, wenn sie auch aus den Hofkreisen stammte, wahrscheinlich im Kreise der Bismarcks, des Landadels um Kniephof herum und des Hofes nicht ganz für voll genommen. Sie wollte darum durch ihre Söhne beweisen, zu welcher höheren Leistung

ihr Blut fähig wäre. Die Jungen sollten den Weg gehen, der ihr nach dem Leben ihres Vaters allein lebenswert dünkte: als Diplomaten Preußen in der Welt vertreten, Minister werden, was ihr Vater nicht geworden war! Sie lehrte darum die Kinder von Jugend an das Französische, das ihr Vater als Sekretär Friedrichs d. Gr. oft mehr als das Deutsche gesprochen hatte. Sie hat damit Otto einen Dienst für sein ganzes Leben getan. Sie brachte aber auch jene stete Unruhe des gesellschaftlichen Lebens in das Dasein: nicht das Wohlergehen und das geistig-körperliche Reifen der Kinder, nicht die Erfüllung des Muttertums war die suprema lex ihres Alltags, sondern die äußere Pracht und die Geltung bei Hofe. Bismarck entsann sich noch, wie der Geburtstag der Mutter gefeiert wurde. „Wie deutlich schwebt es mir vor, als meine Eltern in Berlin am Opernplatz wohnten, dicht neben der katholischen Kirche, wenn ich des Morgens durch den Jäger aus der Pension geholt wurde, das Zimmer meiner Mutter mit Maiblumen, die sie vorzüglich liebte, mit geschenkten Kleidern, Büchern und interessanten Nippes garniert fand; dann ein großes Diner mit viel jungen Offizieren, die jetzt (1874) alte Majors sind, und schlemmenden alten Herrn mit Ordenssternen, die von den Würmern verzehrt sind. Und wenn man mich als gesättigt vom Tisch geschickt hatte, so nahm mich die Kammerjungfer in Empfang, um mir mit beiseitegebrachten Kaviar, Baisers und dergl. den Magen gründlich zu verderben. Was stehlen doch alle diese Domestiken." Und mit einer leisen Melancholie fuhr Bismarck hier in seinem Briefe an seine Braut fort: „Meine Mutter war eine schöne Frau, die äußere Pracht liebte, von hellem, lebhaftem Verstande, aber wenig von dem, was der Berliner Gemüt nennt. Sie wollte, daß ich viel lernen und viel werden sollte, und es schien mir oft, daß sie hart, kalt gegen mich sei." Bismarck hat als Kind darunter gelitten, daß die Wärme des Mutterherzens ihn nicht umhegte, wie auch der abschließende Satz jenes Briefes durchblicken läßt: „Was eine Mutter dem Kinde wert ist, lernt man erst, wenn es zu spät, wenn sie tot ist; die mittelmäßigste Mutterliebe, mit allen Beimischungen mütterlicher Selbstsucht, ist doch ein Riese gegen alle kindliche Art." Sicherlich wollte die Mutter das Beste ihrer Kinder, aber nach ihrer „Selbstsucht" und mit dem Grad „mittelmäßiger" Mutterliebe, als eine Dame von Welt. Ihr fehlte jene Innerlichkeit, die auf die starke seelische Entwicklung des Kindes natürlich ant-

wortete. Das zeigte sich auch in ihrer Religion, die — wie oft bei stark intellektuellen Menschen — aus Rationalismus und Mystik seltsam gemischt war. Sie las „viel in den ‚Stunden der Andacht'" (von Zschokke), war über des Sohnes spätere „pantheistische Richtung" und seinen „gänzlichen Unglauben an Bibel und Christentum oft erschrocken und zornig". „Zur Kirche ging sie nicht und hielt viel von Swedenborg, der Seherin von Prevorst und Mesmerschen Theorien, Schubert (Astronom), Justinus Kerner. Eine Schwärmerei, die in seltsamem Widerspruch zu ihrer sonstigen kalten Verstandesklarheit stand. Christlich in dem Sinne, wie wir (die Reinfelder Pietisten) es verstehen, war, soviel ich weiß, auch ihr Glaube nicht."

Die Seele des nach Liebe und warmer Herzlichkeit verlangenden Kindes hat unter dem kalten Glanze der großen Welt, den die Mutter liebte, unter der kritischen Kühle der allzu Berlinischen Lebensauffassung und des ruhelosen, nervösen Ehrgeizes gelitten. Man spürt, wie schon das Kind den ererbten Zwiespalt im Verhältnis der Eltern — hier Landverwurzelung und Harmonie durch die Natur, dort Stadtehrgeiz und rastloses Vorwärtsdrängen — dunkel mitlitt. Frau Luise Wilhelmine von Bismarck geb. Mencke(n) wollte aus dem sechzehn Jahre älteren Manne, der es sich mit dem Erbe und der angeborenen Stellung genug sein ließ, mehr machen, als ihm zukam: sie stellte ihn immer wieder in das Licht des Hofes, der Berliner Gesellschaft, sie veranlaßte ihn zu Neuerungen und Reformen auf den Gütern, die mehr Geld verschlangen als einbrachten. Als sie sah, daß ihres Mannes Ruhe und Selbstsicherheit nicht zu erschüttern waren, warf sich ihr Ehrgeiz auf ihre Söhne. Wie hat sie den braven, seiner einfachen Natur bewußten Ältesten, Bernhard, gequält! Noch 1830 schrieb sie: „Es war das höchste Ziel meines Lebens und ich dachte es mir als das größte Glück für mich, das ich erreichen könnte, einen erwachsenen Sohn zu haben, der unter meinen Augen gebildet mit mir übereinstimmen würde, der als Mann berufen wäre, viel weiter in das Reich des Geistes einzudringen, als es mir als Frau vergönnt ist." Sie wollte dem Sohne vererben, „was ich als das höchste Gut des Lebens achte: den Sinn und die Richtung zur höheren geistigen Bildung, die uns allein das Göttliche in unserer Natur offenbaren kann und wie ich glaube, uns auch allein dermaleinst wahrhaft zu Gott führen kann" (1831). „Die eigentliche Kunst zu leben im höheren Sinne"

war für sie — 1830 —: mit dem Geiste leben. Denn wer dies nicht tut, „wie soll der den Geist vervollkommnen? Was andere uns zu geben vermögen in dieser Art, ist gering, nur unser eigenes Streben gewinnt uns diese Güter, sonst bleiben sie uns ewig tot." Sie war nun aber nicht — wie man nach diesen Worten annehmen könnte, eine „geistige" Frau im besonderen Sinne der Bezeichnung. Ihr Geistprinzip stammte aus ihrem Intellektualismus und stand im Gegensatz zu der Vorherrschaft des Gemüts bei ihrem Manne; sie wollte den Geist nutzen, um in der Welt eine Rolle zu spielen. So riet sie denn auch ihrem Sohne Bernhard: „Sieh Dich um, höre und prüfe das Urteil der Welt über gediegene Bildung und Du wirst eingestehen, daß viel dazu gehört, ehe Du an den Titel eines gebildeten Mannes Anspruch machen kannst." Den soll aber haben, wer nicht „in aller Leute Augen" sinken, wer nicht „zu den sehr alltäglichen Menschen, ja zu den gemeinen zählen" will. Die Söhne sollten einen Rang in der Wirklichkeit, und zwar nicht so sehr der militärischen oder ländlichen, als vielmehr der höfisch-beamtlichen, der diplomatischen Welt erobern. Diesem Ziel ordnete sie mit berechnender Absichtlichkeit, die jedes Behagen des gesunden, in sich beschlossenen Daseins unmöglich machte, bereits das ganze Dasein der Kinder unter. Deswegen mußte Otto von Bismarck schon als Vierjähriger dem Bruder Zeichnungen schicken, schon als Fünfjähriger schreiben und rechnen lernen. Sein Geist wurde eingespannt, sobald er sich nur regen konnte. Über diese mütterliche Betriebsamkeit, die nicht warten konnte, ging das Kindheitsparadies verloren.

Es wurde endgültig verschlossen, als die Mutter den noch nicht einmal Siebenjährigen im Januar 1822 aus dem Elternhaus tat, zusammen mit Bernhard in die Plamannsche Anstalt nach Berlin schickte und beiden Jungen zum mindesten von 1822 bis 1825, vielleicht aber noch öfter, nicht einmal das tief ersehnte Glück der Ferien in Kniephof gönnte, sondern sie bestenfalls zum Onkel aufs Gut Templin bei Potsdam oder gar unter fremde Leute steckte. Bismarck hat seiner Mutter diese frühe Trennung vom Elternhause, die durchaus nicht vom Zwang zur Sparsamkeit veranlaßt war (denn der Aufenthalt zweier Jungen in der Plamannschen Anstalt kostete ebensoviel wie ein Hauslehrer), stets verdacht. Er ist von der tiefen Sehnsucht nach der Landheimat seiner Kindheit niemals mehr freigeworden, kehrte er doch wirklich nur noch für

kurze Zeit und dann nach Berlin ins Elternhaus zurück. Er blieb während der eigentlichen Entwicklungsjahre fremden Menschen, kalten Grundsätzen überantwortet. Mit ihnen mußte er sich einrichten, ihnen gegenüber mußte er sich behaupten.

Die Plamannsche Lehranstalt in Berlin, Wilhelmstraße 139, in der Nähe des Belle-Alliance-Platzes, der die beiden Bismarckjungen nun fünf Jahre hindurch als Pensionäre und Schüler zugehörten, konnte ihm weder Kniephof mit seinen rauschenden Eichen, Wiesen und Wässern, Heiden und Feldern, Seen und Menschen noch das Elternhaus ersetzen. Alles Denken und Fühlen, Verhalten und Tun war hier streng den Jahnschen Traditionen und Pestalozzischen Grundsätzen unterworfen. Bismarck hat es deswegen später klar ausgesprochen: „Meine Kindheit hat man mir in der Plamannschen Anstalt verdorben, die mir wie ein Zuchthaus vorkam ...“ „Es hat dort ein künstliches Spartanertum geherrscht. Niemals habe ich mich satt gegessen, ausgenommen, wenn ich einmal ausgebeten gewesen war. Immer hat es im Institut elastisches Fleisch gegeben, nicht gerade hart, aber der Zahn konnte damit nicht fertig werden. — Und Mohrrüben — roh aß ich sie gern, aber gekocht und harte Kartoffeln darin, viereckige Stücke!“... „Ein zu strenges System... wenig und schlecht zu essen, Abhärtung, im Winter in leichten Jacken, viel Zwang und Methode und widernatürliche Dressur.“ Heimweh wuchs auf, wenn der Knabe einmal ins freie Feld — denn „am Südwestende der Wilhelmstraße hörte damals die Stadt auf“ — hinaussah. „Wenn ich aus dem Fenster ein Gespann Ochsen die Ackerfurche ziehen sah, mußte ich immer weinen vor Sehnsucht nach Kniephof.“ Das Gemüt des Kindes darbte hier unter der „rücksichtslosen Strenge“. „Einmal war im Nachbarhause jemand gestorben. Ich hatte noch nie einen Toten gesehen und kletterte durch ein Fenster, um die Leiche genau zu betrachten. Dafür wurde ich hart bestraft. Mit der Turnerei und Jahnschen Reminiszenzen trieb man ein gespreiztes Wesen, das mich anwiderte ...“ „Die strenge Erziehung war eine Treibhauskultur“, bekannte Bismarck noch als Achtzigjähriger den Lehrern, die ihm in Friedrichsruh huldigten. „Um halb sechs Uhr mußten wir aufstehen; von sechs bis sieben wurde schon gekritzelt. Von acht bis ein Uhr währte der Unterricht. Dann folgte eine einstündige Mittagspause. Nach diesem Essen sehne ich mich aber nicht zurück. Nachher war wieder bis

sieben oder acht Uhr Unterricht und Arbeitsstunde; Turnen gab einige Abwechslung. Heute würde man entrüstet sein über eine Lehranstalt, die ihre Schüler von 6—7½, von 8—1 und wieder von 2—7 Uhr arbeiten ließe. Das hat auch keine gute Wirkung bei mir gehabt. Die Erziehung war sehr streng; wir wurden schlimmer als die Rekruten vom Unteroffizier behandelt. Beim Stoßfechten gab es oft einen Hieb über den Arm, daß die Striemen acht Tage lang zu sehen waren." Bismarck mußte erfahren, daß das „von" vor seinem Namen „ein Nachteil für mein kindliches Behagen im Verkehre mit Mitschülern und Lehrern war". Der kleine Garten, in dem jeder der dreißig Vollpensionäre aus hohen Beamten- und Adelsfamilien sein Stückchen Land zur Bearbeitung und Verwaltung erhielt, wurde zu seiner „ganzen Welt"; als er ihn 1851 wiedersah, schrieb der Sechsunddreißigjährige erschüttert an seine Frau: „Ich begreife nicht, wo der Raum geblieben ist, den ich so oft atemlos durchlaufen habe, und mein Gärtchen mit Kresse und türkischem Weizen und alle die Geburtsstätten verfallener Luftschlösser und der blaue Duft der Berge, die damals jenseits des Bretterzaunes lagen. Die Bäume waren alte Bekannte, ich weiß noch die Obstsorten davon und die Hühner waren noch da, die mir immer soviel Heimweh nach Kniephof machten, wenn ich sie ansah und die Stunden und Viertelstunden anstrich, die noch verfließen sollten, bis die Ferien da waren und die Stettiner Postwagen. Wie sehnte ich mich damals in das Leben und die Welt; die ganze bunte Erde, wie sie mir damals existierte, mit ihren Wäldern und Burgen und allen den Erlebnissen, die meiner darin warteten, tauchte vor mir auf, als ich in dem Garten stand, und ich hätte weinen können, wenn der prosaische Hans (v. Kleist-Retzow, Schulkamerad, 1814—1892) mich nicht rief und trieb, und ich mich erinnerte, was ich jetzt ganz genau weiß, wie der Garten ein kleiner Fleck in der Wilhelmstraße ist und nicht viel Besonderes rings umher hinter den Zäunen und die Hasenhaide, wo wir Sonntags spielten, ein kleiner dummer Kiefernwald, und der Domberg in Kniephof 16 Morgen groß."

Wenn auch die Wehmut der Erinnerung später das Bild der fünfeinhalb Jahre in der Plamannschen Anstalt, deren Gründer und Leiter mit seinen fünfzig bis sechsundfünfzig Jahren nun auch seines gutgemeinten Werkes müde zu werden begann, dunkler gefärbt hat, als es in Wirklichkeit war, so ist doch gewiß, daß Bis-

marck in seinem tiefsten Innern eine Bitternis zurückbehielt, die beweist, daß er unter diesem dürftig-nüchternen, künstlich-theoretischen, gefühl- und phantasielosen Erziehungssystem gelitten hatte. Er war dabei kein weichlicher Junge; sein Schulgenosse Ernst Krigar hat ihn uns „als den hervorragendsten Helden unserer trojanischen Kämpfe" geschildert, der sich gegen die Mißhandlungen Neueingetretener tapfer wehrte, kühn ins Wasser sprang und befehlshaberisch die Kameraden leitete. Er war zum mindesten ein Junge wie alle Jungen. So sah er auch sich selbst. So wiesen ihn auch seine Zeugnisse und Briefe aus. Der „gemachte Anfang", „seine gemütliche Freundlichkeit und sein kindlicher Frohsinn" wurden gerühmt, „alle haben ihn gern" und „er schließt sich zutraulich an". Am 27. April 1822 schrieb der Siebenjährige den ersten erhaltenen Brief: „Liebe Mutter! Ich bin hier glücklig angekomen es sind die Censuren ausgeteilt und ich hoffe daß du dich freun wirst. es sind kützlich neue springer angkomen die ser schöne Kunstücke zu ferde und zu fuss mache könen, grüsse ale filmals und bleibe so gesund wi wir dic ferlasen haben ich bin dein dich libender Sohn Otto!" Es ging dann gleichmäßig im Schultrott weiter. Der nächste Brief von Ostern 1825, den wir besitzen, zeigte kaum noch Rechtschreibungslücken. Der Schüler wurde stets versetzt, er wußte schließlich nur noch vom Abgang eines „strengen Lehrers", von Schulereignissen zu berichten. Seine Zeugnisse erzählten von seinen Fortschritten. Seine Schnellfertigkeit und Flüchtigkeit fielen auf. Sein Temperament ging mit ihm durch. Er mußte lernen, „daß jedes seine rechte Stelle habe, der Ernst bei der Arbeit und die Fröhlichkeit im geselligen Leben". Er wurde allmählich selbstsicherer. Als der altdeutsch gescheitelte, langlockige Zeichenlehrer den Jungen eine „Zierpuppe!" schalt, antwortete er prompt: „Selbst eine!" Plamann führte ihn mit guter Willensschulung und fester Zucht bis an die Untertertia heran. Der Zwölfjährige kam dann im September 1827 für drei Jahre in das Friedrich-Wilhelms-Gymnasium in der Friedrichstraße bis zur Sekunda und bis 1832 auf das Graue Kloster in der Klosterstraße.

„Meine Aufmerksamkeit zog Bismarck schon am Tage seiner Einführung auf sich", hat Schuldirektor Bonnell, sein Lieblingslehrer, später erzählt. „Er saß mit sichtlicher Spannung, klarem, freundlichem Knabengesicht und hell leuchtenden Augen, frisch und munter unter seinen Kameraden, so daß ich bei mir dachte:

Das ist ja ein nettes Jungchen, den will ich besonders ins Auge fassen. Er wurde zuerst mein Schüler im Lateinischen, als er nach Obertertia kam." Franz Krüger hat uns sein damaliges Aussehen — noch im Plamannschen „altdeutschen" Schnürenrock — überliefert: ein blondlockiger Junge „mit offenen Augen und offenem Sinn, keck und dreist in die Welt schauend".

Es ging ihm (und seinem Bruder) jetzt auch besser. Die Eltern hatten für zweiundeinhalb Jahre eine Wohnung in der Behrenstraße genommen, wo man im Winter zusammenlebte, im Sommer, wenn die Eltern mit Schwesterchen Malwine in Kniephof weilten, die brave Trine Neumann „als Haushof-, Kuchen-, Keller- und Sittenmeisterin" über sie wachte. „Sie hatte uns Jungen herzlich lieb und tat alles, was sie uns an den Augen absehen konnte. So machte sie uns zu Abend fast immer unser Leibgericht: Eierkuchen. Wenn wir gegen Abend ausgingen, ermahnte Trine Neumann uns regelmäßig: ‚Bliewt hüt nich so lang ut, dat min Kauken nich afbacken!' Und regelmäßig, wenn wir endlich nach Hause kamen, hörten wir die gute Trine schon von weitem wie einen Rohrsperling schimpfen: ‚Dunnerwetter, Jungens, ut Juch wat in'n Leben nix Vernünftigs — die Kauken sünd all wedder afbackt!'"

Das waren nun nicht mehr die Trockenbrot- und Spartanerzucht-Zeiten wie bei Plamann. Jetzt ging es auch in der Schule leichter voran, denn Hauslehrer — nacheinander ein Genfer, ein Referendar, ein Philologe, der sogar mit der Kasse durchbrannte — halfen bei der Vervollkommnung im Französischen und Englischen, bei Latein und Griechisch, Mathematik und Deutsch. Die Zeugnisse berichteten im Auf- und Niedergang der Jahre von ausreichenden Leistungen; die Versetzungen folgten prompt aufeinander; Bernhard wurde 1829 Student; Otto zog jetzt mit Aufgabe der elterlichen Wohnung zu einem Lehrer, dann zu Professor Bonnell und ging ins Graue Kloster, wo nach anderthalb Primanerjahren Ostern 1832 das Abiturium bestanden wurde. Natürlich war Otto nicht immer brav gewesen: ein „Ausbruch höchster Unbescheidenheit" „scheint" „die seinen Lehrern schuldige Achtung aus den Augen setzen zu können", auch Krankheiten unterbrachen den Schulbesuch,der im übrigen keinen tieferen Eindruck hinterließ. Er hat sich zwar später immer gerne und offen als Schüler des humanistischen Gymnasiums bekannt, der die Mathematik ablehnte, das klassische Altertum verehrte, die neuere Welt und

3*

Geschichte liebte und als Goethes Zeitgenosse Freude an den Gegenwartsdichtern von dem besonders verehrten Schiller bis Chamisso und Uhland hatte. Durch sein Elternhaus und deren Verbindung zum Berliner Hofe und zu den Berliner Salons kam der lebensgierige Jüngling auch in vielfache Beziehung zum damaligen Berlin mit seinen 220 000 Einwohnern und seiner buntfarbigen klassisch-romantischen Kultur, die sich im engbegrenzten Rahmen der Restauration hielt, in der die Konservativen, ja reaktionäre Kräfte in Staat, Königtum, Beamtentum und Heer den Ton angaben. Die liberale und deutschnationale Opposition meldete sich nur in den Bürgerkreisen. Der Adel hielt sich, wie Bismarcks Vater, zum Thron, mochte auch die Mutter liberale Gedanken äußern und den Primaner Otto zu Josty schicken, um die neuesten Pariser Zeitungen über die Julirevolution und ihre Folgen zu holen. Die Mutter politisierte gerne, wenn auch erfolglos, denn sie trieb den Sohn durch „manche bittre oder geringschätzige Kritik über die Herrscher“ oder die Zustände grade immer wieder ins Lager der Autorität. An seinem sechzehnten Geburtstag fand auch „nach einem unregelmäßig besuchten und unverstandenen Religionsunterricht“ seine Konfirmation durch Schleiermacher mit dem „eigentümlich zukunftsvollen Spruch“: „Alles, was ihr tut, das tut von Herzen, als dem Herrn und nicht den Menschen“ (Kol. 3, 23) statt. „Ich hatte damals“, bekannte Bismarck, „keinen anderen Glauben, als einen nackten Deismus, der nicht lange ohne pantheistische Beimischungen blieb.“ Das abendliche Kindergebet wurde nach reiflicher Überlegung, weil es Gottes Wesen widerspräche, aufgegeben. Er folgte darin wohl Schleiermacher, der den Gedanken einer Einwirkung durch das Gebet auf den Schöpfer, dessen Vollkommenheit und Unveränderlichkeit er so stark betonte, „für einen Übergang in das Magische“ erklärte. Hier unterlag Bismarck, ohne sich besonders original zu zeigen, den Einflüssen seiner Berliner Umwelt. Dem rationalistisch-praktischen Berliner war das Gebet eine Vermessenheit, ein Zweifel an Gottes Vollkommenheit. Im Politischen wahrte der Jüngling aber bereits seinen angeborenen Instinkt: die Theorie der Deutsch-Nationalen war ihm ein Traum, der seine „angeborenen preußisch-monarchischen Gefühle nicht auszutilgen“ vermochte.

Die eigentliche Entwicklung ging jetzt aber nicht so sehr im geistig-politischen, seelisch-religiösen, sondern wie oft bei jungen

Aristokraten im soziologischen Raume vor sich. Junge Adlige erobern sich erst einmal die Welt ihres Standes; sie lernen den Stil ihres Auftretens, ihrer äußeren Erscheinung! Hübsch berichtete im Dezember 1829 der Templiner Onkel davon: die nervöse, von Schlaflosigkeit geplagte Mutter könnte die Söhne nicht in ihrer Nähe haben; „zwei Nachbarn wie meine werten Neffen, mit Trompetenlungen und Posaunenstimmen, die nur sehr laut mit dem (schwerhörigen) Vater sprechen können, die im Ulanenschritt gehen, von Ulanen usw. des Morgens besucht werden, die schon früh umherpoltern müssen . . .“ Die Mutter mußte damals wahrnehmen, „daß ihre Kinder allmählich, vielleicht wider Willen und unter Kampf für das Gegenteil sich von ihrem Herzen lösen, kälter und verschlossener auch gegen sie werden!“ Bernhard „versank in das physische Leben“, warf die Bücher beiseite. Otto wurde von Ostern 1831 Pensionär bei Professor Bonnell, „wo er sich freundlich und anspruchslos in meiner einfachen Häuslichkeit, die sich damals auf meine Frau und meinen einjährigen Sohn beschränkte, und durchaus zutraulich bewegte. Er zeigte sich in jeder Beziehung liebenswürdig. Er ging des Abends fast niemals aus: wenn ich zu dieser Zeit zuweilen nicht zu Hause war, so unterhielt er sich freundlich und harmlos plaudernd mit meiner Frau und verriet eine starke Neigung zu gemütlicher Häuslichkeit. Er hatte unser ganzes Herz gewonnen.“ Wenn er in Kniephof, wo der Vater mit „recht inniger Freude“ die Zeugnisse den Nachbarn herumzeigte, weilte, „nahm der Sechzehnjährige schon mit voller Lust am gesellschaftlichen Verkehr, an den Freuden der Jagd und der Reitkunst teil. „Ich lebe hier“, schrieb er am 12. Juli 1830 an seinen Bruder, „wie Gott in Frankreich . . . Gestern bin ich leider mit Stiefeln, Sporen und Flinte ins Wasser gefallen. Blanke (die Stute) war nämlich so zuvorkommend, mich von hinten anzulaufen und mir so ganz unverhofft dieses angenehme Bad zu verschaffen . . . Am Freitag sind drei hoffnungsvolle junge Leute, ein Brandstifter, ein Straßenräuber und ein Dieb, kurze Zeit vorher zwei gleichen Gelichters aus der Anstalt echappiert. Die ganze Gegend wimmelte von Patrouillen, Gendarmen und Landsturm, man war seines Lebens nicht sicher. Am Abend rückte die Kniephofer Reichsexekutionsarmee gegen die drei Ungeheuer aus, bestehend aus 25 Mann Landsturm, soviel es anging mit Schießgewehren, Flinten, Büchsen, Musketen, Pistolen, die übrigen aber mit Forken und Sensen

bewaffnet. Alle Übergangspunkte über die Zamper wurden besetzt. Unser Militär aber war erschrecklich in Furcht; wenn sich zwei Abteilungen begegneten, riefen sie einander an; aber vor Angst wagte niemand zu antworten, die einen liefen was sie konnten, die andern verkrochen sich hinter die Büsche.“—Das Cholerajahr 1831 brachte allerlei Unruhe auch nach Kniephof. Otto kletterte kurzerhand in die Hütte eines ängstlich isolierten Cholerakranken, er wollte die Krankheit selbst sehen und helfen. Jetzt brach immer mehr der burschikose Bismarck durch, der auch mal gerne renommierte oder sich überheblich gehen ließ. Der Kavalier regte sich schon: der Bruder sollte — „Vater und Mutter braucht es nicht zu wissen“ — ein „galantes Vielliebchen“ besorgen und einer jungen Dame in der Nachbarschaft anonym zusenden. Die goldene Freiheit winkte bereits.

Am 14. April 1832 bestand der gerade Siebzehnjährige die Reifeprüfung unter Direktor Bonnell mit dem Zeugnis Nr. 2: „Wir entlassen diesen befähigten und wohlvorbereiteten Jüngling“, hieß es darin, „mit unseren besten Segenswünschen und der Hoffnung, daß er mit erneutem Eifer an seiner ferneren wissenschaftlichen Ausbildung arbeiten werde.“ Er selbst aber beurteilte seinen Schulschluß später zu Beginn seiner „Gedanken und Erinnerungen“: „Als normales Produkt unseres staatlichen Unterrichts verließ ich Ostern 1832 die Schule als Pantheist, und wenn nicht als Republikaner, doch mit der Überzeugung, daß die Republik die vernünftigste Staatsform sei, und mit Nachdenken über die Ursachen, welche Millionen von Menschen bestimmen könnten, Einem dauernd zu gehorchen, während ich von Erwachsenen manche bittre oder geringschätzige Kritik über die Herrscher hören konnte. Dazu hatte ich von der turnerischen Vorschule mit Jahn'schen Traditionen, in der ich vom sechsten bis zum zwölften Jahre gelebt deutschnationale Eindrücke mitgebracht. Diese blieben im Stadium theoretischer Betrachtungen und waren nicht stark genug, um angeborne preußisch-monarchische Gefühle auszutilgen. Meine geschichtlichen Sympathien blieben auf Seiten der Autorität. Harmodius und Aristogiton sowohl wie Brutus waren für mein kindliches Rechtsgefühl Verbrecher und Tell ein Rebell und Mörder. Jeder deutsche Fürst, der vor dem 30jährigen Kriege dem Kaiser widerstrebte, ärgerte mich; vom Großen Kurfürsten an aber war ich parteiisch genug, antikaiserlich zu urteilen und natürlich zu finden, daß der siebenjährige Krieg sich vorbereitete.“

DRITTES KAPITEL

Student und Beamter

Der Weg zur Selbstbestimmung

(1832—1839)

Es war ein langaufgeschossener, magerer Jüngling, „dünn wie eine Stricknadel", der sich am 10. Mai 1832 als Student der Rechts- und Staatswissenschaft an der Universität Göttingen immatrikulieren ließ. Bonn hatte — für einen preußischen Adligen wohl selbstverständlich — zuerst zur Wahl gestanden, war dann aber „à cause du choléra", wie Bismarck am 15. April seinem Bruder geschrieben, für ein Jahr gegen Göttingen vertauscht worden, wo er nun freilich keine Landsleute traf; der bei den Eltern angesehene Finanzrat Karl hatte zu Göttingen geraten, dazu gewiß auch das Menckensche Erbe: Helmstedt gab es freilich seit 1810 nicht, Göttingen war die einzige Universität im niedersächsischen Raume. Zudem galt sie als die Diplomatenschule. So kam der Siebzehnjährige in die Leinestadt, weil Genf, das noch besprochen wurde, doch zu fern lag. Die Berufswahl selbst — ob Offizier oder Beamter — hatte Bismarck keine große Sorge gemacht: es war wohl bisweilen mit dem Gedanken, Soldat zu werden, gespielt worden. Der Jüngling hatte vorerst aber genug Zwang erduldet: die goldene akademische Freiheit lockte über alles.

Der Student Bismarck hat sich ihr so gründlich überantwortet, daß er 1895 die Zeit „verloren — verbummelt" nannte und immer wieder betonte, „zuviel gearbeitet" hätte er hier „freilich nicht". Die Universität bot zwar die besten Gelehrten, die Brüder Grimm, die Historiker Dahlmann und Heeren, den Theologen Heinrich Ewald, den Physiker Wilhelm Weber u. a. Bismarck belegte im ersten Semester zwei juristische, eine philosophische, eine mathematische, eine historisch-staatswissenschaftliche Vorlesung, fünf

Stunden täglich! Im zweiten Semester schrumpfte das Pensum auf drei Tagesstunden, im dritten gar auf zwei zusammen. Der stud jur. ging von seiner „Bude" in der Roten Straße beim Bürger Schuhmacher und seit dem Sommersemester 1833 in Voss' Gartenhäuschen am Wall mit herrlicher Aussicht in das obere Leinetal und auf den Meißner so gut wie gar nicht zu dem trockenen Rechtshistoriker Gustav Hugo, dem „alten Hugo" und seiner Rechtsenzyklopädie, zu den Institutionen von Ludwig Göschen, in die Logik und Metaphysik von Amadeus Wendt und zu dem praktischen alten Privatdozenten Dr. Vallett oder gar zu dem Mathematiker Thiébaut. Der einzige Professor, der ihn interessierte, war der zweiundsiebzigjährige A. H. L. Heeren, bei dem er Länder- und Völkerkunde und später Statistik und Geschichte der europäischen Staaten hörte; Heeren war ihm wahrscheinlich auch von der Mutter ans Herz gelegt worden, galt er doch als d e r Diplomatenlehrer. Heeren lehrte ihn mit seinen Ideen über die Politik, den Verkehr und Handel der vornehmsten Völker der Alten Welt, seiner Statistik, seinem Handbuch der Geschichte des europäischen Staatensystems und seiner Kolonien aus der praktisch politischen Anschauung des achtzehnten Jahrhunderts das europäische Staatensystem als Einheit. Bismarck konnte bei ihm seine preußischen Überlieferungen, sein politisches Erbe klären, ordnen, festigen und erweitern, ohne daß er allerdings durch dieses Interesse an der Vergangenheit und an der Völkerkunde besonders ergriffen, ja nicht einmal zu einer tieferen Teilnahme am politischen Geschehen der Zeit geführt worden wäre.

Das freie Studentenleben war es, das ihn völlig mit Beschlag belegte. Er hat uns selbst erzählt, wie er „zunächst" zur Göttinger Burschenschaft „in Beziehung geriet". „Die Burschenschaft sang und trank auf Kaiser und Reich gleich nach den Befreiungskriegen, und als ich nach Göttingen kam, brachte ich es (das Kaiser- und Reich-Denken nach den Jahnschen Idealen der Plamannschule) mit und wäre, wenn ich nicht so mensur- und bierscheu gewesen wäre, bei ihr eingesprungen ..." Die nähere Bekanntschaft mit den Burschenschaften selbst, ihr Mangel an äußerlicher Erziehung, „die Extravaganz ihrer politischen Anschauungen", die burschikose Teutschtümelei, der revolutionäre Doktrinarismus stießen den jungen preußischen Edelmann, der hinter dem Gambrinus- und Disputationslärm nicht den echten nationalen Idealismus zu er-

kennen wußte, in seinem Wirklichkeits- und Herrenbewußtsein ab. Dazu gesellte sich gleichzeitig der Eindruck des Hambacher Festes vom 27. Mai 1832 mit seinem Radikalismus, der Bismarck zuwider war. Er hielt sich also lieber allein, verkehrte mit englischen und amerikanischen Studenten, darunter Coffin, mit dem er im Sommer die berühmte Wette einging, Deutschland würde in zwanzig bis fünfundzwanzig Jahren einig sein, und mit John Lothrop Motley, dem späteren Historiker und Diplomaten, mit dem er während seines ganzen Lebens befreundet blieb; der elfeinhalb Monate ältere Amerikaner aus Massachusetts porträtierte Bismarck 1839 in der Gestalt seines „Otto von Rabenmark" in seinem Jugendroman „Morton's Hope" übertreibend und doch zutreffend, mit guter Einsicht in sein wahres Wesen und mit erstaunlicher Vorausschau auf seine künftige Größe.

Bismarck konnte aber in Göttingen nicht lange Finke bleiben. Als er eines Tages vor das Universitätsgericht geladen wurde und in hellem, schlafrockartigem Nankingrock, der bis zu den Füßen herabreichte, „mit seltsam konstruierter Mütze, ein gedrehtes Eisenstöckchen in der Hand, von einem mächtigen weißgelben Hunde gefolgt", wie eine lange Bohnenstange die Weender Straße hinabwandelte, wurde er von einigen Burschen des 1827 gegründeten, damals behördlich suspendierten, seit Juni 1831 als „Klubb" fröhlich, wenn auch öffentlich ohne Farben weiterbestehenden Korps „Hanovera" ausgelacht. Kurzerhand erklärte Bismarck alle kommentmäßig für „dumme Jungen". Die Forderung war fertig. Zu ihrem Austrag kam es aber nicht. Der damalige Senior, Adolf Jaeger, der im selben Hause wie Bismarck wohnte, legte die Kontrahage bei und schlug den grimmen Fuchs am 5. Juli zur Aufnahme in das Korps vor, die am 6. Juli vorläufig, am 9. August, dem Tage seiner ersten Mensur, endgültig erfolgte. Nun erst war Bismarck Göttinger Student im vollen Sinne, von jetzt ab nahm er am gesamten Göttinger Studentenleben teil. Der 13. Juli brachte ihm seinen ersten Kommers, einen „Bierklub mit Musik" in Weende, an dem er begeisert „Brüder lagert euch im Kreise", „Vom hohen Olymp herab", „Wo Mut und Kraft", „Alles schweige, jeder neige" — den sogenannten Landesvater sang. Und kaum hatte er die erste Mensur — den Leibbursch Adolf Wuthmann, späteren Oberamtsrichter in Osterode am Harz, neben sich — bestanden, stellte er, der schon im kommenden Wintersemester Fuchsmajor wurde, auf dem

Paukboden im oberen Saale des „Deutschen Hauses“ immer wieder seinen Mann: im Wintersemester 1832/33 trat er allein zwölfmal an, im Sommersemester 1833 ebensooft. Gegen neunzehn Korpsiers focht er auf 25 Mensuren, neunmal sekundierte er, jedesmal teilte er „Blutige“ aus, wurde mit acht Blutigen gezeichnet und nur einmal, am 2. Februar 1833 — inkommentmäßig — von dem Bremenser Biedenweg abgeführt, als sich von dessen Degen die Spitze von der Klinge ablöste und in seiner linken Wange einen stets sichtbaren Schmiß verursachte. Er wurde schon im zweiten Semester Konsenior. Er war fortan bei allen lustigen Übermutsstreichen, im Protokollbuch der „Hanovera“ nur selten wegen Schwänzens der Konvente oder wegen Zuspätkommens und Bezechtheit gerüffelt, an der Spitze seiner Kommilitonen, mochte er zwei wegen Betrunkenheit in die „Totenkammer“ gebrachte Kneipenopfer mit geschwärzten Propfen zu Mohren machen, die sich am folgenden Morgen nach ausgeschlafenem Rausch gegenseitig verhöhnten, oder mochte er nächtlicherweise bei einem schlummernden Gegner „einbrechen“, wofür das Universitätsgericht ihm einen Verweis erteilte. Das Universitätsgericht hatte es bald auf den landfremden Preußen in der „Hanovera“ abgesehen: Bismarck erhielt eine Rüge oder Strafe nach der andern, bald hatte er verbotenerweise auf der Straße geraucht, bald „eine bouteille auf die Straße“ geworfen, oder er wurde Ende Januar 1833 zu elf Tagen Karzer verknackt, weil er bei einem Pistolenduell als Unparteiischer fungiert hatte, schließlich wurde er mit sieben Tagen Karzer und doppelter Androhung der Relegation bestraft, weil er die Verantwortung für eine Verrufserklärung einer Minderheit der Göttinger Korps für seine Hanovera auf seine Schultern nahm und die vorgeschriebene Anzeige nicht erstattet hatte.

Die Behörden waren den Studenten und ihren Korporationen durchweg feindlich gesinnt, hatte es doch im April 1833 sogar einen tollen Sturm auf die Frankfurter Wache gegeben. So wies denn auch der Jenaer Senat die zwölf Burschen der auswärtigen Hanovera, als sie auf ihrer Pfingstfahrt durch Thüringen über Eisenach mit der Wartburg, Weimar mit dem eben verwaisten Goethehaus zu dem befreundeten Jenaer Korps kamen, sofort aus. Studenten waren damals die Vorkämpfer gegen Bürokratismus und Freiheitsbeschränkung.

Bismarck konnte jetzt zum ersten Male seine streitlustige Natur

frei austoben! Der Wechsel langte in diesem brausenden Burschenleben natürlich nicht. Schulden wurden gemacht, die ihn überflüssigerweise „Jahre lang in üble Laune gebracht" haben, obwohl sie durchaus noch in Grenzen blieben. An Arbeit wurde möglichst wenig gedacht. Als Vorsänger bewies er bei den Kneipen sein musikalisches, als zweiter Chargierter sein rednerisches, als Schläger sein Fecht- und als Kneipier auf den Kommersen sein Trinktalent. Mit einer letzten Mensur am 5. September und mit einem Abschiedskommers in Weende schlossen die drei kurzen Semester, in denen Bismarck als „Kindskopf", „Barribal" und „Kassube" (seine drei Spitznamen) bleibenden Ruhm als tüchtiger Korpsbursch und bleibende Freunde erworben hatte.

Der Siebzehn- und Achtzehnjährige war dabei nicht etwa vollständig im Verbindungsleben aufgegangen, das damals noch nicht so eng umzirkelt war wie zwei Generationen später. Bismarck behauptete zwischen all den Hannoveranern frischweg sein Preußentum, so daß ein Bursch — Oldekop — bei einer Unterhaltung dachte: sieh da, ein Fuchs mit den Anschauungen aus der Zeit Friedrichs des Großen! Er bewegte sich — schon durch seine „ungewöhnlich reich ausgestattete Garderobe" vom hellgelben Schlafrock bis zum langbeschoßten apfelgrünen Frack, durch seinen Hund Ariel und sein nächtliches Baden in der Leine auffallend — völlig unbekümmert zwischen den Kommilitonen und nicht nur seinen Korpsbrüdern. Er verkehrte bei einem englischen Ehepaare und berichtete von der „schönen Tischgenossin", „nach seiner Kusine die schönste Person, die er je gesehen". Er hielt sich — obwohl sein Korps fast ganz „bürgerlich" war — ohne weiteres zu den adligen Preußen: dem Freiherrn von Canitz, den beiden Grafen Schulenburg, dem Balten Graf Hermann Keyserling. Er machte Reisen nach Hannover, Kassel, die Lahn und den Rhein hinauf bis Mainz, Frankfurt und Heidelberg. Er bildete sich also auch gesellschaftlich-weltmännisch weiter: er wollte ja Diplomat werden ...

Sein Abschied von Göttingen vollzog sich schließlich durch das consilium abeundi, das er unterschreiben mußte, halb unfreiwillig. Er kam wegen der Schulden und sonstiger Nöte, auch Krankheit, in etwas gedrückter Stimmung nach Kniephof zurück. Bald packte ihn aber wieder die Lebenslust bei den Besuchen, Jagden, Gesellschaften, Bällen auf den pommerschen Gütern, so daß die Abreise nach Berlin zusammen mit Moritz von Blanckenburg, dem Nach-

barn, und dessen älteren Verwandten, dem Oberleutnant Albrecht von Roon, mit dem er beim Waidwerk trotz des Altersunterschiedes Freundschaft geschlossen hatte, wieder in bester Stimmung vor sich ging.

* *

*

Sein Leben in Berlin gestaltete sich während der drei Schlußsemester seines Studiums zuerst nicht anders als in Göttingen. Seine Immatrikulation vollzog sich erst im Frühjahr 1834, weil das Göttinger Abgangszeugnis so lange auf sich warten ließ. Er belegte aber schon von November 1833 an Vorlesungen, freilich nicht etwa bei dem berühmten Juristen Savigny, den er nur zweimal besucht hat, sondern „Bildungsvorlesungen", wie französische Literaturgeschichte, Philosophie und Staatswissenschaften, Statistik und Schiffahrtskunde. Nur bei den Juristen Rudorff und Lancizolle suchte er Testate seines Vorlesungsbesuchs nach. Er mußte sich ja allmählich auf sein Fachstudium und auf das Examen konzentrieren; im preußischen Landrecht erhielt er sogar das Zeugnis „sehr fleißig". Für die Mehrheit seiner Vorlesungsbesuche galt dies Prädikat gewiß nicht: Bismarck verließ sich schließlich wie sein Freund Motley, der ihm aus Göttingen gefolgt war, auf den Repetitor, der ihm durchs Auskultatorexamen am 22. Mai 1835 mit Prüfung im römischen, kanonischen, Lehns- und Strafrecht sowie Prozeß durchhalf; die Examinatoren nannten seine Übersetzung und Erklärung des Corpus juris recht gut, die Kenntnis der Rechtstheorie trotz mancher Irrtümer hinreichend, Fassungsgabe und Beurteilungskraft wohlgeübt. Der Kandidat war für den Auskultator „hinreichend qualifiziert".

Berlin war natürlich nicht Göttingen. Das Korpsstudententum galt an der Spree nichts. Der wilde Korpsbursch wurde nun zum eleganten Edelmann. „Ich lebe hier wie ein Gentleman", berichtete er seinem Göttinger Freunde Gustav Scharlach, „gewöhne mir ein geziertes Wesen an, spreche viel Französisch, bringe den größten Teil meiner Zeit mit Anziehen, den übrigen mit Visitenmachen und (nun fiel er wieder in den Göttinger Ton zurück:) bei meiner alten Freundin, der Flasche, zu; des Abends betrage ich mich im ersten Rang der Oper so flegelhaft wie möglich. Du würdest erstaunen, wenn Du jetzt einmal Gelegenheit hättest, meine Garderobe zu

sehen — ein Haufen von Manschetten, Halsbinden, Unterhosen und anderen Luxusartikeln. Dabei langweile ich mich mit leidlichem Anstande." Er wohnte zeitweise in der Friedrichstraße 161 mit Motley zusammen, gewann in Hermann Keyserlings Bruder Alexander einen neuen Freund und Genossen für übermütige Streiche und verkehrte in vornehmen Häusern: „des Abends nehme ich den Tee in irgend einem achtungswerten Familienzirkel, höre und führe Wettergespräche mit einem Gesicht, als sagte ich lange nicht alles, was ich wüßte". Er war in Berlin jetzt nicht mehr in der Fremde, wie im englisch-welfischen Göttingen: hier an der Spree begegnete er seinen hohen Verwandten, den von Kessel, den Grafen von Bismarck-Bohlen, den Hofkreisen auf Schritt und Tritt. Sein Nichtstun fiel hier geradezu auf, so daß seine Mutter an ihm irre wurde und ihn schon lieber „vor dem Hallischen Tor das Vaterland verteidigen" sähe, weil er „doch gar keine Neigung zum Studieren zu haben schiene..." Ja, das Drängen der Eltern zur Offizierlaufbahn wurde sogar kategorisch: da setzte er sich auf die Hosen, war in sechs Monaten „nicht einmal halb heiter", überantwortete sich der „höchst unphilosophischen Leidenschaft", die Arbeit „mit Geduld zu ertragen". „Bei Tage betreibe ich Studien", hieß es im Sommer 1835, „die mich nicht ansprechen, Abends affektiere ich in Gesellschaften des Hofes und der Beamten, ein Vergnügen, welches ich nicht Schulenburg genug bin, zu empfinden oder zu suchen. Ich glaube schwerlich, daß mich die vollkommenste Erreichung des erstrebten Zieles, der längste Titel und der breiteste Orden in Deutschland, die staunenswerteste Vornehmheit entschädigen wird für die körperlich und geistig eingeschrumpfte Brust, welche das Resultat dieses Lebens sein wird. Öfters regt sich noch der Wunsch, die Feder mit dem Pflug und die Mappe mit der Jagdtasche zu vertauschen; doch das bleibt mir ja immer noch übrig." Er sammelte sich nun doch vorerst auf die Beamtenlaufbahn, gewiß von der Mutter besonders gedrängt.

Auch seine innere Welt klärte sich. Der Zwanzigjährige betrachtete das Leben und die Menschen mit überlegenem Selbstgefühl, mit kraftvollem Spott, ja mit einem Skeptizismus, der an Zynismus grenzte. Er beherrschte jetzt die Formen seines Kreises im All- und Feiertag wie in Wort und Schrift, so daß er souverän damit spielen konnte. Sein amerikanischer Freund J. L. Motley (1814 bis 1877) hatte damals mit seinem originellen Witz, seiner Freude

an Goethes Faust, den er übersetzte, an Shakespeare und Byron, seiner Leidenschaft für ausgedehnte Dispute, seiner Ungezwungenheit, seinem Dichten und Träumen großen Einfluß auf ihn. Ebenso der Kurländer Alexander Keyserling (1815—1891), der in Berlin nicht die Rechte, sondern die Naturwissenschaften studierte, mit seinem ironisch-graziösen, geistreichen Romantizismus, mit seiner gefühlvollen Liebe zur Musik Beethovens und Chopins, mit seinem „Naturtriebe ohne große Skrupel". Sie philosophierten zusammen, vielleicht in den „Englischen Kränzchen" mit den beiden Baronen von Nolcken und dem späteren Politiker Rudolf Schramm. Es gärte in den jungen Leuten: die innere Spannung dehnte sich vom „skeptisch bis zum Extrem" bis zu jenem „innerlich fromm"; zwischen beiden von Keyserling aufgestellten Kennmarken formte sich jener Bismarck, der in preußischer Luft vom Glauben an das alte Preußen schon Abschied nahm und das neue, Deutschland zugewandte Preußen noch nicht deutlich genug sah — der in aristokratisch-höfischen Kreisen lebte, ohne junkerliche Vorurteile anerkennen oder aristokratische Formen aufgeben zu können — der das Offizielle kritisch betrachtete und durch die Kritik doch nicht zum Revolutionär werden konnte. Bismarck war auf der ersten Stufe seines eigenen Werdens angelangt. Er ging nicht mehr den Alltagsweg des Durchschnittsmenschen, die Alltagslaufbahn des Beamten — er war in seine Selbstbestimmung eingelenkt: im Maßlosen wie Maßvollen.

Äußerlich folgte er freilich vorerst den Notwendigkeiten der Laufbahn. Der junge Auskultator war seit Juni 1835 am Königlichen Amtsgericht zu Berlin bei der Kriminaldeputation beschäftigt, von März an in verschiedenen Abteilungen der Zivildeputation mit Protokollen, Klagenaufnahmen, Zeugenvernehmung, Ehestreitsachen. Bismarck nahm sofort auffallend selbständig Stellung zu allen Beamtenvorgängen um ihn herum, mochte er die lange Protokollarbeit unter Herrn von Brauchitsch öde finden oder den abgebrühten Rat Prätorius, der das zarteste Eheleben ins bürokratische Schema zwängte, kritisieren oder freche Petenten „durch den Herrn Stadtgerichtsrat hinauswerfen" lassen, wie die berühmte Anekdote berichtet. — Der jetzt fleißige, interessierte und auch bereits zu eigener Verwunderung ehrgeizige zwanzigjährige Auskultator ließ sich von der Routine und dem Bürokratismus nicht mehr imponieren, wollte vorwärts, nach einem Jahr in Aachen

„die Regierung" kennenlernen, nach wieder einem Jahr das diplomatische Examen machen und sich darauf „der Huld des Schicksals empfehlen, wo es mir dann vor der Hand gleichgültig sein wird, ob man mir Petersburg oder Rio Janeiro zum Aufenthalt anweist". Er wollte jetzt zum Ziele kommen, so schnell wie möglich, auch mit Hilfe der „Beziehungen", weshalb er „zu Hofe" ging oder die Gesellschaften der Botschafter besuchte, als Kavalier mit einem Diener lebte. Hin und wieder brach seine Natur durch. So wies er den Berliner russischen Gesandten Ribeaupierre in seine Grenzen. Der hatte die Eigentümlichkeit, zum Ball einzuladen, ohne irgendwelches Essen reichen zu lassen. Bismarck, der oft bei ihm tanzte, zog mit seinen Kameraden, „als es spät wurde, Butterbröte aus der Tasche", verzehrte sie und schmiß die Papiere, als sie fertig waren, in den Saal. „Hernach, das nächstemal, gab es zu essen, aber wir waren nicht wieder geladen . . ." Auch seine stete Verliebtheit und die „Torheit" einer Leidenschaft zu einer bildschönen Verwandten störten ihn nicht in seinem Streben. Er nahm am 12. März 1836 einen langen Urlaub, um sich auf das Referendarexamen in Aachen, wo er sich im Januar schon angemeldet hatte, vorzubereiten. Von Anfang April an saß er allein im stillen Schönhausen; er schilderte am 4. Mai Gustav Scharlach sein Leben:

„Ich hoffe, Du wirst ernstlich böse werden, wenn ich mein langes Stillschweigen nur breche, um ein Versprechen zu revociren, durch dessen Erfüllung ich meine Nachlässigkeit einzig wieder gut zu machen hoffte. Ich gehe im nächsten Monat nach Aachen, aber nicht über Hannover, und unser Wiedersehen wird auf einen entfernteren Zeitpunkt hinausgeschoben, wenn Du mich nicht etwa auf einer Poststation zwischen Dresden oder Karlsbad und Frankfurt a. M. auffängst. Der Teufel reitet eine alte Tante von hoher Race, daß sie wünscht, ich soll sie als Reisemarschall nach Böhmen begleiten und dort bei einem Verwandten abliefern. Der Umweg ist weit, aber eine alte Tante ist dasjenige Thier auf der Welt, vor welchem ich, nächst einer hübschen Cousine, die größte Ehrfurcht habe. Ich wage ihrer Ungnade nicht zu trotzen, und wenn ich anführe, ich hätte einen Freund in Hannover zu besuchen versprochen, so heißt es: ‚Lieber Otto, Du mußt Dich ja schämen, wenn Du nach Aachen kommst, und hast Dresden nicht einmal gesehen, und Freunde, die findet Du überall.' ‚Schändliches altes

Weib, das so leichtsinnig spricht!‘ wirst Du hier ausrufen. Sie denkt wie's ihr in der Jugend, so geht es uns auch. Du würdest über mich lachen, wenn Du jetzt bei mir wärest. Seit vollen 4 Wochen sitze ich hier in einem alten verwünschten Schlosse, mit Spitzbogen und 4 Fuß dicken Mauern, einigen 30 Zimmern wovon 2 meublirt, prächtigen Damasttapeten, deren Farbe an wenigen Fetzen noch zu erkennen ist, Ratten in Masse, Camine, in denen der Wind heult, kurz, in ‚meiner Väter altem Schloß‘, wo sich alles vereint, was geeignet ist, eine tüchtige Spleen zu unterhalten. Daneben eine prächtige alte Kirche, mein Schlafzimmer mit der Aussicht nach dem Kirchhof, auf der anderen Seite einer jener alten Gärten mit geschnittenen Hecken von Taxus und prächtigen alten Linden. Die einzige lebende Seele in dieser verfallenen Umgebung ist Dein Freund, der hier von einer vertrockneten Haushälterin, der Spielgefährtin und Wärterin meines 65jährigen Vaters, gefüttert und gepflegt wird. Ich bereite mich zum Examen vor, höre die Nachtigallen, schieße nach der Scheibe, lese Voltaire und Spinozas ethicum, die ich in der hiesigen, an Schweinsleder ziemlich reichen Bibliothek gefunden. Die Berliner meinen, ich wäre verrückt, und die Bauern sagen: ‚Use arme junge Hehr, wat mak em wull sin‘, wie mir meine alte ‚Mamsell‘ mitgetheilt hat. Dabei bin ich nie so zufrieden gewesen wie hier; ich schlafe nur 6 Stunden und finde große Freude am Studiren, zwei Dinge, die ich lange Zeit für unmöglich hielt. Ich glaube, der Grund oder besser die Ursache von alledem ist der Umstand, daß ich den Winter über heftig verliebt war; ein recht befremdliches factum, eine Thorheit, der ich mich nicht in so hohem Grade für fähig gehalten hätte, (verzeih, eben fällt mir ein, daß Du versprochen bist —) aber es ist mir doch fatal, wie ich mich so aus meiner philosophischen Ruhe und Ironie habe bringen lassen; das Beste dabei ist aber, daß ich bei meinen Bekannten beiderlei Geschlechts immer für den kaltblütigsten Weiberverächter gelte; so täuschen sich die Leute! Sie selbst hält mich, glaube ich, für einen von den wenigen, auf die sie keinen Eindruck gemacht hat. Schließe aus dieser Redensart nicht etwa, daß ich noch verliebt bin, denn daß sie schön ist, kann ihr ein jeder sagen, ohne ihr zu schmeicheln. Du wirst sie vielleicht sehen, es ist meine Cousine, jetzt versprochen mit dem 2ten Sohn des Hh. v. M. in Hannover. Aha! wirst Du sagen — unglückliche Liebe — Einsamkeit — Melancholie — etc. Der Zusammen-

hang ist möglich, doch bin ich jetzt schon wieder unbefangen und analysire nach Spinozistischen Grundsätzen die Ursachen der Liebe, um es künftig mit mehr Kaltblütigkeit zu treiben. Eben ‚heult die Thurmuhr Mitternacht'; also schlaf wohl und erzähle mir in Deiner Antwort so viel von Dir, wie ich Dir eben von mir, 2 Themata, welche mich ganz absonderlich interessieren."

Die beiden Prüfungsarbeiten — die philosophische am 24. April, die staatswissenschaftliche am 15. Mai beendet — wurden am 20. Mai in Aachen eingereicht. Sie handelten „Über die Natur und die Zuverlässigkeiten des Eides im allgemeinen und nach seinen verschiedenen Arten aus dem Gesichtspunkte der philosophischen Rechts- und Tugendlehre, mit Berücksichtigung der Lehre des Christentums" — sowie „Über Sparsamkeit im Staatshaushalte, ihr Wesen und ihre Erfolge, auch durch geschichtliche Beispiele erläutert", Themata, die Bismarck persönlich nicht lagen; er schloß sich darum, wie Erich Marcks nachgewiesen hat, literarischen Vorbildern an; hier G. B. Say mit seinem Traité d'économie politique, dem Popularisator der Lehren der klassischen englischen Nationalökonomie auf dem französischen und kontinentalen Boden, dort dem bairischen Pächter Fr. Bayer mit seinen Betrachtungen über den Eid (1829). Ein kühler rationalistischer Liberaler schaute aus den Prüfungsarbeiten heraus, nicht Bismarcks eigenes Gesicht. Es ging hier nicht um ein Bekenntnis, sondern um Darbietung von übernommenen Erkenntnissen. Die Arbeiten genügten denn auch: am 30. Juni fand in Aachen, nachdem die Eidesarbeit vom Konsistorialrat als recht gut und die andere vom Regierungsrat als gelungen bezeichnet worden waren, die mündliche Prüfung statt: „Durchgängig zeigte der Kandidat eine vorzügliche Urteilskraft, Schnelligkeit im Auffassen der ihm vorgelegten Fragen und Gewandtheit im Ausdruck." Er erhielt das Prädikat „sehr gut befähigt" und wurde am 5. Juli 1836 als Regierungsreferendar vereidigt.

* *
*

Aachen wurde nun für länger als ein Jahr Bismarcks Wirkungsstätte. Die Möglichkeit, hier rasch durch alle Stationen des Dienstes hindurchzukommen, um die Referendarzeit möglichst abzukürzen, und der ausgezeichnete Aachener Regierungspräsident Graf Arnim-

Boitzenburg, selbst erst dreiunddreißigjährig, ein reicher altmärkischer Aristokrat und künftiger Minister unter Friedrich Wilhelm IV. von vornehmer politischer Gesinnung, hatten ihn in die Westprovinz Preußens geführt. Er hatte sich auch nicht darin getäuscht, daß er hier eine besondere Behandlung erfahren würde. Arnim-Boitzenburg, ein Gentleman nach englischem Vorbild, achtete darauf, daß Bismarck schnell vorankam, weil er über den Regierungsassessor Diplomat werden sollte. Also ein Monat in der Domänen- und Forstabteilung, einen zweiten Monat in der Militär- und Kommunalabteilung sowie der Abteilung des Innern. Trotzdem war der junge Referendar ungeduldig. Im November wollte er schon wissen, ob der Minister des Auswärtigen, Ancillon, ihn jetzt zur Diplomatie zulassen würde und er die Prüfungsarbeiten „vor Ablauf seines Jahres" erhalten könnte. Die Familie verwies dann aber auf Ancillons früheren Rat, den Weg über den Zollverein und damit in die deutsche Diplomatie Preußens zu suchen. Auch Arnim-Boitzenburg stimmte zu, so daß Bismarck sich um die Jahreswende 1836/37 mit verdoppeltem Eifer daranmachte, die Verwaltungsarbeit, die gerade auf dem rheinischen Boden mit der rheinisch-französischen Organisation und Rechtsauffassung, sowie dem Nebeneinander von Katholizismus und Luthertum, mit seiner besonderen Volksart, seinem Freiheitsanspruch, seiner Wirtschaftspolitik interessant genug war, kennenzulernen. Sie kehrte sich freilich damals noch wenig an die lebendigen Kräfte, sondern blieb im alltäglichen Kleinkram stecken. Deswegen sah auch Bismarck, der erst einmal die bürokratische Apparatur beherrschen lernen mußte, die großen Entwicklungslinien noch nicht, sondern als Junker nur den bürgerlichen Oppositionsgeist, über den er sich amüsierte.

Bismarck war noch nicht so weit, daß er schon hinter der Erscheinungen Flucht zu schauen vermochte. Er hielt sich an das bunte Leben, an jene behagliche Leichtigkeit des rheinischen Temperaments. Aachen war damals Weltbad mit vorzugsweise englischen und französischen Besuchern, und zugleich eine Kleinstadt, die, „wenn ich heute Schokolade frühstücke, morgen weiß, daß ich den Tee nicht mehr vertragen kann, und jeder erkundigt sich teilnehmend nach meinem Befinden. Arnim schickte neulich dem Schneider ein paar Hosen zurück; zwei Tage nachher fragte man mich, wo sich der Schneider befände, den Arnim die Treppe hinuntergeworfen hätte" (19. Juli 1837). Bismarck fand natürlich

seinen Verkehr in den ersten Häusern der Stadt, er wurde — auch durch den englandfreundlichen Arnim — zum „rezipierten Mitgliede der englischen Kolonie". Mit den Engländern, einem „duke und duchess of C. (Cleveland), dessen Nichte Miß R. hinreißend liebenswürdig", führte er sein Kavalierleben fort, stürzte sich durch Spielen in neue drückende Schulden und verliebte sich in eine Engländerin nach der andern, ja geriet sogar — er, der Einundzwanzigjährige — aus entflammter Leidenschaft in Heiratsgedanken, machte einer älteren Frau, um die „Romantik im Leibe" zu überwinden, den Hof, vergaß darüber den Geburtstag seines Vaters, ging auf die Wolfsjagd in die Ardennen und arbeitete unter Arnims Aufsicht ununterbrochen. Die Abteilungsvorstände gaben bis auf den bürokratischen Kommunalreferenten gute Urteile über ihn und seine Arbeit im Winter 1836/37.

Der Sommer 1837 brachte wieder reiche gesellschaftliche Ablenkung mit der englisch-französisch-italienisch-holländischen Tischrunde vornehmer junger Herren und schließlich auch eine neue Liebe: zur Tochter eines englischen Geistlichen, dem „Urbild englischer Schönheit". Sein „armes, entzündliches Blut brannte wie Dampf". Diesmal brannte die Leidenschaft ihn bis zur Besinnungslosigkeit. Er nahm im Juli Urlaub nach Frankfurt und Wiesbaden; vorerst für vierzehn Tage. Den Engländern nach, den Engländerinnen nach: Isabella Loraine, der Liebe von 1837, und Miß Russell, der Liebe von 1836. Aus den vierzehn Tagen wurden Wochen, wurden Monate. Am 10. September schrieb der Verschollene dem erstaunten Vater „ohne Ort und Datum, aber das Postzeichen von Mainz", er wolle nach London, Paris, der Schweiz; am 13. war er in Straßburg als der Verlobte „einer jungen Britin von blondem Haar und seltener Schönheit", deren Familie er bis Mailand oder Neapel begleitete; Ende März würde zu Scarsdale in Leicestershire „die Verehelichung stattfinden". Erst am 19. September erhielt Graf Arnim, erhielt seine Aachener Behörde nach zwei Monaten Schweigen die erste Nachricht aus Bern: er bat um wohlwollende Nachsicht, dankte für des Präsidenten Güte, beantragte weitere Beurlaubung mit der Absicht, Aachen gegen Potsdam oder Magdeburg zu vertauschen. In Bern zerfielen alle Pläne, „arm im Beutel, krank am Herzen" kehrte er heim: Ende September reiste er durch Göttingen, aber erst am 1. November traf er in Kniephof ein, nachdem er mit einem Freund die Mecklenburgischen Güter unsicher gemacht und

dem Vetter Bismarck-Bohlen in Karlsburg einen längeren Besuch abgestattet hatte. Der Sommertraum mit der Engländerin war zu Ende: „nach zweimonatigem Besitz ward mir die Prise von einem einarmigen Obristen mit fünfzig Jahren, vier Pferden und 15000 rl. Revenuen wieder abgejagt“. Zu Ende war, wie Erich Marcks feststellte, „die Höhe der ersten Sturm- und Drangzeit seiner Jugend, die von Göttingen aufwärts bis Aachen steigt, der äußerlichen, so wird man sie nennen müssen, denn eine zweite, innerlichere stand ihm noch bevor“. Die Narben, die dieser erste Zusammenprall mit der großen Welt und der Frauenschönheit seinem Herzen beibrachte, schmerzten noch lange nach ...

* *

*

Aachen war erledigt. Arnims Stellvertreter, von Mallinckrodt, schwärzte den disziplinlosen Referendar an, der seine Entlassung in der Badestadt beantragen mußte, um in Potsdam neu eintreten zu können; Schulden und Rechnungen flatterten mit spitzen Begleitworten nach. Der Rausch verflog, die Ernüchterung blieb. Von Hause kamen Nachrichten mit Geldsorgen, die wirtschaftliche Lage der Güter wurde durch die Experimente der Mutter schlechter, dazu Nachrichten von stärkeren Beschwerden der Mutter, von dem ersten Auftreten der Geschwulst, die zu ihrem Tode führte. Der Ernst des Lebens war wieder da. Otto war glücklich, schon im November an die Regierung in Potsdam zugelassen zu werden.

Das Glücksgefühl hielt freilich nicht lange an. Hatte er schon in Aachen den Kampf mit Zopf und Perücke zu spüren gehabt, so sollte der heilige Bürokratius ihm in dem noch viel kleinstädtischeren Potsdam noch stärker entgegentreten. Der „väterlich würdige“ fünfundsechzigjährige Oberpräsident von Bassewitz war gewiß erträglich. Aber die Materie — die Vorbereitung auf den Zollverein, die indirekten Steuern, der Aktendienst, die Mahlsteuerprozesse, die Beitragspflicht zum Bau des Dammes in Rotzis bei Wusterhausen enthüllten nun ihre Eintönigkeit, ihre langweilige Kleinlichkeit. Er arbeitete zwar stramm und nutzte das Gesellschaftsleben — das Weihnachtsfest bei den Karlsburger Verwandten, Schlittenfahrten und Hofbälle — nur als Ausspannung, aber nach dem unruhevollen Erleben des Sommers zwischen Wiesbaden und Bern fand er innerlich den Weg in die Beamtenlauf-

bahn nicht mehr zurück. Er sehnte sich nach Freiheit, nach Leistung, nach Selbständigkeit.

Er sah deswegen dem Militärdienst, der ihm nach dem Wunsche des Vaters „die Mähnen etwas verkürzen" sollte, auch ohne eine Aufwallung des alten Bismarckschen Soldatenblutes entgegen. Sein Eintritt bei dem Gardejägerbataillon Ende März 1938 löste ihn freilich noch stärker von dem Verwaltungsdienst, den er in Potsdam nur dreieinhalb Monate wahrgenommen hatte und nicht wieder antreten sollte. Er spielte zwar anfangs noch mit dem Gedanken, neben „dem Tornister auf dem Rücken, der Muskete auf der Schulter" und dem zeitweiligen „Schlafen auf Stroh" Zeit zur Fortsetzung seiner Studien und zur Vorbereitung auf das Assessorexamen, das „doch eine viel solidere Sicherheit gewährt", zu finden, aber als die Krankheit der Mutter sich verschlimmerte, als Krebs und wohl auch die Todesgefahr erkannt wurde, kam in Bismarck, der nun viel am Berliner Krankenbett der Mutter weilte, jene tiefere Besinnung hoch, die ihn der Mutter „sein ganzes Herz" aufschließen ließ. Er bekannte ihr, wie der Vater an Bernhard am 19. Juli 1838 schrieb, „welchen Ekel er für die ganze Beschäftigung bei der Regierung hätte, daß er dadurch sein Leben ganz überdrüssig wäre, und wenn er sich fast sein ganzes Leben gequält hätte, dann würde er vielleicht zuletzt Präsident mit 2000 Thaler Einkommen, von Lebensglück wäre aber nie etwas zu hoffen. Er hat die Mutter sehr dringend gebeten, ihm eine andere Stellung zu geben, er hat sich erboten, wenn wir noch eine Zuckerfabrik anlegten, nach Magdeburg zu gehen und die Fabrikation praktisch zu erlernen und die Fabrik alsdann in Kniephof zu dirigieren. Da es mir doch sehr nahe geht, daß er sich so unglücklich fühlt, und ich mit inniger Freude bei meiner Anwesenheit in Kniephof gesehen, welch großes Interesse die Landwirtschaft für Dich hat ... und da ich einsehe, wenn ich hier in Berlin bleiben muß ... daß wir sämtlich zu Grunde gehen müssen, so habe ich mich entschlossen, Euch beiden die dortigen Güter als Eigentum zu übergeben und meine Subsistenz nur allein auf Schönhausen zu beschränken."

Die Beichte Ottos kam den Wünschen der Eltern entgegen, denn Kniephof, Külz und Jarchlin brauchten jüngere Kräfte, sollten sie wieder Erträge abwerfen. Die Brüder sollten freilich noch nicht auf ihre Examina verzichten, Bernhard Kreisdeputierter und

Landrat werden und auch Otto die Beamtenlaufbahn nicht endgültig aufgeben. Als aber erst einmal der Entschluß gefaßt war, „die Feder mit dem Pflug zu vertauschen“, gab es aus der niemals zur Ruhe gekommenen Sehnsucht nach dem Lande, aus dem Wunsch nach Selbständigkeit und Leistung, nach Selbstentfaltung und natürlichem Leben heraus kein Zögern mehr. Bismarck wollte nun wieder sich selbst gehören. Sein Entschluß erregte natürlich im Familienkreise, der in ihm schon den künftigen Diplomaten und Minister gesehen hatte, Aufsehen. So hatte die vierzigjährige kluge Gräfin Karoline v. Bismarck-Bohlen in Karlsburg, eine Base, die er verehrte, ihm widersprochen, aber er legte ihr in einem umfangreichen Schreiben im August 1838 die Gründe dar, die ihn zum Berufswechsel veranlaßten; er legte sie so dar, daß man an seinen Ausführungen spürt, welch eigenwillige Persönlichkeit der Dreiundzwanzigjährige bereits geworden war.

Er untersuchte mit seltenem Scharfblick den Wert und Sinn des Beamtenberufs und setzte ihn in Beziehung zu seiner Natur. Beamter würde man aus Pflicht gegen das Vaterland — aber könnte er nicht auch als Privatmann „auf die Beförderung des Wohls Anderer“ wirken? Der Beamte wäre unfrei und gebunden. Wahre Leistung wachse nur aus freier Schaffenskraft. Etwa aus Ehrgeiz? Das wäre doch bei der Laufbahn des Beamten nur törichte Eitelkeit. Oder zum Broterwerb? Der könne in der Landwirtschaft vorteilhafter betrieben werden. „Ich will Musik machen, wie ich sie für gut erkenne, oder gar keine!“ lautete der Hauptsatz seiner Ablehnung des bürokratischen Absolutismus. Er bejahte jetzt auch, obwohl er kein Liberaler im politischen Sinne geworden war, die freie Verfassung: sie erlaubte, „sich frei auszuwirken und mitzuspielen bei energischen politischen Bewegungen“.

Das Mannestum in Bismarck war erwacht. Die Persönlichkeit trat ins Licht. Er wollte endlich allen nicht selbstgesetzten Zwang, alle nicht selbstgesetzte Beschränkung, die er für seine verschwenderische Ader nötig zu haben zugestand, abwerfen und sein eigener Herr werden. Er griff zu, als sich ihm von der Familie her die Gelegenheit bot.

Der Soldatenberuf fesselte ihn auch nicht: Soldat in der Biedermeierzeit! Der Gamaschendienst herrschte vor. Das Militär ging den Weg, der einen Moltke in die Türkei, einen Roon in die Schriftstellerei und den Hofdienst und Preußens politisches Schicksal

nach 1848 und Olmütz trieb. Bismarck erledigte sein Einjährigen-Jahr ohne innere Anteilnahme. Er wurde auch nicht besonders herangezogen. Er betrieb vielmehr sofort nach dem Entschluß der Eltern am Krankenbett der Mutter die Aufnahme in die Ritterschaft des Naugarder Kreises, um für des Bruders Landratswahl eine Stimme mehr zu sichern, bestellte sich bei Alexander Keyserling landwirtschaftliche, chemische, botanische Bücher und kam um seine Versetzung in das Jägerbataillon des 11. Korps nach Greifswald ein, um die landwirtschaftliche Akademie des nahe gelegenen Eldena noch in seiner Militärzeit besuchen zu können. Als er die Versetzung mit dem 31. August und die Beurlaubung von Potsdam mit dem 3. September erhalten hatte, siedelte er sofort nach Greifswald über, wo sein Hauptmann ihn erst einmal ungeschoren ließ und er sich landwirtschaftlich-praktisch umzuschauen suchte. Ehe es aber zu einem rechten Studium in Eldena und zu ernsthaftem Militärdienst kam, rief der Krankheitszustand der Mutter ihn nach Berlin. Sie schloß am 1. Januar 1839, noch nicht fünfzigjährig, die Augen. Der Sohn fühlte sich nach den Berliner Trauertagen recht unglücklich im kleinen Ostseestädtchen; kaum daß eine Mensur oder ein Konflikt mit Nachtwächter und Polizei ihn aufrüttelten. Er wollte nun nichts weiter als Landwirt, „Herr und nicht Diener“ sein. Bruder Bernhard beredete ihn zwar noch, sich doch an die Regierung nach Stettin versetzen zu lassen. Als die entsprechende Verhandlung aber fehlschlug, reichte er am 22. Oktober 1839, nun schon ein halbes Jahr auf den pommerschen Gütern tätig, den Antrag auf Entlassung aus dem Staatsdienst ein, die bald bewilligt wurde.

Otto von Bismarck gehörte fortan seiner Selbstbestimmung. Er trat in den letzten Vorbereitungsabschnitt seines Lebens ein.

VIERTES KAPITEL

Der Landedelmann

(1839—1847)

Bismarck kehrte aus der Unruhe der Welt, den Kämpfen um den Beruf und den rastlosen Antrieben des Ehrgeizes in das Paradies seiner Kindheit, auf die pommerschen Güter Kniephof, Jarchlin und Külz im Kreise Naugard, heim. Mit der Aufgabe, den Besitz vor der Gefahr des Verlustes zu retten. Einer Aufgabe, der er sich voll Ernst und Fleiß unterzog. Einer Aufgabe, die er löste und bei deren Lösung er zum Manne reifte. Er holte nach, was die Kindheit ihm durch seine zu frühe Überführung in die Stadt vorenthalten hatte: die Verwurzelung im Heimatboden und Landleben. Erst jetzt konnte er völlig zu sich selbst durchdringen: in der Wirklichkeit des Alltags, in der Weltanschauung des Geistes. Er gewann für sich, was in den Jahren vom Plamann-Institut an bis zum Potsdamer Referendardienst versäumt worden war: eine Welt — die Welt des Landedelmanns — vollständig, praktisch und ideel zu besitzen. Er schuf sich den Lebensgrund, den er instinktiv seit den Kindertagen ersehnt hatte und auf dem er fortan das Hochhaus seines eigenen, nur ihm möglichen und zugehörigen Daseins sicher aufrichten konnte.

Als Bismarck in das bescheidene Kniephofer zweistöckige Herrenhaus mit den zwei einstöckigen Anbauten neben dem großen, alten Park mit seinen mächtigen Eichen und lieblichen Ausblicken in das weite Wiesen- und Baumgelände einzog, atmete er auf: er war endlich wieder in seinem Reich. Nicht mehr unter Bürokraten, die nach dem Schema der Dienststunden und Verordnungen lebten, nicht mehr unter Beamten, die um der Karriere willen nie mutig dem wirklichen Leben ins Antlitz zu sehen wagten. Sondern unter seinesgleichen, unter dem Landadel, der Herr auf seiner Scholle

war, mochte sie groß oder klein sein, ein niedriges Gutshaus oder ein Schloß tragen. Unter den von der Ostens und Puttkamers, den Marwitz' und Dewitz', den Blanckenburgs und Thaddens. Unter Bauern, die genau „so dazu gehörten", wie der Adel, die in der organischen Einheit mit der Natur lebten. Mußte man sich auf dem mittleren Fruchtboden, auf den 2000 Hektar von Kniephof, Külz und Jarchlin, auf den Wiesen der Zampelniederung mit Ackerbau und Viehzucht, in den ernsten Kieferwäldern mit Holzschlag und Jagd, in Gärten und Teichen mit Gemüsezucht und Fischfang auch plagen, lebte man auch inmitten seiner Tagelöhner — es gab sonst kein Haus und keinen Bauernhof weiter auf der Feldmark — einsam, man war wenigstens sein eigener Herr: Polizeiherr, Gerichtsherr des Patrimonialgerichts, Kirchenpatron, Standesvertreter auf dem Naugarder Kreistag mit dem aktiven und passiven Landratswahlrecht.

Bismarck kam aus der unerfüllten Sehnsucht seiner Kindheit heraus noch mit gewissen Illusionen „über das arkadische Glück eines eingefleischten Landwirts mit doppelter Buchhaltung und chemischen Studien" zu seinem schon ein Jahr zuvor in Kniephof eingetroffenen Bruder Bernhard. Mit ihm bewirtschaftete er nun die drei Güter gemeinsam und auf gemeinsame Rechnung, ehe Bernhards Wahl zum Landrat im Jahre 1841 und seine Versetzung nach Naugard die Teilung des Besitzes — Kniephof und Külz für Otto, Jarchlin für Bernhard — veranlaßte. Die Praxis hat Bismarck im Laufe der Jahre von allen Illusionen befreit, ihn aber auch zu dem Manne der Wirklichkeit und Sachlichkeit gemacht, der jeder Fachfrage über das Landleben und die Landwirtschaft gewachsen war. Er hat mit seinem Bruder die Güter, die infolge zwölfprozentiger Darlehen und anderer Wirtschaftsmängel ernstlich gefährdet waren, wieder hochgebracht und für dies Ziel in der ersten Zeit auch mit Hering und Kartoffel auf seinem Tisch vorlieb genommen. Die Brennerei mußte die erste Hilfe bringen. Durch seine Arbeit hat er sich auch bald als Landwirt Ansehen unter den Landwirten des Kreises erworben: 1842, 1844, 1845 arbeitete er in verschiedenen Kommissionen des Regenwalder Landwirtschaftlichen Vereins, der ihn auch einmal für eine königliche Prämie vorschlug und ihm mit seiner Bücherei zur häufigen Entleihung land- und volkswirtschaftlicher Bücher gute Dienste leistete. Sein Nachbar von Marwitz-Rützenow staunte über seine

landeskundlichen Studien, umfassenden Kenntnisse der Boden- und Wertverhältnisse pommerscher, märkischer, magdeburgischer Güter. Seine Briefe spiegelten seine landwirtschaftliche Betätigung vom Wetter bis zur Ernte, von den Krankheiten bis zu den Preisen, von den Leuteverhältnissen und Kulturzuständen wider. Die Rechnungsbücher, die erhalten sind, wurden zum großen Teil von ihm selbst geführt: mit aller Sorgfalt in Einnahme und Ausgabe, mit allen Sparten von Spiritus, Korn und Wolle an bis zu Maschinen, Saat, Steuern, Löhnen, Reisen, Trinkgeldern, Wirtshauskosten, Spenden und Spielgewinnen hin. Er konnte in dem Ton, den er immer anschlug, wenn er zu alten Studienfreunden sprach, 1844 von oben her erklären: „Ich habe fünf Jahre allein auf dem Lande gelebt und mich mit einigem Erfolge der Verbesserung meines Wechsels gewidmet." Der Braut gab er am 13. Februar 1847 einen Zahlenbericht: „Ich bot meinem Bruder damals (1839) die pommerschen Güter für 150000 Thaler an, er wollte sie aber dafür nicht haben; jetzt in der Teilung haben wir sie zu 200000 gerechnet, und das ist noch wohlfeil, denn Kniephof allein, welches mit 60000 bei dieser Annahme interessiert, ist 80 bis 90 werth." Es lag also Segen auf seiner Arbeit. Weil er zum ersten Male seiner Arbeit auch innerlich verbunden war. Welch warmes Herz hatte er nicht für seine Leute! Jetzt wurde ihm ihr Plattdeutsch ganz vertraut. Jetzt wurde er zum Pommern, dem Land und Leute zugehörten. Jetzt brachte er die Geduld des Wartens, die der Landmann braucht, auf. Jetzt fügte er sich in die ewigen Grenzen, die dem Menschen auf dieser Erde gesetzt sind.

Gewiß, mitunter hielt er es in der Stille und Einsamkeit nicht aus. Dann konnte ihn die geliebte Jagd kaum trösten. Dann sattelte er seinen Kaleb, den großen Braunen, und ritt „über manche Meile Weg, froh und traurig, wild und träge, an Heiden und Feldern, Seen und Häusern und Menschen vorbei". Dann suchte er die Nachbargüter der Dewitz und Bülow, Borcke und Wartensleben, Senfft von Pilsach und wie sie alle hießen, auf, traf sich mit den andern Besitzern in Plathe oder Greifenberg, Naugard oder Stargard, in den Bädern, wie Polzin oder an der Ostsee, zu Kränzchen, Bällen und sonstigen gesellschaftlichen Veranstaltungen, Vorträgen, Besprechungen, Gelagen. Er war rasch überall bekannt und als Kavalier, als „ritterliche Pelhamgestalt" meist gern gesehen, wenn er auch immer Unruhe mitbrachte. Reinhold von

Thadden berichtete „von seiner ausgelassenen Beweglichkeit, wenn er einmal harmlos mit der Jugend Blindekuh spielte, seiner glänzenden Erzählerkunst, wenn er von seinen Reisen sprach, von seinem Spott über den Krautjunker, der auf die Frage nach seinem Befinden in selbstverständlicher Gleichsetzung seines Daseins mit seinem Viehstand ernsthaft antwortet: ‚Ganz gut, nur habe ich leider im Winter stark die Räude gehabt.'" Er erinnerte sich des Bekenntnisses, wie unwiderstehlich es ihn bei aller Verwerflichkeit des Lügens reize, im klatschhaften Salon der Frau von X in Greifenberg eine „Geschichte" in Umlauf zu setzen; wie er am Glücksspiele wohl teilnehme, aber mit der bestimmt eingehaltenen Schranke, niemals dem Mitspieler oder sich selbst mehr zuzumuten, als er vertragen könne; den Zweikampf dagegen habe er für junge Männer und unter bestimmten Verhältnissen rückhaltlos als unentbehrlich erklärt, „wie das Frühstück". Ähnliche Erinnerungen wandelten Bismarcks Bild, je nach dem Geschmack und der Einstellung der Verfasser bald mehr ins Moralische, bald mehr ins Wilde. Niemand aber, der damals mit ihm in Berührung trat, hat den jungen Edelmann vergessen. Bismarck war jetzt zu der selbständigen Persönlichkeit herangewachsen, die sich nur auf sich selbst verläßt. Seit 1841 war er auch Reserveoffizier in Stargard, wo Albrecht v. Roon einst Leutnant gewesen war: „Sekondeleutnant der Infanterie ersten Aufgebots im ersten Bataillon des neunten Landwehrregiments", wie es damals hieß. 1842 ließ er sich, als es ihm wirtschaftlich besser ging, aus seiner Reitleidenschaft heraus zu den vierten Ulanen, die in Stargard, Greifenberg und Treptow standen, versetzen. Er hatte nun auch die Stargarder und Greifenberger Offiziere zu Gaste und gewann jetzt, selbst Offizier, erst die rechte Freude am Militär, wie dies häufig bei aristokratischen Menschen ist. Bei einer Übung im Sommer 1842, am 24. Juni, holte er sich auch durch Errettung seines Kniephofer Reitknechts Hildebrand aus dem Wendelsee bei Lippehne seinen ersten Orden: die Rettungsmedaille, auf die er zeitlebens stolz blieb.

Unter den Gutsherren auf der Jagd, unter den Offizieren im Manöver, auf den Ritten und Ausfahrten ging es natürlich nicht zart zu. Es wurde scharf getrunken, scharf geritten und auch scharf geredet. Die überschäumende Jungmännerkraft mußte sich austoben. In Bismarck überdies die drängende Urkraft des Genies. Bald hieß er der „wilde Junker" und „der tolle Bismarck". Das

Gerücht übertrieb natürlich oft, aber die Wahrheit überliefert auch noch Abenteuer genug. Der Reiter scheute keine Entfernung und keinen Sturz, wie er selbst erzählt hat. Der Pistolenschütze verfehlte kein Ziel, schoß „auf dem Teiche den Enten die Köpfe auf“, setzte auf dreißig Meter fünf Kugeln aufs Fensterkreuz, weckte langschlafende Gäste mit Schüssen in die Decke. Der trinkgewohnte Korpsstudent zeigte bei jedem Gelage, vor allem bei der „Kriegsbowle“, Sekt und Porter, daß er der Herr über den Alkohol und nicht der Alkohol Herr über ihn war. Auf den pommerschen Gütern wurde auch damals schon scharf gezecht. War ein Husarenleutnant mal zu zimperlich und eine Gesellschaft gar zu wohlgezirkelt und etikettestolz, dann setzte er alles dran, den Husarenjüngling seekrank abzuliefern und sich selbst in kotbespritztem Reitanzug zwischen die befrackten Herren und Damen in großer Toilette zu placieren, so daß sie voller Abscheu abrückten. Sein Humor führte ihn zu manchen harten Streichen: wollte der Gast zu früh nach Hause, wurde ihm ein Strangschläger vor den Wagen gespannt, mit dem er sich nun die ganze Nacht auf der Heimfahrt herumquälen konnte. War einer furchtsam und mondscheinselig, platzte neben ihm eine Sektflasche aufs Pflaster, daß er vor dem „Schuß“ schreckensbleich zusammenfuhr. Wollte ein Bauer auf enger Straße mit seinem Fuhrwerk nicht Platz machen, gerieten Bauer und „Baron“ mit ihren Wagen so aneinander, daß Bismarcks leichte Kalesche in Stücke ging. Die pietistischen Nachbarn betrachteten ihn mit Befremden, mußten aber doch zugeben, Bismarck „lebe so anständig wie keiner in der Gegend“; „niedere Liebesgeschichten“ gab es für den einsamen Junker nicht. Den Bauern wurde er geradezu unheimlich. Sie erzählten sich — Bismarck selbst hat es am 31. Januar 1871 in Versailles berichtet —, wie er einmal in einem öffentlichen Lokale unter jungen Leuten etwas gegen den König, der unerkannt unter ihnen gewesen, gesagt hätte. „Da wäre der plötzlich aufgestanden, hätte den Mantel auseinandergeschlagen und den Stern auf der Brust gezeigt. Die anderen wären erschrocken, ich aber hätte mich nicht daran gekehrt und ihn grob behandelt. Da hätte ich zehn Jahre Gefängnis gekriegt und dürfte mich nicht rasieren. Nun trug ich damals einen Vollbart, was ich mir in Frankreich angewöhnt hatte, 1842, wo das eben aufkam, und so hieß es, alle Jahre in der Silvesternacht käme der Scharfrichter, der schnitte ihn mir ab“ . . . So schuf die

Volksphantasie den ersten Mythos um Bismarck, sein derbes Austoben und seinen sarkastischen Spott ...

Hinter all der Wildheit und Selbstherrlichkeit rangen natürlich das elementare Lebensgefühl und der leidenschaftliche Tatendrang um Klarheit und Gestaltung des Daseins. Zuerst waren noch die Enttäuschung der Jugend und des Berufs, die furchtbare Bitternis der Liebeserfahrung mit der Engländerin zu betäuben und zu überwinden, dann aber blühte eine neue Liebe auf, die im ersten Aufsprühen aus der Glückserwartung Übermut gebar, bald freilich Verdüsterung durch die Enttäuschung brachte und zu neuer Betäubung Anlaß gab. Ottilie von Puttkamer, die schöne Tochter der wohlhabenden Gutsherrin von Pansin, östlich von Stargard, kam seinen Gefühlen entgegen, war aber nicht charaktervoll genug, sich auch den Bedenken ihrer Mutter, die im Sommer 1841 eine länger befristete Besinnung verlangte, entgegenzustellen. Noch im März 1842 suchte der Vater Ferdinand von Bismarck durch einen Brief an Frau von Puttkamer, den offenbar der Sohn entworfen hatte, dem in Melancholie verfallenen Verliebten zu helfen. Vergeblich, denn nun war Ottilie anderen Sinnes geworden. Nach Jahr und Tag, als Bismarck sich mit der „ungereimten Leidenschaft" abgefunden und durch eine große Reise von Juli bis Oktober 1842 nach Schottland, England, Frankreich, der Schweiz und vielleicht auch Italien von seiner vergifteten Stimmung einigermaßen befreit hatte, konnte er sich zu seinem alten Göttinger Freund Scharlach am 9. Januar 1845 über die abermalige Enttäuschung und ihre Folgen aussprechen: „Ich verliebte und verlobte mich abermals, erzürnte mich 14 Tage nachher mit der Mutter meiner Braut, einer Frau, die, um ihr Gerechtigkeit zu thun, eine der bösesten ist, die ich kenne, und die das Bedürfnis hat, noch selbst der Gegenstand zärtlicher Blicke zu sein. Nach fast jahrelangen Intriguen gelang es ihr, meiner Braut einen lakonischen Absagebrief an mich in die Feder zu geben. Ich hielt es meiner Würde nicht angemessen, die beleidigte Aufgeregtheit eines Gemüths zu zeigen, und mit einigen Schüssen auf Brüder und dergl. der Ungetreuen Luft zu machen; ich trat in meiner Eigenschaft als Landwehroffizier auf einige Monate zur Dienstleistung in ein Ulanenregiment, focht tapfer gegen Staub und markirte Feinde, und da ich auch im Drange dieser Thaten meine Ruhe nicht fand, brauchte ich das Universalmittel für Verliebte, ich ging auf Reisen und wurde

wieder liederlich. Von Edinburg durch England und Frankreich trug ich meinen Kummer über die Alpen, und war im Begriff über Triest nach dem Orient zu gehen, eventualiter die Afghanen durch die Lupe zu besehen, wozu ich mit Empfehlungen ausgerüstet war, als mir mein Vater in einem thränenfeuchten Brief, der von einsamem Alter (73 Jahr, Witwer, taub), Sterben und Wiedersehen sprach, die Heimkehr anbefahl. Ich kam zurück — er starb nicht — und ich suchte in diesem Sommer meinem Leiden durch Dieffenbach und Norderney abzuhelfen. Vorher, im Früjahr machte ich einen sechswöchigen Versuch, eine andere Krankheit, eine an Lebensüberdruß grenzende Gelangweiltheit durch alles, was mich umgiebt, zu heilen, indem ich mich durch besondere Vergünstigung eines unserer Minister als Volontär wieder im Staatsdienst beschäftigen ließ, und die angestrengte Arbeit in der insipiden und leeres Stroh dreschenden Schreiberei unserer Verwaltung, als eine Art von geistigem Holzhauen betrachtete, um meinem theilnahmslos erschlafften Geist wieder etwas von dem gesunden Zustande zu geben, den einförmige und regelmäßige Thätigkeit für den Körper herbeizuführen pflegt. Aber theils war mir die krähwinklige Anmaßung oder lächerliche Herablassung der Vorgesetzten nach langer Entwöhnung noch fataler, als sonst, theils nöthigten mich häusliche Vorfälle, Unordnungen in meiner Verwaltung, Verlust meines bisherigen Administrators u.s.w. nach meiner Rückkehr von Norderney, die Verwaltung meiner Güter wieder selbst zu übernehmen. Seitdem sitze ich hier, unverheirathet, sehr einsam, 29 Jahre alt, körperlich wieder gesund, aber geistig ziemlich unempfänglich, treibe meine Geschäfte mit Pünktlichkeit, aber ohne besondere Theilnahme, suche meinen Untergebenen das Leben in ihrer Art behaglich zu machen und sehe ohne Ärger an, wie sie mich dafür betrügen. Des Vormittags bin ich verdrießlich, nach Tische allen milden Gefühlen zugänglich. Mein Umgang besteht in Hunden, Pferden und Landjunkern, und bei Letzteren erfreue ich mich einigen Ansehens, weil ich Geschriebenes mit Leichtigkeit lesen kann, mich zu jeder Zeit wie ein Mensch kleide, und dabei ein Stück Wild mit der Accuratesse eines Metzgers zerwirke, ruhig und dreist reite, ganz schwere Cigarren rauche und meine Gäste mit freundlicher Kaltblütigkeit unter den Tisch trinke. Denn leider Gottes kann ich nicht mehr betrunken werden, obschon ich mich dieses Zustandes als eines sehr glücklichen erinnere.

So vegetiere ich fast wie ein Uhrwerk, ohne besondere Wünsche oder Befürchtungen zu haben; ein sehr harmonischer und sehr langweiliger Zustand. Meine ehemalige treulose Flamme habe ich öfter wiedergesehn, ihre Mutter scheint gegen unsere Verbindung nichts mehr erinnern zu wollen, doch bin ich auf ihre und ihrer Verwandten Versuche, eine Annäherung zwischen uns einzuleiten, nicht eingegangen; denn, obgleich ich nicht sicher bin, daß alle Neigung in mir erstorben ist, so fürchte ich doch, daß die jahrelang wiedergekäuten Empfindungen einer leichtfertigen Mißhandlung meines innersten und wahrsten Gefühls, der Verrath meines Zutrauens, die Kränkung meines Stolzes, ein residium von Bitterkeit in mir gelassen haben, welches ich nicht glaube, hinreichend unterdrücken zu können, um jener Dame eine so glückliche Zukunft zu sichern, wie ich sie meiner Frau wünsche. Es ist mir beim besten Willen schwer, eine wirklich empfundene Beleidigung halbwegs zu vergessen."

Mit den Plänen, „einige Jahre Asiat zu spielen, um etwas Veränderung in die Dekoration meiner Komödie zu bringen und meine Zigarren am Ganges statt an der Rega zu rauchen", hatte es im Jahre 1843 wirklich ernst ausgesehen: mit dem Schulfreund Oskar von Arnim, den er unterwegs getroffen, sollte es nach Ägypten, Syrien, Indien gehen, ja sogar unter englische Fahnen. Stattdessen kam aber Oskar von Arnim im Winter 1843/44 nach Kniephof, lernte hier des Freundes entzückende, vornehm-schöne, strahlend anmutige, damals siebzehnjährige Schwester Malwine kennen und lieben, verlobte sich mit ihr und heiratete sie am 30. Oktober 1844. Alle Reisepläne fielen ins Wasser: nur die Sommerfahrt nach Norderney wurde gestartet, die wilde Nordsee wurde Bismarcks „Geliebte"; entzückende, berühmte Briefe mit geistreichen Karikaturen, scharfen Sarkasmen und anschaulichen Schilderungen der hannoverschen Gesellschaft, der Regierung und des Hofs, des welfischen Kronprinzenpaares und aller möglichen Ausländer wanderten an Malwine. Mochte Bismarck sich, nach Kniephof zurückgekehrt, wieder in die ernsteste landwirtschaftliche Arbeit stürzen oder im Winter nach Malwines Hochzeit zu Schönhausen dem Vater die Zeit mit allerhand Jagdspäßen vertreiben, das Gefühl der Herzensleere, die Hypochondrie des Dreißigers, die Junggesellenschwermut wollte nicht mehr schwinden. Das Landjunkerdasein wurde ihm jetzt langweilig, unerträglich, „gerade so schal

und unersprießlich“ wie das Beamtendasein. „Willenlos“ trieb er „auf dem Strome des Lebens ohne anderes Steuer als die Neigung des Augenblicks“, und es war ihm „ziemlich gleichgültig“, wo es ihn ans Land würfe.

Und doch war er jetzt auf den Weg geraten, der ihn seiner großen Lebensaufgabe und -erfüllung zuführen sollte. Er war seit 1841, wenn auch nur im heimatengen Bezirk, ins Reich der Politik getreten: als „Deputierter“ des Naugarder Kreises und damit als einer der beiden Stellvertreter des Landrats. Im Mai 1841 wurde Otto zusammen mit Bruder Bernhard, der dann gewählt wurde, zur Landratswahl aufgestellt und dadurch zweiter Kreisdeputierter. Die Brüder Bismarck verwalteten von 1842 bis 1845 gemeinsam den Kreis, Otto vertrat Bernhard wiederholt längere Zeit, ja erschien auch zwischen 1845 und 1847 für ihn öfter im Provinziallandtag. Er stieß in Kleinigkeiten mit der Bürokratie wieder zusammen, der er im Mai 1844 nach einem kurzen zweiten Versuch, „einen neuen Anlauf auf eine Ministerstelle zu nehmen“, mit vierzehn Tagen Wiederaufnahme seiner Referendarstätigkeit in Potsdam unter dem rücksichtslosen Oberpräsidenten von Meding endgültig den Abschied gegeben hatte. Der Landrat war aber im ständischen Selbstverwaltungssystem kein festes Beamtentum. Deswegen empfahl ihm Bruder Bernhard immer wieder, er sollte doch in Schönhausen sich zum Landrat wählen lassen. Es kam noch nicht dazu. Bismarck war damals „ständisch-liberal“ nach seinem eigenen Wort. „Ich wurde zur Kritik geneigt, also ‚Liberal‘ in dem Sinne, in welchem man das Wort damals in Kreisen von Gutsbesitzern anwandte zur Bezeichnung der Unzufriedenheit mit der Bürokratie, die ihrerseits in der Mehrzahl ihrer Glieder liberaler als ich war, aber in anderem Sinne.“

Das politische Weltbild Bismarcks wurde, wie seine Stellung zum Leben, von seinem Bekenntnis zum Junkertum, zu seiner ländlich-adligen Umgebung, zu seinem Landwirtschaftsberufe und seinem Preußentum im gesamtdeutschen Rahmen bestimmt. Die Zeitströmungen und politischen Entwicklungen gingen nicht spurlos an ihm vorüber. Unter den Gutsbesitzern wurde, wie immer, auch damals viel politisiert. Und wenn Bismarck sich auch allermeist von den Kannegießereien der nur mit engem Horizont an ihre materiellen Interessen denkenden Standesgenossen fernhielt, wie manche sarkastische Bemerkung von ihm bewies, so hatte er doch

durch seine Beziehungen zu dem Stifter des Regenwalder landwirtschaftlichen Vereins, dem Großgrundbesitzer Ernst von Bülow-Cummerow und zu dem pietistischen Kreise Adolf von Thaddens auf Trieglaff und dessen Schwager Ernst Senfft von Pilsach auf Gramenz unmittelbaren Anschluß an die höheren politischen Bestrebungen jener Jahre gewonnen.

Sie waren durch die Julirevolution und ihre Folgen, den hannoverschen Staatsstreich und den Protest der Göttinger Sieben, den Kölner Bischofsstreit und die Entwicklung der Parteien, die wirtschaftlichen Veränderungen, die der Zollverein und die Eisenbahnen hervorriefen, den französischen Kriegslärm von 1840 und die unerfüllten Forderungen von 1813 nach deutscher Einheit in die Richtung nach Erneuerung, Freiheit und nationaler Selbstbestimmung sowie Volkssouveränität innerhalb des vorherrschenden bürgerlich-oppositionellen Liberalismus gewachsen. Auch in Preußen ertönte der Ruf nach der Verfassung und nationalen Einheit immer lauter. Der Landadel — zumal in Pommern, wo sich 1847 Hungerunruhen und 1848 Kämpfe zwischen den Tagelöhnern und Gutsherren als Folgen der Revolution meldeten — verhielt sich gegenüber dem Drängen des Liberalismus ablehnend. Er war konservativ, königstreu, hielt am Alten fest, bekannte sich zur ständischen Idee. Er wollte nur im Rahmen dieser ständischen Staatstheorie, die die französische Revolution und ihre Doktrinen ablehnte, Fortschritte zulassen. Das Naturrecht und die Souveränität des Volkes hatten vor dem historischen Recht und den Privilegien zurückzutreten, wie Erich Marcks ausgeführt hat: das Recht der Individualität vor der natürlichen aristokratischen Gliederung, die Einheit vor der natürlichen Vielfältigkeit der Landschaft, der Individualismus vor der körperschaftlichen Bindung, die moderne Volksvertretung, die keinen Vorrang der Geburt und des Berufes und höchstens den Vorrang des individuellen Besitzes anerkannte, vor der ständischen Vertretung, die Bürger, Bauern und Adel oder Gutsbesitzertum als feste Stände nebeneinander und übereinander ordnet und auch die erwählten Abgeordneten in feste ständische Gruppen ein für allemal einschließt. Die Gesinnung der Mehrzahl der Konservativen war: „Erhaltung des Alten, der Krone und der Aristokratie, ständische Entwicklung, auf deren Bahnen Preußen seit 1823 ja tatsächlich wandelte, Bundestreue, ein deutsches, ja europäisches Gesamtgefühl, nationale und altüberlieferte uni-

versale Empfindungen durcheinandergemengt und jedenfalls Ablehnung revolutionärer Einheit sowohl wie liberaler, gleichmachender Repräsentation." Diese Konservativen griffen über den damaligen preußischen Raum nicht hinüber. Erst langsam fanden sich zu ihnen und unter ihnen die jungen, ehrgeizigen Kräfte, die für Preußen Großmachtansprüche und Vergrößerungswünsche erhoben. Das Bürgertum und der Liberalismus sowie das absolutistisch und zentralistisch regierende, gelehrte Beamtentum mit seiner Bürokratie waren ihre Feinde. Der König aber stand zu der ständischen Staatslehre. Er wollte von Beginn seiner Regierung an die Verfassung in deren Sinne fortentwickeln, erlaubte den Provinzialständen 1841 die Veröffentlichung ihrer Protokolle, sagte ihnen eine Einberufung für alle zwei Jahre zu, richtete für die Zwischenzeiten Ausschüsse ein und vereinigte 1842 überraschend die Ausschüsse in Berlin zu einer ergebnislosen Tagung. Er wollte einen „Vereinigten Landtag" schaffen, setzte Verfassungskommissionen ein und betrieb, indes er der Presse bald Freiheit gab, bald wieder nahm, die Neuformung des politischen Lebens als seine persönliche Angelegenheit, allerdings so zögernd und vielfach undurchsichtig, daß auch seine Anhänger, die Ständischgesinnten, ihn drängen mußten, den günstigen Augenblick gegenüber den immer lauter werdenden liberalen Forderungen nicht zu versäumen.

Zu diesen vorwärtsdrängenden Geistern gehörte in Pommern der 1775 in Mecklenburg geborene Ernst von Bülow-Cummerow, der publizistisch sehr tätig war und die politische Auffassung der Lage um 1842 in einem damals sofort erfolgreichen Buche „Preußen, seine Verfassung, seine Verwaltung, sein Verhältnis zu Deutschland" zusammengefaßt hat. Auch seine Grundgedanken entsprachen der Fortenwicklung des ständischen Systems; er wies den gleichen Weg wie der König und zeigte in vielen anderen Schriften sowie in der Praxis auch auf finanzpolitischem Gebiete neue Möglichkeiten, deren Verwirklichung er selbst betrieb und die später dem ländlichen Grundbesitz Segen spendeten. Bismarck lernte von dem erfahrenen, außerordentlich tätigen, geistvollen Manne, der sich mit kleinem Erbvermögen zu einem der bedeutendsten Großgrundbesitzer des Regenwalder Kreises, ja Pommerns emporgearbeitet hatte, sicher viel. Auch in außenpolitischer Hinsicht, denn Bülow vertrat hier, von seinem stolzen Preußentum ausgehend, Ideen,

die Bismarck später verwirklichen und nützen sollte: das Heer wurde von ihm als das Machtinstrument angesehen und müßte dementsprechend vergrößert werden, Preußen wäre die deutsche Kernmacht, dem die andern Staaten sich — ohne Österreich — mit dem Zollverein in jeder Beziehung anschließen müßten; Preußen müßte Deutschlands Einheit nicht als Eroberer, sondern als Befreier schaffen, wenn sie sich nicht aus sich heraus entwickle. Auch seine weiter ausschauenden Gedanken über die Welt und Europa sowie über die Zentralstellung des von Preußen geführten Deutschlands bewiesen, daß in ihm ein ebenso realpolitischer wie idealistischer Geist lebendig war.

Bismarck hat zweifellos mit seinem Nachbarn, mit dem seine Eltern schon in Geld- und Freundschaftsbeziehungen gestanden hatten, häufig verkehrt. Bülow seinerseits fand rasch Freude an dem genialen Geist des Jüngeren und lud ihn zu ständisch-politischer Beratung nach Cummerow. Nun strömte Otto von Bismarck immer neue politische Anregung und Erregung zu, wie er sie zu seiner inneren Klärung bedurfte. Die Arbeit Adolf von Thaddens in Trieglaff, der Vorträge über die sittlichen und christlichen Gutsherrenpflichten hielt und im christlich-germanisch-monarchischen Staate die ständische Lehre verwirklicht sehen wollte, trat hinzu. Bismarck, der mit Vater und Bruder am 15. Oktober die große Huldigungsfeier zur Thronbesteigung König Friedrich Wilhelms IV. mitgemacht hatte, lebte also in einem Kreise, der erfüllt war von den Pflichten und der Verantwortung, die das Adelsprivileg und das Gutsherrentum auferlegten. Als 1843 die Börsen-Nachrichten der Ostsee einen „hämischen Artikel über Parforcejagden" mit einer Spitze gegen die Landedelleute veröffentlichte, schrieb er als Jäger für seinen Stand einen Gegenartikel — seinen ersten Zeitungsaufsatz, der freilich in das Stettiner Blatt nicht aufgenommen wurde. Der Junker trat dem Demokraten scharf und polemisch entgegen. „Ich begreife", rief er dem neidischen Ankläger zu, „wenn Leute in roten Röcken, auf ihren Pferden, mit ihren Hunden und auf ihrer Jagd hinter einem Hasen herreiten und dabei ... aussehen, als wären sie sehr mit sich und ihrer Beschäftigung zufrieden, wie verdrießlich das ist, nicht nur für den Hasen, sondern für jemand, der weder mit sich noch mit der Welt zufrieden ist, in Schwarz geht, keine Pferde, keine Hunde, keine Jagd hat, auch gar keine Neigung zu jagen ..." Man spürt diesem Artikel an, wie sehr Bis-

marck hier in seinem Elemente war: er konnte endlich einmal kämpfen. Für sein Ideal, für seine Lebensauffassung, die die „auswärtige Politik im Sinne der Freiheitskriege, vom preußischen Offizierstandpunkt gesehen“ betrachtete und schon 1842 die Zeit heraufsteigen ließ, „wo das Königreich Preußen einen bedeutenden Zuwachs erhalten wird“.

Bismarck stand auf preußischem Boden in friderizianischem Geist und verteidigte seine Ansichten so fest und klar, daß der alte Herr von Blanckenburg im Oktober 1844 in Bismarck bereits den künftigen Minister begrüßte. Vorerst war er freilich nur Kreisdeputierter. Aber immerhin: der Anfang einer politischen Laufbahn war wirklich gemacht. Sie bildete sich stärker heraus, sobald nur das persönlichste Dasein und das innerlichste Seelenleben aus der Unruhe der Einsamkeit und Vergiftung in die bleibende Ordnung und endgültige Weltanschauung eingelenkt war.

Das sollte früher, als Bismarck selbst annahm, geschehen. Hinter all seiner stürmischen Wildheit und seinem kämpferischen Sarkasmus spielte sich doch das Ringen um eine positive Weltanschauung ab. Sein pantheistischer Deismus erweckte im Kreise der Trieglaffer Pietisten zwar Trauer und befriedigte ihn, der sich 1836 von Spinoza hatte einfangen lassen, 1843 auch nicht mehr. Die Leere in seinem Innern war so groß geworden, die Langeweile der Skepsis so stark, daß Sehnsucht nach Glauben in ihm aufwachte, als er wahrhaft gläubigen Menschen wie den Thaddens gegenübertrat. Er wünschte Gott selbst zu erleben, den Sinn des Daseins, seines Daseins zu erfahren, den Zweck seines Lebens zu erkennen, seinem Gewissen zu gehorchen. All das Leid, das die Liebes- und Berufsenttäuschungen über ihn gebracht und das er hinter bittrer Ironie, ja Zynismus versteckt hatte, hatte seine religiösen Anlagen geweckt. Sie wurden nun im Trieglaffer Menschenkreis gefördert.

Der Bräutigam der Tochter des Gründers dieser ganzen pietistischen Bewegung, die nach den Befreiungskriegen weite Kreise Pommerns erobert hatte, Moritz von Blanckenburg, wurde von seiner Braut Marie von Thadden im Frühjahr 1843 auf Bismarcks Seelenzustand hingewiesen. Er nahm sich sofort, im Gedenken an seine eigene Bekehrungsstunde, mit den Worten „Freunde sind Menschen, die sich stets aus Liebe die Wahrheit sagen“ seines „kranken Herzens“ an. Er drang mit Briefen voll „strömender

Empfindung" und schließlich zu Pfingsten, „auf der Freundschaftsinsel" im Garten von Trieglaff mit der Preisgabe des heiligen Geheimnisses der Liebe einer durch Krankheit zu frühem Tode verurteilten zarten Verwandten, die nur ruhig sterben könne, wenn sie den Ungläubigen bekehrt wisse, also nach pietistischer Ansicht mit einer besonderen Glaubenstat, die Moritz mit seiner Frau „bebetete", so leidenschaftlich in Bismarcks Seele ein, daß ein Stachel darin zurückblieb! Es mußte freilich erst noch ein anderes Erlebnis hinzutreten, ehe jene innere Wendung eintrat, die Bismarck für sein ganzes Leben zu einem an einen persönlichen Gott glaubenden Christen machte: es war die Kraft der Liebe, der glücklichen Liebe, die ihm bisher noch nie zuteil geworden war, nun aber den Eisring um sein Herz zerschmolz.

Marie von Thadden und Moritz von Blanckenburg feierten am 4. Oktober 1844 zu Trieglaff ihre Hochzeit. Der alte Blanckenburg hatte in der Tischrede den Brautführer Bismarck als künftigen Minister gefeiert. Die Brautführerin Johanna v. Puttkamer war ihm absichtlich zur Tischdame gegeben worden. Deren „graublauschwarze", tief strahlende, dunkle Augen, die ihm zum Schicksal werden sollten, schauten ihn hier zum ersten Male an. Er vergaß sie nicht wieder. Vergaß sie auch nicht, weil das Hochzeitsfeuerwerk das Dorf und die Wirtschaftsgebäude des Gutes mit ein paar fehlgehenden Raketen in Brand steckte und nur das Gutswohnhaus gerettet wurde. Bismarck aber, bei den Löscharbeiten kräftig helfend, auf den Rat einer Frau im Dorfe, nicht zu löschen, lieber zu beten, auf Cromwell verwiesen hatte: Betet, aber haltet euer Pulver trocken.

Die Kälte des Unglaubens wurde noch in diesem Winter 1844/45 überwunden. Bismarck mußte sich entsprechend seiner rassischen, nordisch-fälischen Natur mit letzter Wahrhaftigkeit auf das Persönlichste durchkämpfen. Als häufiger Gast des glücklichen jungen Ehepaares im neugebauten, kleinen Gutshause Kardemin kam er mit Marie, der feurigen Schwärmerin, der Verehrerin Jean Pauls und aller Romantiker von Novalis bis Tieck, und Moritz, der sich von seiner Frau gleich ihm zum gemeinsamen Shakespeare-Lesekränzchen bereden ließ, immer wieder in religiöse Gespräche, an denen auch wiederholt Johanna von Puttkamer teilnahm. Marie holte Johanna immer neu herbei: sie wollte das Glück der Ehe, das sie so rein genoß, auch der Freundin und Bismarck, der ihre Phantasie beschäftigte, verschaffen. Bismarck ließ sich einfangen

von all dieser Romantik und literarischen Atmosphäre, war er doch schon lange im Banne Byrons, las er doch stets viel und gerne, packte ihn doch jetzt auch Shakespeare, der seiner Art entsprach. Gewiß wurde er nicht wie die anderen zum romantischen, weichlichen Schwärmer, er blieb, der er war, der Weltmann über den Dingen seiner Umgebung. Aber sein Herz war voll Schwermut, voll Sehnsucht nach göttlicher und irdischer Liebe.

Zu Pfingsten 1845 gab es einen ersten Zusammenklang: es kam zu einem ersten Verstehen zwischen Johanna und ihm, sie vertieften sich zum ersten Male, wie die Braut später dem Bräutigam schrieb, in ein Gespräch, und Johanna prophezeite ihm, daß sich seine „Ansichten noch einmal ganz ändern würden, obgleich es fast unmöglich schien nach Deinen Reden — und sagte ich Dir's nicht schon damals, wenngleich Du mir ganz fremd warst und ich keine Antwort bekam, als ein unendlich sarkastisches Lächeln?" Er rang im Sommer 1845 scharf mit Oberlandesgerichtspräsident Ludwig von Gerlach über die Staatsreligion: „Bismarck meinte, daß die Stellung des Staatsbürgers nicht von seiner Glaubensmeinung abhängig gemacht werden dürfe" und nahm die Juden, deren Emanzipation er ausdrücklich ablehnte, mit dem klar scheidenden Wort: „Die frage ich nicht, denen sehe ich's an!" aus der Volks- und Staatsgemeinschaft mit rassisch erkennendem Blick heraus.

Ehe es aber in Pommern zu einer geistigen und persönlichen Klärung kommen konnte, griff das Schicksal ein und holte ihn in „das Schloß seiner Väter" nach Schönhausen zurück, bereitete ihm dadurch den Wirkungskreis, der zum Sprungbrett für sein großes Leben wurde. Sein Vater hatte sich seit 1839 in Schönhausen festgesetzt, Besuche gingen von der Altmark nach Pommern und umgekehrt hin und her. Der alte Herr genoß behaglich seine alten Tage bei Medoc und Rheinwein, und als die „nicht genug durchgriffen", bei Portwein und Sherry. Die Altersbeschwerden — „ich habe es ins Kreutz gekricht" — ertrug er mit jenem Humor, den der Sohn Otto so liebte. Als die Kräfte des Dreiundsiebzigjährigen, grad im Frühjahr und Sommer 1845, da die große Elbeüberschwemmung so viel Schaden in Schönhausen — „ein infames wässerigtes Unglück" — angerichtet hatte, nachzulassen begannen, holte er den Sohn, der „ihm gut war im Grunde seiner Seele", herbei, und der pflegte ihn von September an treulich und drückte ihm liebend am 22. November 1845 die Augen zum ewigen Schlafe zu.

In diesen Monaten, wie auch schon im Jahr zuvor, faßte Bismarck wieder tiefer Wurzel in Schönhausen. Er sah hier ein Wirkungsfeld, nicht nur landwirtschaftlich, wenngleich der etwas vernachlässigte Betrieb und der Mißwuchs 1846 viel Arbeit erforderlich machten, sondern auch politisch: als Deichhauptmann, als Abgeordneter im Merseburger Provinziallandtag, als Landrat des Jerichower Kreises. Er begegnete hier bei den Kreisgenossen, wie Graf Wartensleben-Carow, Schierstädt-Dahlen und anderen, der Zustimmung für seine ständisch-fortschrittlichen Ideen, er atmete hier die Luft, die er brauchte, da er die pommersche Abgelegenheit überwinden mußte. Er entdeckte in sich den niedersächsischen Edelmann, der Ostdeutschland mehr als Kolonisator zugehört, seine tiefere Heimat aber im westelbischen Lande empfindet. Er lehnte drum auch das Angebot des jetzt als Geheimrat in Berlin tätigen Gutsnachbarn Senfft-Pilsach, als Königlicher Kommissar für ländliche Meliorationsarbeiten nach Ostpreußen zu gehen und dadurch mit Aussicht auf gute Beförderung in den Staatsdienst zurückzukehren, ab. Er konzentrierte sich nun auf Schönhausen, betrieb die Erbauseinandersetzung mit den Geschwistern, Bernhard erhielt als Naugarder Landrat die in seinem Kreise gelegenen Güter Külz und Jarchlin, Otto behielt Kniephof mit Schönhausen, verpachtete aber Kniephof im November 1846 günstig und schied aus dem pommerschen Provinzial- und Kreistag aus. — Er wollte, wie Moritz von Blanckenburg an Johanna von Puttkamer am 25. November 1846 schrieb, „Deich- und Landesgeschäfte treiben und . . . Arme und Kranke pflegen“.

Bismarck hatte damit den Weg gefunden, der ihn aus seiner pommerschen Energielosigkeit und Schwermut praktisch und seelisch herauslöste. Der Deichbruch und die Überschwemmung von 1845 hatten ihm bewiesen, daß der Deichhauptmann von Jerichow seiner wichtigen Aufgabe nicht mehr gewachsen war; als sich 1846 die Gefahr wiederholte, griff er ein, stellte den Antrag, daß der Deichhauptmann „wegen Pflichtwidrigkeiten abgesetzt“ werde, und übernahm resolut, als seinem Antrag stattgegeben wurde, das verantwortungsvolle Amt als „Flußgott“, wie er sagte, „für den unteren magdeburgischen Deichbezirk von Jerichow bis unterhalb Sandau“, also eine Strecke von etwa 40 Kilometern. Er packte sofort tatkräftig zu und beschwerte sich über die säumige Magdeburger Bürokratie auch beim Finanzminister von Duesberg.

Er hatte mit der Deichhauptmannschaft ein ausgezeichnetes Kampfobjekt für seine ständische Opposition gefunden.

Er hielt es nicht anders mit der Fortführung und Erneuerung der Patrimonialgerichtsbarkeit für das Magdeburger Land. Er war ja mit der ganzen Frage durch Bülow-Cummerow vertraut, der ihn und seinen Bruder schon im Sommer 1845 zur Beratung über seinen dann in Berlin eingereichten Gerichtsplan hinzugezogen hatte. Damals hatte er Bülows Entwurf: Aufrechterhaltung des ständischen Rechts der Gutsbesitzer und Einordnung der kleinen zerstreuten Patrimonialgerichte in ein kollegiales Kreispatrimonialgerichtssystem zugestimmt. Jetzt, in Schönhausen, lernte er den Plan des Magdeburger Oberlandesgerichtspräsidenten Ludwig von Gerlach, dem er in Trieglaff begegnet war, kennen. Er schwenkte nun zu ihm über, d. h. er trat für das stärkere Einzelrichtertum ein, für Dezentralisation und eine lockere Verbindung von Einzelrichter und Kolleg bei sonstiger voller Aufrechterhaltung der Patrimonialjustiz, die der demokratische Liberalismus gänzlich beseitigen wollte. Er wünschte die Wahrung der unbedingten ritterschaftlichen Selbständigkeit. Nachdem er zwischendurch in Erledigung seines Regenwalder Auftrages Bülow noch einmal beigestimmt hatte, trat er im Januar 1847 in seinem Jerichower Kreise nach eigener Anschauung und damit zum ersten Male als aktiver Politiker hervor. Im ersten Schönhauser Jahr war die Stagnation der letzten pommerschen Zeiten überwunden. Ein neuer Weg war beschritten, er führte schnell aus der Provinz in die große Politik.

Nicht zuletzt auch deshalb, weil Bismarck in eben diesem Jahre seinem persönlichen Leben den festen Grund mit Verlobung, Bekehrung und Hochzeit gegeben hatte. Eine Reise in den Harz, zu der Marie von Blanckenburg neben der Familie des Präsidenten von Mittelstädt Johanna von Puttkamer und ihr Mann neben dem Pfarrer Wangemann, seinem Schulfreund, Bismarck zusammengebracht hatte, sollte im Sommer 1846 die beiden füreinander Bestimmten zur ersten Bewußtheit ihres Gefühls führen: Bismarck datierte seine Liebe stets von diesen Tagen an. Und Freund Moritz zog im September das Fazit: „Ihr scheint doch ziemlich nahe aufeinander losgesegelt zu sein." Bismarck gehörte aber noch nicht zu dem christlich-bekenntnisfesten Kreise. Moritz von Blanckenburg warb, heimgekehrt, wieder um den Einsamen in Schönhausen, der jetzt „selbst die Vorhänge vor den Fenstern seines

Herzens zurückschlug und ihn einen vollen Blick hinein tun ließ". Bismarck war zum Sucher in „der Schrift" geworden. Es „regte sich in ihm". Zugleich gestand er in einem lateinischen Brief Moritz sein Gefühl gegenüber Johanna. Marie von Blanckenburg wurde nun zur Vermittlerin: bei Johanna wie bei Bismarck. Als Maries Mutter plötzlich an „gastrischem Fieber" auf den Tod daniederlag, eilte Bismarck vom 4. Oktober, dem Sterbetage, bis zum 21. Oktober nach Kardemin, wo wenige Tage darauf auch Marie „an Gehirnentzündung" erkrankte, an der sie am 10. November starb. Dieser unerwartete Tod, dem Marie „mit ungetrübter Heiterkeit entgegen" gegangen war, wurde für Bismarck die Bekehrung: „Dies ist das erste Herz, das ich verliere, von dem ich wirklich weiß, daß es warm für mich schlug", sagte er. „Jetzt glaube ich an eine Ewigkeit — oder es hat auch Gott nicht die Welt geschaffen." Das Gebet war in ihm wieder lebendig geworden. Der Glaube an den persönlichen Gott war in ihm erwacht.

Die Liebe — die Liebe zweier Herzen — hat diese religiöse Klärung geschaffen. Diese Liebe fand nun auch ihre Erfüllung. Moritz von Blanckenburg lud Johanna v. Puttkamer mit ihrem Vater und Bismarck nach Zimmerhausen. Am 14. Dezember erfolgte die Aussprache: Johanna sagte nicht nein, und Bismarck war nur gekommen, „die Sache mit Johanna zu berichtigen", wie er schrieb. Die Eltern gewann Bismarck dann mit seinem Werbebrief, den er einsam im Stettiner Gasthofe auf der Durchreise nach Berlin schrieb. Er legte dem Vater seiner Braut ein Bekenntnis ab, das zu den größten Seelenzeugnissen gehört, die je ein deutsches Genie über seinen inneren Weg niedergelegt hat. Der Brief schilderte mit unbedingter Aufrichtigkeit seine religiöse Entwicklung von der Kindheit an über den Unglauben der Kampfjahre bis zu seinem nunmehr gewonnenen und nie mehr verlassenen Christenglauben.

Heinrich von Puttkamer, damals 58 Jahre alt, war „entsetzt" von dem Gedanken, daß seine Tochter, sein einziges Kind, heiraten werde. Die endgültige Antwort vor Gott möge sich Bismarck in Reinfeld suchen. Bismarck antwortete mit einem zweiten Brief voll Würde und Aufrichtigkeit und meldete seinen Besuch für den 12. Januar an. Er fand in Reinfeld „keine ungünstige Stimmung, aber Neigung zu weitaussehenden Verhandlungen". Da erwachte seine Kampfnatur. Er brach die begonnenen Gespräche kurz entzwei. „Wer weiß, welchen Weg diese genommen hätten, wenn ich

nicht durch eine entschlossene Accolade meiner Braut, gleich bei dem ersten Anblick ihrer, die Sache zum sprachlosen Erstaunen der Eltern in ein anderes Stadium gerückt hätte, in welchem binnen fünf Minuten alles in Richtigkeit geriet, so daß tags darauf bei einem zufälligen Diner die offene Erklärung, wiederum unter großem Staunen der Anwesenden, stattfand . . ."

Den Eltern Johanna von Puttkamers war es nicht leicht geworden, ihre Tochter herzugeben. Sie hatten zu dritt in einer Harmonie miteinander gelebt, daß eine Auflösung der dreifachen Einheit unmöglich schien. Der Vater, 1789 zu Viartlum (Kr. Rummelsburg) geboren, war vor den Freiheitskriegen Referendar gewesen, wurde im Kampfe gegen Napoleon Leutnant und 1816 Landwirt. Im Jahre 1819 verheiratete er sich mit der 20jährigen Liutgarde von Glasenapp, die 1829 das Gut Reinfeld (Kreis Rummelsburg) erbte. Noch zu Viartlum kam Johanna, ihr einziges Kind, das am Leben blieb, am 11. April 1824 zur Welt. Der Vater lebte politisch im Gedankenkreise der Freiheitskriege, war religiös ein stiller weltferner Pietist und tat als Kreis- und Landtagsdeputierter ohne Aufhebens seine ritterschaftliche Pflicht in altfränkischer Treue und gläubiger Bibelfestigkeit. Die Mutter war unruhiger, temperamentvoller und auch in ihrem Pietismus und aus ihrer Kränklichkeit heraus stets bis zur Quälerei besorgt um das Seelenheil der Ihren. Die Tochter war in ihrem Bann aufgewachsen, gleichwohl herber und weniger aufgeschlossen, „ein einzig frommes, reines tiefes Mädchen" mit einem „balsamischen Friedensglanz" in ihren Augen, „ein frischer, sprudelnder Gesundbrunnen", „eine schöne pikante Blume, über die noch nie ein Gifthauch gegangen ist, wiewohl sie zwanzig Jahre alt ist. Sie hat nichts Schönes im Äußeren als Augen und lange schwarze Locken, sieht sonst alt aus, spricht viel, witzig und munter mit jedem Menschen, Mann oder Weib", bekannte Marie von Blanckenburg. Moritz hatte sie Bismarck mit folgender Charakteristik ans Herz gelegt: „Sie ist äußerst gescheut, durch und durch musikalisch, kohlschwarze oder glänzend braune Augen mit einem hellen glänzenden Licht. Die Züge haben sonst nichts hervorstechend Antikes, aber äußerst lieblich; sie ist durch und durch ein geistreicher Student, höchst originell mit einem tiefen, frommen Herzen, dem alle Pietisterei fremd ist, das mit der allerholdesten Kindereinfalt Walzer spielt, wie ich es noch nie gehört habe." Als Bismarck sie

als Braut in den Armen hielt, war sie reifer geworden, ohne ihre Quellfrische, ihre sprudelnde Lebendigkeit zu verlieren. Sie war nun sie selber geworden, wie Erich Marcks sie uns charakterisiert hat: „allezeit ganz ehrlich, unfähig sich mit irgend etwas Anempfundenem zu beruhigen, langsam, ja spröde im Anschluß, fest in Treue, noch immer zurückhaltend gegenüber dem unbewußten Reichtum ihres Herzens, der Liebesfülle einer im tiefsten Grunde leidenschaftlichen und heißen Seele, die unendlich viel zu geben hatte, aber viel verlangte und der Stunde der Erschließung ihrer Schätze ohne ungeduldige Sehnsucht entgegenblickte. Daß sie nicht schön und dennoch anziehend war, haben wir gehört: die Züge sind doch wohl slawisch geformt, und zunächst erscheinen weder Nase noch Mund oder Kinn irgendwie reizvoll oder besonders eigen. Aber in den grauen Augen — denn das war in allem Schillern ihre eigentliche Farbe — lag eine tiefe, eindringliche Kraft des Gefühls, die sich bei ihr bis zur Unbedingtheit und bis zu einer Art frauenhaften Genialität gesteigert hat; ihr Wesen war echt und stark genug, um frei neben einem Gewaltigen emporwachsen und ihm ein halbes Jahrhundert hindurch Ströme innerlichen Segens spenden zu können."

Bismarck glaubte „ein großes und nicht mehr gehofftes Glück gemacht zu haben", wie er an seinen Bruder schrieb, „indem ich, ganz kaltblütig gesprochen, eine Frau von seltenem Geist und seltenem Adel der Gesinnung heirate; dabei liebenswürdig sehr und facile à vivre wie ich nie ein Frauenzimmer gekannt habe".

Die Brautzeit dauerte ein halbes Jahr. Auf die ersten vierzehn Tage in Reinfeld folgten acht Wochen Trennung mit den Pflichten des Deichhauptmanns und Gutsherrn, Polizei- und Patrimonialgerichtsherrn, den politischen und persönlichen Geschäften. Briefe wanderten in dichter Folge hin und her. Das Brautpaar — so verschieden und doch einander so zugehörig — lebte sich seelisch ein. Er war der Gebende, der Führende, sie suchte den Weg zu ihm und fand ihn, wie er sie fand. Er blieb ihr keinen Gedanken und kein Erlebnis schuldig wie sie kein Gefühl und keine Selbstquälerei. Er zeigte ihr, wie er seine Frau haben wollte: voll Liebe und Einklang. Sich schreibend, lernten sie sich ganz kennen, fanden sie sich ganz. Auch in religiöser Hinsicht. Ein „Passauer Vertrag" kam zuerst zwischen ihnen zustande, dann eine Bekämpfung Bismarcks der „quietistischen Abschließung von der Welt", die den

absondernden, nichts als beschaulichen Pietismus der Reinfelder erfüllte. Er konnte seiner ganzen Natur nach nicht Pietist sein, er konnte nicht zu jedem Bibelwort seine Zustimmung geben, denn hier wäre Gottes Wort durch den Mund verschieden zuverlässiger Menschen hindurchgegangen. Er war Christ und gläubig, gewiß, und er sah alles Irdische sub specie aeternitatis. Aber weil alles vergänglich und darum zuletzt gleichgültig wäre, darum wäre, was lebt, doch Ausfluß der Schöpfung, käme jeder Mensch von Gott und hätte darum die Pflicht, Gott in sich und um sich durch sein Wirken zu erfüllen. So bekannte sich Bismarck zu seiner Braut, zu seinem Christentum und gewann dadurch Johanna, die ihm duldsam und lernend zuhörte, nur um so tiefer.

Wie sollte Johanna auch die letzte Achtung vor ihrem Bräutigam, dessen elegante Weltlichkeit Freunde und Verwandte aus ihrem pietistischen Kreise mit Mißtrauen genug ansahen, gewinnen und für immer erhalten, wenn er nicht mit Takt, aber auch unbedingter Offenheit ihr schon in den ersten Wochen ihrer Gemeinsamkeit zeigte, wer er wirklich war? Bismarck war unter Leiden und Enttäuschung zu seiner eigenen Lebensform, Weltanschauung und Persönlichkeitsbehauptung gereift. Er konnte sich jetzt nicht wieder wandeln. Voll Ritterlichkeit, aus seiner wachsenden Liebe heraus zeigte er Johanna, wie jeder von ihnen seine Selbständigkeit wahren müsse. Und als Johanna, die, selbst eine leidenschaftliche, heiße Seele voll Sehnsucht und Unruhe, einmal gegenüber den Idealen ihrer Umgebung, „eine glatt geschorene, steife, gerade Hecke" werden zu sollen, verzweifelt gestand: „die Zweige wollen sich gar nicht festbinden lassen, sie strecken sich gern soweit in die Welt hinaus, ohne Fesseln, und freuen sich, wenn die Blätter im Winde so recht wild durcheinander rauschen", und von ihren Dornen sprach, da half er ihr bei ihrer Selbsterziehung: sie wollten die Dornen gemeinsam ausreißen, soweit sie störten, aber „Dornen blühen übrigens mitunter recht hübsch, und wenn auf den Deinigen Rosen wachsen, so werden wir sie doch wohl mitunter stehn lassen". Bismarck kannte die wahre menschliche Natur bereits zu gut, als daß er nicht wußte, sie läßt sich in ihrer Grundstruktur nicht ändern, sie muß nur in ihren Anlagen entwickelt werden.

Er zeigte Johanna darum auch, wie seine Anlagen sich nun in der Wirklichkeit, in seinem Berufe, in der Wirtschaft, in der Kreis-

tagsarbeit, in seinem alten Gutshause und inmitten seines seit Generationen den Vorfahren dienenden Gesindes betätigten. Er erzählte der Braut von seiner Deichhauptmannschaft, der Landwehrkontrollversammlung, der Polizeiarbeit, den Pflichten im Kreise, bei der Sparkasse, beim Landrat, als Patrimonialgerichtsherr, beim Feuerlöschwesen und in den politischen Besprechungen. Und immer wieder brachte er ihr den Heimattraum nahe, in den er die Braut nun überführen wollte, indem er von der Elbe und seinen Kämpfen mit dem Eise erzählte. Gegenüber der bisherigen Langeweile in den Deicharbeiten vertrat er die Energie des Kämpfers; selbst bei dem Warten auf das Aufgehen der Elbe konnte er nicht an sich halten. „Wenn die Elbe alle Jahre so langweilig sanftmütig sein will, so würde ich das Kommando über die Fluten niederlegen. Ehe ich träge Pferde reite, gehe ich lieber zu Fuß.“ Er riß in dieser Stimmung, die sein wahres Wesen, seine heroische Art klar ausdrückte, die Braut mit in den Höhenschwung seines Lebens: „In ergebenem Gottvertrauen setze die Sporen ein“, forderte er sie auf, „und laß das wilde Roß des Lebens mit Dir fliegen über Stock und Block, gefaßt darauf, den Hals zu brechen, aber furchtlos, da Du doch einmal scheiden mußt von allem, was Dir auf Erden teuer ist, und doch nicht ewig.“ Hier offenbart sich jenes germanische Heldentum in Bismarck, das „in Stolz und Trauer“ auch immer das tragische ist.

Das Brautpaar wurde sich durch diese Briefe, in denen Bismarck auch über sein bisheriges Leben, seine Berufsänderung, seine Enttäuschung mit Ottilie von Puttkamer-Pansin Kunde gab, innerlich vertraut. Als sie vom 25. März bis 27. April wieder zusammen waren, überwanden sie, auch mit einigen Tränen Johannas über „irrige Zweifel“ an seiner Treue, in stillen Stunden, in denen sie Jean Paul, der Bismarck nicht lag, zusammen lasen, die letzte Scheu voreinander: Bismarck, der im Anschluß an Reinfeld tiefempfundenen Abschied von Kniephof nahm, und Johanna, die ihn mit Herzenshingabe tröstete, waren einander jetzt ganz gewiß. Sie konnten sich fortan knapper und bestimmter schreiben. Bismarck konnte sich nunmehr, da er wußte, in Johannas Liebe die Erfüllung seiner Sehnsucht nach zweisamer Gemeinsamkeit rein und groß für immer gefunden zu haben, wieder der Welt, dem Reiche schaffender Politik, nach dem der Mann in ihm gewaltig drängte, zuwenden und das Glück der Ehe voll Vertrauen sich

entgegenwachsen lassen. Johanna freilich hatte das Letzte hergegeben: sie klappte, als akutes Fieber, wohl Malaria, sie anpackte, Mitte Mai zusammen. Bismarck — bereits in voller politischer Tätigkeit — ließ sich aber von diesem Schreckschuß nicht bezwingen: er drang im Gegensatz zu den allzusehr ins Leid sich ergebenden Eltern der Erkrankten darauf, daß der Wille zur Genesung aufrecht bliebe und alles für die Heilung Notwendige getan würde. Er richtete Johannas matten Mut auf: „Ich glaube nicht, daß es Gottes Wille ist, uns zu trennen, jetzt, ich kann es aus allen Gründen nicht glauben.“ Er warf seine ganze Willensfestigkeit der Krankheit entgegen. Als Johanna gar die Hochzeit im Juli auf den September verschieben wollte, möchte er sie am liebsten sofort heiraten, um sie gesund zu machen. Über so viel kraftvoller Wegklarheit erholte auch Johanna sich, wenngleich langsam. Sie wuchs mehr und mehr in Bismarcks schon im politischen Strome schwimmendes Leben hinein. Als er ihr Mitte Juni von der Hochzeitsreise nach Salzburg und Tirol sprach, als er ihr, sich von den Geschäften in Schönhausen, Berlin, Kniephof loslösend, schrieb: „Jetzt soll das Herz wieder walten und Du in ihm“, da stand auch grenzenlose Vorfreude in Johanna auf, mochten auch ihre Augen von der Krankheit noch glanzlos und ihr Gesicht noch bleich und abgezehrt sein, daß sie sich wie das arme häßliche Entlein im Schilfe verstecken wollte.

Mit Jubel sah Johanna ihrem Bräutigam entgegen. Endlich war der Hochzeitstag da. Die einfache Dorfkirche zu Alt-Kolziglow sah unter ihrem Holzdach am Mittwoch, dem 28. Juli 1847, eine innerlich zusammengehörige Hochzeitsgesellschaft von Freunden und Verwandten um das Paar versammelt, das Pastor Sauer, des Hauses Freund, traute. Bei der schlichten Feier löste Bismarck seine junge Frau symbolisch aus ihrem Freundinnenkreise: er brannte die weiße Rose aus dem von einer Freundin gestickten Brauttaschentuch heraus. Mit dem Bekenntnis im Herzen, das er am 14. Mai 1851 seiner Frau einmal ablegte: „„Ich habe Dich geheiratet, um Dich in Gott und nach dem Bedürfnis meines Herzens zu lieben und um in der fremden Welt eine Stelle für mein Herz zu haben, die all ihre dürren Winde nicht erkälten und an der ich die Wärme des heimatlichen Kaminfeuers finde, an das ich mich dränge, wenn es draußen stürmt und friert; nicht aber, um eine Gesellschaftsfrau für andere zu haben, und ich will Dein Kaminchen hegen und

pflegen und Holz zulegen und pusten, und schützen und schirmen gegen alles Böse und Fremde, denn es gibt nichts, was mir nächst Gottes Barmherzigkeit teurer, lieber und notwendiger ist als Deine Liebe und der heimatliche Herd, der überall auch in der Fremde zwischen uns steht, wenn wir beieinander sind.“ Hans von Kleist-Retzow aber, den Bismarck als Pippin den Kleinen feierte, wies mit seiner Rede auf den Schönhausener neuen „Otto den Sachsen“, den kommenden Schöpfer der ersten deutschen Einheit...

Die Idylle der ersten Lebensfahrt des glücklichen Paares schloß sich an. Verwandte und Freunde wurden auf der Fahrt nach Berlin besucht, Schönhausen flüchtig angeschaut, ehe es vom 11. August bis 6. Oktober auf die eigentliche Hochzeitsreise ging. Johanna hatte bisher außer der pommerschen Heimat nur den Harz und Karlsbad kennengelernt: nun sah sie Dresden mit dem Schauspiel „Kaufmann von Venedig“, die Sächsische Schweiz, das herrlich gelegene Prag und das berauschende Wien mit der Laxenburg und Schönbrunn, fuhr die Donau hinauf nach Linz und ins Salzburgische, erstieg den Schafberg, erlebte den Salzburger Regen, machte Station in Innsbruck, von wo Aigen, Berchtesgaden, der Königssee besucht wurden, und fuhr über den Brenner nach Meran. An der Seite des geliebten Mannes, der mit seinen weltläufigen Augen kühler, aber voller Glück zu Johannas Jubel über die Landschafts- und Kulturschönheiten zuschaute und überall Bekannte traf, obwohl er mit seiner jungen Frau allein sein wollte. Auch in Meran war seine Welt: Graf Bismarck-Bohlen und Albrecht von Roon mit dem jungen Prinzen Friedrich Karl auf der Fahrt nach Venedig. Sie verführten das begeistert aufgenommene junge Paar, nach Venedig mitzureisen; dort traf sich der König Friedrich Wilhelm IV. mit seinem Bruder, dem Prinzen Karl. Bismarck und seine Frau wurden im Theater vom König erkannt, Bismarck selbst zur Tafel befohlen und wegen seiner Haltung im Landtag belobt. Dieser kurze politische Blick in die Zukunft versank aber wieder: die Fahrt ging weiter über Mailand, die oberitalienischen Seen, den Simplon ins Rhônetal und nach Savoyen, über Genf ins Berner Oberland und an den Vierwaldstätter See, durch den Südschwarzwald nach Freiburg und Karlsruhe, über Heidelberg den Rhein abwärts bis Köln. Johanna hatte ihre Gesundheit zurückgewonnen, Bismarck fühlte neue Schaffenslust, als sie ins prächtig erleuchtete Schönhauser Schloß, dessen Lichterglanz die Feuer-

wehr der Nachbarschaft zum Löschen herbeilockte, heimkehrten. Das Glück des kleinen Daseins war gegründet. Die Arbeit des großen Daseins rief wieder.

* *
*

Die Unterbrechung von fast zehn Wochen hatte umfangreiche Anforderungen angesammelt. Bismarck war ja in dem ersten halben Jahr 1847 völlig in das politische Leben eingespannt worden. Hatte es sich zuerst nur um die gesetzgeberische Neuordnung der Patrimonialgerichtsbarkeit, die der König am 19. Dezember 1846 befohlen hatte, mit dem Auskämpfen der Reformvorschläge Bülows und Ludwig von Gerlachs im Auftrage des Kreistages und in Rücksprachen mit dem Justizminister Uhden gehandelt, so war dieser Kampf doch nur das Mittel gewesen, das ihn in die wirkliche Politik führte.

Sie hatte sich nach den Freiheitskriegen um die parlamentarische Idee gesammelt. Zwei Gruppen standen sich seit dem Verfassungsversprechen von 1815 und dem Staatsschuldengesetze gegenüber: hier der König, der keinen Rechtsanspruch auf eine Verfassung, ein Parlament anerkannte und alle Zugeständnisse „konstitutioneller“ Art aus freier „Gnade“ gewähren wollte, weil nur bei ihm die Macht und die Führung des Staates lag, dort der Liberalismus in all seinen Formen mit der Forderung nach Volksvertretung und Volkssouveränität im Parlament, das nicht nur Anleihen, sondern auch Steuern, kurzum alle Gesetze zu bewilligen und die Regierung zur Verantwortung zu ziehen hätte. Zwei Gruppen: Königtum und Parlamentarismus, wie wir heute sehen: zwei blutbestimmte politische Weltanschauungen: die germanische Führeridee und die französische Demokratie! Man sah damals freilich noch nicht so klar. Man war noch in der Zeit und ihren Strömungen befangen, sah im liberalistischen Vorwärtsdrängen nach Parlamentarismus und großdeutscher Einheit, sozialistischer Erfüllung und bürgerlicher Überwindung ständischer Einrichtungen den politischen Idealismus, im konservativen Festhalten am Königtum und seinen Rechten, an der absoluten Regierungsform und den drei Ständen einen reaktionären Besitzmaterialismus, ohne schon in freier Entscheidung über die unserem Volkswesen mögliche und

notwendige politische Form zu einem politischen Eigenleben aus deutschem Blut vorstoßen zu können.

Auch König Friedrich Wilhelm IV. war nicht das schöpferische Genie, das die beiden Gruppen mit einer Großtat politischer Gestaltung hätte bezwingen und überwinden können. Er hielt einerseits an seiner Königsmacht im Gottesgnadensinne fest, kam andererseits zögernd und „aus Gnade“ den Forderungen der liberalen Kräfte entgegen. Er lud im Februar 1847 die Abgeordneten seiner acht Provinziallandtage zu einem Vereinigten Landtage ein, der im April in Berlin zusammentreten und sich in eine Herrenkurie und in eine Kurie der drei Stände — Ritterschaften, Städte, Landgemeinden — gliedern sollte. Er errichtete damit das erste preußische, ja erste deutsche Parlament. Er begann dadurch eine Entwicklung, die unserem deutschen Wesen nicht gemäß war und dann zum Unglück des deutschen Volkes werden mußte, wenn keine große Führerpersönlichkeit die im Wesen des Parlamentarismus liegenden destruktiven Kräfte im Zaume hielt. Deutsches Schicksal war es, daß in der Stunde der Geburt des Parlaments auch die Persönlichkeit erschien, die das Parlament wenigstens drei Jahrzehnte hindurch zügelte und trotz des zersetzenden liberaldemokratischen Parteidenkens die erste deutsche Einheit schuf. Als diese Persönlichkeit nicht mehr am Werke war, begann das Parlament dies Werk der Persönlichkeit wieder zu zerstören ... König Friedrich Wilhelm IV., der ein reines deutsches Blutgefühl in sich trug und Preuße genug war, um die Staatsnotwendigkeiten zu empfinden, zauderte sofort, seinem Gnadengeschenk, dem Parlament, Macht zu verleihen. Das Parlament begann aber, kaum zusammengetreten und sich opportunistisch scheinbar dem Königswillen fügend, den Kampf um die Macht. Es lebte von Anfang an von der Spannung und dem bald ausbrechenden Konflikt zwischen der Krone und der sogenannten Selbstbestimmung des Volkes, dem „Konstitutionalismus“, d. h. dem Machtanspruch des Parlamentarismus. Die Rheinländer — Hansemann, Mevissen, Camphausen — standen den französischen Ideen am nächsten, die Ostpreußen waren die doktrinärsten; Frhr. Georg von Vincke, ein Westfale, sammelte beide in seiner Partei des Rechtes und holte noch außer den nationalen Polen, die grundsätzlich oppositionell waren, manche Abgeordnete aus Schlesien, Sachsen, Brandenburg, Westfalen und Pommern heran. Als die 543 Abgeordneten über die Erweiterung

der ständischen Befugnisse abzustimmen hatten, lehnten nur 70 ab: so gering war die Zahl der wirklich Konservativen; denn selbst die, die glaubten, konservativ zu sein, lebten im Banne der parlamentarischen Idee, verlangten regelmäßige Einberufung, Sicherung und Erweiterung der Rechte des Parlaments und mißtrauten dem König. Schon zeigte sich eine vorrevolutionäre Atmosphäre im Parlament, eine Konfliktsstimmung, die die Gegensätze immer schärfer gegeneinander trieb.

In diese Konfliktsstimmung, die seit der Thronrede vom 11. April wenig positive Arbeit im Vereinigten Landtag, der auch „Reichstag" genannt wurde, zugelassen hatte, geriet der Kämpfer Bismarck, als er am 8. Mai als Nachfolger des erkrankten Abgeordneten von Brauchitsch von der sächsischen Ritterschaft in den Landtag entsandt wurde. Bismarck, dem es um die Sache, d. h. Verteidigung der monarchischen Regierung gegen die Rechtspartei Vinckes, um die Verteidigung des Adels, des ständischen Prinzips gegen den Liberalismus zu tun war, erkannte in den ersten Sitzungen vom 14. und 15. Mai sofort das „unendliche Schwatzen, Breittreten, Zeittotschlagen", „die Dreistigkeit der Redner im Verhältnis zu ihren Fähigkeiten", die „schamlose Selbstgefälligkeit", mit der „sie ihre nichtssagenden Redensarten einer so großen Versammlung aufzudrängen wagen", kurzum den ganzen unsachlichen Parteigeist, der die Regierung, obwohl sie „bei vollständigem Recht" wäre, „stets in der Minderheit" ließe. Er war jetzt in seinem Element: „Die Sache ergreift mich viel mehr, als ich dachte", bekannte er seiner Braut. Er ging mit heißer Leidenschaft zu den Beratungen über den Operationsplan, zu den politischen Abendversammlungen außerhalb des Landtags im Englischen Haus, im Hôtel de Rome, wo bis spät in die Nacht hinein zwischen den gemäßigten Konservativen debattiert wurde.

Als er dann am 17. Mai zum ersten Male im Parlament das Wort ergriff, da ertönte eine Stimme, die alle Abgeordneten aufhorchen ließ, da wurde ein Mann „von mittelalterlicher Ritterlichkeit, die Hand am Schwerte und den Fuß im Bügel" sichtbar. Seine „hohe Gestalt von mächtigem Bau, das dichte Haar kurz geschnitten, das gesund gerötete Antlitz von einem starken blonden Vollbart eingerahmt, die blanken grauen Augen etwas vorstehend", „sprach dann schlicht, mitunter stockend, mit einem scharfen, zuweilen schneidenden, nicht eben angenehmen Klang in der Stimme". Und

was diese Stimme aussagte, war so ganz anders als all das Parteigerede der ringsum sitzenden parlamentarischen Neulinge. Es war schöpferische Politik, die jeden Satz durchpulste. Sie sah nicht das Kleine, nicht den Alltag, sie sah das Große und das Ganze, den gesamten Staat, die geschlossene Volkseinheit inmitten Europas, inmitten der Welt. Der liberale Ostpreuße von Saucken-Tarputschen hatte schwächlich behauptet: nicht aus Nationalhaß, den „ein edles gebildetes Volk wie das preußische nicht kennt", wäre die Begeisterung von 1813 aufgeflammt, sondern für eine Verfassung, für die Freiheit im Innern. Diese ungeschichtliche und tendenziöse Entstellung elementaren Erlebens versetzte Bismarck in Harnisch. Er begann scharf und klar: nur die „Schmach, daß Fremde in unserem Lande geboten", hat die Bewegung von 1813 entfesselt. Das wollten die Abgeordneten nicht hören; sie murrten, riefen laut dazwischen. Da zog Bismarck seelenruhig die Spenersche Zeitung aus der Tasche, las darin, bis der vom König eingesetzte Landtagsmarschall von Rochow die Ruhe wiederhergestellt hatte. Dann hieb er nochmals unbeirrbar in dieselbe Kerbe, mochten die Hörer auch wieder murren: „Es heißt meines Erachtens der Nationalehre einen schlechten Dienst erweisen, wenn man annimmt, daß die Mißhandlung und Erniedrigung, die die Preußen durch einen fremden Gewalthaber erlitten, nicht hinreichend gewesen sind, ihr Blut in Wallung zu bringen und durch den Haß gegen die Fremdlinge alle anderen Gefühle übertäubt werden zu lassen." Kaum waren diese Worte, die im Protokoll gemildert und in Wirklichkeit noch schärfer gewesen waren, gefallen, umbrandete den Redner großer Lärm. Mehrere Abgeordnete meldeten sich aufgeregt zum Wort. Zwei bestritten dem Redner das Recht, über das Wesen einer Bewegung zu urteilen, die er nicht miterlebt hätte. Bismarck hieb sofort zurück: „Ich kann allerdings nicht in Abrede stellen, daß ich zu jener Zeit nicht gelebt habe, und es tat mir stets aufrichtig leid, daß es mir nicht vergönnt gewesen ist, an dieser Bewegung teilzunehmen; ein Bedauern, das vermindert wird durch die Aufklärung, die ich soeben über die damalige Bewegung empfangen habe. Ich habe immer geglaubt, daß die Knechtschaft, gegen die damals gekämpft wurde, im Auslande gelegen habe; soeben bin ich aber belehrt, daß sie im Inlande gelegen hat, und ich bin nicht sehr dankbar für diese Aufklärung." So schallte sein Hohn den Murrern entgegen und stach „in das Wespennest" der Freisinnigen, die sich nicht —

wie er wohl wirklich sich ausgedrückt hatte — sagen lassen wollten, „daß Jemand (das preußische Volk), der von einem Andern (den Franzosen) solange geprügelt wird, bis er sich wehrt, sich daraus kein Verdienst gegen einen Dritten (unsern König) machen kann." Voll Kampfeslust berichtete er am nächsten Tage über den „unerhörten Sturm des Mißfallens", der „das ganze Halloh der Opposition gegen mich" weckte, nach Reinfeld.

Das war keine Jungfernrede eines „Parlamentariers" gewesen, der nur parteimäßig denkt. Die Fanfare des politischen Genies war erklungen. Sofort scharte sich um das jüngste Mitglied des Landtags eine kleine Gruppe von Männern, die nicht aus Parteigründen, sondern aus Weltanschauung zu ihm kamen: Aristokraten, die dem Königtum, dem Autoritätsprinzip und der Herrschaft der Macht die Treue hielten, die wußten, staatliche Führung ist nur möglich, wenn die elementaren Lebensgesetze des Volkes bejaht werden und wenn mit jener Naturgewalt gehandelt wird, die Bismarck von dem Leutnant von 1806 verlangte, der dem feigen General, der seine Festung übergab, eine Kugel vor die Stirn hätte schießen sollen. Die politische Wahrheit erhielt durch Bismarck nun wieder ihre Stimme. Sie ließ sich fortan nicht mehr unterdrücken. Sie empfing auch Zustimmung, selbst aus Süddeutschland, von überallher, wo noch das unangekränkelte Gefühl für das Wesen des Staates lebendig war. „Sie haben den Nagel auf den Kopf getroffen", raunte ihm ein oldenburgischer Staatsrat, ein Kämpfer von 1813, zu, und die Freiburger Zeitung schrieb: Bismarcks Gegner fälschten die historische Wahrheit.

Bismarck gewann nun, „nachdem ich meine Richtung unumwunden ausgesprochen", „einigen Einfluß auf eine große Zahl oder doch einige Abgeordnete der sogenannten Hof-Partei und der sonstigen Ultra-Konservativen von mehreren Provinzen". Er betätigte sich trotz seiner Jugend sofort als ihr Führer und hielt sie „vom Durchgehn und ungeschickten Seitensprüngen" ab. Er fühlte sich sofort verantwortlich für den Kampf zwischen der Krone und der Demokratie, der deutschen Politik und der fremdländischen, aus Frankreichs und Englands Phrasen zusammengebrauten „rheinischen Weinreisenden-Politik". Am 1. Juni hatte er, nachdem er sich „über die lügnerische, verläumderische Unredlichkeit der Opposition gallsüchtig" geärgert hatte, endlich Gelegenheit, seinen grundsätzlichen Standpunkt zum Königtum und Parlamentarismus

darzulegen. Nach „alter preußischer Volksmeinung“ galt ihm „ein Königswort mehr als ein Deuteln und Drehen an den Buchstaben der Gesetze“. Auch „Parallelen mit dem Auslande haben immer etwas Mißliches“, nun gar schon der Hinweis auf 1688 in England — und Bismarck bat höhnisch um Nachsicht, daß er „wieder über ein Faktum spreche, das er nicht selbst erlebt habe“ —: damals hatte ein Volk eine Krone zu vergeben, jetzt aber in Preußen hätte die Krone „von Gottes Gnaden“ „freiwillig“ einen Teil ihrer Rechte dem Volke verliehen. So habe der König, der allein eine authentische, rechtsverbindliche Deklaration abgeben könne, „nach dem Rechstbewußtsein unseres Volkes“ mit dem Erlaß vom 3. Februar den ersten Vereinigten Landtag einberufen, und niemand hätte das Recht, nun durch eine Petition den König und seine Regierung zu einer Verpflichtung der Periodizität des Landtags zu drängen, zumal die nächste Wiederkehr der Versammlung bereits gesichert wäre. „Wenn ich 10 Jahre zurückblicke“, so schloß Bismarck, „und das, was im Jahre 1837 gesprochen und geschrieben wurde, mit dem vergleiche, was jetzt hier von den Stufen des Thrones dem ganzen Volke zugerufen wird, so glaube ich, haben wir vielen Grund zum Vertrauen in die Absichten Seiner Majestät!“ So trat er, den weiteren Ausbau der Verfassung von oben, vom König her bejahend, vor seinen König, weil er wußte, die Politik der Liberalen mußte die Monarchie gefährden, wie sie 1918 das Kaiserreich zerstört hat. In ihm war das Staatsgefühl lebendig, aus dem heraus die Hohenzollern und ihre Mitarbeiter, der Große Kurfürst, Friedrich der Große Preußen geschaffen hatten. In diesem Staatsgefühl war er Preuße, Monarchist, Aristokrat, bejahte er das Autoritäts- und Machtprinzip.

Er warf dem uneinsichtigen Parlament noch zweimal den Fehdehandschuh unter dem Beifall seiner Freunde, Standes- und Gesinnungsgenossen hin: am 7. Juni, als die Mehrheit unerhörterweise die Anleihe für den Bau der so notwendigen Ostbahn Berlin—Königsberg, für deren Bewilligung der „Reichstag“ eigens einberufen war, nur deswegen ablehnte, weil sie sich für die Genehmigung aus „grundsätzlichen Verfassungsbedenken“ nicht für befugt hielt, und am 15. Juni, als die Liberalen den Juden die volle Emanzipation, d. h. auch das Recht auf Bekleidung von Staats- und Gemeindeämtern mit obrigkeitlicher Autorität gewähren wollten. Bismarck war von der Nützlichkeit der Ostbahn zur „Konso-

lidierung unserer politischen und militärischen Verhältnisse“ überzeugt und brandmarkte das Bestreben der Parlamentsmehrheit, für die Anleihebewilligung politische Konzessionen von der Regierung zu erzwingen, mit Recht als Erpressung. In der Judenfrage nahm er ebenfalls eine eindeutige Stellung ein; man spürt seiner Rede das sichere Rassegefühl an, wenn er es auch noch nicht auszudrücken vermochte und seine Ablehnung der liberalen Wünsche in zeitgebundene Worte faßte. Aber der Sarkasmus, der in vielen Sätzen mitschwang, zeigte seine Einschätzung der Juden, denen er „in einem christlichen Staat“ kein obrigkeitliches Amt einräumen könnte. Der Staat wäre dazu da, „die Lehre des Christentums zu realisieren“. Diesem Staatszweck „mit Hilfe der Juden“ näher kommen zu können, vermochte er nicht zu glauben. Er müßte die „vagen und wandelbaren Begriffe von Humanität“ ablehnen und könnte sich „als Repräsentanten der geheiligten Majestät des Königs gegenüber“ keinen Juden denken, dem er gehorchen sollte, ohne in seinem Ehrgefühl getroffen zu sein. „Warum es den Juden nicht gelungen ist, in vielen Jahrhunderten sich die Sympathie der Bevölkerung in höherem Grade zu verschaffen“, wollte er nicht genau untersuchen, da er es jezt mit den Juden der Gegenwart zu tun hätte. Da brauchte er nur auf den jüdischen Wucher hinzuweisen: „von einem ähnlichen christlichen Wucher habe ich, wenigstens in meiner Praxis, noch nie gehört!“ Die Juden ließen ja selbst nicht „von der Starrheit ihrer Gebräuche“. Er müßte den Gesetzesvorschlag ablehnen und mit ihm den Hinweis „auf das nachahmenswerte Beispiel von England und Frankreich“. „Den Herren, die so gern ihre Ideale jenseits der Vogesen suchen“, empfahl er „eins zur Richtschnur, was den Engländer und Franzosen auszeichnet: das ist das stolze Gefühl der Nationalehre, welches sich nicht so leicht und so häufig dazu hergibt, nachahmenswerte und bewunderte Vorbilder im Ausland zu suchen, wie es hier bei uns geschieht!“

Als Ritter ohne Furcht und Tadel trat Bismarck in diesen Reden und einigen andern kleinen Plänkeleien bei seinem ersten parlamentarischen Wirken vor das deutsche Volk. Er gab klare Auskunft in zwei Lebensfragen, deren Schicksalsbedeutung wir in unserem Zeitalter erlebt haben: Wie soll regiert werden, mit dem Führerprinzip oder parlamentarisch? Soll der Jude Einfluß auf

das Volk erhalten oder nicht? Beide Fragen beantwortet Bismarck aus seinem Gewissen heraus: aus dem deutschen Gewissen heraus!

Er konnte auf die sieben Wochen seiner ersten öffentlichen politischen Tätigkeit, die mit dem am 26. Juni ungnädig vom König nach Hause geschickten und sachlich so ergebnislosen Landtage für das Jahr 1847 vorerst endete, mit Genugtuung zurückblicken. Er war sich nicht untreu geworden, hatte gelernt, war ein politischer Faktor im Leben der Nation geworden, den die einen als sturen Junker und schamlosen Judenfeind begeiferten, die andern aber als den kommenden Staatsmann erkannten, wie beim Empfang der konservativen Abgeordneten am 20. Juni in Potsdam, wo er „von den hohen Herrschaften sehr verzogen wurde".

Bismarck ließ auch, obwohl er nun nach Pommern zu seiner Hochzeit eilte und für drei Monate von Berlin abwesend blieb, in seiner zielgerechten politischen Arbeit nicht nach: er beteiligte sich aktiv an dem Ausschuß, der eine ständische, konservative Zeitung vorzubereiten hatte, und versandte noch im Juli Programme und Einladungen dafür. Er mühte sich schon um die werdende konservative Partei und verhandelte bei den Vorschlägen für die Reform der Patrimonialgerichtsbarkeit weiter, die freilich schließlich unterblieb. Als er im Herbst heimgekommen war, fesselten ihn wohl zunächst die Bewirtschaftung seiner Güter und die Verwaltung der Deichhauptmannschaft. Die mit dem König in Venedig fortgesponnenen Beziehungen wurden durch eine Einladung ins Berliner Schloß im Januar weiter gepflegt. Ebenso wurden auch die politischen Fäden mit den Freunden, mit Herrn von Werdeck für die konservative Zeitung daheim und in Berlin fortgesponnen. Er war aber gleichwohl noch nicht so eng im politischen Kampf der Stunde eingefangen, daß er den Frühjahrssturm von 1848 voraussah: die Pariser Februarrevolution kam ihm ebenso wie die Berliner Märzrevolution „sehr unerwartet". Er war aber, wie wenige, innerlich gerüstet für den Kampf, der nun ausbrach.

FÜNFTES KAPITEL

Das Revolutionsjahr 1848

Der Ausbruch der deutschen, der Berliner Revolution kam von außen: der Pariser 24. Februar zündete über die deutsch-französische Grenze hinüber. In Mannheim forderte eine badische Volksversammlung am 27. Februar Pressefreiheit, Deutsches Recht, Volksbewaffnung und ein Deutsches Parlament; Württemberg, Hessen und Nassau schlossen sich an. Erste Zusammenstöße mit Regierungstruppen folgten. Der Bundestag in Frankfurt a. Main wollte die Kraft des Aufruhrs für das große nationale Ziel, die deutsche Reichseinheit, nutzbar machen und erhob unter Aufhebung der Zensur die schwarz-rot-goldene Fahne zur Bundesflagge.

Die Bewegung brandete schon im März über die Ufer der durch die Heilige Allianz ein Menschenalter hindurch gewaltsam eingezwängten Willensströmung des Volkes, das seine Freiheit und seine Einheit mit Recht von den absolutistischen Mächten fordern konnte. Es war nicht das Volk, das in Wien aufstand, Metternich vertrieb und die Reaktion zur Flucht zwang; es war auch nicht das Volk, das am 18. März in Berlin vor das Schloß zog und den König zwang, alle Truppen aus der Stadt zurückzunehmen! Es waren vielmehr, wie alle Augenzeugen berichteten, verantwortungslose Elemente, Kommunisten, Vaterlandslose und Ausländer, die glaubten, ihre Stunde wäre gekommen. Volksrecht und Königsrecht, Volkssehnen und Königswille standen in der Sache selbst nicht so weit auseinander. Wünschte König Friedrich Wilhelm IV. nicht auch die deutsche Einheit? Wollte er dem Volk nicht auch eine Verfassung, also die „Freiheit", allerdings aus seiner Machtvollkommenheit, geben? Die Spannung, die zwischen Volk und Thron bestand, war nur durch das verschiedene Zeitmaß verursacht: der

König zauderte, ging Schritt vor Schritt vor, die Demokraten wollten nicht mehr warten und jetzt, aufgestachelt durch das Pariser Beispiel, im Sturme erobern, was sie allmählich auch erreicht hätten. Die Königsmacht, vertreten durch Adel und Heer, konnte sich der Gewalt der Straße nicht beugen, wollte sie nur den geringsten Führungsanspruch wahren. Deshalb trat General von Prittwitz mit den Truppen den Barrikadenkämpfern entgegen: erfolgreich! Der Romantiker auf dem Throne fürchtete aber jedes Blutvergießen. Er schickte die Truppen vor die Tore von Berlin und unternahm sogar am 21. Mai in Begleitung von Prinzen, Generalen, Ministern und Bürgern, mit schwarz-rot-goldenen Fahnen einen Umritt durch die Stadt, überall umjubelt, und ließ sich zu dem Programm an die Bürgerwehr, die Professoren, die Stadtverordneten hinreißen: „Ich trage die Farben, die nicht mein sind. Aber ich will damit nicht usurpieren; ich will keine Krone, keine Herrschaft, ich will Deutschlands Freiheit, Deutschlands Einheit, ich will Ordnung, das schwöre ich zu Gott."

Bismarck hatte „die erste Kunde von den Ereignissen des 18. und 19. März" im Hause seines Gutsnachbarn, des Grafen von Wartensleben auf Karow, „zu dem sich Berliner Damen geflüchtet hatten", erhalten. Während am 1. März seine erste Reaktion auf „die allerdings sehr unerwarteten Nachrichten aus Frankreich" den Gedanken weckte, es könne Krieg wie 1792 geben, war er jetzt „im ersten Augenblick" „für die politische Tragweite der Vorgänge nicht so empfänglich wie für die Erbitterung über die Ermordung unsrer Soldaten in den Straßen". Sein heldisches Wesen empörte sich gegen die Untaten des Straßenpöbels. „Politisch, dachte ich, würde der König bald Herr der Sache werden, wenn er nur frei wäre; ich sah die nächste Aufgabe in der Befreiung des Königs, der in der Gewalt der Aufständischen sein sollte." Er holte die Bauern, denen er am 20. März die Vertreibung der Tangermünder Städter mit der schwarz-rot-goldenen Fahne aus dem Dorfe erfolgreich anempfahl, zusammen, bewaffnete sie und fand sie „eifrig bereit, dem Könige nach Berlin zu Hilfe zu ziehen". Sein nächster Nachbar, der ehemalige Magdeburger Stadtrat Gärtner, der von seinen Eltern vor etwa zehn Jahren die Hälfte von Schönhausen gekauft hatte, „sympathisierte freilich mit der Berliner Bewegung, warf mir vor, eine Brandfackel in das Land zu schleudern, und erklärte, wenn die Bauern sich wirklich zum Abmarsch anschicken sollten,

so werde er auftreten und abwiegeln. Ich erwiderte: ‚Sie kennen mich als einen ruhigen Mann, aber wenn Sie das tun, so schieße ich Sie nieder.' — ‚Das werden Sie nicht', meinte er. — ‚Ich gebe mein Ehrenwort darauf', versetzte ich, ‚und Sie wissen, daß ich das halte, also lassen Sie das.'"

Bismarck trat der Revolution als Mann der Tat entgegen. Er ließ sich auf einen Ideenkampf und auf intellektuelle Auseinandersetzungen nicht ein. Er stand auf dem festen Grunde seines monarchischen Preußentums, er war Realist. Deutschland lag für ihn noch im weiten Felde. Wenn es aber jetzt schon gegründet werden sollte, dann konnte die Reichseinheit nur mit fester Autorität, mit der Königsmacht erreicht werden. Die Königsmacht mußte darum auch in diesem Zusammenhange gewahrt bleiben: ihr Sieg über den Aufruhr allein hätte Deutschland nach der Proklamation des Königs vom 18. März unter Preußens Führung neu ordnen können. Diese Ansicht vertrat auch Bismarck. Die Königsmacht wich leider vor dem Aufruhr zurück. Die Rolle König Friedrich Wilhelms IV. als Führer des Reiches war damit ausgespielt. Der König war kein Kämpfer.

Bismarck aber war Kämpfer. Es hielt ihn nicht in Schönhausen. Er eilte zu seinem König. Nach Potsdam, gerade an dem Tage, da der König in Berlin seine Proklamation: „an die deutsche Nation" erließ und den schwarz-rot-goldenen Farben folgte! Bismarck ergriff die Initiative der Tat, eilte zu den Soldaten, in das Biwak der Gardeinfanterie auf der Plantage an der Potsdamer Garnisonkirche, versicherte sich ihrer Stimmung, stieg bei Major Albrecht von Roon im Stadtschloß, der von der Revolution bei der Auflösung des Bonner Haushalts seines von ihm betreuten Prinzen Friedrich Karl auch überrascht worden war, ab, ging zu den Generalen von Möllendorff, der von den Aufständischen mißhandelt worden war, und Prittwitz, der in Berlin gekämpft hatte, unterrichtete sich über des Königs Unfreiheit, bot seine Bauern zur Befreiung an und suchte dann, als Prittwitz „ohne Befehl" nicht angreifen zu können glaubte, in Berlin einen Befehl vom König zu holen. Der Prinz von Preußen sollte ihm dazu verhelfen, war aber — da er vor der Wut der Aufständischen auf die Pfaueninsel geschickt worden war — nicht zu finden. Seine Frau, die Prinzessin Augusta, dachte schon an die Abdankung des Königs sowie ihres Gatten und an die Regentschaft für ihren Sohn. Bismarck wies einen Antrag Vinckes um

Mithilfe in dieser Richtung als Hochverrat zurück, eilte zu Prinz Friedrich Karl, erhielt von dessen Vater eine Legitimation für eine Audienz beim König, fuhr in Verkleidung mit abgeschorenem Bart, breitem, kokardengeschmücktem Hut und im Frack nach Berlin, konnte aber zum König nicht durchdringen. So „schrieb ich dem Könige, was ich ihm zu sagen beabsichtigt hatte“, und beförderte den Brief durch den Fürsten Boguslav Radziwill. „Es stand darin unter anderm, die Revolution beschränke sich auf die großen Städte und der König sei Herr im Lande, sobald er Berlin verlasse. Der König antwortete nicht, hat mir aber später gesagt, er habe den auf schlechtem Papier schlecht geschriebenen Brief als das erste Zeichen von Sympathie, das er damals erhalten, sorgfältig aufbewahrt.“

Bismarck übersah sofort die Lage: nur der Pöbel in den großen Städten war revolutioniert, das Land aber königstreu. Er erkannte die Sinn- und Erfolglosigkeit dieser Revolution und wartete nur auf die Stunde, um eingreifen zu können, nachdem die Generale Möllendorff und Prittwitz auch seiner nochmaligen Aufforderung, ohne Befehl zu handeln, nicht nachkamen, weil wohl General Wrangel in Stettin mitmachen wollte, aber General Hedemann in Magdeburg, den Bismarck aufsuchte, nicht zu gewinnen war. Bei Gelegenheit der Vorführung einer Deputation seiner Schönhauser Bauern, die ihn wegen Aufgabe des bewaffneten Marsches schon für „angesteckt von dem revolutionären Schwindel“ hielten, erlebte er, wie die Offiziere bei den Worten des Königs „Ich bin niemals freier und sicherer gewesen als unter dem Schutze meiner Bürger“ murrten und mit den Säbelscheiden auf den Boden des Marmorsaales im Potsdamer Schloß stießen. Zu einer antirevolutionären Tat waren die Offiziere allerdings auch nicht zu bringen.

Bismarck mußte sich in den Lauf der Dinge, in den Friedenswillen des Königs fügen. Das Ministerium seines Aachener Chefs Arnim-Boitzenburg regierte nach dem Rücktritt des Ministeriums Bodelschwingh am 19. März nur zehn Tage und wurde durch das vollständig liberale Ministerium Camphausen — Hansemann — Schwerin — Auerswald ersetzt, das Bismarcks Zustimmung nicht finden konnte. Wo immer es dem Abgeordneten im zweiten Vereinigten Landtage, den der König erst am 14. März auf den 27. April, dann am 18. März auf den 2. April zur Beratung eines Wahlgesetzes für eine verfassunggebende preußische Nationalversamm-

lung sowie der Grundlagen der künftigen Verfassung einberufen hatte, möglich war zu widersprechen, sprang er mit offenem Mute vor. Als der Fürst Lichnowsky, der „abwechselnd oben im Schlosse einschüchternde Nachrichten über Schwäche der Truppen, Mangel an Lebensmitteln und Munition verbreitet und unten auf dem Platze den Aufständischen deutsch und polnisch zugeredet hatte, auszuhalten, oben habe man den Mut verloren", mit charakterloser Liebedienerei eine Dankadresse an den König für dessen Erlasse beantragte, protestierte Bismarck. „Die Vergangenheit ist begraben, und ich bedaure es schmerzlicher als viele von Ihnen, daß keine menschliche Macht imstande ist, sie wieder zu erwecken, nachdem die Krone selbst die Erde auf ihren Sarg geworfen hat." Aber er könne nicht „aus dem Vereinigten Landtage mit der Lüge scheiden, daß er für das danken und sich über das freuen solle, was er mindestens für einen irrtümlichen Weg halten müsse". „Wenn es wirklich gelingt", schloß er, „auf dem neuen Wege, der jetzt eingeschlagen ist, ein einiges deutsches Vaterland, einen glücklichen oder auch nur gesetzmäßig geordneten Zustand zu erlangen, dann wird der Augenblick gekommen sein, wo ich dem Urheber der neuen Ordnung der Dinge meinen Dank aussprechen kann; jetzt aber ist es mir nicht möglich." Er wollte noch mehr sagen, „war aber durch innere Bewegung in die Unmöglichkeit versetzt, weiter zu sprechen und verfiel in einen Weinkrampf, der mich zwang, die Tribüne zu verlassen". Er wollte mit diesem Protest nicht, wie er tags darauf seiner Frau schrieb, „unter der Kategorie einiger feiler Bürokraten begriffen werden, die ihren Mantel mit verächtlicher Schamlosigkeit nach dem Winde drehten; der Eindruck davon war jämmerlich, während selbst meine eifrigsten Gegner mir nach meiner Erklärung mit erhöhter Wärme die Hand drückten . . ." Er stellte damals schon an der eingetretenen Ruhe in der Stadt eine unverkennbare Reaktion zum Bessern in den Gemütern fest, ohne freilich besondere Hoffnungen daran knüpfen zu können.

Die Führung der auswärtigen Politik, die durch Dänemarks Einverleibung der Schleswig-Holsteinischen Herzogtümer und den Einmarsch preußischer Truppen unter Wrangel sowie das Verhalten der Polen zu besonderer Kräfteanspannung berufen war, rief Bismarcks Wachsamkeit auf: der „phaetonische Flug der preußischen Politik" müsse Besorgnis erwecken. In der Erklärung des Ministers von Auerswald vermißte er „die dreiste Berührung einer

der tiefsten Wunden, die der Ruhe Preußens geschlagen sind": „die polnisch-nationale Entwicklung des Großherzogtums Posen, welche die Regierung sich zur Aufgabe gestellt zu haben scheint". Als er die beiden Alternativen, die die Reorganisation der polnischen Nationalität in Aussicht stellte — „die beide für Preußen gleich traurig sind": „die Wiederherstellung eines polnischen Reiches in den Grenzen vom Jahre 1772" und ... — ausführen wollte, wurde er vom Minister an weiteren Darlegungen verhindert. Er äußerte sich aber in einer Zuschrift an die „Magdeburgische Zeitung" und brieflich in einer für alle Zeiten gültigen Weise zur deutsch-polnischen Frage. „Es ist recht merkwürdig", schrieb er seiner Frau am 3. April, nachdem er am Abend zuvor eine Versammlung im Milensschen Saale, „wo mit vielem Anstande über die polnische Frage debattiert, recht gute Reden gehalten und im Ganzen die Stimmung sich gegen die Polen zu wenden schien", besucht hatte, „wie der Berliner in der gutmütigen Einfalt seines Enthusiasmus für alles Ausländische sich jemals einbilden konnte, die Polen könnten etwas Andres als unsere Feinde sein, so lange sie nicht in den vollen Gränzen von 1772 mit Westpreußen und allem Zubehör gewesen wären." Und der „Magdeburgischen Zeitung", die damals zur Veröffentlichung freilich zu feige war und erst 38 Jahre später am 5. Januar 1886 anläßlich des Ansiedlungswerkes den Abdruck vornahm, schrieb er:

„Die Berliner haben die Polen mit ihrem Blute befreit und sie dann eigenhändig im Triumph durch die Stadt gezogen. Zum Dank dafür standen die Befreiten bald darauf an der Spitze von Banden, welche die deutschen Einwohner einer preußischen Provinz mit Plünderung und Mord, mit Niedermetzelung und barbarischer Verstümmelung von Weibern und Kindern heimsuchten. So hat deutscher Enthusiasmus wieder einmal zum eigenen Schaden fremde Kastanien aus dem Feuer geholt. Ich hätte es erklärlich gefunden, wenn der erste Aufschwung deutscher Kraft und Einheit sich damit Luft gemacht hätte, Frankreich das Elsaß abzufordern und die deutsche Fahne auf den Dom von Straßburg zu pflanzen. Aber es ist mehr als deutsche Gutmütigkeit, wenn wir uns mit der Ritterlichkeit von Romanhelden vor allem dafür begeistern wollen, daß deutschen Staaten das letzte von dem entzogen wurde, was deutsche Waffen im Laufe der Jahrhunderte in Polen und Italien gewonnen hatten. Das will man jubelnd verschenken einer schwär-

merischen Theorie zuliebe, einer Theorie, die uns eben so gut dahin führen muß, aus unseren südöstlichen Grenzbezirken in Steiermark und Illyrien ein neues Slavenreich zu bilden, das italienische Tirol den Venezianern zurückzugeben und aus Mähren und Böhmen bis in die Mitte Deutschlands ein unabhängiges Tschechenreich zu machen.

Eine nationale Entwicklung des polnischen Elements in Posen kann kein anderes vernünftiges Ziel haben als das, der Herstellung eines unabhängigen polnischen Reichs zur Vorbereitung zu dienen. Man kann Polen in seinen Grenzen von 1772 herstellen wollen (wie die Polen selbst es hoffen, wenn sie es auch noch verschweigen), ihm ganz Polen, Westpreußen und Ermeland wieder geben; dann würden Preußens beste Sehnen durchschnitten und Millionen Deutscher der polnischen Willkür überantwortet sein, um einen unsicheren Verbündeten zu gewinnen, der lüstern auf jede Verlegenheit Deutschlands wartet, um Ostpreußen, Polnisch-Schlesien, die polnischen Bezirke von Pommern für sich zu gewinnen. Andererseits kann eine Wiederherstellung Polens in einem geringeren Umfange beabsichtigt werden, etwa so, daß Preußen zu diesem neuen Reich nur den entschieden polnischen Teil des Großherzogtums Posen hergäbe. In diesem Falle kann nur der, welcher die Polen gar nicht kennt, daran zweifeln, daß sie unsere geschworenen Feinde bleiben würden.

Wie kann aber ein Deutscher weinerlichem Mitgefühl und unpraktischen Theorien zuliebe dafür schwärmen, dem Vaterlande in nächster Nähe einen rastlosen Feind zu schaffen, der stets bemüht sein wird, die fieberhafte Unruhe seines Innern durch Kriege abzuleiten und uns bei jeder westlichen Verwickelung in den Rücken zu fallen, der viel gieriger nach Eroberung auf unsere Kosten sein wird und muß als der russische Kaiser."

Bismarck mußte folgerichtig den nach der Provinz Posen entsandten Spezialkommissar General von Willisen ablehnen, der sein „Reorganisationswerk", die Provinzialverwaltung fortan durch „Eingeborene" vornehmen lassen wollte. Diese Politik mußte er als „die bedauerlichste Donquichotterie, die je ein Staat zu seiner und seiner Angehörigen Verderben begangen hat", charakterisieren, indem er mit Recht die „bis zur Verruchtheit törichte" Haltung tadelte, in der Willisen in einer „pomphaften Erklärung sich rühmte", den deutsch-polnischen Gegensatz „friedlich gelöst zu

haben", während „in den Blättern gleichzeitig der klagende Hilferuf von Behörden und Privatleuten erscheint, die fortdauernd von Totschlag und Plünderung der Deutschen und bewaffneten Konflikten mit dem Militär zeugen".

Der Monarchist, der Preuße und Deutsche Bismarck, der über die völkischen Besitztümer völlig unterrichtet war, stand auf der Wacht. Er ließ keinerlei Unsauberkeit zu. Als der Finanzminister den Landtag noch kurz vor Sitzungsschluß am 10. April „unter dem Einfluß der Angst vor den Dingen, die noch kommen könnten, und gegen die innere Überzeugung der Majorität" zur Bewilligung von 40 Millionen Talern verführte, protestierte Bismarck gegen das „leitende System der Finanzen", das „die Zustände unseres Vaterlandes mehr durch die Brille des Industrialismus auffaßt, als mit dem klaren Auge des Staatsmannes, der alle Interessen des Landes mit der gleichen Unparteilichkeit überblickt". Bismarck konnte nur den fünfzehn Millionen für die Mobilmachung der Armee zustimmen, nicht aber den fünfundzwanzig Millionen für die Unterstützung der bereits an Überproduktion leidenden Industrie. Der Verstärkung der Macht durch die Armee kam seine Zustimmung ohne weiteres zu Hilfe!

Er trauerte darum seiner Nichtwahl zur verfassunggebenden preußischen Nationalversammlung, die an Stelle des am 10. April endgültig geschlossenen Vereinigten Landtags trat, nicht nach, wenngleich es ihm „Gewissenssache" war, sich „mit allem Nachdruck um die Wahl zu bewerben". Er kämpfte auf seine Weise weiter für das Recht des Königs, indem er „politische Ansichten durch Volksaufregung zu unterstützen" suchte. Er wurde Agitator und Journalist, ja schließlich die treibende Kraft für die Niederschlagung der Revolution bei erster sich bietender Gelegenheit. Auf dies Ziel legte er seine ganze politische Arbeit in den Monaten seit Juni an, nachdem er am 9. Mai zusammen mit Graf Wartensleben General von Prittwitz — vergeblich — aufgefordert hatte, eine „genaue und mit Beweisstücken versehene Darstellung der Berliner Ereignisse nach militärischen Quellen" der Öffentlichkeit zu übergeben, um dadurch die politische Stimmung der Bevölkerung aufzuklären: „für das Wohl des Landes und für die richtige Würdigung der Armee". Als er sah, daß niemand zupackte, trat er in die Bresche: beim König wie in der Öffentlichkeit.

Der König hatte gesehen, wie uneigennützig Bismarck für das Recht und die Macht der Krone stritt. Als er am 20. Juni von seiner Anwesenheit in Potsdam hörte, ließ er ihn durch einen Leibjäger wissen, er wünsche ihn zu sprechen. Bismarck war aber wegen der Nachgiebigkeit des Königs, den der am 19. März abgedankte Minister von Bodelschwingh einen „Seiltänzer" genannt hatte, und darüber empört, daß Berlin noch immer von einem aufrührerischen Haufen, der in der Nacht vom 15. bis 16. Juni sogar das Zeughaus stürmte, um die dort lagernden Waffen an sich zu reißen, und die Siegeszeichen in dem Museum entehrte, beherrscht wurde, in „frondierender Gemütsstimmung". Er lehnte den Befehl des Königs mit Hinweis auf den Gesundheitszustand seiner Frau, die ihr erstes Kind erwartete, ab. Der König aber wiederholte durch seinen Flügeladjutanten Edwin von Manteuffel seine Aufforderung in Form einer Einladung zur Tafel und stellte einen Feldjäger zur Benachrichtigung seiner Frau zur Verfügung. Da mußte Bismarck sich nach Sanssouci begeben. „Die Tischgesellschaft war sehr klein", erzählte der Greis in seinen „Gedanken und Erinnerungen", „enthielt, wenn ich mich recht erinnre, außer den Damen und Herrn vom Dienste nur Camphausen und mich. Nach der Tafel führte der König mich auf die Terrasse und fragte freundlich: ‚Wie geht es Ihnen?' In der Gereiztheit, die ich seit den Märztagen in mir trug, antwortete ich: ‚Schlecht.' Darauf der König: ‚Ich denke, die Stimmung ist gut bei Ihnen.' Darauf ich, unter dem Eindrucke von Anordnungen, deren Inhalt mir nicht erinnerlich ist: ‚Die Stimmung war sehr gut, aber seit die Revolution uns von den Königlichen Behörden unter königlichem Stempel eingeimpft worden, ist sie schlecht geworden. Das Vertrauen zu dem Beistande des Königs fehlt.' In dem Augenblicke trat die Königin hinter einem Gebüsch hervor und sagte: ‚Wie können Sie so zu dem Könige sprechen?' — ‚Laß mich nur, Elise', versetzte der König, ‚ich werde schon mit ihm fertig werden', und dann zu mir gewandt: ‚Was werfen Sie mir denn eigentlich vor?' — ‚Die Räumung Berlins.' — ‚Die habe ich nicht gewollt', erwiderte der König. Und die Königin, die noch in Gehörweite geblieben war, setzte hinzu: ‚Daran ist der König ganz unschuldig, er hatte seit drei Tagen nicht geschlafen.' — ‚Ein König muß schlafen können', versetzte ich. Unbeirrt durch diese schroffe Äußerung sagte der König: ‚Man ist immer klüger, wenn man vom Rathause kommt; was wäre denn damit gewon-

nen, daß ich zugäbe, ‚wie ein Esel‘ gehandelt zu haben? Vorwürfe sind nicht das Mittel, einen umgestürzten Thron wieder aufzurichten, dazu bedarf ich des Beistandes und tätiger Hingebung, nicht der Kritik.‘ Die Güte, mit der er dies und Ähnliches sagte, überwältigte mich. Ich war gekommen in der Stimmung eines Frondeurs, dem es ganz recht sein würde, ungnädig weggeschickt zu werden, und ging, vollständig entwaffnet und gewonnen.“ Bismarck vertrat gegenüber dem formellen Rechtsstandpunkt des Königs entschieden die Ansicht, der König wäre Herr im Lande und besitze die Macht, die bedrohte Ordnung wiederherzustellen. Die preußische Nationalversammlung, auch das „Tagelöhnerparlament“ genannt, konnte ihm nicht imponieren. Er pflegte seine Beziehung zum König nach dieser ersten Aussprache sorgsam weiter und bestärkte Friedrich Wilhelm IV. unaufhörlich in der ablehnenden Haltung gegenüber der Nationalversammlung, zeigte, wie die Politik der aufeinanderfolgenden Ministerien Camphausen, Hansemann, Pfuel mehr und mehr den ländlichen Grundbesitz schädigte, um den Städten und dem Zeitgeist zu schmeicheln, kämpfte mit einer Eingabe an den König gegen die Grundsteuererhöhung, die unentgeltliche Aufhebung geldwerter Privatrechte und den erwarteten Angriff auf das Vermögen der zu Grundrenten Berechtigten, schrieb Petitionen gegen „die rechtlichen Gewalttaten der Minister gegenüber einer wehrlosen, aber seit Jahrhunderten treuen Klasse von Untertanen“, indem er die Bauern und Rittergutsbesitzer gleichstellte, in dem klaren Wissen, daß nur ein gesunder Bauern- und Gutsherrnstand einen gesunden Staat garantieren kann. Er forderte seine Freunde, Verwandten und Gesinnungsgenossen wiederholt zu Deputationen und Eingaben an den König auf, in denen die Treue zum Monarchen und praktische Dienste angeboten wurden. Er legte gemeinsam mit der engeren Umgebung des Königs, dem General Leopold von Gerlach, dem klugen und praktisch wegweisenden Bruder des Magdeburger Präsidenten Ludwig von Gerlach, dem tatkräftigen General von Rauch und dem Kabinettsrat Niebuhr die Minen, die im Herbst den ganzen revolutionären Spuk auseinandersprengen sollten. Eine Sommerpause schob sich dazwischen: auch sie nutzte er mit seiner Reise nach Reinfeld und zu den pommerschen Freunden für seine politischen Pläne. Und selbst als Frau Johanna ihm am 21. August zu Schönhausen „ein gesundes, wohlgebildetes Mädchen“ (am

1. Oktober Marie getauft) schenkte, wechselte er „den ganzen Tag, wie Schillers Johanniterritter zwischen politischen Kämpfen und Plänen am Schreibtisch und der Wärterschürze am Krankenbett".

Bismarck ließ sich als Berater des Königs, mochte es sich nun um Besprechungen für die Ministerberufungen oder um Abwehr von Übergriffen der Nationalversammlung handeln, keine Gelegenheit entgehen, um auf die endgültige Abrechnung mit den Demokraten, den „Polen, Frankfurter Bummlern, Freischärlern, allem möglichen Gesindel" energisch zu dringen. Er nutzte auch seine publizistische Tätigkeit dazu, die er nun in einem eigenen Blatte durchführen konnte, denn gemeinsam mit Kleist-Retzow, Below-Hohendorf, Puttkamer-Reinfeld, Bülow-Cummerow und andern, die mit ihm in dem Ende Juni gegründeten „Verein zum Schutze des Eigentums" für die Rechte der Rittergüter fochten, gründete er als Mitglied des dafür eingesetzten Dreier-Ausschusses die „Neue Preußische Zeitung", die mit dem Eisernen Kreuz in ihrem Titel (daher „Kreuzzeitung") seit dem 1. Juli unter der Hauptschriftleitung seines gleichaltrigen Studiengenossen und Freundes, des Assessors Hermann Wagener, erschien. Er hatte am 9. Juni in Berlin die Grundlagen der Zeitung in einer Aussprache mit Wagener nochmals geklärt und sich als „entschiedener Gegner des Deutschen Schwindels in allen Fassons" bekannt. „Was uns gehalten hat", hatte er Wagener erklärt, „war das spezifische Preußentum, die alten preußischen Tugenden: Ehre, Treue, Gehorsam und Tapferkeit, welche die Armee, diesen besten Repräsentanten des Volkes, von dem Knochenbau, dem Offizierkorps, ausgehend bis zum jüngsten Rekruten, beseelen. Preußen sind wir und Preußen wollen wir bleiben, wenn dies Stück Papier vergessen sein wird wie ein dürres Herbstblatt. Wir wollen das preußische Königtum nicht verschwommen sehen in der fauligen Gärung süddeutscher Gemütlichkeit." Damit war ein gut Teil des Programms der „Kreuzzeitung" gesagt. Wagener mit seinen polemisch oder ironisch zugespitzten Glossen, Bismarck mit seinen boshaften, kampflustigen Randbemerkungen zum parlamentarischen Betrieb, Ludwig von Gerlach mit seinen grundsätzlich vorgehenden, von hoher Warte ausschauenden „Rundschauen" schufen dem Blatt sofort große Beachtung, leidenschaftliche Anhänger und Leser. Schon am 5. Juli gab Bismarck von Reinfeld aus Anregungen für die praktische Ausgestaltung der Zeitung, die auch bei den Frauen beliebt werden

solle, an Wagener, sandte einen Aufsatz über die pommerschen Wahlen, zehn Tage später über die Wahlen bei Schönhausen, dann ein Angebot von Artikeln über die „Grundsteuer und Rentablösung", dazu auch politische Angriffe gegen die Demokraten. Die „Gottseibeiunszeitung" wurde ihm fortan ein unentbehrliches Kampfinstrument, auf dem er von Anfang an und sein ganzes Leben lang meisterhaft spielte.

Er fand natürlich auch tatkräftige Helfer bei seinen „Wühlereien" durch die „im Finstern schleichende Partei", wie er höhnte. Er konnte feststellen, daß der König nie wieder den Mut und nie das Ziel aus den Augen verlor, seit er ihn um Johanni gesprochen hatte. Er hatte als steten Förderer seiner Beratungen auch des Königs Bruder, den Prinzen von Preußen, seinen nachmaligen König und Kaiser, der vor der Revolution nach England ausgewichen war, am 7. Juni zurückkehrte und sich bei erster Gelegenheit, auf dem Bahnhof in Genthin, sofort bei Bismarck bedankte; er kannte ihn seit einem Hofball im Winter 1834/35 und hatte ihn auch in den Sitzungen der Herrenkurie stets wohlwollend behandelt; jetzt drückte er ihm die Hand: „Ich weiß, daß Sie für mich tätig gewesen sind und werde Ihnen das nie vergessen." In Babelsberg ließ er sich von ihm dann die Vorgänge seit dem März berichten, und Bismarck „war hart genug, ihm das Gedicht vorzulesen, welches für die Stimmung der Truppen auf dem befohlenen Rückzug aus Berlin historisch bezeichnend ist":

„Das waren Preußen, schwarz und weiß die Farben,
So schwebt' die Fahne einmal noch voran,
Als für den König seine Treuen starben,
Für ihren König, jubelnd Mann für Mann.
„Wir sahen ohne Zagen
Fort die Gefallnen tragen,
Da schnitt ein Ruf ins treue Herz hinein:
Ihr sollt nicht Preußen mehr, sollt Deutsche sein!"

Es endete:

„Schwarz, Rot und Gold glüht nun im Sonnenlichte,
Der schwarze Adler sinkt herab entweiht:
Hier endet, Zollern, deines Ruhms Geschichte,
Hier fiel ein König, aber nicht im Streit.

Wir sehen nicht mehr gerne
Nach dem gefall'nen Sterne.
Was du hier tatest, Fürst, wird dich gereu'n,
So treu wird keiner, wie die Preußen, sein."

Der Prinz brach darüber in heftiges Weinen aus...

Die Taktik, die der König verfolgte, die konstituierende Nationalversammlung durch ihre Übergriffe und Unfähigkeit sich ins Unrecht setzen zu lassen und dadurch die demokratisch-liberalen Ideen im Volk in Mißkredit zu bringen, erwies sich als richtig. Bismarck hoffte sogar schon Ende September, daß die Würfel fallen möchten. Aber es kam nur zu einem Ministeriumswechsel, als infolge der Wiener Oktoberrevolution auch in Berlin am 31. Oktober Unruhen ausbrachen und sich wiederum zeigte, daß der neunundsechzigjährige General Ernst von Pfuel, der seit dem 17. September das nichtparlamentarische Ministerium leitete, zu jedem scharfen Vorgehen gegen die Nationalversammlung unfähig war. Graf Friedrich Wilhelm von Brandenburg (1792—1850), Sohn König Friedrich Wilhelms II. und der Gräfin Sophie Dönhoff, Kommandierender General des 6. Armeekorps in Breslau, übernahm jetzt tapfer das Ministerpräsidium. Er wollte auch Bismarck in seinem Kabinett haben. Aber der König meinte: „Nur zu gebrauchen, wenn das Bajonett schrankenlos waltet." Brandenburg ließ nun den Direktor im Ministerium des Innern Otto von Manteuffel durch Bismarck gewinnen. Das Ziel dieses Ministeriums war Bismarcks Ziel: die Autorität der Regierung gegenüber der Nationalversammlung, die von der Galerie und der Straße beherrscht wurde, wiederherzustellen; die Arbeiter wünschten ja schon, der König sollte wieder allein befehlen. Die Stunde der Abrechnung mit der Revolution war gekommen. Wien hatte sich ermannt, die kaiserlichen Truppen hatten die Donaustadt besetzt. In Potsdam arbeitete Bismarck seit dem 2. November mit aller Leidenschaft. Die Nationalversammlung schuf jetzt den Anlaß zum Eingreifen selbst: sie weigerte sich, dem Befehl des Königs, nach Brandenburg überzusiedeln, zu gehorchen. Darauf rückte der Oberkommandierende der Marken General von Wrangel in Berlin ein, entwaffnete „die fliegenden Corps", brachte „die widerspenstigen Deputierten aus dem Concertsaal" des Schauspielhauses und machte „die Stadt wieder zu einer königlich-preußischen", wie Bismarck voll Freude

seiner Frau mitteilte. Er bedauerte nur, daß Wrangel die Bürgerwehr durch Verhandlung zum freiwilligen Abzuge bewog, denn „ein kleines Gefecht“ hätte „die politische Stellung der Regierung“ gebessert. Es kam aber zu keinerlei Blutvergießen. Bismarck konnte „als Hof- und Kammerintrigant“ nur beruhigende Berichte über die Entwaffnung schreiben, bei der „alle Leute mehr mit dem Munde als der Flinte tun“.

Die Revolution hatte keine Macht mehr. Die Demokraten leisteten nur „passiven Widerstand“: „ein zeitgemäßer Ausdruck für das, was man sonst Angst nannte“. Der König ließ das Parlament zwar noch tagen. Als es aber am 15. November aus Protest gegen das Standrecht die Steuerverweigerung beschloß, blies es sich selbst das Lebenslicht aus. Am selben Tage war Bismarck beim König zu Gaste, wurde sehr liebenswürdig empfangen, pflückte seiner Frau einen Erikazweig vom Nähtisch der Königin und hatte „eine stundenlange Audienz“ in des Königs Cabinett. Er wurde beauftragt, „allen Wohlgesinnten mitzuteilen, daß er zwar seine Versprechungen, richtige und törichte, unverbrüchlich halten werde, ohne den mindesten Doppelsinn, daß er aber die Rechte der Krone auf dem jetzt betretnen Wege consequent durchführen werde, so lange er noch Einen Soldaten und Einen Fußbreit preußischer Erde habe“. Zwei Tage später konnte Bismarck bekennen: „Politisch geht mir bisher alles sehr nach Wunsch, und ich bin Gott recht dankbar, daß er mich gewürdigt hat, der guten Sache mehrmals und heut noch erhebliche Dienste zu leisten.“ Die preußische Nationalversammlung, der der König unter dem Einfluß des Generals Joseph Maria von Radowitz, des späteren Unionspolitikers, wegen des deutschen Gedankens immer noch eine Wirksamkeit zutraute, mußte wegen dauernder Beschlußunfähigkeit am 5. Dezember aufgelöst werden! Der König erließ freilich zugleich eine Verfassung, die demokratisch genannt werden mußte, denn sie sah sogar eine Vereidigung der Soldaten auf die Konstitution vor, und erließ ein wenn auch indirektes, so doch allgemeines, gleiches und geheimes Wahlrecht. Bismarck hatte um dies Wahlgesetz, wie er seinem Bruder schrieb, „heftige, leider erfolglose Kämpfe gefochten; weder das für die zweite noch weniger das für die erste Kammer ist haltbar“.

Die Revolution in Berlin war niedergeschlagen. Die königliche Regierung hatte die Zügel in der Hand. Der Kampf ging aber weiter.

SECHSTES KAPITEL

Parlamentarier von 1849 bis 1851

Das Jahr 1848 hatte in Preußen mit dem Erlaß einer neuen preußischen Verfassung durch den König am 5. Dezember geschlossen. Die Entscheidung über ein „Aufgehen Preußens in Deutschland", wie das Frankfurter Parlament in der Paulskirche es erstrebte, war damit im negativen Sinne gefallen: Preußen war jetzt wieder die Macht der Krone und hatte die Demokratie gebändigt; es suchte aus seiner Machtvollkommenheit heraus Deutschland zu schaffen und unterwarf sich nicht mehr den Frankfurter Wünschen. Die Revolution war im übrigen Deutschland, mit Ausnahme Wiens, noch nicht niedergeworfen. Das Jahr 1849 stellte also zwei politische Aufgaben: die Lösung oder Fortführung der deutschen Frage mit dem Gegensatz Preußen-Österreich und dessen Überwindung sowie die endgültige Vernichtung der Revolution in ganz Deutschland.

Bismarck, der als führender Mann die aus der Gegnerschaft gegen die Agrargesetzgebung der radikalen Kammer entstandene Konservative Partei nun in eine bedeutungsvolle Wirksamkeit brachte, wurde sofort nach dem Wahlgesetz vom 6. Dezember neu aufgestellt und nach eifrigem Wahlkampf, obwohl er wegen „der sogenannten Bezeichnung ‚Reaktionär'" an einen Erfolg nicht glaubte, vom Wahlkreis Westhavelland-Zauche mit 152 gegen 144 Stimmen in die zweite Kammer geschickt, die vom 27. Februar bis 27. April 1849 tagte, um nach königlicher Weisung die Revision der Verfassung zu beraten. Er hatte am 2. Februar in Rathenow sein Programm formuliert: „Unterstützung der Regierung, Kampf gegen die Revolution, Vertrauen zwischen Krone und Volk!" Von der deutschen Frage, von der Außenpolitik hatte er nicht gesprochen ...

Wenige Tage darauf, am 5. Februar, hatte er seiner Frau geschrieben: „Es wird doch eine schwere Sache, wenn ich gewählt werden sollte, dies Leben ohne Ruhe im Herzen." Er führte solch Leben fortan bis in sein Greisenalter. Jetzt blieb er keiner Kammersitzung fern, schrieb sogar seine Familienbriefe in der Versammlung, hinhorchend, ob man ihn wohl angriffe. Er wurde zum Kampfmittelpunkt der Tagung. Zwei Drittel der Abgeordneten waren liberal und radikal. Bismarck nahm es mit ihnen auf: an Sachkenntnis und Gründlichkeit, an Rastlosigkeit und Kühnheit, an Zielstrebigkeit und Bewußtheit, an praktischem Blick und mutiger Ursprünglichkeit. Er war allen überlegen an politischem Genie! Nachdem er in den ersten fünf Sitzungen zur Wahlprüfung und Geschäftsordnung kurz gesprochen hatte, griff er am 21. März bei der Verhandlung über die Adresse an den König, durch die die Linke den Belagerungszustand beseitigen wollte, ein. Mit scharfen Worten trat er der Behauptung: „das Volk von Berlin will die Aufhebung des Belagerungszustandes" entgegen, bewies, daß der Belagerungszustand die Freiheit der Meinungsäußerung schütze, legte die Petition mehrerer tausend Berliner um Nichtaufhebung auf den Tisch des Hauses, verwies auf die Demonstrationen am 18. März, dem Jahrestage der Revolution, und das Lied mit den Versen „Wir färben echt, wir färben gut — wir färben mit Tyrannenblut" und schlug die Berufung auf das „Volk" zurück. „Es ist kein Ausdruck im letzten Jahr mehr mißbraucht worden, als das Wort ‚Volk'. Jeder hat darunter verstanden, was gerade in seinen Kram paßte, gewöhnlich einen beliebigen Haufen von Individuen, die es ihm gelungen war, für seine Ansicht zu gewinnen. Das wahre preußische Volk hat in der letzten Zeit viel Geduld gezeigt und große Leichtgläubigkeit gegen diejenigen, die sich seine Freunde nennen. Aber in der Abstimmung über die Adresse, die uns vorliegt, wird das Volk Material genug erhalten, sich darüber aufzuklären, wer zwischen ihm und seinem Rechte steht." Bismarcks Worte schlugen ein: der Antrag wurde abgelehnt. Die Stimmung gegen die Revolutionäre, „mit deren Gräbern" viele Berliner im Friedrichshain zu Bismarcks Zorn „Götzendienst" trieben, nahm zu. Bismarck war, da sein Herz von Gift gegen „die Mörder" der ihre Pflicht tuenden Soldaten nach wie vor geschwollen war, gegen die Amnestie, die ein freies und freiwilliges Recht der Krone wäre und das Rechtsbewußtsein untergrübe; „aus Menschlichkeit" lehnte er die Amne-

sie ab, um den Rebellen, die da glaubten, „das ganze Staatsrecht beruhe auf der Barrikade“, entgegenzutreten, denn „die weinerliche Sentimentalität unseres Jahrhunderts, welche in jedem fanatischen Rebellen, in jedem gedungenen Barrikadenkämpfer einen Märtyrer findet, wird mehr Blutvergießen herbeiführen, als eine strenge und geschlossene Gerechtigkeit“, die „auf einer von Gott eingesetzten Obrigkeit, auf einer Obrigkeit von Gottes Gnaden“ sich gründe und ihre „Entwicklung in der organischen Anknüpfung an den verfassungsmäßig bestehenden Rechtszustand“ suche. Der echte Bismarck trat jetzt schon heraus, wenn er der Linken zurief: „Der Gott, der die Schlachten lenkt, muß die eisernen Würfel der Entscheidung darüber werfen, ob Barrikadenrecht oder gottgewollte Obrigkeit.“

Gottgewollt war für ihn auch nicht, was die deutsche Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. trieb. Sie hatte am 28. März 1849 mit 290 Abgeordneten bei 240 Stimmenthaltungen den König von Preußen zum Deutschen Kaiser gewählt und am 3. April im Berliner Schlosse durch eine Abordnung von 32 Mitgliedern unter Führung des jüdischen Präsidenten Simson Friedrich Wilhelm IV. die „Reichs“-verfassung und das Wahlprotokoll überreicht. Der König lehnte die Kaiserwürde ab, ließ gleichwohl noch eine Tür offen: die Fürsten und Freien Städte sollten frei zustimmen, die Verfassung prüfen und feststellen, ob die ihm zugedachten Rechte ihn instand setzten, die Geschicke Deutschlands zu leiten, die Hoffnungen seiner Völker zu erfüllen. Das Frankfurter Parlament war bestürzt. Ebenso auch die Linke der zweiten preußischen Kammer. Sie nahm am 21. April den Antrag Rodbertus auf Anerkennung der Frankfurter Reichsverfassung gegen den Rat des Ministerpräsidenten Graf Brandenburg und gegen Bismarcks Ausführungen an und führte dadurch sowie durch ihren Beschluß am 26. April, den Belagerungszustand aufzuheben, ihre Auflösung am 27. April herbei. Bismarck zeigte auch hier, als selbst Konservative sich enttäuscht fühlten, seinen Weitblick. Er wies die Schwäche der Frankfurter Politik schlagend nach, die nicht ahnte, wie sicher die überlieferten Mächte noch oder wieder im Sattel saßen. Bismarck bestritt der Kammer überhaupt das Recht, über die ganze Frage zu entscheiden. Ebensowenig könnten die 28 Staaten, die sich für die Reichsverfassung und die Übertragung der Kaiserkrone an Preußens König entschieden hätten, über Preußen verfügen. Er ging dann

auf die „Frankfurter Verfassung“ im einzelnen ein mit dem Ergebnis: Die deutsche Einheit will ein jeder, den man danach fragt, sobald er nur deutsch spricht, mit dieser Verfassung aber will ich nicht“, weil „Preußen um so eher imstande sein wird, die deutsche Einheit auf dem von der Regierung betretenen Wege herbeizuführen“. „Im schlimmsten Falle will ich aber, ehe ich sehe, daß sein König zum Vasallen der politischen Glaubensgenossen der Herren Simson und Schaffrath hinabsteigt, lieber, daß Preußen Preußen bleibt. Es wird solches stets in der Lage sein, Deutschland Gesetze zu geben, nicht sie von anderen zu empfangen“ ... „Die Frankfurter Krone mag sehr glänzend sein, aber das Gold, welches dem Glanze Wahrheit verleiht, soll erst durch das Einschmelzen der preußischen Krone gewonnen werden und ich habe kein Vertrauen, daß der Umguß mit der Form dieser Verfassung gelingen werde.“

Diese nach des „Abgeordneten aus dem Sauerlande“ von Vinckes Bezeichnung „antediluvianischen Anschauungen“ Bismarcks fanden weithin Beifall; ein Staatsmann hatte gesprochen und ihm dankte das Volk mit dem Vers:

Hui, Bismarck, wie klingt Deine Rede so gut!
Hui, Bismarck, wie flammst Du in Löwenmut!
Das Schwert Deiner Rede, es blitzet so frei,
Und der Sinn Deiner Rede ist ewige Treu!

Die parlamentarische Pause, die mit der Kammerauflösung begann, nutzte Bismarck, um seine persönlichen Angelegenheiten zu ordnen. Nachdem er, um nicht ständig von seiner Frau getrennt zu sein, erst Anfang April eine Wohnung in der Wilhelmstraße, „wo die Behrenstraße aufhört“, zusammen mit Schwager und Schwester Arnim bezogen hatte, verpachtete er Schönhausen, das Ende Juni übergeben wurde, und brachte am 30. Juni seine Johanna, die ihr zweites Kind erwartete, und das „seit zehn Monaten schreiende“ Baby nach Reinfeld. Ehe er hier zur Ruhe kam, trieb es ihn wieder nach Berlin und Schönhausen zur Wahl und in das politische Leben zurück.

Der König hatte mit dem 30. Mai das Dreiklassenwahlrecht mit seiner Bevorzugung des Besitzes zur Bekämpfung des Radikalismus eingeführt und erreichte dadurch für die neue zweite Kammer des preußischen Landtags, die vom 7. August 1849 bis 26. Februar

1850 tagte, eine Mehrheit von Konservativen und gemäßigten Liberalen. Bismarck, der seine Wiederwahl für sehr unwahrscheinlich hielt, weil ihm in Brandenburg erklärt worden war: „Ja, wir sind konservativ, aber nicht bismarcksch", wurde von seinem alten Wahlkreis Westhavelland-Zauche wiedergewählt, obwohl die Demokraten von ihm Räubergeschichten erzählt hatten, daß „einem ordentlich ein ‚Grusel' von oben runtergehe, als wenn man gleich ein Paar ‚altpreußischer Fuchtelhiebe' übergezogen erhalten sollte, und obwohl er, ‚der sanfteste Mensch von der Welt gegen die gemeinen Leute', gleich ‚in des Landmanns Nachtgebet hart neben an dem Teufel stehe'." In der Kammer hielt sich Bismarck nun zu der Gruppe der „Reaktionäre", die für die absolute Macht der Krone und gegen Preußens Aufgehen in Deutschland auftraten, also auch mit der Deutschlandpolitik Friedrich Wilhelms IV. nicht einverstanden waren. Der König hatte nämlich, nachdem preußische Hilfe die demokratischen Erhebungen in Sachsen und dem Südwesten für die Erzwingung der Reichsverfassung niedergeschlagen hatte, auf den Rat seines Beraters, Generalleutnants von Radowitz, den Versuch unternommen, unter Preußens Führung einen Bundesstaat anzustreben, am 26. Mai mit Sachsen und Hannover das sogenannte „Dreikönigsbündnis" abgeschlossen und den Fürsten einen Verfassungsentwurf unterbreitet. Dieser kleindeutsche Bundesstaat unter Preußen sollte dann eine deutsche „Union" mit der Habsburger Monarchie eingehen. Er berief im Februar 1850 das Erfurter Parlament ein. Die ganze Politik war zum Scheitern verurteilt und führte zur Demütigung Preußens in Olmütz.

Bismarck, der für die Kammersession ein Quartier Friedrichstraße Ecke Taubenstraße zusammen mit seinem Verwandten Hans von Kleist-Retzow und ab 10. Oktober mit seiner Familie eine Wohnung in der Behrenstraße, nach der Geburt seines Sohnes Nikolaus (nach dem Zaren) Heinrich (nach seinem Schwiegervater) Ferdinand (nach seinem Vater) Herbert (nach seinem ersten Ahnen) am 28. Dezember 1849 in der Dorotheenstraße 37 genommen hatte, „jagte sich" auf Sitzungen und Konferenzen, Kommissionen und Einladungen, in Behörden und Besuchen „in dem intriganten und geschäftigen Müßiggange", weil die Kammer nur „ein Salat von Opposition aus dem vereinigten Landtage und Frankfurter Rechten, mit einer Sauce von sentimentalen Phrasen kalt serviert" vor-

stellte. Er klagte immer wieder darüber, daß „gar nichts" vorkomme. „Die deutsche Frage", schrieb er am 27. August seiner Frau, „wird überhaupt nicht in unseren Kammern, sondern in der Diplomatie und im Felde entschieden, und alles, was wir darüber schwatzen und beschließen, hat nicht mehr Werth als die Mondscheinbetrachtungen eines sentimentalen Jünglings, der Luftschlösser baut und denkt, daß irgendein unverhofftes Ereignis ihn zum großen Manne machen werde. Je m'en moque und die farce langweilt mich oft recht tief, weil ich kein vernünftiges Ziel dieses Strohdreschens vor Augen sehe."

Diese erste Dreiklassenwahlrechtskammer war wegen der ausgebliebenen radikalen Demokraten nicht von jener Kampflust erfüllt, die Bismarck entzündete. So vergnügte er sich mit eifriger Mitarbeit an der „Kreuzzeitung" und ließ hier auch seinen Spott an der deklamatorischen Leistung aus, mit der Radowitz über die Verhandlungen der Dreikönigs- und Unionspolitik in der Kammer berichtete. Einige Tage später, am 6. September, trat er der Regierung, die die Revision der preußischen Verfassung nach Abschluß der künftigen Bundesstaatsverfassung ankündigte, offen, wenn auch mit Maß als „Stockpreuße" und Anhänger Friedrichs d. Gr. gegenüber. „Friedrich II. hätte das Gutachten (zur Verfassungsfrage) nicht gemacht", erklärte er. „Ich glaube vielmehr, daß er sich an die hervorragendste Eigentümlichkeit preußischer Nationalität, an das kriegerische Element in ihr, gewandt haben würde, und nicht ohne Erfolg. Er würde gewußt haben, daß noch heute, wie zu den Zeiten unserer Väter, der Ton der Trompete, die zu den Fahnen des Landesherrn ruft, seinen Reiz für ein preußisches Ohr nicht verloren hat, mag es sich um eine Verteidigung unserer Grenzen, mag es sich um Preußens Ruhm und Größe handeln. Er hätte die Wahl gehabt, sich nach dem Bruch mit Frankfurt an den alten Kampfgenossen, an Österreich anzuschließen, dort die glänzende Rolle zu übernehmen, welche der Kaiser von Rußland gespielt hat, im Bunde mit Österreich den gemeinsamen Feind, die Revolution, zu vernichten. Oder es hätte ihm freigestanden, mit demselben Recht, mit dem er Schlesien eroberte, nach Ablehnung der Frankfurter Kaiserkrone den Deutschen zu befehlen, welches ihre Verfassung sein solle, auf die Gefahr hin, das Schwert in die Waagschale zu werfen. Dies wäre eine nationale preußische Politik gewesen. Sie hätte Preußen im ersten Falle in Gemeinschaft mit

Österreich, im anderen Falle durch sich allein die richtige Stellung gegeben, um Deutschland zu der Macht zu helfen, die ihm in Europa gebührt. Der vorliegende Verfassungsentwurf aber vernichtet das spezifische Preußentum." Gegenüber der Revolution warf er die Frage auf: „Wer hat denn das, was in Deutschland zu halten war, gehalten? Es war wahrlich nicht die Frankfurter Versammlung" ... es „war gerade das spezifische Preußentum. Es war der Rest des verketzerten Stockpreußentums, der die Revolution überdauert hatte, die preußische Armee, der preußische Schatz, die Früchte langjähriger intelligenter preußischer Verwaltung und die lebendige Wechselwirkung, die in Preußen zwischen König und Volk besteht. Es war die Anhänglichkeit der preußischen Bevölkerung an die angestammte Dynastie, es waren die alten preußischen Tugenden von Ehre, Treue, Gehorsam und die Tapferkeit, welche die Armee, von deren Knochenbau, dem Offizierkorps, ausgehend, bis zu den jüngsten Rekruten durchziehen. Diese Armee hegt keine dreifarbigen Begeisterungen, in ihr werden Sie ebensowenig, als in dem übrigen preußischen Volke, das Bedürfnis nach einer nationalen Wiedergeburt finden. Sie ist zufrieden mit dem Namen Preußen und stolz auf den Namen Preußen. Diese Scharen, sie folgen dem schwarz-weißen Banner, nicht dem dreifarbigen, unter dem schwarz-weißen Banner sterben sie mit Freuden für ihr Vaterland. Das dreifarbige haben sie seit dem 18. März als Feldzeichen ihrer Gegner kennengelernt. Unter ihnen sind die Töne des Preußenliedes, des Dessauer und des Hohenfriedberger Marsches wohl gekannt und geliebt, aber ich habe noch keinen preußischen Soldaten singen hören: ‚Was ist des Deutschen Vaterland?' " Er schloß mit dem Bekenntnis: „Wir alle wollen, daß der preußische Adler seine Fittiche von der Memel bis zum Donnersberge schützend und herrschend ausbreite, aber frei wollen wir ihn sehen, nicht gefesselt durch einen neuen Regensburger Reichstag und nicht gestutzt an den Flügeln von jener gleichmachenden Heckenschere aus Frankfurt, von der wir sehr wohl uns erinnern, daß sie erst in Gotha zu einem friedlichen Instrument umgeschmiedet wurde, während sie wenige Wochen vorher in Frankfurt als drohende Waffe gegen das Preußentum und gegen die Verordnungen unseres Königs geschwungen worden ist. Preußen sind wir und Preußen wollen wir bleiben; ich weiß, daß ich mit diesen Worten das Bekenntnis der preußischen Armee, das Bekenntnis der Mehr-

zahl meiner Landsleute ausspreche, und hoffe zu Gott, daß wir auch noch lange Preußen bleiben werden, wenn dieses Stück Papier vergessen sein wird, wie ein dürres Herbstblatt.“ —

Die Einzelfragen wurden von ihm im gleichen mannhaften Sinne beantwortet. Er stritt für Einschränkung der Gewerbefreiheit und für Zwangsinnungen zum Besten des Handwerkerstandes, wies die Industriellen im Westen mit ihrer Schutzzollpolitik als freihändlerischer Landwirt in ihre Schranken. Er lehnte die Einführung der Zivilehe im Rheinland ab und trat für „die bisher heilig gehaltene Zeremonie der kirchlichen Trauung“ ein; er hoffte, „das Narrenschiff der Zeit werde an dem Felsen der christlichen Kirche scheitern“. In allen Steuerfragen, bei der Ablösung der Reallasten, der Regulierung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse, der Errichtung von Rentenbanken, der Grundsteuer verteidigte er als erfahrener Landwirt den Grundsatz der Unverletzlichkeit des Eigentums. Beim Pressegesetz forderte er den Schutz der Bürger vor „moralischer Brunnenvergiftung“. Es kam ihm vor allem immer wieder darauf an, die falschen Grundsätze in der Politik bloßzustellen: einmal die Bezugnahme auf das Konstitutionelle und zweitens auf das Ausland, auf Frankreich, Belgien und England. „Das Wort konstitutionell ist eines der Stichwörter, die in neuester Zeit das Vorrecht haben, an die Stelle jedes Grundes sich einzustellen.“ Weder Frankreich noch Belgien können unser Vorbild sein, aber „die Berufungen auf England“, führte er am 24. September anläßlich des Antrages, den Kammern ein Steuerverweigerungsrecht zu geben, mit Worten, die auch fast 100 Jahre später noch gelten, aus, „sind unser Unglück; geben Sie uns alles Englische, was wir nicht haben, geben Sie uns englische Gottesfurcht und englische Achtung vor dem Gesetze, die gesamte englische Verfassung, aber auch die gesamten Verhältnisse des englischen Grundbesitzes, englischen Reichtum und englischen Gemeinsinn, besonders aber ein englisches Unterhaus, kurz und gut alles, was wir nicht haben, dann will ich auch sagen, Sie können uns nach englischer Weise regieren“.

Er stellte sich auf den Standpunkt, „daß ein jeder dasjenige Maß der Freiheit für das Volk anstrebt, welches er mit dem Wohle des Vaterlandes verträglich hält“, und fuhr fort: „Für die wahre Freiheit, für die politische Unabhängigkeit, ohne welche die Freiheit in Preußen nicht bestehen kann, sind die Verdienste des preußischen

Adels erheblich. Gehen Sie die Schlachtfelder durch, auf denen für den preußischen Ruhm und die Freiheit gestritten ist! Von dem Schlachtfelde an der Brücke bei Warschau, wo der Große Kurfürst den Grund zur Unabhängigkeit Preußens legte, bis unter die Mauern von Rastatt werden Sie finden, daß überall die Wurzel preußischer Freiheit reichlich mit dem Blute seiner edlen Geschlechter getränkt ist."

Dieser aristokratischen Grundhaltung entsprach es natürlich, wenn Bismarck energisch für die Erhöhung des Militäretats, die Besserstellung der Offiziere und Unteroffiziere sowie die bessere Verpflegung der Mannschaften kämpfte: nicht um materieller Vorteile willen, sondern weil er wußte, daß nur eine Politik der Macht Preußen groß gemacht hat, Preußen zur Schaffung Deutschlands befähigen könnte und Macht den Politikern nur durch eine in jedem Sinne intakte Armee gegeben wird.

Die Richtigkeit dieser politischen Grundanschauung sollte sich gerade bei der Weiterentwicklung der Deutschen Frage erweisen. Der Gegensatz Preußen-Österreich verschärfte sich infolge der Unionspolitik immer mehr, nachdem das Wiener Kabinett schon am 27. August 1849 die Unvereinbarkeit der geplanten Unionsverfassung mit der Bundesakte von 1815 erklärt hatte. Damit war Sachsen und Hannover Anlaß genug gegeben, sich aus dem Dreikönigsbündnis zurückzuziehen. Als nun Preußen mit den kleineren Staaten am 19. Oktober 1849 trotzdem die Wahlen für ein verfassunggebendes Unionsparlament ausschrieb, trat Hannover in aller Form aus und einigten sich Sachsen, Bayern und Württemberg am 27. Februar 1850 auf einen großdeutschen, aber Österreich einschließenden Verfassungsentwurf. Preußen und seine Verbündeten konnten allerdings vom einmal beschrittenen Wege nicht mehr zurück. Das „Bundesparlament", das „Deutsche Parlament", das Unionsparlament in Erfurt wurde am 31. Januar 1850 mit dem Dreiklassenwahlrecht gewählt. Auch Bismarck zog in die am 20. März 1850 eröffnete Versammlung ein, mit der Absicht, „den Bestrebungen der demokratischen Partei ... mit voller Entschiedenheit entgegenzutreten, die Feststellung der Bundesverfassung in wahrhaft konservativem Sinne zu erstreben und dahin zu wirken, daß einerseits der Zweck des Bundesstaates möglichst vollkommen erreicht, andererseits aber nicht durch ausschließliche oder einseitige Verfolgung des Gedankens der deutschen Einheit die Ehre

Preußens gefährdet werde“, wie er seinen Wählern am 12. Dezember 1849 erklärt hatte. Er stand wieder auf der Wacht für Preußens „Ehre, Unabhängigkeit und Kraft“, dies um so mehr, als er an die ganze Unionspolitik nicht glaubte. Er verlangte in seiner Rede vom 15. April 1850 preußische, altpreußische, stockpreußische Konzessionen, wenn die Bundesverfassung zustande kommen sollte, und vertrat am 17. April die Beschränkung des Vereinsrechts im größtmöglichen Maße, denn er sah „gerade in dem Vereinswesen die gefährliche Waffe der Geister, die verneinen, gegen jede obrigkeitliche Autorität“. Er arbeitete während der Erfurter Tagung, deren Schriftführer er bis zum Schluß am 29. April war, mit den führenden Ministern, dem „Gardrobier der mittelalterlichen Phantasien des Königs“, dem „mauvais Génie de la Prusse“ Radowitz, dessen unionistische Schwärmereien er ablehnte, und dessen Gegner Manteuffel, der auf seine Bitten zur Berichterstattung an den König nach Berlin reiste, zusammen, ohne besonders hervorzutreten. Er sah, daß sich die Unionspolitik totlaufen mußte.

Österreich aktivierte noch im Mai die Regierungen Sachsens, Hannovers, Bayerns, Württembergs für eine Konferenz in Frankfurt a. M. zur Erneuerung des alten Deutschen Bundes. Berlin forderte nun zwar gleichzeitig zu einem Fürstenkongreß an der Spree auf, ohne zum Ziel zu kommen, so daß sogar seine Anhänger wie Hessen jetzt zu Österreich hinüberschwenkten, zumal da Preußen in seinem Frieden mit Dänemark am 2. Juli Schleswig an Dänemark auslieferte und dadurch England, Frankreich, Rußland Anlaß gab, sich am 2. August gegen die tapfer, aber vergeblich weiterkämpfenden Schleswig-Holsteiner für den dänischen Gesamtstaat zu erklären. Österreich berief nun zum 1. November den Bundestag des Deutschen Bundes nach Frankfurt a. M. ein; an ihn hatte sich der Kurfürst von Hessen-Nassau, das eigentlich zum Unionsgebiet gehörte, gewandt, weil er die Verfassung von 1831 auflösen und mit seinen Landständen nicht regieren wollte. Der Bundestag, und das hieß jetzt Österreich, war zu einer bewaffneten Intervention in Hessen bereit; Preußen wollte sie nicht dulden. Der Konflikt zwischen Österreich und Preußen erreichte seinen Höhepunkt. Alle Welt sprach von Krieg. Bismarck, der sich den Sommer über in Schönhausen und Pommern aufgehalten hatte, sollte, um den Frieden zu retten, nach Österreich geschickt werden. Es kam aber nicht dazu, weil die Österreicher Berlin aufsuchten und die

Reise der politischen Gruppe um Ludwig von Gerlach und Bismarck „werrden zwar shehr erfreilik, aber wennig nitzlik halt shein", wie Bismarck seiner Frau schrieb. Obwohl Radowitz, „der große Magier", immer mehr Anhänger verlor, ernannte der König, „der ihn als einen Märtyrer für seine Person betrachtete", an Stelle der „Drahtpuppe Schleinitz" und zur Wut Manteuffels, den Bismarck zum Bleiben überredete, zum Minister des Auswärtigen, hielt aber an seiner Unions- und Hessenpolitik fest. „Wir werden uns mit Hessen furchtbar blamieren", schrieb Bismarck damals am 6. Oktober an Hermann Wagener. Österreich versicherte sich nun am 11. Oktober in München der Waffenhilfe Bayerns und Württembergs, um mit der Bundesexekution gegen Hessen die preußische Union zu sprengen. Preußen machte daraufhin am 29. Oktober mobil, ließ seine Truppen in Hessen einmarschieren, und hatte sogar am 8. November ein Gefecht bei Bronzell: der Schimmel eines preußischen Trompeters wurde dabei getötet! Zu ernsthaftem Blutvergießen kam es nicht. Generalleutnant von Radowitz sah gegenüber der Kriegsgefahr seine Politik nun als undurchführbar an und trat als Minister des Auswärtigen am 2. November zurück, da auch der Kriegsminister von Stockhausen keine genügenden Garantien über den Kampfwert der preußischen Armee abgeben konnte. Sein Gegner Otto Frhr. von Manteuffel wurde sein Nachfolger. Der dann am 6. November plötzlich verstorbene Ministerpräsident Graf Brandenburg hatte noch am 27. und 28. Oktober bei einer Zusammenkunft des Zaren, des Kaisers Franz Joseph und des Prinzen Karl von Preußen in Warschau Rußland auf Österreichs Seite treten und Preußen in die Gefahr eines Zwei- oder Dreifrontenkrieges kommen sehen und infolgedessen mit dem österreichischen Ministerpräsidenten, dem Fürsten Schwarzenberg, die Aufgabe des Unionsgedankens und den Verzicht auf die Hessen-Exekution vereinbart. Manteuffel hatte die für die Preußen beschämende Aufgabe, die falsche Unionspolitik des Königs und seines Beraters Radowitz zu liquidieren: in dem sogenannten Vertrage von Olmütz am 29. November, durch den Preußen die Feststellung der künftigen Verfassung Deutschlands auf freien Konferenzen der Bundesregierungen, d. h. eben in Frankfurt a. M anerkannte, Kurhessen bis auf ein Bataillon in Kassel räumte, der hessischen Kurfürsten in die unumschränkte Herrschaft über sei

Land zuließ, in Schleswig gemeinsam mit Österreich die Ordnung herstellte und Schleswig-Holstein an Dänemark auslieferte.

Wie der Prinz von Preußen, der mit seinen Vertrauten wie Major von Roon, dem späteren Kriegsminister, leidenschaftlich gegen diese diplomatische Niederlage Preußens angekämpft hatte, war Bismarck von Anfang an der falschen Radowitz-Politik entgegengetreten. Sein Blick war auf die durch die Revolution noch immer unsichere innere Lage gerichtet. Wenn er auch zu seiner Soldatenpflicht jederzeit vollauf bereit war, als Politiker erkannte er, daß Preußen nicht imstande war, mit Österreich, Rußland, Bayern, Württemberg und vielleicht noch mehr Staaten Krieg zu führen. Und zwar nicht einmal um einer preußischen Lebensfrage, sondern nur um des Streites Klein- oder Großdeutschland willen! Er war deswegen nun auch der Mann, der in dem am 29. November 1850 wieder einberufenen und bis 9. Mai 1851 tagenden Preußischen Landtag die jüngste Politik der Regierung zu rechtfertigen übernehmen konnte. Bismarck, der in seinen „Gedanken und Erinnerungen" von der hohen Warte seiner Überschau über sein vollendetes Einigungswerk aus den Grundirrtum der damaligen preußischen Politik in dem Nichtbereitsein zum Kampf festgestellt hat, wurde damals vom Kriegsminister von Stockhausen, der ihm Preußens schlechte militärische Lage offen darlegte, gebeten, in seiner Partei wie in der Kammer aus Anlaß einer Adresse an den König für den Frieden, d. h. das Ministerium Manteuffel, zu sprechen. Er hielt daraufhin am 3. Dezember in Abwehr des liberalen Nationalismus seine berühmte, realpolitisch vorausschauende Olmützrede, deren Worte seine angeborene Grundeinstellung, alles politische Geschehen nach Macht und Maß einzuschätzen, hervortreten ließen. Er sah deutlich, daß es sich „um keine militärische Promenade durch unruhige Provinzen, sondern um einen Krieg im großen Maßstabe gegen zwei unter den drei großen Kontinentalmächten handle, während die dritte (Frankreich) beutelüstig an unserer Grenze säße und sehr wohl wisse, daß im Dom zu Köln das Kleinod zu finden wäre, die französische Revolution zu schließen und die dortigen Machthaber zu befestigen, nämlich die französische Kaiserkrone". Dennoch würde er nicht vor einem, auch dem jetzt in Frage stehenden Kriege zurückschrecken, „ja ich würde dazu raten, wenn jemand imstande wäre, mir die Notwendigkeit desselben nachzuweisen, oder mir ein würdiges Ziel zu zeigen, wel-

ches durch ihn erreicht werden soll und ohne den Krieg nicht zu erreichen ist. Warum führen große Staaten heutzutage Krieg? Die einzig gesunde Grundlage eines großen Staates, und dadurch unterscheidet er sich wesentlich von einem kleinen Staate, ist der staatliche Egoismus und nicht die Romantik, und es ist eines großen Staates nicht würdig, für eine Sache zu streiten, die nicht seinem eigenen Interesse angehört. Zeigen Sie mir also, meine Herren, ein des Krieges würdiges Ziel, und ich will Ihnen beistimmen. Es ist leicht für einen Staatsmann, sei es in dem Kabinette oder in der Kammer, in dem populären Winde in die Kriegstrompete zu stoßen und sich dabei an seinem Kaminfeuer zu wärmen oder von dieser Tribüne donnernde Reden zu halten, und es dem Musketier, der auf dem Schnee verblutet, zu überlassen, ob das System Sieg und Ruhm erwirbt oder nicht. Es ist nichts leichter als das, aber wehe dem Staatsmann, der sich in dieser Zeit nicht nach einem Grunde zum Kriege umsieht, der auch nach dem Kriege noch stichhaltig ist."

Man könnte auch die preußische Ehre oder Soldatenehre nicht als Kriegsgrund anführen, denn das Heer „wird das Heer des Königs sein und seine Ehre im Gehorsam suchen". „Die preußische Ehre aber besteht nach meiner Überzeugung nicht darin, daß Preußen überall in Deutschland den Don Quixote spiele für gekränkte Kammerzelebritäten, welche ihre lokale Verfassung für gefährdet halten. Ich suche die preußische Ehre darin, daß Preußen vor allem sich von jeder schmachvollen Verbindung mit der Demokratie entfernt halte, daß Preußen in der vorliegenden wie in allen Fragen nicht zugebe, daß in Deutschland etwas geschehe ohne Preußens Einwilligung, daß dasjenige, was Preußen und Österreich nach gemeinschaftlicher unabhängiger Erwägung für vernünftig und politisch richtig halten, durch die beiden gleichberechtigten Schutzmächte Deutschlands gemeinschaftlich ausgeführt werde."

„Die Hauptfrage, die Krieg und Frieden birgt, die Gestaltung Deutschlands, die Regelung der Verhältnisse zwischen Preußen und Österreich und der Verhältnisse von Preußen und Österreich zu den kleineren Staaten, soll in wenigen Tagen der Gegenstand der freien Konferenzen werden, kann also jetzt nicht Gegenstand eines Krieges sein. Wer den Krieg durchaus will, den vertröste ich darauf, daß er in den freien Konferenzen jederzeit zu finden ist:

in vier oder sechs Wochen, wenn man ihn haben will. Ich bin weit davon entfernt, in einem so wichtigen Augenblick, wie dieser ist, die Handlungsweise der Regierung durch Ratgeben hemmen zu wollen. Wenn ich dem Ministerium gegenüber einen Wunsch aussprechen wollte, so wäre es der, daß wir nicht eher entwaffnen, als bis die freien Konferenzen ein positives Resultat gegeben haben; dann bleibt es noch immer Zeit, einen Krieg zu führen, wenn wir ihn wirklich mit Ehren nicht vermeiden können oder nicht vermeiden wollen." Die Union könnte keinen Kriegsgrund abgeben, die Unionspolitik wäre von ihm stets abgelehnt worden, weil sie den „Schwerpunkt der Entscheidung" bei dem militärischen Gleichgewicht Preußens und Österreichs ins Ausland, nach Frankreich oder Rußland verlegte. „Ein Krieg, für die Union in Preußen geführt, könnte mich nur lebhaft an jenen Engländer erinnern, der ein siegreiches Gefecht mit einer Schildwache bestand, um sich in dem Schilderhause hängen zu können, ein Recht, welches er sich und jedem freien Briten vindizierte." In Österreich erkannte Bismarck aber „den Repräsentanten und Erben seiner alten deutschen Macht, die oft und glorreich das deutsche Schwert geführt hat". Deswegen sollte man lieber die Kammer durch eine Neuwahl und Volksbefragung als die Armee mobil machen: das Volk würde für das Ministerium stimmen.

Bismarcks Politik setzte sich durch. Auch in den übrigen Fragen, die der Landtag noch behandelte: also in der Verfassung ohne das Recht der Kammer, Minister zu stürzen, und mit nur begrenztem Bewilligungsrecht durch das Gesetz vom 31. Januar 1850. Bismarck sprach gegen die Tagegelder der Abgeordneten, verteidigte die Mahl- und Schlachtsteuer, wies auf die Verfassung hin, verschwieg, was geschehen solle, wenn ein Budget nicht bewilligt würde, billigte der Regierung das Recht zu, ihre Auffassung der Meinung der Kammer entgegenzustellen, sorgte für den Etat des Auswärtigen Amtes, den preußischen Militärbevollmächtigten in Petersburg, wehrte sich energisch gegen Abstriche des Militärhaushalts, gegen die Aufhebung der Gardelandwehr, war ein vielbelasteter Berichterstatter der Zentralkommission für den Etat der Seehandlung und der Bank, verteidigte die alten feudalen Rechte der Gutsherren als Gerichtsherren, und trat wie stets furchtlos für den Adel ein.

So brachte der Landtag ihm bis zum 9. Mai wieder ein vollgerüttelt Maß an Arbeit und politischem Kampf. Ehe er aber seine

Pforten schloß, war Bismarck durch den König zu seiner eigenen Überraschung nach einer vorherigen Anfrage Manteuffels, auf die er nur „als des Königs Soldat“ mit einfachem „Ja“ antworten konnte, zum geheimen Legationsrat bei der Bundestags-Gesandtschaft in Frankfurt a. M. ernannt worden, mit der Aussicht, an die Stelle des nach Petersburg bestimmten, provisorischen Bundestagsgesandten General von Rochow zu treten.

Als am 13. Oktober 1851 ein neuer Landtag auf Grund der neuen Verfassung gewählt wurde, blieb der Wahlkreis Westhavelland-Zauche-Belzig Bismarck, obwohl er sein früheres Abgeordnetenmandat infolge seiner Ernennung niedergelegt hatte, treu! An den Sitzungen vom 27. November 1851 bis 19. Mai 1852 nahm Bismarck nun nur noch bei Gelegenheit von Berliner Aufenthalten teil: er ergriff bei Beratung des Militäretats von 1852 am 20. März für das Offizierkorps, der Landwehr insbesondere, das Panier, und ließ dabei das Wort fallen, es wäre nicht unmöglich, daß man in sechs Monaten einen Krieg haben werde. Als der Abgeordnete Frhr. von Vincke diese Äußerung „eines namhaften Diplomaten“ „als eine Verletzung der Diskretion, die sein Amt ihm auferlege“, hinstellte, gerieten Bismarck und Vincke über die „Grenze nicht nur der diplomatischen, sondern derjenigen privaten Diskretion, deren Beobachtung“ Bismarck „von einem Manne von guter Erziehung erwarten zu dürfen glaube“, aneinander. Vincke „freute sich, mit dem Herrn Abgeordneten in dem Tone zu sprechen, den er soeben bezeichnet hat“. Dieser Zusammenstoß wurde am25. März durch ein unblutig verlaufenes Pistolenduell am Seeufer bei Tegel aus der Welt geschafft.

Die parlamentarische Tätigkeit Bismarcks, der nur noch am 30. April zum Postgesetz gesprochen und im Herbst 1852 zum Verdruß des Königs eine Wiederwahl durch seinen alten Wahlkreis abgelehnt hatte, endete mit der Wahrung seiner persönlichen Ehre, die für die aufrechte Verteidigung preußischen Soldatentums angegriffen worden war. Bismarck wurde später vom König am 21. November 1854 auf Vorschlag des alten, befestigten Grundbesitzes im Herzogtum Stettin in das aus der Ersten Kammer umgebildete Herrenhaus berufen, ergriff aber hier niemals das Wort. Er hatte erst als Ministerpräsident König Wilhelms I. vom September 1862 an wieder mit dem von ihm niemals bejahten Parlament und Parlamentarismus zu kämpfen.

SIEBENTES KAPITEL

Gesandter beim Deutschen Bunde in Frankfurt am Main

(1851 bis 1859)

Die Olmützer Punktation hatte Preußen gegenüber Österreich in die Rolle eines Vasallenstaates gebracht. Die Fiktion der Gleichberechtigung wurde zwar bei den Einladungen zu den Dresdner Konferenzen vom 23. Dezember 1850 bis März 1851 aufrechterhalten. Aber Österreich stimmte für die Wiederherstellung des Bundestages; die kleinen Staaten hatten jetzt fast mehr Einfluß als Preußen.

Bismarck war auf Rat des Generaladjutanten Leopold von Gerlach vom König an Stelle des Generalleutnants von Rochow, der aber lieber den jungen, unerfahrenen, neuernannten Geheimen Legationsrat als Ministerresidenten in Darmstadt gesehen hätte und selbst in Frankfurt geblieben wäre, anstatt nach Petersburg zu gehen, zum Bundestagsgesandten auserwählt worden, weil er schon immer für die gegenseitige Anlehnung von Österreich und Preußen, das er später als einen „Jugendtraum" bezeichnen mußte, eingetreten war. Er war auch als Revolutionsgegner und unbedingter Monarchist der praktische Politiker, der Preußen mit Österreich nicht nur versöhnen, sondern in eine wirkliche Gleichberechtigung bringen konnte. „Sie haben viel Mut", sagte der König zu ihm, „daß Sie so ohne weiteres ein Ihnen fremdes Amt übernehmen." „Der Mut ist ganz auf seiten Eurer Majestät", antwortete Bismarck, „wenn Sie mir eine solche Stellung anvertrauen, ich habe den Mut zu gehorchen, wenn Eure Majestät den haben zu befehlen." Der König hatte den Mut. Er hatte Bismarck, so war seine Meinung, als Politiker gleichsam entdeckt. Er wollte sich in ihm einen künftigen Minister, und zwar mit diplomatischen Kenntnissen und Erfahrungen, die Manteuffel, dem damaligen Mini-

sterialdirektor im Innenministerium, fehlten, erziehen; „er sah in mir", sagte Bismarck in seinen „Gedanken und Erinnerungen", „ein Ei, das er selbst gelegt hatte und ausbrütete"; er bewies hier das gleiche Talent wie sein Bruder: die rechten Mitarbeiter zu finden. Bismarck, dem „bei dieser plötzlichen Vornehmigkeit" als Gesandter „bange" wurde, sah es als eine Ironie an, „Geheimer Rath" werden zu müssen. „Gott straft mich für all mein Lästern über Geheime Räthe." Er hatte sich „die Sache nicht gemacht, keinen Wunsch, kein Wort dazu getan". Er sah deutlich, daß er „auf den augenblicklich wichtigsten Posten unserer Diplomatie" kam. Er wollte ihn, nachdem er ihn angetreten, auch erfolgreich ausfüllen. Deswegen legte er Wert darauf, daß das Interim mit Generalleutnant von Rochow bald beendet würde. Er wollte ins Landleben zurückkehren, wenn er nicht zum Bundesgesandten ernannt würde. Am 15. Juli erhielt er von Manteuffel des Königs Unterschrift. Rochow war darüber verstimmt und reiste ohne Übergabe der Geschäfte und Akten ab. Bismarck kam noch gerade zur rechten Zeit auf den Bahnhof, „um ihm meinen Dank für das bewiesene Wohlwollen auszudrücken", wie er ironisch erzählte.

Bismarck war seit dem 11. Mai 1851 in Frankfurt tätig. Er fand hier einen Personenkreis und eine Lage vor, der gegenüber er zu beweisen hatte, daß er der rechte Mann war, um Preußens Ansehen in Deutschland und darüber hinaus in Europa wiederherzustellen; an Preußens Demütigung hatten ja auch England, Frankreich, Rußland ihren aktiven Anteil gehabt. Österreich wollte natürlich seinen Olmützer Sieg ausnutzen, Preußen weiter aus dem ihm noch verbliebenen Einfluß auf die Kleinstaaten herausdrängen und wie in der Zeit vor Preußens Aufstieg unter Friedrich dem Großen die politisch allein bestimmende Macht in Mitteleuropa bleiben. Der Kampf, wer künftig in Deutschland die Führung haben sollte, war mit Olmütz nicht beendet, sondern wurde auf dem Bundestag in Frankfurt fortgesetzt.

Österreich war hier in der mächtigeren Stellung. Es hatte das Bundespräsidium, damit die Bundeskanzlei und das Bundesarchiv mit der Herrschaft und Kenntnis der Akten, die Anstellung von Beamten, die Geschäftsleitung, die Einberufung der Sitzungen, die Gestaltung des Geschäftsganges inne. Es nutzte seine Macht durch seinen Gesandten (bis November 1852 Friedrich Graf von Thun, bis Dezember 1855 Anton von Prokesch-Osten, bis Mai 1859 Johann

Bernhard Graf Rechberg) für seine Zwecke und Ziele bis zur Skrupellosigkeit und Hinterhältigkeit, Undurchsichtigkeit im Geldgebaren, bis zu Unregelmäßigkeiten, anmaßenden Übergriffen und sonstigen Rücksichtslosigkeiten aus. Dazu kamen die alten Verbindungen der Habsburger Kaisermacht zum hohen und höchsten deutschen Adel, der, beeinflußt und eingeschüchtert, in alle Intrigen mitversponnen wurde. Und schließlich verstand Österreich, wie Dietrich Schaefer überzeugend dargetan hat, die Presse, die „Augsburger Allgemeine Zeitung", das „Journal de Francfort", das ultramontane „Deutschland", die Postamts-Zeitung zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung bis zu persönlichen Angriffen auf Bismarck ebensogut zu nützen, wie das Postwesen der Thurn und Taxis mit Verletzung des Briefgeheimnisses und das Geld- und Kreditwesen mit den Geschäftswünschen des „Schacherjuden" Amsel Rothschild. Das vorwiegend protestantische, kapitalarme, niedrigeren Zins für seine außerhalb der Landesgrenzen kaum bekannten Anleihen zahlende Preußen konnte gegen diese jahrhundertalte katholisch-jüdische Taktik des Habsburgerstaates nur schwer aufkommen.

Bismarck sammelte in seiner „hohen Schule der diplomatischen Ausbildung", auf die Friedrich Wilhelm IV. ihn nach eigenem Ausspruch mit Absicht geschickt hatte, die Erfahrungen, die ihn zu seiner Politik der Gründung des Reichs auf kleindeutscher Grundlage führten. Die Frankfurter Jahre brachten Bismarck eine politische Wandlung: war er 1851 zum Bundestag gekommen, Preußen und Österreich auf der Grundlage der Gleichberechtigung zu verständigen, so hatte er 1859 in jeder Beziehung durch Erfahrung gelernt, daß Österreich Preußen niemals Gleichberechtigung und damit freie Entscheidung über die eigene Politik auch in der deutschen Frage gestatten würde. Als Bismarck aus Frankfurt schied, wußte er bereits, daß Preußen mit dem Habsburgerstaat eines Tages um Deutschlands willen die Klingen würde kreuzen müssen. Sein Bestreben war darum, sowohl zu Zeiten der Verständigungsbemühungen wie später zu Zeiten der inneren Loslösung von Österreich, darauf gerichtet, Preußens Machtstellung Österreich wie allen europäischen Staaten gegenüber zu vervollständigen und zu vergrößern. Er trieb bereits in Frankfurt den äußeren Interessen Preußens wie während der 1848er Revolution seinen inneren Belangen entsprechende Machtpolitik mit dem Maß,

das sein Blick für die Wirklichkeit ihm an Hand gab. Dadurch geriet er schon in Frankfurt gegenüber allen politischen Persönlichkeiten, Gruppen, Ministern, Königen und Zielsetzungen in eine Sonderstellung! Er hob sich schon jetzt als der einstige schöpferische Politiker seines Zeitalters aus dem Getriebe der Kabinette heraus. Er trat mit Frankfurt in die europäische Politik ein. Und Europa horchte auf ...

Bismarck ging in der ihm neuen diplomatischen Welt, die sich ihm in Frankfurt eröffnete, mit kühlem Realismus vor. Er wußte, daß die Politik Menschenarbeit ist. Er machte sich darum zuerst mit den Persönlichkeiten vertraut, mit denen er es fortan zu tun hatte. Schon sein zweiter Bericht an Minister von Manteuffel vom 26. Mai 1851 charakterisierte mit überlegener Psychologie fast alle diplomatischen Vertreter am Bundestag. Als Beispiel sei seine von Sarkasmus nicht freie und sachlich nicht ganz gerechte Beschreibung des österreichischen Grafen Thun, des entscheidenden Mannes am Bundestage, angeführt: „Der Graf Thun trägt in seinem Äußeren etwas von burschikosem Wesen zur Schau, gemischt mit einem Anflug von Wiener roué. Die Sünden, die er in letzter Eigenschaft begehen mag, sucht er durch strenge Beobachtung der katholischen Kirche in seinen oder doch in den Augen der Gräfin aufzuwiegen. Er spielt auf dem Club bis 4 Uhr morgens Hazard, tanzt von 10 bis 5 Uhr ohne Pause und mit sichtlicher Leidenschaft, genießt dabei reichlich kalten Champagner, und macht den hübschen Frauen der Kaufmannschaft mit einer Ostentation den Hof, die glauben läßt, daß es ihm ebenso sehr um den Eindruck auf die Zuschauer als auf das eigene Vergnügen zu thun ist. Vielleicht findet das letztere mehr seine Rechnung bei den Landparthien, die der Graf, namentlich Sonntags, in die Umgebung nach Homburg, Königstein pp. unternimmt, und bei denen er mit Mad. Metzler u. Mad. Mumm in einem Wagen, die Gräfin mit den H. H. Metzler und Mumm in den folgenden fährt. Unter dieser äußerlichen Richtung, der er sich nicht ohne eine gewisse Schaustellung hinzugeben scheint, birgt Graf Thun, ich will nicht sagen eine hohe politische Thatkraft und geistige Begabung, aber doch einen ungewöhnlichen Grad von Schlauheit und Berechnung, die mit großer Geistesgegenwart aus der Maske harmloser Bonhommie hervortritt, sobald die Politik ins Spiel kommt. Ich halte ihn für einen Gegner, der jedem gefährlich ist, der ihm ehrlich vertraut,

anstatt ihm mit gleicher Münze zu zahlen. Wie ich höre, ist Graf Thun, in Beobachtung der löblichen Disciplin, welche der österreichischen Diplomatie eigen ist, gewissenhaft bemüht, das treueste Organ der Absichten des Fürsten Schwarzenberg zu sein, und beweist in dieser Beziehung eine nachahmenswerthe Genauigkeit und Pflichttreue. Wenn ich mir bei der Neuheit meiner Erfahrungen ein Urtheil erlauben darf, so ist aber von den österreichischen Staatsmännern aus der Schwarzenbergschen Schule niemals zu erwarten, daß sie das Recht aus dem alleinigen Grunde, weil es das Recht ist, zur Grundlage ihrer Politik nehmen oder behalten werden; ihre Auffassung scheint mehr die eines dreisten Spielers zu sein, der die Chancen wahrnimmt, in ihrer Ausbeutung zugleich Nahrung für persönliche Eitelkeit sucht, und zu letzterm Behuf die Drapirung der kecken und verachtenden Sorglosigkeit eines eleganten Cavaliers aus leichtfertiger Schule zu Hülfe nimmt. Man kann von ihnen mit jenem herabstürzenden Dachdecker sagen: ‚ça va bien, pourvu que cela dure'. Die Gräfin Thun ist eine junge hübsche vergnügungssüchtige Frau, sonst von gutem Ruf, geb. Gräfin Lamberg; sie sieht meiner Schwester einigermaßen ähnlich und ist streng katholisch. Beide Gatten haben eine starke Färbung von Czechenthum; sie spricht mit ihren Kindern und Mägden nur böhmisch." Er ließ auch Thuns Mitarbeiter, den Baron Nell von Nellenburg, „einen geschickten Publizisten", und den zurückhaltenden, ultramontanen Baron Brenner, einen Damenliebling, nicht aus den Augen. Zu den österreichischen Offizieren, General von Schmerling und Major Baron Rzikowsky, wünschte er ein „preußisches Gegenstück" zu sehen. Unter den übrigen Bevollmächtigten, dem Bayern General von Xylander, dem Württemberger von Reinhard, den Herren von Trott und von Münch, dem Badener Baron Marschall, dem Nassauer von Dungern, dem Niederländer von Scherff, dem Hannoveraner von Schele, dem Sachsen von Nostitz, dem Engländer Lord Cowley, dem Franzosen Marquis de Talleney und wie sie sonst hießen, bis zu dem Vertreter von Thurn und Taxis Baron Dörnberg und den Presseagenten fand Bismarck bald manchen verständigen Mann, dem er Vertrauen schenken und gesellschaftlich mehr als nur pflichtgemäß nähertreten konnte. All diese Diplomaten, Geschäftsträger, Politiker, hatten aber keine besondere Bedeutung: das eigentliche po-

litische Ringen spielte sich zwischen Graf Thun und ihm, Österreichs und Preußens Vertretern, ab.

Österreich war auf keine Weise gewillt, Preußen im Deutschen Bunde Einfluß gewinnen zu lassen. Graf Thun nahm von Bismarck zuerst kaum Notiz, schickte ihm auf seinen ersten Besuch hin nur seine Karte und übersah alle späteren Besuche Bismarcks, auch die offiziellen. Bismarck aber hatte es sich zur Regel gemacht, etwaige Keime einer Uneinigkeit zwischen Preußen und Österreich stets mit dem Grafen Thun unter vier Augen zu verhandeln, ehe er mit einer derartigen Sache vor den Bundesrat trat. Thun aber ließ ihn im Vorzimmer warten, sagte ihm dann, ein englischer Zeitungskorrespondent wäre eben bei ihm gewesen. „Er steht nie von seinem Stuhl auf, um jemand zu empfangen, bietet auch keinen Stuhl an, während er selbst sitzen bleibt und stark raucht." Dieser Unverschämtheit begegnete Bismarck kaltblütig: er nahm sich eine Zigarre aus seiner Tasche, ersuchte den Grafen um Feuer und zog sich einen Stuhl heran. Alles Bemühen, die österreichische Überheblichkeit und Hegemonieanmaßung auszugleichen, erwies sich als vergeblich, Schwarzenbergs Politik war avilir, puis demolir. Schon im Februar 1852 mußte Bismarck gestehen: „Schwarzenberg scheint sich sein Verhältnis zu uns etwa so zu denken, wie das eines leicht angetrunkenen Junkers vom Regiment Garde du Corps zu einem Nachtwächter, dessen äußersten Zorn man schließlich mit einiger Bonhommie und zwei Talern bar besänftigt." Und 1855 mußte er Manteuffel die Enttäuschung „seiner jugendlichen Illusion" zugeben: „Ich war gewiß kein prinzipieller Gegner Österreichs, als ich herkam, aber ich hätte jeden Tropfen preußischen Blutes verleugnen müssen, wenn ich mir auch nur eine mäßige Vorliebe für das Österreich, wie seine gegenwärtigen Machthaber es verstehen, hätte bewahren sollen." Er hätte nach einer Auslassung des Grafen Thun im November 1851, der „die Existenz Preußens in seiner damaligen Ausdehnung eigentlich als eine bedauerliche Tatsache ansah, seinem Könige raten wollen, auf die Erbschaft Friedrichs des Großen zu verzichten, um sich seiner wahren providentiellen Bestimmung als Reichs-Erzkämmerer hingeben zu können". Bismarck, für den die Vorstellungen des 1806 endgültig begrabenen alten Reichs ja keinerlei Kraft wie anscheinend noch am Wiener Hofe und in der habsburgischen Diplomatie besaßen, antwortete: die bewußte Lotterie solle dann

lieber zwischen Preußen und Österreich noch einmal gespielt werden und Gott solle entscheiden, wer gewinnen solle.

Dieser erst 1866, ja endgültig erst 1938 mit der Heimkehr der Ostmark ins Reich beseitigte Gegensatz zwischen Österreich, dem Staat, der aus historischen und katholischen Anschauungen heraus die deutsche Vorherrschaft beanspruchte, und Preußen, das bei seiner geographischen Lage zum mindesten in Norddeutschland, darum auch in Mitteleuropa führend sein mußte, bestimmte schließlich Bismarcks gesamte politische Arbeit in den Frankfurter Jahren, mochte es sich dabei um die Zollvereinsfrage, religiös-kirchliche Angelegenheiten, die schleswig-holsteinische Not, oder den Krimkrieg und das deutsche Verhältnis zu den Großmächten handeln. Als gewandter und überzeugter Gefolgsmann seines Königs empfing er sein Maß und seine Ausrichtung stets von Preußens Macht und Freiheit, Selbständigkeit und Unabhängigkeit. Er sah, Österreich würde Preußen nur dann Vorschub in der deutschen Frage leisten, wenn es seiner für seine europäische Politik bedurfte oder es fürchtete. Er trat deswegen entschieden für eine freie Aktivität der preußischen Politik ein: Preußen sollte als ein souveräner Staat in der Mitte Europas seine Partner nur nach seinen Lebensnotwendigkeiten suchen, mochte darüber auch an Stelle der feindlichen Tradition gegen Frankreich aus den Befreiungskriegen eine Freundschaft mit dem westlichen Nachbarn treten oder Rußland gegen Österreich ausgespielt werden. Er gab sich darum, wenn er auch ein „regelmäßiger, trockner Geschäftsmann sein und viele feste Arbeitsstunden haben“ mußte, nicht groß mit den „Lappalien“, „der wichtigtuenden Kleinkrämerei“ der „superklugen Bundestagsmenschen“ ab und kochte keine „solche nüchterne einfältige Wassersuppe, in der auch nicht ein einziges Fettauge von Hammeltalg zu spüren ist“, sondern verfolgte bewußt und willensfest, „was er in 24 Stunden zustande bringen“ würde, „wenn die anderen nur einen Tag lang wahrheitsliebend und vernünftig sein“ wollten. Er nutzte dazu alle „Liebenswürdigkeit und Feinheit des Betragens, Entschiedenheit, Energie, brillanten Verstand und blendenden Witz, verbunden mit Gemüt, Treue und Frömmigkeit“, die ihn nach dem Urteil der Frau seines Freundes Scharlach bis zur „Vollkommenheit“ auszeichneten. Er wurde tatsächlich der heimliche Führer der preußischen Politik schon in

dieser Zeit, weil er mit Weitblick und auf weite Sicht, mit klarem Urteil über die Gesamtlage und mit festem Willen arbeitete.

Friedrich Wilhelm IV. konnte ohne ihn ebensowenig auskommen, wie der Minister von Manteuffel oder des Königs Intimus General Leopold von Gerlach, der in Bismarck seinen „politischen Lehrling" sah. Diese dreifache Inanspruchnahme mußte schließlich zu Mißverständnissen, Verstimmungen, ja Abkühlung des fast freundschaftlichen Verhältnisses zu seinem Chef und zu einer Entfremdung mit Gerlach führen, zumal da Bismarck stets seinen Überzeugungen folgte, auch wenn der Ministerpräsident und der General glaubten, ihn für ihre Ansicht gewonnen zu haben. Bismarck war aber weder Reaktionär wie Manteuffel, noch romantischer Idealist wie Gerlach, der auf die Heilige Allianz und den ewigen Franzosenhaß schwur. Er war Realpolitiker. Als solcher diente er dem König mit aller Ehrlichkeit und Offenheit. Der König holte ihn deswegen ständig nach Berlin. In einem Jahr hat Bismark einmal zweitausend Meilen zwischen Frankfurt und Berlin in rasch aufeinanderfolgendem Hin und Her zurückgelegt. Der König befragte ihn in jeder wichtigen und unwichtigen Angelegenheit. Er hätte ihn gar zu gerne zu seinem Minister gemacht. „Und wenn Sie sich an der Erde winden", sagte er gelegentlich zu ihm, „es hilft Ihnen nichts, Sie müssen Minister werden." Bismarck, der, wie er wußte, zur „Territion" Manteuffels nach Berlin geholt wurde, um den Ministerpräsidenten dem Willen des Souveräns gefügig zu machen, wollte kein absolutistischer, d. h. „allergehorsamster" Minister werden, weil er seine eigene politische Konzeption besaß und durchzuführen wünschte.

Er zeigte seine Sicherheit der Einsicht in die wirklichen Verhältnisse, als er Preußen beim Streit der katholischen Kirche gegen die Verfügung, jede Veröffentlichung eines kirchlichen Erlasses bedürfe der staatlichen Genehmigung, zur Zurückhaltung riet, um die katholische Bevölkerung nicht in die Arme Österreichs und dadurch Wittelsbach in die Arme der Habsburger zu treiben. Denn „wenn man sich", wie er im Februar 1852 schrieb, „das Ansehen gibt, die Wichtigkeit Bayerns anzuerkennen, so läßt sich mit Bayern manches anfangen".

Auch in der schleswig-holsteinischen Frage suchte Bismarck nur den preußischen Augenblicksbedürfnissen zu entsprechen. Er wußte, daß die Frage jetzt endgültig nicht zu lösen war, weil die

Macht dazu fehlte. Deswegen führte er den Auftrag des Königs aus, den Augustenburger Christian August gegen Zahlung einer Abfindungssumme zur Verzichtleistung auf die Herzogtümer zu bewegen, und warb in der Bundesversammlung, freilich vergeblich, weil Bayern und Oldenburg protestierten, für das Londoner Protokoll vom 8. Mai 1852, nach dem die Dänische Monarchie unversehrt bleiben sollte, ohne daß Dänemarks und des Deutschen Bundes Recht auf Holstein und Lauenburg dadurch berührt würden. Die Kämpfe um Schleswig-Holstein brachen erst richtig aus, als Dänemark unter Verletzung seiner Verpflichtungen und gegen die Bedenken über seine Verfassungsentwürfe am 2. Oktober 1855 in seiner Gesamtstaatsverfassung die drei Herzogtümer Schleswig-Holstein und Lauenburg dem dänischen Reichstag unterstellen wollte. Österreich und Preußen warnten Dänemark gemeinsam, das sich aber nicht einschüchtern ließ. Bismarck holte Napoleons Hilfe gegen die dänischen Demokraten herbei, und Dänemark gab scheinbar nach, so daß Bismarck, der sich Schleswig-Holstein für die spätere endgültige Lösung (1864) vorbehalten wollte, kurztreten konnte. Im August und September 1857 protestierten die Holsteinischen Stände aber leidenschaftlich gegen den dänischen Gesamtstaatsgedanken. Preußen und Österreich mußten im „Wettlauf um die Gunst der öffentlichen Meinung" „ihre gemeinsame Vorlage wegen der Verfassungsangelegenheit der Herzogtümer Holstein und Lauenburg" vor den Bundestag bringen. Damit wurde diese nationale Angelegenheit wieder zu einem Streitobjekt für die Rivalität Preußens und Österreichs. Bismarck nutzte dies Streitobjekt redlich, indem er das für Holstein-Lauenburg tapfer kämpfende Hannover auf seine Seite zog und damit das Herz der Deutschen für Preußen erwärmte. Unter schwersten, den Bund zersetzenden Kämpfen wurde die Aufhebung der beanstandeten dänischen Verfassungsrechte für Holstein und Lauenburg erreicht. Bismarck hatte einen Sieg seiner Haltung errungen, der Sieg genügte freilich der Öffentlichkeit nicht; sie ersehnte das ungeteilte Schleswig-Holstein für Deutschland. Bismarck teilte diesen Wunsch. Er behielt sich seine Erfüllung für später vor.

Der Kampf um den Zollverein brachte ebenfalls einen Sieg. Die Habsburger Monarchie wollte den Ablauf der auf zwölf Jahre abgeschlossenen Verträge mit Jahresschluß 1853 dazu benutzen, selbst in den Zollverein einzutreten und hier zusammen mit dem

österreichisch gesinnten Hannover, das auch eintreten sollte, die Vorherrschaft zu erringen, indem es Handels- und Zollfragen zur Sache des von ihm beherrschten Deutschen Bundes machen wollte. Der Deutsche Zollverein war nun aber Preußens einziges politisches Erfolgsfeld seit dem Befreiungskriege: Preußen hatte hier tatsächlich so etwas wie ein Kleindeutschland ohne den Bund und ohne Österreich zustande gebracht. Österreich wollte jetzt, wenn seine Handels- und Zollpolitik erfolglos blieb, sogar einen neuen Zollverein ohne Preußen bilden und lud dazu die Mittelstaaten nach Wien ein. Manteuffel erließ dagegen wieder Einladungen an die Zollvereinsstaaten nach Berlin und begründete Österreichs Nichtaufnahme mit den wirtschaftlichen Unterschieden zwischen dem industriell entwickelten Norden und dem agrarischen Süden. Da starb im April 1852 Fürst Schwarzenberg. Manteuffel bot jetzt Österreich an Stelle der Zulassung zum Zollverein einen Handelsvertrag an, und Bismarck wurde vom König zu Verhandlungen nach Wien geschickt; er sollte hier den schwererkrankten preußischen Gesandten Graf Arnim-Heinrichsdorf vertreten und später ersetzen. Friedrich Wilhelm IV. empfahl in einem eigenhändigen Schreiben vom 5. Juni seinen Günstling dem Kaiser Franz Joseph mit besonderer Wärme. Er gehöre „einem Rittergeschlecht an, welches, länger als mein Haus in unseren Marken seßhaft, von jeher und besonders in ihm seine alten Tugenden bewährt hat. Die Erhaltung und Stärkung der erfreulichen Zustände unseres platten Landes verdanken wir seinem furchtlosen und energischen Mühen in den bösen Tagen der jüngst verflossenen Jahre.“ Es wäre Friedrich Wilhelm „ein befriedigender Gedanke“, daß der Kaiser „einen Mann kommen lasse, der bei uns wegen seines ritterlich freien Gehorsams und seiner Unversöhnlichkeit gegen die Revolution bis in ihre Wurzeln hinein, von vielen verehrt, von manchen gehaßt wird. Er ist mein Freund und treuer Diener und kommt mit dem frischen lebendigen sympathischen Eindruck meiner Grundsätze, meiner Handlungsweise, meines Willens und ich setze hinzu meiner Liebe zu Österreich und zu Ew. Majestät nach Wien. Er kann, wenn es der Mühe wert gefunden wird, Ew. Majestät und höchsten Räten über viele Gegenstände Rede und Antwort geben, wie es wohl wenige imstande sind; denn wenn nicht unerhörte, langvorbereitete Mißverständnisse zu tief eingewurzelt sind, was Gott in Gnaden verhüte, kann die kurze Zeit seiner Amtsführung

in Wien wahrhaft segensreich werden. Herr von Bismarck kommt aus Frankfurt, wo das, was die rheinbundschwangeren Mittelstaaten mit Entzücken die Differenzen Österreichs und Preußens nennen, jederzeit seinen stärksten Widerhall und oft seine Quelle gehabt hat, und er hat diese Dinge und das Treiben daselbst mit scharfem und richtigem Blick betrachtet. Ich habe ihm befohlen, jede darauf gerichtete Frage Ew. Majestät und Ihrer Minister so zu beantworten, als hätte ich sie selbst an ihn gerichtet. Sollte es Ew. Majestät gefallen, von ihm Aufklärung über meine Auffassung und meine Behandlung der Zollvereinsangelegenheit zu verlangen, so lebe ich in der Gewißheit, daß mein Betragen in diesen Dingen, wenn auch vielleicht nicht das Glück Ihres Beifalls, doch sicher Ihre Achtung erringen wird." Bismarck ging sehr gerne nach Wien. Er liebte die schöne Donaustadt seit seiner Hochzeitsreise, „deren Erinnerungen nun wieder in ihm wach wurden". Der zweiundzwanzigjährige Kaiser Franz Joseph nahm ihn mit allem Zauber seiner Jugend auf, lud ihn in die Ofner Burg und nach Szolnok an der oberen Theiß zur Fahrt über die Pußta mitten durch angeblich gefährliche Räuber ein. Das neue „einsilbige" Ministerium Buol, Bach, Bruck usw. war äußerlich zwar liebenswürdig, sachlich aber unzugänglich, es wollte alles oder nichts. Bismarcks Mission blieb darum erfolglos, war freilich für seine Gesamtpolitik doch ein Erfolg, denn Österreichs Aufnahme in den Zollverein, der seit Hannovers Zugang am 7. September 1851 tatsächlich schon fast das ganze spätere Reich mit Ausnahme der Freien Hansastädte Bremen, Hamburg, Lübeck sowie Mecklenburgs und Schleswig-Holsteins umfaßte, hätte die kleindeutsche Einheitslösung durch Preußen, also Bismarcks Reichsbau, wohl für immer unmöglich gemacht.

Vermochte schon in Wirtschaftsfragen, zu denen der Zoll damals vorzugsweise gerechnet wurde, keine Einigkeit zwischen Preußen und Österreich erreicht zu werden, um wieviel weniger in prinzipiellen und politischen Angelegenheiten, wie der „Beseitigung der mit den Grundsätzen des Bundes nicht in Einklang stehenden Verfassungen und Landesgesetze". Bismarck konnte keine Änderung der bestehenden preußischen Verfassung, die seinem Lande Ruhe gebracht und in seinen Landsleuten neues Interesse am politischen Leben ihrer Heimat erweckt hätte, wünschen

und hielt, besonders in der Kurhessischen und Lippe-Detmolder Verfassungsfrage, dem reaktionären Österreich das Widerspiel.

Auch die Angelegenheit der Flotte des Deutschen Bundes, die in Bremerhaven verkam, wurde zu einem Prinzipienstreit zwischen den beiden deutschen Großmächten. Die Habsburger Monarchie wollte das Eigentum des Bundes an den unter schwarz-rot-goldener Flagge fahrenden Schiffen nicht anerkennen, zugleich aber von Bundes wegen darüber verfügen. Preußen wollte für seine zwei Millionen eingezahlter Taler einen Teil der Flotte übernehmen, wurde aber abgewiesen. Man stritt sich über eine österreichische Flotte in der Adria, eine preußische in der Ostsee, eine vereinigte der Küstenstaaten in der Nordsee, bis es ein Jahr später zur Versteigerung der Schiffe durch Hannibal Fischer in Bremerhaven kam und Preußen die „Gefion" und die „Barbarossa" erwarb.

Endgültige Klarheit über Österreichs Anschauung, daß alle deutschen Staaten, einschließlich Preußen, nur seiner Politik und seiner Machterweiterung zu dienen hätten, brachte Bismarck der Krimkrieg. Rußland hatte die Türkei ähnlich wie Polen aufteilen wollen und war mit ihr über die Schutzherrschaft aller griechisch-katholischen Christen in Krieg geraten; England und Frankreich waren den Türken mit ihrer Kriegserklärung am 28. März 1854 zu Hilfe geeilt; Österreich seinerseits war an den Donaufürstentümern stark interessiert und konnte nicht dulden, daß sie unter russische Herrschaft gerieten, nahm infolgedessen, obwohl es Rußland für seine Hilfe in Ungarn während der Revolution verpflichtet war, Stellung gegen das Zarenreich; es wünschte Preußen in die gleiche Richtung zu bringen.

Bismarck übersah die politischen Zusammenhänge. Österreichs antirussische Politik wünschte er nur innerhalb des Bundes zu nutzen: für Preußens völlige Gleichberechtigung mit der Donaumonarchie durch ein Abkommen über ein gegenseitiges Vetorecht, um dadurch zugleich die von Österreich geführte Bundesgewalt zu schwächen. Er wollte nicht auf die Seite Österreichs gegen Rußland treten. Habsburgs Not war ihm nur das Mittel, um seinem Preußen die gleiche Großmachtstellung innerhalb des Bundes (und damit auch in Europa) zu verschaffen, die Österreich für sich beanspruchte und besaß. Manteuffel verfolgte aber in Berlin nicht die gleiche Politik, wenn er sich durch Bismarck auch immer wieder beraten ließ. Hier spielte die sogenannte „Wochenblatt-

partei", die Fraktion des Abgeordneten August von Bethmann-Hollweg, die sich das „Preußische Wochenblatt" zum Preßorgan ihrer Politik eines gemäßigten Liberalismus und einer Anlehnung an die Westmächte gewählt hatte, unter der Führung des Grafen Robert von der Goltz eine einflußreiche Rolle; sie hatte durch ihre Verurteilung der Olmützer Punktation den Prinzen von Preußen, dessen soldatisches Ehrgefühl jene Niederlage Preußens nicht verwinden konnte, als Helfer; sie kämpfte vor allen Dingen gegen die Konservativen, die unter Führung der beiden Gerlachs und für Rußland als die Vormacht des absolutistischen Regimes, als den Hüter der Heiligen Allianz und den Bundesgenossen gegen Frankreich eintraten. Der Ministerpräsident von Manteuffel entschied sich weder für die Bethmann-Hollwegianer noch für die Gerlachianer; er wollte aus der Krise ohne Bruch mit Österreich, ohne Verfeindung mit Rußland herauskommen. Er dachte dabei weniger an die spezifischen Interessen Preußens in seinem Kampf mit Österreich, wie Bismarck in Frankfurt, sondern Deutschlands und trat deswegen für den Frieden und Preußens deutsche Mission ein. Er ließ sich zwar von Bismarck, der in den kritischen Frühjahrstagen 1854 oft in Berlin war, seine Kammerrede vom 18. März entwerfen, folgte ihm aber nicht, sondern schloß am 20. April sogar ein Schutz- und Trutzbündnis mit Österreich ab. Bismarck stellte tief verstimmt fest: „Der 20. April täuscht die Erwartungen der deutschen Staaten und discreditiert Preußen bei ihnen; sie sehn, daß Österreich sein Herr ist!"

Bismarck war völlig auf seine eigene Politik, Preußen von jeder irgendwie zugedachten Bevormundung durch Österreich oder den Bund freizumachen, eingestellt. Er sah klar, wie er in einer Unterredung mit dem Prinzen von Preußen ausgeführt hatte, daß Preußen keinen Kriegsgrund gegen Rußland und kein Interesse an der orientalischen Frage hätte, vielmehr nach Freundschaft mit Rußland streben müsse, wenn es gegenüber Österreichs Hegemonie in der deutschen Frage frei entscheiden und führen wolle. Diese freie Selbstbestimmung war durch das Schutz- und Trutzbündnis, das Preußen unter gewissen Voraussetzungen zur Konzentration von 100 000 Mann innerhalb von 36 Tagen in Ostpreußen, in Posen und Breslau, sowie zur Erhöhung seiner Armee auf 200 000 Mann in Verständigung mit Österreich verpflichtete, vorerst aufgehoben. Bismarck suchte es aber, als der König ihn am 3. Mai wieder zur

Beratung nach Berlin holte, für seine Politik zu nutzen, indem er vorschlug, zwei Drittel jener 100000 Mann in Oberschlesien zusammenzuziehen, so daß sie ebenso schnell nach Österreich wie nach Rußland marschieren könnten, die 200000 Mann aufzustellen, weil der König damit Herr über Europa in diesem Augenblick wäre, den Frieden diktieren, Preußen zur Großmacht erheben könnte, denn Frankreich wäre nicht imstande, über die Westgrenze vorzugehen, Österreich aber durch die russische Armee gebunden. Der König hörte sich diese kühne, echt bismarcksche Politik mit wohlgefälligem Lächeln an, tat sie dann aber mit den berlinisch gesprochenen Worten ab: „Liebeken, das ös sehr schöne, aber es ös mich zu teuer. Solche Gewaltstreiche kann ein Mann von der Sorte Napoleon wohl machen, ich aber nich." Bismarck mußte einsehen, daß er Friedrich Wilhelm IV. niemals zu einer aktiven Politik in seinem Sinne würde bringen können. Manteuffel schickte sogar den französischen Gesandten Marquis de Moustier auf Bismarck los, um ihn zu einer westmächtlichen Auffassung zu bekehren. Moustier wagte in der Aussprache mit Bismarck sogar das Argument: „La politique que vous faites, va vous conduire à Jéna." Bismarck antwortete mit seiner berühmten Schlagfertigkeit: „Pourquoi pas à Leipçic ou à Roßbach?" Und fügte hinzu: „Enfin toute nation a perdu et gagné des batailles. Je ne suis pas venu pour faire avec vous un cours d'histoire", und verdiente sich mit seiner Zurechtweisung des Franzosen des Königs Lob.

Bismarck nutzte nun in Frankfurt das Schutz- und Trutzbündnis, um Österreichs Politik zu bremsen, wo immer es möglich war. Er wollte sich auf keine Weise, auch wenn Preußen sich die österreichische Erklärung einer gemeinsamen Haltung in Wien und Berlin in der orientalischen Frage an den Bundestag und seiner Aufforderung zum Anschluß mitbrachte, in die orientalische Frage hineinziehen lassen. Er hatte damals schon, wie Arnold Oskar Meyer uns gezeigt hat, jenes Programm, das er als Ministerpräsident und Reichskanzler vertrat: „nie ein eigenes Interesse an den orientalischen Händeln bekunden, immer aber sie ausnutzen für die Gestaltung der Beziehungen Preußen-Deutschlands zu den Großmächten!" Bismarck mußte freilich diesmal alle Disziplin, die ihm zur Verfügung stand, aufbringen, um die Politik seiner Berliner Regierung zur weiteren Unterstützung des österreichischen Vorgehens nicht zu stören. Preußen wollte in keinen Krieg gezogen

werden; Österreich trat aber mit immer schärferen Forderungen gegen Rußland vor und besetzte schließlich die Donaufürstentümer im September 1854, dadurch endgültig (und zu seinem besonderen Schaden 1866 wie 1914) mit Rußland brechend. Es ging allerdings nicht so weit, nur an der Seite der Westmächte in den Krieg einzutreten, weil es weder von Preußen noch vom Deutschen Bunde Waffenhilfe erhalten konnte, wenn es auch erreichte, daß der Bündnisfall bei einem Angriff auf die österreichischen Truppen in den Donaufürstentümern nach einem Zusatzartikel vom 26. November Geltung haben sollte. Frankreich und England zwangen schließlich durch ultimative Drohung mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen Österreich am 2. Dezember zu einem Bündnis, das wieder neue Kriegsgefahr auf Österreich und das mit ihm verbündete Preußen heraufbeschwor. „Furcht ist das einzige, was die Entschlüsse bestimmt", schrieb Bismarck damals am 15. Dezember an Gerlach, „jeder fürchtet sich vor dem andern, und alle vor Frankreich; die Schwaben auf der Hasenjagd. Es muß uns Söhnen Teuts erst einmal sehr schlecht gehen, ehe wir Courage haben; solange wir noch etwas zu verlieren haben, fürchten wir uns; sind wir ausgezogen und durchgeprügelt, so ist jeder ein Löwe." Die österreichische Politik war Bismarck jetzt ein „jüdisches Gemisch von Feigheit, Gewinnsucht und Unverschämtheit", das freilich den Katzenjammer nach sich ziehen würde, weil sich Österreich von den Westmächten abhängig gemacht und es gleichzeitig mit Rußland für immer verdorben hätte. Bismarck ahnte, daß Preußen einst aus dieser selbstverschuldeten Situation Österreichs heraus mit Habsburg würde abrechnen können.

Auch Manteuffel kam jetzt allmählich zu der Einsicht, daß Preußen seinen eigenen Weg gehen müsse, wie Bismarck es von jeher gewünscht hatte, und stärkte seinen Frankfurter Gesandten, als er Österreichs erneuten Versuch vom Januar 1855, die Bundesstreitkräfte zu mobilisieren, am 25. Januar mit Worten, wie nur er sie zu formen vermochte, abwies: „sein König werde, als deutscher Bundesfürst wie als Souverän einer europäischen Macht, alle Zumutungen zurückweisen, die von Deutschland kriegerische Opfer für andere als die eigenen, vollständig erwogenen Interessen Deutschlands forderten. Der König hoffe auf das einmütige Zusammenstehen mit seinen Bundesgenossen und erblicke in der eigenen Macht wie in der gesamten Deutschlands die ausreichende

Gewähr für Aufrechterhaltung der Würde und Unabhängigkeit des gemeinsamen Vaterlandes." Restlos warb Bismarck in Frankfurt, in der Presse, in den Residenzen der mittleren Staaten, in Berlin für seine Politik. Der österreichische Gesandte in Berlin Graf Esterhazy berichtete, Bismarck hätte sich geäußert: „Ich bin ein erklärter Feind Österreichs, der Dualismus zwischen den beiden Mächten war stets in Deutschland heimisch ... seit Karl dem Großen — dieser Dualismus führt in jedem Jahrhundert zu zwei bis drei großen Kriegen. Nun denn, so mögen wir einen guten Krieg mit Österreich haben, um es aus Deutschland hinauszuschaffen!" „Für Preußen taugt jetzt nur die Neutralität und ein festes inniges Bündnis mit Frankreich und Rußland, was seinen Interessen am meisten entspräche." So tauchte zum ersten Male die Bismarcksche Zukunft auf: nur mit dem Schwerte war Deutschlands Einheit zu erreichen! Österreich mußte aber jetzt Bismarcks Aktivität weichen und den Mobilmachungsantrag zurückziehen. Wenn auch der österreichische Gesandte von Prokesch-Osten sich mühte, noch eine Kriegsbereitschaft des Bundes herauszuholen, und sogar Frankreich, seinen Verbündeten, gegen Bismarck, der jetzt in Paris wie in Wien der meist angegriffene Mann war und von beiden Hauptstädten aus vergeblich in Berlin verklagt wurde, heranschleifte, siegte endlich doch Bismarcks Politik: Preußen besann sich auf sich selbst und versammelte die übrigen deutschen Staaten als der Beschützer der wirklichen deutschen Interessen um sich! Preußen hatte in diesem Augenblick eine gewisse Vorherrschaft in Deutschland errungen. Es galt, sie festzuhalten und auszubauen.

Der Weg zur wirklichen Führung Deutschlands durch Preußen war freilich noch weit. In Frankfurt gab es vorerst noch Rückschläge. Prokesch-Osten wurde zwar abberufen und nach Konstantinopel versetzt; Graf Rechberg trat an seine Stelle. Mit ihm begann das Spiel von neuem: Verständigungsversuch — Forschung nach Österreichs orientalischen Zielen — Kampf um die deutschen Staaten — Zurückdrängen des preußischen bzw. österreichischen Einflusses beim Bundestage — Austrittsdrohung aus dem Bunde. „Ein bizarres Ding, dieser Bund!" sagt A. O. Meyer mit Recht. „Für die Mittel- und Kleinstaaten wertvoller als die billigste Versicherung gegen Kriegs- und Annexionsgefahr, die europäische Bürgschaft ihres staatlichen Daseins, für die beiden Vormächte

nichts als ein Hebel ihrer Machtpolitik, für niemanden ein Gesamtvaterland, wie die übliche Phrase lautete: Eifersucht, Mißtrauen, ständige Intrigue waren die einzigen Gewächse, die in diesem Glashause die rechte Lebensluft fanden. Es gibt keine bessere Rechtfertigung für den Weg, den Bismarck von Frankfurt nach Königgrätz gegangen ist, als die Geschichte des Deutschen Bundes seit 1850."

Bismarck lernte hier jedes Mittel der Diplomatie kennen und gebrauchen. Rechberg spielte scheinbar das Spiel der Verständigung, sah aber nur das Ziel, Preußen wieder in die zweite Stellung zu bringen. Bismarck fing Rechberg mit der Finte eines nordischen Neutralitätsbundes. Sie blieben sich beide nichts schuldig, ja es kam sogar zu einer Duellforderung zwischen ihnen. Jeder setzte sich für sein Land aufs äußerste ein. Rechberg wollte mit neuer Kraft die Bundesgewalt verstärken, die Gesetzgebung des Bundes über die Gesetzgebung der einzelnen Staaten, wie die Dresdner Konferenzen 1851 schon gewollt hatten, stellen. Bismarck konnte Preußen niemals dem Bunde für die Gesetzgebung unterstellen, denn das hieß Preußen zu einem Vasallen Österreichs machen. Bismarck wünschte Preußen aus dem gleichen Grunde auch nicht auf dem Pariser Friedenskongreß zur Beendigung des Krimkrieges vertreten zu sehen: sein Land sollte über den Parteien frei und in einem guten Verhältnis zu Rußland verbleiben: „Wir laufen Gefahr", schrieb er am 26. Januar 1856 an Manteuffel, „mit einem Schlage die Früchte zweijähriger Weisheit und Ruhe einzubüßen, wie sie sich in unserer Einheit mit den deutschen Staaten, in unseren geschonten Beziehungen mit Rußland und in unserer haltbaren und einflußreichen Position gegenüber den Kriegsführenden darstellen, wenn wir dem westlichen Programm beitreten, solange dasselbe nicht abgeklärter ist als bisher." Der König aber wollte Verständigung mit Österreich und Schonung Rußlands zugleich. Bismarck mußte sich fügen: „fortwährende Anfälle gallichten Gebrechens und mäßiges Fieber", das ihn keinen Augenblick verließ, zeigten die Vergewaltigung seiner wahren Gedanken an, als Manteuffel sich gar eine Einladung als preußischer Bevollmächtigter nach Paris abbettelte. Rechberg erkannte deutlich: Bismarck wäre Preußens einziger wahrer Politiker, der zu Rußland stünde „als einzige Schutzwehr in dem Kampfe mit den liberalen Theorien des gegenwärtigen Jahrhunderts" und der einen „tiefer liegenden

Zweck“ mit seiner Österreich-Feindschaft verfolgte. In einer ausführlichen Denkschrift legte er dar, wie Preußen kein Interesse an der Erhaltung des Bundes hätte. Aber der österreichische Ministerpräsident Graf Buol schlug Rechbergs vorausschauende Warnung in den Wind. Er behielt auch vorerst scheinbar recht, denn Bismarck mußte bei der nachlassenden Geisteskraft des Königs, dem Heraufkommen des Liberalismus mit dem Thronwechsel, der nahenden Anglomanie mit der Heirat des Prinzen Friedrich Wilhelm und der englischen Königstochter befürchten, seine Politik durch die künftige „neue Ära“ beiseite geschoben zu sehen.

Alle Widerstandskraft gegen eine etwaige Niederlage bäumte sich in Bismarck auf. Er bezog Europa in seine Politik und politischen Pläne mit ein, er suchte mit Napoleon Frankreich für Preußen zu gewinnen und begann am Bundestag jetzt jene Politik, die er in seiner großen Denkschrift vom März 1858 nachträglich formuliert hat: „Preußen würde für die Erfüllung seiner Aufgabe in Deutschland erst volle Freiheit erlangen, wenn es aufhöre, erheblichen Wert auf die Sympathien der mittelstaatlichen Regierungen zu legen. Alle Anstrengungen, dieselben zu gewinnen, bleiben für immer erfolglos, und jede Rücksichtnahme auf ihre Wünsche und Empfindlichkeiten ist für Preußen eine nutzlose Selbstbeschränkung.“ Diesen Grundsatz wandte er sofort an, als Bayern im Frühjahr 1856 eine gemeinsame Handelsgesetzgebung für alle deutschen Bundesstaaten anregte. Bismarck siegte in dem sich darauf entspinnenden Kampf völlig: „das erste große gesamtdeutsche Gesetzbuch unserer neuen Geschichte“ wurde nach seinem Willen vollendet und schon 1861 in Preußen, 1862 in Österreich eingeführt. Die Zollpolitik, das Wechselrecht und das Handelsrecht bereiteten so den Reichsbau vor.

Es gab trotz aller Erfolge, die Bismarck in sachlicher Hinsicht errang, schließlich keine Frage mehr, die von ihm nicht benutzt wurde, um Österreich klarzumachen, daß Preußen nicht gewillt wäre, sich in irgendeine Abhängigkeit von Habsburg zu begeben. Selbst Rangstreitigkeiten, ob „der preußische Bundesgesandte oder die beim Bundestag beglaubigten Gesandten fremder Kronen“ dem österreichischen Präsidialgesandten nachstünden, wurden von Bismarck unerbittlich aufgegriffen, um Preußen die Stellung als Großmacht zu sichern. Ebenso wahrte Bismarck im sogenannten Bentinckschen Streit Preußens Position gegenüber dem Ausland. Der

Habsburger Staat sollte unter keinen Umständen einen Vorrang vor Preußen haben. So auch nicht in militärischen Angelegenheiten. Bismarck kämpfte Jahre hindurch um Preußens Gleichberechtigung in der Rastatter Festungsbesatzung und erreichte unter schärfsten Kampferregungen, die zu Schikanen bei Pensionsfragen armer Bundeskanzlisten oder der schleswig-holsteinischen Invaliden und bis zur Duellforderung auswuchsen und keine Erweiterung der Bundeskompetenz duldeten, am 28. Juli 1859 einen zwar nicht vollständigen, doch fühlbaren Sieg, so daß fortan ein preußisches Gegengewicht gegen Österreichs Einfluß in Baden geschaffen war.

Es gab keine Möglichkeit zu einer Überwindung des Dualismus innerhalb des Bundes. Preußen konnte von Österreich, wie Bismarck in seiner Denkschrift vom März 1858 „Einige Bemerkungen über Preußens Stellung im Bunde", die den Prinz von Preußen, seit einem halben Jahr des Königs Stellvertreter, in Bismarcks Politik einführen sollte und die Erich Marcks „in die Reihe der größten Staatsschriften" eingereiht hat, keine Forderung seiner Selbständigkeit erwarten. „Österreich" — faßt A. O. Meyer Bismarcks Darstellung zusammen — „beherrscht den Deutschen Bund und sucht Deutschland durch ihn zu beherrschen. Das Recht auf das Präsidium am Bundestage, Belohnung fügsamer und Bestrafung widerstrebender Bundesgesandter, Kampf gegen jeden unbequemen Minister in den Einzelstaaten, Ausnutzung der persönlichen Beziehungen des süd- und mitteldeutschen Adels zum österreichischen Staate, das Interesse der zahlreichen Besitzer österreichischer Staatspapiere — alles wird der Kaiserlichen Regierung zu Werkzeugen der Herrschaft. Preußen aber, dem diese Mittel fehlen, ist nicht nur deshalb verurteilt, am Bunde dauernd in der Minderheit zu bleiben. Denn dieser Bund, den Österreich regiert, dessen Kompetenz es ständig zu erweitern strebt, bedeutet für die Mittel- und Kleinstaaten Bürgschaft ihres staatlichen Bestandes, Schutz gegen Annexions- und Kriegsgefahr, Erhöhung ihrer europäischen Geltung. Sie alle haben Ursache, mit Österreich die Befestigung und Ausbildung des Bundes zu wünschen — Preußen ist der einzige Staat, für den der Bund keinen Vorteil, sondern eine Fessel bedeutet, keine Steigerung seiner Macht, sondern Hemmung seiner Bewegungsfreiheit.

Eine Großmacht, die aus eigner Kraft lebt, eigne Politik treiben will und muß, kann einem Bundesverhältnis wie dem in Deutsch-

land bestehenden nur dann mit Vorteil angehören, wenn sie die Leitung der Bundeskörperschaft in die Hand bekommt. Darauf darf Preußen nach menschlicher Voraussicht keine Hoffnung hegen. Keine Hoffnung auch auf gütliche Verständigung mit Österreich über Teilung von Einfluß und Herrschaft. Österreich fühlt sich seiner Majorität zu sicher, um dem Rivalen Zugeständnisse zu machen, und ist entschlossen, den Vorteil seiner Stellung rücksichtslos auszunützen. In den sieben Jahren, die seit der Reaktivierung des Bundestages verflossen sind, hat es jeden Anlaß benutzt, vom Streit um die Beiträge zur deutschen Flotte bis zu dem über Preußens Anteil an der Rastatter Besatzung, um den Versuch zu machen, Preußen unter bundeswidrige Mehrheitsbeschlüsse zu beugen. Die heuchlerische Phrase von gemeinsamen Bundesinteressen deckt diese Versuche und verbietet zugleich, von rechtsmäßigen Sonderinteressen zu sprechen. Auch in der europäischen Politik stößt Preußen auf Hemmungen, die ihm von Österreich aus keinem anderen Grunde bereitet werden, als um das preußische Ansehen im Rate der Großmächte und in den Augen Deutschlands herabzudrücken.

Wenn die Dinge so weitergehen, treiben sie zum Zerwürfnis. Dann muß einmal der Augenblick kommen, in dem Preußen die von Österreich geführte Bundesmehrheit der Überschreitung ihrer Befugnisse, die Mehrheit Preußen der Auflehnung gegen gültige Bundesbeschlüsse anklagen wird, beide sich also gegenseitig des Bundesbruchs beschuldigen. Vielleicht wollen Preußens Gegner es absichtlich dahin bringen, sobald ihnen die europäische Konstellation günstig ist. Dieser Gefahr kann Preußen nur dadurch begegnen, daß es den ersten Versuch eines kompetenzwidrigen Mehrheitsbeschlusses als Attentat auf die Bundesverfassung bezeichnet und durch eine Repressalie, etwa Zurückhaltung seiner Matrikularzahlungen, beantwortet. Jede Nachgiebigkeit gegen Österreich aber und jede Bemühung um die Gunst der Mittelstaaten können Preußen nur schwächen und müssen zu immer weiteren größeren Zumutungen führen. Österreich will Preußen zwar niederhalten, rechnet aber doch auf seinen Beistand in europäischen Gefahren. Darum muß Preußen dem Wiener Kabinett zu verstehen geben, daß dieser Beistand der eines sehr lauen und sogar bedenklichen Bundesgenossen sein werde, wenn Österreich sich nicht in seiner deutschen Politik mit Preußen verständigt. Statt dessen versichern

beide Kabinette einander gegenseitig ihres Wohlwollens und ihrer bundesfreundlichen Gesinnung, verhüllen aber schamhaft ihre Sonderinteressen. Das Ergebnis dieser Scheu vor der Wahrheit ist in der Regel nur ein Zuwachs an Verstimmung und Mißtrauen. Erst dann können die Beziehungen der beiden Großmächte zueinander bereinigt werden, wenn Preußen den Entschluß faßt, sie frei von der herkömmlichen Beimischung unwahrer Gefühlsausdrücke auf die einfachen und allein sicheren Grundlagen der beiderseitigen Interessen zurückzuführen. Nur dann wird auch der Bund vor der Gefahr behütet, durch Überspannung der antipreußischen Bundespolitik gesprengt zu werden.

Preußen aber würde, wenn es das schöne Trugbild allseitiger Bundesfreundlichkeit zerstörte, damit seinem deutschen Berufe keineswegs untreu werden. Es könnte vielmehr zeigen, daß Bundestag und Deutschland nicht Eins sind. Denn kein deutscher Staat hat in gleichem Maße wie Preußen den Beruf und die Gelegenheit, seine deutschen Gesinnungen unabhängig von der Bundesversammlung zu betätigen. Das System der freien, auf Kündigung geschlossenen Vereine ist das Gebiet, auf dem Preußen, unbehindert durch das Präsidium Österreichs und die Mehrheitstheorien der Bundesversammlung, seinen eignen und zugleich Deutschlands politischen und Verkehrsbedürfnissen genügen kann: ‚es gibt nichts Deutscheres, als gerade die Entwicklung richtig verstandener preußischer Partikularinteressen'."

Bismarck faßte in der Denkschrift seine siebenjährige Erfahrung beim Bunde und seine politische Erkenntnis mit höchster schriftstellerischer und diplomatischer Meisterschaft zusammen. Der Prinzregent war aber noch gegen Bismarck eingestellt und ließ sich nicht überzeugen, weil er damals liberalen Ideen, soweit sie national waren, zuneigte und Freundschaft mit Österreich halten wollte. Bismarck wurde deshalb bei den Einzugsfeierlichkeiten für Prinz Friedrich Wilhelm und Prinzessin Viktoria in Berlin kühl behandelt. Die Österreicher konnten nur, auch mit Hilfe der Mittelstaaten, die in der Mehrheit zu Habsburg hielten, gegen Bismarck als „den Störer des Bundesfriedens" wühlen und fanden in der Frau des Prinzregenten, der Weimaranerin Augusta, eine leidenschaftliche Helferin. Bismarck sah sich plötzlich, da weder Gerlach, der ihm wegen seiner Legitimitätswandlung und seines „Bonapartismus" grollte, noch Manteuffel, der das Ende seiner Herr-

schaft kommen sah, ihn verteidigten, allein, obwohl der Prinzregent Preußen gleich Bismarck ohne Rücksicht auf den Deutschen Bund zu führen wünschte. Als Manteuffel im November 1859 verabschiedet wurde und mit dem Ministerium Hohenzollern-Schleinitz die „Neue Ära“ anbrach, waren auch Bismarcks Frankfurter Tage gezählt. Der neue Ministerpräsident Fürst von Hohenzollern und der neue Außenminister von Schleinitz, der der bismarckfeindlichen Frau des Prinzregenten nahestand, wünschten, mit Österreich in beste Beziehungen zu kommen. Als nun Bismarck den Entschluß Napoleons vom 1. Januar 1859, Sardinien zur Befreiung der Lombardei und Venetiens von Österreich zu helfen, benutzte, um Arm in Arm mit dem italienischen Gesandten vor der Öffentlichkeit zu zeigen, auf welche Seite er Preußen wünschte und daß er den Bruch mit dem Bunde nicht fürchtete, weil allein Österreichs, d. h. Habsburgs Not Preußen freie Hand zur Erschaffung Deutschlands geben könnte, war die Stunde seiner Abberufung gekommen. Er war Mitte Januar zur Landtagseröffnung in Berlin. Hier erhielt er am Abend des 25. Januar auf einem Ballfest beim Prinzregenten die Gewißheit, daß er nach Petersburg versetzt werden würde. Er wurde krank vor Ärger, „weil man alles so hinterrücks abgemacht hatte“ und niemand seine Leistung in Frankfurt sah. Auch der Prinzregent nicht, den er aufsuchte, um die Entscheidung rückgängig zu machen. Es gab nur eine unerquickliche Auseinandersetzung, die der Regent mit einem leichten Verweis abschloß: „Ich begreife nicht, wie Sie die Sache so bitter auffassen können; Petersburg hat doch immer für den obersten Posten der preußischen Diplomatie gegolten, und Sie sollten es als einen Beweis hohen Vertrauens aufnehmen, daß ich Sie dahin schicke.“

Bismarck ging es aber nicht um den Posten, sondern um Preußens Sieg über Österreich, um die deutsche Sache. Er wußte, daß sein Nachfolger, der Freimaurer von Usedom, nicht im entferntesten fähig war, sein Werk fortzusetzen. Er wußte, dieser neue preußische Gesandte würde niemals „Preußens Gebrechen“, das „Bundesverhältnis“ „früher oder später ferro et igni heilen“. Der Deutsche Bund war erledigt. Diese Gewißheit nahm er aus Frankfurt mit fort. Die öffentliche Meinung dachte nicht anders über den Bund, aber sie wußte nicht, was an die Stelle des Bundes treten sollte. Bismarck aber wußte um die Zukunft. Grade als er

sie zu schmieden begann, schlug der Thronwechsel in Berlin ihm den erhobenen Hammer aus der Hand. Es war bitter schwer, jetzt seiner Dynastie die Treue zu halten. Er hielt sie aber, weil er empfand, daß wohl seine Lehrzeit mit seinem Fortgang aus Frankfurt am 6. März 1859 zu Ende, aber noch nicht seine Meisterzeit angebrochen war. Noch fehlte ihm die völlige Überschau über alle Kräfte seines Staates. Preußen müßte erst seine Rüstung in Ordnung bringen, was der Prinzregent und Kriegsminister von Roon mit der Heeresreform ins Werk gesetzt hatten. Erst nach beendeter Heeresreform konnte er daran denken, „Österreich ein Ultimatum zu stellen, entweder unsere Bedingungen in der deutschen Frage anzunehmen oder unseren Angriff zu gewärtigen", wie es später in den „Gedanken und Erinnerungen" hieß.

* *
*

Bismarck hatte in Frankfurt nicht nur die inneren Verhältnisse Deutschlands bis zur Notwendigkeit der Zerschlagung des Bundes, bis zum Kommen des preußisch-österreichischen Krieges, nicht nur die völlige Unfruchtbarkeit aller Deutschland zur Machtlosigkeit verurteilenden föderalistischen Politik kennengelernt, sondern auch jenen Schritt in die Welt getan, durch den Europa das Feld seines Wirkens wurde. Er hatte die Bedeutung Frankreichs für Preußens Ringen mit Österreich um die deutsche Vorherrschaft erkannt, sobald Frankreich vom demokratischen Republikanismus zum monarchischen Prinzip unter dem am 2. Dezember 1852 zum „Kaiser der Franzosen" ausgerufenen Napoleon III. zurückgekehrt war. Er folgte darum der Einladung des preußischen Gesandten Grafen Hatzfeld nach Paris zur ersten Pariser Weltausstellung im August 1855 bereitwilligst. Hatzfeldt sah in ihm den kommenden Außenminister Preußens, obwohl der König seine ursprüngliche Absicht in dieser Richtung hatte fallen lassen, als Bismarck eine Einladung Friedrich Wilhelms IV. nach Putbus wegen Krankheit seiner Frau am 1. September 1854 wider des Gastgebers Willen ablehnte und nun das Odium ausbaden mußte, „seine Häuslichkeit wäre ihm doch mehr wert als das ganze Reich".

Auch die Königin von England und ihr Prinzgemahl besuchten damals Napoleon III. Bismarck suchte den Kaiser persönlich

kennenzulernen „Ich wurde der Königin Victoria, dem Kaiser und der Kaiserin“ — auf dem „sehr prachtvollen Ball“ zu Versailles mit „vielen merkwürdigen Menschen“ am 25. August, wie er seiner Frau schrieb — „vorgestellt, und man hatte nach hiesigem Styl ungewöhnliche Liebenswürdigkeiten für mich. Die Kaiserin ist schöner als alle Bilder, ungemein graziös und lieblich, mehr das Genre von Malle (Schwester Malwine), als von Nelly (Frau von Vrints in Frankfurt am Main), aber ein längeres, schmaleres Gesicht wie erstere, schönere Augen und Mund und natürlich fabelhafte Diamanten.“ „Napoleon war sehr aimable; er sieht gescheut aus, wie ein Rattengesicht en face gesehen.“ Und er wiederholte von der Kaiserin, sie wäre „schöner als ihre Bilder; Victoria umgekehrt“. Sein Urteil über die Kaiserin fand er 1857 bei seinem zweiten Pariser Aufenthalt bestätigt: „Sie ist wirklich eine seltene Frau, nicht bloß äußerlich“ und 1862 nannte er sie „noch immer eine der schönsten Frauen, die ich kenne, trotz Petersburg; sie hat sich eher embelliert seit fünf Jahren“.

Auch sein Urteil über Napoleon brauchte künftig von ihm nicht abgewandelt zu werden. Während die Königin von England und Prinzgemahl Albert ihn wegen seiner „antiwestmächtlichen Einwirkung“ auf Friedrich Wilhelm IV. im Krimkrieg als „reaktionären Parteimann, der sich auf die Seite Rußlands stellte, um eine absolutistische Junkerpolitik zu fördern“, mit einer gewissen „übelwollenden Neugier“ aufnahmen, wenn auch die mit ihm deutschsprechende Königin Victoria ihn als „wunderlichen Kauz“, als „eine merkwürdige aber unsympathische Persönlichkeit“ „ohne den Anflug ironischer Überlegenheit“, wie ihr Mann, „freundlich und höflich“ behandelte, gab Napoleon ihm, obwohl er ihn zum ersten Male sah, sofort „bei verschiedenen Besprechungen“ „in allgemeinen Worten seinen Wunsch und seine Absicht im Sinne einer französisch-preußischen Intimität zu erkennen“. „Er sprach davon“, erzählt Bismarck in seinen „Gedanken und Erinnerungen“, „daß diese beiden benachbarten Staaten, die vermöge ihrer Bildung und ihrer Einrichtungen an der Spitze der Zivilisation stünden, aufeinander angewiesen seien. Eine Neigung, Beschwerden, die durch unsre Verweigerung des Anschlusses an die Westmächte hervorgerufen wären, mir gegenüber zum Ausdruck zu bringen, stand nicht im Vordergrunde. Ich hatte das Gefühl, daß der Druck, den England und Österreich in Berlin und Frankfurt ausübten, um

uns zu Kriegsdiensten im westmächtlichen Lager zu nötigen, sehr viel stärker, man könnte sagen, leidenschaftlicher und gröber war, als die in wohlwollender Form mir kundgegebenen Wünsche und Versprechungen, mit denen der Kaiser unsre Verständigung speziell mit Frankreich befürwortete. Er war für unsre Sünden gegen die westmächtliche Politik viel nachsichtiger als England und Österreich. Er sprach nie Deutsch mit mir, auch später nicht." Der Berliner Hof hörte nicht gern von Bismarcks Besuch bei Napoleon, der nach „legitimistischer" Anschauung nicht „ebenbürtig" war und die düsteren Erinnerungen an Napoleon I. wachrief. Auch die Königin Elisabeth war über Bismarcks Selbständigkeit so verstimmt, daß sie seine Frau bei der gemeinsamen Dampfschiffahrt am Rhein „an Bord und in Remagen ignorierte"; der Prinz von Preußen war hier so viel Kavalier, daß er den Hochmut der Königin gutzumachen suchte und Bismarcks Frau zu Tisch führte. Erst in Berlin kam es bei Tafel zu einer Aussprache zwischen dem König und seinem Gesandten. Ironisch fragte Friedrich Wilhelm IV. Bismarck nach seiner Meinung über Louis Napoleon, und Bismarck antwortete: „Ich habe den Eindruck, daß der Kaiser Napoleon ein gescheiter und liebenswürdiger Mann, aber so klug nicht ist, wie die Welt ihn schätzt, die alles, was vorgeht, auf seine Rechnung schreibt, und wenn es in Ostasien zur unrechten Zeit regnet, das aus einer übelwollenden Machination des Kaisers erklären will. Man hat sich besonders bei uns daran gewöhnt, ihn als eine Art génie du mal zu betrachten, das immer nur darüber nachdenke, wie es in der Welt Unfug anrichten könne. Ich glaube, daß er froh ist, wenn er etwas Gutes in Ruhe genießen kann; sein Verstand wird auf Kosten seines Herzens überschätzt; er ist im Grunde gutmütig und es ist ihm ein ungewöhnliches Maß von Dankbarkeit für jeden geleisteten Dienst eigen."

„Der König lachte dazu in einer Weise, die mich verdroß und zu der Frage veranlaßte, ob ich mir gestatten dürfe, die augenblicklichen Gedanken Sr. Majestät zu erraten. Der König bejahte, und ich sagte:

‚General von Canitz hielt den jungen Offizieren in der Kriegsakademie Vorträge über Napoleons Feldzüge. Ein strebsamer Zuhörer fragte ihn, warum Napoleon diese oder jene Bewegung unterlassen haben könne. Canitz antwortete: »Ja, sehn Sie, wie dieser Napoleon eben war, ein seelensguter Kerl, aber dumm, dumm« —

Was natürlich die große Heiterkeit der Kriegsschüler erregte. Ich fürchte, daß Eurer Majestät Gedanken über mich denen des Generals von Canitz über Napoleon ähnlich sind.'

Der König sagte lachend: ‚Sie mögen recht haben; aber ich kenne den jetzigen Napoleon nicht hinreichend, um Ihren Eindruck bestreiten zu können, daß sein Herz besser sei als sein Kopf.' Daß die Königin mit meiner Ansicht unzufrieden war, konnte ich aus den kleinen Äußerlichkeiten entnehmen, durch welche sich bei Hofe die Eindrücke kenntlich machen."

Bismarck ließ sich von seiner politischen Beurteilung Napoleons und der Bedeutung Frankreichs für Preußen und sein Ringen um die Anerkennung als Großmacht nicht abbringen. Auch der energische Versuch des Generaladjutanten Leopold von Gerlach, mit dem er besonders 1857 in Abwehr des Vorwurfs eines angeblichen Bonapartismus und eines Verrats an dem Legitimitätsprinzip bedeutungsvolle Briefe wechselte, schlug fehl. Er hielt nicht aus Bewunderung zu Napoleon, denn „die Fähigkeit, Menschen zu bewundern, ist in mir nur mäßig ausgebildet, und (es ist) vielmehr ein Fehler meines Auges, daß es schärfer für Schwächen als Vorzüge ist". Napoleon und Frankreich interessierten ihn nur insoweit, „als sie auf die Lage meines Vaterlandes reagieren, und wir können Politik nur mit dem Frankreich treiben, welches vorhanden ist, dieses aber aus den Kombinationen nicht ausschließen". Bismarck wollte aus dem Vorurteil der Befreiungskriegszeit, „ein Preuße müsse stets ein Gegner Frankreichs sein", ebenso heraus, wie aus der Stagnation der auswärtigen Politik Preußens, die sich in ihrer Inaktivität darauf beschränkte, „die Steine, die in unseren Garten fallen, aufzusammeln und den Schmutz, der uns anfliegt, abzubürsten, wie wir können". „Ich verlange ja gar nicht", fuhr er fort, „daß wir mit Frankreich ein Bündnis schließen und gegen Deutschland konspirieren sollen; aber ist es nicht vernünftiger, mit den Franzosen, solange sie uns in Ruhe lassen, auf freundlichem als auf kühlem Fuß zu stehen? Ich will nichts weiter, als anderen Leuten den Glauben benehmen, sie könnten sich verbrüdern, mit wem sie wollten, aber wir würden eher Riemen aus unserer Haut schneiden lassen, als dieselbe mit französischer Hilfe verteidigen." Er sah die Arbeit der Diplomatie, die sich ja für ihre Kosten bezahlt machen müßte, gerade darin, daß sie der Regierung die freie Möglichkeit erhielte, Bündnisse abzuschließen, Stellung zu nehmen,

wie es den Lebensnotwendigkeiten des Vaterlandes entspräche, während er feststellen mußte, daß „unsere inneren Verhältnisse unter ihren eignen Fehlern kaum mehr leiden als unter dem peinlichen und allgemeinen Gefühl unseres Verlustes an Ansehn im Auslande und der gänzlich passiven Rolle unserer Politik". Sein Streben ging nur dahin, „daß wir solche Dinge zulassen und nicht von uns weisen, welche geeignet sind, bei den Kabinetten in Friedenszeit den Eindruck zu machen, daß wir uns mit Frankreich nicht schlecht stehen, daß man auf unsere Beistandsbedürftigkeit gegen Frankreich nicht zählen und uns deshalb drücken darf und daß uns, wenn man unwürdig mit uns umgehen will, alle Bündnisse offen stehn". Gerlach und der Berliner Hof blieben aber bei ihrem Standpunkt, Bismarck wäre unter die Bonaparten gegangen. „Man tut mir unrecht damit", wehrte Bismarck sich. „Im Jahre 50 wurde ich von unsern Gegnern verräterischer Hinneigung zu Österreich angeklagt, und man nannte uns die Wiener in Berlin, später fand man, daß wir nach Juchten rochen, und nannte uns Spreekosaken. Ich habe damals auf die Frage, ob ich russisch oder westmächtlich sei, stets geantwortet, ich bin preußisch, und mein Ideal für auswärtige Politiker ist die Vorurteilsfreiheit, die Unabhängigkeit der Entschließungen von den Eindrücken der Abneigung oder der Vorliebe für fremde Staaten und deren Regenten. Ich habe, was das Ausland anbelangt, in meinem Leben nur für England und seine Bewohner Sympathie gehabt und bin stundenweis noch nicht frei davon; aber die Leute wollen sich ja von uns nicht lieben lassen, und ich würde, sobald man mir nachweist, daß es im Interesse einer gesunden und wohldurchdachten preußischen Politik liegt, unsre Truppen mit derselben Genugtuung auf die französischen, russischen, englischen oder österreichischen feuern sehn. In Friedenszeiten halte ich es für mutwillige Selbstschwächung, sich Verstimmungen zuzuziehn oder solche zu unterhalten, ohne daß man einen praktischen politischen Zweck damit verbindet, und die Freiheit seiner künftigen Entschließungen und Verbindungen vagen und unerwiderten Sympathien zu opfern, Konzessionen lediglich aus Gutmütigkeit und love of approbation zu machen." Bismarck konnte auch Gerlachs Behauptung, Napoleon III. wäre in „Erinnerung an die Eroberungssucht seines Onkels und die Tatsache des ungerechten Ursprungs seiner Macht" „der ausschließliche Repräsentant der Revolution", nicht folgen

und brach schließlich „die an sich ziellose Korrespondenz“ mit Leopold von Gerlach ab. Er war jetzt seiner Politik so gewiß, daß er mit seiner früheren Zöglingschaft gegenüber dem Generaladjutanten des Königs Schluß machen mußte, wollte er sich nicht seine politische Konzeption verbauen. Sie beruhte auf seiner Handlungsfreiheit nach Ost wie West; seine Arbeit von 1862 an sollte die Richtigkeit seiner Einstellung erweisen.

Jetzt drang er mit seinem Willen freilich noch nicht durch. Napoleon hätte es gerne gesehen, wenn Berlin ihn zu einem Besuch eingeladen hätte; Bismarck unterstützte diesen Wunsch, nicht etwa, weil er bei des Kaisers Vetter, dem Prinzen Napoleon (Plonplon), Jérômes Sohn, am 20. April 1857 in Paris zu Gaste gewesen war, sondern weil der Besuch Louis Napoleons im politischen Interesse Preußens lag, um „unserer Stimme bei den kleinen Staaten an und für sich schon ein durchschlagendes Gewicht zu geben“, und eine gewisse Furcht, „die durch ostensible Zeichen unserer guten Beziehungen zu Frankreich eingeflößt werden“, zu erwecken und wachzuhalten. Napoleon tat alles, um in Berlin gute Stimmung für sein Werben zu erreichen. Als im Herbst 1856 nach dem fehlgeschlagenen Aufstand der Neuenburger Preußen ein Krieg mit der Schweiz drohte, half er das Feuer in den Pariser Konferenzen zur friedlichen Regelung der Frage löschen, und Bismarck hatte während seines Aufenthalts vom 3. bis 22. April an der Seine verschiedene Besprechungen mit ihm, der ihm auseinandersetzte, „es sei ungerecht, ihn zu beschuldigen, daß er nach der Rheingrenze strebe ... Vielleicht werde er unter Umständen zur Befriedigung des Nationalstolzes ‚une petite rectification des frontières‘ verlangen, könne aber ohne solche leben. Wenn er wieder eines Krieges bedürfen sollte, würde er denselben eher in der Richtung nach Italien suchen ... Eine viel pikantre Befriedigung würden die Franzosen in einer Ausdehnung ihrer Seemacht finden ... Als Ergebnis eines nächsten Krieges denke er sich ein Verhältnis der Intimität und Abhängigkeit Italiens von Frankreich, vielleicht die Erwerbung einiger Küstenpunkte. Zu diesem Programm gehöre, daß Preußen ihm nicht entgegen sei, Frankreich und Preußen seien aufeinander angewiesen; er halte es für einen Fehler, daß Preußen 1805 nicht wie andre deutsche Mächte zu Napoleon gehalten hätte. Es sei wünschenswert, unser Gebiet durch die Erwerbung Hannovers und der Elbherzogtümer zu konsolidieren.

um damit die Unterlage einer stärkern preußischen Seemacht zu gewinnen. Es fehle an Seemächten zweiten Ranges, die durch Vereinigung ihrer Streitkräfte mit der französischen das jetzt erdrückende Übergewicht Englands aufhöben. Eine Gefahr für sie selbst und für das übrige Europa könne darin nicht liegen, weil sie sich ja zu einseitig egoistisch-französischen Unternehmungen nicht einigen würden, nur für die Freiheit der Meere von der englischen Übermacht. Zunächst wünsche er sich der Neutralität Preußens zu versichern für den Fall, daß er wegen Italien mit Österreich in Krieg geriete. Ich möge den König über dieses alles sondieren.

..Ich antwortete, ich sei doppelt erfreut, daß der Kaiser diese Andeutungen grade mir gemacht habe, erstens, weil ich darin einen Beweis seines Vertrauens sehn dürfe, und zweitens, weil ich vielleicht der einzige preußische Diplomat sei, der es über sich nehmen würde, diese ganze Eröffnung zu Hause und auch seinem Souverän gegenüber zu verschweigen. Ich bäte ihn dringend, sich dieser Gedanken zu entschlagen; es läge außer aller Möglichkeit für den König Friedrich Wilhelm IV., auf dergleichen einzugehen; eine ablehnende Antwort sei unzweifelhaft, wenn ihm die Eröffnung gemacht würde. Dabei bleibe im letzteren Falle die große Gefahr einer Indiskretion im mündlichen Verkehr des Fürsten, einer Andeutung darüber, welchen Versuchungen der König widerstanden habe. Wenn eine andre deutsche Regierung in die Lage versetzt würde, über dergleichen Indiskretionen nach Paris zu berichten, so werde das für Preußen so wertvolle gute Benehmen mit Frankreich gestört werden. ‚Mais ce ne serait plus une indiscrétion, ce serait une trahison', unterbrach er mich etwas beunruhigt. „Vous vous embourberiez!' fuhr ich fort.

Der Kaiser fand diesen Ausdruck schlagend und anschaulich und wiederholte ihn. Die Unterredung schloß damit, daß er mir für diese Offenheit seinen Dank aussprach und ich ihm Schweigen über seine Eröffnung zusagte."

Bismarck hat tatsächlich niemals ein Wort über diese Unterredung mit Napoleon III. laut werden lassen. Dies Schweigen beweist, daß er jetzt zur völligen Selbstbestimmung seines politischen Denkens und Wollens durchgedrungen war. Er hatte in Paris die letzte Klarheit für seinen politischen Weltblick erhalten. Sein Genie konnte jetzt mit Recht den Anspruch auf die Führung der preußisch-deutschen Politik erheben. Er war deswegen bis ins Mark

getroffen, als ihm diese Führungsmöglichkeit, die damals weitgehend am Bundestag in Frankfurt lag, mit seiner Versetzung nach Petersburg vorerst aus der Hand geschlagen wurde. Es bedurfte aller inneren Selbstüberredung, um Disziplin zu wahren. Er mußte über seine Versetzung nach Petersburg, also Ausschaltung aus der politischen Aktivität, um so empörter sein, als er von Friedrich Wilhelm IV. zu allen entscheidenden und nicht entscheidenden Fragen, mochte es sich, wie 1852, um die Umwandlung der Ersten Kammer in ein Herrenhaus durch Berufung von Pairs oder um Gegenentwürfe zu Depeschen des Außenministers v. Manteuffel handeln, herbeigeholt worden war und wiederholt vom König selbst zum Minister ernannt werden sollte. Er hatte sich zwar mit gutem Grunde jedem Ministerangebot — wie 1856 der provisorischen Übernahme des Finanzministeriums zwecks späterer Nachfolge im Auswärtigen — entzogen, weil er mit des Königs Schwanken in der Politik und Forderung nach unbedingter Unterwerfung unter seinen Willen nicht zurechtkommen konnte. Er hatte andererseits aber seine auch Mißhelligkeiten erzeugende Zwischenstellung als vertrauter Berater des Königs, die ihn bei Manteuffel und Gerlach mit seiner Kamarilla ebenso wie in der Konservativen Partei und ihrer Führung durch den jüdischen Doktrinär Stahl in eine schiefe Lage bringen mußte, sorgsam gepflegt, um in der großen Politik freie Hand haben zu können. Nicht um seiner Karriere, sondern um der Sache, der Lösung der deutschen Frage durch Preußen willen. Gerade als er nun in der Sache — durch Österreichs Not im Jahre 1859 so weit war, das Ministerpräsidium oder das Außenministerium zur Verwirklichung seiner Politik erhalten zu können, wurde er ins Exil an die Newa geschickt! Das nicht einmal aus sachlichen Gründen, weil etwa Preußens bester politischer Kopf an der Newa nötig war, sondern nur aus innenpolitischen Motiven und höfischen Intrigen! Der Prinzregent war ihm gegenüber unsicher: er sah in Bismarck einen fanatischen Reaktionär, der er nicht war, und wollte innenpolitisch mit den Liberalen regieren; er erkannte andererseits Bismarcks außenpolitisches Genie. Nachdem nun Bismarcks Freundeskreis, die Gerlachsche Kamarilla um Friedrich Wilhelm IV. abgetreten, Manteuffel gegangen war und auch die Konservative Partei ihm wegen seiner französischen Ideen nicht mehr traute, stand der einzige schöpferische Staatsmann Preußens unbekannt in seinem Volke.

Es war darum der Frau des Prinzregenten ein leichtes, ihren Mann so weit zu beeinflussen, daß er ihrer Abneigung gegen Bismarck, der für Rußland und Louis Napoleon, beide ihr widerwärtige Mächte, eintrat, seine Meinungsunabhängigkeit aufrechterhielt und ihr zur Vertretung ihrer Ansichten als seiner eigenen nicht zur Verfügung stand, nachgab und ihr ein „politisches Geschöpf", „einen von ihr abhängigen Höfling ohne eigene politische Überzeugung", den Freiherrn Alexander von Schleinitz, der schon 1848, 1849/50 das Auswärtige verwaltet hatte, auch jetzt zum Außenminister ernannte. Die Persönlichkeit des Ministers Schleinitz aber ließ keinerlei Hoffnung auf Durchführung der Bismarckschen preußisch-deutschen Politik zu.

*　　*
*

Bismarck und seine Frau waren in Frankfurt a. Main sehr gerne gewesen. „Acht wunderliche, schöne Jahre!" nannte Johanna die Zeit in der Goethestadt später. Die harmonischsten ihrer Ehe: die Kinder waren klein, am 1. August 1852 war hier ihr drittes und letztes Kind, Wilhelm, zur Welt gekommen, Frohsinn und Gesundheit herrschten, — Bismarck verlor seine „vortreffliche Löwengesundheit aus der köstlichen Frankfurter Zeit" erst seit den Aufregungen im Winter 1858/59 und der schweren Erkrankung in Petersburg. Noch 1876 sprach Johanna von „ihrem geliebten Frankfurt" und den „sonnigen" Jahren dort: „Ach wie habe ich heute tief in meine glücklichste Frankfurter Vergangenheit zurückgeschaut, wenn ich morgens mit Blumen zu euch kam und wir so heiter abends beisammen waren! Einmal ganz spät mit Bismarck im Mondschein wandelnd, eine rote Kamelie bringend, die er von meinem Blumentisch für dich abgepflückt. Weißt du's wohl noch? Oh, wie wundervoll waren doch die acht Frankfurter Jahre — die allerschönsten meines Lebens, wie gesund war mein geliebter Bismarck, wie fröhlich und sorglos flossen unsere Tage stets dahin! — Und jetzt — ach!"

Bismarck hatte sich, nachdem er zuerst von Mai bis Oktober 1851 im Englischen Hof bzw. in einer Junggesellenwohnung Hochstraße 45 allein gelebt hatte, mit Frau und Kindern für ein Jahr an der Bockenheimer Landstraße (40 bzw. 104) in Haus mit Gar-

ten, sodann in einer großen Mietswohnung beim Bankier Saufferheldt, Gallusstraße 19, und schließlich im April 1858 in einem großen Haus mit Garten, Hochstraße 19, so eingerichtet, daß er allen gesellschaftlichen Anforderungen, mit Geldmitteln durch 18 000 Taler Gehalt ausreichend versehen, genügen konnte. Die Gesellschaft entwickelte sich wider Erwarten heiter und edel. Frau Johanna, bisher im stillen Reinfeld nichts weniger als zu einer Weltdame erzogen, fand sich rasch und sicher, voll innerer Freude und Daseinslust in die neue, großzügige, vornehme Lebensführung und behielt auch im dienstlichen Glanz des Hausstandes die patriarchalische Haltung gegenüber den zwölf „halb männlichen, halb weiblichen Domestiken" bei. Der gesellschaftliche Umgang wurde natürlich in erster Linie und ständig vom Bundestag und seinen Mitgliedern bestimmt. Bismarck stellte bald einen „maßlosen Geselligkeitstrieb" unter „dem Völkchen der Bundesphäaken" fest und legte sich gegenüber manchen Übergriffen, wie dem hohen Glücksspiel in mehreren Salons, oder mancher langweiligen Verpflichtung in seiner Kritik keine Zügel auf. Sein sarkastischer Spott karikierte die Bundesgesandten oft in schärfster Form. A. O. Meyer hat uns nachgewiesen, daß seine kämpferische politische Einstellung hier sein Urteil beeinflußt hat, wenn es auch in der Grundstruktur meist den Nagel auf den Kopf traf. Mit den österreichischen Vertretern, dem Grafen Thun, von Prokesch-Osten, Grafen Rechberg, wollten sich auch gesellschaftlich niemals wärmere Verkehrsverhältnisse herausbilden, Bismarck war Österreichs Überheblichkeit zu verhaßt. Aber mit manchem anderen Bundesgesandten, wie den Hannoveranern Schele, Bollmann, Kielmannsegge, dem Mecklenburger v. Oertzen, der den Duellzusammenstoß mit Rechberg bereinigte, dem Oldenburger Eisendecker, dessen Frau eine bis in die nächste Generation fortdauernde Freundschaft mit Johanna schloß, dem Luxemburger Scherff, stellten sich doch vertrautere Beziehungen her. Auch außerhalb des Bundestagskreises fanden sich Freunde, so vor allem der Kunstmaler Jakob Becker, dessen Tochter Marie, seit 1861 Frau Meister, eine der nächsten Freundinnen Johannas wurde; er selbst hat uns die Bilder des Ehepaares, die heute in Friedrichsruh hängen, geschenkt: Bismarck im Jahre 1855, ein Mann von Welt, stolz und vornehm in seiner Haltung, überlegen an Geist und Willen, voll Mut und Feuer, Herr über sich selbst und sicher seines Wegs auf der Höhe seines

Lebens angelangt, erscheint er uns hier zum ersten Male in der Gestalt, die auch in ihrer äußeren Erscheinung Geschichte wurde. Und ebenso leuchteten aus Frau von Bismarcks Bild die ganze wesenhafte Güte und der bezaubernde Seelenadel wider, der jeden, der ihr Haus betrat, in ihren Bann zwang.

Die Bismarcks nutzten in den Frankfurter Jahren außer ihren Reisen nach Schönhausen und Reinfeld ihre Sommerfrischen aus, um ihre Weltkenntnis zu erweitern: sie fuhren 1853 an den Genfer See und nach Piemont oder nach Ostende und Norderney. Bismarck wurde wiederholt nach Letzlingen zur Jagd geladen und sah außer Hannover, Paris, Wien, Koblenz auf seinen Dienstfahrten auch Kopenhagen, wo der dänische König einen komischen Eindruck auf ihn machte, Schweden bis in die samländischen Wälder und Seen, auf einem Jagdausflug, Estland bei einer Elchjagd.

Die Bismarcks, die die Mainstadt mit der Newaresidenz vertauschten, brauchten sich keine Gedanken mehr darüber zu machen, daß sie den besonderen gesellschaftlichen Anforderungen am Zarenhofe nicht gewachsen sein könnten.

ACHTES KAPITEL

Von Petersburg über Paris nach Berlin

(1859—1862)

Nachdem Bismarck die Frankfurter Geschäfte vom 28. Februar bis in die ersten Märztage 1859 an seinen Nachfolger, den Freimaurer Guido von Usedom übergeben und alle notwendigen Reisevorbereitungen getroffen hatte, wurde er in Berlin noch 16 Tage vom Prinzregenten und Minister von Schleinitz aufgehalten, weil anscheinend bereits wieder Überlegungen stattfanden, den neu ernannten Petersburger Gesandten für ein Ministerium in Anspruch zu nehmen. Er reiste schließlich am 23. März ab, unsicher über die Dauer seines Aufenthaltes an der Newa. Aus dem einen Jahr, von dem man sprach, wurden zwar fast auf den Monat genau bis Mai 1862 ihrer drei: von diesen 37 Monaten ist Bismarck aber nur rund 22 in Rußland gewesen, während 16 Monaten weilte er wegen Krankheit und aus politischen Gründen und Erwägungen für seine Ministerberufung in Deutschland. So wurde der Petersburger Botschafterposten bereits zu einem Intermezzo, wie zuletzt noch die Sommermonate von 1862 in Paris. Sein Dienst am Zarenhofe hing von der Entwicklung der inneren Politik in Preußen ab, von der Entscheidung, ob der Liberalismus, die „Neue Ära", zum Erfolge kommen oder das Autoritätsprinzip sich wieder durchsetzen würde. Bismarck glaubte, als er abreiste, auch von Petersburg aus auf die Berliner Entschließungen noch einwirken zu können, mußte sich freilich bald überzeugen, daß seine Mühe vergebens war.

Das 1703 von Peter dem Großen gegründete und besonders im 18. Jahrhundert mit breiten langen Straßen, großen Plätzen, vielen im Barock-, Übergangs- und klassizistischen Stil ausgeführten Palästen und öffentlichen Bauten architektonisch vornehme Petersburg hatte unter dem Nachfolger des Begründers der „Heiligen

Alliance“ Alexanders I., unter Nikolaus I. (1825—1855) Eisenbahnverbindungen ins Innere des Reichs erhalten, nach Westen aber nur eine Linie, die bis Pskow lief. Die preußische Bahn reichte andererseits von Berlin nur bis Königsberg. Bismarck mußte die Reise also mit einem großen vierspännigen Post- und einem Packwagen machen: in 96 Stunden Kurierfahrt mit nur 4 Stunden Schlaf in Kowno und 3 in Egypten bei Dünaburg, im tiefen Schnee von Königsberg an, „fast die ganze Fahrt“ wegen der Enge des Wageninnern auf dem Bock, bei 1 bis 12 Grad Kälte, so daß ihm bei dieser wahren Winterreise in Wind und Frost die Haut im Gesicht abblätterte, als er am 29. März nach einer durchschlafenen Fahrt im geheizten Bahnabteil in Petersburg ankam. Trotz der Strapazen, die die Schneekälte und das wilde Fahren der russischen Postkutscher in gestreckter Karriere, bergauf bergab mit übler Pferdeschinderei, der er sich mehrmals widersetzte, verursachten, fand er die Reise „after all amüsant, wenn ich's nur nicht gleich nochmal machen soll“.

Der Geschäftsträger Freiherr von Werthern, der an Stelle des nach Wien versetzten, bisherigen, schon in Deutschland weilenden Botschafters Freiherrn von Werther die Gesandtschaft versah, hatte den Nachfolger erst für den Mai erwartet. Bismarck hatte aber auch aus wirtschaftlichen Gründen, um keine Einbuße an dem 33 000 Taler betragenden Gehalt zu erleiden, und weil in Berlin keine politische Betätigung für ihn möglich gewesen war, Eile gehabt, seinen Dienst beim Zaren zu beginnen. Er meldete sich genau am 1. April mit einer Antrittsaudienz beim Kaiser Alexander II., „die mir durch seine liebenswürdige Weise wirklich zum Geburtstagsgeschenk wurde“. Es sollte November werden, ehe er seine Frau mit den Kindern, die vorerst noch in Frankfurt blieb und von hier aus den schwierigen Umzug praktisch durchführte, in das an der Newa gelegene Haus Stenbock, das er für 7000 Rubel gemietet hatte, holen konnte; er selbst hatte monatelang zuerst im Hotel Demidoff, dann im Hotel Demuth gewohnt.

Bismarck, der seine besondere Sprachbegabung auch jetzt durch schnelles Erlernen des Russischen nutzte, wurde von der Petersburger Gesellschaft sehr liebenswürdig aufgenommen. Er teilte sie nach Alter und Kultur in drei Generationen ein: in die wohlgebildetste, humanitär gesonnene des romantisch-klassischen Napoleonbesiegers Alexander I., in die schon realer denkende des mit

der Tochter Friedrich Wilhelms III. und der Königin Luise, der Prinzessin Charlotte, verheirateten Nikolaus II. (1825—1855), der als unbedingter Absolutist die Heilige Allianz noch enger geknüpft, die Revolutionen von 1848 mit der Intervention in Ungarn bekämpft, die Olmützer Punktation mit herbeigeführt hatte und vor dem Ende des für ihn unglücklichen Krimkrieges gestorben war, und schließlich in die schon mitunter deutschfeindliche, oberflächliche des regierenden, mit einer hessischen Prinzessin verheirateten Zaren Alexander II. (1855—1881). Von dessen Gunst erhielt Bismarck bei jeder Gelegenheit die freundlichsten Beweise. Als er am 6. Mai — in der Kürassieruniform „leider als Leutnant", obwohl der Prinzregent ihm die Beförderung zum Rittmeister versprochen hatte — eine Parade mitmachte, „widmete der Kaiser sich mir so ausschließlich, als ob er mir die Parade veranstaltete. Bei dem Vorbeimarsch nahm er mich mit vorn neben sich und erklärte mir jede einzelne Truppe und wo sie ständen, sich rekrutierten und wer sie kommandierte." Auf der Bahnfahrt holte der Zar ihn in sein Abteil. Bismarck kam sich schließlich wie ein „Familiengesandter wie zur Zeit seines Vaters" vor: „ich bin der einzige Diplomat, der intimeren Zugang zu seiner Person hat".

Diese Einstellung des Zaren war begreiflich, war er doch ein Enkel König Friedrich Wilhelms III. und der Königin Luise, wußte er doch überdies, welche Verdienste Bismarck sich um die Niederschlagung der Revolution in Preußen erworben hatte. Seine Mutter, die Kaiserinwitwe Charlotte, eine Schwester Friedrich Wilhelms IV. und des Prinzregenten, lebte auch noch: die „Kaiserin Mutsch", „Szudarina Mâtuschka" empfing ihn in ihrer liebenswürdigen Natürlichkeit „wie eine Mutter": „ich kann mich zu ihr ausreden, als hätte ich sie von Kind auf gekannt". Bis zum frühen Tode der hohen Frau am 1. November 1860, deren „imposantes Aussehen" er nie vergaß, blieb er in steter Verbindung mit ihr. „Er wird geliebt von Kaiser und Kaiserin wie ein verwandtes Wesen", meinte seine Frau.

Kein Wunder, daß Bismarck auch „alle amtlichen Beziehungen im Vergleich zu Frankfurt aus Dornen zu Rosen geworden" ansah. Er wurde fast täglich zwischen 11 und 1 Uhr zum Außenminister Fürst Alexander Gortschakow (1788 bis 1883), den er von Frankfurt her kannte, gerufen. Dieser sah in ihm „einen jüngeren Freund", an dessen politischer Erziehung er einen Anteil bean-

spruchte, und war von unbegrenztem Wohlwollen gegen ihn: „die Formen, in denen er mir Vertrauen zeigte, überschritten die unter Diplomaten zulässige Grenze, vielleicht aus Berechnung, vielleicht aus Ostentation einem Kollegen gegenüber, an dessen bewunderndes Verständnis mir gelungen war ihn glauben zu machen". Sobald Bismarck freilich den selbständigen Preußen und Deutschen — später als Minister — herauskehren mußte, obsiegte „seine ihn beherrschende Eitelkeit" und „verwandelte sich sein Wohlwollen in Mißgunst". Darüber sollten aber noch fast zehn Jahre hingehen. Jetzt konnte Bismarck seinen „vollendet guten Ton", der im übrigen überall bei Hofe und in der Gesellschaft herrschte, noch ungetrübt genießen, so daß sich auch alle politische Arbeit in den urbansten Formen vollzog.

Es gab damals auch keinerlei politische Spannungsmomente zwischen Preußen und Rußland. Bismarck war bekannt dafür, daß er nicht österreichfreundlich gesonnen war, ja am liebsten den sich zum Krieg zuspitzenden Konflikt zwischen Sardinien (mit Frankreich) und Österreich im Frühjahr 1859, der zum Ausbruch der Feindseligkeiten am 23. April und nach den österreichischen Niederlagen bei Magenta am 4. Juni und bei Solferino am 24. Juni zum Frieden von Villafranca am 11. Juli führte und Wien die Lombardei kostete, für eine Auseinandersetzung zwischen Preußen und Habsburg über die Deutsche Frage benutzt hätte. Schon am 6. April stellte Bismarck über Rußlands seit Österreichs Verhalten im Krimkriege feindselige Stimmung fest: „Die ganze russische Politik scheint keinem anderen Gedanken Raum zu geben, als dem, wie man Österreich ans Leben kommt."

Die Politik, die Preußen jetzt gegenüber Österreich machte, entsprach diesen Anschauungen freilich nicht. „Wir bleiben Treibholz", schrieb Bismarck schon am 19. April, „auf unseren eignen Gewässern planlos umhergeblasen von fremden Winden; und was für ruppige Winde, übelriechende! Wie selten sind doch Leute von eignem Willen in einer so achtbaren Nation wie die unsrige. Wir lieben die Leporello-Rolle und Österreich die des Don Juan." Die Hilfe, die Napoleon dem König von Sardinien und seinem Minister Cavour für die Einigung Italiens gegen eine Entschädigung durch Nizza und Savoyen angedeihen ließ, weckte wieder alle antifranzösischen Kräfte der Befreiungszeit in ganz Deutschland, so daß sich Kriegslust im Norden wie im Süden regte. „Ich bin in großer

Sorge", schrieb Bismarck am 8. Mai an seinen Bruder, „daß wir uns schließlich mit dem nachgemachten 1813er von Österreich besoffen machen lassen und Torheiten begehen. Sobald wir uns einmischen, wird natürlich für Frankreich der deutsche Krieg Haupt- und der italienische Nebensache und die Parteinahme Rußlands für Frankreich unvermeidlich. Dann bricht der Tanz an allen Ecken los, auch im Orient und in Ungarn. Ich glaube, daß wir es in der Hand haben, den Krieg auf Italien einzuschränken und auch Östreichs deutsche Besitzungen davor zu sichern. Thun wir's nicht, so mag Gott ein Einsehen haben und uns den guten Menschenverstand wieder verleihen, der wenigstens unserer Partei für die Beurteilung auswärtiger Verhältnisse abhanden gekommen sein muß, wenn die blödsinnigen Elucubrationen der Kreuzzeitung über die europäische ‚Situation' die Ansichten ihrer Leser ausdrücken sollten. Wenn wir Österreich zum Siege verhülfen, so würden wir ihm eine Stellung verschaffen, wie es sie in Italien nie und in Deutschland seit dem Restitutions-Edict im 30-jährigen Kriege nicht gehabt hat, dann brauchen wir einen neuen Gustav-Adolph oder Friedrich II., um uns erst wieder zu emanzipieren. Bisher haben wir uns nicht dumm machen lassen, und ich hoffe, wir bleiben fest. Wir sind nicht reich genug, um unsere Kräfte in Kriegen aufzureiben, die uns nichts einbringen." Bismarck, von Frankfurt her als Österreichs Widersacher verschrien, sollte sogar durch einen plumpen Bestechungsversuch des Bankiers Levinstein von Wien gekauft werden, wurde von der liberal-demokratischen Presse ständig als „Junker" und „Reaktionär" nach jeder Richtung hin, ja sogar bis zum Landesverräter verleumdet und sollte auch in Petersburg unmöglich gemacht werden: Österreich intrigierte „mit allen lieben Bundesgenossen, um mich hier wegzubringen". Der König von Hannover schickte sogar „seinen Minister mit der Spezialmission nach Berlin, meine Abberufung als europäisches Bedürfnis zu verlangen". Der neue österreichische Außenminister, der Graf Buol am 17. Mai 1859 ersetzte, kannte Bismarcks politische Ziele nur zu genau: es war sein Frankfurter Kollege Graf Rechberg, der Preußenfeind, „der schon beim Nennen seines Namens die Lippen krampfhaft zusammenzog . . ."

Der Gang der Ereignisse bewies aber, daß Bismarck keinen fühlbaren Einfluß auf die Berliner Politik mehr hatte, denn fast hätte der Prinzregent sich in den Krieg ziehen lassen, nachdem er schon

am 14. Juni seine Armee mobilisiert hatte. Er wollte mit Waffen vermitteln. Sein soldatischer Ehrgeiz, an der Spitze der gesamten Bundesarmee stehen zu können, wurde aber nicht befriedigt; er sollte sich einer Frankfurter Majorität auch mit den preußischen Truppen unterstellen. Da wich er ebenso zurück, wie Kaiser Franz Joseph lieber den Waffenstillstand und den Frieden von Villafranca mit der Herausgabe der Lombardei abschloß, als Preußens Macht in Deutschland anwachsen zu lassen. Wieder bestätigte sich Bismarcks politische Anschauung: Habsburg war nicht zu trauen, weil es Deutschland nur für seine Ziele zur Verfügung zu haben wünschte und Preußen nur so weit gelten ließ, als es an seine Seite zu treten bereit war; Preußen aber mußte sich nach Bismarcks Anschauung selbständig halten und groß und stark werden, weil dieser Staat allein Deutschland schaffen könnte und schaffen würde. Von diesem Standpunkt aus bestimmte sich auch seine Haltung zu Rußland, über dessen Intentionen er durch seine Verbindung zum Zaren und zu Gortschakow mit Hilfe persönlicher Freunde am Hofe und im Kabinett so genaue Berichte nach Berlin schicken konnte, daß ihm im Grafen Münster, einem früheren Petersburger Militärbevollmächtigten, zu Gortschakows Verwunderung ein Kontrolleur auf den Hals geschickt wurde, weil er angeblich „Politik auf eigene Hand triebe“ und klagte, seine Sprache in Petersburg stimmte nicht mit der überein, „die wir in Wien führen“. Bismarck aber wußte, wie er in den „Gedanken und Erinnerungen“ als Ergebnis seiner Erfahrungen mit dem Zarenreich schrieb, daß es „nicht in unserem Interesse lag noch liegt, Rußland in der Verwendung seiner überschüssigen Kräfte nach Osten hin hinderlich zu sein; wir wollen froh sein, wenn wir in unserer Lage und geschichtlichen Entwicklung in Europa Mächte finden, mit denen wir auf keine Art von Konkurrenz der politischen Interessen angewiesen sind, wie das zwischen uns und Rußland bisher der Fall ist. Mit Frankreich werden wir nie Frieden haben, mit Rußland nie die Notwendigkeit des Krieges, wenn nicht liberale Dummheiten oder dynastische Mißgriffe die Situation fälschen.“

Bismarck hatte sich schnell in Petersburg eingelebt. Mit seiner angeborenen Freude an der Natur fand er sich in die Eigenarten der Newa- und Küstenlandschaft, in „das jähe Erwachen“ des Frühlings und die hellen Nächte hinein. Im Juni unternahm er auch, um mit Land und Leuten noch vertrauter zu werden, einen

Ausflug nach Moskau, um „eine liebenswürdige Bekannte aus früheren Zeiten, die Fürstin Jussupoff", zu besuchen; sie war die Tochter des früheren Gesandten in Berlin, Ribeaupière, „in dessen Hause ich meinen ersten Eintritt in die Berliner große Welt in jugendlichen Jahren machte" und das Butterstullenpapier in den Ballsaal schmiß. Er fand sie drei Meilen oberhalb der Stadt in einem Schloß „im italienischen Styl" „inmitten weitläufiger Gartenanlagen" in „sehr romantischer Einsamkeit" und verbrachte dann noch mit ihr und ihrem Gatten einen Tag in Moskau, ehe die Gerüchte von der Schlacht bei Magenta ihn nach Petersburg zurückriefen, weil sie „Diplomatenarbeit nach sich ziehen" könnten. Moskau blieb ihm „wirklich als Stadt, als die schönste und originellste, die es gibt", in Erinnerung; „die Umgegend ist freundlich, nicht hübsch, nicht häßlich; aber der Blick von oben aus dem Kremlin, auf diese Rundsicht in Häusern mit grünen Dächern, Gärten, Kirchen, Türmen von der allersonderbarsten Gestalt und Farbe, die meisten grün oder rot oder hellblau, oben am häufigsten von einer riesenhaften goldenen Zwiebel gekrönt, und meist zu 5 und mehr auf Einer Nische, 1000 Türme sind's gewiß! Etwas fremdartiger Schönes, wie dieses Alles, im Sonnenuntergang schräg beleuchtet, kann man nicht sehn ..."

Er fand in Petersburg zwar keine besondere „Diplomatenarbeit" vor, außer den umfangreichen laufenden Sachen, die „in dem polizeilichen und geschichtlichen Schutz von etwa 40000 Preußen, die in Rußland leben, bestehn und in Besorgung preußischer Prozesse gegen russische Untertanen. Man ist Advokat, Polizei, Landrat, Ersatz-Commission für all diese Leute und correspondiert für sie direct mit allen Behörden des russischen Reichs von Weichsel bis Ural." Bismarck hatte oft über 100 Unterschriften am Tage. Dazu die politischen Berichte an Schleinitz, die Nervenanspannung durch die politische Krisis, die rastlose Unruhe des Hof- und Gesellschaftslebens, die Unsicherheit über seine Lage durch die Intrigen und die Einsamkeit im Gasthof — kein Wunder, daß auch seine Kräfte schließlich dem zwischen Kälte und Hitze oft scharf wechselnden Klima nicht mehr widerstanden. Zuerst meldete sich durch die Überarbeitung eine Augenliderentzündung, dann, gerade als er vierzehn Tage „im Stenbock", seinem künftigen Hause, wohnte und seiner Frau von ihrem „künftigen Platz, vor mir die breite Newafläche mit vielen Seeschiffen vor Anker, ein Dampfschiff un-

mittelbar vor der Tür, 50 Schritt von mir rauchend" ein zufriedenes Stimmungsbild geschickt hatte, doch so etwas wie ein Zusammenbruch, den er, in „Gedanken und Erinnerungen" etwas abgewandelt gegenüber der Wirklichkeit, auf den Jagdunfall in Schweden im August 1857 mit Verletzung des linken Schienbeins und Knies zurückführte. Durch falsche und grobe Behandlung eines „ärztlichen Schwindlers" Dr. Walz wurde Bismarck in wochenlange böse Schmerzen und eine dauernde Schädigung gestürzt. Er mußte feststellen, daß die Salbe des Arztes eine Vene zerstört und ihm für viele Jahre ein schweres Leiden verschafft hatte. Dieser Krankheitszustand drückte ihn so nieder, daß er am 2. Juli sich zu seiner Frau auch über die Politik ausklagen mußte: „Unsre Politik gleitet mehr und mehr in das österreichische Kielwasser hinein, und haben wir erst einen Schuß am Rhein gefeuert, so ist es mit dem italienisch-östreichischen Krieg vorbei, und statt dessen tritt ein preußisch-französischer auf die Bühne, in welchem Östreich, nachdem wir die Last von seinen Schultern genommen haben, uns soviel beisteht oder nicht beisteht, als seine eignen Interessen es mit sich bringen . . ."

Ende Juli konnte er endlich Petersburg mit Heimaturlaub verlassen. Er kam, „recht matt, so daß ich nicht gut aufrecht sitzen und schreiben kann", „ohne schwindlig zu werden", in Berlin an, versuchte hier verschiedene Behandlungen vergeblich und fuhr dann mit seiner Frau über Wiesbaden nach Nauheim, wo er durch die Bäder unter Leitung des Professors Beneke aus Marburg so weit wiederhergestellt wurde, daß er „gehen und reiten konnte". Am 10. September fuhr er, angeblich genesen, nach Baden-Baden zum Prinzregenten und zu politischen Konferenzen auch mit Minister von Schleinitz, stets voll tiefen Heimwehs und Herbstgefühls, so daß er davon träumte, „auf dem Lande zu leben und nie wieder von der Stelle zu gehen". Dem Bruder gestand er am 24. September aus Berlin: „Ich bin nur in den Nerven noch sehr der Schonung bedürftig, die man mir mit Opium und Jod vollständig ruiniert hat." Die vierzehn Ruhetage in Reinfeld mit Schwiegervaters Geburtstag wurden durch eine schwere Halserkrankung Johannas auch zu keiner Entspannung, so daß die Strapaze der Reise von Wien nach Warschau sowie Breslau und zurück als Begleiter des Prinzregenten zu dessen Zusammenkunft mit Zar Alexander II. zwischen dem 17. und 25. Oktober in Polens Hauptstadt doppelt

fühlbar wurde. Dabei innerlich ständig der Gedanke, nach Petersburg im tiefen Winterschnee mit Frau und Kindern zu müssen! Am 2. November brach er endlich auf: mit 10 Personen! Er hoffte, in 6 bis 7 Tagen in Petersburg zu sein. Aber er kam nur bis nach Hohendorf im Kreise Preußisch-Holland zu seinem alten politischen Freunde von Below. Eine Lungenentzündung, die am 8. November ausbrach, führte ihn bis in Todesnähe. Seine Frau berichtete am 30. Januar: „Zwölf Wochen sind wir nun hier, und was Liebe und Güte irgend auf der Welt zu leisten vermögen, das haben wir hier in überreichem Maße von der ersten Stunde an jeden Augenblick erfahren, so daß kein Mund genug davon rühmen, kein Herz genug dafür danken kann. Aber ebenso ist's auch nimmer zu beschreiben, was wir ausgestanden in namenloser Todesangst und Sorge, Verzagtheit — ach fast Verzweiflung — alle die schreckliche Krankheitszeit der ersten gefährlichsten Wochen wie nachher, als die Genesung wohl eintrat nach Doktors Worten, er aber stets zurückfiel in die alten Zustände und ich mich fast aufrieb in unaufhörlicher Todesbetrübnis." Anfang Februar hoffte Bismarck „bald reisefertig zu sein": für den Süden, wie seine Frau und die Ärzte wünschten, nach Petersburg, wie er drängte, „um endlich in eignem Hause in Ruhe zu wohnen". Aber erst am 5. März konnte er Hohendorf verlassen. Für kurzen Aufenthalt in Berlin, um die Rückkehr an die Newa zu regeln.

Der Prinzregent hielt ihn aber bis 23. Mai fest. Die Politik des Günstlings der Prinzessin Augusta, des Ministers von Schleinitz, mit der Gravitation nach Wien hatte nachgerade durch ihre Erfolglosigkeit und das Fiasko der Mobilisation im Jahre 1859 doch den Gedanken aufgebracht, das Auswärtige Amt Bismarck zu geben. Er mußte Woche um Woche warten: „verdächtig als Minister-Candidat, in der geschmacklosen Situation eines Gesandten im Gasthof mit Hintertür-Intrigen gegen seinen Chef", wie er an Leopold von Gerlach schrieb. Er nahm an den Herrenhaussitzungen teil und kämpfte für die Rüstungsforderungen der Regierung.

Endlich kam es nach dem 15. Mai zu einer Sitzung beim Prinzregenten mit dem Fürsten von Hohenzollern, Auerswald, Schleinitz und Bismarck. Der Prinz konnte sich aber für die Politik, die Bismarck als sein Programm — Lösung der Deutschen Frage ohne Rücksicht auf Österreich und in guter Fühlung mit Rußland — vortrug, nicht entscheiden, sondern hielt zu Schleinitz, der auf die

Gefahren russisch-französischer Verbindungen hinwies und mit einem Blick auf das Testament Friedrich Wilhelms III. das Gemüt des Regenten einfing. Bismarck war froh, als diese „ganze mise en scène“, die er für vorher verabredet und nach dem Willen der Prinzessin Augusta entwickelt hielt, vorüber war und er endlich über Hohendorf, wo er seine Familie abholte, nach Petersburg abreisen konnte. Am 5. Juni war er wieder auf seinem Posten.

Wenn er sich auch jetzt erst langsam, unter Kurgebrauch und Diät zu einer gewissen, aber nicht zur alten Kraft herauf verbesserte und „der Doktor Stammgast“ in seiner Familie blieb, so war er doch froh, wieder am Zarenhofe weilen zu können. „Der Kaiser war sehr herzlich beim Wiedersehen, umarmte mich und hatte eine unverkennbare, aufrichtige Freude, daß ich wieder da war; er sah in Preußen seinen intimsten, wenn nicht alleinigen Freund.“ Bismarck war nun dem törichten politischen Klatsch in Berlin, wo er bald als Bonapartist oder „Knuto-Bonapartist“, bald als Russophil oder „wilder Anhänger französisch-russischer Allianzpläne“ verleumdet wurde, entronnen. Niemand sah, daß er preußisch-deutsch und nichts als nur dem „teutonischen und keinem gallischen Teufel“ verschrieben war. Er mußte sich freilich seine Gedanken über das Treffen des Prinzregenten mit Kaiser Franz Joseph in Teplitz, am 26. Juli 1860, machen, wenn er auch hörte, „daß wir uns zu nichts verpflichtet haben, daß wir aber geneigt sind, freiwillig ziemlich viel zu tun, kaum aus Liebe zu Östreich, aber aus Sorge vor und Abneigung gegen Paris“. „Da ist kein Vertrauen zu schaffen“, schloß er am 9. September. Wenige Wochen darauf konnte er seine Bedenken persönlich in Berlin vortragen, als er vom 14. bis 30. Oktober 1860 an der Spree weilte, um die Zusammenkünfte des Prinzregenten, Kaiser Franz Josephs und des Zaren in Warschau vom 21. bis 26. Oktober mit durchzuführen. Er mußte mit Schmerz sehen, daß die Flut der antideutschen Tendenz im folgenden stillen Winter zu Petersburg stieg, den Zaren kritisierte und Gortschakow nach seiner Neigung immer mehr in die Arme des französischen Gesandten führte. Seine Gesundheit langte gerade für den Dienst, aber noch nicht für Vergnügungen. Er hielt sich still in der Familie, nahm an gesellschaftlichen Veranstaltungen nur teil, wozu er verpflichtet war, freute sich, daß er schon wieder auf die Jagd gehen konnte, war aber vor allem

mit seinen Nerven, wie seine Frau berichtete, noch nicht wieder der alte.

Bis die Heimat ihn rief!

Am 2. Januar 1861 war Friedrich Wilhelm IV. gestorben. Der Prinzregent Wilhelm folgte ihm auf den Thron. Er hatte schon seit 1859 der Politik neues Leben gegeben, vor allem aber durch die Heeresreform gemeinsam mit seinem Kriegsminister Albrecht von Roon, Bismarcks zwölf Jahre älterem Freund, Preußens Macht wieder aufgebaut. Die Erfahrungen mit der „Neuen Ära", dem Versuch, innenpolitisch gemäßigt liberal, außenpolitisch konservativ zu regieren, hatten ihn mehr und mehr dahin geführt, zumal das Parlament das Heeresbudget nicht bewilligen wollte, auch für das Innere eine konservative Regierung zu wünschen. Als er nach seinem Erlaß vom 3. Juli über die Erbhuldigung, die er durch die feierliche Krönung in Königsberg ersetzen wollte, auf den Widerspruch seines Innenministers Grafen von Schwerin und des Landtags stieß, wollte er, beeinflußt auch durch Roon, Bismarck zum Minister des Innern machen. Bismarck war trotz seines unzureichenden „Gesundheitskapitals" und trotz der Unklarheit über „die Vermögenslage, das Programm, auf dessen Boden man zu wirtschaften haben würde", bereit, „gegen das Schlamm-Meer des parlamentarischen Regimes" für des Königs Recht zu fechten. Er wollte aber die Innenpolitik nicht von der auswärtigen trennen. „Nur durch eine Schwenkung in unserer auswärtigen Haltung", schrieb er am 2. Juli 1861 an Roon, „kann, wie ich glaube, die Stellung der Krone im Innern von dem Andrang degagiert werden, dem sie auf die Dauer sonst tatsächlich nicht widerstehen wird, obschon ich an der Zulänglichkeit der Mittel dazu nicht zweifle. Die Pression der Dämpfe im Innern muß ziemlich hoch gespannt sein, sonst ist es gar nicht verständlich, wie das öffentliche Leben bei uns von Lappalien wie Stieber, Schwark, Macdonald, Patzke, Twesten und dergleichen so aufgeregt werden konnte, und im Ausland wird man nicht begreifen, wie die Huldigungsfrage das Kabinett sprengen konnte. Man sollte glauben, daß eine lange und schwere Mißregierung das Volk gegen seine Obrigkeit so erbittert hätte, daß bei dem Luftzug die Flamme aufschlägt. Politische Unreife hat viel Anteil an diesem Stolpern über Zwirnsfäden; aber seit vierzehn Jahren haben wir der Nation Geschmack an Politik beigebracht, ihr aber den Appetit nicht befriedigt, und sie sucht die

Nahrung in den Gossen. Wir sind fast so eitel wie die Franzosen; können wir uns einreden, daß wir auswärts Ansehn haben, so lassen wir uns im Hause viel gefallen; haben wir das Gefühl, daß jeder kleine Würzburger uns hänselt und geringschätzt und daß wir es dulden aus Angst, weil wir hoffen. daß die Reichsarmee uns vor Frankreich schützen wird, so sehn wir innre Schäden an allen Ecken, und jeder Preßbengel, der den Mund gegen die Regierung aufreißt, hat recht.“

Nach der Niederschrift dieser wegweisenden Worte reiste Bismarck zu seiner Erholung nach Deutschland, wo er bis November festgehalten wurde. Auf Wunsch des Ministers von Schleinitz meldete er sich am 10. Juli beim König in Baden-Baden. Der Student Oskar Becker schoß damals am 14. Juli auf den König, weil dieser nicht genug für die deutsche Einheit tue, ohne ihn zu verletzen. Bismarck überreichte dem König eine Denkschrift über die Deutsche Frage: er verband darin die Reform des Bundes mit der Heeresreform. Weder die Heilige Allianz, deren Zeit vorbei wäre, noch Österreich, dessen innere Zustände höchst zweifelhaft wären, könnten künftig für Deutschland einstehen: nur Preußen vermöchte es, dürfte sich aber nicht mehr den kleineren oder mittleren Staaten im Bunde gleichstellen lassen, sondern müßte die Führung in der Deutschen Frage an sich nehmen. Delegationen der Landtage beim Bunde müßten eine Volksvertretung schaffen, die für die Wehrkraft des Bundes sowie die Zoll- und Handelsgesetzgebung kompetent sein sollte. Dies „Zollparlament“ sollte neben den Vertretungen der einzelnen Regierungen beim Bunde bestehen und arbeiten. Nur so könnte Österreichs Vorherrschaft ausgeschaltet werden. Preußen sollte die Reformen in Frankfurt auf bundesverfassungsmäßigem Wege beantragen. Die recht vorsichtig abgefaßte Denkschrift hatte vorerst noch keine Folgen.

Bismarck mußte, wie einst Reichsfreiherr vom Stein in der Napoleonzeit, erfahren, daß der „ganze unhistorische Gott- und rechtlose Souveränitätsschwindel der deutschen Fürsten, welche unser Bundesverhältnis als Piedestal benutzen, von dem herab sie Europäische Macht spielen“, wie er an Freund v. Below-Hohendorf schrieb, nur ein Hindernis für die deutsche Einheit war. Wenn auch Roon ihm am 24. Juli schrieb: „Die Zeit ist nahe, wo Sie alle jene Kräfte gebrauchen werden zum Heile Ihres Landes“, wurde Bismarck nach den Sommerwochen in Pommern, wo er die

Denkschrift hatte erweitern müssen, und nach der Teilnahme an einem großen Ministerrat zu Koblenz im September sowie der königlichen Krönung doch wieder nach Petersburg geschickt, obwohl Schleinitz ihm schon im Juli gesagt hatte, er sollte nach Paris. Der König hatte aber beim Rücktritt von Schleinitz lieber den Londoner Gesandten Grafen Bernstorff zum Außenminister berufen: er hielt Bismarck immer noch für zu reaktionär, „für fanatischer, als ich wäre“ und verlieh ihm nur den Wirklichen Geheimen Rat mit dem Titel Exzellenz ... Die neugebackene Exzellenz saß den Winter hindurch auf dem Warteschemel und vertrieb sich die Zeit mit Jagd und kleinen Hoffreuden, bis der endgültige Rücktritt des Ministeriums der „Neuen Ära“ im März 1862 frischen Wind in die Segel des Staatsschiffes blies. Der Präsident des Herrenhauses Prinz Adolf zu Hohenlohe-Ingelfingen wurde Ministerpräsident, Kriegsminister von Roon, Außenminister Graf Bernstorff, Finanzminister v. d. Heydt behielten ihre Portefeuilles. Der Landtag wurde aufgelöst. Und Bismarck erhielt eine Depesche: seine Abberufung von Petersburg stehe bevor.

Bismarck wurde wieder nach Berlin geholt, wo er am 10. Mai 1862 eintraf. Statt Gesandter in Paris oder London zu werden, sollte er Hohenlohe-Ingelfingen von dem „Martyrium“ seines Ministerpräsidiums befreien. Dazu fehlte ihm aber „der Glaube an dauernde Festigkeit des Königs häuslichen Einflüssen gegenüber“. Er wollte sich nicht wieder als Ministerkandidat im Gasthof vor Anker legen. Er wollte aber auch die „ministerielle Wechselreiterei“, die jetzt gespielt wurde, nicht mitmachen. Wenn der König an Graf Bernstorff als Außenminister festhielt, hatte er auch kein Interesse am Ministerpräsidium. Er wußte, daß er seine Politik nur zum Ziele führen konnte, wenn er das Auswärtige unbedingt leitete. Da er nicht länger warten mochte, bat er Bernstorff, ihm „entweder ein Amt oder meine Entlassung zu verschaffen“.

Selbst seine nächsten Verwandten und Freunde waren überrascht, als sie bei der großen Frühjahrsparade auf dem Tempelhofer Felde am 22. Mai, die Bismarck als neu ernannter Major mitten unter den führenden Persönlichkeiten mitmachte, erfuhren, er wäre Gesandter in Paris geworden.

Eine Verlegenheitslösung! Auch der König, der „die alte Hinneigung zu Bismarck“ neben der alten Unentschlossenheit weiter-

behielt, nahm ihm bei der Abschiedsaudienz das Versprechen ab, „au qui vive zu bleiben". Er blieb der lebendige Schatten im Hintergrunde, er blieb der kommende Mann ...

* * *

Bismarck ging nach Paris in dem Gefühl, „daß es schwerlich länger als einige Monate dauern werde". Er wurde nach seinem Eintreffen am 29. Mai vom Kaiser liebenswürdig wie immer aufgenommen, hatte in Fontainebleau mit ihm eine längere Unterredung, in der Napoleon eine preußisch-französische Allianz als ein keineswegs abenteuerliches Projekt, sondern als Folge der Interessengleichheit hinstellte und Wiens panischen Schrecken über Bismarcks Versetzung nach Paris sowie die österreichischen Angebote an Frankreich auf Kosten Preußens schilderte. Bismarck ging auf des Usurpators merkwürdige Preußenfreundlichkeit nicht weiter aktiv ein. Er richtete sich in dem ungemütlichen preußischen Gesandtschaftshause am Quai d'Orsay und unter den Franzosen nicht erst ein: äußerlich und innerlich nicht. Er wartete unruhig auf Nachrichten aus Berlin. Roon stand dort für ihn auf der Schanze. In Urlaub wollte er auch nicht gehen. Einem Befehl nach Berlin leistete er keine Folge, weil er nicht „ein Ministerhotel belagern" wollte. Anfang Juli fuhr er nach London und amüsierte sich über die Unwissenheit der englischen Minister über Preußen: „Sie sind auch nicht klüger als unsere". Ein zweites nachdrücklicheres Urlaubsgesuch hatte am 17. Juli Erfolg. Er war für 6 Wochen frei und reiste nach dem Süden ab. Nicht direkt nach Bagnères de Luchon, wohin er die Post bestellt hatte, sondern erst einmal kreuz und quer durch Südwest-Frankreich nach Trouville und Bordeaux ins Médoc, wo er Lafitte in der Ursprache und an der Kelter trank, nach San Sebastian in Spanien: nur von dem einen Wunsch beseelt, einmal so wenig wie möglich von der Heimat und der Politik zu hören.

Am 3. August traf er in Biarritz ein. Hier erlebte er mit Petersburger Freunden, dem damaligen russischen Gesandten in Brüssel, Fürst Nikolai Orloff und seiner schönen Frau Katharina, einer Prinzessin Trubetzkoi, ein bezauberndes Sommeridyll. Bismarck kannte den elf Jahre jüngeren Fürsten, der im Krimkrieg ein Auge

und einen Arm verloren hatte, von Frankfurt her, wo der Leidende Heilung gesucht hatte, und ebenso aus Petersburg, als der invalide General zur Diplomatie umgesattelt hatte; auch Johanna hatte für ihn eine „Vorliebe“ gehabt. Bismarck „rächte sich“ jetzt dafür, indem er die Fürstin „recht niedlich und sehr liebenswürdig“ fand. Er begegnete der Fünfundzwanzigjährigen, die ganz in Frankreich aufgewachsen und fast zwei Jahre nach ihrer Heirat im Jahre 1860 zum ersten Male nach Rußland gekommen war, mit jener aufgestauten Erlebniskraft, die seine Seele nach all der Unbefriedigtheit der letzten Jahre im unentschiedenen Zwiespalt seiner nicht festliegenden Gesandten- und heimlich werdenden Ministerexistenz besonders empfänglich für die reine Schönheit, heitere Musikalität und humorvolle Ausgelassenheit ihrer entzückenden Jugend machte. Die Orloffs und Bismarck wurden zu unzertrennlichen Gefährten: von morgens bis abends, beim Frühspaziergang oder beim Bade, an der wellenstarken „Grande Plage“, beim Frühstück und Essen, bei der Siesta und Lektüre, beim zweiten Bad am stillen „Port vieux“, wo Bismarck im felsengeschützten Wasser nach Herzenslust schwimmen und hilfreicher Schwimmkamerad der Fürstin sein konnte, sowie beim Abendschlendern und Ausritt, bei der Strandpromenade und den Abendmahlzeiten, auf den Ausflügen und Picknicks. Sie warfen alle Etikettestrenge ab, waren Menschen, Freunde, die nur menschlich-seelisch miteinander der Sonne und der Natur gehörten. Bald konnte der einäugige Fürst, wenn sie zusammen in der „Leuchtturmgrotte“ oder auf der „Möwenklippe“ lasen, träumten, schrieben, plauderten, mit stillem Vergnügen feststellen, daß Bismarck „in die niedliche Principesse verliebt“ war, wie er selbst seiner Schwester gestand. Verliebt in jener reinen, edlen Seelenliebe, die wohl der zarteste und innigste Gefühlsrausch ist, die ein reifer Mann, frei von jeder sinnlichen Begierde erfahren kann. Bismarck vergaß über „dies süße Leben“ mit „Katty“, „Kathi“, „Catsch“, „die liebenswürdigste der Frauen bis auf Eine“, wie er Johanna schrieb, über seiner strahlenden Schwärmerei und dem idealen Glück dieser Wochen an der baskischen Küste die Qual seiner politischen Laufbahn. Er wurde in der beseeligenden Nähe dieser ihm mit zärtlicher Sympathie, ja mädchenhafter Zuneigung nahen Frau zu ihrem Ritter, dessen Huldigung sie aus innerer Seelenfreundschaft beglückte. Sie fanden für ihre Wahlverwandtschaft die gegenseitige „Onkel“- und

„Nichte“-Anrede, ohne je in das Onkelhafte abzugleiten. Sie spielten ihr heimlich-keusches Herzensspiel unter dem nachsichtigen Lächeln des Fürsten, mit dem Bismarck im Kult für seine Frau und in der Hochachtung vor dem männlichen Heldentum des tapferen Soldaten eine feste, lebenslange Freundschaft schloß. Der Sommertraum dauerte bis in den September hinein. Bismarck konnte sich nicht losreißen; besuchte mit den Freunden noch Pau, Lourdes, den Pic du Midi und überschritt seinen Urlaub. Erst in Toulouse, am 12. September, tauchte er aus „seinem Jungbrunnen von Biarritz“, der ihm die Frische seiner Jugend zurückgab, in dem Alltag der Pflichten wieder auf; er fand einen fast vierzehn Tage alten Brief seines Freundes Roon, der beim König zähe für ihn stritt, vor: „Gefochten muß und gefochten wird werden“, schrieb der Kriegsminister, der inmitten der parlamentarischen Wirren des obstruierenden Landtags und eines hilflosen Ministeriums völlig allein den Weg der großen deutsch-preußischen Erneuerung ging. „Ich kann mir denken, daß Sie, mein alter Freund, sehr disgustiert sind ... Aber ich hoffe noch immer, daß Sie um deswillen nicht boudieren, sondern sich vielmehr der altritterlichen Pflicht erinnern werden, den König herauszuhauen, auch wenn er, wie geschehen, sich mutwillig in Gefahr begab ... Ich fingiere daher Ihr Einverständnis, und rate, Sie einstweilen zum Ministerpräsidenten ohne Portefeuille zu ernennen, was ich bisher vermieden; es geht nicht anders!“

Das war der Ton, der Bismarcks Mannestum traf. Der Appell an seine Rittertreue rief ihn aus dem Herzenstraum in die Politik, aus der Seelenromantik in die „kahle Wirklichkeit des Geschäftslebens“ zurück. Er schickte Roon eilends das Ultimatum: sofortige Entscheidung über seine Berufung zum Ministerpräsidenten oder sein Verbleiben in Paris; sonst Entlassung: „schaffen Sie mir diese oder jede andere Gewißheit und ich male Engelflügel an Ihre Photographie!“ In Avignon wurde am 14. September von den Orloffs, die nach Genf weiterreisten, Abschied genommen. Seine Zigarrentasche, die ihn stets begleitete, enthielt lange Jahre die zärtlichen Andenken: eine Nadel, eine kleine gelbe Blume, etwas Moos, das sie gepflückt, und endlich einen Olivenzweig, den sie ihm auf der Terrasse in Avignon beim Abschied gegeben ... Mit diesem Herzenstalisman war er am 16. September wieder in Paris. Hier erhielt er zwei Tage später Roons Telegramm mit den verab-

redeten Worten: „Periculum in mora! Dépêchez-vous. L'oncle de Maurice-Henning", zugleich auch eine Depesche von Bernstorff, daß der König ihn erwarte.

Die Gefahr war in Berlin akut geworden. Die politische Unfähigkeit des Landtags im Kampfe um die Heeresreform durch „das kindliche Selbstvertrauen, mit dem die Unsrigen ihre unfähigen Schamteile in voller Nacktheit als mustergültig an die Öffentlichkeit bringen", trieb einer Katastrophe zu, weil jeder unter den angeblich so „schüchtern-bescheidenen" Deutschen „vom Kriegführen bis zum Hundeflöhn alles besser" zu verstehen meinte „als sämtliche gelernte Fachmänner", wie Bismarck voll Zorn am 15. Juli an Roon geschrieben hatte. Der König war es müde geworden, sich mit dem hirnverbrannten Parlament durch seinen Minister Roon, den einzigen, der standhielt, herumzuschlagen, und hatte die Abdankungsurkunde auf dem Tisch liegen, als Bismarck am 22. September, nachdem er zwei Tage zuvor in Berlin eingetroffen war und sofort eine, seine Berufung fast noch verhindernde, von ihm aber mit kluger Zurückhaltung behandelte Audienz beim englisch-liberal gesinnten Kronprinzen gehabt hatte, in sein Babelsberger Arbeitszimmer trat.

Roon hatte seit Jahr und Tag dem König, dessen Berater und Freund er durch sein politisches Soldatentum geworden war, immer wieder Bismarck als den einzigen Politiker empfohlen, der als Ministerpräsident und Minister des Äußeren Preußen aus der Zweitrangigkeit seit Olmütz erheben und zur Lösung der Deutschen Frage führen könnte. Seine Vorarbeit trug jetzt Segen in die Aussprache zwischen dem König und Bismarck. Der König legte seine Situation dar: Er wollte nur so regieren, wie er es vor Gott, seinem Gewissen und seinen Untertanen verantworten könnte; daran hindere ihn die Mehrheit des Landtags; Minister, die ohne Rücksicht auf diese Mehrheit regierten, fände er nicht mehr; deshalb wolle er abdanken. Bismarck erklärte, er stünde schon seit Mai als Minister bereit und Roon würde bei ihm bleiben; andere Kabinettsmitglieder getraue er sich aufzufinden. Da faßte der König, der bisher vor dem stürmischen Tatwillen des achtzehn Jahre jüngeren Genies zurückgewichen war, neuen Mut. Zwei Fragen folgten: „Sind Sie bereit, als Minister für die Reorganisation einzutreten?" „Auch gegen die Majorität des Landtags und deren Beschlüsse?" Die bejahenden Antworten brachten die Entschei-

dung: „Dann ist es meine Pflicht, mit Ihnen die Weiterführung des Kampfes zu versuchen, und ich abdiziere nicht.“ Ein Spaziergang durch den wundervollen Babelsberger Schloßpark brachte die Klärung für das Programm, das der König selbst auf acht engbeschriebenen Folioseiten aufgezeichnet hatte; er zerriß es, als Bismarck ihn überzeugt hatte, „daß es sich für ihn nicht um konservativ oder liberal in dieser oder jener Schattierung, sondern um königliches Regiment oder Parlamentsherrschaft handle und daß die letzte unbedingt und auch durch eine Periode der Diktatur abzuwenden sei“. Bismarck sagte aus seinem Ekel gegen die „im Angesicht der nationalen Aufgaben Preußens“ „politisch verderbliche“ „Negation und Phrase der damaligen Opposition“ und aus seinem „persönlich starken Gefühl der Hingabe und Anhänglichkeit“ für Wilhelm I. heraus: „In dieser Lage werde ich, selbst wenn Eure Majestät nur Dinge befehlen sollten, die ich nicht für richtig hielte, Ihnen zwar diese meine Meinung offen entwickeln, aber wenn Sie auf der Ihrigen schließlich beharren, lieber mit dem Könige untergehen, als Eure Majestät im Kampfe mit der Parlamentsherrschaft im Stiche lassen.“

Der König hatte mit diesen Worten endlich den Mann gefunden, dem er die volle Macht über den Staat und seine Zukunft anvertrauen mußte. Preußen und Deutschland erhielten damit ihren Führer: den Gestalter seines Schicksals. Europa wurde für fast ein Menschenalter Bismarcks Willen überantwortet.

NEUNTES KAPITEL

Von der Heeresreform bis zum Frieden mit Dänemark

(1862—1864)

Ein politisches Genie wie Bismarck konnte von dem Augenblick an, da es über die Macht des ihm anvertrauten Staates verfügte, nur aufs Ganze gehen, nur große Politik treiben! Die Öffentlichkeit war an solche schöpferische Größe damals freilich nicht gewöhnt. Am wenigsten der Landtag mit der zweiten Kammer, dem preußischen Abgeordnetenhause. Wenn das Herrenhaus aus Treue zum König und aus seinem Herrenbewußtsein heraus, mit Verantwortung für den Staat und die Zukunft führend handeln zu müssen, Bismarck keinerlei Schwierigkeiten bereitete, ohne ihm allerdings mit positiver Tat Verständnis entgegenzubringen, so war das Abgeordnetenhaus völlig im Banne der liberalen Ideen bis in die konservativen Kreise hinein, die der Arbeit Bismarcks, ihres einstigen Parteigenossen, der sich in der Selbständigkeit seiner politischen Einsicht und Willensäußerungen nie hatte beschränken lassen, mit „düsteren Ahnungen" entgegensahen. Bismarck stand darum, als er am 24. September sein Amt antrat, von Anfang an allein auf dem politischen Kampffelde, wenn auch die Konservativen ihn noch als den Ihren ansahen und so lange Gefolgschaft leisteten, wie es ihrem Parteidenken zusagte ... Der einzige, der ihn verstand, war der als reaktionär verschriene „wilde Soldat", der Kriegsminister Albrecht von Roon (1803—1879). Mit ihm hat Bismarck denn auch auf lange Jahre hinaus eine Kampf- und Arbeitsgemeinschaft gehabt, wie nie sonst und wie nie wieder in seinem Leben mit irgendeinem anderen Soldaten und Politiker. Bismarck und Roon gehörten von Natur und Weltanschauung in Haltung und Zielsetzung zueinander: sie waren politische Soldaten ihres Königs auf christlich-religiöser Grundlage, Roon unter stärkerer Betonung der sol-

datisch-preußischen Notwendigkeiten, Bismarck mit dem Schwergewicht auf der deutschen Politik Preußens. Sie beide sind es recht eigentlich gewesen, die unter Hilfsstellung König Wilhelms nicht nur die Politik des nächsten Jahrzehnts geführt, sondern auch unter Mitarbeit Moltkes die Gründung des Deutschen Reiches, die erste kleindeutsche Einheit, vollendet haben. Sie sind die wahren Schöpfer des Reichs.

Roon hatte den Kampf mit der Parlamentshydra seit 1859 allein durchfechten müssen. Er hatte bei seinen bisherigen Ministerkollegen wie dem Ministerpräsidenten, dem Fürsten Anton von Hohenzollern und dessen Stellvertreter und Nachfolger, dem Prinzen Adolf zu Hohenlohe-Ingelfingen oder dem Innenminister Grafen von Schwerin-Putzar, dem Minister ohne Portefeuille Rudolf von Auerswald, dem Außenminister Grafen von Bernstorff, dem Handels- und späteren Finanzminister von der Heydt, die sämtlich zu den gemäßigten Liberalen zu zählen waren, wenig Verständnis und wenig Hilfe für die Erfüllung seiner Aufgabe, der Heeresreform, die er mit Eintritt in das Ministerium vom König erhalten hatte, gefunden. Er hatte aus seiner monarchisch-christlichen, altpreußisch-autoritären Weltanschauung heraus, die die konstitutionellen Folgen von 1848 scharf ablehnte, keinerlei Vertrauen zur Politik der „Neuen Ära" fassen können, weil er sich als Soldat, als Mann der Tat an die Wirklichkeit hielt, mochte sie im Lande nach Aussage der Presse und unter dem Einfluß der Wahlpropaganda noch so viel scheinbare Zustimmung finden. Die Wirklichkeit hatte aber immer wieder Preußens Schwäche im alten politischen Lager erwiesen, weil Preußens Heer nicht in Ordnung war. Die Mobilmachung von 1859 hatte die Mängel der seit den Freiheitskriegen entwickelten preußischen Heeresverfassung, durch die die allgemeine Wehrpflicht mit der nur noch möglichen Berücksichtigung von einem Drittel Dienstpflichtiger zur Farce geworden war und die verheirateten Landwehrleute mehr als die jungen Soldaten in die Kampffront gestellt wurden, so unwiderlegbar bewiesen, daß der Prinzregent und sein Kriegsminister die Heeresreform, d. h. die Erhöhung der Friedensstärke des Heeres von 140 000 auf 213 000, die Vermehrung der Rekruten von 40 000 auf 63 000 Mann jährlich entsprechend dem Bevölkerungszuwachs sowie die richtige Aufteilung der Landwehr ersten Aufgebots in die Linienregimenter bzw. das zweite Landwehraufgebot mit einem

Mehraufwand von jährlich 9,5 Millionen Talern als wichtigste Staatsaufgabe ansehen mußten, wenn sie ehrliche Verantwortung für Preußen und seine Stellung in Deutschland, ja in Europa tragen wollten. Der Liberalismus war aber grundsätzlich militärfeindlich, er sah in einer Heeresverstärkung die Kräftigung der angeblich parlamentsfeindlichen Macht der Krone, er war kleinlichneidisch auf den hohen Prozentsatz des Adels im Offizierkorps, er wollte die volkstümliche Landwehr, das Milizprinzip nicht hinter eine straffe Linientruppe und Frontwaffe einordnen lassen und die zweijährige Dienstpflicht an Stelle der vom König und Roon geforderten dreijährigen beibehalten. Mit Mühe und Not war am 5. Mai 1860 und am 31. Mai 1861 das Abgeordnetenhaus so gnädig gewesen, die Kosten für die Heeresreform von Jahr zu Jahr, zuletzt nur vorläufig und mit einem Abstrich zu bewilligen. Die Liberalen benutzten den fortwährenden Kampf um das Heer, um ihre Parteisuppe immer schärfer zu würzen, gründeten 1861 die Deutsche Fortschrittspartei, die bei den Wahlen im Dezember 1861 die Übermacht im Abgeordnetenhause errang, und hetzten zur Ablehnung der Heeresreform am 6. März 1862! Da das Ministerium mit Ausnahme Roons diesem verantwortungslosen, nur phrasenhafter Ideologie ergebenen Treiben entschlußlos gegenüberstand, beendete der König die „Neue Ära“ mit der Auflösung des Landtags und der Berufung eines nach rechts gerückten Ministeriums, das der verstärkten liberalen Mehrheit des im Mai neugewählten Landtags wieder nicht gewachsen war, wenn Außenminister Graf Bernstorff auch einer Bundesreform zustrebte und einen freihändlerischen preußisch-französischen Handelsvertrag am 2. August abschloß. Die Liberalen wollten durchaus die zweijährige Dienstzeit erzwingen. Der König konnte ihre Forderung nicht bewilligen. Der Konflikt war da: das Abgeordnetenhaus strich am 23. September sämtliche militärischen Mehrausgaben aus dem Staatshaushalt, lehnte die Heeresreform völlig ab!

Dieser Lage trat nun Bismarck gegenüber. Er mußte Zeit gewinnen, waren es auch nur wenige Tage, kam er doch ununterrichtet gerade aus Paris, wo er bis vor wenigen Tagen noch in Ferienstimmung gelebt hatte. Zeit gewinnen für die Praxis, nicht zur Klärung seiner Politik, denn was er wollte, wußte er. Er wurde weder vom Abgeordnetenhaus, noch von der Presse in der Öffentlichkeit freundlich empfangen; man erinnerte sich seines Auf-

tretens in den Jahren 1848—1850: „schroff, rücksichtslos, nonchalant bis zur Frivolität, mitunter witzig bis zur Derbheit — aber wann hätte er einen politischen Gedanken geäußert?" fragte eine Berliner Zeitung; und Gustav Freytags „Grenzboten" prophezeiten seiner Arbeit eine Frist von kaum einem Jahr. Die deutsche Öffentlichkeit war also auch hier wie immer fast zuerst blind einem großen Manne gegenüber. Es sollte ein mächtiges Augenaufreißen geben.

Schon bei Bismarcks erstem Auftreten in der Kammer am 29. September. Er zog nämlich zum Erstaunen der Abgeordneten, die die schärfste Kampfansage erwartet hatten, die Regierungsvorlage des Haushalts für 1863 zurück, um unter Anerkennung der Budgetfeststellung durch das Parlament „die Hindernisse der Verständigung nicht höher anschwellen zu lassen". Und in der Budgetkommission wich er am gleichen Tage der Frage, wann die Vorlage denn nun wieder eingerichtet werden würde, mit dem Hinweis auf die „Zwecke des Friedens und der Versöhnung", die die Regierung verfolge, aus. Er zeigte zwei Tage später dem liberalen Abgeordneten von Bockum-Dolffs den Olivenzweig, den er von der Fürstin Orloff in Avignon zum Andenken erhalten hatte, mit souveränem Humor: „um ihn der Volkspartei als Friedenszeichen anzubieten". Die verbissenen, kleinstirnigen Abgeordneten ahnten nicht die Horizontweite dieser Geste und Bismarcks innere Überlegenheit dabei. Sie ahnten auch nicht, daß der neue Ministerpräsident die Versöhnung mit ihnen ja nur, um Preußen groß zu machen und Deutschland zu schaffen, wünschte und nicht um ihr hohles parlamentarisches, aus den westlichen Demokratien herbeigeholtes, schon damals jüdisch beeinflußtes Prinzip zu stärken. Dieser Parteidummheit konnte Bismarck nur sein Bekenntnis entgegensetzen. Seine Worte schlugen wie eine Bombe ein und klärten die Situation! Hier standen Deutschlands Zukunft und Größe, dort erzitterte die Philisterseele in Furcht und Schrecken, als die lapidaren Sätze ertönten: „Wir haben die Vorliebe, eine zu große Rüstung für unseren schmalen Leib zu tragen; nur sollten wir sie auch nützen. Nicht auf Preußens Liberalismus sieht Deutschland, sondern auf seine Macht; Bayern, Württemberg, Baden mögen dem Liberalismus huldigen, darum wird ihnen doch keiner Preußens Rolle anweisen; Preußen muß seine Kraft zusammenfassen und zusammenhalten auf den günstigen Augenblick, der

schon einige Male verpaßt ist; nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden — das ist der große Fehler von 1848 und 1849 gewesen — sondern durch Eisen und Blut." Wie ein Lauffeuer ging es durch Preußen, durch Deutschland, durch Europa! „Durch Eisen und Blut!" Durch Blut und Eisen sollte fortan Politik gemacht werden. Die Welt horchte auf: sie ahnte, daß die Zeit der Stagnation und des biedermeierischen Liberalismus vorbei war. Daß eine neue Epoche begann, die die Tat über das Wort stellte.

Die Empörung bei den Philistern und Abgeordneten war natürlich groß. Selbst der tapfere Roon war erschreckt, weil er solche „geistreichen Exkurse" der Sache nicht für förderlich hielt; er wollte schweigend sein Ziel erreichen, kämpfte mehr als Soldat. Bismarck hatte aber als Politiker zu kämpfen. Er hatte jetzt der Öffentlichkeit die Zukunft und seine Methode gezeigt. Es galt nun sofort den König, die Macht der Krone, zu gewinnen. Der König kam gerade aus Baden-Baden vom Geburtstag seiner antibismarckschen Gemahlin zurück. Entschlossen fuhr der Ministerpräsident ihm bis Jüterbog entgegen und hatte dann mit dem ihn „in gedrückter Stimmung" begrüßenden Herrscher jene denkwürdige Aussprache, die kein Deutscher je vergessen sollte.

„Als ich um die Erlaubnis bat, die Vorgänge während seiner Abwesenheit klarzulegen", erzählte Bismarck später nach vollendeter Lebensarbeit in den „Gedanken und Erinnerungen", „unterbrach er mich mit den Worten: ‚Ich sehe ganz genau voraus, wie das alles endigen wird. Da vor dem Opernplatz unter meinen Fenstern wird man Ihnen den Kopf abschlagen und etwas später mir.'

Ich erriet, und es ist mir später von Zeugen bestätigt worden, daß er während des achttägigen Aufenthaltes in Baden mit Variationen über das Thema Polignac, Strafford, Ludwig XVI. bearbeitet worden war. Als er schwieg, antwortete ich mit der kurzen Phrase ‚Et après, Sire?' — ‚Ja, après, dann sind wir tot!' erwiderte der König. ‚Ja', fuhr ich fort, ‚dann sind wir tot, aber sterben müssen wir früher oder später doch, und können wir anständiger umkommen? Ich selbst im Kampfe für die Sache meines Königs und Eure Majestät, indem Sie Ihre Königlichen Rechte von Gottes Gnaden mit dem eignen Blute besiegeln, ob auf dem Schafott oder auf dem Schlachtfelde, ändert nichts an den rühmlichen Einsätzen von Leib und Leben für die von Gottes Gnaden verliehenen Rechte.

Eure Majestät müssen nicht an Ludwig XVI. denken; der lebte und starb in einer schwächlichen Gemütsverfassung und macht kein gutes Bild in der Geschichte. Karl I. (1649) dagegen, wird er nicht immer eine vornehme historische Erscheinung bleiben, wie er, nachdem er für sein Recht das Schwert gezogen, die Schlacht verloren hatte, ungebeugt seine königliche Gesinnung mit seinem Blute bekräftigte? Eure Majestät sind in der Notwendigkeit zu fechten, Sie können nicht kapitulieren, Sie müssen und wenn es mit körperlicher Gefahr wäre, der Vergewaltigung entgegentreten.'

Je länger ich in diesem Sinne sprach, desto mehr belebte sich der König und fühlte sich in die Rolle des für Königtum und Vaterland kämpfenden Offiziers hinein. Er war äußern und persönlichen Gefahren gegenüber von einer seltnen und ihm absolut natürlichen Furchtlosigkeit, auf dem Schlachtfelde wie Attentaten gegenüber; seine Haltung in jeder äußern Gefahr hatte etwas Herzerhebendes und Begeisterndes. Der ideale Typus des preußischen Offiziers, der dem sichern Tode im Dienste mit dem einfachen Worte ‚Zu Befehl' selbstlos und furchtlos entgegengeht, der aber, wenn er auf eigne Verantwortung handeln soll, die Kritik des Vorgesetzten oder der Welt mehr als den Tod und dergestalt fürchtet, daß die Energie und Richtigkeit seiner Entschließung durch die Furcht vor Verweis und Tadel beeinträchtigt wird, dieser Typus war bei ihm im höchsten Grade ausgebildet. Er hatte sich bis dahin auf seiner Fahrt nur gefragt, ob er vor der überlegenen Kritik seiner Frau Gemahlin und vor der öffentlichen Meinung in Preußen mit dem Wege, den er mit mir einschlug, würde bestehen können. Dem gegenüber war die Wirkung unserer Unterredung in dem dunkeln Coupé, daß er die ihm nach der Situation zufallende Rolle mehr vom Standpunkte des Offiziers auffaßte. Er fühlte sich bei dem Portepee gefaßt und in der Lage eines Offiziers, der die Aufgabe hat, einen bestimmten Posten auf Leben und Tod zu behaupten, gleichviel, ob er darauf umkommt oder nicht. Damit war er auf einen, seinem ganzen Gedankengange vertrauten Weg gestellt und fand in wenigen Minuten die Sicherheit wieder, um die er in Baden gebracht worden war, und selbst seine Heiterkeit. Das Leben für König und Vaterland einzusetzen, war die Pflicht des preußischen Offiziers, um so mehr die des Königs, als des ersten Offiziers im Lande. Sobald er seine Stellung unter dem Gesichtspunkte der Offiziersehre betrachtete, hatte sie für ihn ebenso wenig Bedenk-

liches wie für jeden normalen preußischen Offizier die instruktionsmäßige Verteidigung eines vielleicht verlorenen Postens. Er war der Sorge vor der ‚Manöverkritik', welche von der öffentlichen Meinung, der Geschichte und der Gemahlin an seinem politischen Manöver geübt werden könnte, überhoben. Er fühlte sich ganz in der Aufgabe des ersten Offiziers der preußischen Monarchie, für den der Untergang im Dienste ein ehrenvoller Abschluß der ihm gestellten Aufgabe ist. Der Beweis der Richtigkeit meiner Beurteilung ergab sich daraus, daß der König, den ich in Jüterbogk matt, niedergeschlagen und entmutigt gefunden hatte, schon vor der Ankunft in Berlin in eine heitere, man kann sagen fröhliche und kampflustige Stimmung geriet, die sich den empfangenden Ministern und Beamten gegenüber auf das unzweideutigste erkennbar machte."

Bismarck hatte jetzt festen Grund unter den Füßen. Sein Kampf mit dem törichten Abgeordnetenhaus vollzog sich in logischer Zwangsläufigkeit. Als der Antrag Forckenbeck am 7. Oktober die Haushaltsvorlage so rechtzeitig, daß sie noch vor dem 1. Januar 1863 erledigt werden könnte, verlangte, wies Bismarck ruhig und sicher auf die Rechte der Krone und des Herrenhauses hin. Und als das Abgeordnetenhaus auch Vinckes Vermittlung ablehnte und den Beschluß des Herrenhauses auf Anerkennung des Regierungsetats für verfassungswidrig und null und nichtig erklärte, schloß Bismarck die Tagung mit dem Hinweis, daß die Regierung ihre Pflicht verletzen würde, wenn sie die begonnene Heeresreform wieder rückgängig machte . . .

Bismarck ging von jetzt an seinen Weg und behandelte das Parlament nach Verdienst und Würdigkeit: mit souveräner Menschenverachtung und Überlegenheit. Dabei war zu beobachten, daß er immer Maß und Haltung wahrte, weil er die Politik beherrschte und sein Ziel kannte, während seine Opposition sich immer wieder in eine Leidenschaftlichkeit und Maßlosigkeit verlor, durch die nur offenbar wurde, daß sie weder inneren Halt in einer realidealen Weltanschauung, noch ein geschlossenes innen- oder gar außenpolitisches Ziel von gestaltender Kraft besaß. Bismarck, der angebliche Verfassungsfeind, vergab sich nichts, wenn er an den Kurfürsten von Hessen die Aufforderung richtete, dem Volke seine verfassungsmäßigen Rechte zurückzugeben, denn er griff in dem Nachbarlande um Deutschlands willen und nicht für eine Prin-

zipienreiterei ein. Aus dem gleichen Grunde konnte er auch für die von Bernstorff eingeleiteten Bundesreformverhandlungen direkte Wahlen für das künftige Nationalparlament fordern, denn es sollte ja Österreich ausschalten, lag also auf dem Wege der preußischen Lösung der Deutschen Frage. Bismarck richtete seine Maßnahmen, seine Reden, seine Leitung der Politik, seinen Kampf für Königtum und Heeresreform nicht nach demokratischer Innenpolitik oder humanitärer Außenpolitik ein, sondern ausschließlich nach den Notwendigkeiten der preußischen deutschen Zukunft. Er wußte unzerstörbar, daß Deutschland durch ihn geschaffen werden würde; mit ihm wußte es wohl nur noch Roon, sein „bester Freund und Kamerad", wie er ihn später in den „Gedanken und Erinnerungen" genannt hat. Es war die einzige Entschuldigung für das Parlament und die Opposition, daß die Abgeordneten nicht die gleiche unwandelbare Gewißheit in sich trugen, sondern unklaren Vorstellungen über das werdende Reich und Preußens Aufgabe nachhingen.

Bei der unüberbrückbaren Gegensätzlichkeit der Einstellung, Weltanschauung und Zielsetzung, bei der absoluten Fremdheit der politischen Denkweise und Methode — Bismarck war alle politische Arbeit Mittel zum Zweck, um auf dem Wege der Erfüllung des jeweils Erreichbaren das große Ziel zu verwirklichen; dem Parlament diente alle Politik nur zur Rechthaberei für seine Ideologie und Prinzipien — mußte der Konflikt in rascher Folge zum endgültigen Bruch mit dem nicht arbeitsfähigen Abgeordnetenhaus führen. Versuchte Bismarck in der Eröffnungsrede beim Wiederzusammentritt am 14. Januar 1863 mit dem Versprechen, die Genehmigung für die geleisteten Ausgaben nachträglich einzuholen und einen Gesetzentwurf zur Änderung und Ergänzung des Wehrpflichtgesetzes vom 3. September 1814 vorzulegen, nochmals eine vernünftige Arbeitsweise zwischen der Regierung und dem Parlament anzubahnen, so bestanden die Abgeordneten auf ihrem Schein und kämpften in der irrigen Meinung, der König kenne das Vorgehen seines Ministeriums oder billige es nicht, für eine Adresse, die sich beim König über die Verfassungsverletzungen seiner Minister beschweren wollte. Was war Bismarck gegenüber seinem nach Taten drängenden politischen Denken schon eine Adresse und nun gar eine schlechte Adresse? Ein „Manöver mit markiertem Feind und Platzpatronen!" „Nahmen die Leute" solch „Schein-

gefecht“ freilich „für ernsten Sieg und zerstreuten sie sich plündernd und marodisierend auf Königlichem Rechtsboden“, dann sah Bismarck die Zeit gekommen, „daß der markierte Feind seine Batterie demaskiert und scharf schießt.“ Und Bismarck schoß von jetzt an scharf! Die Adresse treffe den König, erklärte er, und könne deswegen von ihm nicht entgegengenommen werden; der König ließe seine verfassungsmäßigen Rechte nicht auf die Mehrheit des Parlaments übertragen: „Wir, die Minister, nehmen es mit unserem Eide ebenso ernst, wie Sie, die Abgeordneten!“ Er hätte sagen können: noch ernster, weil die Abgeordneten nur Rechthaberei betrieben, die der König mit scharfer Abwehr des Vorwurfs der Verfassungsverletzung entschieden ablehnte. Bismarck sprach jetzt die „preußische Sprache“: „Das preußische Königtum hat seine Mission noch nicht erfüllt; es ist noch nicht reif dazu, einen rein ornamentalen Schmuck Ihres Verfassungsgebäudes zu bilden, noch nicht reif, als ein toter Maschinenteil dem Mechanismus des parlamentarischen Regiments eingefügt zu werden.“ Das Parlament wollte solche Wahrheiten natürlich nicht hören: bisher hatte nur Roon in diesem Ton mit den Abgeordneten gesprochen! Als Bismarck am 26. Februar das Parlament mit den Worten „er stehe nicht unter der Disziplin des Präsidenten dieses Hauses“ in seine Schranken gewiesen hatte, mußte er Heinrich von Sybels Vorwurf, er schleudere unpatriotisch die Brandfackel des Unfriedens ins Land, als „eine ganz unberechtigte Anmaßung“ zurückweisen; der Vizepräsident von Bockum-Dolffs wollte ihm daraufhin das weitere Reden verbieten, ja sogar die Sitzung aufheben; da erklärte das Staatsministerium einmütig, sich fortan von den Beratungen des Abgeordnetenhauses fernzuhalten, wenn „eine Wiederholung des der gesetzlichen Begründung entbehrenden Verfahrens“ gegen einen Minister nicht unterbliebe. Der König forderte auf die Absage des Landtags kategorisch, „unsern Ministern die verlangte Anerkennung ihrer verfassungsmäßigen Rechte zu gewähren und dadurch das fernere geschäftliche Zusammenwirken zu ermöglichen“, und lehnte den Empfang einer parlamentarischen Delegation ab. Er schloß am 27. Mai die Landtagssitzung, als keine befriedigende Antwort erfolgte. Bismarck berief das Abgeordnetenhaus nicht wieder ein. Es wurde am 2. September aufgelöst.

Die Außenpolitik führte zu dem gleichen Ergebnis. Die liberalen

Parlamentarier dachten nur innen- und parteipolitisch. Sie brachten es fertig, die philiströse Polenschwärmerei zu bejahen, nur um Rußland, dem „Feinde" der Demokratie französischer Herkunft, zu schaden, ohne zu bedenken, daß sie dadurch zugleich zu Vaterlandsverrätern an Preußen und seinem östlichen Besitz, am Deutschtum wurden. Bismarck war sich über die Polenfrage in Europa längst klar; der Gesandte in Petersburg hatte am 26. März 1861 seiner Schwester in der burschikosen Sprache, in der er mit ihr verkehrte, geschrieben: „Haut doch die Polen, daß sie am Leben verzagen. Ich habe alles Mitgefühl für ihre Lage; aber wir können, wenn wir bestehen wollen, nichts anderes tun, als sie ausrotten; der Wolf kann auch nichts dafür, daß er von Gott geschaffen ist, wie er ist, und man schießt ihn doch dafür tot, wenn man kann." Dieser Standpunkt ging aus der unwiderlegbaren Einsicht hervor, daß Polens Wiederauferstehen Preußens Bestand in Frage stellte. Seine Politik gegenüber Polen war darum in jeder Beziehung eindeutig: die Polen dürften zu keiner Selbständigkeit zurückgelangen. Bismarck hat an dieser Politik sein ganzes Leben hindurch festgehalten. Sie gehörte für ihn zu den Grundgesetzen der preußischen Existenz und später des von ihm aufgebauten Reichs.

Als nun am 22. Januar 1863 auf Veranlassung der sogenannten „roten", d. h. französisch-demokratischen Emigration in Polen ein neuer großer Aufstand gegen die Zarenherrschaft ausbrach, weil die Versöhnungsbestrebungen des Statthalters Großfürsten Konstantin Nikolajewitsch und des Chefs der Zivilverwaltung Grafen A. Wielopolski mit Rußland angeblich den nationalpolnischen Gedanken gefährdeten, ließ sich Bismarck von Anfang an auf keine halben Maßnahmen noch Kompromisse ein. Er wußte, daß der Aufstand, hätte er Erfolg, wie 1830, auf preußisches Gebiet übergreifen würde, weil jede polnische Erhebung das alte polnische Reich in den Grenzen vor 1771 herzustellen wünschte, oder zum mindesten von Preußens polnischer Bevölkerung unterstützt werden würde. Die vier Armeekorps des Ostens wurden darum sofort mobilisiert und die Grenze gesperrt, ferner eine Konvention mit Rußland abgeschlossen, die der zu diesem Zweck nach Petersburg entsandte General G. von Alvensleben am 8. Februar 1863 unterzeichnete. Die preußischen wie russischen Truppen an der Grenze sollten sich damals auf Anforderung ihrer Befehlshaber oder

Grenzbehörden gegenseitige Hilfe leisten und die Aufständischen auch über die Grenze hinweg verfolgen können. Diese klare und nach Preußens politischer und geographischer Lage einzig mögliche Abmachung, die erwies, daß Bismarck eine rußlandfreundliche und polenfeindliche Politik trieb, um den Rücken in seinen Plänen gegenüber Österreich und Frankreich zur Lösung der Deutschen Frage frei zu haben, wurde in Preußen-Deutschland, wo die Sentimentalität des Philisters Politik machen wollte, nicht verstanden und rief einen Entrüstungssturm im Abgeordnetenhaus hervor. Ausgerechnet ein Pole interpellierte am 16. Februar die Regierung, ob das Staatsministerium die energischen Maßnahmen des Posener Oberpräsidenten und des dortigen kommandierenden Generals billige. Bismarck wies die Interpellation ab: Die Staatsinteressen würden durch den Aufstand, dessen „unbestrittener Zweck die Herstellung eines unabhängigen polnischen Reiches in einer dem früheren Bestande desselben sich nach Möglichkeit annähernden Ausdehnung" wäre, gefährdet! Die liberalen Abgeordneten verstanden natürlich nicht, daß Bismarcks Konvention mit Rußland große Politik darstellte; daß sie gerade Konzessionen des Zaren an die Polen sowie eine von Napoleon III. gewünschte Annäherung Rußlands an Frankreich, also die Situation verhinderte, deren Auswirkung wir 1914—1918 erfahren haben! Daß zugleich dadurch auch Österreich unmöglich gemacht wurde, mit den Westmächten eine Koalition gegen Rußland abzuschließen. Bismarck legte mit dieser Konvention durch das daraus erwachsende Vertrauen des Zaren Alexander II. zu seiner Politik den ersten bedeutungsvollen außenpolitischen Grundstein für seinen Reichsbau! Weil er von der politischen Unfähigkeit der Parlamentarier überzeugt war, dachte er nicht daran, die Konvention bekanntzumachen. Der Landtag interpellierte ihn am 18. Februar auf Gerüchte hin, wollte die Veröffentlichung erzwingen, bekämpfte die russisch-preußische Verbindung: diesem Ministerium für den Kriegsfall nicht einen Taler! Da erhob sich Bismarck und wies mit Zorn und Hohn die falschen Gerüchte über Mobilmachung und militärische Grenzmaßnahmen zurück. Er lehnte „eine akademische Diskussion über auswärtige Politik" ab. „Es kommt in dieser großen Sache uns nicht auf russische Politik und auch nicht auf unser Verhältnis zu Rußland an, sondern lediglich auf das Verhältnis Preußens gegen die polnische Insurrektion und auf den Schutz preußischer Untertanen

gegen die Nachteile, die aus dieser polnischen Insurrektion für dieselben hervorgehen können. Daß Rußland keine preußische Politik treibt, weiß ich, weiß jeder. Es hat auch keinen Beruf dazu; im Gegenteil hat es die Verpflichtung, russische Politik zu treiben. Ob ein unabhängiges Polen, welches sich an der Stelle von Rußland in Warschau etablieren möchte, preußische Politik treiben würde, ob es ein leidenschaftlicher Bundesgenosse Preußens gegen auswärtige Mächte sein würde, ob es sich bemühen würde, Polen und Danzig in preußischen Händen zu bewahren, das, meine Herren", sagte Bismarck höhnisch, „das überlasse ich Ihrer eigenen Erwägung zu ermessen." Als der Abgeordnete Benedikt Waldeck aus Münster in Westfalen, der aus seinem Katholizismus heraus Polenanhänger war, rief: „Die Gendarmendienste für Rußland müssen jedem Preußen die Schamröte ins Gesicht treiben!", antwortete Bismarck stolz: „Ich glaube für die Ehre Preußens mindestens genau so viel Sinn zu haben, wie der Herr Abgeordnete Waldeck und glaube dies durch mein Verhalten in der Gegenwart, durch mein Verhalten in der Vergangenheit in reichem Maß bestätigt zu haben." Virchows Verlangen, Preußen hätte die russische Regierung zu einer anderen Regierungsweise in Polen bewegen sollen, brachte Bismarcks immer gültige Feststellung: „Dergleichen Ratschläge an fremde Regierungen, wie sie im Innern zu regieren haben, haben immer etwas Mißliches, weil sie sehr leicht zur Reziprozität führen." Aber „die politische Krankheitsform, deren geographische Verbreitung sich auf Deutschland leider beschränkt", „die Neigung, sich für fremde Nationalbestrebungen zu begeistern, auch dann, wenn dieselben nur auf Kosten des eignen Vaterlandes verwirklicht werden können", führte noch zu einem Neutralitätsantrag der Opposition am 26. Februar, den Bismarck scharf als Parteinahme für die Insurrektion charakterisierte. Er schloß die fortgesetzt auf Pressehetzen und Falschmeldungen gestützte Debatte mit dem klaren Wort: „Ich kann Ihnen nicht verhehlen, meine Herren, daß die Art, wie Sie die Regierung in der auswärtigen Politik Ihrerseits unterstützen, wenn sie solche Wege einschlägt, die in Ihrer eigenen Richtung liegen, die Erreichung der Ziele nicht fördern kann."

Wie immer versuchten damals auch Frankreich und England sich in die preußische und damit deutsche Stellungnahme gegen Polen einzumischen. Napoleon äußerte sich gegen Bismarcks Nach-

folger in Paris, den Grafen von der Goltz, am 20. Februar ablehnend genug; der französische Minister Drouyn de l'Huys erhob den Vorwurf, Preußen hätte „die lokale Angelegenheit" „zu einer europäischen Affäre" erhoben. Und England hatte sogar die Kühnheit, durch seinen Berliner Botschafter, Sir Andrew Buchanan, Bismarck zu erklären: „Europa werde es nicht dulden, daß die Konvention zur Ausführung gelange und preußische Truppen die Grenze überschritten, um Rußland zu helfen." Bismarck fragte ruhig zurück: „Wer ist Europa?" Und als der verblüffte Lord stotterte: „Verschiedene große Nationen", schloß Bismarck die Auseinandersetzung mit der weiteren Frage: „Sind sie sich schon einig?" Der Engländer verstummte. Bismarck kannte Europa und fürchtete es nicht. Er wußte andererseits, daß „Polens Unabhängigkeit gleichbedeutend mit einer starken französischen Armee in der Weichselposition ist" und daß „wir den Rhein nicht halten können, wenn wir Polen im Rücken haben".

Es bot sich in dieser Landtagssession noch eine zweite Gelegenheit für die Abgeordneten, sich außenpolitisch zu blamieren: in der schleswig-holsteinischen Frage, die zwar 1852 nach den Kriegen und Kämpfen von 1848 und 1849 von den Großmächten dadurch stillgelegt worden war, daß die Elbherzogtümer Schleswig-Holstein unter Wahrung ihrer Selbständigkeit und der Zugehörigkeit Holstein-Lauenburgs zum Deutschen Bunde dem König von Dänemark unterstellt worden waren. Am 30. März 1863 erließ nun König Friedrich VII. auf Veranlassung der „Eiderdänen"-Partei jenes Patent, durch das Schleswig vollständig, Holstein mit Ausnahme weniger autonomer Rechte dem dänischen Gesamtstaat einverleibt wurden. Das deutsche Volk war empört über diesen Eingriff in die deutschen Rechte. Das preußische Abgeordnetenhaus aber benutzte das dänische Unrecht, gegen das Preußen und Österreich am 15./17. April 1863 einen gleichlautenden Protest nach Kopenhagen sandten, zu einem Angriff auf die Regierung: die Dänen wären nur kühn, behauptete der interpellierende Abgeordnete, weil in Preußen innere Zerwürfnisse herrschten und Bismarck sich 1850 angeblich dänenfreundlich geäußert hätte. Bismarck wies die Bruchstücke aus dem Zusammenhang seiner damaligen Politik zurück; das Ausland wäre im übrigen nicht so leichtgläubig, auch Dänemark nicht, darauf zu vertrauen, „daß es einen Krieg in diesem Augenblick von Preußen unter

unseren nach innen und außen zerrütteten Verhältnissen zu erwarten habe". „Ich kann Sie versichern und das Ausland versichern", fuhr Bismarck fort, „wenn wir es für nötig finden, Krieg zu führen, so werden wir ihn führen mit oder ohne Ihr Gutheißen." So leitete Bismarck, indem er zugleich das gemeinsame Vorgehen mit Österreich zur „Wahrung deutschen Rechts in Holstein-Lauenburg und in betreffs Schleswig als eine nationale Ehrenpflicht" bekanntgab, die Politik zur endgültigen Lösung eines deutschen und europäischen Problems ein, das zum Symbol für die deutsche Einheit geworden war.

Wie Bismarck im Herbst 1862 bei der Zusammensetzung seines Ministeriums (Finanzen: Karl von Bodelschwingh, Handel: Graf Itzenplitz, das Innere: Graf Friedrich zu Eulenburg, Landwirtschaft: von Selchow, Krieg: von Roon, Kultus: von Mühler, Justiz: Graf zur Lippe) sich nicht um das Abgeordnetenhaus gekümmert hatte, so fragte er es auch nicht bei der inneren Neuordnung des nun seiner Verantwortung anvertrauten Staates. Er griff energisch durch, maßregelte die liberal gesinnten Beamten, förderte die konservativen Elemente, die durch Wageners und Blanckenburgs „preußischen Volksverein" dem König ihre Loyalität erklärten, strich die Reisekosten und Diäten der Abgeordneten, die als Beamte Gehälter bezogen und gegen die Regierung kämpften, erhob die Pariser und Londoner Gesandtschaften zu Botschaften und wehrte sich mit jeder ihm verfügbaren Waffe gegen die Propaganda des „Preußen hat Feinde ringsum". Damals erfuhr ein großer Deutscher zum ersten Male die Macht jener Presse, die kein anderes Gesetz anerkennt, als mit Lügen die Welt zu beherrschen. Bismarck erließ am 1. Juni die in der Fortschrittspartei „Press"- oder — nach den berüchtigten Juli-Ordonnanzen Karls X. von Frankreich — „Juni-Ordonnanzen" bekannten Verordnungen zur Überwachung, ja notwendigenfalls Unterdrückung der oppositionellen Presse. Der Liberalismus nutzte diese uns, nach den seitdem mit den Zeitungen in der ganzen Welt gemachten Erfahrungen, durchaus verständliche Maßnahme zu einer wüsten Hetze gegen Bismarck und seine Kollegen. Er erreichte es sogar, daß der Kronprinz unter dem Einfluß seiner englischen Frau brieflich an seinen Vater und öffentlich in Danzig dagegen Stellung nahm und in einem Schreiben an Bismarck dessen Politik mit so starken Ausdrücken wie „allergefährlichster Ratgeber für Krone und Vater-

land" verurteilte, weswegen er den Kabinettssitzungen fortan fernbleiben wollte. Bismarck hatte alle Mühe, den schwer erzürnten König von einer offenen Maßregelung des frondierenden Sohnes, der schnell um Verzeihung bat und Schweigen gelobte, zurückzuhalten. Die aufgeregten Wogen im Königshause glätteten sich durch Bismarcks maßvolles Verhalten schon im Verlaufe der nächsten Wochen. Bismarck wußte nun wenigstens, was er vom Kronprinzen und seinem Hause zu erwarten hatte. Er hatte im übrigen Wichtigeres zu tun, als sich mit dem „Leichtfertig ist die Jugend mit dem Worte" herumzuschlagen.

Noch im Sommer wurde die Deutsche Frage wieder akut. Bismarck hatte sie acht Jahre lang in Frankfurt a. M. praktisch bearbeitet. Er wollte sie „ferro et igni" lösen! Seiner politischen Art entsprechend, die ihm anvertraute Macht nur mit Maß einzusetzen, versuchte er aber vor dem „ferro et igni" erst noch eine Verständigung mit Österreich. „Unsere Beziehungen müssen entweder besser oder schlechter werden als sie sind", erklärte er am 4. Dezember 1862 in einer zweistündigen Aussprache dem österreichischen Botschafter Grafen Károlyi. ‚Ich bin bereit zu einem gemeinschaftlichen Versuche, sie besser zu machen. Mißlingt dasselbe durch Österreichs Weigerung, so rechnen Sie nicht darauf, daß wir uns durch bundesfreundliche Redensarten werden fesseln lassen. Sie werden mit uns als europäische Großmacht zu tun bekommen, die Paragraphen der Wiener Schlußakte (die am 8. Juni 1815 den Deutschen Bund errichtet hatten) haben nicht die Kraft, die Entwicklung der deutschen Geschichte zu hemmen." Österreich blieb aber unbelehrbar. Es versuchte vergeblich, das Reformprojekt des Bundes, das Preußen durch seinen Gesandten von Sydow, der Usedom am 11. Dezember 1862 ersetzt hatte, ablehnen ließ, in Frankfurt zur Annahme zu bringen, und hielt auch Preußens Gegenvorschlag einer Volksvertretung auf Grund direkter Wahlen das Widerspiel. Es wollte Preußens kleindeutsches Programm nicht, glaubte vielmehr, nachdem es sich mit dem „Reichsrat" des Herrn von Schmerling einen liberalen Mantel umgehängt hatte, nun „dem Verlangen der deutschen Nation nach freisinniger Entwicklung der Bundesverfassung so viel an uns ist, Genüge tun" zu sollen, schon allein um das unter Bismarck angeblich „reaktionär" gewordene Preußen bei den kleinen Staaten auszustechen. Kaiser Franz Joseph ergriff jetzt die Initiative: er rief die deutschen Fürsten und Bür-

germeister der Freien Städte zu einem „Fürstentag" nach Frankfurt a. M. Das österreichische Reformprojekt sollte dort mit erweiterten Bundesbefugnissen im großdeutschen Sinne zur Genehmigung vorgelegt werden. Der Habsburger ließ es sich nicht nehmen, König Wilhelm, der, begleitet von Bismarck, seit dem 19. Juni zuerst in Karlsbad und dann vom 21. Juli bis 15. August zur Nachkur in Gastein weilte, selbst zur Tagung einzuladen. Bismarck erkämpfte mit Mühe eine Ablehnung. Franz Joseph ließ aber nicht locker. Deswegen wich Bismarck König Wilhelm nicht von der Seite; er reiste mit ihm nach Baden-Baden und sorgte dafür — in einer nervenverzehrenden Verhandlung bis Mitternacht —, daß der König auch die vom Fürstentag nun durch den alten König Johann von Sachsen und seinen Minister Frhr. v. Beust am 20. August persönlich überbrachte Einladung wieder ablehnte. „Dreißig regierende Herren und ein König als Kurier! Wie kann man da widerstehen!" hatte König Wilhelm gesagt. Als die Spannung vorüber war und die Tür sich hinter den Sachsen geschlossen hatte, zerschlug Bismarck einen auf einem Tischchen stehenden Teller mit Gläsern. „Ich mußte etwas zerstören; jetzt habe ich wieder Atem." So erzählt die Legende. Er selbst hat Moritz Busch berichtet, der König hätte nach dem Abgang des Königs von Sachsen und Beusts mit Weinkrämpfen auf dem Sofa gelegen „und ich war, als ich ihm zuletzt den Absagebrief abgezwungen hatte, so schwach und matt, daß ich kaum auf den Beinen stehen konnte. Ja, als ich das Zimmer verließ, taumelte ich und war nervös so aufgeregt, daß ich beim Zumachen draußen die Klinke abriß. Der Adjutant fragte mich, ob ich unwohl wäre. ‚Nein, jetzt ist mir wieder wohl!' sagte ich. Beust aber erklärte ich, daß ich das preußische Regiment von Rastatt kommen lassen wollte, um das Haus zu besetzen und den König vor ferneren Versuchen zu bewahren." Obwohl Bismarck die österreichischen Reformpläne seiner Frau gegenüber „Frankfurter Windbeuteleien" nannte, wußte er doch, daß der Fürstentag „in Hemdsärmeln" — wegen der Hundstagshitze! — seinen eignen Plänen, Deutschland von Preußen her zu schaffen, Gefahr bringen konnte. Er betrachtete das „österreichische Reformprojekt als eine Schaumwelle, mit welcher Schmerling mehr noch ein Manöver der inneren österreichischen Politik als einen Schachzug antipreußischer Diplomatie beabsichtigt. Er arrangiert dem Kaiser eine glänzende Geburtstagsfeier (18. August) mit weißgekleideten Fürsten

und fingiert ihm Erfolge der konstitutionellen Ära Österreichs. Von dem Dampf der Phrasen entkleidet, ist des Pudels Kern ein so dürftiger, daß man dem Volke lieber nicht praktisch vordemonstrieren sollte, wie nicht einmal das zustande kam.“ Preußens Verhalten verurteilte den Frankfurter Fürstentag zur Ergebnislosigkeit: mit Österreichs Bundesreformplänen war es nun endgültig zu Ende. Die Entscheidung über Deutschlands Zukunft lag fortan bei Preußen, d. h. bei Bismarck. Mehr hatte er nicht gewollt. Er hatte den Schlußstrich unter seine Erfahrungen als Frankfurter Gesandter gezogen. Kaiser Napoleon, der die Machtgruppierung in Europa mit Argusaugen beobachtete, stellte fest, daß Preußen einen Sieg errungen hätte und selbständiger denn zuvor dastünde; er näherte sich Bismarck wieder auf Kosten Österreichs, und Bismarck verstand ihn zu fesseln, um freie Hand gegen Österreich zu haben ...

Das preußische Volk hatte freilich keinen Instinkt für den großen Schritt, den sein Vaterland durch Bismarcks Meisterleistung mit der Sabotage des Fürstentages vollbracht hatte. Es ließ sich bei den Neuwahlen zum Landtag am 28. Oktober wieder von den liberaldemokratischen Rattenfängern einfangen: der Landtag wies nur einen geringen Stimmenzuwachs für Bismarck auf; die Opposition herrschte nach wie vor. Die Thronrede sprach von neuem den Wunsch aus, den „zwischen Meiner Regierung und einem Teile der Landesvertretung entstandenen Zerwürfnissen ein Ende zu machen“, allerdings nur mit Hochhaltung und Schutz der Macht und der Rechte der Krone. Sie stellte aber vor allem die Lösung der schleswig-holsteinischen Frage, die seit dem Frühjahr nicht vorangekommen war, in den Vordergrund: Der Deutsche Bund würde jetzt zur Exekution schreiten im Falle eines Widerstandes von seiten Dänemarks unter Mitwirkung preußischer und österreichischer Streitkräfte. „Wir stehen in einer bewegten Zeit, vielleicht an der Schwelle einer bewegten Zukunft.“ Die Zeit, da Blut und Eisen das Reich schaffen würden, war angebrochen ...

*　　*
*

Der Kampf der Schleswig-Holsteiner um ihre Selbständigkeit gegenüber Dänemark war nach dem Mißerfolg der Erhebung von 1848 bis 1850 durch das Londoner Protokoll vom 8. Mai 1852, das

weder der Deutsche Bund, noch die erbberechtigten Augustenburger, noch die schleswig-holsteinischen Stände anerkannten, stillgelegt worden. Preußen hatte gegen den Widerspruch der Großmächte nichts für die Elbherzogtümer tun können. Bismarck, der die Erhebung von 1848 im Sinne seiner antirevolutionären Einstellung nicht bejahen konnte und die Räumung von 1850 für richtig hielt, hatte als Frankfurter Bundesgesandter 1852 nur um die Entschädigung des Herzogs Christian von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg zu verhandeln gehabt und 1857 Napoleon über die Untragbarkeit der Vergewaltigung deutscher Bevölkerung sowie Preußens Nichtangriffsabsicht gegen Dänemark informiert; seine im August des gleichen Jahres stattfindende Kopenhagener Reise hatte auch zur „informatio in rebus Danicis“ gedient. Er war also immer in Beziehung zum Schicksal und zur Politik der Herzogtümer geblieben und hatte von Frankfurt wie von Petersburg aus die fortwährenden Verletzungen des Londoner Protokolls durch die Dänen, denen 1858 schon einmal eine Exekution mit Erfolg angedroht worden war, beobachtet. Als König Friedrich VII. von Dänemark nun am 30. März 1863 wieder die Selbständigkeit der Herzogtümer antastete, die im September 1862 abermals von England und Rußland gefordert worden war, hatte Bismarck sich sofort mit Österreich zu dem gleichlautenden Protest vom 17. April zusammengetan. Der Deutsche Bund verstärkte auf seine Veranlassung den Protest noch durch die Forderung vom 9. Juli nach Aufhebung der Verfügung des Königs sowie nach gesonderter Verfassung für die Herzogtümer und beschloß am 1. Oktober die Exekution, weil Dänemark nicht nachgab. Der dänische Reichstag antwortete darauf am 13. November mit einem Gesetz über die Gesamtstaatsverfassung, also mit der Aufhebung aller schleswig-holstein-lauenburger Sonderrechte.

Das deutsche Volk hatte Schleswig-Holsteins Freiheit und Deutschheit von jeher als seine Herzensaufgabe empfunden. Es geriet über Dänemarks Politik von 1863 in helle Entrüstung und fühlte die Stunde nah, mit dem kleinen Königreich im Norden abzurechnen, um endlich die Herzogtümer nach Deutschland, also in den Bund, heimzuholen.

Dies Ziel hatte auch Bismarck von allem Anfang an vor Augen, ja er ging noch weiter: er wollte Schleswig-Holstein für Preußen erwerben. Im Sommer 1863 konnte er zwar, um den Widerspruch

der Großmächte nicht zu erregen, nur für die Sonderrechte der Herzogtümer eintreten. Als aber mit dem plötzlichen Tode König Friedrichs VII. von Dänemark am 15. November 1863 die Erbschafts- und damit die gesamte Besitzfrage aufgerollt wurde*), für die das deutsche Volk den Sohn des Herzogs Christian, dessen Verzicht Bismarck damals mitverhandelt hatte und der jetzt keine Ansprüche mehr erheben konnte, den Erbprinzen Friedrich von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg propagierte, sah Dänemark den Erwerb der Elbherzogtümer durch Preußen näherrücken. Der Deutsche Bund wollte nach einem, allerdings abgelehnten Antrage Sachsens, die beschlossene Exekution in eine Okkupation für den Erbprinzen verwandeln. Österreich und Preußen waren aber dagegen: sie hielten am Londoner Protokoll von 1852, also der Personalunion der Herzogtümer mit Dänemark fest. Aus naheliegenden Gründen: um auch für Schleswig, das ja nicht zum Bunde gehörte, kämpfen zu können! Um Österreich, wie Bismarck wollte, auf Preußens Seite zu bringen, ohne daß Rußland und England mit einigen anderen europäischen Staaten Einspruch erheben könnten. In Wahrheit aber um des Zieles willen, das Bismarck in einem Konseil nach des dänischen Königs Tode sofort aufgerichtet hatte: Preußen um die Herzogtümer zu vergrößern.

„Ich erinnerte den König daran“, hat Bismarck in den „Gedanken und Erinnerungen“ die Staatsratssitzung beschrieben, „daß jeder seiner nächsten Vorfahren — selbst seinen Bruder nicht ausgenommen — für den Staat einen Zuwachs gewonnen habe, Friedrich Wilhelm IV. Hohenzollern und das Jahdegebiet, Friedrich Wilhelm III. die Rheinprovinz, Friedrich Wilhelm II. Polen, Friedrich II. Schlesien, Friedrich Wilhelm I. Altvorpommern, der Große Kurfürst Hinterpommern und Magdeburg, Minden und so

*) Mit Friedrichs Tode erlosch die ältere Linie des Oldenburger Königshauses. Es mußte nun für die Thronfolge ein Prinz aus den beiden Nebenlinien, der Sonderburg-Augustenburger oder Sonderburg-Glücksburger, gewählt werden. Das Londoner Protokoll vom 8. Mai 1852 hatte den Glücksburger Prinzen Christian, der nun als König Christian IX. den dänischen und den Schleswig-Holsteiner Thron bestieg, anerkannt. Diese Erbfolge widersprach aber den in den Herzogtümern gültigen Bestimmungen, nach denen hier nur die männliche Linie, die Augustenburger, erbberechtigt war. Diese Augustenburger Ansprüche vertrat jetzt der Erbprinz Friedrich. Der Erbfolgestreit wurde durch Preußen-Österreichs Eingreifen erledigt.

weiter, und ermunterte ihn, ein gleiches zu tun. In dem Protokolle fehlte diese meine Äußerung. Der Geheime Rat Costenoble, der die Protokolle zu führen hatte, sagte, von mir zur Rede gestellt, der König hätte gemeint, es würde mir lieber sein, wenn meine Auslassungen nicht protokollarisch festgelegt würden: Se. Majestät schien geglaubt zu haben, daß ich unter bacchischen Eindrücken eines Frühstücks gesprochen hätte und froh sein würde, nichts weiter davon zu hören. Ich bestand aber auf der Einschaltung, die auch erfolgte. Der Kronprinz hatte, während ich sprach, die Hände zum Himmel erhoben, als wenn er an meinen gesunden Sinnen zweifelte; meine Kollegen verhielten sich schweigend."

Bismarck war der einzige, der sich über das Gesamtproblem, das jetzt aufgerollt wurde, im klaren war: mit der Einverleibung der Herzogtümer begann für ihn die Lösung der Deutschen Frage, die Gründung seines Deutschen Reiches! Er trat sofort in die Ausführung seiner genialen Konzeption ein. Seine politische Meisterschaft formte die Wirklichkeit. Er sah sich bei seiner Arbeit allein: niemand an irgendeiner hervorragenden Stelle außer Roon verstand ihn, niemand in führender Position außer Roon durchschaute ihn. Er ließ sich auch nicht durchschauen. Daß niemand sonst ihn verstand, wurde ihm zum Vorteil.

Er hatte seine frühere Beschäftigung mit der schleswig-holsteinischen Frage dazu benutzt, um ihre Einlagerung in dem deutschen und europäischen Zusammenhang zu überschauen. Das Londoner Protokoll von 1852 hatte mit Hilfe Englands, Frankreichs und Rußlands sowie Schwedens den Prinzen Christian von Sonderburg-Glücksburg, der jetzt am 15. November 1863 König wurde, zum Erben des dänischen Gesamtstaates eingesetzt, also auch zum Erben Schleswigs, das zu Dänemark gehörte, nicht aber zum Erben Holstein-Lauenburgs, die zum Deutschen Bunde gehörten. Schleswigs Sonderrechte hatten im Londoner Protokoll Preußen und Österreich mitverantwortet, Holsteins Sonderrechte aber der Bund. Bismarck hatte es also mit vier verschiedenen politischen Positionen zu tun! Einmal mit den Großmächten England, Frankreich, Rußland: er durfte ihnen keine Gelegenheit zum Eingreifen und keinen Anlaß zur Übertragung einer etwaigen Schuld Preußens an dem Konflikt oder gar ausbrechenden Krieg geben. Zweitens mit dem Deutschen Bund, dessen Mitglied Preußen ja war: er durfte nicht dulden, daß der Bund nur für Holstein-Lauenburg sorgte, aber das

dänisch staatliche Schleswig sich selbst überließe und dadurch von Holstein trennte, andererseits mußte er dafür sorgen, daß der Bund alle Verantwortung für Holstein-Lauenburg trüge und die Bundesexekution einen rein bundesrechtlichen Charakter erhielte. Drittens mit Österreich: Preußen hatte ja gemeinsam mit Österreich die Verantwortung für Schleswig und seine Unteilbarkeit von Holstein übernommen; Bismarck mußte nun diese gemeinsame Verantwortung so zu verwirklichen suchen, daß Österreich sich von Preußen nicht geführt noch verführt dünkte oder Preußen als Vasall Österreichs erschiene. Viertens mit der legitimistischen Erbfrage des Erbprinzen Friedrich: Bismarck mußte auf die besondere Empfindlichkeit seines Königs, der „kein Recht" auf die Herzogtümer zu haben vermeinte und ängstlich darüber wachte, keine anderen monarchischen Rechte zu verletzen, Rücksicht nehmen, und weil die öffentliche Meinung Deutschlands in dem Augustenburger den rechtmäßigen Erben des schleswig-holsteinischen Thrones sah, so operieren, daß Preußen nicht in die Gefahr geriet, als Usurpator zu erscheinen oder das monarchische legitimistische Recht zu verletzen. Schließlich mußte Bismarck noch — und darum wußte nur er allein, weil er von Anfang an überzeugt war und dahin strebte, daß die Frage nur kriegerisch zu lösen war — alles darauf anlegen, Dänemark auch in den Augen der außerdeutschen Großmächte die Schuld am Krieg zuzuschieben.

Liest man jetzt Bismarcks sämtliche Erlasse, Briefe und sonstigen Äußerungen zur dänischen Angelegenheit, so stellt man mit höchster Bewunderung fest, daß er mit unvergleichlichem Geschick und äußerster Vorsicht sowie ständiger Rücksichtnahme auf die europäische Lage, unter Berechnung aller Stellungnahmen der Großmächte die maßvollste Realpolitik trieb und nur Schritt für Schritt vorging. England hatte zuerst die Initiative ergriffen und ihn am 24. September 1862, als er sein Amt antrat, durch seinen Geschäftsträger wissen lassen, daß es von seinem bisherigen dänenfreundlichen Standpunkte abrückte und neue Vorschläge unterbreite; Bismarck wies auf die preußische Verpflichtung hin, nur im Rahmen des Bundes bzw. in Übereinstimmung mit Österreich handeln zu können, und nahm mit Rechberg Verhandlungen „zur Erhaltung des Friedens" auf. Ziel blieb, Dänemark zu isolieren und die Schuld am kommenden Krieg aufzubürden. Dänemark, das sich von Frankreich unterstützt glaubte, tat Bismarck auch den

Gefallen und lehnte die englischen Vorschläge ab. Bismarck wies seine Gesandten in Frankfurt, in London, in Wien, in Kopenhagen unter Verschweigen seiner letzten Absichten, stets von neuem so an, daß Dänemark immer halsstarriger und damit schuldiger vor aller Welt wurde. Schon am 22. September 1862 schrieb Bismarck dem Karlsruher Gesandten Grafen Flemming: „Ich bin darüber zweifellos, daß die ganze dänische Angelegenheit nur durch den Krieg in einer für uns erwünschten Weise gelöst werden kann. Der Anlaß zu diesem Kriege läßt sich in jedem Augenblick finden, welchen man für den günstigsten zur Kriegsführung hält. Alsdann kommt es sehr viel mehr auf die Stellung der außerdeutschen Mächte zur Sache als auf die Intrigen der Würzburger Regierungen und deren Einfluß in Deutschland an. Den Nachteil, das Londoner Protokoll unterzeichnet zu haben, teilen wir mit Österreich und können uns von dieser Unterschrift ohne kriegerischen Bruch nicht lossagen." Der Bund wieder, als „der andere kontrahierende Teil" der Abmachungen mit Dänemark, das seine „Verpflichtungen unerfüllt gelassen, ja ausdrücklich gebrochen" und nach seinen letzten Erklärungen zweifellos keine Absicht zu ihrer Erfüllung hatte, „hat das Recht, entweder Dänemark zu der Erfüllung dieser Pflichten zu zwingen, oder auch seinerseits von den von ihm selbst stammenden Verpflichtungen zurückzutreten. Man darf sich nicht darüber täuschen, daß die fast unvermeidliche Folge des Zurückgehens auf den status quo ante der Krieg sein würde." Auch von dieser Seite aus sah Bismarck den Krieg kommen.

Der Krieg war ihm aber nicht Sinn und Ziel, sondern nur Mittel seiner Politik. Deren Sinn und Ziel war Deutschland unter Preußens Führung. Es galt nur, Preußen die beste Position in diesem Kriege zu verschaffen, also von jeder Schuld freizuhalten, vor jeder Gefährdung durch den Bund, Österreich oder eine Großmacht zu schützen und nicht so zu binden, daß es nach errungenem Siege kein freies Verfügungsrecht über die erworbenen Herzogtümer haben würde. Die gesamte diplomatische Arbeit des Jahres 1863 wurde darauf angelegt und auch mit sicherer Kunst durchgeführt, England, Frankreich, Rußland aus dem Konflikt herauszuhalten, Österreich die Schlappe, die es durch Preußen beim Fürstentag erhalten hatte und Kaiser Franz Joseph glücklicherweise den Klein- und Mittelstaaten in die Schuhe schob, vergessen zu machen und zu gemeinsamem Vorgehen zusammen mit Preußen sowohl (für

Holstein): innerhalb wie (für Schleswig) außerhalb des Bundes zu gewinnen, zu keinen voreiligen Entschlüssen über die Erbschaftsfolge oder die spätere Behandlung der Herzogtümer kommen zu lassen und schließlich den Thronerben und damit die öffentliche Meinung, also vor allem auch das eigene Abgeordnetenhaus so lange hinzuhalten, bis inzwischen geschaffene vollendete Tatsachen den Ausgangspunkt für neues (ihm jetzt bereits bewußtes) Handeln darböten. Keine nachträgliche Konstruktion veranschaulicht Bismarcks politische Arbeit während des Jahres 1863, sondern wo immer man die Akten und Briefe aufschlägt, überall stellt sich eine Folgerichtigkeit in den Anweisungen, Darlegungen, Verhandlungen, Eingriffen, Ratschlägen, Begutachtungen, Beruhigungen, Anregungen, kurzum im gesamten diplomatisch-parlamentarischen Spiel heraus, mag es sich nun um die Zusammensetzung der Bundesexekutivarmee und um die gleich starke Beteiligung Österreichs und Preußens oder um „den internationalen Charakter der Schleswigschen Frage", worauf England und Frankreich besonders hinwiesen, handeln, überall zeigt sich, daß Bismarck sich von keiner Seite, weder von seinem König, noch von seinem Parlament, weder vom Ausland, noch von Österreich beeinflussen ließ: er ging, wie wir heute mit einem Ausdruck des Führers sagen, „mit nachtwandlerischer Sicherheit" und doch vollster Bewußtheit seinen Weg. Als England in alter Anmaßung zusammen mit Frankreich glaubte, Preußen zur Vorsicht mahnen zu müssen, wies Bismarck den englischen Botschafter mit kalter Höflichkeit an die richtige Adresse seiner Vorstellungen: nicht Berlin, sondern Frankfurt. Er ließ sich von den schlauen Briten ebensowenig in die Karten sehen wie von den Franzosen und Russen oder — Habsburgern...

Bismarck war auch gegenüber seinen lieben Frankfurter Bundesbrüdern auf der Hut. Sie hatten zwar zuerst sehr laut nach aktivem Handeln gerufen. Als die Stunde aber heranrückte, daß der Bund die Kastanien aus dem Feuer holen sollte, beantragten Hannover und Oldenburg, der Bund solle seinen Beschluß fallen lassen. Da riet Bismarck doppelt zur Vorsicht, um Preußen nicht in Kriegsschuld verstricken zu lassen. Er wußte doch, daß es zum Kriege kommen würde, weil der Konflikt, der nun schon ein Menschenalter andauerte, keine andere Möglichkeit mehr offen ließ. Der Bund beschloß dann auch am 1. Oktober 1863 die Bundesexekution in Holstein mit je einem sächsischen und hannöverschen Zivil-

kommissar für die Verwaltung und je 6000 hannöverschen und sächsischen Soldaten, während Preußen und Österreich „Streitkräfte" bereitzustellen hätten, „um im Falle tatsächlichen dänischen Widerstandes gegen Vollstreckung der Exekution einzugreifen". Bismarck hatte gemeinsam mit Rechberg sein vorläufiges Ziel erreicht: der Bund handelte, Preußen und Österreich hielten sich im Hintergrunde und zugleich mit Waffenmacht für den Kriegsfall bereit. Als England in seiner Sucht, sich immer um die Vorgänge auf dem Kontinent zu kümmern, Aufschub der Exekution und Vermittlung durch neutrale Mächte zugunsten Dänemarks verlangte, gab Bismarck die Auskunft: Preußen sollte zur Verhütung der Exekution oder eines Krieges „keinen erkennbaren Schritt" tun und keine Mitteilungen über sein Verhalten an den britischen Botschafter gelangen lassen, der Bund sollte die Exekution als seine Sache behandeln. Man müßte die bundesrechtliche und internationale Seite der Frage genau auseinanderhalten, erklärte er am 19. Oktober 1863: „1. Die Stellung Holsteins und Lauenburgs zum Bunde und als Bundesland zu seinem Herzog; sie ist eine rein deutsche, innere Bundesangelegenheit. 2. Die Rechte des Bundes in betreff Schleswig und der Stellung desselben zu Dänemark; sie ist eine rein internationale Angelegenheit zwischen dem Bunde und Dänemark. 3. Die Beziehungen Holsteins zu Schleswig und die Stellung Holsteins und Lauenburgs im dänischen Gesamtstaate." Er instruierte Bernstorff am 30. Oktober: Englands Vermittlung könnte „in betreff der internationalen Seite" angenommen, in der bundesrechtlichen Frage sollte die bundesrechtliche Grenze eingehalten werden, das wäre aber nur möglich, wenn Dänemark sein Patent vom 30. März aufhöbe oder abänderte: „so lange diese Aufhebung oder Abänderung nicht erfolgt ist, muß die Exekution ihren Fortgang haben". Man sieht: Bismarck hatte kein Interesse an einer Beilegung des Konflikts im Sinne des uninteressierten pazifistischen Englands. Als Dänemarks Reichsrat am 13. November 1863 sogar die neue gemeinsame Verfassung annahm und damit sein Patent vom 30. März nur verschärfte, erkannte Bismarck, daß Dänemark jetzt jene Schuld auf sich lud, die auch gegenüber neuen englischen Vermittlungsversuchen dadurch endgültig wurde, daß der neue König Christian IX. bereits am 18. November die Verfassung vom 13. unterschrieb. Diese Tat führte zum Bruch! Bismarck hatte zwar noch am 17. England gebeten,

den König vor seinem verhängnisvollen Schritt zu warnen, weil er England (und damit der Welt) den klaren Beweis geben wollte, daß nicht Preußen, sondern Dänemark am kommenden Krieg schuld wäre. Als sich jetzt der Erbprinz Friedrich von Augustenburg dazwischenschob, sich am 16. November zum rechtmäßigen Herzog der Herzogtümer erklärte und am 18. November bei Bismarck vorsprach, erklärte ihm dieser, er „hätte ihm durchaus keinen Rat zu geben; was er tue oder lasse, werde ganz auf seine eigne Verantwortlichkeit geschehen; daß Preußen durch seine Unterschrift an den Londoner Vertrag über die Erbfolge vom 8. Mai 1852 (an den König Christian IX.) gebunden sei, sei ihm bekannt". Als nun Bayern, während Bismarck noch Englands neuerliche Vermittlungsangebote an den Bund verwies, mit dem Vorschlag herauskam, die Exekution in eine Okkupation zugunsten des Augustenburgers zu erweitern, begann Bismarck, wenn auch mit aller Vorsicht und Besonnenheit und unter Berücksichtigung des Beginns der dänischen Verfassung am 1. Januar 1864, nach Ausführung der Bundesexekution zu drängen, indem er zugleich angesichts Englands immer noch dänenfreundlicher Haltung und Festhalten am Londoner Protokoll von 1852 sich von scharfmacherischen Volksstimmungen und den eigenen Wegen der Mittelstaaten gegenüber Christian IX. nicht beeinflussen ließ. „Das Wichtigste ist in diesem Augenblick", schrieb er am 29. November, „nur die Ausführung der Exekution auf einer von den auswärtigen Mächten nicht zu bestreitenden Basis. Sind die deutschen Truppen einmal im Lande, so wird sich alles weitere finden, und die Situation kann sich in kurzem ändern. Um so weniger darf das Terrain im voraus durch Beschlüsse gefährdet werden, welche sämtlichen Unterzeichnern des Londoner Vertrages eine angreifbare Seite darbieten." Er wußte nur zu genau, daß ein falscher Kriegsausbruch unberechenbare Folgen gerade für Preußen und Österreich haben konnte. Er bereitete den Krieg sorgfältig vor, indem er ihn mit aller diplomatischen Kunst auf den Kreis der wirklich Beteiligten, Deutschland und Dänemark, lokalisierte und weder Frankreich, das wieder einmal einen „Kongreß" anbot, noch England Gelegenheit zum Eingreifen geben wollte; auch Rußlands preußenfreundliches Angebot eines gemeinsamen Schrittes der Londoner Protokollmächte in Kopenhagen konnte nun am Beginn der sorgsam ausgewogenen Exekution des Bundes durch Han-

nover, Sachsen, Österreich und Preußen am 7. Dezember 1863 nichts mehr ändern, obwohl die Verhandlungen weitergingen und Napoleon III. jetzt Ministerialkonferenzen in Paris vorschlug. Ehe aber eine Einigung mit England über den Konferenzplan erfolgte, vollzog sich nach der Räumung durch Dänemark die Bundesbesatzung von Holstein vom 23. Dezember 1863 an. Bismarck hatte erreicht, daß die internationalen Mächte sich um die Holsteinische Exekution als interne Bundessache nicht kümmern konnten, wenn sie nicht entgegen den Londoner Protokollen für Dänemark eintreten wollten; Dänemark hatte sich ins Unrecht gesetzt und sich isoliert.

Auch in der schwierigen Schleswigschen Frage. Sie war von vornherein internationaler Art. Preußen und Österreich — nicht der Bund, der hier kein Recht hatte, weil er die Londoner Protokolle über Schleswig nicht wie die beiden deutschen Großmächte unterzeichnet hatte — mußten sich schlüssig werden, was sie tun wollten, wenn Dänemark die Verfassung mit dem 1. Januar 1864 einführte. Bismarck schlug Österreich am 26. Dezember 1863, also im letzten Augenblick, um Dänemark immer noch Zeit zum Einlenken zu lassen, drei Möglichkeiten vor: Erstens Lossagung vom Vertrag von 1852 und sofortige Aktion. Zweitens ebenfalls Lossagung ohne Aktion. Drittens sofortige Aktion nach vorhergegangenem Ultimatum. Die dritte Möglichkeit hatte seine Vorliebe, weil die außerdeutschen Mächte sich in diesem Fall nicht einmischen könnten. Österreich und Preußen einigten sich auf einen entsprechenden Antrag an den Bund. Bismarck sah die am 19. Januar 1864 erfolgende Ablehnung des Bundes voraus. Dadurch erhielten Österreich und Preußen freie Hand. Sie entschieden sich jetzt für die dritte Möglichkeit. England hatte aber in dieser ganzen Zeit keine Ruhe gegeben, Frankreichs Konferenzvorschlag wieder präsentiert und schließlich am 5. Januar eine unverschämte Mitteilung abgegeben, die Bismarck durch Bernstorff in London mündlich zurückweisen ließ; ja England ließ sogar wissen, „beim Einrücken in Schleswig könne es die von Dänemark verlangte Hilfe nicht ablehnen". Bismarck, der sich dank seiner guten Petersburger Arbeit Rußlands Wohlwollen erhalten hatte, versicherte sich sofort Rußlands Freundschaft und ließ sich auch nicht einschüchtern, als England bei Bekanntwerden des österreichisch-preußischen Ultimatums vom 16. Januar, Rußland und Frankreich zu Droh-

noten zu veranlassen suchte. Er wies Englands Anmaßung durch Bernstorff energisch zurück. Zugleich riet Rußland von dem englisch-französischen Protestvorschlag ab. Nachdem Bismarck einen erneuten Einmischungsversuch Englands am 30. Januar durch Bernstorff mit Hinweis auf Dänemarks Schuld und auf die „Gesamtverabredungen von 1858" entschieden abgelehnt und am 31. Januar den Großmächten eine Garantie der Integrität Dänemarks und eine Zusicherung, die neuen späteren Abmachungen „nicht ohne die anderen Unterzeichneten des Londoner Vertrages" treffen zu wollen, überreicht hatte, marschierten die 23 000 Österreicher und 37 000 Preußen am 1. Februar in Schleswig ein, obwohl Dänemark nun noch durch einen Regierungswechsel mit der Bereitwilligkeit zu einer Konferenz in London am 3. Februar seinem verdienten Strafgericht zu entgehen suchte. Bismarck lehnte für die beiden Mächte die Konferenz „im Prinzip" nicht ab, ließ aber die Durchführung der militärischen Okkupation von Schleswig dadurch nicht aufhalten.

Während Bismarck diesen diplomatischen Kampf um Schleswig-Holstein und die Lokalisierung des Krieges mit Österreich, dem Bunde, England, Frankreich und Rußland sowie Dänemark ausfocht und auch noch alle anderen preußischen Missionen entsprechend informierte und leitete, nahm auch die deutsche Öffentlichkeit, vor allem der preußische Landtag, seine Nerven in einer Weise in Anspruch, daß er mit Recht am 17./18. April 1863 an seinen Göttinger Studienfreund Motley nach Amerika schreiben konnte: „Ich habe niemals geglaubt, daß ich in meinen reifen Jahren genötigt werden würde, ein so unwürdiges Gewerbe wie das eines parlamentarischen Ministers zu betreiben."

Der Landtag, der vom 14. Januar bis 27. Mai 1863 tagte, hatte am 17. April 1863, als die schleswig-holsteinische Frage seit 1852 wieder durch Dänemarks Schuld zu einer deutschen und europäischen Friedens- oder Kriegsfrage wurde, bereits von Bismarck, den ein Abgeordneter wegen „persönlicher Ansichten", die er „vor vierzehn Jahren ausgesprochen" hatte, angriff, die Zurechtweisung entgegennehmen müssen, daß er „als Minister des Auswärtigen ausschließlich die Interessen" Preußens vertreten würde. Das neue Abgeordnetenhaus, das vom 9. November 1863 bis 25. Januar 1864 tagte, schien es aber darauf angelegt zu haben, Bismarck nur Steine in den Weg zu werfen. Es war völlig im Banne der öffentlichen

Meinung, die von keiner Sachkenntnis getrübt und ohne das Wissen um Realpolitik sich den liberalen Phrasen unterworfen hatte. Sie sah und mit ihr das Abgeordnetenhaus nicht die wahren Probleme, die jetzt gelöst werden mußten, sondern nur das letzte Ziel, Schleswig-Holstein ungeteilt zum Deutschen Bunde zu bringen und Erbprinz Friedrich von Augustenburg als erbberechtigten Landesherrn anzuerkennen, ohne sich an die tatsächlichen Rechtsverhältnisse, die die weibliche Erbfolge, in diesem Falle König Christian IX., für die Thronfolge in Gesamtdänemark, also einschließlich der Herzogtümer, anerkannten und an die seit dem Londoner Protokoll von 1852 internationale Verflechtung zu kehren. Die Öffentlichkeit und mit ihr das zu keinem selbständigen politischen Urteil fähige Abgeordnetenhaus waren empört über Bismarck, der des Augustenburgers Erbrecht mit aller Reserve behandelte und sich nicht aus den europäischen Bindungen von 1852 lösen wollte. Sie sahen nicht, daß Bismarck mit seiner Politik allein eine Einmischung der Großmächte, ja einen europäischen Krieg verhinderte und Preußen vor einem neuen Mittelstaat an seiner Nordgrenze, der am Bundestag in Frankfurt zusammen mit den anderen Mittel- und Kleinstaaten gegen Preußen arbeiten würde, bewahrte. Der schon sattsam als politischer Dilettant erwiesene große Mediziner Virchow brachte mit Stavenhagen schon am 23. November einen Antrag ein, der des Augustenburgers Erbrecht und Dänemarks Bruch der Verpflichtungen von 1852 feststellte und im „Interesse" und für die „Ehre Deutschlands" „sämtliche deutsche Staaten" zum Schutz der Rechte der Herzogtümer, zur Anerkennung des Erbprinzen als Herzog von Schleswig-Holstein und zum Beistand für die Geltendmachung seiner Rechte aufforderte. Bismarck nahm zu diesem politisch und praktisch undurchführbaren Antrage mit der Zurückhaltung des politischen Führers, der weiß, daß er in diesem Stadium der Entwicklung keine großen Phrasen noch Kundgebungen gebrauchen konnte, Stellung, indem er Preußens Vertragstreue zu den Abmachungen von 1852 mit Verlesung der offiziellen Regierungserklärung bekanntgab und damit darauf verwies, daß die Entscheidung beim Bunde, der die Exekution beschlossen hatte, läge. „Wie auch die Entscheidung hierüber (über die Vollziehung der Exekution) ausfallen möge, unter allen Umständen wird Preußen nach Maßgabe seiner Stellung als europäische Macht und als Bundesglied für das deutsche Recht in den Herzogtümern und für

sein eigenes Ansehen im Rate der Großmächte und besonnenen Festigkeit einstehen." Diese maßvolle und nach Lage der Dinge einzig mögliche Erklärung genügte weder der Öffentlichkeit, in der Bismarck zum „bestgehaßten"Mann „emporgehetzt" wurde, noch dem Landtag. Virchow warf Bismarck vor, russische Politik zu treiben, legte nur den innenpolitischen Parteimaßstab an und wollte die Krise nutzen, um Bismarck zu stürzen. Als Bismarck durch Finanzminister von Bodelschwingh eine Anleihe von 12 Millionen Talern für den Militär- und Marinebedarf „angesichts der drohenden Verwicklungen" beantragte, warf Virchow, der sich immer wieder blamieren mußte, ihm vor, er hätte die auf Deutschland beschränkte Frage der Herzogtümer zu einer europäischen Krise gemacht, trat für eine Adresse an den König, sich vom Londoner Abkommen loszusagen und den Augustenburger anzuerkennen, ein, und brachte die sogenannte „Volksvertretung" dahin, daß die Anleihe, also die Mittel für Preußens Machtentfaltung, landesverräterischerweise abgelehnt wurden. Bismarck blieb jetzt weder Virchow, noch dem Abgeordnetenhause die gebührende Antwort schuldig, indem er die sich gegeneinander aufhebenden Vorwürfe des Landtags kalt abwies und die Adresse als eine Episode erklärte. Ihm kam es auf die Anleihe an: durch deren Ablehnung würde Preußen gezwungen, „die notwendigsten Verteidigungsmaßregeln zu unterlassen, die notwendigsten Maßregeln zum Schutze unseres Seehandels und zum Schutze unserer Seefahrt", würde Preußen dahin gebracht, „bei ausbrechendem Kriege dem kleinen Dänemark gegenüber in der Rolle des Minderstarken zu erscheinen und der dänischen Landarmee eine numerische Übermacht zu verschaffen". Die persönlichen Anzapfungen Virchows und Löwes aber, der Ministerpräsident habe eigentlich gar keine Politik, stürme ohne Kompaß in das Meer der äußeren Verwicklungen, ihm fehle jedes leitende Prinzip, er habe von nationaler Politik keine Ahnung, er stolpere und stürze ständig, weil er sich immer den Knüppel zwischen die Beine geworfen habe, und was dergleichen dilettantische Phrasen mehr fielen, wies Bismarck überlegen ab: Dem „unzünftigen Politiker", der er sein sollte, erschiene „jeder einzelne Schachzug wie das Ende der Partie", daraus gehe „die Täuschung hervor, daß das Ziel wechsele. Die Politik ist keine exakte Wissenschaft; mit der Position, die man vor sich hat, wechselt auch die Benutzungsart der Position." Der An-

maßung Virchows, der eitel seinen Fachruhm in die Debatte warf, erwiderte er stolz: „ Die Politik verstehe ich besser!" Das Abgeordnetenhaus war unbelehrbar; auch als der König in seiner Antwort auf die Adresse nochmals die Anleihebewilligung forderte und die Behauptung von einer Kluft zu seinen Ministern bzw. einer Unkenntnis der Volksstimmung bei ihm zurückwies. Bismarck mußte am 21. Dezember seine Politik sogar vor dem Herrenhaus verteidigen: „Es ist ein gefährlicher Irrtum, aber heute weit verbreitet, daß in der Politik dasjenige, was kein Verstand der Verständigen sieht, dem politischen Dilettanten durch naive Intuition offenbar wird." Das Herrenhaus erklärte sich dann in einer Adresse an den König zur Bewilligung der Anleihe bereit. Das Abgeordnetenhaus benutzte aber die endgültige Beratung des Anleiheentwurfs wieder zu maßlosen Angriffen gegen das Ministerium. Bismarck versuchte in der Kommission am 21. Januar noch sachlich zu überzeugen, wenngleich er erklären mußte: „Werden die legal beantragten Mittel verweigert, werde ich sie nehmen, wo ich sie finde!" Als Virchow sich dann wieder dazu hinreißen ließ, in heftigsten Ausfällen zu behaupten, Bismarck wäre dem Bösen verfallen und werde davon nicht mehr loskommen, weil er seine politische Stellung seit seinem Eintritt in das Ministerium wesentlich geändert, d. h. nach rechts hinübergerückt habe, erklärte er: „Ich habe nach dem Satz gehandelt: Flectere si nequeo superos, Acheronta movebo*)! Ich habe, als ich herkam, allerdings die Hoffnung gehegt, daß ich noch bei anderen als bei mir die Neigung finden könnte, daß der Parteistandpunkt unter Umständen dem allgemeinen vaterländischen Interesse zu opfern ist ... Getäuscht habe ich mich!" Er sah in düsterster Stimmung, in der er Roon einen verzweifelten Brief schrieb, nach schlafloser Nacht der Abstimmung im Plenum am 22. Januar entgegen. Als er aus den Reden entnehmen mußte, daß das Abgeordnetenhaus die Anleihe und sogar auch den Geldbetrag, den Preußen als Bundesglied unzweifelhaft beizutragen verpflichtet war, verweigern würde, ging er in einer seiner schärfsten Reden mit den Rednern ins Gericht: „Wir wollten von Deutschland nichts wissen", hätte man behauptet. „Es muß ein eigentümlicher Zauber in diesem Wort ‚Deutsch' liegen.

*) Kann ich die Götter nicht beugen, so will ich die Hölle bewegen! Vergil, Aeneis 7, 312.

Man sieht, daß jeder das Wort für sich zu gewinnen sucht, und jeder das ‚Deutsch' nennt, was ihm nützt, was seinem Parteistandpunkt Vorteil bringt, und damit nach Bedürfnis wechselt. So kommt es, daß man in manchen Zeiten es ‚Deutsch' nennt, gegen den Bund sich aufzulehnen, in anderen Zeiten das für „Deutsch' gilt, für den fortschrittlich gewordenen Bund Partei zu nehmen. So kann es leicht geschehen, daß uns vorgeworfen wird, daß wir von Deutschland nichts wissen wollen aus Privatinteressen. Ich kann diesen Vorwurf Ihnen mit vollem Rechte zurückgeben. Sie wollen von Preußen nichts wissen, weil es Ihrem Parteistandpunkte, Ihrem Parteiinteresse nicht konveniert, weil es Ihnen konveniert, Preußen entweder nicht, oder als Domäne des Nationalvereins bestehen zu lassen." Die Mittelstaaten schlössen sich Preußen an? Nein, Österreich gegen Preußen! Ein selbständiges Herzogtum Schleswig-Holstein im Bunde könnte nur durch Preußen bestehen: bei des dänischen Nachbarn Feindschaft. Die Ablehnung käme nur vom Mangel an Vertrauen zum Ministerium. Nur ein Parlamentsministerium, das sich um das Vertrauen des Königs nicht kümmerte, könnte die Zustimmung der Abgeordneten finden. Die aber widersprechen dem Volksgeist Preußen, der „durch und durch monarchisch ist", Preußens großen Traditionen. „Sie setzen den Parteistandpunkt über die Interessen des Landes, Sie sagen: ‚Preußen mag bestehen, wie wir es wollen, oder wenn nicht, so mag es zugrunde gehen' ... Sie fühlen und denken nicht wie das preußische Volk ... Sie kommen mir vor wie Archimedes mit seinem Zirkel, der es nicht merkte, daß die Stadt erobert war. Meine Herren!" rief Bismarck aus, „fühlte das preußische Volk wie Sie, so müßte man einfach sagen, der preußische Staat habe sich überlebt, und die Zeit sei gekommen, wo er anderen historischen Gebilden Platz zu machen habe. Soweit sind wir aber noch nicht. Ich erinnere Sie an eine Anekdote, die in früheren Zeiten bei der Grundsteuerverhandlung in diesen Räumen häufig zitiert wurde. Es ist das Schreiben König Friedrich Wilhelms I. an ein Mitglied der ostpreußischen Stände bei Einführung der Grundsteuer; er sagt darin, wenn ich mich der Worte richtig erinnere: ‚Was ich ruiniere, das ist das nie pozwalam der Junker; ich etabliere die souveraineté comme un rocher de bronce.' Meine Herren! Der rocher de bronce steht noch heute fest; er bildet das Fundament der preußischen Geschichte, des preußischen Ruhmes, der preu-

ßischen Großmacht und des verfassungsmäßigen Königtums! Diesen ehernen Felsen werden Sie nicht zu erschüttern vermögen durch Ihren Nationalverein, durch Ihre Resolution und Ihr liberum Veto!" — Wer soll in Deutschland führen, wenn nicht die beiden Großmächte, zumal wenn sie einig sind, da jeder Staat seinen Interessen folge, fragte er. Furcht vor der Demokratie kenne ich nicht, auch keine Furcht vor dem Auslande, sondern hier nur Vorsicht aus Verantwortung für das Schicksal des Landes, legte er dar. „Die Einigkeit der Großmächte ist nötig, eine offiziöse Presse gibt es nicht, auch kein Junkertum, wohl aber ein parlamentarisches Junkertum, das die Privilegien, die dem Parlament zukommen, mißbraucht." Die Antwort der Abgeordneten auf die durch die Geschichte als berechtigt erwiesene Philippika war die Ablehnung mit 275 gegen 51 Stimmen! Ebensowenig wie in der Etatsfrage wurde in der Heeresreform noch ein Fortschritt erzielt. So versagte das Parlament in der Schicksalsstunde! Bismarck setzte nun seine Macht ein und schickte es am 25. Januar mit einer schroffen Schlußrede, die das Sündenregister der Abgeordneten aufzählte, nach Hause, um endlich freien Weg zum Handeln zu haben. Er ließ seine Politik keinem parteifanatischen Zwange unterwerfen.

Er selbst mußte freilich die Bitternis der Verfassung noch nach einer dritten Seite hin erfahren: der König war nur in ständigen Kämpfen, bei denen der Kriegsminister von Roon Bismarck in jeder Beziehung half, aus dem liberalisierenden und andersartigen Einfluß seiner Frau, des Kronprinzenpaares, verschiedener Dynastien und der öffentlichen Meinung loszulösen. „Ich habe kein Recht auf Holstein", wiederholte er immer wieder auf Bismarcks Darlegungen, so daß dieser schließlich am Vorabend vor der Anleiheentscheidung ganz verzweifelt an Roon schrieb ... „Ich bin weit entfernt von übereilten oder selbstischen Entschlüssen, aber ich habe das Vorgefühl, daß die Partie der Krone gegen die Revolution verloren ist, weil das Herz des Königs im anderen Lager und sein Vertrauen mehr seinen Gegnern als seinen Dienern zugewandt ist. Wie Gott will. Nach 20 bis 30 Jahren ist es für uns gleichgültig, für unsre Kinder nicht. Der König hat befohlen, daß ich vor der Sitzung zu ihm komme, um zu bereden, was gesagt werden soll. Ich werde nicht viel sagen; einmal habe ich die Nacht kein Auge zugetan und bin elend und dann weiß ich eigentlich

nicht, was man den Leuten, die ja jedenfalls die Anleihe verwerfen, sagen soll, nachdem so gut wie klar ist, daß Se. Majestät doch auf die Gefahr hin, mit Europa zu brechen und ein schlimmeres Olmütz zu erleben, sich schließlich der Demokratie und den Würzburgern fügen will, um Augustenburg einzusetzen und einen neuen Mittelstaat zu schaffen. Was soll man da noch reden und schimpfen? Ohne Gottes Wunder ist das Spiel verloren, und auf uns wird die Schuld von Mit- und Nachwelt geworfen. Wie Gott will. Er wird wissen, wie lange Preußen bestehen soll. Aber leid ist mir's sehr, wenn es aufhört, das weiß Gott!"

Der König hielt aber doch zu seinem Minister: seit dem 1. Februar marschierten die Truppen. Sie drängten die Dänen innerhalb einer Woche bis hinter die Flensburger Förde und in die Düppelstellung zurück. Preußen und Österreich hatten Mitte Februar ganz Schleswig in ihrem Besitz.

Der Gegner, der Bismarck bei diesen raschen militärischen Erfolgen nun außer den immer argwöhnischen Auslandsmächten entstand, war der von seinen angeblichen Erfolgen berauschte Oberbefehlshaber der verbündeten Truppen, der alte Generalfeldmarschall von Wrangel. Er wollte sich keinerlei Anordnungen von politischer Seite her fügen, obwohl der jetzige Feldzug ein politischer Krieg, wie wenige in der Geschichte, war. Er ging sowohl mit den hannöversch-sächsischen Truppen, die im Auftrage des Bundes Holstein besetzt hielten, undiplomatisch um, als er auch, an der Grenze Jütlands angelangt, sofort in diese urdänische Provinz einrücken wollte. Er begründete seinen Wunsch mit der dänischen Ablehnung des von England bereits am 10. Februar unterbreiteten Waffenstillstandes und der am 12. Februar erklärten feindlichen Blockade. Bismarck wußte, daß der Einmarsch in das eigentliche Dänemark internationale Schwierigkeiten erregen würde, weswegen Österreich auch dagegen war. Er erwirkte vom König den Befehl an Wrangel, nicht ohne vorherige Weisung vorzurücken. Indes Bismarck noch mit Österreich verhandelte, nutzte der Feldmarschall ein Gefecht der Gardehusaren am 18. Februar an der Grenze, um Kolding zu besetzen. Dem Halt, das Wrangel nun energisch zugerufen wurde, gab er die telegraphische Antwort: „Die Preußen von ihrer Siegesbahn zurückzurufen vermag man nicht, denn der Fluch des Vaterlandes würde noch meine Kindeskinder treffen; es mögen die Diplomaten dazu raten. Gewiß können

sie dann sein, daß ihre Namen an den Galgen kommen werden." Aber er gehorchte mit seiner „einerseits unfähigen, andererseits unzulässigen Oberleitung", die von „seiner Eitelkeit und seiner kindischen Popularitätshascherei" „stark beeinflußt" wäre, wie Bismarck bei Roon sich beschwerte. Bismarck mußte erst Franz Josephs ausdrücklichen Wunsch, an der jütischen Grenze haltzumachen, mit staatsmännischer Korrektheit beseitigen und Österreichs Zustimmung einholen. Er schickte zu dem Zweck General Frhr. v. Manteuffel nach Wien, wehrte während dessen Verhandlungen Frankreichs Schritt in der jütischen Frage, Englands Gegnerschaft gegen eine österreichische Flotte in der Ostsee und sonstige Vermittlungswünsche zugunsten Dänemarks ab und konnte am 7. März das Einverständnis Wiens zum jütischen Vormarsch voll Freude entgegennehmen. Zur Versöhnung zwischen Wrangel und Bismarck, der über die Depesche des Feldmarschalls verärgert war, kam es erst nach Jahren, als sie einmal an der Hoftafel schweigend nebeneinander saßen: „Kannst Du gar nicht vergessen, mein Sohn?" fragte der alte Wrangel. „Wie sollte ich es anfangen zu vergessen, was ich erlebt habe", lautete die Antwort. Wrangel schwieg längere Zeit. Dann fragte er wieder: „Kannst Du auch nicht vergeben?" „Von ganzem Herzen!" erwiderte Bismarck und sie schüttelten sich die Hände ...

Bismarck war wegen der ständigen Bemühungen insbesondere Englands, Dänemark zu helfen, gezwungen, immer wieder die militärischen Operationen auch unter die politische Lupe zu nehmen. Roon half ihm bei dieser peinlichen Aufgabe mit klarer Einsicht. So durfte Jütland nur mit Requisitionen, nicht mit Kontributionen belegt werden und mußte die dänische Zivilverwaltung behalten. England drängte schon am 19. März zu einer Konferenz, die Bismarck nicht ausschlug, um Preußen nicht ins Unrecht zu setzen, und durch Verhandlungen mit Österreich, dem Bund, durch die Forderung nach Einladung Frankreichs beantwortete. Er erlangte dadurch Napoleons Wohlwollen, dessen Lieblingsgedanken, das Selbstbestimmungsrecht der Völker, er aufgriff, dessen Bündnisangebot er freilich mit höchster Vorsicht behandelte, weil dahinter wohl der Wunsch steckte, einen Keil zwischen Preußen, Österreich und die Mittelstaaten zu schieben. Zugleich mußte er Frankreich von einer Verständigung mit England abhalten und, schon an die Friedensbedingungen denkend, die Konferenz zu verzögern suchen.

Er entfaltete hier tagaus tagein in einer ungeheuren Nervenanspannung, die auch durch einen kurzen Besuch im Kriegsgebiet nicht aufgehoben wurde, seine höchste diplomatische Meisterschaft und verbesserte ständig die preußisch-österreichische Situation, dadurch den militärischen Operationen Zeit zur Vollendung des Sieges schaffend. Er konnte, als Düppel am 18. April gefallen war, nun Englands Einladung zur Mächtekonferenz am 20. April energischer entgegentreten, erst mit Österreich Verhandlungsbedingungen vereinbaren und seit dem 25. April auf der eröffneten Londoner Konferenz durch seinen Delegierten Grafen Bernstorff günstigere Waffenstillstandsbedingungen herausholen und nach und nach in den sachlichen Aussprachen den Kampf für seine wahren, nicht bekanntgegebenen Ziele durch Niederringen der Personalunion, der Selbständigkeit unter irgendeiner Dynastie, durch Auseinandersetzungen über die künftige Nordgrenze benutzen, um den Ablauf des Waffenstillstandes zu erreichen und durch noch stärkere militärische Positionen eine noch wirkungsvollere Ausgangsstellung für die eigentlichen Friedensverhandlungen zu gewinnen. Dänemark benahm sich, durch Englands Hilfe zur Selbstüberschätzung verführt, sehr ungeschickt und arbeitete Bismarck immer wieder in die Hand, so daß Preußen, das auch Rußlands Thronkandidatur mit dem Großherzog von Oldenburg und dem Besuch des Zaren in Berlin am 9. Juni gewandt benutzte, immer fester auftreten und Englands Vorschlag eines neutralen Schiedsspruchs ablehnen konnte.

Dänemark belud sich endlich am 22. Juni mit der Schuld der Ablehnung einer Verlängerung des Waffenstillstandes: Prinz Friedrich Karl von Preußen, seit dem 16. Mai an Wrangels Stelle Oberbefehlshaber, besetzte am 29. Juni Alsen und trieb die Dänen nach Fünen, das auf internationalen Einfluß hin nicht angegriffen wurde. Bismarck schob nun gegen Englands Intrigen seine Aktion umsichtig weiter vor: es galt, den Deutschen Bund langsam auszuschalten, „mit der staatlichen Konsolidierung der Herzogtümer die Ausdehnung der preußisch-österreichischen Administration auf die Gesamtheit desselben“ anzustreben, mit anderen Worten die Inbesitznahme der strittigen Gebiete durch Österreich-Preußen gegenüber allen Ansprüchen und Einwänden, mit gleichzeitiger Behandlung der Sukzessionsfragen, vorzubereiten. Er kam zum Ziel, weil Dänemark auf Englands Unterhausbeschluß der Nicht-

einmischung vom 8. Juli hin endlich die Hoffnung auf eine europäische Intervention zu Grabe trug und am 12. Juli durch sein neues Ministerium Moltke und dessen Außenminister von Bluhme Verhandlungen über einen Waffenstillstand mit Friedensziel einleitete. Dänemark war sich selbst überlassen; das war Bismarcks Werk gewesen.

Am 31. Juli sollten die Feindseligkeiten eingestellt werden. Die Friedensverhandlungen wurden nach Wien verlegt und begannen unter dem Druck energischer Kriegsführung schon am 25. Juli. Bereits am 27. Juli kam eine Einigung mit den Dänen zustande. Bismarck mußte wieder Roons Hilfe in Anspruch nehmen, um kategorische Telegramme des Königs mit Detailsachen abzuwehren und das Augenmaß für die internationale Situation zu behalten. Der Präliminarfrieden konnte am 1. August abgeschlossen werden. Der eigentliche Friedensvertrag war nun dem Bunde gegenüber durchzusetzen. Bismarck bedankte sich am 9. August erst einmal bei Frankreich für seine freundschaftliche Haltung und Hilfe in Kopenhagen, mußte sodann ein törichtes Verhalten seiner Finanz- und Handelsminister in zollpolitischen Verhandlungen mit Österreich abwehren, um den guten Willen des Wiener Kabinetts zu sichern und Frankreich über den mit ihm geschlossenen Handelsvertrag nicht zu verstimmen und schließlich noch, freilich vergeblich, für Graf Rechbergs Verbleiben als Wiener Ministerpräsident kämpfen. Am 27. Oktober, dem Rücktrittstage Rechbergs, wurde der Frieden endlich paraphiert, am 30. Oktober unterzeichnet: Preußen und Österreich erhielten Schleswig-Holstein von Dänemark restlos ausgeliefert!

ZEHNTES KAPITEL

Preußens Kampf um die Führung in Deutschland

(1865—1866)

Bismarck wußte, daß dieser Übergang der Herzogtümer an Preußen-Österreich nur ein Zwischenstadium sein konnte. Er hatte die Erwerbung von Anfang an für Preußen ins Auge gefaßt, wie er in den „Gedanken und Erinnerungen" uns erzählt hat. Preußisches Blut war geflossen: für preußisches Land. So war sein Staatsdenken. Er wußte genau, Dänemark, das sofort nach dem Frieden wegen Nordschleswig zu wühlen begann, würde nur Ruhe halten, wenn Preußen sein Nachbar wäre. Diese Einstellung bestimmte die Verhandlungen in der Sukzessionsfrage, mit dem Augustenburger, mit dem Bunde und schließlich mit Österreich. Schon als der Präliminarfrieden noch nicht geschlossen war, im Juni bei den Begegnungen Kaiser Franz Josephs und König Wilhelms in Karlsbad, wo „der Schluck aus dem Siegesbecher ihm noch besser als der Sprudel bekam", und im August zu Wien war die Frage aufgeworfen worden, ob Preußen die Herzogtümer wirklich allein erwerben wolle; der König konnte sich noch zu keinem definitiven Entschluß gegenüber seinen legitimistischen Gefühlen durchringen. Bismarck pflegte das Einvernehmen mit Österreich darum weiter, reiste mit dem König nach Bad Gastein und Baden-Baden, ging im September zwei Wochen nach Reinfeld zu seiner ernsthaft erkrankten Frau und fuhr, einem Herzenswunsch nachgebend, am 5. Oktober nach Biarritz, wo er bis zum 29. Oktober mit dem Ehepaar Orloff wieder glückliche drei Wochen, wenn auch nicht so frei von Geschäften wie zwei Jahre zuvor, verlebte. Er mußte Zeit gewinnen.

In Österreich entwickelte sich langsam eine neue Situation: Wien gewöhnte sich an den Gedanken, die Herzogtümer Preußen

überlassen zu sollen, wollte aber noch Entschädigungen haben, sorgte gemeinsam mit Berlin für die Beendigung der Bundesexekution im Dezember 1864, zog sich wieder auf den Widerstand gegen Preußens Ansprüche, die auch durch die dem Augustenburger jetzt gestellten Bedingungen durchleuchteten, zurück und wollte schließlich im Frühjahr 1865 den Bund zur Auslieferung Holsteins an den Prinzen von Augustenburg veranlassen. Da erhob Bismarck auch brandenburgische Erbansprüche: aus alten Heiratsverträgen! Inzwischen festigte Roon durch militärische Maßnahmen, die Verlegung der Marinestation von Danzig nach Kiel, den Ausbau der preußischen Marine und des Jadebusens, Preußens Macht im Norden immer mehr.

Dafür sollte der im Herbst 1864 neugewählte Landtag, der vom 14. Januar bis 17. Juni 1865 wieder zusammentrat, eine Anleihe von zehn Millionen Talern bewilligen. Er hatte aber aus den großen Erfolgen, die die Thronrede aufzählen konnte, nichts gelernt, blieb stur bei seiner früheren Haltung: „Diesem Ministerium keinen Groschen!" Auch der geplante Nordostseekanal interessierte ihn ebensowenig wie notwendige Gehaltserhöhungen im auswärtigen Dienst. Die Kriegskosten, die aus Überschüssen der Jahre 1863 und 1864 gedeckt wurden, konnten „natürlich" nicht bewilligt werden: das Prinzip des Budgetrechts war den Abgeordneten wichtiger, als alle realen politischen Erfolge. „Die impotente Negation" siegte über alle Bemühungen Bismarcks, der Virchows schamlose Verdächtigung seiner Wahrhaftigkeit am 2. Juni mit einer Pistolenforderung abwehrte. Was konnte die Regierung mit diesem Landtag anderes tun, als ihn wieder wie seine Vorgänger aufzulösen?

Dadurch hatte Bismarck wenigstens den Kopf frei, sich wieder der „Ehe mit Österreich" zuzuwenden. Sie war über die unerledigten Schleswig-Holsteiner Besitzrechte brüchig geworden. Bismarck machte dem Herrenhause klar, daß das Bündnis mit Österreich wertvoller gewesen wäre, als den Weg des Bundeskrieges zu gehen, weil „die Majorität des Bundestages nicht bloß auf die Kriegsführung, sondern namentlich auf die schließliche Gestalt der Herzogtümer eingewirkt haben würde". Um diese „Gestalt" handelte es sich in zwei Richtungen: einmal begann Dänemark von Ende 1864 bereits wieder um Nordschleswig und seine dänischen Enklaven zu kämpfen; Napoleon mischte sich hier ein, mit der deutlichen

Absicht, Preußen und Österreich zu trennen; es entwickelte sich die Nordschleswigfrage, die schließlich in Artikel V des Friedens von Prag zwischen Preußen und Österreich geregelt wurde und nach langen, verhandlungsreichen Jahren durch einen neuen Vertrag vom 11. Oktober 1878 als ergebnislos infolge Dänemarks übergroßer Ansprüche begraben wurde; Bismarck mußte seine hohe diplomatische Kunst aufwenden, um sie niemals zu einem Kriegsanlaß sich auswachsen zu lassen; 1918/19 wurde sie dann durch die Entente in dänischem Sinne gelöst! Zweitens mußte die Besitzfrage von Schleswig-Holstein, die bisher nur provisorisch durch das gemeinschaftliche Eigentum von Österreich und Preußen geregelt war, endgültig gelöst werden. Bismarck sah von vornherein, daß beide deutschen Großmächte darüber zum Konflikt, ja zum Krieg kommen könnten. Es war sein ganzes Bemühen seit November 1864, den Zeitpunkt des Kriegsausbruchs in der Hand zu behalten, den Konflikt zu begrenzen, Preußen von einer Schuld am Bruch mit Österreich freizuhalten und den Krieg so sorgsam vorzubereiten, daß sein Ausbruch weder zu europäischen Komplikationen, noch gar zu einer Zweifrontennot führen konnte. Seine überaus feinmaschige, vom Fingerspitzengefühl allein zu führende, stets aus bewußtester Situationsüberschau bestimmte, in ihrem wahren Ziel — der Einverleibung Schleswig-Holsteins für Preußen und der Zerschlagung des Deutschen Bundes mit Österreichs Vorherrschaft — stets geheim gehaltene politische Arbeit wurde durch das Verhalten des Abgeordnetenhauses wie auch des Königs und seiner Umgebung, denen insgesamt das wahre Verständnis für seine diplomatische Methode und geniale Sicherheit abging, unendlich erschwert. Man sah nicht, wie er sich Schritt für Schritt vorwärtsarbeitete, ja vortastete: vom Kampf um den Kieler Hafen und eine preußische Flotte, von der Zollvereinskrise und dem französischen Handelsvertrag bis zum Gasteiner Abkommen, dem Zurückdrängen Englands und Frankreichs, bis zu der freien Entscheidungsmöglichkeit im Konflikt. Immer wieder mußte er den Abgeordneten vorhalten, wie blind sie waren, wie ihr Ideal für die Regierung das Minimum des Erreichbaren geworden wäre und nicht mehr in Frage käme, nämlich ein unabhängiger schleswig-holsteinischer Staat. Er war seinen Zeitgenossen weit voraus und trieb Politik auf weite Sicht, mit all der weisen Mäßigung, die das Hauptkennzeichen seiner Machtanwendung war und blieb,

indes die Abgeordneten und auch oft genug der König doktrinär und tagesbefangen waren. Er wies „die Pression auf die Krone" zurück, die die Abgeordneten mit den Ablehnungen der Regierungsanträge, ob es sich nun um die Kriegshäfen in Kiel und an der Jade, um Panzerfregatten und Gußstahlgeschütze oder gar um die 19 Millionen Taler aus den Verwaltungsüberschüssen und dem Staatsetat für die Kriegskosten handelte, zum Durchzwingen ihrer Budgetrechtsauffassung ausübten. Er mußte ihnen vorwerfen, daß sie die bequemere Existenz auf der Basis der Phäaken der auf der Basis der Spartaner vorzögen: „Man läßt sich gern schützen, aber man zahlt nicht gern"; mit ihrer Anleiheverweigerung hätte Düppel und Alsen nicht erobert werden können; sie wären nur mit Worten aber nicht mit Geld freigebig! Gerade, als er in seiner Politik gegenüber Österreich so weit war, den Bruch mit Wien herbeizuführen und Klarheit über das Reich der Deutschen durch Krieg schaffen zu können, — „die Frage der Gegenwart und Zukunft, diejenige, die seit zwanzig Jahren im Vordergrunde des deutschen politischen Interesses gestanden hat, harrt gegenwärtig der Lösung", erklärte er am 13. Juni im Abgeordnetenhaus — fiel ihn dieses wieder von der Seite an. Er ließ sich aber nicht beirren: „Ich halte es für die Herzogtümer allerdings für außerordentlich viel vorteilhafter", erklärte er, „Mitglied der großen preußischen Genossenschaft zu werden, als einen neuen Kleinstaat mit fast unerschwinglichen Lasten zu errichten." Damit trat er offen für „den Gedanken der Annexion, wie man so landläufig sagt", ein, zugleich freilich ihn wieder vorsichtig als hypothetisch behandelnd, wenn auch sein Blick unwiderlegbar erkannte: „Daß mit der Weigerung, Preußen billige, ja im Interesse Deutschlands sogar ganz notwendige Zugeständnisse zu machen, die Idee der Annexion immer wieder auftaucht und an Aussicht gewinnt, liegt in der Natur der Sache. Denn weigert man uns die billigsten Bedingungen, die wir fordern, hindert man dadurch den Abschluß, so ist allerdings schwer abzusehen, zu welchen Komplikationen eine solche Weigerung auf die Dauer und bei geänderten europäischen Verhältnissen führen kann. Führt sie aber dazu, dann schnellt natürlich auch das Maß unserer Begehrlichkeit sehr viel weiter hinauf, als es in diesem Augenblick von unserer Bescheidenheit gestellt ist."

Um diese Komplikationen und europäischen Verhältnisse hatte Bismarck zur selben Zeit eine ungeheure Sisyphusarbeit zu leisten.

Er hielt sich dabei an zwei Grundsätze: „Die Aufgabe des Staatsmannes ist es nicht, Kriege herbeizuführen, sondern sie zu vermeiden" und „Der Grund zum Kriege muß auch nach dem Kriege noch stichhaltig sein". Nach dem ersten Grundsatze suchte er das Bündnis mit Österreich auch nach Graf Rechbergs Ersatz durch Graf Mensdorff-Pouilly, infolge des ungeschickten preußischen Verhaltens bei den Zoll- und Handelsvertragsverhandlungen, zu erhalten. Österreich aber trieb nach dem Friedensschluß mit Dänemark keine Verständigungspolitik mit Preußen mehr: Schmerlings Preußenfeindlichkeit gewann immer mehr die Oberhand; offensichtlich wollte es die Herzogtümer wieder an den Erbprinzen von Augustenburg überantworten und als selbständigen Mittelstaat in den Deutschen Bund einreihen, um hier wie bisher mit Hilfe der Kleinstaaten die Vorherrschaft in Deutschland gegen Preußen zu behalten.

Bismarck durchschaute dieses Spiel wohl, sah aber im Frühjahr 1865 die Stunde noch nicht gekommen, um ihm entgegenzutreten, denn er mußte erst mit Frankreich ins Reine kommen. Napoleon forderte wohl — zugleich sich in Kopenhagen durch Förderung von Dänemarks nordschleswigschen Ansprüchen beliebt machend — die Einverleibung der Herzogtümer in Preußen, wollte aber „Kompensationen" haben, die beiden deutschen Großmächte miteinander verfeinden, um dann nach altem französischen Herkommen über Deutschland zu herrschen. Bismarck wollte sich natürlich Napoleon nicht ausliefern, aber auch nicht zum Feinde machen. Er lavierte mit unerhörter Kunst zwischen Wien und Paris hin und her, nutzte die Sukzessionsfrage, um die sogenannten Februarbedingungen für einen selbständigen Bundesstaat Schleswig-Holstein mit einem ewigen Schutz- und Trutzbündnis mit Preußen, mit Rendsburg als Bundesfestung, dem preußischen Kieler Hafen, der preußischen Aufsicht über den geplanten Nordostseekanal, dem preußischen Zoll, Post und Telegraphen vorzulegen. Der Augustenburger sowohl wie Österreich lehnten diese Bedingungen, gegen die Frankreich nichts einzuwenden hatte, rundweg ab. Österreich trat immer schärfer für den Augustenburger und eine Einberufung der Ständeversammlung in den Herzogtümern zum Zwecke der Selbstbestimmung der Bevölkerung, die, wie die übrige öffentliche Meinung in Deutschland, dem Erbprinzen zujubelte, und zwar mit schroffer Spitze gegen Preußen

ein, so daß im Mai Moltke die Annexion im Kronrat forderte. Bismarck riet dagegen auf Grund der Weltlage noch zur Mäßigung, er mußte erst klären, wie „Frankreich im Fall eines Krieges zwischen Preußen und Österreich, bei dem Frankreich sich zunächst passiv verhielte", sich einstellen würde und ob von England Gefahr drohte. Kaiser Franz Joseph trat nun mit einem anmaßenden Brief an König Wilhelm für den Augustenburger ein, so daß Bismarck Roon gegenüber am 7. Juli die Zustände als unerträglich bezeichnete und „eine baldige und bestimmte Äußerung über unsere Kriegsbereitschaft" verlangte, ja sogar zur Einberufung von den „erforderlichen Reservemannschaften zur Herstellung der für den Krieg benötigten Munition", einer geheim zu haltenden Maßregel, riet. Österreich förderte die preußenfeindliche Agitation in den Herzogtümern immer stärker: „Mit dem Frieden sieht es faul aus", schrieb Bismarck am 13. Juli seiner Frau. „In Gastein muß es sich entscheiden!" Österreich steckte plötzlich ein Loch zurück; es hatte seine Finanzen als kriegsunfertig erkannt, schickte den preußenfeindlichen Innenminister Schmerling in den Ruhestand und den Holsteiner Grafen Blome als Mitglied seines auswärtigen Dienstes nach Gastein.

Bismarck hatte die Gasteiner Zusammenkunft von Kaiser Franz Joseph und König Wilhelm halb gefördert, weil Frankreich wie Italien noch unklare Stellungen bezogen hatten, halb bekämpft, weil er ein abermaliges Provisorium voraussah. Er mußte seinem Herrscher unter dem Eindruck der Weltlage und der Verhandlungen in Gastein und Salzburg dann doch zu der Konvention raten. Er telegraphierte am 20. August an das Ministerium in Berlin: „Die in Gastein verabredete Übereinkunft über neue Organisation des Provisoriums, wonach die Verwaltung von Schleswig einschließlich des Kieler Hafens von Preußen, die Verwaltung von Holstein von Österreich übernommen wird, Lauenburg aber gegen eine Entschädigung (um 2½ Millionen Taler) in den definitiven Besitz Preußens übergeht, ist soeben von den beiden Monarchen genehmigt und vollzogen." Die „up ewig ungedeelten" Herzogtümer wurden nun plötzlich verwaltungstechnisch geteilt: das konnte nie gut gehen!

Durch die Besitzergreifung von Lauenburg am 15. September 1865 erhielt Preußen seinen ersten Landzuwachs unter König Wilhelm. Bismarck, der am 14. November schon den hohen Orden

vom Schwarzen Adler erhalten hatte, wurde zum Dank dafür in den erblichen Grafenstand erhoben: „Preußen hat in den vier Jahren, seit welchem ich Sie an die Spitze der Staatsregierung berief", begründete der König seine Erhebung, „eine Stellung eingenommen, die seiner Geschichte würdig ist und demselben auch eine fernere glückliche und glorreiche Zukunft verheißt." Bismarck überschätzte freilich die Erhebung nicht; sein Sinn stand nach Taten, nicht nach Würden. Ihm war es genug, daß die Öffentlichkeit den Gasteiner Vertrag als einen Erfolg Preußens, eine Niederlage des Augustenburgers und des Deutschen Bundes ansah, daß Napoleon befürchtete, Preußen und Österreich würden doch wieder einig werden. Sein Außenminister Drouyn de l'Huys ließ in einem Rundschreiben vom 29. August an alle Gesandten Frankreichs kein gutes Haar an der Konvention.

Jetzt fühlte Bismarck die Stunde gekommen, Napoleon für länger festzulegen. Er ließ durch den Grafen von der Goltz vorarbeiten, die traditionelle Annahme der ewigen Feindschaft Preußens und Frankreichs sei eine Fiktion. Er fuhr mit Einverständnis seines Königs am 30. September selbst nach Frankreich in sein geliebtes Biarritz mit Frau und Kindern, um wieder mit den Freunden Orloff, die zu seinem besonderen Unwillen aus Angst vor Cholera aber nach England auswichen, glückliche Zeiten zu verleben. Napoleon weilte bis zum 13. Oktober ebenfalls in dem schönen Seebade: zweimal sprachen der Kaiser und der Ministerpräsident sich, ein drittes Mal noch am 3. November in St. Cloud auf der Rückreise über Paris. Bismarck fand Napoleon „äußerst günstig" für Preußen eingenommen, „mit einer Erwerbung Holsteins durch Geldentschädigung ganz einverstanden". Zugleich traf Bismarck noch den italienischen Gesandten am französischen Hofe, dem er den Krieg mit Österreich als sicher hinstellte. Heimgekehrt sorgte er für einen raschen, im Dezember erfolgenden Abschluß des Zollvereinshandelsvertrages mit Italien; König Viktor Emanuel erhielt den Schwarzen Adlerorden. Frankreich und Italien waren mit Ausgang 1865 gewonnen! Bismarck konnte nun die deutsche Frage aufrollen.

Österreich bot ihm dazu alsbald den äußeren Anlaß. Es verlockte mit Hilfe der Mittelstaaten in Frankfurt den Bund, die schleswig-holsteinischen Stände einzuberufen und die Forderung nach Schleswigs Eingliederung in den Bund, zu dem Holstein von

jeher gehörte, zu erheben. Es bejahte die Politik seines holsteinischen Statthalters, Feldmarschalleutnants Freiherrn von Gablenz, der eine herzogliche Landesregierung, die Agitation für den „Landesherrn", den Erbprinzen Friedrich, der sich in Kiel einrichtete, duldete und sich um Preußens Protest gegen diese Verletzung des gemeinsamen Besitzrechts nicht kümmerte, ja, er erklärte am 14. Dezember dem preußischen Gouverneur von Schleswig, Edwin von Manteuffel, unbesonnen genug, sein Herr müsse den Herzog von Augustenburg unterstützen, weil er in seinen Plänen einen Damm gegen Preußens deutsche Pläne besitze; man fürchte den Krieg nicht mehr, nachdem es sich um Österreichs Stellung in Deutschland handle. Als Bismarck nun Wien anbot, Holstein gegen eine Geldabfindung abzutreten, war der Zorn an der Donau groß. Bismarck wünschte ihn gerade, Österreich sollte sich ins Unrecht setzen. Es tat ihm den Gefallen, als es am 23. Januar 1866 in Altona eine Volksversammlung zuließ, die die Einberufung der Stände forderte und mit einem Hoch auf den „rechtmäßigen, geliebten Herzog Friedrich" schloß. Scharfe Noten gingen zwischen Berlin und Wien infolgedessen hin und her. Der Krieg wurde unvermeidlich. Österreich hatte es zum Bruch der Gasteiner Verabredungen kommen lassen, es lehnte am 27. Februar sehr schroff jedes Entgegenkommen gegen preußische Wünsche, ja selbst jede Rücksichtnahme auf die Beschwerden Preußens über sein Verhalten in Holstein ab.

Der Landtag verhielt sich freilich wieder ahnungslos. Nachdem er am 15. Januar mit einer in energischem Ton gehaltenen Thronrede, die das erworbene Pfand in Schleswig und Holstein „unter allen Umständen" versicherte, eröffnet worden war, brachte er es am 3. Februar fertig, die Vereinigung Lauenburgs mit Preußen für rechtsungültig zu erklären, weil er seine Zustimmung dazu nicht gegeben hätte: in dem Augenblick, in dem der König und sein Ministerium unter Bismarcks Führung schon an der Vereinigung Schleswig-Holsteins mit Preußen arbeiteten! Bismarck, in wichtigste Verhandlungen außerhalb des Parlaments verstrickt, wurde es sofort müde, sich nach seinen Taten über Fragen, über die die Abgeordneten „ihre eigne Meinung sorgfältig verheimlichen", Vorwürfe und Schwierigkeiten oder gar noch in Mißbrauch der parlamentarischen Redefreiheit schlimmste Beleidigungen machen zu lassen; er sprach nur zweimal in der Session und schloß sie zur

allgemeinen Überraschung der Diätenempfänger, weil die Tätigkeit des Hauses „nicht dem Frieden, sondern dem Streite, nicht den Gesetzesvorlagen, sondern dem Bestreben gewidmet war, zu Angriffen auf die Regierung den Anlaß auf solchen Gebieten zu suchen, welche die Landesverfassung dem Wirkungskreise der Volksvertretung nicht überwiesen hat und auf welchem die Tätigkeit der Abgeordneten deshalb eine unfruchtbare bleiben mußte". Die „Übergriffe" müßten „das Land ernsteren Zerwürfnissen" entgegenführen. Die Mehrheit des Landtags hatte es landesverräterischerweise fertiggebracht, mit den fremden Gesandten in Berlin in Verbindung zu treten, und ihnen die Vorwürfe gegen Bismarcks Politik als Material für ihre Einwände ausgeliefert. Bismarck war seine Zeit und seine Lunge, wie er sagte, zu lieb, um sich „stundenlange Reden" von Bedeutungslosigkeit anzuhören oder abzuwehren. Er wollte sich auch seine Politik nicht mehr gefährden lassen, denn jetzt waren „die Momente, die nicht wiederkommen", eingetreten! Er mußte das Eisen für den Reichsbau, das immer mehr ins Glühen gekommen war schmieden. Er schickte den Landtag am 23. Februar nach Hause. Ehe er wieder zusammentrat — am 5. August —, war der Krieg mit Österreich bereits siegreich beendet!

Bismarck hatte seit Jahresbeginn unaufhaltsam daran gearbeitet, die auswärtigen Mächte für Preußen friedlich zu stimmen oder gar zum Bündnis zu gewinnen. Dem Pariser Botschafter schrieb er am 5. Januar, daß Preußen „den höchsten Wert auf gute Beziehungen zu Washington legen müsse". Mit Rußland war er seit seiner Petersburger Botschafterzeit einig, hatte doch sogar Gortschakow schon November 1861 erklärt: „Wir wünschen ein einiges und starkes Deutschland. Wir brauchen es als Grundlage für unsere eigne Politik. Unser bester Freund in Deutschland ist Preußen, und wir können nur froh sein, wenn Deutschland sich unter Führung Preußens konsolidiert. Ganz abgesehen von unseren gegenseitigen guten Beziehungen können die deutsche Wehrkraft und der deutsche Wohlstand, die beide mit unsren eignen Interessen Hand in Hand gehen, keine andere praktische Förderung erfahren, als unter der Führung Preußens." Bismarck wußte, Rußland würde Österreich, das das Zarenreich im Krimkrieg so schwer gekränkt hatte, niemals Hilfe angedeihen lassen, ja es sollte jetzt, wenn möglich, gegen die Habsburger Monarchie aktiviert werden: er

nutzte vertrauliche Pariser Berichte, nach denen Österreich „zu Verhandlungen über Austausch Venetiens gegen Donaufürstentümer und nördliche Teile Bosniens und Serbiens bereit“ wäre, und entwickelte damit zugleich zwei alte Feindschaften gegen Wien, denn Rußland war seit dem Krimkrieg nirgends empfindlicher, als in den Donaufürstentümern sowie Bosnien und Serbien, Italien aber kämpfte um seine Einheit und konnte niemals auf Venetien verzichten. Am 24. Februar meldete der Gesandte in Florenz, daß König Viktor Emanuel und auch General La Marmora, der italienische Ministerpräsident, zu einem Kriegsbündnis mit Preußen gegen Österreich bereit wären und Preußens Vorschläge erwarteten. Da zur selben Zeit günstige Neutralitätszusicherungen bei einem Bruch, bei einem größeren Krieg mit Österreich, freilich mit Kompensationsforderungen, aus Paris eintrafen, und England sich noch nicht besonders regte, konnte zum 28. Februar ein großer Ministerrat einberufen werden, an dem auch außer den Kabinettsmitgliedern der Generalstabschef von Moltke, der für den sicheren Erfolg ein Zusammengehen mit Italien verlangte, der Pariser Botschafter Graf von der Goltz, der Schleswiger Gouverneur von Manteuffel, General G. von Alvensleben und der Kronprinz, der gegen einen Krieg war, teilnahmen. Bismarck gab nochmals einen Überblick über die Entwicklung, die jetzt einen Krieg notwendig machte, und der König entschied: Schleswig-Holsteins Besitz wäre einen Krieg, der nicht übereilt werden sollte, wert, wenn auch wünschenswerter sei, die Herzogtümer auf friedliche Weise zu erwerben.

Es galt nun, Frankreich und Italien zu gewinnen. Der König schrieb am 31. März an den französischen Kaiser: anknüpfend an Bismarcks Gespräch mit ihm in Biarritz und St. Cloud schiene ihm jetzt der Augenblick für eine vertrautere und speziellere Entente zwischen ihnen gekommen, er hätte durch den Botschafter Goltz von den französischen Wünschen gehört. Aber Napoleon hielt mit einem klaren Bekenntnis seiner wahren Absicht nach einem rheinischen Pufferstaat zurück, wollte wieder vermitteln, wenn er auch Bismarck in dem Glauben ließ, auf seiner Seite zu stehen. Im Mai mußte Bismarck freilich das Doppelspiel Napoleons, der auch aus Österreich Zusagen für seine Rheinpolitik herausholen wollte, erkennen und auf starke militärische Rüstungen im Ministerrat vom 3. Mai dringen.

Er hatte inzwischen wenigstens unter schwierigen Verhandlungen, ohne daß die von ihm selbst angeregte Entsendung Moltkes nach Florenz notwendig wurde, weil der italienische General Govone am 14. März nach Berlin gekommen war, am 8. April das Bündnis mit Italien unter Dach und Fach bringen können: Italien verpflichtete sich, Österreich den Krieg zu erklären, wenn Preußen in den nächsten 3 Monaten zur Lösung der deutschen Frage gegen die Habsburger Monarchie mit Waffengewalt vorging; dafür sollte Italien nach dem Siege Venetien, Preußen Schleswig-Holstein erhalten.

Die Verhandlungswochen mit Italien hatten die größten Anforderungen an Bismarcks Nerven gestellt, weil Italien wie Preußen sich zuerst mißtrauten, daß jeder den andern Partner nutzen wollte, um seinen Gebietszuwachs womöglich friedlich von Österreich herauszuholen, und ihn dann im Stich lassen würde. Außerdem hätte Napoleon versucht, sich von Österreich Venetien übereignen zu lassen, damit er es an Italien weitergäbe; Österreich hätte dann freie Hand gegen Preußen bekommen, und Moltkes Forderung nach einem militärischen Zusammengehen mit Italien wäre nicht mehr zu erfüllen gewesen. Bismarck hatte darum hohe Eile, den Bündnisvertrag möglichst schnell zustande zu bringen; inzwischen mußte er immer noch das Spiel einer Verständigungsbereitschaft gegenüber Österreich und den anderen Mächten durchführen.

Er hielt zugleich noch die deutsche Frage in Fluß. Während der König und die preußische Öffentlichkeit stets mehr nach Schleswig-Holstein und territorialen Änderungen Ausschau hielten, dachte Bismarck an ganz Deutschland, dem er die nationale Unabhängigkeit gewinnen wollte. Dafür war der Deutsche Bund in seiner gegenwärtigen Gestalt nicht fähig. Da außerdem Österreich seit Mitte März rüstete und alle zwischendurch unternommenen Abrüstungsverhandlungen sich wieder verliefen, drängte Bismarck nach einer „den realen Verhältnissen Rechnung tragenden Reform des Bundes". Er richtete deshalb am 24. März 1866 an die Regierungen der Bundesmitglieder, nachdem er das Scheitern der Verständigungspolitik und den fast unvermeidlichen Krieg dargelegt hatte, die Frage, „ob und in welchem Maße wir auf ihre Unterstützung in dem Falle zu rechnen haben, daß wir von Österreich angegriffen oder durch unzweideutige Drohungen zum Kriege genötigt werden". Und er entwickelte seine Gesamtansicht, wenn er

ausführte: „Schon durch die geographische Lage wird das Interesse Preußens und Deutschlands identisch — dies gilt zu unseren wie Deutschlands Gunsten. Wenn wir Deutschlands nicht sicher sind, ist unsere Stellung gerade wegen unserer geographischen Lage gefährdeter als die der meisten anderen europäischen Staaten; das Schicksal Preußens aber wird das Schicksal Deutschlands nach sich ziehen und wir zweifeln nicht, daß, wenn Preußens Kraft einmal gebrochen wäre, Deutschand an der Politik der europäischen Nationen nur noch passiv beteiligt bleiben würde.“ Diese genialen Einsichten, deren ewige Wahrheit wir von 1918 bis 1933 in unserer tiefsten gesamtdeutschen Erniedrigung erleben mußten, gingen damals den deutschen Mittel- und Kleinstaaten nicht so klar ein, daß sie sich Bismarck anschlossen; jeder wollte vielmehr seine eigne Politik machen, Bayern und Hannover rüsteten sogar, obwohl Bismarck beide Staaten immer wieder mit größter Schonung ihrer Empfindlichkeit zum Frieden, zumindest zur Neutralität im Kriegsfalle zu bewegen suchte. Er mußte seinen Bundesreformantrag, den er am 24. März gemeinsam mit Bayern zu stellen gewünscht hatte, schließlich am 9. April allein in Frankfurt einreichen! Er wies den Gesandten von Savigny an, den Antrag mit dem schon vor 1848 hervorgetretenen Reformbedürfnis, mit der Unmöglichkeit, selbst bei Einverständnis von Preußen und Österreich große und aktive Bundespolitik zu machen, mit der politischen und militärischen Mangelhaftigkeit des Bundes, in Krisen, wie der gegenwärtigen und bei Rüstungen, wie denen Österreichs, seinen Mitgliedern „vollen und rechtzeitigen Schutz“ zu gewähren, und mit der „gegenwärtigen zwischen Preußen und Österreich drohenden Kriegsgefahr“ unter Zurückweisung von Verhandlungen zwischen den Regierungen und Debatten in der Bundesversammlung einzubringen, und zwar solle der Bundestag zunächst das Prinzip der Berufung des Parlaments feststellen und beschließen, „eine aus direkten Wahlen und allgemeinem Stimmrecht der ganzen Nation hervorgehende Versammlung für einen noch näher zu bestimmenden Tag einzuberufen, um die Vorlagen der deutschen Regierungen über eine Reform der Bundesverfassung entgegenzunehmen und zu beraten; in der Zwischenzeit aber bis zum Zusammentritt desselben durch Verständigung der Regierungen untereinander diese Vorlagen festzustellen“. Dieser Reformvorschlag erregte im In- wie Auslande große Aufregung. Das In-

land nannte ihn einen „Schelmenantrag“, weil es wegen Bismarcks konservativ-monarchischer Haltung an den Ernst seines Vorschlages eines aus allgemeinem und direktem, also ganz liberalem Wahlrecht hervorgehenden Parlaments nicht zu glauben vermochte, und hetzte nun weiter gegen Bismarcks „Unehrlichkeit“ und Preußens Politik. Rußland zweifelte an Bismarck, in dem der Zar stets den unbeirrbaren Antirevolutionär gesehen hatte: der Antrag wäre aber revolutionär. Bismarck mußte in Petersburg, wie er es seinem König gegenüber getan hatte, erst klarmachen, daß die indirekten Wahlen gerade die Revolution förderten. Der Bund aber wollte den Antrag, obwohl Baden sehr dafür eintrat, ohne Verfassungsentwurf nicht beraten. Niemand verstand, daß Bismarck durch den Antrag zugleich mit der Holsteinfrage die deutsche Frage in den Kampf geworfen hatte!

Während die Parlamente im In- wie Auslande, die Regierungen und Fürsten noch über den Antrag hin- und herberieten und debattierten, begannen die militärischen Maßnahmen zu wirken. Preußen hatte Österreichs Rüstungen nicht mehr ruhig hinnehmen können, sondern am 27. März die Armierung der schlesischen und der Elbfestungen, den Pferdeankauf für die Hälfte seiner Feldartillerie und die Verstärkung von 75 Bataillonen von je 530 Mann auf 675 Mann beschlossen, aber nicht mobilisiert. Österreich bekam es nun nach dem Antrag mit der Angst und erklärte am 18. April sich bereit, abzurüsten, wenn Preußen auch abrüste; Preußen ging auf den Vorschlag ein, um keinen Kriegsgrund zu liefern, mußte dann aber erleben, daß Österreich nun angeblich nur gegen Italien weiterrüstete. Als zugleich auch mehrere Mittelstaaten aufrüsteten, schritt Preußen am 3. Mai zur Mobilmachung des 3., 4., 5. und 6. Armeekorps, des Gardekorps und zur Anschaffung der für die gesamte Kavallerie und Artillerie erforderlichen Pferde, mit der ausdrücklichen Begründung, „da Österreich nicht nur nicht abgerüstet, sondern seine Rüstungen im Maßstabe voller Mobilisierung der ganzen Armee Tag und Nacht fortsetzt, und da fortwährend bedeutende Truppenmassen in voller Kriegsstärke, selbst deutsche Regimenter aus Italien an unserer Grenze eintreffen“ „zum Schutze unserer Grenzen“; „dies schließt nicht aus“, fügte Bismarck, immer noch für die Erhaltung des Friedens Brücken bauend, hinzu, „daß die diesseits erklärte Bereitwilligkeit zur Abrüstung, sobald Österreich ernstlich und tatsächlich damit

vorgeht, fortdauert". Bis zum 12. Mai setzte Preußen dann seine ganze Armee in Kriegsbereitschaft.

Österreich machte jetzt, um Italien als künftigen Gegner auszuschalten und Frankreich für sich zu gewinnen, den Schachzug, die Abtrennung Venetiens anzubieten, griff damit aber fehl, denn Frankreich sah sofort, daß Preußen sich bei Ausscheiden Italiens aus der Kriegsfront noch stärker an seinen westlichen Nachbarn anschließen müßte, und Italien erhielt von Bismarck sofort die Zusicherung, daß das Bündnis in jedem Falle Geltung hätte. Als sich am 7. Mai Gerüchte verbreiteten, Bismarck wollte das linke Rheinufer an Frankreich abtreten, Gerüchte, die in Wahrheit aus österreichischen Anerbietungen in Paris zum Kauf französischer Hilfe für Wien hervorgingen, wurde auf Bismarck von dem Juden Cohen-Blind Unter den Linden ein Mordversuch unternommen; Bismarck packte selbst den Mörder, der sich im Gefängnis durch Selbstmord seiner Strafe entzog; er hatte Bismarck angeblich wegen Abtretung deutschen Gebietes töten wollen, in Wahrheit aber als „wissenschaftlich gebildeter Mann", als Student für die „Theorie der Konflikts-Fortschrittspartei und die Kritik der Fortschrittspartei über einen so elenden Minister, der damals" — so sagte Bismarck am 9. Mai 1884 — „Deutschland in den Krieg stürzen wollte, zu dem ihm kein Heller bewilligt werden sollte". Bismarck, der mit seinem von den fünf abgefeuerten Schüssen durchlöcherten Mantel und einer unbedeutenden Rippenverletzung heimgegangen war, dem König den Vorfall gemeldet und den Fall am Essenstisch mit den Seinen wie ein Jäger kühl zergliedert hatte, wurde von dem König, von dem vaterländisch und gesund empfindenden Teil des Volkes damals zur Rettung aus Lebensgefahr beglückwünscht, sämtliche fortschrittliche Blätter nahmen aber für Blind Partei, „und konnten sich vor Entrüstung darüber, daß ich mich nicht hätte von dem Manne erschießen lassen, nicht fassen. Sie warfen mir vor, ich trage ein Stahlhemd — ich wollte, ich wäre stark genug dazu — und die höhnischsten Karikaturen über den Mordfall wurden überall an den Schaufenstern von der Polizei geduldet", so daß Bismarck den Eindruck gewann, „daß die Masse der mittleren Polizeibeamten, vielleicht auch höhere viel mehr auf Blinds Seite standen, als auf meiner". Mit der Leiche Blinds wurde im Polizeipräsidium geradezu ein Kultus getrieben. „Namhafte Frauen, die in der wissenschaftlichen Welt, wenigstens ihre Männer, einen ge-

wissen Ruf hatten, bekränzten sie mit Lorbeer und Blumen; das alles" unter Duldung der Polizei, „ohne deren Zulassung konnte man nicht zu der Leiche dringen —" und „das allgemeine Ergebnis war für mich in diesen Kreisen die Mißbilligung, daß ich überhaupt noch lebte". Die Öffentlichkeit wurde so irregeführt, daß sie den wahren Bismarck gar nicht mehr sah, der seine deutschen Pläne für „eine bessere Zukunft des gemeinsamen Vaterlandes", wie er vier Wochen später an den bayrischen Minister Frhr. L. von der Pfordten schrieb, verfolgte, um mit einer „ehrlichen nationalen Reform und soviel Disziplin in derselben, als unentbehrlich ist", „unsere Nation aus der Schwäche der Zerrissenheit zu ihrer europäischen Geltung zu erheben".

Auch jetzt noch gab er zu Napoleons Konferenzvorschlag seine Zustimmung; die Einladungen am 24. Mai wurden von Preußen, England und Rußland angenommen, von Österreich aber abgelehnt: die Kriegspartei hatte in Wien völlig über Graf Mensdorffs Friedensbemühungen die Oberhand gewonnen, besonders nachdem schon am 9. Mai durch eine Abstimmung in Frankfurt außer Kurhessen, Mecklenburg, Oldenburg und den Hansestädten alle deutschen Staaten auf Österreichs Seite getreten und wie Hannover, Bayern, Hessen zur Mobilisation ihrer Truppen übergegangen und auch Vermittlungsversuche von Gablenz sowie dem Badener Großherzog Friedrich I., die Bismarck gefördert hatten, gescheitert waren. Frankreich war über die Begründung der österreichischen Ablehnung, „keine Macht sollte einen Gebietszuwachs erlangen", verstimmt, hatte es doch schon von Habsburg Gebietsangebote erhalten! Es verhielt sich fortan wohlwollend neutral gegen Preußen. Bismarck hatte also auch hier durch Österreichs Schuld die bestmögliche Situation an der Westgrenze erreicht.

Die Entwicklung lief nun unaufhaltsam dem Kriege zu. Österreich brach am 1. Juni endgültig die Gasteiner Konvention, als es die Schleswig-Holsteinische Frage der Entscheidung des Bundes überantwortete und die Einberufung der Stände ankündigte. Damit war das Mitbesitz- und Mitbestimmungsrecht zu Holstein wieder für Preußen gültig, das am 5. Juni den Schleswiger Gouverneur Manteuffel mit der Wahrung seiner holsteinischen Rechte beauftragte und seine Truppen in Holstein einrücken ließ. Der österreichische Gouverneur räumte jetzt das Herzogtum, verlegte seine Statthalterschaft von Kiel nach Altona und sammelte hier die Bri-

gade Kalik. Die rechtswidrige Einberufung der Stände wurde verhindert. Bismarck konnte am 9. Juni gegenüber Manteuffel konstatieren: „Österreich hat sich durch die zusammentreffenden Fehler der Erklärung am Bunde und der Vereitelung des Kongresses seine Lage in den Augen des Kabinetts und selbst der öffentlichen Meinung verdorben. Es wird allerorten ausgesprochen, daß es uns damit den Handschuh hingeworfen, und jedermann erwartet und findet es gerechtfertigt, daß wir diesen Handschuh aufnehmen."

Die für Preußen günstige Situation wurde sofort auch in Frankfurt aktiviert: Bismarck überreichte am 10. Juni den Entwurf eines Zusatzprogramms zur Bundesakte, mit dem er sich an die Bundesmitglieder für den Aufbau der Verfassung eines neuen Bundes unter Ausschluß Österreichs, „wenn in der Zwischenzeit bei der drohenden Kriegsgefahr die bisherigen Bundesverhältnisse sich lösen sollten", und mit der Frage nach ihrer Beitrittsbereitschaft wandte. Die Begründung für die Ausschaltung Österreichs sah er vor allem darin, „daß der Kaiser von Deutsch-Österreich zugleich und überwiegend Undeutsche beherrschte"; er war zur Aufnahme Österreichs bereit, „wenn letzteres sich selbst staatlich zerlegen wollte". Er wollte „Deutschlands nationale Entwicklung" durch Habsburgs Vielvölkerstaat und vielfach undeutsche Interessen „nicht länger hemmen" lassen: er kämpfte für einen deutschen Bund der Deutschen und, wie wir aus seinem Vorschlag der Zerlegung des Habsburgstaates sehen, auch aller Deutschen, denn Deutsch-Österreich allein hätte nie die Vorherrschaft wie im alten Bunde mit seiner Bevölkerungszahl gegenüber Preußen beanspruchen können! Österreich forderte dagegen am selben Tage die Mobilmachung des Bundes gegen Preußen, die mit 9 Stimmen, darunter Hannover, Kurhessen, Sachsen gegen 6 am 14. Juni angenommen wurde. Bismarck sah in diesem Vorgang mit Recht die Auflösung des Bundes und die offene Kriegserklärung. Er bot am 16. Juni Sachsen, Hannover, Kurhessen ein „Bündnis auf Grund unbewaffneter Neutralität und Berufung des Parlaments zur Sicherstellung des Friedens unter Gewährung ihres Besitzstandes und ihrer Souveränität", freilich vergeblich, an und ließ daraufhin die bereitgestellten Truppen über die Grenzen der drei Staaten marschieren, „um zu verhindern, daß man uns von dort im Rücken angriff, während wir uns gegen Österreich verteidigen". Den Nein-

sagern bei der Bundesabstimmung vom 14. Juni sagte er aber Unabhängigkeit und Integrität ihres Gebietes auch im kommenden neuen Bunde zu. Österreich zog den Schlußstrich, indem es Sachsens Antrag auf Bundeshilfe zusammen mit Bayern zustimmte und in Frankfurt am 16. Juni offen erklärte: „Seine Majestät der Kaiser wird mit seiner vollen Macht der gegen seine Bundesgenossen geübten Gewalt entgegentreten und demgemäß mit Aufbietung aller militärischen Kräfte unverzüglich handeln." Bismarck sah hierin Österreichs und Bayerns Kriegserklärung und teilte den durch diese österreichische Initiative eingetretenen Kriegszustand zwischen Österreich und Preußen sofort Italien mit, das infolgedessen unmittelbar anschließend den Krieg an Österreich erklärte.

Die Würfel waren gefallen. Bismarcks langmütiges, stets maßvolles diplomatisches Ringen um jede Friedens- und Verständigungsmöglichkeit unter genauer Berücksichtigung der bestehenden internationalen Verträge sowie seine sorgsame, umsichtige Kriegsvorbereitung der Weltlage, Vermeidung von Konflikten und Krisen, seine geniale Verhandlungstaktik durch Zuschieben der Absage und schroffen Haltung auf den Gegner, durch geduldiges Ausschöpfen jeder Möglichkeit, durch stufenweises Vorgehen, sein vorsichtiges Abwägen der Machtmittel und maßvolles, gleichwohl zielbewußtes Auftreten, ohne je zu schwanken oder sich in Prinzipien festzurennen nach dem Grundsatz Vis pacem para bellum unter Verzicht auf die Kriegserklärung und den Angriff hatten sich gelohnt. Habsburg trug vor aller Welt die Schuld am Kriege und Kriegsausbruch. Es hatte sich selbst wie einst Dänemark isoliert; keine einzige Großmacht wagte einen Einspruch bei Preußen oder trat Österreich zur Seite.

* *
*

Bismarck hatte sein Werk getan. Der Krieg wurde nun wieder das Instrument seiner Politik. Die Soldaten, der Kriegsminister von Roon, sein alter Freund, und Generalstabschef von Moltke, der große Schweiger, handhabten es meisterhaft. Die preußische Armee ging in bester Stimmung in den Kampf. Die Heeresreform bewährte sich zum zweiten Male. „Wir laufen sie über, daß sie die Beine gen Himmel kehren", erklärte General Gustav von Alvens-

leben als Kampfgrundsatz. Die Wiener Blätter mußten denn auch zu ihrem Entsetzen bald berichten, daß Sachsen, Hannover, Kurhessen mit „affenartiger Geschwindigkeit“ besetzt würden. Die Generäle Herwarth von Bitterfeld und von der Mülbe drängten mit der 70 000 Mann starken Elbarmee die sächsischen Truppen unter König Johann aus ihrer Heimat nach Böhmen und besetzten am 19. Juni Dresden. Die 48 000 Mann starke Westarmee unter den Generälen von Göben, von Manteuffel, Bayer hatte Hannover und Kurhessen bis zum 25. Juni besetzt, schnitt dem blinden König Georg V. den Abmarsch nach Süden zur Vereinigung mit den Süddeutschen ab und nötigte ihn trotz seines Sieges bei Langensalza am 27. Juni zur Waffenstreckung und Entwaffnung am 29. Juni. Sie marschierte dann über Fulda nach Schweinfurth, um die Vereinigung der beiden süddeutschen Korps zu verhindern, schlug die Bayern am 4. Juli bei Dernbach und am 10. Juli bei Kissingen, die Hessen am 13. Juli bei Laufach und drängte das gesamte 8. Bundeskorps durch die Schlacht bei Aschaffenburg am 14. Juli über den Main. Frankfurt a. M. wurde am 16. Juli bestzt, von wo die Westarmee die Württemberger und Badener, sodann die Bayern durch das Gefecht bei Roßbrunn am 26. Juli zurücktrieb. Das aus 25 000 Preußen, Mecklenburgern, Braunschweigern und Sachsen-Altenburgern gebildete, inzwischen herangekommene Reservekorps unter dem Großherzog von Mecklenburg besetzte am 31. Juli Nürnberg. Die Westarmee hatte ihre Operationen gegen 115 000 Mann (das 7. und 8. Bundeskorps) durchzuführen gehabt.

Der Hauptkriegsschauplatz lag freilich in Böhmen. Hier konnte sich die Elbarmee, nachdem sie schon am 23. Juni die sächsische Grenze überschritten hatte, so rechtzeitig mit der von der Lausitz aus operierenden Ersten Armee des Prinzen Friedrich Karl und seinen 93 000 Mann nach den Gefechten bei Podol (Erste Armee) und bei Hühnerwasser (Elbarmee) am 26. Juni vereinen, daß beide Armeen nun die Österreicher bei Münchengrätz am 28. und bei Gitschin am 29. Juni vor sich her trieben. Der Zweiten Armee mit 115 000 Mann unter dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm gelang es erst nach Überwindung der Schlappe bei Trautenau am 27. Juni, tags darauf durch die siegreiche Arbeit der Garde bei Sohr am 28. Juni in Böhmen planmäßig vorzugehen, am 29. Königinhof zu besetzen und sich mit dem Korps des Generals von Steinmetz, der ein österreichisches Korps bei Nachod, Skalitz und Schweinschädel

am 27., 28. und 29. Juni geschlagen hatte, zu vereinigen. Jetzt hatte Moltke die Armee in dem konzentrischen Aufmarsch versammelt, die er für seinen Angriff auf die auf den Höhen von Chlum, mit der Festung Königgrätz im Rücken, aufgestellte Hauptmasse der 240 000 Österreicher unter Feldzeugmeister von Benedek brauchte. Am 3. Juli schlug er die Entscheidungsschlacht, die Schlacht bei Königgrätz, in der die Österreicher 160 Geschütze und 20 000 Gefangene verloren. Es kam später nur noch zu belanglosen Gefechten; das Treffen bei Blumenau am 22. Juli wurde wegen der fünftägigen Waffenruhe sofort abgebrochen.

Solange der König in Berlin war, blieb auch Bismarck in der Hauptstadt. Die Siegesnachrichten vom 28. und 29. Juni brachten die Volksmassen in Bewegung; sie zogen vor die Paläste des Königs, des Kronprinzen, des Prinzen Friedrich Karl. Sie jubelten Bismarck zu, als er aus des Königs Schloß Unter den Linden trat, und riefen ihn auf den Balkon seiner Wohnung in der Wilhelmstraße. „Gott hat uns gestern und vorgestern Siege gegeben!" rief er den begeisterten Berlinern zu. „Nächst Gott verdanken wir diese Siege unserem allerhöchsten Kriegsherren, dem Könige. Er hat von Jugend auf sich bemüht, uns eine tapfere Armee zu schaffen, als er sie hatte, hat es ihn viel Mühe und Kampf gekostet, sie zu erhalten. Jetzt sehen Sie, daß er Recht gehabt hat. Ohne des Königs Pläne wäre es nicht möglich gewesen, solche Siege zu erstreiten. Darum danken wir Gott und lassen Sie uns den König, den Schöpfer dieses Kriegsheeres loben — der Himmel gebe seinen Segen dazu!" Er wollte nach dem Hoch auf den König mit seiner Mahnung, der Verwundeten, Witwen und Waisen zu gedenken, schließen, da fuhr der Donner des heraufziehenden Gewitters in seine Worte, und er rief: „Der Himmel schießt Salut dazu!" In diesem Worte klang sein Aufatmen mit, endlich über seine Widersacher gesiegt zu haben; den König zu seiner Politik zu bringen, war überschwer gewesen, die Ränkespinner hatten sich bis an den Hof gestaut, die Königin, der Kronprinz, die Kronprinzessin, ach wie viele, von denen man Übersicht und Einsicht hätte erwarten sollen, sahen mit den von den liberal-demokratischen Presslügen und Propagandahetzern Verführten in ihm nur einen „waghalsigen und gewissenlosen Minister, der, um Schleswig-Holstein zu rauben, den Bruderkrieg entfesseln und um Preußens Dasein würfeln wollte". Der ehemalige Minister von Bethmann-Hollweg, ein Altliberaler,

hatte dem König noch am 15. Juni geschrieben, daß nur mit Bismarcks Entlassung Preußen zu retten wäre. Und der König hatte am 16. Juni voller Zweifel an Bismarck geschrieben: „So sind denn die Würfel geworfen! Gott allein kennt den Ausgang dieses Anfangs! Entweder wir siegen oder werden mit Ehren tragen, was der Himmel über Preußen beschließt!!“ Nun waren die Siege 10 Tage später schon da. Kriegsführung, Heeresverwaltung, Aufmarsch, die Stimmung und Disziplin des Volkes bewiesen, daß der Endsieg sicher war. Bismarck konnte wahrlich ausrufen: „Der Himmel schießt Salut dazu!“

Das königliche Hauptquartier wurde am 30. Juni von Berlin nach Reichenberg verlegt. Roon, Bismarck und Moltke begleiteten den König, „alle drei vereint in ersprießlicher Waffenbrüderschaft wirkend“, nach des 63jährigen Kriegsministers Ausspruch. „Die Stadt von 28 000 Einwohnern beherbergte 1800 österreichische Gefangene und war nur von 500 preußischen Trainsoldaten mit alten Karabinern besetzt“, erzählte Bismarck in den „Gedanken und Erinnerungen“, „nur einige Meilen davon lag die sächsische Reiterei. Diese konnte in einer Nacht Reichenberg erreichen und das ganze Hauptquartier mit Seiner Majestät aufheben. Daß wir in Reichenberg Quartier hatten, war telegraphisch publiziert worden. Ich erlaubte mir, den König hierauf aufmerksam zu machen, und infolge dieser Anregung wurde befohlen, daß die Trainsoldaten sich einzeln und unauffällig nach dem Schlosse (des Grafen Clam-Gallas) begeben sollten, wo der König Quartier genommen hatte. Die Militärs waren über diese meine Einmischung empfindlich, und um ihnen zu beweisen, daß ich um meine Sicherheit nicht besorgt sei, verließ ich das Schloß, wohin Seine Majestät mich befohlen hatte, und behielt mein Quartier in der Stadt. Es war damit schon der Keim zu einer der Ressorteifersucht entspringenden Verstimmung der Militärs gegen 'mich wegen meiner persönlichen Stellung zu Seiner Majestät gelegt, die sich im Laufe des Feldzugs und des französischen Krieges weiterentwickelte.“ Am nächsten Tage schrieb er aus Sichrow an seine Frau: „Wir sind heut von Reichenberg aufgebrochen, eben hier eingetroffen, noch ungewiß, ob wir zur Nacht hier oder in Turnau bleiben. Die ganze Reise war eine gefährliche und ich bin froh, keine Verantwortung dafür zu haben. Die Österreicher konnten gestern, wenn sie Kavallerie von Leitmeritz geschickt hätten, den König und uns alle aufheben.

Leider ist Karl, der Kutscher, eben sehr schwer gestürzt mit der Fuchsstute, die ihm durchgegangen ist. Er galt erst für tot. Er liegt im Lazarett hier bei Sichrow im nächsten Dorf. Kurt soll für ihn kommen. Wir begegnen überall Gefangenen, es sollen schon über 15 000 sein nach den hier vorliegenden Angaben. Jitschin ist gestern von uns mit Bajonett genommen. Frankfurter Division, General Tümpling an Hüfte schwer verwundet, nicht tötlich. Hitze furchtbar. Zufuhr von Proviant schwer. Unsere Truppen leiden von Mattigkeit und Hunger. Im Lande bis hier nicht viel Spuren des Kriegs, außer zertretenen Kornfeldern. Die Leute fürchten sich nicht vor den Soldaten, stehen mit Frau und Kind im Sonntagsstaat vor den Türen und wundern sich."

Tags darauf meldete er aus „Jitschin, nicht Gitschin": „Eben von Sichrow hier angekommen; auf dem Schlachtfelde hierher lag es noch voll von Leichen, Pferden, Waffen. Unsere Siege sind viel größer, als wir glaubten; es scheint, daß wir schon jetzt über 15 000 Gefangene haben, und an Toten und Verwundeten wird der österreichische Verlust noch höher gegen 20 000 Mann angegeben. Zwei ihrer Korps sind ganz zersprengt, einige Regimenter bis zum letzten Mann vernichtet. Ich habe bisher viel mehr österreichische Gefangene, als preußische Soldaten zu sehen bekommen. Schicke mir durch die Kuriere immer Zigarren, zu 1000 Stück jedesmal, wenn es geht, Preis 20 Rthlr., für die Lazarette. Alle Verwundeten sprechen mich darum an. Dann laß durch Vereine oder aus eignen Mitteln auf einige Dutzend Kreuz-Zeitungsexemplare für die Lazarette abonnieren, z. B. für das in Reichenberg, die anderen Orte der Lazarette suche vom Kriegsmin. zu erfahren."

Er fügte noch hinzu: „Schicke mir einen französischen Roman zum Lesen; aber nur einen auf einmal." Er sollte nicht viel zum Lesen kommen, denn der Tag von Königgrätz brach an. Er erlebte ihn in der Uniform des Landwehrmajors mitten unter den Generalen und Adjutanten neben seinem König. „Wie er im grauen Mantel hochaufgerichtet auf einem riesengroßen Fuchs dasaß und die grauen Augen unter dem Stahlhelm (Kürassierhelm) glänzten, gab ein wunderbares Bild, das mich an kindliche Vorstellungen von Riesen aus der nordischen Urzeit erinnerte", erzählte sein Begleiter, Legationsrat v. Keudell. Bismarck mußte auch einmal den König aus dem Granatfeuer wegholen, als Roon und Alvensleben auf sein Ersuchen einzugreifen, nur erwidert hatten: „Der König

kann reiten, wo er will!" Der König berichtete auch seiner Gemahlin davon, wie Bismarck ihn „ernstlich" aus „sehr heftigem Granatfeuer" „entfernte". „Wenn Euer Majestät hier einen Schuß erhielten, wäre ja die ganze Siegesfreude dahin, bitte inständig dieses Feld zu verlassen", hatte Bismarck gesagt und zugleich seine Sporen des Königs Pferd zu fühlen gegeben, so daß sie mit wenigen Galoppsprüngen außer Gefahr waren. Seiner Frau berichtete Bismarck am 9. Juli aus Hohenmauth: „Der König exponierte sich am 3. allerdings sehr, und es war gut, daß ich mit war, denn alle Mahnungen aller anderen fruchteten nicht und niemand hätte gewagt, ihn so hart anzureden, wie ich es mir beim letzten Male, welches half, erlaubte, nachdem ein Knäul von 10 Kürassieren und 15 Pferden vom 6. Kür.-Reg. sich neben uns blutend wälzte und die Granaten den Herrn in unangenehmster Nähe umschwirrten. Die schlimmste sprang zum Glück nicht. Er kann mir noch nicht verzeihen, daß ich ihm das Vergnügen, getroffen zu werden, verkümmerte: ‚An der Stelle, wo ich auf allerhöchsten Befehl wegreiten mußte', sagte er gestern noch mit gereiztem Fingerzeig auf mich. Es ist mir aber doch lieber so, als wenn er die Vorsicht übertriebe. Er war enthusiasmiert über seine Truppen, und mit Recht, so exaltiert, daß er das Sausen und Einschlagen neben sich gar nicht zu merken schien, ruhig und behaglich wie am Kreuzberg, und fand immer wieder Bataillone, denen er danken und ‚guten Abend, Grenadiere', sagen mußte. Bis wir dann richtig wieder ins Feuer hineingetändelt waren. Er hat aber so viel darüber hören müssen, daß er es künftig lassen wird, und Du kannst ganz beruhigt sein; ich glaube auch kaum noch an eine wirkliche Schlacht." Und am 11., nun schon zu Zwittau in Mähren, wo tags zuvor noch die Österreicher gewesen waren, ergänzte er seine Schilderungen noch: „Bei Königgrätz ritt ich den großen Fuchs, 13 Stunden im Sattel, ohne Futter. Er hielt sehr gut aus, scheute weder vor Schüssen, noch vor Leichen, fraß Ähren und Pflaumenblätter mit Vorliebe in den schwierigsten Momenten und ging flott bis ans Ende, wo ich müder schien als das Pferd. Mein erstes Lager für die Nacht war aber auf dem Straßenpflaster von Hořic, ohne Stroh, mit Hilfe eines Wagenkissens. Es lag alles voll Verwundeter; der Großherzog von Mecklenburg entdeckte mich und teilte sein Zimmer dann mit mir, Reuß und 2 Adjutanten, was mir des Regens wegen sehr erwünscht kam. Was König und Granaten an-

belangt, schrieb ich Dir schon. Die Generäle hatten alle den Aberglauben, sie, als Soldaten, dürften dem Könige von Gefahr nicht reden und schickten mich, der ich auch Major bin, jedesmal an ihn ab. Sie trauten sich nicht, in dem ernsten Ton, der schließlich half, zu der verwegnen Majestät zu reden. Schließlich weiß er es mir doch Dank, und die spitzen Reden ‚wie Sie mich das erste Mal wegjagten' sind die Anerkennung, daß ich Recht hatte. Niemand kannte die Gegend, keiner führte den König, der nach Belieben gradeaus ritt, bis ich mich zum Wegweiser aufwarf."

Den Ernst der Schlacht hatte Bismarck innerlich stark empfunden. „Bei unglücklichem Ausgang der Schlacht würde er sich einer Kavallerieattacke angeschlossen und den Tod gesucht haben", meldet uns Keudell. So aber konnte Bismarck herzlich lachen, als der Flügeladjutant Frhr. von Steinäcker zu ihm sagte: „Exzellenz, jetzt sind Sie ein großer Mann. Wenn der Kronprinz zu spät kam, waren Sie der große Bösewicht." Er wußte, wie recht Roon hatte, als dieser ihm am Nachmittage des 3. Juli zurief: „Diesmal hat uns der brave Musketier noch einmal herausgerissen." Und am 9. Juli schrieb er seiner Frau spontan: „Unsere Leute sind zum Küssen, jeder so todesmutig, ruhig, folgsam, gesittet, mit leerem Magen, nassen Kleidern, nassem Lager, wenig Schlaf, abfallenden Stiefelsohlen, freundlich gegen alle, kein Plündern und Sengen, bezahlen, was sie können, und essen verschimmeltes Brot — Es muß doch ein tiefer Fond von Gottesfurcht im gemeinen Manne bei uns sitzen, sonst könnte das alles nicht sein."

Kaum war nach Moltkes Wort nicht bloß die Schlacht, sondern der Feldzug mit dem Tage von Königgrätz gewonnen, da mußte Bismarck wieder das Maß in die siegende Macht einschalten: „Die Streitfrage ist also entschieden", folgerte er, „jetzt gilt es die alte Freundschaft mit Österreich wieder zu gewinnen." Davon wollten aber weder der König noch die siegberauschten Generäle, auch nicht der sonst so politisch kluge Roon etwas wissen. Napoleon sollte sie jedoch sofort daran erinnern, daß „wir nicht übertrieben in unseren Ansprüchen" sein dürfen „und nicht glauben, die Welt zu erobern", wenn „wir einen Frieden, der der Mühe wert ist, erlangen wollen", schrieb Bismarck am 9. Juli an seine Frau. „Aber wir sind ebenso schnell berauscht wie verzagt, und ich habe die undankbare Aufgabe, Wasser in den brausenden Wein zu gießen und geltend zu machen, daß wir nicht allein in Europa leben, sondern

mit noch 3 Mächten, die uns hassen und neiden." Die Soldaten verstärkten noch ihr Vorurteil gegen Bismarck, der mit seinen Diplomatenkünsten sie angeblich um ihre Siegesfrüchte bringen wollte.

Und doch war diese Diplomatenkunst dringend nötig, denn Napoleon schaltete sich sehr schlau ein. Er meldete König Wilhelm in der Nacht vom 4. zum 5. Juli nach Horsitz, wo Bismarck auf der Suche nach einem Nachtquartier in eine Grube mit Pferdedünger fiel — „Wäre sie zwanzig Fuß tief und voll gewesen, so würden sie am andern Morgen ihren Minister wohl lange gesucht haben", spottete der Obdachlose —, daß Kaiser Franz Joseph ihm Venetien abgetreten, um Italien zum Frieden zu bringen, und um seine Vermittlung gebeten habe. Der Moniteur meldete schon am 5. Juli morgens, daß der Franzosenkaiser dem österreichischen Ruf folgen würde und „sich sofort an die Könige von Preußen und Italien gewendet" hätte, „um einen Waffenstillstand herbeizuführen". Der Sieg von „Sadowa" ging den Franzosen an ihre Eitelkeit: sie wollten bei der Neuordnung in Mitteleuropa mitreden, ja Vorteile für sich herausholen. Bismarck durchschaute Napoleons hinterhältige Absicht, „die österreichische Südarmee für die Verteidigung von Wien verfügbar zu machen". Und fügte zornig hinzu: „Nach einigen Jahren wird Louis voraussichtlich diese Parteinahme gegen uns bedauern; sie kann ihm teuer zu stehen kommen", er werde dem Gallier das vergelten, wenn sich Gelegenheit dazu fände. Was nutzte es, Bismarck mußte nun wieder in Aktion treten. Die Waffen hatten gesprochen, die Diplomatie erhielt das Wort. Es galt, Zeit zu gewinnen. Rußlands Verhalten gegenüber Preußens Machtanstieg war auch nicht völlig klar. Also erhielt Napoleon die Antwort, man könne Waffenstillstand nur mit Friedensbürgschaften abschließen; der Gesandte würde die Bedingungen überbringen. Der König skizzierte diese Bedingungen dann für sich: „Bundesreform unter preußischer Leitung, Erwerb Schleswig-Holsteins, Österreich-Schlesiens, eines böhmischen Grenzstrichs, Ostfrieslands, Ersetzung der feindlichen Souveräne von Hannover, Kurhessen, Meiningen, Nassau durch ihre Thronfolger" und wußte nicht, daß sein Minister auf der einen Seite weitergehende, auf der andern Seite begrenztere Absichten hatte. Vorerst wurde auch Österreichs Ersuchen um Waffenstillstand durch Generaladjutant von Gablenz am 5. Juli mit Hinweis auf die ungeklärten Friedens-

bedingungen, über die sich zu verständigen Preußen bereit wäre, abgelehnt. Italien war glücklicherweise über Napoleons Einmischung auch empört: es hatte zwar bei Custozza am 24. Juli eine vernichtende Niederlage durch Erzherzog Albrecht erhalten, fühlte sich aber erleichtert, als 80 000 Österreicher zum Schutz von Wien abzogen, mußte die Niederlage seiner Flotte bei Lissa durch Admiral Tegetthof am 20. Juli noch hinnehmen, ehe es am 25. Juli zur Waffenruhe schritt; Italien wollte trotzdem Venetien nicht als Geschenk aus Napoleons Hand empfangen und hielt Preußen die Bündnistreue. Bismarck konnte sich also ungehindert mit Napoleon herummühen. Der schickte sogar seinen Berliner Botschafter Benedetti in der Nacht vom 11. zum 12. Juli vor sein Bett in Zwittau, allerdings ohne Instruktionen, was Bismarck bald heraus hatte. Er erfuhr bei dieser Gelegenheit noch, daß Napoleon so gütig sein wollte, Preußens Vergrößerung um vier Millionen norddeutscher Seelen mit der Mainlinie als Südgrenze zu gestatten, damit Frankreich sich einen süddeutschen Bund zur Einmischung in Mitteleuropa schaffen könnte. Bismarck, der Benedetti als Zuschauer und Schnüffler im Hauptquartier nun nicht mehr los wurde, kannte aber seine Friedensbedingungen längst; er hatte sie dem Pariser Botschafter Grafen Goltz am 9. Juli mitgeteilt: „Einverleibung Schleswig-Holsteins, Sachsens, Hannovers, Hessens, Nassaus, Bundesreform nach Preußens Wünschen, Verfügung über die Kräfte Norddeutschlands, Norddeutscher Bund." Er hatte zugleich um Napoleons Stellungnahme und außerdeutsche Kompensationsansprüche ersucht, sowie erklärt, Deutschland würde eine drohende Haltung Frankreichs mit einer nationalen Erhebung beantworten.

Bismarck ließ jetzt, da die entscheidende Schlußverhandlung über sein Werk begann, nicht mehr mit sich markten. Napoleon mußte seinen Wunsch, Sachsen für seine süddeutsche Kombination freizulassen und den König von Sachsen als Landesherrn in das Rheinland zu bringen, aufgeben und dem Norddeutschen Bund zustimmen; er hielt freilich an einem unversehrten Sachsen fest. Bismarck klärte inzwischen die Friedensgrundlagen mit Österreich, das sich auf keinerlei Gebietsabtretung einlassen, noch eine Veränderung in Sachsen zugeben wollte, aber mit der Trennung in Nord- und Süddeutschland sowie der Vorherrschaft Preußens im Norden einverstanden war. Der Waffenstillstand kam am 21. Juli

auf dieser Grundlage zustande. Zugleich hatte Bismarck aber noch einen heißen Streit mit seinem König über die Friedensbedingungen durchzufechten. Er hatte von Königgrätz an ständig dessen kriegerische Leidenschaften zügeln müssen, wegen Napoleons Intervention und der Gefahr eines Krieges mit Frankreich den König veranlaßt, in Ungarn eine nationalistische Aufstandsbewegung gegen Habsburg zu finanzieren, und Moltke wegen des möglichen Zweifrontenkrieges befragt, der geantwortet hatte: „Defensive Haltung gegen Österreich mit Beschränkung auf die Elblinie, inzwischen Führung des Krieges gegen Frankreich." Währenddem mußte er aber ein Zusammenschmelzen der eignen Kampfkraft durch die immer mehr um sich greifende Cholera im Heere feststellen. Es hieß also vorsichtig sein. Er warf sich schon am 12. Juli im „Kriegsrat" oder Generalsvortrag dem militärischen Plan eines weiteren Vorgehens gegen Wien entgegen. Es kam ihm für die „spätern Beziehungen zu Österreich darauf an, kränkende Erinnerungen nach Möglichkeit zu verhüten, wenn es sich ohne Beeinträchtigung unserer deutschen Politik tun ließ. Der siegreiche Einzug des preußischen Heeres in die feindliche Hauptstadt wäre für unsere Militärs natürlich eine befriedigende Erinnerung gewesen, für unsere Politik war er kein Bedürfnis; in dem österreichischen Selbstgefühl hätte er gleich jeder Abtretung alten Besitzes an uns eine Verletzung hinterlassen, die, ohne für uns ein zwingendes Bedürfnis zu sein, die Schwierigkeit unserer künftigen gegenseitigen Beziehungen gesteigert haben würde. Es war mir schon damals nicht zweifelhaft, daß wir die Errungenschaften des Feldzugs in fernern Kriegen zu verteidigen haben würden, wie Friedrich der Große die Ergebnisse seiner beiden ersten Schlesischen Kriege in dem schärfern Feuer des Siebenjährigen. Daß ein französischer Krieg auf den österreichischen folgen werde, lag in der historischen Konsequenz, selbst dann, wenn wir dem Kaiser Napoleon die kleinen Spesen, die er für seine Neutralität von uns erwartete, hätten bewilligen können. Auch nach russischer Seite hin konnte man zweifeln, welche Wirkung eintreten werde, wenn man sich dort klarmachte, welche Erstarkung für uns in der nationalen Entwicklung Deutschlands lag. Wie sich die spätern Kriege um die Behauptung des Gewonnenen gestalten würden, war nicht vorauszusehen; in allen Fällen aber war es von hoher Wichtigkeit, ob die Stimmung, die wir bei unsern Gegnern hinterließen, unversöhn-

lich, die Wunden, die wir ihnen und ihrem Selbstgefühl geschlagen, unheilbar sein würden. In dieser Erwägung lag für mich ein politischer Grund, einen triumphierenden Einzug in Wien, nach Napoleonischer Art, eher zu verhüten, als herbeizuführen. In Lagen, wie die unsrige damals war, ist es politisch geboten, sich nach einem Siege nicht zu fragen, wieviel man dem Gegner abdrücken kann, sondern nur zu erstreben, was politisches Bedürfnis ist. Die Verstimmung, die mein Verhalten mir in militärischen Kreisen eintrug, habe ich als die Wirkung einer militärischen Ressortpolitik betrachtet, der ich den entscheidenden Einfluß auf die Staatspolitik und deren Zukunft nicht einräumen konnte." Diesen Gedankengängen entsprechend wollte Bismarck auch einen Frieden ohne jede Gebietsabtretung und mit freier Bewegung in Deutschland unter Ausschluß Habsburgs sowie ohne einen Einmarsch in Wien erreichen. Die Generale nahmen heftig Stellung gegen ihn und die Generalstäbler nannten ihn sogar den Questenberg im Lager". Bismarck war aber für die Politik und damit die Zukunftsentwicklung allein verantwortlich. Er nahm darum den Kampf auch mit seinem König und dessen Kriegsminister v. Roon über die Fortsetzung des Krieges und die Gestaltung des Friedens auf. Der Höhepunkt dieses Kampfes, von dem Bismarck uns in seinen „Gedanken und Erinnerungen" ein dramatisches Bild gegeben hat, spielte sich vom 23. bis 25. Juli in Nikolsburg ab. Nach einer stundenlangen Konferenz zwischen dem König und Bismarck in Anwesenheit des Kronprinzen, bei der trotz heftiger Auseinandersetzungen keine Einigkeit erzielt werden konnte, legte Bismarck seine Gründe für eine Schonung Österreichs und Sachsens in einer Denkschrift nieder, die der König am 24. Juli nachmittags erhielt. Sie rief die von Bismarck geschilderten Szenen hervor, deren bittere Verzweiflung der Kronprinz dann beseitigt hat, indem er nicht nur den König und seinen Minister aussöhnte, sondern seinen Vater auch zur freilich widerwilligen Annahme der Vorschläge Bismarcks bewog.

Der König überwand seine Verstimmung rasch. Als die Friedenspräliminarien am 26. Juli unterzeichnet wurden, „sprang der Herr auf", wie Roon berichtete, „umarmte und küßte dankend und weinend und mit viel beweglichen Worten zuerst Bismarck, dann mich und Moltke, indem er diesem und mir den Schwarzen Adler-Orden, Bismarck das Großkreuz der Hohenzollern verlieh". Auch

ein letzter Versuch des österreichischen Unterhändlers Grafen Károlyi, auf Napoleons Anregung Sachsen für Süddeutschland freizugeben, war an Bismarcks festem Willen gescheitert. Es wurde der Friede abgeschlossen und am 29. August zu Prag bestätigt, den Bismarck als notwendig erkannt hatte: Norddeutscher Bund mit Sachsen, Verhandlungsmöglichkeit mit den süddeutschen Staaten und ihrem Verbande, Erwerb von Schleswig-Holstein, freilich mit dem Artikel V über Nordschleswig, der Bismarck noch bis 1879 quälen sollte und 1919 Dänemarks Griff nach dem darniederliegenden Deutschland veranlaßte, Annexionen in Norddeutschland nach Preußens Willen. Frankreich wurde am 6. August für seine Neutralität noch einmal anmaßend und wollte Rhein-Bayern, Rhein-Hessen mit Mainz, das Saarland mit den Grenzen von 1814 mit Saarbrücken und Saarlouis haben: Bismarck erklärte ihm, solche Abtretung deutschen Landes würde nur eine Revolution in Deutschland hervorrufen und die könnte auch „revolutionäre" Folgen für Napoleons Thron haben! Da zog der französische Kaiser seinen Antrag als Mißverständnis sofort zurück und schickte seinen Außenminister Drouyn de l'Huys in die Pension. Ebensowenig konnte russische Einmischung etwas ausrichten. Bismarck, der mit dem König am 4. August nach Berlin zurückgekehrt war, mußte noch mit den Mittelstaaten abrechnen: Hannover, Hessen und Nassau verfielen der Annexion; Württemberg wurde am 13. August zu einem Schutz- und Trutzbündnis gebracht, ebenso Baden am 17. und Bayern am 22. August. Hessen-Darmstadt mußte sich mit seinem Bezirk nördlich des Mains dem Norddeutschen Bund verpflichten. Sachsen wurde am 21. Oktober mit demselben Frieden wie die süddeutschen Staaten bedacht.

Der Krieg war beendet. Bismarck konnte nun an seinen Reichsbau gehen. Dafür wollte er noch Schutt aus der Vergangenheit wegräumen: im Preußischen Landtag. Dieser war grade am Tage von Königgrätz neu gewählt worden: die Waffensiege hatten, obwohl Königgrätz auf die Wahlen noch nicht einwirken konnte, die Macht der Fortschrittspartei gebrochen und Bismarck endlich eine arbeitsfähige Mehrheit gebracht. Am 5. August, als Preußens Gebietsvergrößerung durch die Annexionen schon ebenso feststand wie die Begründung des Norddeutschen Bundes unter Ausschluß Österreichs, trat der Landtag zusammen. Seine Hauptaufgabe war nach Bismarcks Willen der Friedensschluß zwischen Regierung

und Abgeordnetenhaus, das Ende des Verfassungskonfliktes. Abgekämpft wie Bismarck war, der seinen drohenden Gesundheitszusammenbruch schon in den Nerven spürte, kam er, um Ruhe zu haben, den Abgeordneten mit dem Indemnitätsantrage entgegen, anerkannte die Regierung doch damit das Budgetrecht des Landtags, wenn sie auch keinerlei Bürgschaft dafür gab, daß sie nicht einmal wieder, falls die Staatsnotwendigkeit es erfordere, budgetlos regieren würde. Bismarck mußte seinen Ministerkollegen die Thronrede ebenso schwer abringen wie dem König die Zustimmung zur Indemnitätsvorlage. Die Thronrede am 5. August sprach die Abgeordneten als „erlauchte, edle und liebe Herren“ gegen früher „erlauchte, edle und geehrte Herren“ an, was den Zorn des hochkonservativen Justizministers Grafen Leopold zur Lippe und des ebenso eingestellten Herrenhausmitgliedes Hans von Kleist-Retzow hervorrief, so daß Bismarck meinte: „Die Leutchen haben alle nicht genug zu tun, sehn nichts als ihre eigne Nase und üben ihre Schwimmkunst auf der stürmischen Welle der Phrasen. Mit den Feinden wird man fertig, aber die Freunde! Sie tragen alle Scheuklappen und sehn nur einen Fleck von der Welt.“ Bismarck hatte Wichtigeres zu tun, als den Prinzipienstreit um die Budgetbewilligung fortzusetzen, wenn er auch freilich in seiner Freude über die errungenen Erfolge seiner Politik allzu großzügig übersah, daß er mit seiner Beendigung des Konflikts den Parlamentarismus stärkte, der ihm bisher nur Knüppel zwischen die Beine geworfen hatte, künftig immer wieder ein Bein stellen und schließlich sogar zwei Jahrzehnte nach seinem Tode sein Reich zerstören würde. Er konnte nur positiv denken und wollte nun nicht mehr zum Neinsagen gezwungen werden: sein Blick ging über die aus 1848 stammende Innenpolitik hinaus. Er spürte, daß eine neue Zeit begonnen hatte, die sich nicht mehr mit dem morschgewordenen Erbe des Revolutionsjahres belasten dürfte. Deutschland sollte seinen Platz in der Welt erhalten. Da war keine Zeit mehr für Kleinlichkeiten. Wenn die Regierung jetzt um Indemnität bat, gestand sie keine „Schuld“, kein „Unrecht“ ein, führte er dem König auf der Fahrt von Prag nach Berlin aus, sondern holte sich nur die Anerkennung, daß die Krone und die Regierung nach Lage der Dinge richtig gehandelt hätten, indem sie den Spielraum, den die Verfassung ihr ließ, benutzt hätte. Bismarck fand denn auch die Zustimmung eines so überzeugten Anhängers des Autoritätsprin-

zips, des Kriegsministers von Roon, der die Theorie vor der Praxis beiseite warf und sich auf den Standpunkt stellte: „Nur der Starke und Reiche kann freigebig sein, ohne Schaden zu nehmen.“ Bismarck kämpfte am 1. September im Abgeordnetenhaus für die „Indemnität“ über die „Führung des Staatshaushalts vom Jahre 1862 ab und die Ermächtigung zu den Staatsausgaben für das Jahr 1866“ mit dem Hinweis auf die ungewisse europäische und deutsche Lage; die Regierung wünschte den Frieden mit dem Parlamente und böte ihn, führte er aus, nicht aus Furcht, sondern um des Vaterlandes willen, zur gemeinsamen Lösung aller notwendigen Aufgaben, auch der Verbesserungen der inneren Zustände und der Erfüllung der in der Verfassung gegebenen Zusagen, vor allem aber zur Durchführung der auswärtigen Politik; Haß und Aufregung gegen Preußen herrschten noch in Wien; „solange bayerische Truppen aus den Eisenbahnwagen meuchlings auf preußische Offiziere schießen“, herrschte auch in Süddeutschland noch nicht „der Grad von Versöhnlichkeit und von Erkenntnis einer gemeinsamen Aufgabe des gesamten Deutschland“, der notwendig wäre; „in Europa“ wäre „kaum eine Macht“ zu finden, „welche die Konstituierung dieses neuen deutschen Gesamtlebens in wohlwollender Weise förderte“; „Einigkeit des gesamten Landes der Tat und dem Eindruck nach“ wären notwendig; die Parlamentstribüne sollte nicht vernichten, was Schwert und Feder, Heer und Diplomatie gewonnen hätten. Die Abgeordneten, darunter 142 konservative, 83 Fortschrittler, 65 Zentrum, 26 Altliberale, nahmen denn auch das Gesetz mit 230 gegen 75 Stimmen am 3. September an.

Bismarck konnte sich nun den großen Staatsaufgaben zuwenden, die nur er zu lösen vermochte: der Schaffung des Norddeutschen Bundes und dem Ausgleich mit Süddeutschland, dem Einbau dieser neuen deutschen Bundeseinheit in die europäische, in die gesamte Welt. Nachdem er schon am 17. August den Abgeordneten klargemacht hatte, daß die Schaffung eines Großpreußens durch die Annexionen im gesamtdeutschen Interesse läge und bei dem Übergang der früher selbständigen Staaten an Preußen „das Interesse der Regierten über das der Dynastien gestellt“ werden müßte, weil „die Politik nicht die Aufgabe der Nemesis ist, die Rache nicht unser ist, sondern wir zu tun haben, was für den preußischen Staat eine Notwendigkeit ist und deshalb haben wir uns durch kein dynastisches Mitgefühl leiten lassen“, verwahrte er sich

am 27. August gegen den Vorwurf, die Einverleibung sei nackte Gewalt und stellte die ewig gültige Rechtfertigung für seine Politik hin: „Die Eroberung von Hannover, Sachsen, Kurhessen, Nassau, Frankfurt a. Main und Schleswig-Holstein gründet sich auf das Recht der deutschen Nation, zu existieren, zu atmen und sich zu einigen, auf das Recht und die Pflicht Preußens, dieser deutschen Nation die für ihre Existenz nötige Basis zu liefern.“ Bismarck erhob damit das völkische Prinzip und den Anspruch eines Volkes auf seinen Lebensraum zum Grundgesetz seiner Politik und schob alle Formalismen und Traditionen wie dynastisches Recht, historische Bindungen, monarchisches Prinzip um der einen Hauptnotwendigkeit willen beiseite: den Deutschen ihr Deutschland! Danach richtete er nun auch die Einzelfragen aus: den Norddeutschen Bund und die Wahl seines Reichstags, die Teilnahme der neuen Staatsangehörigen an der allgemeinen und direkten Wahl, in der des Volkes Stimme Ausdruck finden sollte, die Verträge mit den verbündeten Regierungen über den Reichstag, den Kampf gegen den Partikularismus. Die Öffentlichkeit, geschweige denn die politische Welt, erkannte damals freilich nicht, erkannte lange Jahrzehnte nicht, daß Bismarcks Genie hier das Grundrecht aller Völker zum politischen Gesetz erhoben hatte; erst Adolf Hitler erweckte es zum Bewußtsein aller Deutschen ...

Der feierliche Einzug des siegreichen Heeres in das festlich geschmückte Berlin fand am 20. September statt. Unmittelbar vor dem König ritt Bismarck, der zum Generalmajor und Chef des 7. schweren Landwehr-Reiterregiments ernannt worden war, zwischen Roon und Moltke. Der König schrieb ihm gleichsam als Gegenstück zu seinem Brief vom 16. Juni: „Sie haben nicht allein als Staatsmann Ihren Namen für alle Zeiten auf die Ehrentafel Unserer Geschichte geschrieben, sondern Sie haben Mir auch als Soldat treu zur Seite gestanden, und will Ich bei der heutigen militärischen Feier besonders dessen gedenken, daß Sie Mir überall das Herz und den Sinn eines Soldaten gezeigt haben.“ Zugleich verlieh er ihm die Schwerter und das schwarz-weiße Band zum Hohenzollernorden: zur Erinnerung an das Granatfeuer von Königgrätz. Bismarck aber trug fortan meist die Uniform seines Regiments mit dem Generalsabzeichen, wenn er zu seinem König ging.

Die seit der Heimkehr aus dem Felde zweimal formulierten Kompensationsansprüche, das Bündnisangebot Frankreichs auf Kosten

Luxemburgs, Belgiens und Hollands, die Bedenken des Zaren Alexander II. wegen der preußischen, von ihm teilweise nicht gebilligten Kriegsmaßregeln zur Aufwieglung der Tschechen, Ungarn und Serben, wegen der Entthronung dreier deutscher Fürsten und wegen des Parlamentswahlrechtes, Italiens erst im Oktober durch einen Friedensvertrag mit Österreich abgeschlossene Schwierigkeiten sowie schließlich die Behandlung der Nordschleswigfrage unter Einmischung Frankreichs und die Verhandlung Hollands wegen Limburg-Luxemburg stellten noch manche außerordentliche Überbeanspruchung über die innerdeutschen Anforderungen für die verschiedensten Friedens- und Bündnisverträge dar. Diese jahrelangen Anstrengungen seit dem Herbst 1865, die fortgesetzte Auseinandersetzungen mit dem Könige mit sich brachten, führten schließlich in der ersten Septemberhälfte die Gefahr eines körperlichen und nervösen Zusammenbruches Bismarcks herauf. Er strebte den notwendigen Urlaub seit der zweiten Augusthälfte an, seinen Erschöpfungszustand nur zu deutlich empfindend, und begann seitdem immer mehr Arbeiten an seine Mitarbeiter zu übertragen. Er kam am 25. September zwar noch einmal auf besondere Bitte ins Abgeordnetenhaus und erreichte hier mit kurzer Rede die Bewilligung des außerordentlichen Kredits von 60 Millionen Talern zu Landesverteidigungszwecken. Dann war er am Ende seiner Kräfte. Er bat am gleichen Tage den König um den vom Arzt ihm dringendst angeratenen Urlaub und reiste am 26. September nach Schloß Carlsburg zu seinem Vetter, dem General Graf Friedrich von Bismarck-Bohlen; Frau Johanna folgte mit den Kindern drei Tage später, sie fand Bismarck „sehr matt, angegriffen, appetitlos, aber sonst nicht viel anders wie in voriger Woche. Politik erregt ihm gleich Wehmuts- oder Ärgergefühle. Wenn er aber ganz still sitzt, in blauen Himmel und grüne Wiesen sieht und Bilderbücher blättert, gehts leidlich gut ... wäre er nur erst so weit, daß er viel draußen sein könnte, würde er sich gewiß bald erholen." Am 6. Oktober wurde nach Putbus übergesiedelt: hier hatte Bismarck den „allerschrecklichsten Magenkrampf" in der Nacht nach der Ankunft. Fürst Putbus holte den Kranken sofort in „ein allerliebstes Gartenhaus", „wo wir nun sitzen oder liegen, in tiefer Abgeschiedenheit zwischen grünen Hecken, Weinranken und herbstlichen Rosen, mit dem Blick ins Meer hinein, aufs Beste verpflegt ... Wenn wir gesund wären, könnte es ein paradiesisches

Dasein geben, ganz wie wir es uns geträumt, aber in dieser Sorge, in dieser Herzensangst, im Anschaun des geliebten Bismarck, der so blaß, so matt, so traurig da liegt, für den man Alles tun möchte, nur ihm zu helfen, und der doch trotz allem Pflegen und Sorgen und Beten so jämmerlich aussieht, wie seit 1859 nicht; ach, das ist so traurig, daß man stundenlang weinen möchte." Obwohl er am 13. Oktober immer noch sehr elend und matt war, begann er doch schon wieder an Hand der Zeitungslektüre kleinere Diktate seiner Frau zu sagen, um dadurch in den Gang der politischen Ereignisse einzugreifen; er dachte dabei vor allem an die Verfassung des Norddeutschen Bundes. Von Ende Oktober an konnte er schon wieder bis drei Stunden spazierengehen, was stets, wie z. B. auch in Karlsbad 1864, seine beste Erholung war, aber noch nicht rauchen und Wein trinken! Am 12. November machte er die erste Fasanen- und Hasenjagd mit, seine Frau fürchtete freilich noch seine Rückkehr nach Berlin zur Monatsmitte. „Zwei bis drei Zigarren, wenig Wein, meist mit Wasser gemischt" waren nun wieder an der Tagesordnung, aber „Menschen sehen und über Politik sprechen, griff ihn noch sehr leicht an", meldete Legationsrat Graf Karl von Bismarck-Bohlen, der wie Legationsrat von Keudell zu Besuch gekommen war, als das aktive Interesse an den politischen Ereignissen wieder zunahm. Er beschäftigte sich jetzt mit den „Direktiven über die grundlegende Frage: Staatsbund oder Bundesstaat?" sowie mit den „Normen für die Gestaltung des Machtverhältnisses zwischen Bundespräsidium und Bundesgliedern", in der Absicht, auch den Süddeutschen den Beitritt zum Bunde und seiner Verfassung zu erleichtern, und diktierte Bismarck-Bohlen am 19. November „unmaßgebliche Ansichten über die Bundesverfassung" für seine Mitarbeiter. Um den 25. November war er „alle diese Tage trotz Jagdstrapazen und Kirchenerkältung recht munter, aß und schlief gut und sah auch frisch aus", er diktierte nun schon zehn Seiten hintereinander und dachte an die Heimkehr. Am 1. Dezember konnte er die Geschäfte in Berlin wieder übernehmen: der König begrüßte ihn mit einem Billett, das „Mäßigung der Arbeit im Anfang" empfahl. Er gönnte sich aber keine Mäßigung in dieser Hinsicht mehr. Die große Politik hatte ihn wieder.

Kaum, daß er Notiz von der Dotation von 1½ Millionen Talern für die fünf Generale Roon, Moltke, Herwarth von Bittenfeld, Steinmetz, Vogel von Falckenstein und den Ministerpräsidenten nahm,

die das Abgeordnetenhaus mit 219 Stimmen gegen 80, die Bismarck und Roon, weil sie die Nationalbelohnung nicht verdienten (!!), aus der Empfängerliste gestrichen wissen wollten, im November verhandelt und am 6. Dezember beschlossen hatte. Der König überwies ihm die Summe von 400 000 Talern am 12. Februar mit neuen ehrenden Worten: „Es würde meinen Wünschen entsprechen, wenn Sie diese Dotation, deren Verleihung meinen und des Vaterlandes Dank bestätigen sollen, durch fideikommissarische Anordnungen zu einem Grund- oder Kapitalbesitz bestimmten, welcher mit dem Ruhme Ihres Namens auch Ihrer Familie dauernd erhalten bliebe." Des Königs Wunsch kam Bismarcks eigner Sehnsucht entgegen. Er fand etwa 30 Kilometer nördlich von Reinfeld im Kreis Schlawe — 1878 auf sein Betreiben in den Kreis Rummelsburg eingegliedert — die Herrschaft Varzin, zu der das Kirchdorf Wussow, Wendisch-Puddiger mit Birkental, Misdow, Chonitz und Charlottental gehörten. Er besichtigte sie vom 18. bis 24. April und kaufte sie, von den landschaftlichen Schönheiten des ausgedehnten Besitzes in der hinterpommerschen Seenplatte, vor allem vom reichen Waldbestand begeistert, schon am 23. April von dem Vorbesitzer Grafen Blumenthal und war seit 1. Juni 1867 der Besitzer. Die Sommererholung von 1867 gehörte zum ersten Male Varzin. Und fortan immer wieder. Denn hier schenkte die unberührte Waldnatur, die er über alles liebte, stets Kraft zu neuem Kampf und Schaffen.

ELFTES KAPITEL

Der Norddeutsche Bund

(1867—1870)

Das Jahr 1866 hatte Bismarck die Macht über die Neuordnung Deutschlands inmitten Europas in die Hand gegeben. Österreich hatte im Prager Frieden seine Zustimmung zu seinem Ausscheiden aus dem Raum des werdenden Reichs sowie zu allen Gebietsveränderungen, die Preußen in Norddeutschland vornehmen würde, gegeben, unter vollständiger Überlassung Schleswig-Holsteins an Preußen mit dem Vorbehalt des Artikels V wegen Rückgabe des dänischen Nordschleswigs an Dänemark nach Volksabstimmung und unter Zahlung von 20 Millionen Talern für die Kriegskosten. Bismarck wurde nun aus einem preußischen ein deutscher Staatsmann. Er schritt seiner Zeit voraus. Wohl wünschten die Idealisten und Ideologen ein einiges Deutschland, ein „Reich". Als es aber an dessen praktische Gestaltung ging, zeigte sich immer wieder, daß die Politiker aller Parteien, Ministerien und Volksschichten vom König bis zum letzten Abgeordneten, von den Parteiführern bis zum letzten Beamten, nicht fähig waren, von den bisher nur preußischen Gesichtspunkten zu den deutschen Entwicklungsnotwendigkeiten hinüberzuwechseln. Bismarck besaß allein die schöpferische Kraft und visionäre Intuition, die hier die Wirklichkeit aus den als unhaltbar erwiesenen Zuständen vor dem Kriege in neue dauernde Bindungen hinüberführen konnten. Er stand jetzt wieder in einsamer Größe mitten in seiner Zeit und auch näheren Umgebung. Dies Bewußtsein, tief einsam zu sein, prägte seinem Antlitz jetzt jene Furchen und Falten ein, die er nie wieder verlieren sollte. Ein Putbuser Bild enthüllt seine seelische Qual auf erschütternde Weise: das ist das Gesicht eines Kämpfers, dessen Augen mit scharfem Blick ausspähen, wo die Feinde angreifen wollen, und dessen

Züge mit den starken Tränensäcken unter den Augen, den eingegrabenen Runen der durchwachten Nächte und sorgenerfüllten Tage von inneren Sorgen und dämonischem Wollen, von stolzem Trotz und mächtigem Wissen erzählten. Dieser Mann war sich seiner Verantwortung wie seines Zieles bewußt: Verantwortung nun nicht mehr nur für Preußen, sondern für Deutschland, das Ziel nun nicht mehr Preußens Gleichberechtigung mit Österreich und Anerkennung als Großmacht, sondern Deutschlands Formung, Deutschlands Gleichberechtigung mit den anderen Großmächten Europas und Deutschlands Anerkennung als Großmacht in der Welt.

Bismarck wußte, daß diese seine veränderte Position von ihm niemals offen ausgesprochen werden durfte: er mußte mit seinem höchsten diplomatischen Können die Öffentlichkeit der Nation wie der europäischen Großmächte Schritt um Schritt dahin führen. Für die innerdeutsche Ordnung hatte er als Mittel die Schaffung der Bundesverfassung zur Verfügung: sie warf zugleich das Problem Nord- und Süddeutschland auf, denn die Einmischung Napoleons hatte die Mainlinie geschaffen, indem sie die südlich des Mains gelegenen Staaten zu einem völkerrechtlich selbständigen Südbund bringen wollte; dieser Südbund sollte dann seine „nationale Verbindung" zum Nordbunde „frei regulieren". Es galt also, zuerst den „Nordbund", die Verfassung des Norddeutschen Bundes zu festigen. Bismarck ging an diese Arbeit heran, mit dem Willen, den „Nordbund" von Anfang an so zu organisieren, daß den süddeutschen Staaten jederzeit der Eintritt möglich würde. Diesen Willen durfte er aber aus außen- und innerpolitischen Gründen niemals offen aussprechen. Aus dieser Notwendigkeit, über seine wahren Absichten schweigen zu müssen, ergab sich ein ständiges Mißverstehen seiner Worte, Mißtrauen gegen seine Haltung und Unsicherheit in allen Verhandlungen. Wohl ahnten alle zuständigen Persönlichkeiten, daß Bismarcks wahres Ziel das kleindeutsche Reich, wie es 1870/71 entstand, sein würde, aber auch sie konnten nicht offen davon sprechen, da ihnen jeder objektive Beweis fehlte. Es ergab sich — außen- wie innenpolitisch — ein dauernder Spannungs- und Schwebezustand. Seine nervenzerstörende Übersteigerung war besonders groß in den Monaten, seitdem Österreich um Waffenstillstand und Frieden gebeten und Napoleons Eingreifen die Gefahr, Preußen um alle Siegesfrüchte zu bringen, heraufbeschworen hatte. Bismarck hielt damals allein alle Fäden und

Möglichkeiten in der Hand, weil auch der König mit seinen Soldaten ihn nicht verstanden. Der König ging als Monarch von Gottes Gnaden und als Anhänger des Vergeltungsgedankens darauf aus, größere Gebietsabtretungen von Österreich zu erlangen, keine Entthronungen noch Annexionen im Norden zuzulassen. Erst als Bismarck ihn in den furchtbaren Kämpfen zu Nikolsburg soweit hatte, die von Napoleon verlangte Integrität Österreichs zu billigen und sich zu den auch geopolitisch für Preußens zwei Landesteile in Ost und West unbedingt notwendigen Annexionen zu entschließen, lockerte sich die Spannung für Bismarck.

Sie blieb aber außenpolitisch erhalten, weil nun der Kampf mit dem Zaren, mit der Königin Victoria von England um die Entthronung des Königs Georg V. von Hannover, der Kurfürsten von Hessen, des Herzogs von Nassau durchzuführen war, weil Napoleon nicht nachließ, Preußens Vergrößerung und Deutschlands Einigung nur gegen Kompensationen und ein Bündnis zulassen zu wollen, und zugleich über die Mainlinie mit Argusaugen wachte. Dabei drängte Süddeutschland zum Norden: Baden mit Großherzog Friedrich wollte sich sofort anschließen, Württemberg mit Minister Frhr. von Varnbüler wollte auch sofort in den Nordbund aufgenommen werden und schloß als erster (13. August 1866) unter Garantie des gegenseitigen Besitzstandes jenes Schutz- und Trutzbündnis ab, das später die Verträge mit den anderen Südstaaten mitveranlaßt hat. Alle diese von außen und innen andrängenden Kräfte, die um so mächtiger waren, als Europa ja seit fünfzig Jahren, seit dem Wiener Kongreß im deutschen Raum gefesselt gewesen war und jede Bestrebung, jede politische Willensregung jetzt ihre Erfüllungsstunde gekommen glaubte, mußte Bismarck bezwingen und in eine Ausrichtung, seine Ausrichtung bringen. Es war eine gigantische Arbeit, die er mit schon überaus abgenutzten Nerven und erschöpftem Körper von Juli bis September 1866 zu vollbringen hatte. Er brach schließlich über ihr zusammen. Wenn er sich aus diesem Zusammenbruch (wie auch aus späteren Nervenerschöpfungen) verhältnismäßig rasch wieder erholte, so war es neben seinem unerschütterten Vertrauen zur unbedingten Sachlichkeit und Gerechtigkeit, zur unantastbaren Anständigkeit und Ritterlichkeit seines Königs vor allem das in diesen Kampf- und Kriegsjahren erfahrene Erleben des deutschen Volkes: die „Nation“, wie die damalige Sprachform vielfach anstatt „Volk“ sagte, ob-

wohl Bismarck das Volkhafte in dem Begriff „Nation" zuerst fühlte und meinte. Das Volk war ihm durch dies Erlebnis die Grundlage seiner gesamten politischen Arbeit geworden. Er war jetzt zu jenem Standpunkt des Reichsfreiherrn vom Stein durchgedrungen: daß alles politische Handeln seinen Sinn nur im Wohl des Volkes hat. Er war jetzt zu der Überzeugung gekommen, daß in allen entscheidenden Lebensfragen der Nation Verlaß allein auf das Volk und nicht auf irgendwelche Stände, Klassen, Personen ist. Deswegen führte er fortan in allen seinen politischen Erörterungen und Auseinandersetzungen immer das Volk, „das Gefühl der Nation" an und berief sich wiederholt gegen Napoleons Forderungen und Anmaßungen darauf, daß die „Auffassung der Sache in der Nation" das jeweils Entscheidende wäre. Bismarck war jetzt der Staatsmann des deutschen Volkes. Auch hier verstanden seine Zeit und Zeitgenossen ihn nicht: sie dachten noch immer in den Begriffen von 1848 oder der Konfliktszeit rückwärts, aber nicht vorwärts. Bismarck aber konnte Politik nur in die Zukunft hinein treiben, nicht in die Vergangenheit zurück; er war kein Reaktionär, sondern ein Führer in das kommende, werdende Deutschland hinein.

Sein zweimonatiges Ausscheiden aus den Geschäften hatte so weit eine Klärung herbeigeführt, daß Bismarck jetzt an die konkrete Zusammenfassung der Innen- und Außenpolitik gehen konnte; er beschäftigte sich nun „äußerlich mit dem Verhältnis Preußens zu den neuerworbenen Provinzen und den übrigen norddeutschen Staaten", die auf mehr oder weniger umfangreiche Teile ihrer Hoheitsrechte zugunsten des Norddeutschen Bundes in der Vertretung gegenüber dem Auslande, in der Wehrverfassung für das Bundesheer, in manchen Verkehrs- und Wirtschaftsfragen verzichten mußten; „innerlich" mit der Stimmung der auswärtigen Mächte und Erwägung ihres wahrscheinlichen Verhaltens gegenüber der neuen Situation der aufkommenden deutschen Machteinheit in Europas Mitte. Die inneren und äußeren Beziehungen des jetzt durch die Annexion vollendeten Imperiums zu den übrigen deutschen Staaten und zum Auslande waren in Fluß geraten. Am besten ließen sich die süddeutschen Staaten wieder binden. Bismarck richtete darum hierauf zunächst sein Hauptaugenmerk, ohne zugleich die nie ruhenden Verhandlungen mit dem Auslande außer acht lassen zu können.

Die Verfassung des Norddeutschen Bundes war von ihm, sobald

sein Nervenzustand in Putbus das Arbeiten wieder erlaubte, sofort in Angriff genommen. Er hatte bei den Vorarbeiten den Kampf mit dem Partikularismus beginnen müssen, war durch die dabei gemachten Erfahrungen von seiner anfangs föderativen Auffassung zu einer mehr unitarischen gekommen, hatte um Sachsens Eintritt in den Nordbund mit Frankreich, das den nach Preußen größten Staat des Nordbundes zum Südbund abdrängen wollte, ringen müssen und hatte den Nachdruck darauf zu legen, den Bund so zu gestalten, daß alle beteiligten Staaten (und vor allem das deutsche Volk) ihn als ihr natürliches politisches Kleid, aber nicht als eine Zwangsjacke empfanden und fortan ohne Streit und ohne den nach dem Ausland hin ungünstig wirkenden Zwist trügen. Dies neue deutsche Kleid mußte zugleich so angenehm sein, daß die Süddeutschen es anzuziehen wünschen mußten. Bismarck mußte also durch die Bundesverfassung auch einen Ausgleich zwischen den liberal-demokratisch eingestellten Süddeutschen und dem als reaktionär verschrienen Preußen schaffen. Er nahm dabei den Kampf mit den preußischen Konservativen, mit der Reaktion auf sich: ihm ging es ja nicht um Parteigrundsätze, sondern um das Leben des Volkes, wie er am 3. Februar 1867 dem Kronprinzen schrieb: „Unsere Politik hat das Gefühl der Zukunft zuzuwenden, unter Beseitigung der Erinnerungen vergangener Stammesfeindschaft die nationale Einheit zu suchen und zu pflegen. Preußen hat an ganz Deutschland zu vollbringen, was es an sich selbst vollbracht hat. Wie es einmal in den von Polen, Frankreich, Sachsen erworbenen Landesteilen die Überwundenen die Überwindung vergessen machen, sie zu dem Gefühl der Gemeinsamkeit und Gleichheit erhoben hat, so hat es jetzt das innerhalb eines Volkes auf die Dauer nicht haltbare Verhältnis zwischen Siegern und Unterworfenen zu verwischen, das besondere und Staatsbewußtsein zu verschmelzen in freudiger und stolzer Anhänglichkeit an ein deutsches Gemeinwesen, an dessen Spitze der König von Preußen steht.“ Die Worte von Kaiser und Reich fehlten in diesen Ausführungen aus innen- und außenpolitischen Gründen zwar noch; aber sie standen zwischen den Zeilen. Bismarck hatte in der Tat nichts dagegen, daß der Herzog von Meiningen im Januar schon die Kaiseridee aufgriff und gegenüber dem seit dem 31. Dezember 1866 berufenen bayrischen Ministerpräsidenten Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst vertrat. Dieser hatte in seiner Programm-

rede vom 19. Januar und in Besprechungen mit dem Münchener preußischen Gesandten Prinzen Reuß VII. klar zum Ausdruck gebracht, daß Bayern „kein süddeutsches Parlament, keinen süddeutschen Bund, sondern Einigung der gesamten Nation, eine Teilnahme aller Stämme an der Beratung der gemeinsamen Interessen, das Recht auch für die Süddeutschen wünsche, bei Beratung der letzten ihre Stimme abzugeben in einer Weise, daß sie von Preußen nicht überhört wird." „Mit anderen Worten", wie Wilhelm Schüßler in seinem Werk, „Bismarcks Kampf um Süddeutschland 1867" (Berlin, 1929) sagt, „sei es in einem Parlament, in einem Staatenhause oder in einem Bundesrat, ein Stimmenverhältnis, welches Garantien biete, nicht in jeder Angelegenheit durch die Übermacht der Zahl erdrückt zu werden."

Da sich auch bei „einem bedeutenden Teil der süddeutschen Bevölkerung ein Umschwung der Stimmung für die Vereinigung mit dem Norddeutschen Bunde" zeigte, erwies sich Bismarcks Entschluß, nach der Reichsverfassung von 1849 die neue Verfassung des Norddeutschen Bundes aufzubauen, als politisch fruchtbar. Bismarck hatte schon vor Beginn seines Herbsturlaubs 1866 Vorentwürfe aus den einzelnen Ministerien für ihren Geschäftsbereich angefordert und von Max Duncker, L. Bucher und Hepke Gesamtentwürfe anfertigen lassen, die er mit einem Promemoria Buchers und anderen Materialien nach Putbus mitnahm. Von hier aus hat er dann am 30. Oktober mit seinem ersten Diktat seit seiner Erkrankung seinen Rechtsberater von Savigny gefragt: „Sind die Entwürfe zu zentralistisch bundesstaatlich für den dereinstigen Beitritt der Süddeutschen?" Und zugleich die Richtlinie ausgegeben: „Man wird sich in der Form mehr an den Staatenbund halten müssen, diesem aber praktisch die Natur des Bundesstaates geben mit elastischen, aber weitgreifenden Ausdrücken. Als Zentralbehörde wird daher nicht ein Ministerium, sondern ein Bundestag fungieren, bei dem wir, wie ich glaube, gute Geschäfte machen, wenn wir uns zunächst an das Kuriensystem des alten Bundes anlehnen ... Je mehr man an die früheren Formen anknüpft, um so leichter wird sich die Sache machen." ... Er hatte dann am 1. November unter dem Titel „Unmaßgebliche Ansichten über Bundesverfassung" grundlegende Richtlinien über die Frage „Staatenbund oder Bundesstaat?" und über „die Normen für die Erhaltung des Machtverhältnisses zwischen Bundespräsidium und Bundesgliedern

für seine Mitarbeiter" diktiert. Er erklärte darin, daß „die Herstellung eines monarchischen Bundesstaates oder Deutschen Kaiserreiches formell mehr Schwierigkeiten haben" würde, als der Anschluß „an die hergebrachten Bundesbegriffe", als ein Staatenbund mit dem König von Preußen als primus inter pares und Anknüpfung der Stimmen an das Plenum der Bundesversammlung, das 43 Stimmen, davon 17 preußische haben solle; diese Bundesversammlung, „der Bundestag" sollte dem „Reichstag" anstatt eines Ministeriums oder Oberhauses gegenüberstehen, auf diese Weise sollte das von ihm nicht für anwendbar gehaltene Zweikammersystem vermieden werden, zumal der Bundestag als „Vertretung der Souveräne in den Reichsangelegenheiten", sich „im Sinne eines Oberhauses" „vielleicht in Zukunft historisch entwickeln" könne: „damit müßte aber die schärfere Ausprägung des Kaisertums an Stelle der Präsidial- und Feldherrnattributionen Hand in Hand gehen". Wie in den ursprünglichen Grundzügen des dem alten Bund in Frankfurt am 10. Juni noch vorgelegten Reformvorschlages sollte der preußische König Oberfeldherr, Präsidialmacht werden mit dem „Recht über Krieg und Frieden, Mobilmachung, Anstellung der gemeinsamen Beamten im Zoll-, Post-, Steuer-, Telegraphenwesen" bei Vorschlagsrecht der Territorialregierungen, Bundeseid und Disziplinargewalt des Präsidiums. Kurz vorher am 19. November hatte Bismarck Wahlen zum Norddeutschen Reichstag, der am 15. Januar oder 1. Februar zusammentreten sollte, angeregt, über die er dann am 7. Dezember an den Innenminister weitere praktische Anweisungen, z. B. zu einer Belehrung des Volkes über den Norddeutschen Bund durch die Amtsblätter gab. Ehe Bismarck die Geschäfte am 1. Dezember wieder übernahm, hatte vortrag. Rat Hepke einen Entwurf der „Bundesakte des Norddeutschen Bundes" nebst einer Bundesgeschäftsordnung ausgearbeitet, der nach Vorlage bei Savigny, nach verschiedenen Ergänzungen, Ab- und Neuänderungen, Ausarbeitungen paralleler Fassungen zu einem eigenen Entwurf Savignys mit von Bismarck überarbeiteten Motiven Buchers führte. Bismarck entwarf nun im Anschluß daran einen neuen Entwurf, der in der von Bucher gefertigten Fassung 65 Artikel hatte. Diesen nach seinen Direktiven ausgearbeiteten Entwurf hat Bismarck nach Buchers Vortrag am 8. Dezember doch wieder erweitern, umarbeiten, neuformen lassen: am 9. war der neue Buchersche

Text, nochmals von Bismarck durchkorrigiert, so weit abgeschlossen, daß er metallographiert und dem Kriegs- und Handelsminister, wohl auch den übrigen Ministern zugeleitet werden konnte. Roon und Graf Itzenplitz brachten noch einige Änderungsvorschläge, die in den Text wieder unter ständiger, teilweise nicht unerheblicher Korrektur Bismarcks hineingearbeitet wurden, so daß nach den aus der Staatsministerialsitzung vom 13., dem Immediatvortrage Bismarcks und der Kronratssitzung vom 14. Dezember hervorgehenden Änderungen sich der Text ergab, der am 15. den Bevollmächtigten der verbündeten norddeutschen Regierungen vorgelegt wurde. Wir wissen heute im Gegensatz zu früheren Darstellungen, daß Bismarck einen viel größeren, ja den entscheidenden Anteil an der Verfassung des Norddeutschen Bundes gehabt hat. Bismarck hatte drei Gesichtspunkte darin verwirklichen können: die Militärhoheit des Königs von Preußen über alle Bundeskontingente in dem Bundesgebiet, dessen Bevölkerung zu fünf Sechsteln fortan preußisch war; die diplomatische Leitung des Ganzen und den auf Grund des direkten allgemeinen, also demokratischen Wahlrechts gewählten Reichstag als Gesetzgebungsorgan.

Die Versammlung der Bevollmächtigten der norddeutschen Bundesregierungen eröffnete Bismarck am 15. Dezember mit einer Ansprache, in der er darauf hinwies, daß der frühere Deutsche Bund seinen Mitgliedern nicht die versprochene Sicherheit und die Entwicklung der nationalen Wohlfahrt des deutschen Volkes gewährleistete, daß jetzt wesentliche Beschränkungen der partikularen Unabhängigkeit von den Einzelstaaten zum Nutzen der Gesamtheit gefordert werden müßten und der bisherigen politischen Ohnmacht, die selbst der segensreiche Zollverein nicht hätte abschaffen können, unter Berücksichtigung der allseitig erkannten Bedürfnisse zugebilligt werden müßten, „ohne über dieselben hinaus die Bundesgewalt in die Autonomie der einzelnen Regierungen eingreifen zu lassen“. Die Bevollmächtigten nahmen, wie der sächsische Minister von Friesen uns überliefert hat, den vorgelegten preußischen Entwurf „überhaupt nicht ganz ernst“, ließen ihn aber doch im wesentlichen, wie er war: er wurde dann dem am 24. Februar 1867 zusammentretenden verfassunggebenden Norddeutschen Reichstage zur Beschlußfassung zugeleitet, der die bis auf geringe Ausnahmen bis 1918 gültige Reichsverfassung schuf!

Der verfassunggebende Norddeutsche Reichstag war nach dem

allgemeinen direkten Reichstagswahlrecht vom 12. April 1849, das jedem unbescholtenen Staatsbürger das aktive und passive Wahlrecht gab, gewählt worden. Bismarck hatte dies als liberaldemokratisch geltende, in Wahrheit das Volk voll anerkennende Wahlrecht ebensosehr in Rücksicht auf Süddeutschland wie zur Erfüllung der Wünsche in der Mehrheit des Volkes und wegen der schlechten Erfahrungen mit dem Dreiklassenwahlrecht, das die materiell Begüterten und die Intellektuellen, die vor allem aus Opferunlust und Besserwisserei zur Opposition neigten, ungerecht bevorzugte, gegen den Widerstand seiner Partei- und Standesgenossen, die ihm Verrat am konservativen Prinzip vorwarfen, durchgekämpft. Er wollte dadurch auch das monarchische Ausland warnen, also insbesondere Rußland, „die Finger in unsere nationale Omelette zu stecken". Er hatte schon im April 1866 die „auf langer Erfahrung begründete Überzeugung" ausgesprochen, daß das künstliche System indirekter und Klassenwahlen viel gefährlicher ist, indem es die Berührung der höchsten Gewalt mit den gesunden Elementen, „welche den Kern und die Masse des Volkes bilden, verhindert. In einem Lande mit monarchischen Traditionen und loyaler Gesinnung wird das allgemeine Stimmrecht, indem es die Einflüsse der liberalen Bourgoisieklasse beseitigt, auch zu monarchischen Wahlen führen, ebenso wie in Ländern, wo die Massen revolutionär fühlen, zu anarchischen." Er hatte „nie gezweifelt, daß das deutsche Volk, sobald es einsehe, daß das bestehende Wahlrecht eine schädliche Institution sei, stark und klug genug sein werde, sich davon frei zu machen. Kann es das nicht, so ist meine Redensart, daß es reiten könne, wenn es erst im Sattel sitze, ein Irrtum gewesen." Er hat sich auch nicht geirrt, obwohl das Volk, verführt durch volksfremde Parlamentarier, zeitweise in die Irre ging: es fand aus der tiefsten Erniedrigung immer wieder auf den angemessenen Weg zurück. Bismarck aber bewies mit seinem siegreichen Kampf für das allgemeine, direkte Wahlrecht sein richtiges Maß für echte politische Entwicklung und Reife des Volkes: er erfüllte mit seiner Tat eine Sehnsucht, die seit den Befreiungskriegen agitatorisch und parteiisch gegen die Autorität der Krone und der Regierungen ausgenutzt worden war.

Der verfassunggebende Norddeutsche Reichstag wies dann auch eine feste, zuverlässige Mehrheit für die Regierung, d. h. für Bis-

marcks Politik auf: von den 193 Abgeordneten waren 100 Konservative und Freikonservative, 20 bis 25 Altliberale aus Preußen, dazu die nichtpreußischen Konservativen, so daß 135 bis 145 Stimmen zur Verfügung standen; außerdem waren die auf der linken Seite des Hauses sitzenden Nationalliberalen auch Anhänger Bismarcks, so daß die 25 Demokraten völlig einflußlos waren. Der Reichstag trat am 24. Februar zu seiner bis 17. April andauernden Tagung zusammen, deren Hauptaufgabe die Aufrichtung des Verfassungswerkes war und mit „nationalem Selbstbewußtsein", wie die Thronrede zum Abschluß sagte, gelöst wurde. Bismarck legte am 4. März die Verfassung, die nach den Bundesverträgen vom 21. Oktober 1866 bis zum 18. August durch den Reichstag und zweiundzwanzig Landtage eingeführt werden mußte, mit einem Hinweis auf Beschleunigung und auf den Eindruck, den die Süddeutschen vom Norddeutschen Reichstag und seiner Einheit empfangen würden, vor. „Es liegt ohne Zweifel, meine Herren", schloß er seinen Appell, „etwas in unserem Nationalcharakter, was der Vereinigung Deutschlands widerstrebt. Wir hätten die Einheit sonst nicht verloren, oder hätten sie bald wieder gewonnen. Wenn wir in die Zeit der deutschen Größe, die erste Kaiserzeit, zurückblicken, so finden wir, daß kein anderes Land in Europa in dem Maße die Wahrscheinlichkeit für sich hatte, eine mächtige nationale Einheit sich zu erhalten, wie gerade Deutschland. Blicken Sie im Mittelalter von dem russischen Reiche der Rurikschen Fürsten bis zu den westgotischen und arabischen Gebieten in Spanien, so werden Sie finden, daß Deutschland vor allen die größte Aussicht hatte, ein einiges Reich zu bleiben. Was ist der Grund, der uns die Einheit verlieren ließ und uns bis jetzt verhindert hat, sie wiederzugewinnen? Wenn ich mit einem kurzen Worte sagen soll, so ist es, wie mir scheint, ein gewisser Überschuß an dem Gefühle männlicher Selbständigkeit, welcher in Deutschland den einzelnen, die Gemeinde, den Stamm veranlaßt, sich mehr auf die eignen Kräfte zu verlassen, als auf die der Gesamtheit. Es ist der Mangel jener Gefügigkeit des einzelnen und des Stammes zugunsten des Gemeinwesens, jener Gefügigkeit, welche unsere Nachbarvölker in den Stand gesetzt hat, die Wohltaten, die wir erstrebt, sich schon früher zu sichern. Die Regierungen, meine Herren, haben Ihnen, glaube ich, im jetzigen Falle ein gutes Beispiel gegeben. Es war keine unter ihnen, die nicht erhebliche Bedenken, mehr oder

weniger berechtigte Wünsche dem bisher erreichten Ziele hat opfern müssen. Liefern auch wir den Beweis, meine Herren, daß Deutschland in einer sechshundertjährigen Leidensgeschichte Erfahrungen gemacht hat, die es beherzigt, daß wir — und alle, die wir hier sind, wir haben es selbst erlebt — die Lehren zu Herzen genommen haben, die wir aus den verfehlten Versuchen von Frankfurt und von Erfurt ziehen mußten. Das Mißlingen des damaligen Werkes hat in Deutschland einen Zustand der Unsicherheit, der Unzufriedenheit herbeigeführt, der sechzehn Jahre lang gedauert hat, und der schließlich durch eine Katastrophe, wie die des vorigen Jahres — nach irgendeiner Seite hin, wie es Gott gefiel — seinen Abschluß finden mußte. Das deutsche Volk, meine Herren, hat ein Recht, von uns zu erwarten, daß wir der Wiederkehr einer solchen Katastrophe vorbeugen, und ich bin überzeugt, daß Sie mit den verbündeten Regierungen nichts mehr am Herzen liegen haben, als diese gerechten Erwartungen des deutschen Volkes zu erfüllen!"

Eine Woche später mußte Bismarck dann gegen unitarische und partikularistische Einwände eine seiner größten staatsmännischen Reden halten, um die parlamentarische Besserwisserei niederzukämpfen. Er wies darauf hin, daß mit der Vorlage kein „theoretisches Ideal einer Bundesverfassung", eine Entdeckung des Steins der Weisen, eine Quadratur des Zirkels die Aufgabe gewesen wäre, daß die fehlgeschlagenen Versuche von Frankfurt und Erfurt warnten, daß vielmehr „für das deutsche Volk die Bahn freigemacht worden ist, und daß wir das Vertrauen zum Genius unseres eignen Volkes haben können, daß es auf dieser Bahn den Weg zu finden wissen wird, der zu seinen Zielen führt". „Die Basis" des Verhältnisses der Bundesmitglieder zueinander, insbesondere zu Preußen, „soll nicht die Gewalt sein", rief er aus, „weder den Fürsten noch dem Volke gegenüber. Die Basis soll das Vertrauen zu der Vertragstreue Preußens sein, und dieses Vertrauen darf nicht erschüttert werden, solange man uns die Vertragstreue hält." Er stritt gegen die aufkommende Eifersucht zwischen Reichstag und Landtag, gegen den parlamentarischen Parlamentarismus: „Glauben Sie wirklich", fragte er, „daß die großartige Bewegung, die im vorigen Jahre die Völker vom Belt bis an die Meere Siziliens, vom Rhein bis an den Pruth und den Dnjestr zum Kampf führte, zu dem eisernen Würfelspiele, in dem um König- und Kaiser-

kronen gespielt wurde —, daß die Millionen deutscher Krieger, die gegeneinander gekämpft und geblutet haben auf den Schlachtfeldern vom Rhein bis zu den Karpathen —, daß die Tausende und aber Tausende von Gebliebenen und der Seuche Erlegenen, die durch ihren Tod diese nationale Entscheidung besiegelt haben, mit einer Landtagsrevolution ad acta geschrieben werden können —, meine Herren, dann stehen Sie wirklich nicht auf der Höhe der Situation!" Den Kritikern, die fürchteten, die Regierung wolle künftig den Reichstag benutzen, „um den Parlamentarismus im Kampf der Parlamente aufzureiben", erklärte er: „Wir wollen den Grad von Freiheitsentwicklung, der mit der Sicherheit des Ganzen nur irgend verträglich ist." Für diesen Grad war aber unter keinen Umständen eine Wiederaufnahme des Konflikts um das Militärbudget tragbar! „Die Existenz des Bundesheeres" dürfe zum mindesten nicht in einem gewissen Zeitraum „von zufälligen Schwankungen der Majorität abhängen", stellte er als ewig gültigen, zu unserm Unglück wenige Jahre vor dem Weltkriege immer wieder verletzten Grundsatz auf. „Wenn diese Einrichtung, die Bundesarmee", fuhr er fort, „vorläufig diejenige Basis, die am vollständigsten ausgebildet ist, diejenige Basis, die wir am unentbehrlichsten brauchen, durch ein jährliches Votum in Frage gestellt werden sollte, meine Herren, es würde mir das — verzeihen Sie mir, wenn ich ein Gleichnis brauche aus einem Beruf, in dem ich mich früher befand — den Eindruck eines Deichverbandes machen, in welchem jedes Jahr nach Kopfzahl, auch der Besitzlosen, darüber abgestimmt wird, ob die Deiche bei Hochwasser durchstochen werden sollen oder nicht. Aus solchem Deichverbande würde ich einfach ausscheiden, da wäre mir das Wohnen zu unsicher, und ich würde mich der Gefahr nicht hingeben, daß einmal diejenigen, die die Wirtschaft mit freier Weide wünschen, über diejenigen, die mit bestellten und wasserfreien Äckern arbeiten, die Oberhand gewännen und alle durch eine Wasserflut zugrunde gingen." Nach Abweisung anderer Einwände deutete er seine Politik gegenüber Bayern, Württemberg, Baden, den süddeutschen Staaten, die er ja auch in den Bund holen wollte, an, die Politik, die den Zollverein, also die Wirtschaft als Mittel zur Versöhnung und Überbrückung von Gegensätzen in der Hand hatte: „Unser Verhältnis zu Süddeutschland wird sich an der Hand des Artikels", der die Regelung der nord-süddeutschen Beziehungen für die Zeit

„sofort nach Feststellung der Verfassung des Norddeutschen Bundes durch besondere, dem Reichstage zur Genehmigung vorzulegende Verträge“ vorsah, „meines Erachtens einfach und mit Sicherheit entwickeln. Wir haben zunächst mit Süddeutschland die Gemeinschaft des Zollvereins, eine Gemeinschaft, die in diesem Augenblicke allerdings bis zu einem gewissen Grade in der Luft schwebt, weil die Friedensverträge eine sechsmonatliche Kündigung vorbehalten, bis wir uns über das Verhältnis von Nord- und Süddeutschland in dieser Beziehung geeinigt haben werden; um eine Einigung möglich zu machen, war dieses Kündigungsrecht notwendig. Ich denke also, sobald wir mit der Norddeutschen Verfassung fertig sind, daß wir zunächst den süddeutschen Regierungen Eröffnungen machen, damit sie mit uns zusammentreten, um den Weg zu beraten, auf dem wir zu einem dauernden organischen, nicht alle zwölf Jahre kündbaren Zollverein gelangen. Wir haben für den Norddeutschen Bund diese Wohltat gesichert durch Artikel über Zollgesetzgebung; wir können aber weder verlangen, daß die drei oder vier süddeutschen Staaten alles dasjenige, was wir hier durch die Gesetzgebung, an der sie selbst nicht teilnehmen, beschließen, ohne weiteres annehmen sollen, noch können wir ihnen gegen das, was der Norddeutsche Reichstag gesetzlich beschließt, ein Veto einräumen; ein Veto, das jede von drei oder vier Regierungen ausüben und mit ihren Ständen teilen würde. Soll der Zollverein im bisherigen Umfange fortbestehen, so ist es ganz unvermeidlich, daß organische Einrichtungen geschaffen werden, vermöge deren Süddeutschland an der Gesetzgebung über Zollsachen teilnimmt.“ Er versicherte Süddeutschland, daß die Macht des Nordens stets brüderlich für die Integrität des Südens einstehen würde, wie er vom Süden auch nichts anderes erwarte. Nachdem er noch zu den Reichssteuern und Anleihefragen gesprochen hatte, schloß er mit den berühmten Worten: „Meine Herren, arbeiten wir rasch! Setzen wir Deutschland, sozusagen, in den Sattel! Reiten wird es schon können!“

Es sollten aber noch mehr als vier Wochen vergehen, ehe Bismarck am 17. April das Protokoll über die Annahme der Bundesverfassung durch die Bevollmächtigten der Regierungen nach der Fassung, die die Beratungen des Reichstages ihr gegeben hatten, verlesen konnte. Die schärfsten Debatten erregten, außer einigen Rückblicken in die Vergangenheit, Klagen der Hannoveraner, der

Polen, Nordschleswiger und Einwänden gegen minder wichtige Einzelheiten, die Heeresfrage, die Verantwortlichkeit der Bundesregierung und das Wahlrecht.

Die Bundesverfassung normierte die Friedenspräsenzstärke des Bundesheeres bis zum 31. Dezember 1871 auf 1 Prozent der Bevölkerung von 1867; für die spätere Zeit sollte sie im Wege der Bundesgesetzgebung festgestellt werden; zur Bestreitung des Aufwandes für das Bundesheer und die zugehörigen Einrichtungen sollten bis 31. Dezember 1871 dem Bundesfeldherrn jährlich 225 Taler je Kopf zur Verfügung gestellt werden. Bismarck fragte, was man einem „Invaliden von Königgrätz antworten“ solle, wenn er nach dem Ergebnis des Krieges und seines Opfers frage; ob der wohl zufrieden sein würde, wenn er vernähme, das Recht der Volksvertretung wäre „gerettet“ worden, „jedes Jahr die Existenz der Armee in Frage zu stellen“. Die Fassung des Verfassungsentwurfs wurde darauf angenommen. Das Bundesheer der nunmehr 30 Millionen statt bisher 20 Millionen Wehrpflichtigen konnte von Kriegsminister von Roon unter Aufgabe der Landwehr zweiten Aufgebotes neu organisiert werden: mit sieben Jahren Front- und Reservejahren, fünf Jahren Landwehrdienst und unveränderter preußischer Heeresmacht.

Ein echt parlamentarischer Streitgegenstand war die Frage nach der Verantwortlichkeit der Regierenden. Der Führer der Nationalliberalen Partei von Bennigsen brachte einen Antrag auf Einführung verantwortlicher Bundesminister ein. Dadurch sollte der Bund ein eigener, parlamentarisch regierter Staat werden. Bismarck mußte diesem Antrag nicht nur aus weltanschaulichen Gründen, die ihn zum Autoritätsprinzip führten, sondern auch um des Föderalismus willen entgegentreten. Wollte Preußen die Führung des Bundes behalten, konnte es nur einen Verantwortlichen zulassen: den Bundeskanzler. Da es aber in seinem Ministerpräsidenten und Minister des Auswärtigen schon einen verantwortlichen Führer der Regierung besaß, konnte schließlich nur der Ausgleich zwischen dem Antrag und Bismarcks Willen dadurch gefunden werden, daß dem Bundeskanzler durch seine Gegenzeichnung die Verantwortlichkeit für die im Namen des Bundes erlassenen Anordnungen und Verfügungen übertragen und der Preußische Ministerpräsident und Außenminister zugleich der Bundeskanzler wurde. In der Person Bismarcks wurde durch diese Personalunion

der Ämter die Einheit von Preußen und Deutschland auf das festeste zusammengeschlossen. Diese Ordnung der ministeriellen Reichsverwaltung leitete später zum Führertum des Dritten Reichs hin.

Schließlich hat Bismarck die deutsche Entwicklung auch mit dem allgemeinen direkten Wahlrecht in der Richtung auf den gesamtdeutschen Volksstaat, der Süddeutschen gedenkend, vorangetragen. Er führte am 28. März dazu aus: „Das allgemeine Wahlrecht ist uns gewissermaßen als ein Erbteil der Entwicklung der deutschen Einheitsbestrebungen überkommen; wir haben es in der Reichsverfassung gehabt, wie sie in Frankfurt entworfen wurde; wir haben es im Jahre 1863 den damaligen Bestrebungen Österreichs in Frankfurt entgegengesetzt, und ich kann nur sagen: ich kenne wenigstens kein besseres Wahlgesetz. Es hat ja gewiß eine große Anzahl von Mängeln, die machen, daß auch dieses Wahlgesetz die wirklich besonnene und berechtigte Meinung eines Volkes nicht vollständig photographiert und en miniature wiedergibt, und die verbündeten Regierungen hangen an diesem Wahlgesetz nicht in dem Maße, daß sie nicht jedes andere akzeptieren sollten, dessen Vorzüge vor diesen ihnen nachgewiesen werden. Bisher ist diesem kein einziges gegenübergestellt worden. Ich habe nicht einmal provisorisch im Laufe der Reden ein anderes Wahlgesetz diesem gegenüber rühmen hören; ich will damit nur motivieren, daß ‚verbündete Regierungen', die gewissermaßen eine republikanische Spitze, die in dem Worte ‚verbündete Regierungen' liegt, bilden, keineswegs ein tief angelegtes Komplott gegen die Freiheit der Bourgeosie in Verbindung mit den Massen zur Errichtung eines zäsarischen Regiments beabsichtigt haben können. Wir haben einfach genommen, was vorlag und wovon wir glaubten, daß es am leichtesten annehmbar sein werde, und weitere Hintergedanken nicht dabei gehabt. Was wollen denn die Herren, die das anfechten, und zwar mit der Beschleunigung, deren wir bedürfen, an dessen Stelle setzen? Etwa das preußische Dreiklassensystem? Ja, meine Herren, wer dessen Wirkung und die Konstellationen, die es im Lande schafft, etwas in der Nähe beobachtet hat, muß sagen, ein widersinnigeres, elenderes Wahlgesetz ist nicht in irgendeinem Staate ausgedacht worden, ein Wahlgesetz, welches alles Zusammengehörige auseinanderreißt und Leute zusammenwürfelt, die nichts miteinander zu tun haben, in jeder Kommune mit ande-

rem Maße mißt, Leute, die in irgendeiner Gemeinde weit über die erste Klasse hinausreichen, diese allein ausfüllen würden, in einer benachbarten Kommune in die dritte Klasse wirft." . . . „Wenn der Erfinder dieses Wahlgesetzes sich die praktische Wirkung desselben vergegenwärtigt hätte, hätte er es nie gemacht. Eine ähnliche Willkürlichkeit und zugleich eine Härte liegt in jedem Zensus, eine Härte, die da am fühlbarsten wird, wo dieser Zensus abreißt, wo die Ausschließung anfängt; wir können es dem Ausgeschlossenen gegenüber doch wirklich schwer motivieren, daß er deshalb, weil er nicht dieselbe Steuerquote wie sein Nachbar zahlt — und er würde sie gern bezahlen, denn sie bedingt ein größeres Vermögen, das hat er aber nicht —, er gerade Helot und politisch tot in diesem Staatswesen sein solle. Diese Argumentation findet überall an jeder Stelle Anwendung, wo eben die Reihe derer, die politisch berechtigt bleiben sollen, abgebrochen wird . . ." „Dann habe ich stets in dem Gesamtgefühl des Volkes noch mehr Intelligenz als in dem Nachdenken des Wahlmannes bei dem Aussuchen des zu Erwählenden gefunden, und ich appelliere an die ziemlich allgemeine Erscheinung — ich weiß nicht, ob die Herren meine Wahrnehmungen alle teilen, aber ich habe den Eindruck, daß wir bei dem direkten Wahlrechte bedeutendere Kapazitäten in das Haus bringen, als bei dem indirekten. Um gewählt zu werden bei dem direkten Wahlrechte, muß man in weiteren Kreisen ein bedeutenderes Ansehen haben, weil das Gewicht der lokalen Gevatterschaft bei dem Wählen nicht so zur Hebung kommt in den ausgedehnten Kreisen, auf die es bei direkter Wahl ankommt." Der Reichstag nahm das Wahlgesetz an, wie Bismarck wollte, nur mit dem wichtigen Zusatz „geheim". Das allgemeine, direkte, geheime Wahlrecht wurde nun zum Mantel für das innenpolitische Leben der Nation bis in den Weltkrieg und die Nachkriegszeit hinein. Diäten wurden auf Bismarcks Wunsch den Abgeordneten damals aber nicht bewilligt . . . Ebensowenig ließ Bismarck ein Oberhaus zu: im Bundesrat wäre das Oberhaus bereits vorhanden, führte er aus.

Der Bau des Norddeutschen Bundes war damit errichtet. Der König konnte die Hoffnung aussprechen, daß das Werk sich „segenbringend entwickeln wird für nun und künftige Geschlechter".

* *

*

Indes Bismarck die Innenausstattung des ersten deutschen Einheitsbaus vollendete, drohte vom Ausland, insbesondere Frankreich her dem Errungenen immer neue Gefahr. Bismarck „nahm als sicher an, daß der Krieg mit Frankreich auf dem Wege zu unserer weitern nationalen Entwicklung, sowohl der intensiven als der über den Main hinaus extensiven, notwendig werde geführt werden müssen und daß wir diese Eventualität bei allen unseren Verhältnissen im Innern wie nach Außen im Auge zu behalten hätten". Seitdem sich Napoleon um die Entwicklung in Deutschland kümmerte, bald Österreich über Italien, bald Preußen zum Verbündeten zu erwerben suchte, gab er keine Ruhe: Preußens Größe war für ihn Frankreichs Gefahr. Deswegen wollte er Preußens Größe nicht Deutschlands Einheit und Größe werden lassen, Preußen entweder durch ein Bündnis oder durch seine Bündnisse mit Österreich bzw. den süddeutschen Staaten in „Rheinbundreminiszenzen" binden. Er hatte keine Einsicht in die wahre deutsche Entwicklung, in die lebendige Volksströmung, in das deutsche Herz, das jetzt auch in des einfachsten Deutschen Brust für Deutschlands Einheit, Freiheit, Größe und Zukunft schlug. Bismarck, der die Verhältnisse in Mitteleuropa übersah und richtig abwog, wußte, daß der kommende Deutsch-Französische Krieg hinausgeschoben werden mußte, damit das neue Deutschland innerlich noch fester zusammenwüchse und weil jedes Jahr Aufschub das Heer um über 100 000 ausgebildete Soldaten vermehrte. Er wußte auch, daß er im Kriegsfalle sich nur auf Deutschland stützen und verlassen konnte: Österreich war noch nicht frei von Revanchegelüsten, Italien unterlag dem französischen Druck und Einfluß, Rußland war wohl erst dann, wenn Preußen-Deutschland von einer französischen Koalition besiegt worden wäre, zur Hilfe bereit, und England hielt im Grunde genommen auf eine Freundschaft mit Frankreich.

Die Neuordnung in Mitteleuropa wurde von Napoleon mit der ersten Bekanntgabe der Friedensbedingungen Bismarcks an den preußischen Botschafter, Grafen von der Goltz, in Paris vom 9. Juli als günstige Gelegenheit zur Vergrößerung Frankreichs angesehen. Der Berliner Botschafter Benedetti wurde immer wieder mit Forderungen und Vorschlägen vorgeschickt. Den besten Anlaß dazu bot die veränderte Lage von Luxemburg und Limburg, die durch die Auflösung des Deutschen Bundes, zu dem sie ganz oder teil-

weise gehört hatten, staats- und völkerrechtlich frei geworden waren. Bismarck hatte schon am 31. Juli 1866 dem Grafen Perponcher im Haag mitgeteilt, daß Preußen auf den Erwerb des mit den Niederlanden durch Personalunion verbundenen Luxemburg wegen der ihm nicht homogenen Bevölkerung und des geringen Werts der Festung keinen Wert lege und auch Limburgs Schicksal nur auf dem Verhandlungswege regeln lassen könne. Schon am 26. Juli 1866 hatte Napoleon die Grenzen von 1814 und Luxemburg obendrein für seine Zustimmung zu den Nikolsburger Friedenspräliminarien haben wollen. Die Ansprüche erweiterten sich am 5. August in Berlin zur Forderung nach dem ganzen linken Rheinufer sowie nach Preußens Verzicht auf Limburg und Luxemburg. Bismarck lehnte in geschicktester Form, so daß es nicht zum Bruch kam, mit Hinweis auf die Gefühle der Nation ab und bereitete sich durch Schutz- und Trutzbündnisse mit den süddeutschen Staaten auf eine Kriegsmöglichkeit mit Frankreich-Österreich als Feind vor. Er hielt Napoleon und Frankreichs Heer für stärker, als sie damals waren. Seine Warnungen an Napoleon und Benedettis Besuch in Paris verfehlten ihre Wirkung nicht: Napoleon zog am 12. August seine bisherigen Forderungen zurück und versicherte freundschaftlichste Gefühle für Preußen, freilich nur um sofort wegen Luxemburg und Belgien „ohne Maß und Takt" dringlich zu werden, ja sogar wieder die Grenzen von 1814 zu verlangen. Am 28. August 1866 zog Benedetti sogar den Entwurf zu einem preußisch-französischen Schutz- und Trutzbündnis „fertig aus der Tasche", wofür Preußen beim Erwerb Luxemburgs und Belgiens helfen sollte. Bismarck gab, um Benedetti loszuwerden und Zeit zu gewinnen, eine Zusage für das Angebot von Verhandlungen im Haag über Luxemburg-Limburg in der Hoffnung, Luxemburg Frankreich gegen Limburg für Holland vermitteln zu können. Da der König aber weniger als Bismarck vor einem eventuell notwendigen Krieg mit Frankreich zurückschreckte und von dem luxemburg-limburg-belgischen Handel sowie dem Bündnis mit Napoleon nichts wissen wollte, zog Bismarck sich aus den von Benedetti angesponnenen Verhandlungen zurück, die außerdem durch seine Krankheit unterbrochen wurden.

Sie kamen Anfang Dezember gleichwohl wieder in Gang. Benedetti drängte in rücksichtslosester Weise zur Entscheidung wegen der luxemburgisch-belgischen Frage und des Bündnisses, so daß

Bismarck, noch immer nicht voll arbeitsfähig, über sein Auftreten Klage führen mußte; Preußen wäre für eine Annexion Frankreich nichts schuldig, besonders nicht den Besitz von Luxemburg „ohne seine eigene Mitwirkung"; Frankreich solle selbst vorgehen, so wäre des Königs Meinung; Frankreichs Verfahren gefährde das preußisch-französische Verhältnis, denn eine Allianz lasse sich nicht erkaufen, sondern könne nur zwischen zwei gleichberechtigten und als solche sich achtenden und schonenden Staaten bestehen. Bismarck blieb fortan reserviert zu Benedetti, obgleich er Manifestationen in Luxemburg für Frankreich vorschlug, um Frankreich den Anlaß zu einer Initiative zu zeigen. Bismarck mußte am 14. Januar auch seinen Londoner Botschafter ins Bild setzen, weil an der Themse Gerüchte über einen französischen Erwerb Belgiens im Zusammenhang mit einem Bündnis Frankreich-Preußen umliefen. Benedetti lenkte jetzt auf Befehl aus Paris ein. Der Schwebezustand der Verhandlungen wegen des Bündnisses und Luxemburgs aber blieb. Bismarck wußte, daß „jedes Hinziehen der Verhandlung für uns ein Gewinn" war, wenngleich er trotz seines Mißtrauens weiter mit Frankreich für alle europäischen Fragen in gutem Einvernehmen bleiben wolle, allerdings auch immer noch die Möglichkeit engerer Anlehnung an Österreich-Rußland hätte. Bismarck setzte schließlich dem französischen, während des ganzen Februar anhaltenden unruhigen Drängen die Mitteilung der geheimen Bündnisse mit den süddeutschen Staaten, die von besonderer militärischer Bedeutung waren, entgegen. Auf Anfrage aus dem Haag waren Verhandlungen wegen der Bundesfestung Luxemburg, die noch immer preußische Besatzung hatte, in Gang gekommen.

Aber ehe sie weiter gediehen, machten sich in der Presse „absurde Verdächtigungen" breit, Preußen bedrohe Holland. Da brachte der sächsische Volksparteiler (Sozialdemokrat, Parteigenosse Bebels) Schraps die Luxemburg-Angelegenheit im Reichstag am 19. März zur Sprache: Bismarcks Politik führe zum Verlust des Großherzogtums und treibe Holland den Feinden in die Arme. Bismarck legte die tatsächliche Lage gegenüber Holland dar. Die öffentliche Meinung erregte sich aber immer mehr: Luxemburg wurde zu einer Angelegenheit des nationalen Prestiges; Preußen sollte nicht dulden, daß, wie die Gerüchte verbreiteten, der niederländische König und Großherzog von Luxemburg für

5 Millionen holl. Gulden ohne Preußens Wissen und Zustimmung Luxemburg an Frankreich verkaufte. Benedetti aber meldete am 1. April: der Handel wäre abgeschlossen. Bismarck deutete an: der Abschluß wäre der Krieg, worauf Benedetti seine Meldung zurückzog. Bismarck ließ sich am selben Tage vom Abgeordneten von Bennigsen im Reichstag wegen Luxemburg interpellieren: Er konnte erklären, die Angelegenheit wäre noch nicht erledigt. Er machte dadurch die Zusage des Königs von Holland an Napoleon unausführbar. Auf Rußlands Vorschlag trat nun vom 7. bis 10. Mai in London eine Konferenz der Mächte, die den Vertrag von 1839, durch den Limburg zum Deutschen Bund gekommen und Luxemburg, das seit 1815 im Bunde war, in den Zollverein eingetreten war, unterschrieben hatten, zusammen, beschloß Luxemburgs Neutralisierung, Verbleiben im Zollverein und die Schleifung der Bundesfestung. Die Luxemburg-Frage aber hatte durch die nationale Erregung, die sie verursacht hatte, die Verfassungsverhandlungen rascher zum guten Abschluß gebracht. In Frankreich hinterließ der Ausgang des ganzen Handels keinen akuten Groll, weil er international geregelt worden war, so daß auch Napoleons Prestige keine Einbuße erlitten hatte.

Diese beruhigte Stimmung zeigte sich, als König Wilhelm zusammen mit dem Kronprinzen und Bismarck Napoleons Einladung zur Pariser Weltausstellung vom 6. bis 14. Juli Folge leistete, nachdem vorher Zar Alexander mit Fürst Gortschakow auf der Reise nach Paris in Potsdam einen Besuch abgestattet hatte. Der französische Ministerpräsident Marquis de Moustier wollte sich mit Bismarck zwar in keine politischen Unterhaltungen einlassen, aber dem Herzog von Persigny konnte Bismarck doch beruhigende Zusicherungen über die Entwicklung in Deutschland gegenüber Frankreich abgeben. Empfänge, Feste, Paraden folgten einander. Bismarck wurde besonders von Marschall Vaillant bewundert: „Wissen Sie, Graf, daß Sie einen ausgezeichneten Eindruck auf uns machen?“ fragte der. „Alle Welt sagt: wahrhaftig, ein guter Kamerad!“ Und als Bismarck die schönen Paradetruppen Frankreichs lobte, antwortete der liebenswürdige Marschall: „Danke sehr, Graf. Alles recht schön und gut. Aber Ihr seid zu groß neben uns geworden. Wir werden eines Tages die Klingen kreuzen müssen!“ Bismarck erwiderte lächelnd: „Gut, kreuzen wir!“

Bismarck konnte diese kampfesfrische Antwort um so eher

geben, als er wußte, daß die Entwicklung des Norddeutschen Bundes schon stark über den Main nach Süden vordrang, die Gefahr einer neuen Trias in Deutschland, wie zur Zeit des Frankfurter Bundes, Österreich, Südbund, Nordbund nicht mehr drohte, sondern nur die Zweiheit Nordbund-Österreich sich arrangierte und sogar schon vom Fürsten Hohenlohe Bemühungen in Gang gesetzt waren, unter Überwindung der Wiener Verbitterung und Revanchegedanken, ein Bündnis zwischen der Habsburger Monarchie und dem Norddeutschen Bund zustande zu bringen. Die Veröffentlichung der württembergisch-badischen Militärkonventionen (Schutz- und Trutzbündnisse) mit Preußen am 18./19. März hatte einen durchschlagenden Erfolg gehabt, der zwar durch die gerade zugleich in der Öffentlichkeit auftauchende Luxemburger Frage mit der akuten Kriegsgefahr begrenzt wurde, gleichwohl später in der nationalen Gesamtentwicklung fortwirkte, zumal als Bismarck im Gegenschlag gegen Österreichs neue Anlehnungspolitik an Frankreich, die der preußenfeindliche frühere sächsische, jetzt Wiener Außenminister Graf Beust betrieb, nun die Ordnung der wirtschaftlichen Beziehungen des außerösterreichischen Deutschlands, den Zollverein mit der sechsmonatigen Kündigung durch Preußen nutzte, um die lauer gewordenen Südstaaten wieder in die große nationale Richtung zu bringen. Man sprach schon über die Gründung eines weiteren Bundes der süddeutschen Staaten mit dem Norddeutschen Bunde, als Bismarck die Regierungen von München, Stuttgart, Karlsruhe, Darmstadt zu Ministerkonferenzen über die Erneuerung des Zollvereins am 3./4. Juni 1867 nach Berlin telegraphisch einlud. Er wollte nicht nur den fertigen Norddeutschen Bund, sondern auch die zollpolitische Einigkeit mit den Südstaaten als Vorstufe zur gesamtpolitischen Einheit des kleindeutschen Reichs mit nach Paris nehmen. Die leitenden Minister trafen nach Überwindung bayrischer Widerstände die Vereinbarung, ein „Zollparlament" mit der Wiedererneuerung des Zollvereins nach Berlin wählen zu lassen. Am 8. Juli kam zwischen dem Norddeutschen Bund und den süddeutschen Staaten ein Vertrag über einen Zollbundesrat und ein Zollparlament zustande, die durch Mehrheitsbeschlüsse die Gesetzgebung in den gemeinsamen Angelegenheiten ausübten; das Zollparlament setzte sich aus den 297 Mitgliedern des Norddeutschen Reichstags und 85 nach dem Reichstagswahlgesetz gewählten süddeutschen Abgeordneten zusammen

und hat von 1868 bis 1870 wiederholt in Berlin getagt. Bismarck hatte hier die erste parlamentarische Vertretung des kleindeutschen Reichs so geschaffen, daß weder Frankreich noch Österreich oder andere Großmächte Einspruch erheben konnten. Die Wirtschaftsgemeinschaft, mit der nach Bismarcks Worten vom 26. Oktober 1867 die Wehrgemeinschaft, also die Bündnistreue, Hand in Hand ging, vertiefte die Bindungen zwischen Nord- und Süddeutschland und bereitete damit ohne politische Gefahren das Reich weiter vor.

Als Bismarck nach seiner zum ersten Male im neuerworbenen Varzin verlebten Sommerruhe am 2. August nach Berlin zurückkehrte und hier nach einem sechstägigen Aufenthalt in Ems bei König Wilhelm zur Besprechung von Bundesangelegenheiten und Milderung einiger Maßregeln in den neuen Landesteilen die Geschäfte wieder aufnahm, war er schon einen Monat, seit 14. Juli, Kanzler des Norddeutschen Bundes. Er hatte von Varzin aus die Bundeskanzlei und ihren Geschäftsbereich organisiert, sowie den Ministerialdirektor Rudolf Delbrück zum Präsidenten des Bundeskanzleramts, seit 30. August mit dem Titel Wirklicher Geheimer Rat, gemacht. Die erste Sitzung des Bundesrats fand am 15. August statt, die Wahlen zum ersten ordentlichen Reichstag brachten am 31. August mit 151 Nationalliberalen und Freikonservativen unter 297 Abgeordneten eine unbedingte Verfassungsmehrheit, gegen die auch die mehr und mehr Bismarck mißtrauenden 67 Konservativen nichts mehr ausrichten konnten. Bismarck mußte jetzt — fast zehn Jahre lang — mit dem nationalen Liberalismus regieren, wenn ihm dabei auch oft unheimlich zumute war.

Er konnte aber die gesamtdeutsche Entwicklung nur auf parlamentarischem Wege vorwärtstreiben und war darum auf die Majoritäten im Reichstag, Herrenhaus wie Abgeordnetenhaus sowie Zollparlament angewiesen. Er griff immer wieder führend, klärend, wegweisend und im großen Sinne erzieherisch in die Verhandlungen ein. Die erste ordentliche Reichstagssession vom 10. September bis 26. Oktober 1867 erledigte auch endlich das Kriegsdienstgesetz, das in der Konfliktszeit eine große Rolle gespielt hatte, ferner das Bundeshaushaltsgesetz, regelte im übrigen die Freizügigkeit des gemeinsamen Indigenats, das Paß- und Verkehrs-, Maß- und Gewichts-, Post- und Konsulatswesen, die Reform der Hypothekengesetze, die neuen Zollverträge, die Ausbildung der Kriegsmarine und Küstenverteidigung, die Besteuerung des Salzes, den Schiff-

fahrtsvertrag mit Italien, die Fortdauer des Zollvereins mit den Süddeutschen und die Einheit der Handelsmarine, die vom 1. Oktober 1867 an die schwarzweißrote Flagge zeigte. Bismarck legte den höchsten Nachdruck darauf, die Abgeordneten aller Parlamente immer wieder wissen zu lassen, daß „die Hoffnungen, die uns mit unsern Brüdern in Süddeutschland gemeinsam sind, ihrer Erfüllung näher" rückten, daß „der neuerrichtete Bund zunächst nur die Staaten Norddeutschlands umfaßt; aber eine innige nationale Gemeinschaft dieselben stets mit den süddeutschen Staaten vereinigen wird". Er mußte natürlich auf diesem Wege auch stets von den Süddeutschen Vertragstreue verlangen und erwarten. Er machte den Süden darauf aufmerksam, daß die Bündnisverträge nicht für ihn „eine Last, eine Pflicht zur Heeresfolge und nur allein für den Norden von Nutzen" wären; „die Pflicht zur Heeresfolge liegt dem Norden ebensogut dem Süden gegenüber ob, und der Schwächere kann leichter in gefährliche Händel verwickelt werden als der Stärkere, und er erhält an dem norddeutschen Bundesheere eine ganz andere Unterstützung als ein Teil der süddeutschen Wehrkraft in dem jetzigen militärischen Zustande dieses ausgezeichneten kriegerischen Materials uns darzubieten imstande ist". Ebenfalls im Landtage, der am 7. November auch in den neuen Landesteilen neugewählt worden war und vom 15. November 1867 bis 29. Februar 1868 tagte, sorgte Bismarck z. B. bei Beratung des Etats des Ministeriums des Auswärtigen dafür, daß „die Gefühle unserer Bundesgenossen", die beim Gesandtschaftsrecht leicht verwundbar wären, vorsichtig geschont blieben und stets eine gesunde Einheitsstimmung gefördert würde. Er hielt es auch nicht für angebracht, die Souveränität der Bundesgenossen, z. B. des verwaltungstechnisch sich Preußen unterstellenden Waldeck-Pyrmont anzutasten, um die Süddeutschen nicht vor den Kopf zu stoßen. Auch die Abfindungen an die entthronten Fürsten (16 Millionen Taler an den König von Hannover, etwa 9 Millionen Taler an den Herzog von Nassau) benutzte er, um nachzuweisen, daß es Preußens politischen Zielen fern lag, „Eroberungen oder Gewinne außerhalb des höheren nationalen Zweckes" (zur Erfüllung seines deutschen Berufs) zu machen. Immer wieder war sein Bemühen darauf gerichtet, Beruhigung, Versöhnung, Vertrauen und Einmütigkeit zu wecken und zu fördern. Bismarck war durch die eroberte Macht nicht größenwahnsinnig geworden; er behielt

das Maß für alle Entwicklungen und Notwendigkeiten; er wollte es gern allen Abgeordneten, dem ganzen deutschen Volke einimpfen. Deswegen trat er auch für den hannöverschen Provinzialfonds aus dem bisherigen Dominialablösungsfonds und Veräußerungsfonds dieses neuen Landesteils ein: er mußte hier seinen alten Freunden, der Konservativen Partei, deutliche Worte sagen. Es zeigte sich, daß die ehemaligen Parteigenossen des Kanzlers je länger, je weniger Verständnis für seine Politik, die das brauchbare, erhaltenswerte Alte nach sorgsamer Überlegung mit dem guten, fruchtbaren Neuen verband, aufzubringen in der Lage waren. Bismarck zeigte ihnen die Gefahr des Koalitionsministeriums mit allen Folgen der unvermeidbaren Schwankungen in der politischen Ausrichtung. Sein starker Appell mußte schließlich mit der Abwehr eines persönlichen Angriffs seines alten Widersachers von Vincke leidenschaftlicher werden, obwohl Bismarck sich seit 1866 stets liebenswürdiger und konzilianter Formen bediente. Der Appell wirkte: Der Provinzialfonds wurde angenommen, so daß der Landtag am 29. Februar nach fruchtbarer Arbeit geschlossen werden konnte. Die Konservativen beschlossen, von weiterer Opposition abzusehen.

Auch in dem anschließenden Sitzungsabschnitt des Reichstags vom 23. März bis 20. Juni 1868 hatte Bismarck anläßlich der Beratungen über die Anleihe für die Marine und Küstenverteidigung, die Aufhebung von Polizeibeschränkungen bei der Eheschließung sowie der Schuldhaft, die Schließung von Spielbanken, die Postverträge, die Quartierleistungen im Frieden, die Maß- und Gewichtsordnung, das Steuerwesen und den Eintritt Mecklenburgs und Lübecks in den Zollverein Gelegenheiten genug, immer wieder deutlich werden zu lassen, worauf seine Politik abzielte: die Süddeutschen in den Bund zu holen, aber „nicht weil wir ihnen nicht liberal genug sind, sondern weil wir ihnen zu liberal sind", denn die liberalen Süddeutschen wollten sich anschließen, wie der liberalste der süddeutschen Staaten, Baden, zeigte; „die sich nicht anschließen wollen, sind die reaktionären Parteien". Bismarck ließ sich seinen Blick niemals von irgendwelchen Parteibrillen trüben. Deswegen trat er auch in keinen grundsätzlichen Kampf um die parlamentarische Redefreiheit oder gegen das Recht der Regierung, kundzutun, welche Männer sie gewählt zu sehen wünschte. Er warnte davor, daß man sich „neun Monate, nachdem wir die

Verfassung verkündigt haben, nicht mit dem Weiterbau desselben beschäftigte, sondern mit einem hartnäckigen Prinzipienstreit auf den Mauern, die eben den Erdboden zu überschreiten anfangen".

Diesem deutschen Erbübel des Doktrinarismus begegnete er auch im ersten „Deutschen Zollparlament" (27. April bis 23. Mai 1868), als über dessen Kompetenzüberschreitung gestritten wurde, indem er an seine Zirkulardepesche vom 7. September 1867 erinnerte: „Wenn Sie dieselbe mit Aufmerksamkeit lesen", sagte er, „so werden Sie sich überzeugen, daß das Programm der Politik des Norddeutschen Bundes, an welchem dieselbe noch heute festhält, die Selbständigkeit Süddeutschlands in keiner Weise gefährdet, und selbst wenn Sie den Wunsch aussprächen, diese Ihre Selbständigkeit aufzugeben (Sie nennen es so, ich nicht) —, sich dem Norddeutschen Bunde zu nähern, will ich lieber sagen, so müssen Sie diesen Wunsch schon so motivieren, daß er auf beiden Seiten dieselbe günstige Beurteilung fände. Sie halten uns für viel empressierter, als wir es sind. Ich habe das Wort ergriffen, um Sie vollständig darüber zu beruhigen, solange als Sie nicht in freier Entschließung erkennen, daß Ihrer Selbständigkeit im höchsten und weitesten Sinne am besten damit gedient ist, und solange nicht aus dem Grunde Ihres allgemeinen Nationalgefühles diejenige Majorität der Süddeutschen, die überhaupt staatliche Einrichtungen will, erklärt, es sei Ihr Wille, sich dem Norddeutschen Bunde anzuschließen, solange delibrieren Sie in Ruhe über die Gegenstände des Zollvereins. Aber wenn ich mich so gegen das Bestreben jeder Kompetenzerweiterung verwahre, so muß ich auch jedem Bestreben, die vertragsmäßige Kompetenz des Zollvereins zu vermindern, entgegentreten. Ob ein solches Streben hier vorliegt, lasse ich noch unentschieden; dem Herrn Vorredner und allen, die dasselbe Thema mit ihm behandeln, gebe ich zu bedenken, daß ein Appell an die Furcht im deutschen Herzen niemals ein Echo findet!" —

Er wollte ja nur, wie er zum Schluß der Tagung, die den Zoll- und Handelsvertrag mit Österreich, die Grundlage für eine allgemeine Revision der Zollgesetze, eine durchgreifende Abänderung des Zolltarifs, eine gleichmäßige Besteuerung des Tabaks, einen Handels- und Schiffahrtsvertrag mit Spanien angenommen hatte, ausführte, „das gegenseitige Vertrauen der deutschen Stämme und ihrer Regierungen kräftigen und manche Vorurteile zerstören oder

doch mindern, die der einmütigen Liebe zu dem gemeinsamen Vaterlande, welche das gleiche Erbteil aller deutschen Stämme ist, etwa im Wege gestanden haben". Die Abgeordneten — es waren zum ersten Male Süddeutsche mit den Norddeutschen zusammen! — sollten „alle die Überzeugung in die Heimat mitnehmen, daß in der Gesamtheit des deutschen Volkes ein brüderliches Gefühl der Zusammengehörigkeit lebt, welches von der Form, die ihm zum Ausdrucke dient, nicht abhängig ist, und welches gewiß in stetigem Fortschreiten an Kraft zunehmen wird, wenn wir allseitig bestrebt bleiben, in den Vordergrund zu stellen, was uns eint, und zurücktreten lassen, was uns trennen möchte". Darum würden ihm jetzt und in Zukunft zur Richtschnur seiner Politik dienen: „nicht die Macht, die Gott in meine Hand gelegt, sondern die Rechte", über welche freie Verträge zwischen den Bundesgenossen und den verfassungsmäßigen Vertretungen ihrer Staatsbürger abgeschlossen worden sind. Es war eines der tragischen Verhängnisse, daß Bismarcks Rechtspolitik immer wieder als Macht-, ja Gewaltpolitik mißverstanden, kritisiert, verleumdet und propagiert wurde, weil im In- wie im Auslande das Parteidenken die Wahrhaftigkeit betäubte. Schon am 27. Januar 1863 hatte er sich dagegen gewehrt, daß er den von ihm nie gebrauchten Ausspruch: „Macht geht vor Recht" getan hätte. Aber alle Geister, die stets verneinen und jede Autorität bekämpfen, wühlten mit dieser Lüge gegen Bismarcks Größe, um damit Deutschlands Größe zu untergraben ...

Bismarck litt unter diesem böswilligen Mißverstehen, Verdrehen, Verkennen und Verleumden seiner lautersten Grundsätze und Absichten mehr, als die Öffentlichkeit sich klarmachte. Er litt um so mehr darunter, als auch seine alten Parteifreunde und Standesgenossen die gleichen Methoden anwandten und sich ihm immer mehr entfremdeten, so daß er sogar Rücktrittsgedanken hatte und seine nervösen „Fußleiden, Gallenergüsse, Neuralgien im Gesicht" wieder stark auftraten. Er mußte nach dem Zusammenstoß mit den Konservativen am 6. Februar 1868 wieder um Urlaub auf unbestimmte Zeit bitten, blieb aber in Berlin: aus Treue zum König, aus Pflichtgefühl gegenüber seinen Arbeiten. Als er aber am 29. Mai an rheumatischer Affektion des Rippenfells erkrankte, wurde es Zeit, nach Varzin zu gehen. Noch vor Schluß der Reichstagssession zog er sich für mehrere Monate bis Anfang Dezember in sein pommersches Waldreich zurück, sich „aller Geschäfte"

enthaltend, „fast die Kunst des Schreibens verlernend", im ständigen Kampf um regelmäßigen Schlaf, immer zu Fuß und zu Pferde im Freien, jeden Besuch außer nächsten Freunden verabscheuend. Bei einem Ausritt mit Freund Moritz von Blanckenburg am 22. August erlitt er einen schweren Sturz mit seinem Pferde, daß er erst nach Wochen wieder seinen Fuchs besteigen konnte. — Auch im Jahre 1869 war er wieder so erschöpft durch die parlamentarischen Kämpfe und auswärtigen Spannungen, daß er vom 1. Juli bis 1. Dezember in die grüne Einsamkeit seines ihm immer mehr zur innerlichen Heimat werdenden Varzins flüchtete. Seine Gesundheit war bis auf den Lebenskern angegriffen. Bei der geringsten Aufregung, wie seines Vertreters Roon Rücktrittswunsch dies Ende August mit sich brachte, fühlte er sich „todmatt und gallenkrank", spie er „die ganze Nacht Galle", schlief 36 Stunden nicht und war sein Kopf „wie ein Glühofen trotz Umschläge". Freilich war Bismarck an seinen Zuständen nicht ganz schuldlos. Seine Krankheit wäre unheilbar, erklärte Freund Blanckenburg am 8. Oktober, „wenn er in Varzin fortfährt, so ungesund zu leben, wie bisher. Sehr spätes Aufstehen und dann wie ein Förster bis 5 Uhr draußen, essen (und wie!) um 5, 6, 7 Uhr anfangend je nachdem, ½ Stunde Billard und dann die eigentlich nicht zu vermeidende Arbeit gestörter Verdauung." Dann konnte auch die Karlsbader Kur — „still sitzen und Diät halten wie in der Gänsezeit"! schrieb er Roon — wenig helfen. Der Winter brachte dazu noch Aufregung um den Sohn Herbert, der als Bonner Preuße an einem Mensurhieb über den Kopf mit nachfolgender Wundrose bös darniederlag und zu Weihnachten von seinem Vater besucht wurde. Im Frühjahr brach sein Leiden wieder hervor, das erst die wärmere Sonne und die Entfernung aus den Geschäften vertrieben. —

An Bismarck hat sich offenbart, daß nichts so sehr an den gesunden Kräften zehrt, wie die absichtliche und unabsichtliche Verkennung des wahren Wesens und der wahren Weltanschauung eines Mannes. Bismarcks Tragik stammt persönlich zutiefst aus diesem niemals abreißenden Verkanntwerden: durch Freunde und durch Feinde, durch Deutsche und durch das Ausland. Schlug er der Hydra dieser Verleumdung und Mißgunst ein Haupt ab, wuchsen zehn mit Hilfe der Presselügen und der niedrigen Natur der meisten Menschen nach. Bismarck wurde darüber zu einem

Menschenverächter, der sich nur noch in der Einsamkeit der Natur glücklich und frei fühlen konnte. Er war für seine Zeit und Zeitgenossen zu groß, er war allen Deutschen, auch den nach ihm Lebenden zu groß, denn sie drangen selten in seinen innersten Kern vor: den des edlen Menschen, der sich im Reiche der Wirklichkeit erfüllte und verbrauchte, wie Goethe im Reiche der Kunst und des Geistes. Auch in Bismarck war das höchste deutsche Wesen verkörpert; die Menschen seiner wie jeder Zeit sprachen wohl davon, sahen es aber in ihm nicht als erhabene Erscheinung. Er litt darunter bis zur Selbstzerstörung, weil er das wahre deutsche Wesen, durch das die Welt genesen soll, durch die Mißgunst und Unwahrhaftigkeit verkannt sah ...

Gerade weil er ganz Deutscher war und seinem nordischfälischen Blut mit dessen Gesetz der Beharrung und des kämpferischen Ausgreifens gehorchen mußte, ging der Kampf um seine Idee von Deutschland und sein Ideal eines gesamtdeutschen Staates weiter. Er wies die Polen ebenso in ihre Schranken wie die Welfen und die Hessen. Als Preuße, der zum Deutschen geworden war, belehrte er die Hannoveraner: „Wenn das Blut, wenn die Freiheit Preußens aufs Spiel gestellt wird, wenn das ganze Königreich, wie es war, mit seiner glorreichen Krone als Einsatz stand, wenn die Kroaten unser Land mit Plünderung bedrohten, wenn die Fremdherrschaft, ich weiß nicht, auf wie lange, uns bedrohte — wenn man uns in dieser Gefahr einen Stich in die Seite gibt, dann soll man sich danach nicht auf die Seite der Sentimentalität stellen und über schlechte Behandlung klagen.“ Er tat dabei alles, um die hannöversche Bevölkerung zu versöhnen, ließ keine Zerreißung des Landes zu, kämpfte gegen seine konservative Gefolgschaft für den hannöverschen Provinzialfonds und eine große Abfindung an König Georg V. — und doch wurde in Straßburg mit Mitteln des welfischen Fürstenhauses eine Welfenlegion aufgestellt und Kriegshetze gegen Bismarck getrieben. Da mußte Bismarck, wollte er nicht pflichtvergessen sein, sich wehren. „Wir wollen hier nicht zu Gericht sitzen über den gefallenen Gegner“, sagte er am 29. Januar 1869 im Abgeordnetenhaus, zur strafweisen Beschlagnahme des Vermögens des Königs Georg, „aber wir wollen Deutschland vor Schaden bewahren, wir wollen diesem Frevel mit dem Frieden einer großen Nation, mit dem Frieden Europas ein Ende machen gegen diejenigen, welche für persönliche und kleinliche dynastische

Interessen sich berufen fühlen, das Glück und die Ehre des eignen Vaterlandes in Verschwörungen mit dem Auslande zu bedrohen und aufs Spiel zu setzen." Auch gegen den ehemaligen Kurfürsten von Hessen in Prag und seine heftige Agitation gegen den bestehenden Bundesstaat mußte Bismarck vorgehen; er hielt sich an dessen „Aufforderung an fremde Regierungen, gewalttätig den Zustand des Norddeutschen Bundes und Preußens umzustoßen und Provinzen davon loszureißen" und setzte die Beschlagnahme des kurfürstlichen Vermögens mit einer von Ekel über so viel innerliche Untreue vieler Deutschen erfüllten Rede durch.

Es war der Kampf mit dem Partikularismus, der sein Haupt erhob, kaum daß einige Monate seit dem Prager Frieden vergangen waren. Dieser Partikularismus ging skrupellos vor, benutzte die Vermögen der entthronten Fürsten zum Angriff auf den Norddeutschen Bund und wurde durch die Emigranten in Wien, Prag, Frankreich zu einer Friedensgefahr. Er beeinflußte die innerdeutsche Entwicklung bei jeder Gelegenheit, weil er den Kampf um den unitarischen oder um den föderalistischen Ausbau des Bundes nicht zur Ruhe kommen ließ, sosehr Bismarck sich auch bemühte, Parlament und Öffentlichkeit zu einem Abwarten im Sinne seiner organischen Politik mit ihrer Verantwortung gegenüber den Süddeutschen zu bringen. „Wir können die Geschichte der Vergangenheit", sagte er, „weder ignorieren, noch können wir, meine Herren, die Zukunft machen; das ist ein Mißverständnis, vor dem ich auch hier warnen möchte, daß wir uns einbilden, wir könnten den Lauf der Zeit dadurch beschleunigen, daß wir unsere Uhren vorstellen. Mein Einfluß auf die Ereignisse, die mich getragen haben, wird zwar wesentlich überschätzt; aber doch wird mir gewiß keiner zumuten, Geschichte zu machen; das, meine Herren, könnte ich selbst in Gemeinschaft mit Ihnen nicht, eine Gemeinschaft, in der wir doch so stark sind, daß wir einer Welt in Waffen trotzen können; aber die Geschichte können wir nicht machen, sondern nur abwarten, daß sie sich vollzieht. Wir können das Reifen der Früchte nicht dadurch beschleunigen, daß wir eine Lampe darunter halten, und wenn wir nach unreifen Früchten schlagen, so werden wir nur ihr Wachstum hindern und sie verderben. Ich möchte Ihnen deshalb doch mehr Geduld empfehlen, der Entwicklung Deutschlands Zeit zu lassen."

Er hatte aber die Parlamentarier mehr anerkannt, als vor und

in der Konfliktzeit und mußte von jetzt an erfahren, daß diese zum größten Teil unfähig waren und blieben, mit staatsmännischer Verantwortung zu denken, zu sprechen, zu handeln. Bald wollten sie die Verschiedenheit der Wahlrechte für Reichstag und Landtag und das Nebeneinander der beiden großen Parlamente beseitigen, und Bismarck mußte bei Verteidigung dieses Zustandes auf die Gefahr des Berufsparlamentariertums hinweisen. Bald unternahmen sie, zu seiner Erbitterung auch die ihm sonst ergebenen Nationalliberalen, einen Vorstoß zur Einführung verantwortlicher Bundesministerien, um dadurch den Bund zu einem wirklichen Staat zu machen und seine Regierung dem Reichstag, also parlamentarischer Kontrolle zu unterstellen, was Bismarck, der einen Magenkrampf darüber bekam, als Mißtrauensantrag gegen Nord- wie Süddeutschland empfand. „Die Zentralisation ist mehr oder weniger eine Gewalttat", warnte er am 16. April 1869, „und ist ohne einen — wenigstens am Geiste der Verfassung sich versündigenden — Bruch kaum durchzuführen, und ein solcher Bruch, mag er auch in der Form gedeckt oder gerechtfertigt erscheinen, hinterläßt Stellen, die innerlich bluten, und wie lange sie nachbluten, das weiß kein Mensch und kann keiner kontrollieren ... Ich glaube, man soll sich in den germanischen Staaten nicht fragen, wenn man es der Bevölkerung recht machen will: was kann gemeinsam sein? Wie weit kann der große Mund des Gemeinwesens hineinbeißen in den Apfel? — sondern man muß sich fragen: was muß absolut gemeinsam sein? Und dasjenige, was nicht gemeinsam zu sein braucht, das soll man der speziellen Entwicklung überlassen. Damit dient man der Freiheit, damit dient man der Wohlfahrt."

Er konnte auch unter keinen Umständen eine kollegialische Ministerverfassung zulassen; er hielt zum Führerprinzip und wünschte, auch Preußen hätte wie der Bund nur einen verantwortlichen Minister! „Wer einmal an der Spitze eines Ministeriums gestanden hat und gezwungen gewesen ist, auf eigne Verantwortung Entschließungen zu finden, schreckt zuletzt vor dieser Verantwortung nicht mehr zurück; aber er schreckt zurück vor der Notwendigkeit, sieben Leute zu überzeugen, daß dasjenige, was er will, wirklich das Richtige ist. Das ist eine ganz andere Arbeit, als den Staat zu regieren", fügte er in Erinnerung an seine furchtbaren Kämpfe in den Ministerratssitzungen besonders der früheren Jahre und an die „streibaren Räte" um jeden Minister herum hin-

zu. Es kam Bismarck nicht auf Doktrinen und Theorien, Formen und juristische Paragraphen, sondern ausschließlich auf die Lebens- und Entwicklungsfähigkeit des von ihm geschaffenen Norddeutschen Bundes an. Der war für ihn ein lebendiges Wesen, dessen organisches Wachstum auch nur auf organische Weise gesund erhalten und gefördert werden konnte. Deswegen achtete er auch streng auf alle Gefahren, die ihm z. B. von seiten der Finanzen drohten, und hatte nichts dagegen, als der mit ihm befreundete und wegen seiner Verdienste besonders in der Friedenszeit hochgeschätzte Finanzminister von der Heydt im Oktober 1869 durch seinen rheinischen Landsmann Otto Camphausen ausgetauscht wurde, nachdem ein scharfer Kampf um Schaffung neuer Einnahmen für den Bund durch indirekte Verbrauchssteuern und Ablehnung jedes Rückgriffs auf das Staatsvermögen fast ein Jahr getobt hatte. Bismarck wünschte „strengstes Festhalten an dem altpreußischen Grundsatz, daß die laufenden Ausgaben durch laufende Einnahmen gedeckt werden und daß die laufenden Ausgaben auf die Höhe der vorhandenen Deckung beschränkt bleiben müssen, solange nicht Gefahr des Vaterlandes eine Abweichung von dem Satze rechtfertigt“. In fünf großen Reden kämpfte er 1869 für das neue Finanz- und Steuergebäude, das der Bund brauchte, indem er vor allem die Produktivität der Militärausgaben nachwies: „Jeder Staat, dem seine Ehre und Unabhängigkeit lieb ist, muß sich bewußt sein, daß sein Friede und seine Sicherheit auf seinem eignen Degen beruht ...“ „Gerade wie ein Dach vor dem Wetter schützt, ein Deich vor der Überschwemmung, so schützt auch unsere Armee unsere Produktivität in ihrem ganzen Umfange“, erklärte er am 22. Mai 1869 als unwiderlegbaren Lebensgrundsatz Deutschlands. Ebensowenig, wie er den Partikularismus draußen im Lande über sein sachlich berechtigtes Maß hinaus anerkennen konnte, versuchte er, den „Ressortpatriotismus“ gelten zu lassen. Er sah bei allem politischen Denken und Tun im parlamentarischen wie bürokratischen Bezirk, im Innern wie Äußern stets den ganzen Staat. Er hielt hier überall zur Totalität, wie wir heute sagen dürfen. Deswegen beschwor er den Reichstag, das Herrenhaus, das Abgeordnetenhaus, das Zollparlament immer wieder, nichts an der Grundstruktur des Norddeutschen Bundes zu ändern: die Autonomie der einzelnen Landesregierungen sollte nur so weit beschränkt und bekämpft werden, „als es notwendig ist zur Erfüllung der großen

nationalen Zwecke, welche dem Bunde obliegen". Er wollte überzeugen und Übereinstimmung gewinnen, aber nicht majorisieren, überstimmen, vergewaltigen. Er war nirgends und niemals der Mann der brutalen Rücksichtslosigkeit, als den seine Gegner (und tragischerweise auch seine Freunde) ihn immer wieder hinstellten. Er war der Erzieher der Nation, der es sich sogar die Zeit, Mühe und Nerven kosten ließ, alle Abgeordneten regelmäßig wöchentlich zu sich einzuladen, um in der Atmosphäre der Gastlichkeit Meinungen auszutauschen und tieferes Verständnis für seine Politik zu erwecken; diese berühmten „parlamentarischen Abende", zu denen alle Fraktionen, mit Ausnahme der sozialdemokratischen, ihre Mitglieder entsandten, erfreuten sich seit dem Frühjahr 1869 besonderer Beliebtheit, trat der große Kanzler hier seinen politischen Anhängern und Widersachern doch menschlich nahe. Bismarck suchte diese menschliche Beziehung auch, weil die Sozialdemokratie mit ihrem Klassenhaß in diesen Jahren im Reichstag wie auf den Märkten der Industriestädte jene Wühlarbeit gegen das neue Reichshaus begann, die 1918 zum traurigsten „Erfolge" der deutschen Geschichte führte. Bismarck hatte das Fingerspitzengefühl für die politische Lage im Kleinen wie Großen. Diesen politischen Instinkt, der zugleich ein sittlicher ist, wünschte er auch in den Abgeordneten zu wecken, indem er persönlich mit ihnen umging. Sie würden dann vielleicht seine klare Stellungnahme zur Beibehaltung der Todesstrafe im neuen Strafgesetzbuch tiefer verstehen und auch begreifen, daß er „die Entwicklung in Deutschland sehr langsam gehen" lassen müßte. Die Ungeduld über die Reichsverzögerung führte im Januar 1870 in liberalen Kreisen zu der auch von England kommenden Anregung, König Wilhelm mit der Kaiserwürde zu schmücken, um die Krise im Einigungswerk infolge des Rücktritts des einigungswilligen Fürsten Hohenlohe vom bayerischen Ministerpräsidium und von Württembergs Rückzug auf Anwendbarkeit des Bündnisses nur in der Verteidigung zu überwinden. Bismarck konnte auch mit dem ihm „vollständig fremden", „überraschenden" und „unerwünschten" Antrag, Baden in den Norddeutschen Bund aufzunehmen, im Februar 1870 nicht einverstanden sein, weil er keinerlei Druck noch Zwang auf Süddeutschland auszuüben wünschte, sondern die Freiwilligkeit als unerläßliche Voraussetzung für die dauernde Einheit aller Deut-

schen wußte. Das Erreichte sollte im übrigen gar nicht unterschätzt werden ...

Bismarck war bei der Ablehnung des Baden-Antrages darum so ungehalten, weil er ihm außenpolitisch sehr zur Unzeit kam. Je längere Jahre der Norddeutsche Bund in Frieden lebte, desto mehr vergaßen die Abgeordneten, daß die neue Einheit der Deutschen sich zu gleicher Zeit gegenüber den Großmächten durchzusetzen hatte. Bismarck führte diesen Kampf um Anerkennung des Rechts aller Deutschen auf ein geschlossenes Staatshaus, das andere Völker wie England und Frankreich seit Jahrhunderten verwirklicht hatten, möglichst unberedet vom Parlamentarismus. Daß es zugleich ein gewaltiges Ringen um die Erhaltung des Friedens war, ahnten die wenigsten. Anfangs hatte die Öffentlichkeit nach dem Kriege von 1866 noch aufgehorcht und der Reichstag in der Luxemburger Frage interpelliert oder bei Gelegenheit des Bundeskanzleretats, der Gesandtenposten und Konsulargesetze parteiische Kritik an der russenfreundlichen Politik Bismarcks geübt. Bald war es aber in allen Parlamenten um die Außenpolitik still geworden. Nachdem der Prager Friedensvertrag anerkannt war, die Annexionen Preußens keinen Widerspruch mehr gefunden hatten und Frankreichs Kompensationswünsche mit der Londoner Konferenz über Luxemburg zu Grabe getragen waren und die sogenannte Römische Frage, d. h. die Frage der Souveränität des Papstes und seines Kirchenstaates, für die Napoleon Preußen, um Entfremdung zwischen Florenz und Berlin zu säen, vorschieben wollte, im Sande verlaufen war, zeigte Bismarck bei jeder mit Deutschlands Interessen zu vereinbarenden Gelegenheit, daß ihm am guten Verhältnis zu Frankreich sehr viel gelegen war, wenn er auch gegenüber der französischen Unruhe auf die Anlehnungsmöglichkeit an Rußland und auch Österreich hinwies. Österreich konnte allerdings die Niederlage von 1866 nicht so rasch vergessen und verhandelte mit Napoleon immer wieder, um Frankreich zum Verbündeten zu erhalten, auch der französische Kaiser neigte ständig dazu, Wien für seine Zwecke gegen den deutschen Norden einzuspannen. Es kam aber trotz aller Bemühungen des österreichischen Ministerpräsidenten und Kanzlers Frhr. v. Beust zu keinerlei festen Abmachungen, weil Ungarns nunmehriger Leiter Graf Andrassy seit 1867 Österreich nicht wieder in deutsche Verwicklungen geraten lassen wollte. Schließlich fanden im ersten Halbjahr 1870

militärische Besprechungen zwischen Napoleon und Franz Joseph statt, die sich eindeutig gegen Preußen richteten. Bismarck mußte ständig bemüht sein, diese politische Entwicklung zu hemmen und zu lähmen. Er nutzte jetzt die orientalische Frage dazu, indem er das preußische Einverständnis zu den französischen Plänen, Griechenland durch Kandia, Epirus und Thessalien auf Kosten der Türkei zu vergrößern, erklärte, freilich nur um zu erfahren, daß Frankreich es mit dem angebotenen Bündnis und der angeblich gewünschten Einwirkung Preußens gar nicht ernst meinte. Die orientalische Frage ging aber ebenso Rußland wie Österreich an: infolgedessen kam Bismarck, der nach wie vor auf Rußlands Freundschaft den größten Wert legte, auf den Gedanken, auch Österreich an Rußland wieder heranzubringen, und sondierte entsprechend in Petersburg, weil nach seiner Ansicht eine wirkliche Sicherung des Friedens nur im Zusammenstehen der Mächte gegen Frankreich möglich war: „Deutschland hat keine erobernden Tendenzen", schrieb er dem preußischen Gesandten Heinrich VII. Prinz Reuß in Petersburg am 18. April 1867, „es hat sich nur durch innere Kämpfe eine neue und bessere Organisation erworben und durch das Ausscheiden Österreichs sogar eine Verminderung seiner Macht nach außen erfahren. Aber es ist bereit, sich gegen jede unberufene Einmischung zu wehren." Diesen Standpunkt hielt er gegenüber den alarmierenden Nachrichten, die aus Frankreich immer wieder einliefen, aufrecht. In Paris kämpfte Kaiser Napoleon, seit 1866 kein gesunder Mann mehr, den Endkampf um seinen Thron; die chauvinistisch-nationalistischen Gruppen warfen ihm Schwäche gegen Preußen-Deutschland vor und trieben ihn zu ununterbrochenen nervösen Aktionen, um bald an Italien, bald an Preußen, bald an Österreich, bald an Rußland Anschluß und Bundesgenossen zu suchen, um irgendeine Gebietsvergrößerung für sein Kaiserreich hereinzuholen oder dessen durch Großpreußen und die werdende deutsche wie italienische Einheit erschütterte europäische Vorrangstellung zu behaupten und zu beweisen. In der französischen Öffentlichkeit waren Bismarck, Preußen und der deutsche „Militarismus" fortan die „Friedensstörer" in Europa, gegen die Napoleon mit diplomatischen, ja kriegerischen Mitteln einschreiten sollte, um zum mindesten eine weitere Vermehrung der deutschen Macht- und Einflußsphäre zu verhindern. Im Sinne eines kommenden Krieges mußte Bismarck auch die Salzburger

Zusammenkunft von Franz Joseph mit Napoleon im August 1867 verstehen. Er begegnete den ewigen unsicheren Verhandlungen zwischen Wien und Paris mit diplomatischem Meisterkönnen. Er wollte keinen Krieg, denn Deutschland sollte sich in seiner neuen Ordnung erst konsolidieren. Also eröffnete er den Kampf gegen Beust, indem er ihn zuerst zu gewinnen suchte, und als sich dies als unmöglich herausstellte, durch die diplomatischen und journalistischen Mittel einschüchterte. Die Gefahr, die von der orientalischen Frage her drohte, beseitigte er 1868 durch eine Entente mit Rußland, „die eine gegenseitige preußisch-russische Rückendeckung für den Fall eines Doppelangriffs von der österreichischen und französischen Seite vorsah". Er band sich zugleich aber nicht so stark an Rußland, daß eine Annäherung an Österreich unmöglich geworden wäre: im Kampf um die deutsche Einheit mit Frankreich, den er kommen sah, brauchte er ja Österreichs wohlwollende Neutralität ebenso wie die Rußlands.

Andererseits war sein ganzes Bemühen darauf gerichtet, die Vollendung der Einheit friedlich, ohne Krieg mit Frankreich zu erreichen. Deswegen nutzte er die vielen Anlässe, die Frankreich zu einem Kriegsbeginn gab, niemals aus. Er kam Napoleon stets ebenso nach- wie vorsichtig entgegen, schonte Frankreichs Prestigeempfindlichkeit, unterstützte den Nachbarn in der griechisch-türkischen Angelegenheit und drang trotz aller provozierenden französischen Kriegsrüstungen, die England und Rußland als gegen Preußen gerichtet ansahen, auf Gemeinsamkeit des Handelns, indem er Napoleon stützte, wo er konnte. Napoleon hielt freilich unentwegt daran fest, daß er „in der deutschen Frage dem Berliner Kabinett nicht weiter, als bisher entgegenkommen", also keine nord-süddeutsche Einheit unter einer Kaiserkrone dulden könnte. Während der ganzen Jahre von 1866 bis 1870 bestand infolgedessen ein mehr oder weniger offener Spannungszustand zwischen Frankreich und dem Norddeutschen Bund, der jederzeit in einem Krieg explodieren konnte.

Schließlich hatte die Öffentlichkeit sich, zumal da Bismarck seine Politik der Gleichgewichtslage möglichst nicht in der Presse behandeln ließ, derart daran gewöhnt, daß sie sich im tiefsten Frieden glaubte, als der Krieg binnen weniger Stunden wirklich ausbrach. Bei allen Fragen, die auftauchten, mochte es Rumäniens Entwicklung und Bewaffnung unter Fürst Karl von Hohenzollern

sein, oder das österreichische Blau- oder Rotbuch, mochte es sich um Gortschakows Orientprogramm handeln oder um den Konferenzvorschlag zur Lösung der römischen Frage, immer ging es darum, den Krieg zu vermeiden, den einmal Graf Beust zwischen Frankreich und Preußen mit Hilfe der orientalischen Streitigkeiten entfesseln wollte, das andere Mal Frankreichs Rüstungen naherückten. Diesen gegenüber griff Bismarck sogar zum Mittel der Truppenreduktion, um seinen Friedenswillen zu beweisen. Im griechisch-türkischen Konflikt brachte er aber eine Konferenz in Paris zustande, die durch seine ehrliche Maklertätigkeit die Interessen zwischen Rußland, Österreich und den Westmächten ausglich. Wo es nur anging, hielt er sich wie im belgisch-französischen Eisenbahnkonflikt aus gefahrdrohenden Verwicklungen heraus, weil er auch niemals des kühl reservierten, eher mißgünstigen als wohlwollenden, seine Karten nie aufdeckenden Englands sicher sein konnte, das schließlich sogar im Februar 1870 sich von Frankreich zu einem unmöglichen Abrüstungsvorschlag vorschicken ließ. Bismarck überzeugte sich von Jahr zu Jahr mehr, daß Napoleon persönlich zwar keinen Kriegswillen hätte, wenn er auch nicht mehr über die Macht verfügte, seinem durch Presse, Verleumdung und Eitelkeit irregeführten Volke den Krieg verweigern zu können, sobald ein äußerer Anlaß ihn als „Schicksal“ erscheinen ließe ...

Bismarck hielt den Krieg im Sommer 1870 auch schon deswegen nicht für so nahe bevorstehend, weil er ihn für seine Vollendung der deutschen Einheit in „Kaiser und Reich“ nicht brauchte, noch anstrebte, obwohl Napoleon ständig Händel suchte: im Frühjahr 1869 mit Hilfe des französisch-belgischen Eisenbahnkonflikts, im Sommer 1869 bei Badens Wunsch nach Anschluß im Norden, im Herbst 1869 durch neues Aufrollen der nordschleswigschen Frage, im Frühjahr 1870 mit der Mainzer Festungsfrage und der spanischen Hohenzollernkandidatur. Bismarck hatte keinen Kriegswillen: er hatte nur den Willen zur deutschen Einheit.

* *
*

In der Klarheit dieser politischen Überschau und Ausrichtung stand Bismarck allein. Sein König rechnete als alter Soldat und in seiner vorzugsweise soldatischen Umgebung auch mehr mit dem

politischen Mittel des Krieges als sein Bundeskanzler. Diese Einsamkeit des inneren Wissens zwang Bismarck eine Überlast an Arbeit auf: er mußte den Vortrag beim König, die Ministerratssitzungen, Konferenzen und den Verkehr mit den wichtigen Diplomaten fast ganz allein bewältigen, um keinerlei Mißverständnisse noch Fehlentwicklungen aufkommen zu lassen. Die Überanstrengung brachte ihn ständig an den Rand der Erschöpfung. Seine nervöse Gereiztheit erschwerte mitunter die Geschäfte und Verhandlungen. Sie führte am 22. Februar zur Unterbreitung eines mündlichen Abschiedsgesuches durch Rat Wehrmann, weil der König die seit längerem von ihm verlangte Entfernung des ihm seit den Frankfurter Tagen unsympathischen, durch die Veröffentlichung einer Depesche unmöglich gewordenen Florentiner Gesandten Grafen Usedom nicht gewährte, zumal Bismarck sich auch in andern Personal- und lokalen Fragen, z. B. der Frankfurter Ausgleichssumme, vom König verlassen fühlte. Er rief als einzigen Vertrauten, der ihm in so schwerer Stunde zur Seite sein konnte, seinen alten Freund Roon herbei: „Gern spräch ich Sie heut; ich bin mit meinen Kräften wieder fertig; ich kann die Kämpfe gegen den König gemütlich nicht aushalten." Roon eilte zu ihm und konnte bei ihm des Königs „sehr flüchtiges, aber desto eindringlicheres Billet", ein wundervolles Zeugnis der Treue des Souveräns, lesen. Es lautete: „Überbringer dieser Zeilen hat mir Mitteilung von dem Auftrag gemacht, den Sie ihm für sich gegeben haben! Wie können Sie nur daran denken, daß ich auf Ihren Gedanken eingehen könnte! Mein größtes Glück ist es ja, mit Ihnen zu leben und immer fest einverstanden zu sein! Wie können Sie sich Hypochondrien darüber machen, daß eine einzige Differenz Sie bis zum extremsten Schritt verleitet! Noch aus Varzin schrieben Sie mir in der Differenz wegen der Deckung des Defizits, daß Sie zwar anderer Meinung wie ich seien, daß Sie aber bei Übernahme Ihrer Stellung es sich zur Pflicht gemacht hätten, daß, wenn Sie pflichtmäßig Ihre Ansichten geäußert, Sie sich meinen Beschlüssen immer fügen würden. Was hat denn diesmal Ihre so edel ausgesprochenen Ansichten von vor drei Monaten so gänzlich verändert? Es gibt nur eine einzige Differenz, ich wiederhole es, die in Frankfurt a./Main. Die Usedomianer habe ich gestern noch ganz eingehend nach Ihrem Wunsch gesprochen, schriftlich; die Hausangelegenheit wird sich schlichten; in der Stellenbesetzung waren wir einig, aber die In-

dividuen wollen nicht! Wo ist da also Grund zum Extreme? Ihr Name steht in Preußens Geschichte höher, als der irgendeines preußischen Staatsmannes. Den soll ich lassen? Niemals. Ruhe und Gebet soll alles ausgleichen. Ihr treuester Freund Wilhelm." Bismarck war an diesem Abend aber von seiner Absicht eines schriftlichen Abschiedsgesuches durch Roon noch nicht abzubringen, weil der König in der Frankfurter Angelegenheit nicht nachgab. Roon rief ihm am nächsten Morgen nochmals schriftlich zu: „Fassen Sie Ihr Schreiben so, daß ein Einlenken möglich bleibt. Vielleicht haben Sie es noch nicht abgeschickt und können noch daran ändern. Bedenken Sie, daß das gestern empfangene fast zärtliche Billet den Anspruch der Wahrhaftigkeit macht." Der König gestehe doch in den ihm gesetzten Grenzen sein Unrecht und seinen Besserungswillen ein. „Es ist ganz unzulässig, daß Sie die Schiffe verbrennen, Sie dürfen das nicht. Sie würden sich damit vor dem Lande ruinieren, und Europa würde lachen. Die Motive, die Sie leiten, würden nicht gewürdigt werden; man würde sagen: er verzweifelte, sein Werk zu vollenden; deshalb ging er." Diese Worte des unwandelbar treuen, anhänglichen Freundes, der ihn seinerzeit auf seinen Platz geholt hatte, verfehlten ihre Wirkung nicht: Bismarck hielt sein Abschiedsgesuch vorerst zurück, schickte es freilich, vielfach geändert, am 24. an den König, als dieser durch einen Erlaß bei seinem Entschluß der Frankfurter Angelegenheit blieb. Bismarck begründete seine Entlassungsbitte nicht mit der Frankfurter Differenz: „Mein einziges Motiv zu diesem schweren Schritte ist das in den letzten Monaten täglich wachsende Gefühl der Unzulänglichkeit meiner Kräfte und meiner Gesundheit für die Erledigung der unabweisbaren Geschäfte", schrieb er. Es waren vor allem die unkontrollierbaren Einflüsse auf den König, die Personalfragen und die Gegenströmungen aus dem Kronprinzenlager, die Bismarck zu seinem Abschiedsgesuch in der Stimmung seiner Kräfteerschöpfung brachten. Der König antwortete am 26. eigenhändig und ausführlich: „Dank, herzlichen Dank, daß Sie meine Erwartung nicht täuschten!" Die Triftigkeit der Hauptgründe erkenne er an. „Niemand schlägt das Glück", schrieb er u. a., „höher an als ich, daß in einer sechsjährigen so bewegten Zeit dergleichen Differenzen nicht eingetreten sind, aber wir sind dadurch gewöhnt worden, glücklich verwöhnt worden, so daß der jetzige Moment mehr als gerechtfertigt ist, ein Ebranlement zu erzeugen! Ja, kann

ein Monarch seinem Premier ein größeres Vertrauen beweisen als ich, der Ihnen zu so verschiedenen Malen und nun auch jetzt zuletzt noch Privatbriefe zusendet, die über momentan schwebende Fragen sprechen, damit Sie sich überzeugen, daß ich nichts der Art hinter Ihrem Rücken betreibe? Ich sollte glauben, daß ich mein Vertrauen kaum steigern könnte. Daß ich aber überhaupt mein Ohr den Stimmen verschließen sollte, die in gewissen gewichtigen Augenblicken sich vertrauensvoll an mich wenden —, das werden Sie selbst nicht verlangen.

Wenn ich hier einige der Punkte hervorhebe, die Ihr Schreiben als Gründe anführt, die Ihre jetzige Gemütsstimmung herbeiführten, während ich andere unerörtert ließ, so komme ich noch auf Ihre eigene Äußerung zurück, daß Sie Ihre Stimmung eine krankhafte nennen; Sie fühlten sich müde, erschöpft, Sehnsucht nach Ruhe beschleicht Sie. Das alles verstehe ich vollkommen, denn ich fühle es Ihnen nach; — kann und darf ich deshalb daran denken, mein Amt niederzulegen? Ebensowenig wie ich dies darf, ebensowenig dürfen Sie es! Sie gehören sich nicht allein, sich selbst an; Ihre Existenz ist mit der Geschichte Preußens, Deutschlands, Europas zu eng verbunden, als daß Sie sich von einem Schauplatz zurückziehen dürfen, den Sie mit schaffen halfen. Aber damit Sie sich dieser Schöpfung auch ganz widmen können, müssen Sie sich Erleichterung der Arbeit verschaffen, und bitte ich Sie inständigst, mir dieserhalb Vorschläge zu machen. So sollten Sie sich von den Staatsministerialsitzungen losmachen, wenn gewöhnliche Dinge verhandelt werden. Delbrück steht Ihnen so getreu zur Seite, daß er Ihnen manches abnehmen könnte. Reduzieren Sie Ihre Vorträge bei mir auf das Wichtigste usw. Vor allem aber zweifeln Sie nie an meinem unveränderten Vertrauen und an meiner unauslöschlichen Dankbarkeit!! Ihr Wilhelm."

Der König und sein Ministerpräsident fanden sich wieder, weil sie als Führer um ihre Verantwortung wußten. Schlimmer stand es um die Gefolgschaft. Bismarcks Abschiedsgesuch hatte seine Ursache nicht nur in den Reibungen mit dem König, sondern tiefer noch in dem Abfall seiner Gefolgsleute, der Konservativen. Bismarck sprach dies offen am 25. Februar zu seinem Freunde Alexander von Below-Hohendorf aus, als er sich darüber beklagte, daß die konservative Fraktion die Regierung bei der Vorlage des hannöverschen Provinzialfonds im Stiche gelassen. „Sobald das ge-

schieht", schrieb er, „wo es sich bewußtermaßen nicht um Prinzipien, sondern um politische Zweckmäßigkeit handelt, hat die Sache immer die Natur des Mißtrauensvotums in die Einsicht der am Ruder befindlichen Parteimitglieder. In jedem historisch geschulten Volke, in England namentlich, ist so ein Vorgang ganz unmöglich; wer die Dinge besser versteht, muß ans Ruder. Die Regierung bezüglich der Zweckmäßigkeit einzelner Maßregeln, sobald sie sich ernsthaft dafür einsetzt, abzuvotieren, jedes Detail zu bekritteln und anzufechten, ist das eigentliche Gewerbe der Opposition, und welche Partei es tut, die bekämpft die bestehende Regierung; wer nicht sammelt, der zerstreut. Feinde habe ich seit Jahren genug gehabt, sie werden sich auch wieder mehren, die Gefahr aber liegt nicht da, sie liegt in dem Mangel an politischem Sinn und an politischer Disziplin, den die konservative Partei jedesmal zeigt, sobald sie etwas Oberwasser fühlt. Zehn Monate die Dinge lässig und dilettantisch aus der Ferne beobachten, dann auf 3 Wochen oder 3 Tage herkommen und mit fürstlicher Willkür hineingreifen, Freude an jeder Kritik, ein offenes Ohr für jede Lüge, und zorniges Aufwallen, wenn die Invaliden der Arbeit im Ministerium nicht Zeit und Kraft finden, jeden einzelnen freundlich bittend zu überreden, daß die seit Monaten beratene, bearbeitete, diskutierte Sache so oder so nützlicher oder weniger schädlich für das ganze zu machen sei. Wo ist da in Demut zu beten, für den Dilettanten oder für den Fachmann? gewiß für beide, aber auch für den ersteren .... Will jeder Minister sein, so kommt eben die übliche deutsche Politik, d. h. Garnichts heraus. In diesem Zerren und Rechthaben muß jeder Minister, der sich nicht vollkommner Menschenverachtung im Innern und Heuchelei nach außen zulegt, körperlich und geistig zugrunde gehen. Ich bin ziemlich so weit, und wenn mir einer von den ‚Opfern' spricht, so habe ich etwa den Eindruck wie ein Krüppel, der sein Bein verloren hat, und dem der Steuerzahler von den Opfern für die Invalidenpension spricht."

Bismarck erfuhr damals schon, daß die Freimaurerei „stärker als Vernunft, stärker als Pflicht und Dienstehre" sind, wenn er sah, wie der König als Freimaurer dem „Bruder" Usedom und anderen mit größerer Nachsicht als Nichtfreimaurern begegnete. Am schlimmsten aber trieben es die Hofleute: sie „diskutierten meine Nachfolger seit fünf Jahren", schloß er seinen Brief an Below, in-

dem er einmal frei von der Leber weg sprach, „und wenn sie es endlich mit Erfolg täten, so würde ich Gott auf meinen Knien danken. Ich würde dann auch nach meinem Behagen leben, im Winter einige Wochen zu kritischer Inspektion der Minister nach Berlin, um meine Gallenbewegung mit diesen ‚Kammerknechten' zu heben, die dann an meiner Stelle sitzen werden und wenn sie mir einen Wunsch aussprechen, so werde ich Zweifel äußern, ob das ihre wahre Meinung sei, werden sie dann entschiedener oder gar reizbar, so werde ich sagen: Befehlen lassen wir uns nicht. Ich werde mich rächen an meinen Nachfolgern, sobald diese Tagediebe von Ministern behaupten sollten, daß sie nicht Zeit hätten, mich zu überreden. Leider kann ich diesen Übergang aus der Bühne in das kritische Parterre nicht jetzt schon ausführen, denn ich kann den alten Herrn nicht zu seinem 72. Geburtstag im Stich lassen. Aber daß ich mit dieser republikanischen Zerfahrenheit der Konservativen nicht Minister des Kronprinzen sein kann, falls ich meinen alten Herrn überleben sollte, das ist mir klarer wie je geworden. Ich hatte früher zwei weiche Stellen auf dem harten Lager der Berufspflicht, an die ich glaubte, mich lehnen zu können; die eine meine Anhänglichkeit an diesen König, die andere das persönliche Verhältnis zu gleichgesinnten Standes-, Kampfes- und Jugendgenossen. Auf die zweite hat man mir einen Stein gelegt, und die erste soll mir genügen, solange ich in dieser amtlichen Wüste ausharren muß. Schließen Sie aus allen diesen Herzensergüssen nicht, daß ich noch Zorn im Herzen gegen Personen, den einen großen Heuchler ausgenommen, habe, am allerwenigsten könnte ich Ihnen gram sein, sonst kennen Sie mich genug, daß ich dann Ihnen dieses alles nicht schreiben würde. Aber müde bin ich furchtbar, an Geist und Körper, und schlafen hilft mir bisher nicht. Seit dem 9. Dezember 1865 bin ich nicht gesund, 3 Monat Ruhe, fern von hier, würden mir wie ich glaube helfen, aber ich werde sie nicht haben."

Er fand sie fortan jedes Jahr in Varzin. Als er sie aber im Sommer 1870 seit einem Monat genoß, rief das Schicksal ihn zur Ernte der Saat, die er seit zwei Jahrzehnten im Kampfe mit Freund und Feind gesät hatte.

ZWÖLFTES KAPITEL

Von der Emser Depesche bis zum Frieden von Frankfurt
(1870—1871)

Frankreich wurde seit dem 2. Januar 1870 von einem parlamentarischen Ministerium, dem ersten Napoleons III., das die neue konstitutionelle Verfassung des Kaiserreichs durchzuführen hatte, geleitet. Sein Ministerpräsident war der mit einer Tochter Franz Liszts und der Gräfin d'Agoult verheiratet gewesene Advokat Emile Ollivier und sein Außenminister der Wiener Gesandte und Freund des Grafen Beust, Herzog von Gramont. Beide waren mit Kriegsabsichten in den ersten Monaten bzw. Wochen ihrer Arbeit nicht hervorgetreten. „In keiner Zeit war die Aufrechterhaltung des Friedens mehr gesichert als jetzt", erklärte Ollivier am 30. Juni 1870 im Parlament. „Wohin man auch blickt, kann man nirgend eine Frage entdecken, die Gefahr in sich bergen könnte." Auch Bismarcks Vertreter, der Unterstaatssekretär von Thile, der während des Bundeskanzlers Abwesenheit in Varzin die Geschäfte in Berlin führte, erklärte 2 Tage später „mit sichtlichem Wohlgefallen, daß in der politischen Welt beinahe ausnahmslose tiefe Ruhe herrsche".

Diese Beurteilung der politischen Lage war zweifellos richtig, nur war die Ruhe keine wirkliche Ausgeglichenheit der politischen Absichten und Verhaltungsweisen der Großmächte untereinander, sondern eine willensmäßig herbeigeführte Stagnation. Es war Bismarcks Politik gewesen, der sie verursacht hatte: aus dem Wissen heraus, daß die von ihm erstrebte Einigung mit Süddeutschland über die Mainlinie hinüber den Krieg mit Frankreich bedeute, den er bisher stets durch Vor- und Nachsicht verhindert hatte, weil keine Situation ihm so eindeutig schien, daß dadurch der Zorn des deutschen Volkes über die preußischen oder norddeutschen Grenzen hinaus ohne Eingreifen der Mächte entfesselt werden könnte.

Er wußte aber, daß er den Kampf mit dem westlichen Nachbar nur siegreich durchführen und zur Einigung Deutschlands nutzen konnte, wenn alle Deutschen mit Ausnahme Österreichs aus innerer Überzeugung zu den Waffen eilen und Österreich, Italien, Rußland, England sich neutral verhalten würden. Er selbst wollte aus der Stagnation heraus; da er aber tief überzeugt war, daß man keine große Politik machen könnte, wie er wiederholt ausgesprochen hatte, sondern auf die Schicksalsstunde mit Geduld und innerlich wie äußerlich gut vorbereitet warten müßte, wußte er auch, daß er die seinem politisch-ethischen Gewissen entsprechende Gelegenheit nicht verpassen würde, sondern eingreifen müßte, wollte er sein Werk vollenden. Diese Schicksalsstunde und Gelegenheit traten wider sein Erwarten völlig überraschend Anfang Juli ein und führten innerhalb weniger Tage aus der „Ruhe" der Stagnation heraus, die durch die für die Deutschen je länger andauernde, desto unerträglichere Einmischung fremder Mächte, insbesondere Frankreichs in seinen nord-südlichen Einigungswillen hervorgerufen war. Bismarck wußte, daß das deutsche Volk längst als einziges Hemmnis für „Kaiser und Reich" Frankreichs Anmaßung, in Mitteleuropa mitbestimmen zu wollen, ansah. Als diese Anmaßung nun noch in einer anderen Frage, die für Deutschland nicht einmal wichtig war, bei der spanischen Thronkandidatur des Erbprinzen Leopold von Hohenzollern, dessen Vater als Sigmaringer Fürst Karl Anton der Ministerpräsident der „neuen Ära" gewesen war, mit rücksichtsloser Händelsucherei und unverschämtem Auftreten eingriff, packte alle ehrliebenden Deutschen ein zorniger Wille, die Ehre zu schützen und die Franzosen in ihre Schranken zurückzuweisen. Jetzt hatte Bismarck die seelische Lage, die er brauchte, um nicht das preußische Heer unter seinem König wie 1864 oder das preußische Volk wie 1866, sondern das ganze deutsche Volk von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt, gegen Frankreich aufzurufen, ohne zugleich Befürchtungen wegen eines Eingriffs Österreichs oder Rußlands, Englands oder Italiens hegen zu müssen. Frankreich hatte sich unwiderlegbar ins Unrecht gesetzt. Es hatte dazu die Annahme des spanischen Thrones durch den Hohenzollern-Prinzen, der durch seine Großmutter, eine Beauharnais, sogar mit Napoleon, wie dieser wußte, verwandt war, benutzt.

Seitdem Isabella am 18. September 1868 von den Generalen Ser-

rano und Prim durch eine liberale Revolution ihren Thron verloren hatte, auf den sie nach ihrer Flucht nach Paris am 25. Juni 1870 zugunsten ihres Sohnes Alfons XII. verzichtete, war, wie schon vorher in Gesprächen, der Name des 1835 geborenen Hohenzollernprinzen, dessen jüngerer Bruder Karl 1866 Fürst von Rumänien geworden war, in der ganzen Welt als kommender spanischer König genannt und debattiert, weil er durch seine Ehe mit Antonia, der Schwester des regierenden portugiesischen Königs, Ludwigs I. und durch seine Schwester Stefanie, die Witwe des vorhergehenden Königs von Portugal, Peters V., wie kein anderer Fürst berufen schien, die iberische Einheit, Spaniens und Portugals Zusammenschluß herbeizuführen. Der ehemalige preußische Gesandte in Madrid (von 1864 bis 1866) Freiherr Georg von Werthern hatte Anfang November 1866 bei einem Diner in Biarritz, an dem auch das Cortesmitglied Don Eusebio de Salazar teilnahm, völlig privat und ohne Wissen noch Auftrag Bismarcks davon gesprochen, den katholischen Prinzen Leopold zum Nachfolger der spanischen Königin zu wählen; er hatte am 4. Februar 1867 diesen Gedanken der Mutter des Prinzen Friedrich Karl, der Prinzessin Karl, brieflich mitgeteilt, „im Banne der Erfolge von 1864 und 1866". „Wer Augen hat, zu sehen, begreift", schrieb er, „daß das Haus Hohenzollern der Erbe ist der Habsburger. Vergegenwärtigt man sich die Weltstellung, die sich daraus ergeben würde, wenn S. M. der König als Kaiser von Deutschland durch den Prinzen Karl von Rumänien die linke Hand auf den Orient, die rechte durch einen anderen Prinzen des Hauses auf Spanien legen würde, so dürfte es sich wohl verlohnen," ... „diese eine Chance" zu bedenken, ja auf diese „gewagte Nummer" zu setzen. Bismarck lernte dies Schreiben, das der König von seiner Schwägerin erhielt, kennen, ohne Gelegenheit zu nehmen, auf den Gedankengang von Werthern einzugehen. Er sah sofort, daß die orleanistische Kandidatur des Herzogs von Montpensier oder eine Republik in Spanien für Preußen nützlicher wäre, als „eine Napoleon angenehme Lösung", wie er am 3. Oktober 1868 schrieb. Er zog zu dieser Zeit die Kandidatur des Hohenzollernprinzen, des Prinzen Friedrich Karl, die ein Generalkonsul a. D. Schramm propagierte, gar nicht in Erwägung. Noch im Juni 1869 kam der Erbprinz für ihn nicht in Betracht, für den damals auch „kein namhafter spanischer Politiker" eintrat; General Bernhardi, der seit Dezember 1868 in Spanien weilte, „um die militärischen

Ereignisse zu beobachten, deren Schauplatz Spanien werden könnte", meldete noch am 11. Mai 1869, Leopolds Kandidatur wäre „leeres Gerede", mit dem es „ganz gewiß niemandem ernst" wäre. Benedetti war natürlich für sein Frankreich schon ebenso aufgeregt wie Paris: er hatte am 31. März bei Unterstaatssekretär von Thile vorgesprochen und sondiert, ob Preußen eine Thronkandidatur des Hohenzollernprinzen betrieb. Nach Benedetti hätte Thile sogar mit Ehrenwort das abgeleugnet und erklärt, beim Besuch des Wiener spanischen Botschafters Rances y Villanueva zum Geburtstag König Wilhelms am 22. März wäre kein Wort darüber gefallen. Nach Thiles Aufzeichnungen wäre nur von den Zeitungsgerüchten um den Hohenzollernprinzen als „müßiger und gehässiger Erfindung" und von Rances' Eintreten für den Herzog von Montpensier die Rede gewesen. Benedetti blieb freilich weiter mißtrauisch, weil Thile schließlich nicht Bismarck war. Er interpellierte darum nach seinem Pariser April-Besuch, ohne daß Napoleon ihm gegenüber einen klaren Standpunkt zu der ihm anscheinend nicht ganz unerwünschten Kandidatur Leopolds eingenommen hatte, am 8. Mai Bismarck selbst. Und Bismarck erzählte zu Benedettis Enttäuschung, der hoffte, endlich einen Konflikt zur Demütigung Preußens zu finden, daß bei der fürstlich hohenzollernschen Familie „sondiert" worden sei, wie der Prinz sich zu einer eventuellen Wahl stellen würde, und daß mit Gutheißung König Wilhelms I. eine ablehnende Antwort erteilt worden wäre. Er erschreckte Benedetti dann noch mit Prinz Friedrich Karl, dessen protestantisches Bekenntnis freilich allein schon eine Berücksichtigung ausschlösse. Eine Zusicherung eines Verbots oder eines Widerrats des Königs im Falle der Wahl konnte Benedetti von Bismarck nicht erhalten, sondern nur den nichtssagenden Hinweis auf eine mögliche Enthaltung des Königs, die Annahme der Wahl anzuraten, weil die Thronbesteigung wie in Rumänien Gefahren mit sich brächte. Bismarck hatte, wie er am 11. Mai Graf Solms telegraphierte, die Frage „mehr scherzweise" behandelt. Benedetti war ratlos, weil die künftige Haltung des Kanzlers in der spanischen Frage unerkennbar blieb. Bismarck kümmerte sich nicht mehr um die Angelegenheit, zumal, da er ebensowenig wie sein König von dem Septemberbesuch des spanischen Staatsmannes Don Eusebio de Salazar auf der Weinburg beim Fürsten Karl Anton und Erbprinzen Leopold von Hohen-

zollern zur Sondierung der Möglichkeiten einer Thronkandidatur im Einvernehmen mit dem spanischen Ministerpräsidenten Prim etwas erfuhr. Er stand, wie er in den „Gedanken und Erinnerungen" gesagt hat, bis in das Jahr 1870 hinein der Frage politisch ziemlich gleichgültig gegenüber. Erst am 26. Februar 1870 wurde die Angelegenheit für ihn wichtig. An diesem Tage erschien Salazar mit einem Briefe Marschall Prims an den König und an ihn selbst bei ihm, nach dem Spanien eine liberale Monarchie mit freier Entwicklung seiner Hilfsquellen in moderner Einrichtung wünschte. Salazar meldete, daß für die Hohenzollernprinzen — Leopold oder seinen jüngeren Bruder Friedrich — keinerlei Konkurrenz mehr und eine Zweidrittelmehrheit der Cortes vorhanden sei, im Falle ihrer Absage aber die drei Bayernprinzen Ludwig Leopold, Leopold Maximilian und Karl Theodor in Frage kämen. Der König war von dem Plane überrascht und lehnte ihn ebenso wie der Kronprinz ab. Bismarck aber, der sich „die ganze Sache durchzudenken" eine Weile zurückzog, machte sich klar, daß weder von einer spanischen Republik, noch von einem orleanistischen König, noch von der bayrischen Kandidatur so wenig Nachteile wie von der Kandidatur der Hohenzollernprinzen für Preußen zu erwarten wären, wenn er sich auch „in nüchterner Realpolitik" sagte, Leopold würde auf dem spanischen Thron auch nur nationalspanische Politik betreiben und im Falle eines deutsch-französischen Krieges nur Neutralität wahren können. Er erkannte aber die Vorteile einer Hohenzollernmonarchie im Rücken Napoleons, um dessen Angriffspolitik gegen Preußen zu begrenzen, und zur Abwehr einer katholischen Liga. Die Gefahr eines Bruchs mit Frankreich durch die Hohenzollernkandidatur schätzte er nicht so hoch ein, daß diese nicht behutsam, unter Schonung der französischen Empfindlichkeit, mit Zeiteinsatz als innerspanische Angelegenheit betrieben werden könnte, zumal da sie vielleicht auch Napoleons Stellung bis zum Umsturz zu erschüttern vermöchte, der ihm für die Herstellung der deutschen Einheit ohne Krieg nur willkommen gewesen wäre. Vielleicht wäre die Hohenzollernkandidatur aber auch auf andere Weise zu nutzen, um von Napoleon endlich die Zustimmung zur nord-süddeutschen Einheit auf friedlichem Wege zu erlangen. Bismarck beschloß also, „mit dem vollen Gewicht seiner Persönlichkeit für die Annahme der Kandidatur einzutreten", wie Friedrich Thimme sagt, ohne natür-

lich dadurch einen Krieg mit Frankreich herbeiführen zu wollen. „Er erhoffte von der Thronbesteigung eines Hohenzollern in Spanien eine Belebung des deutschen Nationalstolzes und eine Hebung des Ansehens des preußischen Königshauses, die von selbst zu dem Kaisertum der Hohenzollern führe." Also auch diese Angelegenheit wollte er vor allem für die Lösung der Deutschen Frage nutzen. Das war aber nur auf friedlichem Wege möglich. Er trat am 2. März mit einem Immediatbericht an den König heran, „die große historische Zukunftsidee" der Thronkandidatur dem Haupt der Hohenzollernfamilie annehmbar zu machen, nachdem mündliche Verhandlungen mit Don Salazar und Fürst Karl Anton bei dem König in seinem Beisein stattgefunden hatten. Als am 15. März unter Zuziehung des Hausministers von Schleinitz und im Beisein des Kronprinzen ein Konseil in dieser Sache stattfand, wurde die Gefahr eines Krieges überhaupt nicht erörtert, vielleicht um des Königs Bedenken nicht zu vermehren. Zu einer Entscheidung kam es trotz Bismarcks Eintreten für die Annahme des Thrones aber nicht, weil der König sich, auch auf eine Bitte des Fürsten Karl Anton vom 2. April, nicht entschließen konnte, diese dynastische Familienangelegenheit als preußisches Staatsinteresse anzusehen. Bismarck erreichte am 4. April nur, daß Ministerpräsident Prim drei Fragen vorgelegt wurden: Ist die Zweidrittel- oder Dreiviertelmehrheit bei der Wahl gesichert? Sind die Finanzen ausreichend in Ordnung für die Wahrung des Ansehens des neugewählten Königs im In- und Auslande? Besteht Gefahr eines päpstlichen Bannes für den Monarchen durch Annahme der Krone? — Ferner sollte ein von Moltke zu bezeichnender Offizier sich über die Armee-Verhältnisse Spaniens informieren. Er überließ die Entwicklung der Angelegenheit in den nächsten Wochen sich selbst, teils durch die fünfwöchige Gelbsuchtkrankheit und Abwesenheit in Varzin vom 14. April bis 21. Mai, teils durch die Schlußverhandlungen des Reichstags abgehalten, in denen er einen mächtigen Appell an das deutsche Nationalgefühl zur baldigen Vollendung der Einheit und „Gewinnung der Weltstellung" richtete, immer aber auf friedliche Lösung bedacht, zugleich erregt über des preußenfeindlichen Wiener Botschafters Ernennung, Herzog von Gramont, zum französischen Außenminister: „ein höchst kriegerisches Symptom", dem er nun mit der friedlichen Herstellung des deutschen Kaisertums, die er auch mit Zar Alex-

ander auf der Zusammenkunft in Ems Anfang Juni besprach, entgegentreten wollte. Der König hatte in Bismarcks Krankheitszeit, nach Ablehnung der Kandidatur von seiten des Prinzen Friedrich, die spanischen Verhandlungen am 22. April abgebrochen und den nach Spanien entsandten Legationsrat Bucher zurückgerufen. Inzwischen änderte Erbprinz Leopold seine Einstellung; er zeigte sich wieder geneigt, so daß Bismarck nach Rücksprache mit dem Kronprinzen den König zur Neuaufnahme der Angelegenheit bestimmen konnte, sogar mit den Worten, er, der König, werde der Neigung eines der Prinzen zur Annahme nicht entgegentreten; Bismarck dachte durch die spanische Frage die deutsche Stellung zu verbessern und Gramonts Kriegswünsche durch die deutsche Freundschaft mit Spanien einzudämmen. Nach Rücksprachen mit dem König, der zurückhaltend blieb, und Nachrichten aus Spanien schickte er Legationsrat Bucher am 5. Mai zum zweiten Male zu Salazar und zum Ministerpräsidenten Prim, um die inzwischen stattgehabte Entwicklung der Angelegenheit zwischen dem König, Fürst Karl Anton und dessen Söhnen darzulegen. Bismarck rechnete in dem Bucher mitgegebenen Instruktionsbrief mit „einer vorübergehenden Beunruhigung in Frankreich“, die „herbeizuführen oder vermehren“ zu lassen „wir werden zweifellos alles vermeiden müssen“. Er riet deshalb, seine Person ganz aus dem Spiel zu lassen und die ganze Angelegenheit nicht als Staats-, sondern als Privatangelegenheit der Hohenzollernfamilie aufzuziehen. „So würden wir in Europa eine unangreifbare Position gewinnen“, schrieb er in dem auch für Marschall Prim bestimmten Brief. „Schlägt man in Frankreich Lärm, so werden wir ganz einfach fragen: ‚Was wollt Ihr? Wollt Ihr der spanischen Nation und einem deutschen Privatmann ihre Entschlüsse vorschreiben?‘ . . . Nichstdestoweniger wird man über Intrigen schreien und wütend über mich werden, ohne doch einen Angriffspunkt zu finden.“ Bismarck gab nun, nachdem er die Wiederanknüpfung in Spanien in die Wege geleitet und sich aus dieser „reinen Familienangelegenheit“ herausgezogen hatte, die weiteren Nachrichten und Verhandlungen an den Erbprinzen Leopold ab, da er sich in seiner Karlsbader Kur zu Varzin, wo er seit 8. Juni weilte, nicht stören lassen wollte und ihm „jede Handhabe“ fehlte, „um in die Sache weiter fördernd einzugreifen“. „Ich habe Salazar benachrichtigen lassen“, schrieb er dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm am

11. Juni zur Unterstreichung des nichtamtlichen Charakters der Thronkandidatur, „daß direkte Verhandlung mit Se. Durchlaucht dem Erbprinzen meines Erachtens der einzige praktische Weg sei, die Sache zu fördern, da dieser Herr unabhängig gestellt sei, seine Geneigtheit, zu unterhandeln, neuerdings kundgegeben hat und Ihm von seiten der königlichen Regierung Vorschriften nicht gemacht werden könnten, noch würden.“ Durch Bucher erfolgten zugleich in Madrid die notwendigen Aufklärungen, so daß Don Salazar mit Bucher auf Anraten des Ministerpräsidenten Prim und mit Abwarten der Cortes für die Königswahl nach Deutschland reiste und am 19. Juni Leopold unter Vorbehalt der Gutheißung König Wilhelms I. zur Annahme der Krone bewog. König Wilhelm wurde nun in Ems aufgesucht, der auf Buchers Vortrag hin schweren Herzens seine Einwilligung gab, von der Bismarck erst fünf bis sieben Tage später durch den Kronprinzen erfuhr! Da war das Unglück schon geschehen, daß die nach Madrid gesandten Telegramme Salazars Rückkehr durch falsche Entzifferung erst zum 9. Juli anmeldeten und dadurch die Vertagung der Cortes und der Königswahl auf den Herbst veranlaßten. Den bei Bismarck zur Gewinnung eines „freudigeren Vertrauens“ beim König, bei den Hohenzollern aus vielen anderen Gründen höchst willkommenen Zeitgewinn wollte man, wie König Wilhelm am 8. Juli Graf Waldersee erzählte, zu einem Besuch des Erbprinzen Leopold und seiner Frau bei Napoleon nutzen, um die Kandidatur „in aller Freundschaft zur Sprache“ zu bringen und dem Kaiser „angenehm und schmeichelhaft“ erscheinen zu lassen. Auch die Spanier hätten von sich aus bei Napoleon vorstellig werden können, wenn Bismarck auch der Ansicht war, jede souveräne Nation dürfe sich ihren König wählen, ohne andere zu fragen. Damit würde freilich das bisher streng verabredete und durchgeführte Geheimhalten der Kandidatur durchbrochen. Deswegen hatte Ministerpräsident Prim am 2. Juli dem französischen Botschafter Menier Eröffnungen gemacht: die spanische Bombe platzte vorzeitig! Sehr zum Unwillen Bismarcks, denn mit der spanischen Thronfolgefrage glaubte er die Deutschen nicht in eine nationale Erregung gegen Frankreich, wie es durch die gleichzeitige Interpellation Gramonts wegen Mainz leichter möglich gewesen wäre, versetzen zu können. Er sah hier nur die Notwendigkeit eines Rückzuges kommen.

Die Aufregung in Paris, die Pressehetze, die Alarmsucht der französischen Diplomaten, die Kriegspsychose Frankreichs und dessen Verkennung der deutschen Entwicklung, sowie die Volksstimmung seit 1866 führten nun aber die französischen Staatsmänner zu einer so anmaßenden Behandlung der ganzen Angelegenheit, daß dieses französische Auftreten zum Kriegsausbruch führen mußte. Schon am 3. Juli wurde Benedettis Vertreter Le Sourd beauftragt, das Auswärtige Amt in Berlin aufzusuchen, was er am 4. Juli tat. Er fragte Staatssekretär von Thile: „ob das preußische Gouvernement" bei dem Angebot und der Annahme der spanischen Krone durch den Prinzen von Hohenzollern beteiligt sei, da die Madrider Nachricht darüber einen „ungünstigen Eindruck" auf das französische Kabinett mache. Thile erklärte, „daß die Angelegenheit für das preußische Gouvernement nicht existiere und er ihm über etwaige Verhandlungen des Marschalls Prim mit dem Fürsten Auskunft zu erteilen nicht in der Lage sei". Bismarck erklärte am 4. Juli abends 9,45 Uhr aus Varzin zu Thiles Abweisung: „Ganz einverstanden. Ich finde die Anfrage des Franzosen sehr dreist und würde vorschlagen, bei Wiederholung um Formulierung seiner Frage behufs Einholung der Befehle Sr. Majestät über die Antwort zu bitten!" Zugleich ließ er durch den bei ihm weilenden Lothar Bucher bitten, den Botschafter in Paris Freiherrn von Werther „von der Interpellation zu benachrichtigen und zu beauftragen, unsre Überraschung auszudrücken und zu sagen, der Prinz wie die spanische Regierung seien Herren ihres Willens". Werther war aber schon nach Ems abgereist, um hier über „die allerbedenklichsten Eindrücke" von Herzog von Gramont und Ollivier über die Hohenzollernsche Kombination für den spanischen Thron zu berichten. Bismarck war mit diesem Verhalten des Botschafters gar nicht einverstanden: „Wenn Frankreich Fragen, die nur Spanien angehen, uns gegenüber anregt, so hätte Freiherr von Werther deren Erörterung ablehnen und nach Madrid und Reichenhall verweisen sollen", telegraphierte er an Abeken im Gefolge des Königs nach Ems, weil er „unsre sonst unangreifbare Position" durch ein Sicheinmischen in das Verhältnis Spanien-Frankreich oder durch „den Eindruck, als ob wir einzuschüchtern wären", nicht verschlechtern lassen wollte. Nachdem er nun aber abgereist wäre, muß seine Reise, wie Bismarck Abeken brieflich instruierte, „von uns als eine gefällige Be-

reitwilligkeit, sich zu informieren und der befreundeten französischen Regierung möglichst rasch die zugängliche Aufklärung zu verschaffen, geltend gemacht werden". Im übrigen soll Werther eine feste, furchtlose Haltung einnehmen und Paris erklären, es möchte sich an Spanien halten und Preußen aus dem Spiel lassen. „Sobald wir diese Linie in unserer Haltung zur Sache überschreiten", schloß Bismarck sein sich ganz an die Tatsachen haltendes, auch eine falsche Havasmeldung über eine nach Deutschland entsandte spanische Deputation zurückweisendes Schreiben, das seine erste Stellungnahme gegenüber der aufkommenden Erregung in Paris darstellte, „sobald wir auch nur stillschweigend zugeben, daß Frankreich ein Recht habe, uns über diese spanische Angelegenheit zur Rede zu stellen, sobald wir durchblicken lassen, daß wir uns über die Eindrücke Gramonts und Olliviers, welche beide dem Charakter nach Gascogner sind, wenn auch nur Gramont von Geburt, im allermindesten beunruhigt zeigen, so würden wir meines Erachtens in eine sehr fehlerhafte Situation geraten, welche nur mit einem Rückschlage der öffentlichen Meinung zu unserem Nachteil und mit einer Ermutigung Frankreichs uns gegenüber endigen könnte und unsere Fähigkeit, mit Frankreich in Frieden zu leben, sehr beeinträchtigen würde". Werther soll „kühle Verwunderung über die Unruhe, welche Frankreich uns gegenüber zeigt, in Paris an den Tag legen". Bismarck ging es von Anfang an um den Frieden: am 6. Juli schrieb er dem Kronprinzen um eine Einwirkung auf England zur Beruhigung und Friedensvermittlung bei Napoleon sowie Anweisung des Fürsten Karl Anton zu einem direkten Schritt bei dem ihm naheverwandten Kaiser.

Ehe aber diese beruhigenden Maßnahmen zur Wirkung kommen konnten, stellte sich Stunde um Stunde mehr heraus, daß Paris und sein Außenminister Herzog von Gramont, wie er es auch klar und genau zu Fürst Metternich am 8. Juli aussprach, entschlossen waren, mit der spanischen Sache den lange gesuchten Konflikt mit Preußen zu entfesseln, weil nach französischer Ansicht die spanische Frage nicht mit dem deutschen Einheitsstreben zusammenhinge und darum das deutsche Ehr- und Nationalgefühl nicht treffe. Gramont ging am 6. Juli in der französischen Deputiertenkammer zum Angriff über. „Wir glauben nicht", erklärte er, „daß die Achtung vor den Rechten eines Nachbarlandes uns verpflich-

tet, zu dulden, daß eine fremde Macht, indem sie einen ihrer Prinzen auf den Thron Karls V. setzt, dadurch zu ihrem Vorteil das gegenwärtige Gleichgewicht der Mächte Europas stören und so die Interessen und die Ehre Frankreichs gefährden könnte. Wir hoffen, daß die Eventualität sich nicht verwirklichen wird; wir rechnen dabei auf die Weisheit des deutschen und die Freundschaft des spanischen Volkes. Wenn es anders kommen sollte, so würden wir, stark durch Ihre Unterstützung und die der Nation, unsere Pflicht ohne Zaudern und ohne Schwäche zu erfüllen wissen." Diese, wie Bismarck sagte, „über alle Erwartung anmaßende und plumpe Sprache" wurde nun von einem Presselärm, der ebensowenig wie der französische Ministerpräsident Ollivier die Lüge ausließ, begleitet, daß „jede Möglichkeit des Einlenkens" abgeschnitten werden sollte. Der Vertreter des deutschen Botschafters in Paris, Graf Solms, meldete am 9. Juli „immer drohendere Situation", „Französische Rüstungen bereits im Gange", „Kriegserklärung Frankreichs unmittelbar bevorstehend bei nicht definitiver Verhinderung der Thronkandidatur durch Preußen", „Frankreich scheint diese Gelegenheit zum Kriege besonders vorteilhaft, weil das Objekt kein deutsches und dieser Krieg hier populär ist". Bismarck aber bewahrte die Nerven gegenüber allem Alarm, ließ die Kriegsdrohungen „trocken", „kurz" und stolz mit Hinweis auf Wehrbereitschaft abweisen, informierte die deutsche Presse zur Abwehr mit Direktiven, Themata sowie mit Entwürfen und bereitete die Einberufung des Reichstags, sowie die süddeutschen Fürsten auf die Kriegsgefahr vor und erklärte zugleich „jede in Paris" im Sinne der Einigkeit deutscher Abwehr, „von Süddeutschland gegebene Andeutung" der Einhaltung des Friedens für nützlich.

Inzwischen erschien am 9. Juli Benedetti aus Wildbad in Ems beim König, der ihm „die Sachlage einfach erzählt: er sei nicht als König von Preußen, sondern als Haupt der Familie befragt und habe, als der Prinz nach langer Erwägung sich entschlossen, seine Einwilligung nicht versagen können. Seine einmal erteilte Zustimmung könne er nicht zurücknehmen; was die Hohenzollernschen Fürsten tun würden, wüßte er nicht und könne keinen Einfluß darauf üben". Benedetti beruhigte sich vorerst mit dieser Auskunft des Königs, weil er auf einen Verzicht der Hohenzollern-Prinzen hoffte, den er in Ems abwarten wollte. Bismarck fürch-

tete, der König würde in seiner gütigen Art Benedetti nicht kühl und fest genug entgegentreten, und bot deshalb sein Kommen nach Ems für den 10. Juli nachmittags an, indem er zugleich beruhigend einwirkte. Am 11. Juli ließ er durch Wolffs Telegraphenbüro und die Presse die Öffentlichkeit die preußisch-deutsche Stellungnahme zum Pariser Lärm wissen: „Das Auswärtige Amt hat den Vertretern des Bundes in Deutschland die Mitteilung zugehen lassen, daß die verbündeten Regierungen und insbesondere die Königlich-Preußische sich jeder Einwirkung auf die spanische Königswahl und auf deren eventuelle Annahme oder Ablehnung durch einen der zu Wählenden bisher enthalten haben und auch ferner enthalten werden, indem sie diese Angelegenheit als eine ausschließlich Spanien und den demnächst gewählten Thronkandidaten persönlich angehend jederzeit betrachtet und behandelt haben, wie das die Achtung vor der Unabhängigkeit Spaniens von selbst bedinge. Vorstehendes sei der Kaiserlich Französischen Regierung bekannt, wenn auch eingehendere und vertrauliche Erörterungen durch den Ton verhindert worden seien, in welchem diese Angelegenheit von Hause aus durch französische Minister öffentlich besprochen worden.“ Er bemühte sich, einen Ausweg aus der Sackgasse zu finden. Der König wurde inzwischen von Benedetti zum zweiten Male bedrängt, er solle seinen Einfluß auf den Erbprinzen zur Aufgabe der Kandidatur ausüben. Er konnte unmöglich diesem ehrverletzenden Ansinnen nachgeben. Er mußte seine Souveränität wahren und den Eindruck vermeiden, als habe Frankreich den König zur Rücknahme seiner Einwilligung, zur Einflußnahme auf den Erbprinzen gezwungen. Zugleich war die durch Englands und Rußlands Widerstand unmöglich gewordene Kandidatur durch freiwilligen, selbständigen Verzicht des Erbprinzen auf würdige Weise zu bereinigen: er fand den richtigen Weg in der Bedingung, die der Erbprinz mit der Annahme der spanischen Krone verbinden sollte, „daß Spanien, falls Deutschland wegen dieser Sache von Frankreich angegriffen wird, sofort seinerseits Krieg an Frankreich erkläre und beginne“. Bevor es aber zu dieser guten Maßnahme für die Erhaltung des Friedens kam, trat der Erbprinz in Sigmaringen am 12. Juli zurück. Diese Erledigung der Angelegenheit erregte Bismarck, der auf der Fahrt nach Ems gerade in Berlin eingetroffen war, so stark, daß er nach Beratung mit Roon und Graf Eulenburg diesen zum König, der

inständig gebeten wurde, „Benedetti keine Erklärung irgendwelcher Art zu geben“, nach Ems schickte, um zu verhindern, daß „der Eindruck unter französischer Drohung gemachter Konzession des Königs“ mit des Erbprinzen Entschluß, der nur nach Madrid zu senden sei, entstünde. Der Erbprinz hatte aber auch schon an den spanischen Botschafter Olozaga in Paris, der damit sofort zu Gramont gelaufen war, telegraphiert, und Gramont hatte Werther das Telegramm gezeigt. Bismarck wurde durch diesen Vorgang tief niedergeschlagen, weil die französische Diplomatie den Thronverzicht nun als ihren Erfolg ausbeuten konnte. Er durfte aber, um den Glauben an Preußens Beruf, Deutschland zu schaffen und zu führen, nicht erschüttern zu lassen, auf keinen Fall dulden, daß hier eine „Demütigung vor Frankreich und seinen renommistischen Kundgebungen“ vorliege. Bismarck sah die einzige Möglichkeit am 12. Juli abends nur in der Forderung nach Genugtuung für die Gramontschen Reden und verlangte darum, daß Werther aus diesem Grunde Paris mit Urlaub verlasse. Er telegraphierte nun seinerseits an die vier deutschen Höfe sowie nach Madrid, der Erbprinz habe auf englischen Einfluß hin verzichtet. Am selben Tage aber stellte Gramont in Paris das unverschämte Ansinnen, König Wilhelm solle Napoleon einen Sühnebrief schreiben, durch den er des Prinzen Thronverzicht billige, sich ihm anschließe und darüber hinaus aber noch versichere, er hätte mit der früheren Genehmigung der Kandidatur weder den Interessen noch der Würde der französischen Nation zu nahe treten wollen, und hoffe und wünsche, jeder Grund zum Zwiespalt zwischen beiden Regierungen sei nunmehr geschwunden. Werther wagte nicht, diese demütigende Ehrlosigkeit nach Ems oder Berlin zu telegraphieren, sondern schickte sie mit Kurier nach Ems, wo sie am 13. Juli nachmittags eintraf und von wo Bismarck durch Telegramm auszugsweise um Mitternacht, durch Brief am 14. Juli vormittags informiert wurde. Bismarck war sich aber am 13. Juli, auch in einer langen Unterredung mit dem englischen Botschafter Lord Augustus Loftus, über die Situation klar geworden: Frankreich wollte den Krieg unter allen Umständen. Er telegraphierte Werther, „daß wenn wir nicht in diesen Tagen völlig beruhigende Auslassungen über die Intentionen Frankreichs erhalten“, er dem Könige „vorschlagen werde, den Norddeutschen Reichstag für Anfang nächster Woche einzuberufen, um mit ihm unsere Haltung

zu beraten". Für diese Aufforderung an Frankreich brauchte er die Mitwirkung des Königs, den er nun zusammen mit Roon und Moltke am 13. Juli spätnachmittags telegraphisch um Rückkehr nach Berlin bat, die am 14. für den 15. zugesagt wurde. In Ems war es am Vormittag zu der berühmten Szene auf der Brunnenpromenade gekommen: Benedetti hatte sich König Wilhelm genähert und von ihm auf Weisung Gramonts verlangt, er solle sich für alle Zukunft zur Ablehnung der Kandidatur verpflichten. Der König hatte diese Unverschämtheit mit größter Entschiedenheit abgelehnt und für die Billigung des Thronverzichts auf das Abwarten von Nachrichten aus Sigmaringen verwiesen; er würde ihn nach ihrem Eintreffen rufen lassen. Der König verzichtete dann aber, tief verletzt durch Benedettis Frechheit, auf die Gewährung einer weiteren Audienz an den Botschafter, ließ ihm durch den Flügeladjutanten Fürst Anton Radziwill mündlich die aus Sigmaringen eingegangene Bestätigung des Thronverzichtes übermitteln und sagen, er sähe die Angelegenheit damit als erledigt an. Er ließ dann freilich auf einen abermaligen Audienzantrag Benedettis mit denselben Forderungen durch den Prinzen Radziwill unter Ablehnung der Audienz ihm mündlich erklären, daß er „die Verzichtleistung des Prinzen Leopold in demselben Sinne und in demselben Umfange approbiere, indem er dies vorher mit der Annahme der Kandidatur getan hätte". Diesen letzten Vorgang fügte Abeken aber seiner berühmten Emser Depesche, die nachmittags 3,50 Uhr aufgegeben wurde, nicht ein, sondern er berichtete nur die Vorgänge bis zum ersten mündlichen Bescheid. Bismarck erhielt Abekens um 6,09 Uhr in Berlin eintreffende Depesche, als er zusammen mit Roon und Moltke bei Tisch saß. Er hatte seinen Gästen gerade seinen Rücktrittsentschluß und seine An- und Absichten mitgeteilt. „Beide waren sehr niedergeschlagen und machten mir indirekt Vorwürfe, daß ich die im Vergleiche mit ihnen größere Leichtigkeit des Rückzugs aus dem Dienste egoistisch benutzte. Ich vertrat die Meinung, daß ich mein Ehrgefühl nicht der Politik opfern könne, daß sie beide als Berufssoldaten wegen der Unfreiheit ihrer Entschließung nicht dieselben Gesichtspunkte zu nehmen brauchten, wie ein verantwortlicher auswärtiger Minister. Während der Unterhaltung wurde mir gemeldet, daß ein Ziffertelegramm, wenn ich mich recht erinnere, von ungefähr 200 Gruppen, aus Ems, von dem Geheimrat Abeken unterzeichnet, in der

Übersetzung begriffen sei. Nachdem mir die Entzifferung überbracht war, welche ergab, daß Abeken das Telegramm auf Befehl Sr. Majestät redigiert und unterzeichnet hatte, las ich dasselbe meinen Gästen vor, deren Niedergeschlagenheit so tief wurde, daß sie Speise und Trank verschmähten. Bei wiederholter Prüfung des Aktenstücks verweilte ich bei der einen Auftrag involvierenden Ermächtigung seiner Majestät, die neue Forderung Benedettis und ihre Zurückweisung zugleich sowohl unserm Gesandten, als in der Presse mitzuteilen. Ich stellte an Moltke einige Fragen in bezug auf das Maß seines Vertrauens auf den Stand unserer Rüstungen, resp. auf die Zeit, der dieselben bei der überraschend aufgetauchten Kriegsgefahr noch bedürfen würden. Er antwortete, daß er, wenn Krieg werden sollte, von einem Aufschub des Ausbruchs keinen Vorteil für uns erwarte; selbst wenn wir zunächst nicht stark genug sein sollten, sofort alle linksrheinischen Landesteile gegen französische Invasion zu decken, so würde unsere Kriegsbereitschaft die französische sehr bald überholen, während in einer späteren Periode dieser Vorteil sich abschwächen würde; er halte den schnellen Ausbruch im ganzen für uns vorteilhafter, als eine Verschleppung.

„Der Haltung Frankreichs gegenüber zwang uns nach meiner Ansicht das nationale Ehrgefühl zum Kriege, und wenn wir den Forderungen dieses Gefühls nicht gerecht wurden, so verloren wir auf dem Wege zur Vollendung unserer nationalen Entwicklung den ganzen 1866 gewonnenen Vorsprung, und das 1866 durch unsere militärischen Erfolge gesteigerte deutsche Nationalgefühl südlich des Mains, wie es sich in der Bereitwilligkeit der Südstaaten zu den Bündnissen ausgesprochen hatte, mußte wieder erkalten. Das in den süddeutschen Staaten neben dem partikularistischen und dynastischen Staatsgefühle lebendige Deutschtum hatte bis 1866 das politische Bewußtsein gewissermaßen mit der gesamtdeutschen Fiktion unter Österreichs Leitung beschwichtigt, teils aus süddeutscher Vorliebe für den alten Kaiserstaat, teils in dem Glauben an die militärische Überlegenheit desselben über Preußen. Nachdem die Ereignisse den Irrtum der Schätzung festgestellt hatten, war grade die Hilflosigkeit der süddeutschen Staaten, in der Österreich sie beim Friedensschlusse gelassen hatte, ein Motiv für das politische Damaskus, das zwischen Varnbülers ‚Vae Victis‘ und dem bereitwilligen Abschluß des Schutz- und Trutzbündnisses

mit Preußen lag. Es war das Vertrauen auf die durch Preußen entwickelte germanische Kraft und die Anziehung, welche einer entschlossenen und tapferen Politik innewohnen, wenn sie Erfolg hat, und dann sich in vernünftigen und ehrlichen Grenzen bewegt. Diesen Nimbus hatte Preußen gewonnen; er ging unwiderruflich oder doch auf lange Zeit verloren, wenn in einer nationalen Ehrenfrage die Meinung im Volke Platz griff, daß die französische Insulte ‚La Prusse cane' einen tatsächlichen Hintergrund habe.

„In derselben psychologischen Auffassung, in welcher ich 1864 im dänischen Kriege aus politischen Gründen gewünscht hatte, daß nicht den altpreußischen, sondern den westfälischen Bataillonen, die bis dahin keine Gelegenheit gehabt hatten, unter preußischer Führung ihre Tapferkeit zu bewähren, der Vortritt gelassen werde, und bedauerte, daß der Prinz Friedrich Karl meinem Wunsche entgegengehandelt hatte, in derselben Auffassung war ich überzeugt, daß die Kluft, die die Verschiedenheit des dynastischen und Stammesgefühls und der Lebensgewohnheiten zwischen dem Süden und dem Norden des Vaterlandes im Laufe der Geschichte geschaffen hatte, nicht wirksamer überbrückt werden könne, als durch einen gemeinsamen nationalen Krieg gegen den seit Jahrhunderten aggressiven Nachbarn. Ich erinnere mich, daß schon in dem kurzen Zeitraume von 1813 bis 1815 von Leipzig und Hanau bis Belle-Alliance, der gemeinsame und siegreiche Kampf gegen Frankreich die Beseitigung des Gegensatzes ermöglicht hatte zwischen einer hingebenden Rheinbundspolitik und dem nationaldeutschen Aufschwung der Zeit von dem Wiener Kongresse bis zu der Mainzer Untersuchungskommission, unter der Signatur Steins, Görres, Jahn, Wartburg (1817) bis zu dem Exzeß von Sand (1819). Das gemeinsam vergossene Blut von dem Übergange der Sachsen bei Leipzig bis zu der Beteiligung unter englischem Kommando bei Belle-Alliance hatte ein Bewußtsein gekittet, vor dem die Rheinbunds-Erinnerungen erloschen. Die Entwicklung der Geschichte in dieser Richtung wurde unterbrochen durch die Besorgnis, welche die Übereilung des nationalen Drangs für den Bestand staatlicher Einrichtungen erweckte.

„Dieser Rückblick bestärkte mich in meiner Überzeugung und die politischen Erwägungen in Betreff der süddeutschen Staaten fanden mutatis mutandis auch auf unsere Beziehungen zu der Bevölkerung von Hannover, Hessen, Schleswig-Holstein Anwendung.

Daß diese Auffassung richtig war, beweist die Genugtuung, mit der heut, nach 20 Jahren, nicht nur die Holsteiner, sondern auch die Hanseaten, der 1870er Heldentaten ihrer Söhne gedenken. Alle die Erwägungen, bewußt und unbewußt, verstärkten in mir die Empfindung, daß der Krieg nur auf Kosten unserer preußischen Ehre und des nationalen Vertrauens vermieden werden könne.

„In dieser Überzeugung machte ich von der mir durch Abeken übermittelten königlichen Ermächtigung Gebrauch, den Inhalt des Telegramms zu veröffentlichen, und reduzierte in Gegenwart meiner beiden Tischgäste das Telegramm durch Streichungen, ohne ein Wort hinzuzusetzen oder zu ändern, auf die nachstehende Fassung:

‚Nachdem die Nachrichten von der Entsagung des Erbprinzen von Hohenzollern der kaiserlich französischen Regierung von der königlich spanischen amtlich mitgeteilt worden sind, hat der französische Botschafter in Ems an Se. Majestät den König noch die Forderung gestellt, ihn zu autorisieren, daß er nach Paris telegrafiere, daß Se. Majestät der König sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur wieder zurückkommen sollten. Se. Majestät der König hat es darauf abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen, und demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, daß Se. Majestät dem Botschafter nichts weiter mitzuteilen habe.‘

„Der Unterschied in der Wirkung des gekürzten Textes der Emser Depesche im Vergleich mit der, welche das Original hervorgerufen hätte, war kein Ergebnis stärkerer Worte, sondern der Form, welche diese Kundgebung als eine abschließende erscheinen ließ, während die Redaktion Abekens nur als ein Bruchstück einer schwebenden und in Berlin fortzusetzenden Verhandlung erschienen sein würde.

„Nachdem ich meinen beiden Gästen die konzentrierte Redaktion vorgelesen hatte, bemerkte Moltke: ‚So hat das einen anderen Klang, vorher klang es wie Schamade, jetzt wie eine Fanfare in Antwort auf eine Herausforderung.‘ Ich erläuterte: ‚Wenn ich diesen Text, welcher keine Änderungen und keinen Zusatz des Telegramms enthält, in Ausführung des Allerhöchsten Auftrags sofort nicht nur an die Zeitungen, sondern auch telegrafisch an alle unsere Gesandtschaften mitteile, so wird er vor Mitternacht in

Paris bekannt sein, und dort nicht nur wegen des Inhalts, sondern auch wegen der Art der Verbreitung den Eindruck des roten Tuches auf den gallischen Stier machen. Schlagen müssen wir, wenn wir nicht die Rolle des Geschlagenen ohne Kampf auf uns nehmen wollen. Der Erfolg hängt aber doch wesentlich von den Eindrücken bei uns und andern ab, die der Ursprung des Krieges hervorruft; es ist wichtig, daß wir die Angegriffenen seien und die gallische Überhebung und Reizbarkeit wird uns dazu machen, wenn wir mit europäischer Öffentlichkeit, soweit es uns ohne das Sprachrohr des Reichstags möglich ist, verkünden, daß wir den öffentlichen Drohungen Frankreichs furchtlos entgegentreten.'

„Diese meine Auseinandersetzung erzeugte bei den beiden Generalen einen Umschlag zu freudiger Stimmung, dessen Lebhaftigkeit mich überraschte. Sie hatten plötzlich die Lust zu essen und zu trinken wiedergefunden und sprachen in heiterer Laune. Roon sagte: ,Der alte Gott lebt noch und wird uns nicht in Schande verkommen lassen.' Moltke trat soweit aus seiner gleichmütigen Passivität heraus, daß er sich mit freudigem Blick gegen die Zimmerdecke und mit Verzicht auf seine sonstige Gemessenheit in Worten, mit der Hand vor die Brust schlug und sagte: ,Wenn ich das noch erlebe, in solchem Kriege unsere Heere zu führen, so mag gleich nachher »die alte Carcasse« der Teufel holen.' Er war damals hinfälliger, als später und hatte Zweifel, ob er die Strapazen des Feldzugs überleben werde."

Abekens Telegramm hatte gelautet:

„Ems den 13. Juli 1870.

„Seine Majestät der König schreibt mir:

Graf Benedetti fing mich auf der Promenade ab, um auf zuletzt sehr zudringliche Art von mir zu verlangen, ich sollte ihn autorisieren, sofort zu telegrafieren, daß ich für alle Zukunft mich verpflichtete, niemals wieder meine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur zurückkämen. Ich wies ihn, zuletzt etwas ernst, zurück, da man à tout jamais dergleichen Engagements nicht nehmen dürfe, noch könne. — Natürlich sagte ich ihm, daß ich noch nichts erhalten hätte, und da er über Paris und Madrid früher benachrichtigt sei, als ich, er wohl einsähe, daß mein Gouvernement wiederum außer Spiel sei.

Seine Majestät hat seitdem ein Schreiben des Fürsten bekom-

men. Da Seine Majestät dem Grafen Benedetti gesagt, daß er Nachricht vom Fürsten erwarte, hat Allerhöchstderselbe mit Rücksicht auf die obige Zumutung, auf des Grafen Eulenburg und meinen Vortrag beschlossen, den Grafen Benedetti nicht mehr zu empfangen, sondern ihm durch seinen Adjutanten sagen zu lassen: daß Seine Majestät jetzt vom Fürsten die Bestätigung der Nachricht erhalten, die Benedetti aus Paris schon gehabt, und dem Botschafter nichts weiter zu sagen habe.

Seine Majestät stellt Eurer Excellenz anheim, ob nicht die neue Forderung Benedettis und ihre Zurückweisung sogleich sowohl unseren Gesandten, als in der Presse mitgeteilt werden sollte?"

Der Vergleich zeigt jedem wahrheits- und ehrliebenden Menschen, daß Bismarck kein Wort zugesetzt, nichts in der Gedanken- und Wortfolge verändert, ja sogar die aburteilenden, also verschärfenden Worte gestrichen, kurzum so redigiert hatte, wie es von jeher in allen Staaten der Welt mit nicht zur Veröffentlichung bestimmten Texten geschieht, wenn sie für die Öffentlichkeit fertiggemacht werden.

Mit der Veröffentlichung der Emser Depesche hatte Bismarck die „französische Ohrfeige", über die er zu Roon am 12. Juli gesprochen hatte, vergolten. Frankreich war nunmehr öffentlich ins Unrecht gesetzt, weil es sich selbst ins Unrecht gesetzt hatte. Das wollte es damals und später nie zugeben. Da die sachlichen Beweise seiner Kriegsabsicht und beleidigenden Zumutungen nicht zu beseitigen waren, arbeitete es fortan mit Lügen: so leugnete Gramont z. B., einen „Entschuldigungsbrief" von König Wilhelm verlangt zu haben, indem er die Wortklauberei betrieb, er habe das Wort „Entschuldigung" nicht gebraucht, er gab aber nicht zu, daß seine Direktiven an Frhr. von Werther nichts anderes als eine „Entschuldigung" darstellten. Frankreich mußte sich jetzt entscheiden: Frieden oder Krieg! Bis zu der am 19. Juli übergebenen französischen Kriegserklärung, die die Ablehnung der Forderungen Benedettis als Ursache des Krieges bezeichnete, wurde von keiner Seite mehr ein Schritt zum Ausgleich unternommen. Der deutsche Botschafter in Paris, Frhr. von Werther, wurde sofort beurlaubt, weil er bereit gewesen war, „sich zum Träger einer beleidigenden Zumutung zu machen". Benedetti erhielt am 19. Juli seine Pässe.

Als der König am 15. früh die Bismarcksche Fassung der De-

pesche las, rief er erschreckt: „Der Krieg!“ Er überzeugte sich aber noch am selben Tage auf der Fahrt nach Berlin, daß alle Deutschen diesen Krieg als gerecht und notwendig empfanden, ja begeistert forderten. Bismarck, Roon und Moltke waren dem 73jährigen Monarchen bis Brandenburg entgegengefahren. Bismarck hatte noch am 14. Juli dem badischen Großherzog geraten, „für Sicherstellung der dortigen Artillerie und Rastatt ohne Verzug Sorge zu tragen“, weil „unsere Mobilmachung mit der Kriegserklärung so gut wie identisch ist“ und deswegen noch nicht ergehen konnte; er hatte ferner auf die Meldung vom 12. Juli, die französische Panzerflotte in den Nordhäfen werde ausgerüstet, die deutschen Schiffe allerorten durch die Konsuln warnen lassen und das Norddeutsche Panzergeschwader unter Admiral Prinz Adalbert von der Fahrt nach den Azoren zurückbeordert. Zugleich skizzierte er den süddeutschen Regierungen in München, Stuttgart, Karlsruhe Frankreichs Kriegsplan, „120 000 Mann in acht Tagen nach Deutschland zu werfen“, „wir werden in verhältnismäßig kurzer Frist mit voller Feldarmee — 500 000 Mann — am Rhein stehen können“; „es wird darauf ankommen, daß auf seiten der süddeutschen Staaten rechtzeitig analoge Maßnahmen erfolgen“. Da Bayern wegen einer Falschmeldung aus Italien zögerte, drahtete er nach München: „Zögerung oder Zweifel am casus foederis wird von uns dem Bruch des Bündnisses gleichgeachtet.“ Am nächsten Tage, dem 15., forderte er, nachdem er Englands Rat zur Nachgiebigkeit gegen Napoleon mit Hinweis auf die „Haltung unserer öffentlichen Meinung“, wonach „die ganze Nation unter dem Einfluß der französischen Drohungen zu dem Entschluß gelangt ist, den schwersten Krieg der Unterwerfung des Königs unter das unberechtigte Ansinnen Frankreichs vorzuziehen“, abgelehnt hatte, Bevollmächtigte für die militärischen Maßnahmen von Stuttgart und München an. Als Bismarck nun etwa ½6 Uhr mit Extrazug nach Brandenburg fuhr, hatte er des Pariser Militärattachés Grafen Waldersee Depesche über den Beginn der französischen Mobilmachung bei sich; er mußte jetzt des Königs Anordnung für Gegenmaßregeln schleunigst erhalten; er wollte noch nicht mit der vollen, sondern erst partiellen Mobilmachung des rheinischen VII. und VIII. Armeekorps antworten, dann erst 48 Stunden später die volle Mobilisierung folgen lassen, um noch einen äußersten Beweis der Mäßigung zu geben, vielleicht in der stillen Hoffnung, England

würde inzwischen noch einen energischen Druck auf Frankreich ausüben. Frankreich hatte aber am 14. Juli bereits die sofortige Einberufung der Reserven auf Grund einer unbegründeten Erklärung seines Kriegsministers Le Boeuf, Preußen rüste, und am Morgen des 15. Juli „die Zwecklosigkeit weiterer Versöhnungsversuche und die Notwendigkeit des Krieges" erklärt, sowie mittags durch Gramont im Senat und Ollivier in der Deputiertenkammer unter dem Jubel der Anwesenden bekanntgegeben. Die Nachricht von diesen Vorgängen kam mit einem Telegramm der Havas-Agentur, das irrtümlich als erfolgte Kriegserklärung verstanden wurde, und einer Depesche Werthers nach Berlin und bestimmten den König, der auf der Fahrt von Brandenburg nach Berlin den Mobilmachungswünschen des Kronprinzen, Bismarcks, Roons und Moltkes Bedenken entgegengebracht hatte, auf dem Potsdamer Bahnhof in Berlin den Mobilmachungsbefehl zu geben: kurz nach 10 Uhr abends! Er wurde vom ganzen deutschen Volke, soweit es staatlich miteinander verbunden war, begeistert aufgenommen.

Bismarck traf nun mit den Erklärungen der Neutralitätsrespektierung an Holland, Belgien, Luxemburg, Dänemark, von dem erst Nachrichten über Kriegsabsichten kamen, mit Österreichs Neutralitätszusicherung an Rußland und Rußlands Bereitwilligkeit, Österreich mit 300 000 Mann bei Neutralitätsbruch anzugreifen, mit einer feige abgelehnten Anfrage nach Spaniens Verhalten und Ablehnung des zu späten englischen Vermittlungsangebotes sowie Übergabe des Schutzes der Deutschen im Auslande an die Nordamerikanische Regierung neben manchen anderen Maßnahmen die ihm obliegenden Vorbereitungen für den Krieg, den die Franzosen am 19. Juli mit einem Überfall auf ein Zollhaus bei Forbach eröffneten und gleichzeitig durch ihren Geschäftsträger Le Sourd mit Anforderung der Pässe erklärten. Darauf trat der Bündnisfall mit Baden, Württemberg, Bayern und auch Hessen, dessen bisher napoleonfreundlicher Minister Frhr. von Dalwigk am 15. Juli sein deutsches Herz entdeckt hatte, ein: das ganze deutsche Volk, mit Ausnahme der Habsburger Monarchie, trat gegen Frankreich an! Der Geist der Befreiungskriege war wieder erwacht! Bismarck stellte deswegen beim König sogleich den Antrag auf Erneuerung des Eisernen Kreuzes.

Die Thronrede, mit der am gleichen Tage um 2 Uhr der Reichstag im Weißen Saale des Schlosses vom König, der vom Grabe

seiner Mutter, der Königin Luise, die vor 60 Jahren am 19. Juli gestorben war, kam, eröffnet wurde, atmete denselben Geist, wenn sie u. a. sagte: „Hat Deutschland derartige Vergewaltigungen seines Rechts und seiner Ehre in früheren Jahrhunderten schweigend ertragen, so ertrug es sie nur, weil es in seiner Zerrissenheit nicht wußte, wie stark es war. Heute, wo das Band geistiger und rechtlicher Einigung, welches die Befreiungskriege zu knüpfen begannen, die deutschen Stämme je länger, je inniger verbindet, heute, wo Deutschlands Rüstung den Feinden keine Öffnung mehr bietet, trägt Deutschland in sich selbst den Willen und die Kraft der Abwehr französischer Gewalttat." Als nach der Thronrede die erste Sitzung des Reichstags begann, erhob sich Bismarck, der am 16. Juli schon dem Bundesrat einen Bericht über die letzten Tage gegeben hatte, und sagte unter lautloser Stille: „Ich teile dem hohen Hause mit, daß mir der französische Geschäftsträger heute die Kriegserklärung Frankreichs überreicht hat." Das stürmische, nichtendenwollende Bravorufen, Hochrufen, Händeklatschen von allen Seiten des Hauses und auf den Tribünen kündete dem überraschten Frankreich, das noch Versuche bei den Süddeutschen zur Bündnisuntreue gemacht hatte, mit unwiderlegbarer Deutlichkeit, daß nur ein Gefühl alle Deutschen außerhalb Österreich-Ungarns beseelte: dem Friedensstörer im Westen die deutsche Kraft zu beweisen. Die wahren Absichten, die Frankreich gegenüber den süddeutschen Staaten erfüllten, enthüllte Bismarck wenige Tage später der ganzen Welt, indem er am 25. Juli in der „Times" Benedettis eigenhändig geschriebenes Angebot eines Schutz- und Trutzbündnisses mit Frankreichs Zustimmung zur Einigung der deutschen Nord- und Südstaaten sowie mit Frankreichs Forderung von Luxemburg und Belgien, den Grenzen von 1814 einschließlich Saarbrücken und Saarlouis, sowie der Rheinpfalz von 1866 veröffentlichte. Die Wirkung dieser Publikation war auf das englische Volk besonders groß. Ein begeisterter Engländer plante sogar die Aufstellung einer englischen Legion zur Hilfe für Preußen. In Italien meldeten sich viele italienische Offiziere und Mannschaften zum Eintritt in die preußische Armee: es kamen mit Entsendung des Legationssekretärs Fritz von Holstein nach Bologna und Florenz sogar, freilich schließlich ergebnislose, Verhandlungen wegen italienischer Freikorps mit Garibaldinern in Gang.

Als der Aufmarsch des Heeres beendet war, konnte Kronprinz

Friedrich Wilhelm, der den Oberbefehl über die dritte aus süddeutschen Truppen gebildete Armee erhalten und die süddeutschen Höfe vor der Abreise zur Front besucht hatte, erklären: „Die Einigung Deutschlands hat sich vollzogen, und es ist das deutsche Volk, das sie vollzogen hat!“ Bismarck war der gleichen Ansicht, wollte nur noch nicht vor dem Siege von Kaiser und Reich sprechen lassen, um die süddeutschen Regierungen nicht vor den Kopf zu stoßen.

Er weilte seit dem 2. August im Hauptquartier zu Mainz. Er sah Berlin erst am 9. März 1871 wieder: dann freilich als Hauptstadt des vom ihm geschaffenen Kaiserreiches. Es war ein weiter, blutiger, beschwerlicher Weg, ein heißer Kampf auch für ihn, der vom Ausmarsch zur Heimkehr, von der Schlacht zum Frieden führte.

Auf der Fahrt nach Mainz dachte Bismarck „bei jedem Erwachen auf den guten Polstern an die armen Jungen auf ihren Holzbänken, wie sie übermüdet sein würden“: es waren seine Söhne Herbert und Bill, die mit den 2. Garde-Dragonern ins Feld rückten. „Der Jubel der Volksmassen auf den Bahnhöfen war betäubend, nur zu viel für jetzt, sie sollten sich das sparen bis nach dem Siege, den Gott uns geben wolle.“ Er wohnte bei dem reichen Sektfabrikanten Kupferberg auf dem Kästrich, weitab vom König, und hatte hier stille Tage, die nur von Nachrichten über Verhandlungen zwischen Paris, Wien und Florenz, über eine Quadrupelallianz zwischen Frankreich, Österreich, Italien und der Türkei und von falschen französischen Siegesmeldungen sowie von einem notwendigen Hinweis auf die Ablehnung der Garantie des Kirchenstaates gegen Italien beunruhigt wurden. Wie bei allen Kriegsanfängen gingen zuerst nur spärliche Nachrichten vom Kriegsschauplatz ein, worüber er vom nächsten Quartier in Homburg (Pfalz) klagte und das Auswärtige Amt zur Aufklärung der Öffentlichkeit anwies. Als störend empfand er nur die Anwesenheit der Fürstlichkeiten, die so zahlreich auftraten, „daß meine Konversationspflichten ohne Ermüdung nicht erfüllbar sind“, und „wahrhaft empörend“ „jeden Platz wegnehmen, und Roon und mich nötigen, unsere Arbeitskräfte zurückzulassen, damit diese zuschauenden Königlichen Hoheiten mit ihren Dienern, Pferden und Adjutanten Platz finden“. Er sollte noch oft in den nächsten Monaten Ursache zu Groll gegen diese „hohen Herrschaften“ haben, die „ohne dienstliche Obliegenheiten“ Schlachten bummelten und „außer-

dem mit Reit- und Wagenpferden reichlicher versehen sind, als das Auswärtige Amt". Dagegen schickte er fast keinen Brief aus den verschiedensten bald komfortablen, bald der primitivsten Hausgelegenheit entbehrenden Quartieren in St. Johann, Saarbrücken, St. Avold, Herny, Pont-à-Mousson, Rezonville, Commency, Bar-le-Duc, Clermont en-Argonne, Grandpré, Vendresse, Reims, Meaux, Ferrières und schließlich Versailles an seine Frau, ohne seiner schon 1866 gezeigten Liebe für den einfachen Soldaten Ausdruck zu geben: „Nur das gestehn selbst die Franzosen ein, daß unsere Leute sich wie die Helden schlagen, ‚un élan irrésistible', und dabei stets gegen steile und verschanzte Höhen. Ich habe ihnen nur zu große Todesverachtung vorzuwerfen, und deshalb hat die arme Infanterie schrecklich verloren, namentlich Offiziere und unter ihnen Stabsoffiziere. Im Wetteifer zwischen Bayern und Preußen, oder zwischen 1., 2., 3ter Armee gehn sie drauf, als wäre ein Wettlauf zum Scherz. Die Baiern schlagen sich vorzüglich wie unsre ... Die Cavallerie ist sonst weniger exponiert, und hat nicht den 20ten Teil der Verluste, wie die Infanterie, die sich das berserkerhafte Draufstürzen auf den Feind doch etwas abgewöhnen muß, denn so gutes Blut wie das unserer Soldaten ist selten in der Welt. Hier ist nichts als Himmel und Sachsen, die sehr zornig sind, daß sie nicht an den Feind kommen", schrieb er nach dem blutigen Sturm auf Weißenburg und den befestigten Geisberg am 4. August, der Schlacht bei Wörth und bei Spichern am 6. August. Es ging Bismarck ans Herz, daß „die arme Infanterie furchtbar verliert, weil sich so wie hier noch nie eine Truppe schlug". Er freute sich, daß noch keine Eisernen Kreuze ausgegeben werden: „vielleicht recht gut, denn wenn erst einige damit gehen, so sind die andern gar nicht mehr zu halten, und stecken die Köpfe in die Mündung der französischen Kanonen; sie sind so schon wie die Berserker. Der Franzose meint, unsre wären so an das Manöverschießen gewöhnt, daß sie ganz vergäßen, daß hier mit Kugeln geschossen würde! ein schönes Lob für die Tapferkeit." Er machte schließlich für die „unsinnigen und unmöglichen Cavallerie Attacken", für den „Mißbrauch der todesmutigen Tapferkeit unsrer Leute", die höhere Führung — „nur Faust, ohne Kopf" verantwortlich „Es ist Verschwendung der besten Soldaten Europas" — ...

Gewiß wirkte hier auch das Vatergefühl mit. Zwei Söhne mitten

im Kampf bei Mars-la-Tour. Er traf sie am 17. August in Pont-à Mousson: Bill war gesund, ein Pferd war ihm erschossen worden. Herbert aber war in der linken Lende verwundet: er behielt ihn bei sich, bis er ihn am 25. August nach Nauheim zu seiner Frau und zur monatelangen Ausheilung senden konnte.

Die Strapazen des Feldzuges ertrug Bismarck überraschend gut. Gebratenes und roher Speck mit Knoblauch und Kommißbrot bewährten sich ebenso gut als Lebenselixier wie wenig Schlaf oder viel Hunger, meilenweites Reiten und jede nur denkbare Unregelmäßigkeit, wie es im Kriege nun einmal üblich ist. „Mir geht es mit Gottes Hilfe über Erwarten gut, ich esse, trinke und schlafe wie ein Gesunder", meldete er immer wieder der besorgten Gattin. Nur wenn Büroarbeit, politische Arbeit sich wieder meldete, Lärm und Unruhe verursachte, gab es einmal eine Nervosität.

Sein ständiges Bemühen war jetzt darauf gerichtet, den deutschen Truppen den Rücken freizuhalten. Als schon am 9. August durch den Rücktritt des Ministeriums Ollivier-Gramont in Paris Gerüchte in London umliefen, an Stelle Napoleons würden in Kürze die in England lebenden orleanistischen Prätendenten Herzog von Aumale und Herzog von Chartres auf den Thron kommen, telegraphierte er am 10. August an Prinz Reuß nach Petersburg: „Das Vorschieben eines neuen Hauptes als bloßen Dekorationswechsel wird auf unsere Kriegsübung keinen Einfluß haben, da wir uns nicht der Gefahr aussetzen können, nächstes Jahr dieselbe ungeheure Anstrengung gegen ein orleanistisches Frankreich noch einmal zu machen. Es ist möglich, daß England versuchen wird, in bewaffneter Neutralität mit Österreich und Italien uns unannehmbaren Frieden zu empfehlen, da Englands Politik der letzten Jahre nur dadurch erklärlich, daß es in Reminiszenz an die Konstellation des Krimkrieges die Bundesgenossenschaft eines starken Frankreichs sich erhalten will. Wir rechnen darauf, daß Kaiser Alexander dies würdigt und die Notwendigkeit für uns erkennt, den Krieg nicht durch dynastische Scheinänderung, sondern durch wirkliche Garantien, die im Interesse des europäischen Friedens und aller Völker liegen, zu beenden. Die Räuberbande werde bleiben, auch wenn ihr Hauptmann wechselte."

Als die Rüstungsgerüchte aus Österreich nicht nachließen, warnte er mit Hinweis auf die sofortige russische Mobilmachung. Ebenso sah er eine zu scharfe Tonart der Presse gegen Englands

nicht saubere Handhabung der Neutralität für unnütz an, um England nicht zu verstimmen. Sehr erfreut war er, aus Amerika Freikorpsangebote zu erhalten. Er dankte Heinrich Kröger in Milwaukee, bei dessen Sohn er einst Pate geworden war, am 14. August aus Herny gut gelaunt: „Es freut mich, einem Manne Ihres in unsrer pommerschen Heimat wohlbekannten Namens zu danken für den Ausdruck kernhafter pommerscher und deutscher Gesinnung. Wenn die Gesetze Ihrer neuen Heimat die Bildung deutscher Hilfskorps erlauben, so würde ich sagen: frisch dran und bringt uns, was Ihr zu geben habt — aber ich glaube, ich hoffe, Sie würden zu spät über den Ozean kommen! Darum bitte ich, wirken Sie dort für uns — helfen Sie uns die Freundschaft der glorreichen Nation erhalten, zu deren Bürgern Sie jetzt gehören. Wenn der Augenblick für tätige Hilfe kommen sollte, werden unsere deutschen Brüder in Amerika, wird Amerika selbst uns nicht fehlen."

Sonst hörte er natürlich auch von querelles allemandes oder von auffällig eiligem Konjunkturehrgeiz. Der bayrische Minister Graf Bray, grade kein sicherer Anhänger der deutschen Einheit, wollte schon im Juli und Anfang August bei den künftigen Kriegsentschädigungen beteiligt werden! ... Von Kriegszielen und Friedensbedingungen wurde nach den ersten Erfolgen sofort gesprochen: der Kronprinz überreichte Bismarck am 14. August eine Denkschrift und forderte außer Kriegsentschädigung den Rückerwerb des deutschen Elsaß sowie Deutschlands Einheit. Bismarck war auch für das Elsaß und das deutsche Lothringen. Damals wurde das Generalgouvernement im Elsaß und in Lothringen eingerichtet, und Bismarck telegraphierte Graf Itzenplitz bei dieser Gelegenheit: „das Elsaß behalten wir im Frieden, wenn es Gottes Wille ist". Bayern, Württemberg und dann auch Baden meldeten bereits ihre Beteiligung an den Friedensverhandlungen an! Und Bismarck ließ über Graf Bernstorff in London nach Vionville-Mars-la-Tour (16. August) und Gravelotte-St. Privat (18. August) die Diskussion über das Elsaß, das deutsche Lothringen, ihre Zurücknahme „namentlich vom Standpunkt der Sicherung Süddeutschlands gegen die seit Ludwig XIV. unzählig wiederholten Anfälle Frankreichs" auch im Auslande, wie schon vorher im Inlande, aufnehmen, um vor allem England auf die deutschen Friedensbedingungen vorzubereiten. Da die militärische Lage in der

Tat einen siegreichen Kriegsschluß in nahe Aussicht zu stellen schien, kam jetzt auch der immer schwankende italienische König Viktor Emanuel zu Bismarck mit der Anfrage, was Deutschland bei Besetzung des Kirchenstaates tun würde; Bismarck zeigte den „falschen Freunden" aber die kalte Schulter. Auch in Petersburg witterte man Morgenluft; Fürst Gortschakow wollte sich als Friedensvermittler gegen Gebietszuwachs Preußen-Deutschlands betätigen; Bismarck hielt ihm aber die fortgesetzten österreichischen Rüstungen und Revolutionsgefahr vor und nahm die Hilfe der deutsch-freundlichen Großfürstinwitwe Helena Pawlowna, einer geborenen Württemberger Prinzessin, am Zarenhof in Anspruch, die auch den österreichischen Gesandten an der Newa, den Grafen Chotek, dazu brachte, auf Franz Joseph vernünftig einzuwirken. Bismarck ließ den Zaren auf die Elsaß-Lothringenschen Ansprüche jetzt schon aufmerksam machen und am 25. August Deutschlands nationale Entrüstung über Englands und Frankreichs Einmischung in die deutschen Friedenswünsche in allen Zeitungen zum Ausdruck bringen.

Ehe aber die Friedensdebatte weiter entwickelt werden konnte, kam es durch die Schlacht bei Sedan zur Kapitulation der Armee und Abdankung Napoleons. Bismarck schilderte seiner Frau sein Erleben am 3. September aus Vendresse: „Vorgestern vor Tagesgrauen verließ ich mein hiesiges Quartier, kehre heut zurück, und habe in der Zwischenzeit die große Schlacht von Sedan am 1. erlebt, in der wir gegen 30 000 Gefangene machten, und den Rest der französischen Armee, der wir seit Bar-le-Duc nachjagten, in die Festung warfen, wo sie sich mit dem Kaiser kriegsgefangen ergeben mußte. Gestern früh 5 Uhr, nachdem ich bis 1 Uhr früh mit Moltke und den französ. Generälen über die abzuschließende Kapitulation verhandelt hatte, weckte mich der General Reille, den ich kenne, um mir zu sagen, daß Napoleon mich zu sprechen wünschte. Ich ritt ungewaschen und ungefrühstückt gen Sedan, fand den Kaiser im offnen Wagen mit 3 Adjutanten und 3 zu Pferde daneben auf der Landstraße vor Sedan halten. Ich saß ab, grüßte ihn ebenso höflich wie in den Tuilerien und fragte nach seinem Begehr. Er wünschte den König zu sehen; ich sagte ihm der Wahrheit gemäß, daß S. M. 3 Meilen davon an dem Orte, wo ich jetzt schreibe, sein Quartier habe. Auf N.'s Frage, wohin er sich begeben solle, bot ich ihm, da ich gegendunkundig, mein

Quartier in Donchery an, einem kleinen Ort an der Maas, dicht bei Sedan; er nahm es an, und fuhr von seinen 6 Franzosen, von mir, und von Karl, der mir inzwischen nachgeritten war, geleitet, durch den einsamen Morgen nach unsrer Seite zu. Vor dem Ort wurde es ihm leid wegen der möglichen Menschenmenge, und er fragte mich, ob er in einem einsamen Arbeiterhause am Wege absteigen könne; ich ließ es besehen durch Karl, der meldete, es sei ärmlich und unrein; n'importe meinte Napoleon, und ich stieg mit ihm eine gebrechliche enge Stiege hinauf. In einer Kammer von 10 Fuß Gevierte, mit einem fichtnen Tische und 2 Binsenstühlen saßen wir eine Stunde, die Andern waren unten. Ein gewaltiger Kontrast mit unserm letzten Beisammensein, 67 in den Tuilerien. Unsre Unterhaltung war schwierig, wenn ich nicht Dinge berühren wollte, die den von Gottes gewaltiger Hand Niedergeworfenen schmerzlich berühren mußten. Ich hatte durch Karl Offiziere aus der Stadt holen und Moltke bitten lassen, zu kommen. Wir schickten dann einen der erstern auf Rekognoszierung und entdeckten ½ Meile davon in Fresnoirs ein kleines Schloß mit Park. Dorthin geleitete ich ihn mit einer inzwischen herangeholten Eskorte vom Leib-Kür.-Regt., und dort schlossen wir mit dem französ. Obergeneral Wimpffen die Kapitulation, vermöge deren 40- bis 60 000 Franzosen — genau weiß ich es noch nicht — mit allem was sie haben unsre Gefangenen wurden. Der vor- und gestrige Tag kosten Frankreich 100 000 Mann und einen Kaiser. Heut früh ging letzterer mit allen seinen Hofleuten, Pferden und Wagen nach Wilhelmshöhe bei Kassel ab.

Es ist ein weltgeschichtliches Ereignis, ein Sieg, für den wir Gott dem Herrn mit Demut danken wollen, und der den Krieg entscheidet, wenn wir auch letztern gegen das kaiserlose Frankreich noch fortkämpfen müssen.“

Das Ergebnis der Kapitulationsverhandlungen mit General de Wimpffen und der Anfrage wegen Friedensverhandlungen an Napoleon lautete freilich, was Bismarck sofort an das Auswärtige Amt zur Weitergabe an die größeren Mächte unter den Neutralen und an die königlichen Gesandtschaften bei den deutschen Höfen telegraphierte: „Auf meine Frage, ob er zu Friedens-Unterhandlungen geneigt sei, hat mir der Kaiser Napoleon geantwortet, daß er als Gefangener dazu außerstande sei, und daß die gegenwärtige Regierung Frankreichs sich in Paris befände. Die Gefangennahme

des Kaisers wird also auf die Fortsetzung des Krieges ohne Einfluß bleiben."

Es gab nur eine kurze Atempause, in der an den Frieden gedacht wurde. Der Kronprinz drängte am 3. September in Vendresse Bismarck zu raschem Vorschreiten und Durchgreifen in der deutschen Frage gegenüber den süddeutschen Staaten; der Staatsmann aber war für schonendes, behutsames Wachsen- und Reifenlassen, für sorgsames Vorbereiten und psychologische Behandlung.

Der König versammelte am selben Abend seine Palladine zu einer schlichten Siegesfeier um sich; er ließ zum ersten Male seit Kriegsbeginn Sekt bringen, erhob sich mit gefülltem Glase und sprach: „Wir müssen heute aus Dankbarkeit auf das Wohl meiner braven Armee trinken. Sie, Kriegsminister von Roon, haben unser Schwert geschärft; Sie, General von Moltke, haben es geleitet und Sie, Graf Bismarck, haben seit Jahren durch die Leitung der Politik Preußen auf seinen jetzigen Höhepunkt gebracht. Lassen Sie uns also auf das Wohl der Armee, der drei von mir genannten und jedes einzelnen unter den Anwesenden trinken, der nach seinen Kräften zu den bisherigen Erfolgen beigetragen hat!"

* *
*

Es ging nun in großen Märschen auf Paris zu. Die Hauptstadt war von den deutschen Truppen am 19. September umzingelt. Das Hauptquartier lag an diesen Tagen noch in Meaux, nachdem es vorher in Reims gewesen war; es siedelte am 20. nach Ferrières, dem Sitz des alten Rothschild, über, ehe es sich vom 5. Oktober an für fünf Monate in Versailles festsetzen mußte.

Sobald der Waffenlärm stiller wurde, wuchsen Bismarck, wie er am 6. September schrieb, „die Papiergeschäfte so über den Kopf, daß ich keinen Moment Zeit übrig habe".

Er fand aber doch den Augenblick, seinem Sohne Herbert die Ernennung zum Offizier mitzuteilen und „die Fähnrichspflanze" Bill zu besuchen. Die veränderte politische Situation — „in Paris Republik, wenigstens provisorische Regierung von Republikanern. Mir Wurscht, Wir kommen doch hin!" — setzte in allen Hauptstädten die Friedensdebatten wieder in Gang. Bismarck bekam „die Friedens- nicht Tauben — sondern Aaskrähen" zu spüren.

Bald wollte Baden beruhigt sein, daß der kommende Gebietszuwachs wohl an Preußen, aber nicht an Bayern fallen dürfe. Dann schloß sich Graf Bray in München Gortschakows Gerede gegen jede Gebietsabtretung Frankreichs und für einen Kongreß an und mußte in seine Schranken gewiesen werden. Der Zar meldete, über den Prinzen Reuß, einig mit Gortschakow, den Anspruch der Neutralen, zumindestens Rußlands auf Teilnahme an den Friedensverhandlungen und die Ablehnung französischer Gebietsabtretungen an; ihm gegenüber betonte Bismarck, „die strategische Sicherung der südwestlichen Grenze Deutschlands" als „nationale Forderung" aller Deutschen und wies einen Kongreß zurück. Dazu machte „die Verwaltungsorganisation" ihm „viel Reibungen, wegen der unglaublichen Zopfigkeit und Ressorteifersucht der Militärs, namentlich im Generalstabe, dem Post- und Telegraphen- und Etappenwesen ... keiner denkt daran, ob das Ganze leidet, jeder tut, was ihm befohlen wird, und was nicht befohlen wird, darüber tröstet er sich, wie der Junge, dem sein Vater keine Handschuh kaufte. Vor dem Feind lauter Helden, aber an ihren Schreibtischen wie ein Rattenkönig mit den Zöpfen zusammengewachsen", klagte er seiner Frau am 12. September aus Reims. Elf Tage später konnte er am 23. von Ferrières „unter dem Bilde des alten Rothschild und der Seinigen", am Tage, wo er „vor acht Jahren, dünkt mich, Minister wurde", seinem Sohne melden, daß er „mit den Franzosen (Favre von Bing und Hall, sehr kleinlaut, begleitet) schon dreimal verhandelt, sie bekamen aber über das Elsaß noch immer schweres Bauchgrimmen, daß wir abbrechen mußten. Fünftausend Millionen Franken glauben sie zahlen zu können, und schienen bereit dazu, wenn wir ihnen Straßburg ließen. Aber ich sagte ihnen, von dem Gelde wollten wir erst später reden, vorher die deutsche Grenze feststellen und dicht machen. Denn sobald sie zu Kräften kämen, griffen sie uns doch wieder an, sagte ich, was sie unter ganz pomphaften Friedensschwüren bestritten. Alles schon dagewesen." Nachdem er noch am 30. September zum Geburtstag der Königin ein „geputztes Diner mit allen Prinzen und Orden" „angreifend, weil ich mit den Herren besonnen und höflich reden muß", ertragen hatte, siedelte er mit dem Hauptquartier nach Versailles über: in sein bescheidenes, nicht einmal ausreichend heizbares Quartier der Witwe Jessé, rue de Provence 14, mit einem

kleinen Salon, in dem die wichtigsten Verhandlungen stattfinden sollten, und einem Arbeitszimmer, das zugleich zum Schlafen diente.

Versailles brachte Bismarck zwei große Aufgaben: die Verhandlungen mit den deutschen Fürsten über „Kaiser und Reich" sowie mit den Franzosen über den Waffenstillstand und den Frieden. Dazu die Sorge um rasche, wegen der Einmischungsbestrebungen der Neutralen dringend notwendige Beendigung des Kampfes durch die Bombardierung von Paris, die bekanntlich um zwei Monate hinausgezögert wurde und dadurch den Krieg nach seiner Ansicht unnötig ebensolange ausdehnte.

Die Verhandlungen mit den Franzosen, für die Lord Granville seine „bons offices" behufs Vermittlung von „Eröffnungen der neuen republikanischen Machthaber in Paris" anbot, konnten nicht in Gang kommen, weil die neue Regierung nicht einmal von Frankreich anerkannt war, die auch durch die „stark sozialistischen Elemente, die jetzt in Frankreich zur Herrschaft gekommen", unklar blieb, so daß sie „festes Zusammenschließen der monarchisch-konservativen Elemente Europas um so wünschenswerter" machte, wie Bismarck noch aus Reims am 9. September nach Rußland meldete. Das „Gouvernement de la défense nationale" mit seinem Außenminister Jules Favre hatte schon am 10. September durch Lord Granville die Frage vorgelegt, ob Bismarck Besprechungen mit dem Ziel des Waffenstillstands und einer Konferenz über die Friedensbedingungen und mit welcher Person aufzunehmen bereit wäre. Bismarck antwortete am 12. September mit der Gegenfrage: „Welche Bürgschaft kann die jetzige oder eine der ihr vermutlich in Paris bald folgenden provisorischen Regierungen dafür geben, daß Abmachungen mit ihr von Frankreich und zunächst auch nur von den Truppen in Metz und Straßburg, (die ja noch nicht kapituliert hatten) anerkannt werden würden?" Bismarck hatte dann, um die Fäden nicht abreißen zu lassen und den eventuellen Wirkungen der diplomatischen Bündnisse des an einige auswärtige Höfe entsandten Napoleongegners Adolphe Thiers, der die neutralen Großmächte zum Eingreifen bereden wollte, entgegenzutreten, nicht nur seine Gesandten über die deutsche Friedensliebe instruiert, sondern auch sich bereit erklärt, einen „außeramtlichen Austausch unserer persönlichen Ansichten" einzugehen, „ob und wie sich die Schwierigkeiten umgehen lassen, welche die Unfertigkeit der neuen inneren Situation Frankreichs

der Anknüpfung internationaler Unterhandlungen entgegenstellt", unter ausdrücklicher, Lord Granville geäußerter sehr scharfer Betonung gegenüber englischen und amerikanischen Bedenken, daß eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Franzosen gar nicht in Frage käme: „Wer in Frankreich regiert, ist uns gleichgültig, Napoleon oder weiße oder rote Republik. Das einzige Ziel für uns ist, die strategische Sicherung unserer Grenze, gegen zweifellos bevorstehenden nächsten Angriff Frankreichs auf Deutschland", lauteten seine prophetischen und 1914 eingetretenen Worte! Die am 19. September nachmittags im Schloß Haute Maison bei Montry und abends in Schloß Ferrières mit Jules Favre stattfindenden Verhandlungen zerschlugen sich am 20. nach einer Beratung mit den Generälen von Roon, von Moltke, von Boyen und von Tresckow an Favres Weigerung jeder Gebietsabtretung und an den durch die Soldaten verschärften Waffenstillstandsbedingungen. Favre reiste zur Beratung mit seinen Kollegen nach Paris zurück, kam aber wider Erwarten nicht wieder, teilte nur schriftlich die Ablehnung mit, indes sogar Napoleon von Kassel-Wilhelmshöhe aus durch General Castelnau versuchte, Bismarck für eine Militärkonvention mit dem in Metz eingeschlossenen Bazaine, eine Art Sonderfrieden zur Unterdrückung kommender Anarchie und wohl auch zur Wiederkehr auf den Thron zu gewinnen; Bazaine, der durch einen unter erlogener Berufung auf die Kaiserin Eugenie bei Bismarck eingedrungenen Abenteurer Regnier befragt wurde, wollte aber nur mit vollen Kriegsehren kapitulieren; Bourbaki kam durch Regniers Manöver aus Metz heraus, reiste zur Kaiserin Eugenie nach England, die ihn abwies, dann aber Bismarck auf Napoleons Wunsch durch Staatsrat Gautier unmögliche Friedensanbietungen machte; Bazaine entsandte nun seinen Generaladjutanten Boyer nach Versailles zur Verhandlung der Kapitulationsbedingungen im Namen Napoleons: Bismarck hoffte hierdurch die Pariser Regierung zu zerschlagen, mußte zugleich durch die Ungeschicklichkeit des Prinzen Friedrich Karl General Bourbaki, der nach Metz zurückwollte, zur Regierung nach Tours übergehen sehen: am 29. Oktober kapitulierte Bazaine, der zusammen mit den Marschällen Mac Mahon, Canrobert und Le Boeuf auf Napoleons Wunsch in Kassel interniert wurde. Nun trat der greise Staatsmann Adolphe Thiers, damals 73jährig, nach russischer und englischer Empfehlung, als Friedensvermittler auf, nachdem Eng-

land in Tours Vorstellungen zugunsten eines Waffenstillstandes zumindesten von 14 Tagen für die Wahl einer Konstituante, die Bismarck schon vierzehn Tage vorher angeboten hatte, gemacht hatte. Thiers hatte sich Informationen aus Paris, wo am 31. Oktober ein blutiger Aufstand ausgebrochen war, geholt, verhandelte vom 1. bis 6. November mit Bismarck in Versailles, wurde dann von seiner Regierung unter Ablehnung des Waffenstillstandes abgerufen und nach Tours geschickt. Bismarck schrieb damals, am 12. November, an seinen Sohn Herbert: „Mit Thiers waren die Unterhaltungen recht anregend, er ist ziemlich der liebenswürdigste Gallier, den ich kennen gelernt habe, aber auf Waffenstillstand habe ich schon vor dem ersten Worte nie einen Augenblick gerechnet, er wohl, aber seine Wünsche täuschten ihn über seine Landsleute in Paris, die ihn fast gesteinigt hätten. Wir haben Zeit, bis sie ihre Hunde und die schönen langhaarigen Katzen gegessen haben werden, zu schießen werden wir vielleicht nicht brauchen, nachdem es bisher nicht geschehen . .“ Jetzt schob sich der englische Botschafter in Paris, Lord Lyons, dazwischen und meldete am 11. und 15. November, die französische Regierung wolle die Waffenstillstandsverhandlungen wieder aufnehmen, wenn Paris verproviantiert würde, was Bismarck als Ermutigung französischer Illusionen ablehnte. Anfang Dezember erörterte Napoleon dann Möglichkeiten für die Wahl einer Konstituante, deren Autorität für Friedensverhandlungen groß genug sein könnte, brieflich mit Bismarck, ohne zu praktischen Ergebnissen zu kommen. Auch der Papst bemühte sich zur selben Zeit bei der Regierung in Tours, die wegen der Nichtbombardierung von Paris immer noch siegesgewiß und darum für alle, auch englische Ratschläge unzugänglich blieb, ja noch Mitte Dezember Waffenstillstand mit Verproviantierung von Paris, oder Frieden ohne Gebietsabtretung oder europäischen Kongreß verlangte! Die neuen Pläne der Kaiserin Eugenie erwiesen sich als ebensowenig ausführbar wie Graf Persignys und Graf Palikaos Ideen mit dem Corps législatif und den Generalräten der Departements oder des „geistreichen“, „liebenswürdigen“, aber in Frankreich unpopulären Jérôme Napoleons Angebot, einspringen zu wollen. Im Januar zeigten sich nach den Erfolgen der Beschießung erste Waffenstillstandsaussichten, als General Trochu am 20. Januar den General d'Hausson für eine 46stündige Waffenruhe zur Beisetzung der Toten und Fortschaf-

fung der Verwundeten nach Versailles schickte; in Paris regte sich auch wieder Aufruhr; General Trochu legte am 21. Januar den Oberbefehl über die Besatzungsarmee nieder, und Jules Favre bat als Mitglied des Gouvernements de la Défense nationale am 23. Januar Bismarck um eine Unterredung in Versailles. Die Verhandlungen, die zur Einstellung der Feindseligkeiten und zu den Friedenspräliminarien führten, hatten begonnen ...

Sie hatten begonnen: mit dem neuen deutschen Reich und dem deutschen Kaiser. Lange, mühsame Arbeit hatte Bismarck während der verflossenen Versailler Monate zu seiner Lösung der Deutschen Frage, dem Höchstziel seiner Politik seit zwei Jahrzehnten, geführt. Sie hatte mit der Aussprache und Denkschrift des Kronprinzen am 3. September in Donchéry mit Bismarck, der daraufhin die Anregung zum baldigen Zusammentritt des Zollparlaments und Berufung des Präsidenten des Bundeskanzleramts Delbrück ins Hauptquartier aufgriff, eingesetzt. Zugleich hatte Großherzog Friedrich I. von Baden in einer Denkschrift seines Staatsministers Jolly die Initiative ergriffen, die Bismarck am 12. September auf Bayern, das ja noch der schwierigste Partner in der ganzen Frage war, ablenkte. Delbrück fertigte nun zwischen dem 10. und 12. September auf Bismarcks Wunsch eine Denkschrift über die künftige Gestaltung Deutschlands an, die schloß: „Es würde sich also um ein deutsches Reich handeln, bestehend aus dem norddeutschen Bund und den süddeutschen Staaten, bestimmt zum Schutze Deutschlands und zur Pflege der Interessen des deutschen Volkes, ausgestattet mit der Gesetzgebung und Aufsicht über Landheer und Seemacht, über Zölle, Verbrauchersteuern und Schiffahrtsabgaben, über das Maß-, Gewichts- und Münzwesen, über das Eisenbahnwesen, über Handels- und Wechselrecht und Gewährung der Rechtshilfe und über den Schutz des deutschen Handels im Auslande. Die Gesetzgebung würde durch einen Bundesrat und ein Parlament ausgeübt werden; der Oberbefehl über Land- und Seemacht sowie sonst die Exekutive, letztere je nach Umständen unter Beteiligung des Bundesrats, würde der Krone Preußens zustehen. Die Verkündung des Namens: Kaiser von Deutschland mit dieser Exekutive würde die Würde der erlauchten Träger der preußischen Krone nicht erhöhen, wohl aber die Aufnahme der neuen Gestaltung bei Fürsten und Völkern fordern." Es war nun geplant, einen Fürstenkongreß

zur freien Zustimmung der Monarchen und Volksvertretungen einzuberufen. Würde Bayern daran teilnehmen, war die Frage! Bismarck ließ schon am 29. August durch den Prinzen Luitpold, der im Hauptquartier weilte, vorfühlen und hatte am 8. September in Bar-le-Duc mit Bayerns Gesandten Grafen von Tauffkirchen eine bedeutsame Aussprache über die bayrischen Vorschläge, die durch Bevollmächtigte König Ludwigs überbracht werden sollten. München sah jetzt ein, daß es seine Verzögerungstaktik nicht mehr fortsetzen konnte, wollte es nicht Bismarck zur Durchführung seiner Andeutung, die Deutsche Frage mit Baden, Württemberg, Hessen, ohne Bayern und unter Kündigung des Zollvereins zu regeln, zwingen. König Ludwig wies nun seinen partikularistischen Ministerpräsidenten Grafen Bray auf die richtige Bahn. Der Gedankenaustausch über die Deutsche Frage hatte somit, da Bismarck sich auch nach Dresden, Karlsruhe, Darmstadt (Stuttgart folgte wegen Ministervakanz später) gewandt hatte, um den 15. September herum begonnen und setzte nun nicht mehr aus, wenn auch Graf Beust von Wien aus immer wieder zu stören versuchte, weshalb Bismarck unter Betonung des Willens zu einem „guten Verhältnis eines starken Deutschlands zu einem starken Österreich" eine scharfe Pressekampagne gegen den Habsburger Kanzler durchführen ließ. Delbrück fuhr nach München und hatte hier seit dem 22. September mit den bayrischen Ministern unter Teilnahme des württembergischen Ministers von Mittnacht Konferenzen über die künftige gesamtdeutsche Bundesverfassung, die Bismarck durch Entgegenkommen gegenüber den bayrischen Reservatrechten, die freilich nicht nach Sachsens Befürchtung zu einem neuen Dualismus Bayern-Preußen im neuen Reich wie früher Österreich-Preußen im deutschen Bund führen sollten, vorwärtstrieb. Baden stellte nun, auch als Druck auf Bayern, den Antrag zur Aufnahme in den unveränderten Norddeutschen Bund, und in gleicher Stimmung bot Württemberg am 7. Oktober seines Königs Kommen nach Versailles sowie abschließende Verhandlungen durch seinen General von Suckow und Minister von Mittnacht an, worauf Bismarck mit „lebhafter Genugtuung" einging. Wenige Tage darauf reichte Herzog Ernst II. von Koburg-Gotha eine Denkschrift über eine Umwandlung des Norddeutschen Bundes in ein deutsches Reich ein, die nachdrücklich die Kaiserwürde forderte; Bismarck stimmte ihr mit taktischen Vorbehalten über das darin

vorgeschlagene Oberhaus und die geplanten verantwortlichen Reichsministerien sowie Ablehnung einer Einbeziehung Luxemburgs zu. Auch aus Darmstadt kam am 20. Oktober der Antrag des Großherzogtums Hessen zum Eintritt. Zwei Tage später erwartete Bismarck „die Minister sämtlicher süddeutscher Staaten zur Verhandlung über die deutsche Frage“ in Versailles: bis zum 29. Oktober waren die württembergischen Minister von Suckow und von Mittnacht, die badischen Minister Jolly und Frhr. von Freydorf, die Bayern Graf Bray, Frhr. von Prankh und von Lutz, die Hessen Frhr. von Dalwigk und Hofmann sowie der Sachse Frhr. von Friesen eingetroffen. Bayern, das nach früheren Verhandlungen Bismarcks mit Prinz Luitpold, Graf Berchem und Graf Bray wußte, daß Bismarck Wert auf eine Initiative Bayerns bzw. König Ludwigs in der Kaiserfrage legte, nutzte dies Wissen, um Forderungen aufzustellen, die nach Friedrich Thimme „auf ein förmliches bayrisches Mitkaisertum hinausliefen“; Bismarck sprach später von Graf Brays Plan eines „alternierenden Kaisertums“. Bismarck konnte aber irgendeiner Schwächung der Vertretung des Reichs nach außen nicht zustimmen. Bayern isolierte sich selbst, denn Baden und Württemberg sowie Hessen waren auch in den Militärfragen, die Kriegsminister von Roon verhandelte und auch Bayerns Widerspruch erregten, zum Abschluß bereit. Bismarck benutzte nun die geplante Einberufung von Reichstag, Bundesrat und Fürstenkongreß nach Versailles als öffentliches Druckmittel auf Bayerns Entschließung. Der bayrische Gesandte in Stuttgart Frhr. von Gasser spann jetzt eine Intrige an, die bewirkte, daß der württembergische König seine frühere Zustimmung „auch ohne Bayern“ widerrief und die Verhandlungen in Versailles durch Abreise der Württemberger Minister nach Stuttgart zur Bekehrung ihres Königs eine Unterbrechung erfuhren. Bismarck war bis zu „einem galligen Magenleiden“ darüber erregt. Sogar ein Gerücht wurde aufgebracht, die bayrischen Truppen sollten ihre Uniform ablegen: damit sollte Stimmung gegen die deutsche Einheit gemacht werden. Der Reichstag war aber auf den 24. November schon einberufen. Baden und Hessen einigten sich nun schnell am 15. November auf die Gründung und Verfassung des Deutschen Bundes, Württemberg kam auch zum Entschluß, nur Bayern verursachte Bismarck noch schwere Tage und schlaflose Nächte, Auseinandersetzungen mit dem König und mit Roon. Er mußte seine

ganze Verhandlungskunst aufwenden, um endlich am 23. November, einen Tag vor der Reichstagseröffnung in Berlin, zu der Delbrück gereist war, zum Abschluß zu kommen. Bayern unterschrieb die Verfassungsbasis wie Baden-Württemberg, mit der Legislative außerhalb der Heimat, mit den Reservaten in Telegraphie, Post, Militär. Es übernahm die Initiative in der Kaiserfrage. Allen Einwendungen gegenüber sagte Bismarck: „Die deutsche Einheit ist gemacht und der Kaiser auch.“ Welche Gesinnung ihn bei den von ihm ganz allein durchkämpften Verhandlungen bestimmt hatte, sprach er am 23. November abends nach getaner Arbeit aus: „Mir lag daran, daß die Leute mit der Sache innerlich zufrieden waren, — was sind Verträge, wenn man muß! — und ich weiß, daß sie vergnügt fortgegangen sind. Ich wollte sie nicht pressen, die Situation nicht ausnutzen. Der Vertrag hat seine Mängel, aber er ist so fester. Was fehlt, mag die Zukunft beschaffen.“ Auch hier siegte wieder Bismarcks weise Mäßigung, denn Bayern wurde nun nicht in die Arme des habsburgischen Österreichs, die Graf Beust schon ausstreckte, getrieben und hat recht eigentlich 1933 seinen Dank an Bismarcks Reich abgestattet. Daß Bismarck damals Versailles nicht verlassen konnte, um beim Reichstag, der vom 24. November bis 10. Dezember in Berlin tagte, die Annahme der mit dem deutschen Süden geschlossenen Verträge und die Zustimmung zur neuen am 1. Januar 1871 in Kraft tretenden Bundesverfassung und der Kaiserwürde durchzusetzen, verursachte noch eine Reihe telegraphisch erledigter, nervenanspannender Schwierigkeiten und Mißverständnisse, auch beim König, durch die Bismarck wieder einmal erfuhr, daß dem Schöpfer die Freude an seinem Werk weder gegönnt, noch erhalten wird. Minister Delbrück verlas in Berlin die Thronrede. Die Annahme der am 15. November von Baden und Hessen, 25. November von Württemberg, am 23. November von Bayern unterschriebenen Verträge machte hier, wie später in den entsprechenden Landtagen keine Schwierigkeiten. Dagegen riefen Bayerns Reservatrechte die Gefahr der Ablehnung durch den Reichstag herauf, so daß Bismarck noch alle erreichbaren, positiv eingestellten Abgeordneten zusammentrommelte und zur Abstimmung nach Berlin schickte, die am 8. Dezember gut verlief. Das bayrische Abgeordnetenhaus ließ sich freilich noch bis 4. Januar bitten, ehe seine Ultramontanen trotz der fast einhelligen Zustimmung der Kammer der Reichsräte am 30. Dezember den

Vertrag billigten. Dabei war es gerade der bayrische König Ludwig II. gewesen, der auf einen durch seinen Oberstallmeister Grafen von Holnstein überbrachten Brief Bismarcks vom 27. November hin dem König Wilhelm die schriftliche Bitte um Annahme des Kaisertitels nach dem von Bismarck entworfenen Konzept unterbreitete: sein „Kaiserbrief" ward von Holnstein am 3. Dezember in Versailles überbracht, und nun erst konnte Bismarck aufatmen, als der König sich, wenn alle Fürsten zustimmten, was auch schnellstens geschah, und die Landtage die Verträge ratifizierten, zur Annahme des „Charaktermajors" bereit erklärte. Wilhelm I. führte dann freilich noch, nachdem er am 18. Dezember die Reichstagsdeputation mit ihrer Bitte um Annahme der Kaiserwürde durch Überreichung einer Adresse gerührt empfangen hatte, einen peinigenden Kampf mit Bismarck zu dessen großer Bitternis durch, indem er den Titel „Kaiser von Deutschland" an Stelle des schwächeren „Deutscher Kaiser" wünschte. „Deutscher Kaiser" stand aber in der Reichsverfassung! Zu einer Entscheidung in diesem Zank des alten Herrn kam es nicht, auch nicht, als Bismarck die Hilfe des Großherzogs von Baden anrief. Dieser verhütete wenigstens bei der Kaiserproklamation am 18. Januar im Spiegelsaale des Schlosses von Versailles die Möglichkeit einer peinlichen Szene, indem er Bismarck, der zur Feier des Tages Generalleutnant geworden war, bei Verlesung des Protokolls rechtzeitig ins Wort fiel und ein Hoch weder auf den Deutschen Kaiser, noch auf den Kaiser von Deutschland, sondern auf „Kaiser Wilhelm" ausbrachte. „Der neue Kaiser hatte freilich mein Verhalten in der Titelfrage so übelgenommen, daß er beim Herabsteigen von dem erhöhten Stande der Fürsten, mich, als er allein auf dem freien Platz davorstand, ignorierte, an mir vorüberging, um den hinter mir stehenden Generalen die Hand zu bieten und in seiner Haltung mehrere Tage verharrte, bis allmählich die gegenseitigen Besprechungen wieder in das alte Gleis kamen." Bismarck durfte mit Recht und grimmem Humor seiner Frau schreiben: „Diese Kaisergeburt war eine schwere, und Könige haben in solchen Zeiten ihre wunderlichen Gelüste, wie Frauen, bevor sie der Welt hergeben, was sie doch nicht behalten können. Ich hatte als Accoucheur mehrmals das dringende Bedürfnis eine Bombe zu sein und zu platzen, daß der ganze Bau in Trümmer gegangen wäre. Nötige Geschäfte greifen mich wenig an, aber die unnötigen verbittern."

So wurde das Reich geschmiedet, indes in Spanien der Herzog von Aosta anstatt des Hohenzollernprinzen gewählt und auf den Thron erhoben wurde sowie das sich schwankend gegen Deutschland verhaltende Italien den Kirchenstaat mit Rom durch die deutschen Erfolge über Frankreich sich einverleibte. Es wurde vollendet, ehe der Krieg noch zur letzten Entscheidung gekommen war. Sie war vor allem durch die Hinauszögerung des Bombardements auf Paris aufgehalten worden. Der Streit, ob die Festung Paris mit allen Mitteln und schnellstens angegriffen und gestürmt werden sollte, war von Woche zu Woche heißer geworden. Bismarck hat in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ dem Streit eine ausführliche Darstellung gewidmet, weil ihm die prinzipielle Stellungnahme über das Verhältnis der politischen und militärischen Führung, die „unseren amtlichen Kreisen innewohnende Rivalität der Ressorts“ zugrunde lag. Für ihn bestand kein Zweifel, daß jede Unsachlichkeit hier wie überall in der Arbeit jeden Amtes nur volksschädlich sein konnte. Er hatte schon 1866 erfahren müssen, daß die Militärs, insbesondere die „Halbgötter“, „wie man damals die höheren Generalstabsoffiziere nannte“, der Ansicht waren, vom Beginn des Krieges an hätte die politische Führung das Kriegsende abzuwarten und sich niemals in die militärischen Maßnahmen einzumischen, bis der fertige Sieg (oder auch die fertige Niederlage) den Politiker an die Arbeit holte. Diese vollständige Verkennung der einzig möglichen und sinnvollen Aufgabe des Krieges als der Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln hatte 1866 zwar noch nicht dazu geführt, Bismarck von den militärischen Beratungen auszuschließen, wodurch er das politische Unglück eines Marsches auf und Einmarsches in Wien verhüten konnte. Die „Halbgötter“ hatten ihm diesen Einfluß aber nicht vergessen und sorgten, wie General von Podbielski dem Kriegsminister von Roon, der freilich diese Ansicht niemals vertrat, triumphierend auf der Eisenbahnfahrt äußerte, dafür, „daß uns dergleichen nicht wieder passiert“. Bismarck hatte dies Gespräch vom Nebenabteil unbeabsichtigt mitgehört und war gewarnt. Als er nun vom Feldzugsanfang an feststellte, daß er mit seinem Mitarbeiterkreis als „überflüssiger Zivilist“ nicht nur bei jeder Quartier- und Verpflegungsfrage benachteiligt, sondern überdies mit dem „militärischen Boykott“ bedacht wurde, ergriff er die notwendigen Maßnahmen zur Abhilfe des unerhörten Ausschlusses seiner selbstver-

ständlich notwendigen und unentbehrlichen Teilnahme an den militärischen Beratungen und Nachrichten. Er mußte skandalöserweise sozusagen „hintenherum" im Hotel des Reservoirs, wo die unbeschäftigten Fürsten, die „über die militärischen Vorgänge und Absichten erheblich mehr als der verantwortliche Minister des Auswärtigen" wußten, ja sogar den englischen Korrespondenten im Hauptquartier, Russel, aufsuchen, um die für seine politische Arbeit unentbehrlichen Informationen zu erhalten. Daß dieser unwürdige Zustand Bismarck sehr verbittern mußte, war nur zu verständlich, denn ihm war seine gesamte Arbeit Dienst am Vaterlande, und er lebte des Glaubens, die „Halbgötter" könnten und dürften keine andere Auffassung von ihrer Tätigkeit haben. Er gab sich auch von Anfang des Krieges an jede nur erdenkliche Mühe, mit Roon und Moltke und anderen maßgebenden Generalen auf das sorgsamste zusammenzuarbeiten, indem er bei allen Gedanken über die Friedensbedingungen die militärischen Belange, wie Friedrich Thimme mit Recht hervorhebt, berücksichtigte und den „Mangel an präcisen Nachrichten über die Kriegsvorgänge" mit dem schnellen Verlauf der Ereignisse entschuldigte. Als aber die Besetzung des feindlichen Landes die Zusammenarbeit politischer Verwaltungs- und militärischer Befehlsstellen notwendig machte, kam schon am 11. September zu Reims zutage, daß der Generalquartiermeister von Podbielski seiner Abneigung gegen Bismarcks verständliche und sicher für Deutschland nur wertvolle Veranlagung, an alles zu denken, sich, wie Abeken sagte, „manchmal wirklich unnötige Arbeit" zu machen, sich „so um alles zu kümmern", weil viel Notwendiges unterbleiben würde, wenn er nicht für Jahre innerhalb und auch außerhalb seines eigentlichen Ressorts dächte und handelte, freien Lauf ließ und zu scharfen Auseinandersetzungen nutzte, über die Bismarck tief verstimmt war, so daß er des „weltmännischen" Moltke Ausgleichsbemühungen mit dem Satz abschloß, er werde sich in Zukunft von der Beteiligung an Geschäften, welche Moltke für die Etappenverwaltung in Anspruch nähme, „gern und unbedingt enthalten".

Diese völlig überflüssige Spannung mußte von dem Augenblick an zunehmen, als die militärische Entscheidung wie das Bombardement oder Nicht-Bombardement von Paris offensichtlich in das Reich der Politik eingriff. Bismarck hatte noch am 7. September in Reims den Wunsch geäußert, die Franzosen in Paris „etwas in

ihrer Sauce schmoren zu lassen", damit „sie sich untereinander entzweien", und sogar am 16. September aus Meaux den Londoner Gesandten Graf Bernstorff, der schon am 31. August englische Besorgnisse über ein Bombardement in Paris gemeldet hatte, damit beruhigt, daß „meines Erachtens dazu nicht die mindeste Wahrscheinlichkeit vorhanden ist", daß „eine regelmäßige Belagerung und Beschießung zunächst wohl nur gegen die Forts gerichtet werden können, von denen einige durch einen direkten Angriff in unsere Gewalt zu bekommen möglicherweise beabsichtigt werden kann" und daß „ein Barrikadenkampf immer noch eher vorauszusehen ist, als ein Bombardement". In Versailles aber mußte er bald feststellen, daß die Generale (mit Ausnahme von Roon, mit dem er stets eines Sinnes war und blieb) von Podbielski, von Bronsart, von Verdy, von Brandenstein u. a. nicht im geringsten, sogar unter Vorenthaltung der „Offiziellen militärischen Nachrichten", die er erst aus der Zeitung erfuhr, es für notwendig fanden, ihn „von den militärischen Vorgängen in fortlaufende Kenntnis" zu setzen, worum er Moltke als Generalstabschef am 22. Oktober offiziell bat, um nicht immer erst 5 Tage (!) später durch die Zeitungen informiert zu werden. Wie dieser nach dem Tagebuch des Grafen Waldersee „in voller Blüte stehende alte Hader" zwischen Bismarck und den „Halbgöttern" nachteilig für den Kriegsverlauf und die Friedensbemühungen war und die Gefahr der Einmischung der Neutralen immer näher und immer wieder heraufbeschwor, besonders auch als Herr Thiers im Oktober auf die Rundreise zur Entdeckung „Europas" ging und Graf Beust unermüdlich wühlte, auch republikanische Italiener sich meldeten und Fürst Gortschakow nur mit Bismarcks genialer Politik in der Schwarze-Meer-, der sogenannten Pontusfrage und seiner Konferenzanregung darüber im Zaum gehalten werden konnte, das wurde Bismarck während der schlaflosen Nächte in seinem bescheidenen Versailler Quartier nur zu klar. Er konnte nicht zulassen, daß „unsere politischen Interessen" nach so großen Erfolgen durch das zögernde Verhalten des weiteren Vorgehens gegen Paris, das seit dem 19. September eingeschlossen war und trotz des monatlichen Verlustes von 2000 deutschen Soldaten um der humanitären Phrasen der englischen Prinzessinnen und sonstigen Auslandseinflüsse als das „Mekka der Zivilisation" nach dem Motto „vor Paris nichts Neues" behandelt wurde, geschädigt würden. Hier ging es nicht mehr um

eine „ausschließlich militärische“ Angelegenheit. Paris war Frankreich! Der Frieden war, wie sich von Woche zu Woche mehr erwies, nur zu erreichen, wenn Paris kapitulierte. Der Streit, ob dies Ziel durch Kanonen oder Hunger, wie England und die Humanitätsschwärmer nach Art des Kronprinzen und seines Generalstabschefs von Blumenthal, die beide englische Frauen hatten, wünschten, erreicht werden würde, war zuletzt müßig, ja schädlich, weil nach der politischen Lage allein das Entscheidende blieb, Paris so rasch wie möglich zu bezwingen. Bismarck mußte je länger je mehr den Einwendungen der Militärs, daß sie nicht genügende Belagerungsgeschütze und Munition aus Mangel an Transportmitteln heranschaffen konnten, obwohl nach seiner Kenntnis etwa 1500 Achsen mit Lebensmitteln beladen für die Verproviantierung von Paris wochenlang bis zum Verderb des Specks beiseite standen, Mißtrauen entgegensetzen. Er tat sich mit Roon, der unter Einsatz seiner Gesundheit seit Wochen für einen schnellen Angriff auf Paris kämpfte, zusammen, und stellte ihm das Geld für Anschaffung von 4000 Pferden zum Munitionstransport aus der „Bundeskasse“ zur Verfügung. Ehe es dazu kam, mußte er sich gegen Gerüchte in der Heimat wehren, als hemmte er „das Spiel unserer Geschütze gegen Paris und trüge damit die Schuld an der Verlängerung des Krieges“. „Jeden Morgen seit Wochen hoffte ich“, schrieb er am 28./29. Oktober seiner Frau, „durch das Donnern geweckt zu werden, über 200 stehn schon, aber sie schießen nicht und sollen doch noch nicht einmal Paris, sondern nur einige Forts zum Ziel nehmen. Es schwebt über der Sache irgendeine Intrige, angesponnen von Weibern, Erzbischöfen und Gelehrten, bekannte hohe Einflüsse sollen mitspielen, damit das Lob des Auslandes und die Phrasenberäucherung keine Einbuße erleiden. Jeder klagt über Hindernisse anonymer Natur, der eine sagt, man stellt die Artillerietransporte auf den Bahnen zurück, damit sie nicht eintreffen, der andere schilt auf Mangel früherer Vorbereitung, der dritte sagt, die Munition sei noch zu wenig, der vierte, die Armierung unfertig, der fünfte, es sei alles da, nur der Befehl zu schießen nicht. Dabei frieren und erkranken die Leute, der Krieg verschleppt sich, die Neutralen reden uns drein, weil ihnen die Zeit lang wird, und Frankreich waffnet mit den Hunderttausenden Gewehren aus England und Amerika. Das alles predige ich täglich, und dann behaupten die Leute, ich sei schuld an dem Verschleppen, was vieler ehr-

licher Soldaten Tod verursachen kann, um sich vom Ausland für Schonung der ‚Zivilisation' loben zu lassen. Bitte, widersprich der Lüge gegen jedermann." Zur selben Zeit hofft er noch, daß Anfang November ein „Schuß auf die Wälle" getan werden würde. Er wünschte, wie Graf Waldersee am 23. Oktober in sein Tagebuch eintrug, „daß Paris sobald als möglich fällt und es ist ihm ganz gleichgültig, ob das durch Bomben oder sonst wie geschieht". Diesen nach der Gesamtsituation und dem Verhalten der Neutralen vollständig richtigen Standpunkt durfte er aber, weil er Politiker war, nicht bei den militärischen Beratungen und Entschlüssen zum Ausdruck und Einfluß bringen! Welch Widersinn der Kriegsführung! Als am 16. November die Geschütze noch immer schwiegen, „nachdem man dreimal soviele hergefahren hat als einstweilen gebraucht werden können und es schien", „als wolle man die 400 schweren Brummer und ihre 100 000e von Zentner Kugeln bis nach dem Frieden stehen lassen und dann wieder nach Berlin fahren", obwohl „die große Armee für 2 Monate festgenagelt und währenddem der Enthusiasmus bei uns verraucht und der Franzose rüstet" und „es sich nicht einmal um Bombardements der Stadt, sondern nur der detachierten Forts handelt", stieß Bismarck mit einem dann wegen der Kaiserfrage allerdings nicht abgegebenen Immediatbericht vom 18. November vor, daß er durch den Generalstab „von den wesentlichen Zügen oder militärischen Plänen und Entwicklung in fortlaufender Kenntnis" gehalten „und die Fragen, die er in bezug darauf stelle, willfährlich und eingehend beantwortet" werden sollten, indem er die Wechselwirkung von Politik und Kriegführung mit klassischen Ausführungen darlegte. Als aber die Kaiserfrage mit Holnsteins Reise auf gutem Wege war, wurde er nach Verabredung mit Roon, der sich bis zur Erschöpfung für das Bombardement einsetzte, beim König am 28. November vorstellig, die Entscheidung über die Beschießung nunmehr zur Abwehr der Interventionsgelüste der Neutralen nicht mehr zu verzögern. Obwohl der König daraufhin sofort an Roon und Moltke die Aufforderung richtete, „unverzüglich" die Mittel vorzuschlagen, „um die allergrößte Beschleunigung des Angriffs der Südforts herbeizuführen", hörte Bismarck nichts auf seine Eingabe, so daß er von „Mangel an Vertrauen für mich und an Neigung für die Sache" sprach und noch am 7. Dezember, als alle möglichen Maßnahmen schon in Gang gesetzt waren, schrieb:

„Auch Moltke ist, und natürlich mit entscheidender Stimme gegen den Angriff und für alle Waffenstillstände; der Sturm werde uns 1000 Mann kosten; das glaube ich nicht. Das defensive Abwarten feindlicher Ausfälle, die täglichen kleinen Verluste, die Krankheiten haben aber seit 2 Monaten etwa 10 000 gekostet. Ich enthalte mich natürlich, meine zivilistische Ansicht solchen Autoritäten gegenüber geltend machen zu wollen; der gute Roon aber ist vor Ärger über unsere Passivität und seine vergeblichen Versuche, uns zum Angriff zu bringen, recht krank gewesen, jetzt besser, resigniert, nur darf man nicht von der Sache reden, er wird gleich unwohl vor Bitterkeit. Er bleibt eigentlich nur mir zu Gefallen hier, weil ich sonst politisch und gemütlich ganz vereinsame. Ich meine nicht, daß ich Widerstand Aller auf politischem Gebiet zu bekämpfen hätte, im Gegenteil, aber ich habe keine menschliche Seele hier zum Reden über Zukunft oder Vergangenheit. Wenn man zu lange Minister ist und dabei nach Gottes Fügung Erfolg hat, so fühlt man deutlich, wie der kalte Sumpf von Mißgunst und Haß einem allmählich höher und höher bis ans Herz steigt; man gewinnt keine neuen Freunde, die alten sterben, oder treten in verstimmter Bescheidenheit zurück und die Kälte von oben wächst, wie das die Naturgeschichte der Fürsten, auch der besten, so mit sich bringt; alle Zuneigungen aber bedürfen der Gegenseitigkeit, wenn sie dauern sollen. Kurz mich friert, geistig, und ich sehne mich, bei Dir zu sein und mit Dir in Einsamkeit auf dem Lande. Dieses Hofleben erträgt kein gesundes Herz auf die Dauer."

Am 10. Dezember ertrug Bismarck das ihm gegenüber angewandte Schweigen nicht mehr. Er entwarf einen neuen Immediatbericht, den er nach Umarbeitung 4 Tage später an den König absandte: er verlangte darin eine schärfere Kriegsführung, eine strengere Behandlung der okkupierten Landesteile, die volle Ausnutzung der Kriegsrechte und schärfere Maßnahmen gegen die Bevölkerung, die den Krieg in allem zu fühlen bekommen müßte. Der König hat dann drei Tage später, gewiß unter dem Eindruck dieses Immediatberichtes, das „Feuer auf Paris" beschlossen: „Hoffentlich noch vor Silvester", schrieb Bismarck verbittert am Weihnachtstage. „Was Roon und meine monatelange Arbeit nicht durchsetzte, scheint der Sturm der Berliner Blätter und der Widerhall, den der Reichstag davon herbrachte, bewirkt zu haben. Auch Moltke soll bekehrt sein, seit er anonyme Zeitungsgedichte erhielt,

daß sein System, als ob die Sache ihn nichts anginge, vor der öffentlichen Meinung keine Gnade fand. Der Ruhm der Führung liegt in dem bewundernswerten Heldenmut der Truppe; nur etwas weniger davon, und keiner der Führer würde vor der Kritik heut bestehen." Diese Kritik vertrat Bismarck auch mutig am 28. Dezember in einem erst am 8. Januar nach Beginn der Beschießung am 27. Dezember mit ihren vollen Erfolgen abgesandten Immediatbericht, in dem er die Zersplitterung der Armeen auf zu weitem Raum und die dadurch nicht mögliche volle Beherrschung der besetzten Gebiete zur Forderung einer konzentrierten Kriegsführung erhob. Er hatte am 1. Januar schon erfreut der Gattin berichtet: „Der schlagende Beweis ist hier geliefert, daß unsere Artillerie der französischen überlegen. Mont-Avron an einem Tage zusammengeschossen und ohne Verlust besetzt. Die bisherigen Gegner des Angriffs sind bekehrt, fast etwas sauer blickend über die raschen Erfolge der Artillerie, denn jeder sagt sich nun im Stillen, das hätten wir vor 2 Monaten auch gekonnt, wenn nicht ein Dutzend Leute von Einfluß aus verschiedenen Gründen es hinderten." Er verlangte jetzt auf eine Beschwerde aus London hin seine Beteiligung an der Formulierung der Kriegsnachrichten und hatte am 13. Januar eine scharfe Auseinandersetzung mit Moltke, dem er seit Wochen zum ersten Male beim Kronprinzen auf dessen Veranlassung begegnete, über die Kriegsführung und den Weg von der Kapitulation von Paris, der Behandlung der Hauptstadt bis zum Frieden. Moltke wollte den „Exterminations"-Krieg, „Jusqu'au bout"-Krieg, wie die französischen Generale 1914 bis 1918 sagten, Bismarck einen baldigen Frieden, worüber der Generalstabschef sich sehr erregte. Moltke reichte am 14. Januar seine Kapitulationsvorschläge beim König ein, zu denen Bismarck am selben Tage ruhig und sachlich Stellung nahm. Ehe die Debatte, bei der Moltke etwas die Nerven verloren zu haben schien, sich aber fortsetzte, übte die seit dem 5. Januar energisch durchgeführte Beschießung der Pariser Forts ihre Wirkung: fünf Tage nach der Kaiserproklamation am 18. Januar bat Jules Favre um eine Unterredung in Versailles. Die Waffenstillstands- und anschließenden Friedensverhandlungen begannen.

Jules Favre hatte ursprünglich, wie er am Tage darauf aufzeichnete, nur über die Lage in Paris verhandeln wollen, Bismarck brachte ihn aber schnell zu den Friedensbesprechungen. Schon

nach drei Stunden waren sie einig, und Favre schrieb für Bismarck allein die ersten Abmachungen auf: Beendigung des Widerstandes und Entwaffnung in Paris, Besetzung eines oder mehrerer Forts, die zu übergeben sind, Kriegskontribution, Entwaffnung der Armee und Mobilgarden, die beide Kriegsgefangene werden, die Nationalgarde behält — entgegen Bismarcks durch den späteren Kommuneaufstand gerechtfertigten Warnungen — ihre Waffen, die deutschen Truppen bleiben in den Forts und marschieren nicht in Paris ein, sofortiger Waffenstillstand, Verproviantierung von Paris, eine innerhalb 14 Tagen gewählte, in Bordeaux zusammengetretene Nationalversammlung soll über Krieg und Frieden sowie die künftige Regierungsform Frankreichs entscheiden! Diese Verhandlungsgrundlage wurde noch am 23. abends dem Kaiser berichtet, am 24. Januar vormittags in einer Beratung unter dem Vorsitz Wilhelms I., an der außer Bismarck der Kronprinz, Roon und Moltke teilnahmen, gegen den Widerstand der Militärs, die die Unterwerfung von Paris auf Gnade und Ungnade forderten, mit Bismarcks Verlangen nach Maßhalten genehmigt und nachmittags Jules Favre nach Paris mitgegeben, der am 25. abends wieder in Versailles eintraf. Der 26. brachte dann eine äußerst leidenschaftliche Beratung bei Wilhelm I., in der Bismarck besonders gegen Moltke mit äußerster Energie die Entscheidung erkämpfte. Schon zu Mitternacht wurde das beiderseitige Geschützfeuer vor Paris eingestellt! Die Abmachungen vom 23. wurden nun am 27. und 28. Januar zwischen Bismarck und Moltke für Deutschland, Jules Favre und General Beaufort d'Hautpoul bzw. General Valdan für Frankreich zu einer Konvention ausgearbeitet, die abends sieben Uhr unterzeichnet wurde. Bismarck telegraphierte sofort an das Auswärtige Amt und an die Botschafter in London, Petersburg, Wien: „Kapitulation aller Pariser Forts und dreiwöchentlicher Waffenstillstand zu Wasser und zu Lande von mir und Favre unterzeichnet. Die Armee bleibt kriegsgefangen in der Stadt." Die Generale waren zwar nur zum Teil mit der „Konvention" einverstanden, Moltke hatte eine Kapitulation wie in Sedan verlangt; die Soldaten, die aber Einsicht für die politischen Zusammenhänge aufbrachten, anerkannten, wie General von Stosch schrieb: „daß, um die heutige Regierung von Frankreich zu erhalten, man ein gut Teil Schonung gegen das Land ausüben muß. Man darf nicht vergessen, daß der Friede die Hauptsache ist. Verfolgen wir die Resul-

tate bis in alle Konsequenzen, so kommt die rote Republik zur Herrschaft und ein Ende ist gar nicht abzusehen. Danach muß man den Maßstab anlegen."

Bismarcks weise Mäßigung in der Anwendung der ihm durch den deutschen Enderfolg der Waffen zur Verfügung stehenden Macht belohnte sich sofort. Die Regierung der nationalen Verteidigung schrieb nach Artikel 2 der Konvention schon am 29. Januar die Wahlen für die Nationalversammlung zum 5. bzw. 8. Februar aus und setzte ihren Zusammentritt auf den 12. Februar fest. Es gab natürlich noch einige Schwierigkeiten, weil Bourbaki und Garibaldi noch weiter kämpften, die Generale Faidherbe und Chanzy die Demarkationslinien nicht innehalten wollten und Kriegsminister Gambetta ein am 4. Februar für ungültig erklärtes Wahlausschließungsdekret, gegen das Bismarck protestierte, erließ, aber die Wahlen verliefen in ganz Frankreich einschließlich Elsaß-Lothringen am 8. Februar in Ruhe und Ordnung. Bei den Verhandlungen über die für den Zusammentritt der neuen Nationalversammlung notwendige Verlängerung des am 18. Februar ablaufenden Waffenstillstandes und seine Erweiterung auf das Kriegsgebiet des Generals Bourbaki, der mit 83 000 Mann am 1. Februar über die Schweizer Grenze gegangen war, wurde die Übergabe von Belfort erreicht sowie die Ausdehnung der Waffenruhe bis 24. Februar. Bismarck pflegte seine Beziehungen zu Napoleon III., der eine Proklamation an die Franzosen erließ, ebenso wie zu den Bourbonen und ihrem Vertrauensmann, dem Erzbischof von Rouen, Kardinal Bonnechose weiter, um auf die französische Öffentlichkeit zu drücken. Er wies die Presse zudem an, für eine Republik Frankreich als beste Friedensaussicht einzutreten, nachdem die Nationalversammlung in Bordeaux am 3. Februar mit 500 Monarchisten, darunter zwei Drittel Orleanisten und nur 10 Bonapartisten, 100 Gemäßigten und 50 roten Republikanern zusammengetreten war. Die Nationalversammlung wählte am 17. Februar Adolphe Thiers, der den Bourbonen nahestand, zum Chef der exekutiven Gewalt, mit dem Recht der Zusammensetzung seines Ministeriums, in dem Jules Favre wieder Außenminister wurde. Thiers fuhr am 19. Februar abends nach Versailles, hatte am 21. Februar die erste Verhandlung, die unter Teilnahme Jules Favres vom 23. bis zum 26. Februar dauerte und verschiedene Zuspitzungen über „Metz oder Belfort", den Einzug in Paris sowie 5 oder 6 Mil-

liarden Goldfranken Kriegsentschädigung brachte. Bismarcks genialer Verhandlungskunst, die verschiedentlich mit der Eitelkeit von Thiers spielte, gelang ein Friedensabschluß, den die Franzosen, die nach ihrer Aussage Schlimmeres erwartet hatten, als tragbar, die Deutschen in Heimat wie Frontheer als Erfüllung ihrer Erwartungen ansahen. Am 27. Februar teilte Bismarck die unterzeichneten Friedenspräliminarien nach London, Petersburg und Wien mit: „Haupt-Bedingungen: Abtretung unserer Generalgouvernements Straßburg und Metz, aber ohne Belfort. Fünf Milliarden in 3 Jahren zu zahlen, Pfandbesetzung bis zur Zahlung." Die Nationalversammlung in Bordeaux nahm schon am 26. Februar die Bedingungen sofort an und verlangte durch Favre den Abzug der deutschen Truppen aus Paris, der aber erst nach Austausch der Ratifikationsurkunden am 2. März angeordnet werden konnte. Die Franzosen verhinderten durch eine schnelle Annahme und Ratifizierung des Friedens einen geplanten feierlichen Einmarsch deutscher Truppen mit Kaiser Wilhelm an der Spitze in Paris; nur am 1. März fand ein Einmarsch von 30 000 Mann ohne den Kaiser statt; Bismarck war „mit Gordon durch die Porte Maillot" hineingeritten, beim Triumphbogen umgekehrt, „weil ich den nicht vor S. M. passieren durfte und dann allein mit Wartensleben zurückgeritten, wurde überall erkannt, etwas ausgepfiffen, aber doch nur von ganz kleinen Jungen. Von Attentätern keine Spur." Ein Blusenmann war bei der Revue von Longchamps an ihn herangetreten: „T'es une fameuse canaille." Bismarck freute sich über den Mut des Menschen und ließ ihn laufen. Er hatte wohl seine glücklichste Stunde im ganzen Feldzug auf diesem Ritt durch Paris. Die Friedensverhandlungen, die er ganz allein nach allen Seiten hin durchzuführen hatte — 25. Februar z. B. von 1 Uhr nachmittags bis nach 9 Uhr abends — hatten seine Kräfte aufs äußerste beansprucht. Er „war auch nachher so herunter, wie ich ihn kaum gesehen", schrieb sein treuer Geheimrat Abeken an seine Frau, „selbst in den schlimmsten Zeiten. Er hat mich tief gedauert; und der König, dem ich ein Bild davon zu geben hatte, ließ ihm auch seine herzlichste Teilnahme ausdrücken. Todmüde, wie er nun ist, kann er nun doch nicht schlafen; gestern — ist er erst um 3½ Uhr eingeschlafen. Heute wird's nicht besser werden und morgen kommen Thiers und Favre schon um 11 Uhr wieder." Bismarck selbst aber entschuldigte sich noch bei seiner Frau, daß er ihre „tägliche

Treue im Schreiben schlecht vergolten und jedesmal, wenn mir Engel Deinen Brief ans Bett brachte, Reue und gute Vorsätze gehegt hätte". „Aber es ging einen Tag wie den anderen", fuhr er in seinem Brief vom 27. Februar fort, „täglich sechs und sieben Stunden Thiers und Favre und mein kleiner Freund Thiers ist sehr geistreich und liebenswürdig, aber kein Geschäftsmann für mündliche Verhandlungen. Der Gedankenschaum quillt aus ihm unaufhaltsam wie aus einer geöffneten Flasche und ermüdet die Geduld, weil er hindert, zu dem trinkbaren Stoffe zu gelangen, auf den es ankommt. Dabei ist er ein braver kleiner Kerl, weißhaarig, achtbar und liebenswürdig, gute, altfranzösische Formen und es wurde mir sehr schwer, so hart gegen ihn zu sein, wie ich mußte. Das wußten die Bösewichter, und deshalb hatten sie ihn vorgeschoben. Aber ich muß nach oben und unten Stimmungen berücksichtigen, die eben nicht rechnen. Wir nehmen Elsaß und Deutsch-Lothringen, dazu auch Metz mit sehr unverdaulichen Elementen, und über 1300 Millionen Taler ... Gott hat uns mit seiner starken Hand so weit geführt, Er wird uns ja auch den Frieden festmachen, für den neben vielem Gesindel in Frankreich, so viel ehrliche Leute bei uns, und auch bei den Gegnern gefallen, verkrüppelt und in Trauer sind. Mein Herz ist voll demütigen Dankes und ich hoffe mit Deinen beiden blauen Jungens bald bei Dir zu sein in etwa 14 Tagen. Gott behüte Dich, und gebe uns schnelles Wiedersehen."

Nur ein Deutscher konnte sich über eine seiner größten Leistungen, die er seinem Volke darbrachte, so bescheiden und so frei von jeder Überhebung aussprechen.

Bismarck hatte nun nur noch eine Sehnsucht: Zurück in die Heimat. Am 9. März traf er in Berlin ein. Am 21. März wurde bereits der Reichstag feierlich eröffnet. Bismarck trat als Fürst vor ihn hin, sein Kaiser und König hatte ihm am selben Tage geschrieben: „Mit der heutigen Eröffnung des ersten deutschen Reichstags nach Wiederherstellung eines Deutschen Reiches beginnt die erste öffentliche Tätigkeit desselben. Preußens Geschichte und Geschicke wiesen seit längerer Zeit auf ein Ereignis hin, wie es sich jetzt durch dessen Berufung an die Spitze des neu gegründeten Reiches vollzogen hat. Preußen verdankt dies weniger seiner Ländergröße und Macht, wenngleich beides sich gleichmäßig näherte, als seiner geistigen Entwicklung und seiner Heeresorganisation. In unerwartet schneller Folge haben sich im Laufe von sechs Jahren die

Geschicke meines Landes zu dem Glanzpunkt entwickelt, auf dem es heute steht. In diese Zeit fällt die Tätigkeit, zu welcher ich Sie vor zehn Jahren zu mir berief. In welchem Maße Sie das Vertrauen gerechtfertigt haben, aus welchem ich damals den Ruf an Sie ergehen ließ, liegt offen vor der Welt. Ihrem Rat, Ihrer Umsicht, Ihrer unermüdlichen Tätigkeit verdankt Preußen und Deutschland das weltgeschichtliche Ereignis, welches sich heute in meiner Residenz verkörpert.

„Wenngleich der Lohn für solche Taten in Ihrem Inneren ruht, so bin ich doch gedrungen und verpflichtet, Ihnen öffentlich und dauernd den Dank des Vaterlandes und den meinigen auszudrücken. Ich erhebe Sie daher in den Fürstenstand Preußens mit der Bestimmung, daß sich derselbe stets auf das männliche Mitglied Ihrer Familie vererbt.

„Mögen Sie in dieser Auszeichnung den nie versiegenden Dank erblicken Ihres Kaisers und Königs Wilhelm."

DREIZEHNTES KAPITEL

Die auswärtige Politik — Friedenspolitik

(1871—1890)

Die Errichtung des deutschen Kaiserreiches war aus dem Siege über Frankreich ohne Widerstand von irgendeiner Seite, ja mit einer gewissen Mithilfe Rußlands, das ein Armeekorps an der Grenze Österreichs zur Beschwichtigung etwaiger Revanchegelüste Habsburgs zusammengezogen hatte, vor sich gegangen. An Stelle der bisher in Europa führenden Kaisermacht Frankreich und der schon 1866 aus seiner Führerrolle ausgeschiedenen Habsburger Monarchie war jetzt das große und starke Deutschland getreten, Bismarck hatte es geschaffen. Alle politischen Augen der Welt waren auf ihn gerichtet. Wie würde er sich fortan mit der gewonnenen Macht in Europa einfügen, wie würde er das neue Reich in die Verhältnisse, Beziehungen, Bindungen der europäischen Staaten, ja der Erdteile einordnen und wie würde er auf die Spannungen und Gegensätze zwischen England, Rußland, Österreich und Italien einwirken? Er ließ vom ersten Augenblick an diese Frage nicht unbeantwortet: seine Politik sollte dem Frieden und der Sicherung Deutschlands, das „saturiert" war, dienen.

Die Welt aber wollte ihm nicht glauben, nicht vertrauen. Sie folgte den Verleumdern und Phantasten, Deutschlandgegnern und Reichsfeinden, den Neidern und Ränkespinnern, die Bismarck pangermanische Absichten, Welteroberungs- und Weltherrschaftspläne unterstellten und den Kanzler als einen gewalttätigen, eisenklirrenden und blutgierigen Riesen schilderten, der seine Hände überall im Spiele haben wollte. Die Liberalen der Welt entfesselten seit 1871 stärker denn je ihren Lügenfeldzug gegen Bismarcks politische Stellung und Handlungsweise, die stets aus autoritärem und totalem Weltanschauen hervorgingen, auch wenn sie faktisch mit dem parlamentarischen Regime rechnen und arbeiten mußten.

Frankreich war das erste Land, das sich von nun an fast zügellos der antideutschen und antibismarckschen Propaganda in aller Welt hingab. Es war Bismarcks Tragik, daß er die Beendigung des Napoleonischen Kaisertums, also eines monarchisch-autoritären Regierungsprinzips als vorteilhaft für Deutschland ansah und glaubte, mit der Republik friedfertiger zurechtkommen zu können; er sah nicht, daß die Republik als Hort des Liberalismus alle Kräfte der Verleumdung, Stimmungsmache, Tendenz, Lüge, Unruhe in jeder Beziehung losließ und wach erhielt, weil sie nur einen Grundsatz anerkannte, mit jedem verfügbaren Mittel skrupellos sich selbst zu dienen und Vorteile zu verschaffen.

Bismarck sollte diese „republikanische“, „freiheitliche“, d. h. durch keine Weltanschauung gezügelte Unzuverlässigkeit und rein egoistische Einstellung bereits spüren, als er daranging, die Friedenspräliminarien von Versailles in die festen Bindungen des bleibenden Friedensvertrages zu bringen. Seine Bevollmächtigten, der bisherige Gesandte beim Päpstlichen Stuhl, Graf Harry von Arnim, der Brüsseler Gesandte von Balan und der Generalgouverneur des besetzten Gebietes in Rouen, der sächsische Kriegsminister von Fabrice, die er am 14. und 15. März 1871 in Berlin instruiert hatte, meldeten ihm sofort nach ihren ersten Verhandlungen mit den französischen Unterhändlern in Brüssel, dem Brüsseler Gesandten Baron Baude, dem Mitglied der Nationalversammlung Goulard, dem Gesandten de Chery und dem General Boutrelaine vom 23. März an, daß die Franzosen den am 18. März zu Paris ausgebrochenen, bis 28. Mai andauernden und durch Mac Mahons „zweite Belagerung von Paris“ sowie heftige Barrikadenkämpfe mit 17 000 Toten, 50 000 Gefangenen niedergeworfenen Kommuneaufstand und die dadurch für die nach Versailles geflüchtete französische Regierung unsicher gewordene Lage benutzten, um günstigere Bedingungen als die des Präliminarfriedens in geschicktester Verhandlungstaktik anzustreben. Bismarck hielt es für möglich, einer der monarchischen Parteien, der bonapartistischen oder bourbonisch-orleanistischen, könnte es gelingen, eine Regierung herzustellen, die ihm nach Anerkennung des Präliminarfriedens willkommen sein dürfte. Er ließ sich gerade deswegen auf keinerlei Entgegenkommen für die Abänderungen der Friedensbedingungen ein, wenn auch Graf Arnim mit der Restauration der Monarchie in Paris liebäugelte und der kommunistische General Cluseret die sofortige Zahlung

von 500 Mill. Francs Kriegsentschädigung — „le comble der Frechheit“, wie Kaiser Wilhelm schrieb — anbot. Bismarck interessierte zuletzt die innerpolitische Staatsform in Frankreich für diese Verhandlungen nicht, wenn er auch seine Verbindungen zu den feindlichen Gruppen der Regierung Thiers-Favre erst abbrach, nachdem der Friede vom französischen Parlament ratifiziert war. Thiers und Favre, die sich mit verschiedener Taktik klug in die Hände gespielt hatten, gaben am 28. April ihre Widerstände auf und boten eine persönliche Zusammenkunft mit Bismarck an, die vom 5. Mai an in Frankfurt am Main stattfand und in klarer Aussprache zu einer Einigung in allen zu Brüssel strittigen Punkten führte. Bereits am 10. Mai, früher als erwartet, so daß Bismarck nicht einmal die süddeutschen Bevollmächtigten heranholen konnte, wurde der Frieden unterzeichnet, der außer den Abmachungen des Präliminarfriedens die Zahlung der Kriegsentschädigung in Gold und gleichwertigem Papier, die Abtretung der Grenzdörfer, das sogenannte Erzgebiet an der französisch-luxemburgischen Grenze gegen Vergrößerung des Festungsrayons um Belfort, das Prinzip der Meistbegünstigung für die Handelsbeziehungen, die zollfreie Einfuhr elsässischer Produkte in Frankreich bis 1. September 1871, die Entschädigung für die nach Friedensschluß als Prisen verurteilten Schiffe und den Kaufpreis für die Ostbahn festsetzte. Die späteren Verhandlungen in der zweiten Jahreshälfte um die Verlängerung der zollfreien Einfuhr, die teilweise frühere Räumung des besetzten Gebietes, die nach umständlichem Hin und Her zu Brüssel und Paris wieder in Berlin vom 8. bis 12. Oktober durch Bismarck zum Abschluß gebracht wurden und der durch den Rückzug von Adolphe Thiers am 11. Dezember beendete Amnestiestreit gehörten zu den Ausführungsbestimmungen.

Während dieses zehn Monate dauernden diplomatischen Ringens erkannte Bismarck aber wieder, daß Frankreich, wie es unter Napoleon III. nach dem Rhein „als der natürlichen Grenze“ und damit nach der Abtrennung der Rheinlande gestrebt hatte, auch unter Thiers und seinen Nachfolgern stets das gleiche Ziel verfolgen, niemals den Verlust von Elsaß-Lothringen freiwillig ertragen und infolgedessen auch niemals einen wahren Frieden mit Deutschland machen würde. Er sah, daß er Deutschland stets groß, stark, unabhängig machen und durch Bündnisse festigen müßte, wenn er Europa den Frieden erhalten und sichern, Frankreichs Revanche-

und Angriffslust niederhalten wollte. Zu einer grundsätzlichen Friedenspolitik trat also nun aus den Erkenntnissen auch des Jahres 1871 die Koalitionspolitik. Die Labilität der politischen Verhältnisse und damit der Lage Deutschlands war nur zu überwinden, wenn das neue Kaiserreich Rußland als Verbündeten behielt, Österreich nicht in ein Bündnis mit Frankreich und England kommen ließ und möglichst auch eine englisch-französische Kombination verhinderte. Bismarck wußte, daß Deutschland nur leben kann, wenn es entweder im Osten mit Rußland oder im Westen mit Frankreich, was sich als unmöglich erwies, deshalb mit England verbündet war, und Österreich-Ungarn in der Südost-Flanke zum Neutralen oder Freunde hatte. Nach dieser Erkenntnis richtete er seine auswärtige Politik nun zwei Jahrzehnte lang aus. Als sie nicht mehr galt, begann Deutschlands Abstieg, Machtverfall und Unglück, weil sie das politische Lebensgesetz jeder Großmacht in Mitteleuropa ist.

Bismarck hatte deswegen Rußland, das schon seit 100 Jahren Freundschaft mit Preußen hielt und gerade zuletzt wieder trotz Fürst Gortschakows leisen Eigenwilligkeiten bewiesen hatte, jedes nur mögliche Entgegenkommen gezeigt, als das Zarenreich eine Belohnung für seine wohlwollende Neutralität mit der Forderung nach Revision der erniedrigenden Bestimmungen des Pariser Friedens von 1856 im Herbst 1870 präsentierte. Er hatte eine Konferenz zwischen Rußland und dem widerstrebenden England unter deutscher, türkischer, österreichischer und italienischer Teilnahme vorgeschlagen. Sie hatte vom 17. Januar bis 13. März 1871 in London als sogenannte Pontuskonferenz getagt und die Neutralisierung des Schwarzen Meeres aufgehoben, Rußland eine Kriegsflotte auf dem Schwarzen Meer zugestanden, die Durchfahrt durch die Dardanellen aber von der Erlaubnis der Türkei abhängig gemacht. Rußland hatte zwar nicht alle seine Ziele erreicht, aber gesehen, daß England in der Dardanellenfrage (bis 1914) sein Widersacher war und Deutschland kein aktives Interesse an der gesamten Balkan- und Orientfrage hatte.

Wie gegenüber Rußland hielt Bismarck, der am 10. Juni den „Sachsenwald" im Herzogtum Lauenburg mit dem Herrenhaus Friedrichsruh als Dotation verliehen erhalten hatte und am 16. Juni beim feierlichen Truppeneinmarsch in Berlin mit Roon und Moltke zu beiden Seiten vor dem Kaiser und König hergeritten war, auch

gegenüber Österreich an der seit Nikolsburg eingeschlagenen Politik einer Überwindung aller Gegensätze fest. Der Fortbestand eines ungeschwächten Österreichs war für ihn eine europäische politische Notwendigkeit, stellte er in einem vertraulichen Rundschreiben als Grundsatz seiner Politik fest. Der Habsburger Franz Joseph I. und Wilhelm I. trafen sich zum ersten Male nach 1866 am 11. August in Bad Ischl und am 6. und 7. September im Beisein von Graf Beust, der jetzt ein freundliches Gesicht zeigte, und Bismarck in Salzburg. Am 14. November 1871 wurde Graf Beust durch den bismarckfreundlichen Ungarn Grafen Julius Andrassy als Minister des Äußeren der Monarchie ersetzt. Der Weg zur deutsch-österreichischen Annäherung bot nun keine Hemmungen mehr. Die Schwierigkeit lag vielmehr beim Verhältnis Deutschlands, Rußlands und Österreichs zueinander; die Balkanfrage war hier der Zankapfel. Bismarcks ausschließliches Verdienst wurde es, daß er diese Gefahr mit friedlichen Mitteln und zur Festigung der mitteleuropäischen Beziehungen zum slawischen Osten, solange er das Steuer des Reiches führte, überwand.

Als Realpolitiker sah er, daß Deutschlands Sicherung durch Bündnisse im Westen nicht zu erreichen war, weil weder Frankreich noch England bündniswillig waren. Frankreich, das als ersten Nachkriegsgesandten den deutschfeindlichen Vicomte de Gontaut-Biron nach Berlin geschickt hatte, erfüllte die Friedensbedingungen nicht nur korrekt, sondern, weil sie leicht erfüllbar waren und andererseits selbstverständlicherweise vom Kaiserreich und dem Befehlshaber der Besatzungstruppen General Edwin von Manteuffel genau eingehalten wurden, auch sehr schnell, um die deutschen Truppen, die nach der letzten Zahlung vom 5. September 1873 heimmarschierten, aus dem Lande zu haben. Es ließ aber keinen Zweifel über seine deutschfeindliche revanchelüsterne Gesinnung, so daß von Paris Gerüchte gingen, Bismarck beabsichtige einen Präventivkrieg, was niemals der Fall gewesen ist, mochte auch in deutschen Militärkreisen die Meinung bisweilen einer Wiederaufnahme des Krieges zuneigen. Die Lage gegenüber Frankreich blieb auf jeden Fall gespannt — England wieder verhielt sich gegenüber der Durchführung des Frankfurter Friedens korrekt und verblieb im übrigen zurückhaltend. Es sah, daß Bismarck eine rein kontinentale Politik betrieb, deren Gesicht nach Osten gewandt war.

Ihr Ziel blieb, wie Bismarck dem Grafen Beust in Salzburg gesagt hatte, die aus seiner autoritär-monarchischen Weltanschauung hervorwachsende Entente der drei Kaiserreiche. Sie wurde auf Franz Josephs Anregung hin im April 1872 durch einen Besuch in Berlin, zu dem auch Zar Alexander II. erschien, gefördert. Die Drei-Kaiser-Zusammenkunft vom 5. bis 11. September im Beisein Bismarcks, Gortschakows und Andrassys führte dann auch zu dem sogenannten, aber weiter nicht festgelegten Drei-Kaiser-Bündnis, das eine Kundgebung gegen die antimonarchischen (und teilweise nihilistisch-marxistischen) Bestrebungen zur Erhaltung des Friedens und Abweisung französischer Revancheideen bildete. Dies Bündnis wurde durch die deutsch-russische Militärkonvention, die beim Petersburger Besuche Kaiser Wilhelms mit Bismarck und Moltke vom 27. April bis 8. Mai 1873 abgeschlossen wurde und ohne jede aggressive Absicht im Falle eines Angriffs eine gegenseitige Hilfe von 200 000 Mann vereinbarte, vertieft. Bismarck wünschte allerdings Österreichs Beitritt dazu. Österreich zog es aber vor, bei der Zusammenkunft Franz Josephs und Alexanders zu Schönbrunn im Juni 1873 lieber ein allgemeines, auf die Aufrechterhaltung des Friedens abzielendes Abkommen zu treffen, das Wilhelm I. im Oktober 1873 annahm, ohne auf seine Militärkonvention vom Mai nochmals zurückzukommen. Bismarck war damit zufrieden, weil er hierdurch erreicht hatte, „die Mehrheit der Großmächte", wie er Botschafter Saborow später einmal sagte, „auf seiner Seite zu haben". Er ging sogar noch einen Schritt weiter: Als König Viktor Emanuel im September 1873 seinen Kaiser besuchte, erwog er Italiens Beitritt, und zugleich richtete er an den englischen Botschafter Lord Odo Russel die Frage, warum eine deutsch-englische Verständigung mit dem Drei-Kaiser-Bund nicht vereinbarlich sein sollte. Italien war aber noch nicht so weit. Und das liberale England mochte sich mit dem autoritären Konservativismus des Ostens und seinem Konkurrenten Rußland in Konstantinopel und in Asien nicht verbünden, wenngleich die Königin Victoria mehr zu Deutschland und seinen Freunden als zu Frankreich neigte.

Deutschlands Macht war auf jeden Fall vorerst nach außen hin stabilisiert. Sie wurde von Bismarck als Bürgschaft für den Frieden und zur Verhinderung jeder mächtigen Koalition so maßvoll geführt, daß nur Verleumdung hier von Gewalt sprechen konnte.

Diese Verleumdungen gingen immer wieder von Frankreich aus, obwohl es durch seine sofort nach dem Kriege einsetzende und bis 1914 anhaltende wirtschaftliche Blüte bewies, daß es den Frieden von Frankfurt leicht zu tragen vermochte. Es führte 1872 die allgemeine Wehrpflicht ein. Es nutzte Bismarcks nur Deutschland angehenden Kulturkampf gegen die politischen Regierungsansprüche der Klerikalen, um mit Hilfe seiner Ultramontanen und Katholiken neuen Haß gegen Deutschland zu säen. Und es machte mit Hilfe der monarchistisch-klerikalen Mehrheit am 24. Mai 1873 den 65jährigen Marschall Mac Mahon zum Staatspräsidenten. Es sah so aus, als ob bei einer Wiederkehr der Bourbonen, der Mac Mahon nicht abgeneigt war, im Einvernehmen mit den Klerikalen eine Verquickung von Revanche und Religion, wie der Pariser Botschafter Graf Harry von Arnim schrieb, vor sich gehen würde. Die französischen Bischöfe stießen denn auch, trotz des Unwillens der Pariser Minister Duc de Decazes und Duc de Broglie, in dies Horn, in das ebenso die französischen Militärs kräftig hineinbliesen: in 5 bis 6 Jahren wäre man zur Abrechnung bereit, und Rußland werde dann helfen ...

Deutschland mußte über diese Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen Unruhe empfinden, der die Norddeutsche Allgemeine Zeitung am 16. Januar 1874 Ausdruck gab. Bismarck aber nahm am 23. Januar gegenüber dem Petersburger Botschafter Prinzen Reuß, der die bedrohlichen Nachrichten aus Paris über Warschau übermittelt hatte, den Missionen in Rom, Paris, London und Wien mit vollkommner Ruhe und der ausdrücklichen Weisung, „daraus keinen Anlaß zu Äußerungen Ihrerseits zu entnehmen“, sowie streng vertraulich Stellung: „Für uns ist die Rachestimmung in Frankreich nicht erwünscht; wir haben den Ernst und die Leiden jedes Krieges, auch eines siegreichen, würdigen gelernt und sind entschlossen, denselben zu vermeiden, solange sich uns nicht die Überzeugung aufdrängt, daß er unvermeidlich ist. Diese Überzeugung würde uns dann werden, wenn die weltliche Regierung Frankreichs der politischen Leitung jenes herrschsüchtigen Priestertums anheimfiele, welches wir als den geborenen Feind des Friedens und der staatlichen Ordnung kennen. Wenn die französische Politik sich den uns feindlichen Bestrebungen der römischen Kirche dienstbar macht, so werden wir uns für bedroht erachten und auf die Abwehr Bedacht nehmen müssen. Auf anderen

Gebieten liegt für uns kein Grund vor, eine Störung des Friedens zu besorgen und wir haben weder Absicht noch Bedürfnis, in die ruhige Entwicklung unserer künftigen Beziehungen zu dem mächtigen Nachbarstaate einzugreifen. Es ist unser lebhaftester Wunsch, mit demselben in Frieden zu leben und wir werden kein Mittel unversucht lassen, um die französische Regierung für die gleiche Anschauung zu gewinnen." Er verwarnte Gontaut im Sinne dieses Briefes, baute der Pariser Regierung zugleich Friedensbrücken, indem er auf die Forderung der Verfolgung der französischen Bischöfe verzichtete. Er verfolgte „keine Macht-, sondern eine Sicherheitspolitik", schrieb er am 28. Februar 1874, wenngleich er überzeugt war, daß „niemand sich darüber täuschen kann, daß, wenn Frankreich wieder stark genug ist, den Frieden zu brechen, der Friede zu Ende sein wird". „Daß andere Regierungen auf die Entwicklung der Dinge in Frankreich mit anderen Augen sehen", fuhr er fort, „ist nicht zu verwundern, sie sind nicht die Nachbarn der Franzosen, während Deutschland gleichsam das Stoßpolster Europas gegen die Invasionen einer kriegerischen Völkerschaft bildet." Bismarck wollte Deutschland „nicht zum zwanzigsten Male in zwei Jahrhunderten wiederum angegriffen" sehen. Er mußte um so mehr aufmerken, als Fürst Gortschakow damals auffällige Sympathien für Frankreich zeigte und eine russisch-französische Entente das politische Gesamtbild sehr zu Ungunsten Deutschlands verändern müßte. Radowitz, der an Stelle des krankheitshalber beurlaubten Prinzen Reuß nach Petersburg gesandt wurde, stellte zwar wieder eine Beruhigung her. Auch Geffckens Verleumdung anläßlich des Kesselflickers Duchesne Angebot an den Pariser Erzbischof, Bismarck zu ermorden, Deutschland habe es auf Belgien als Zentrum des politischen Katholizismus abgesehen, wäre in ernsten politischen Kreisen nicht über Verdienst gewertet worden, wenn nicht im unmittelbaren Anschluß daran Bismarck von Frankreich Aufklärung über den französischen Ankauf von 10 000 Militärpferden, der „den Charakter einer Kriegsrüstung trägt", in Deutschland hätte verlangen und die für die deutsche Mobilmachung auch in 3 Jahren noch empfindliche Pferdeausfuhr sperren müssen. Frankreich reorganisierte damals durch das Cadres-Gesetz vom März 1875 seine Armee, fügte jedem Regiment ein viertes Bataillon, im ganzen also 144 Bataillone hinzu; hier lag eine offensichtliche Kriegsvorbereitung vor. Zudem

konnte ein Furchtsamer auf den Gedanken kommen, Österreich, Italien und Frankreich würden als katholische Staaten sich gegen das kulturkämpferische Deutschland zusammenfinden.

Diese Entwicklung wurde natürlich auch von der deutschen Presse beobachtet. Die „Kölnische Zeitung" zog am 5. April den Schluß auf eine „unmittelbare Vorbereitung des Revanchekrieges". Die „Post" vom 9. April hielt in ihrem berühmten „Ist der Krieg in Sicht?"-Artikel, den Konstantin Rößler in der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes gewiß auf heimliche Veranlassung Bismarcks geschrieben hatte, den Revanchekrieg für bevorstehend, was die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" unter Zurückweisung der von der „Post" über Österreich und Italien geäußerten Bedenken unterstrich, weil die französischen Rüstungen „nicht auf eine solide Herstellung der französischen Wehrkraft berechnet sind", sondern mit ihrer auch für das reichste Volk nur kurze Zeit tragbaren „Überlast" „ad hoc mit Konsequenz betrieben werden, deren Zweck keinem Sehenden verborgen bleibt". Die „Norddeutsche" hatte die Regierungsansicht ausgesprochen, während Bismarck sich als überrascht von den Alarmrufen der nicht-offiziösen Blätter hinstellte, ohne darüber böse zu sein, „denn ich finde, wenn man das Gefühl hat, daß in irgendeinem Lande eine Minderheit zum Kriege treibt, dann soll man recht laut schreien, damit die Mehrheit darauf aufmerksam wird, denn die Mehrheit hat gewöhnlich keine Neigung zum Kriege". „Von Krieg ist gar keine Rede", sagte er zugleich — am 11. April — abschließend zu dem Abgeordneten Dr. Lucius. Frankreich war gewarnt und hatte, wie Arnims Nachfolger in Paris, Fürst Hohenlohe, von Decazes wie Mac Mahon meldete, die Warnung begriffen: es war „bestürzt".

Das ganze Wespennest der Verdächtigungen, Verleumdungen, Unterstellungen, Hinterhältigkeiten, Herabsetzungen, Wortverdrehungen, Gerüchte, Intrigen und haltlosen Vermutungen war aber aufgestochen worden. Bald sollten Moltke und Kriegsminister von Kameke von der Notwendigkeit eines Präventivkrieges gesprochen und Bismarck den Generalstabschef als „gamin en politique" bezeichnet haben, bald sollte Belgien bedroht sein und Bismarck, nach des landesverräterischen Kanzlerfeindes Heinrich Geffcken Versicherung, den Krieg zur Ablenkung innerer Schwierigkeiten wollen. Gontaut benutzte natürlich die Gelegenheit, die angeblichen „préoccupations menaçantes et injustes de l'Allemagne" zur Dis-

kreditierung von Bismarcks Politik hintenherum auszuschlachten, indem er nun die Sache so darstellte, als ob Deutschland den Frieden bedrohe! Prompt erschien am 6. Mai in der „Times" ein Alarmartikel „A french sease" des Pariser Korrespondenten: der tschechische Jude Oppert aus Blowitz, der sich Chevalier de Blowitz nannte, hatte ihn auf Veranlassung von Ministerpräsident Herzog Decazes geschrieben! Nun glaubte Königin Victoria sich an Kaiser Wilhelm, der jüdische Premierminister Englands Benjamin Disraeli sowie Fürst Gortschakow anläßlich seines Berliner Aufenthalts beim Besuch des Zaren am 10. bis 13. Mai an Bismarck wenden zu müssen, freilich nur, um die beruhigendsten Versicherungen zu erhalten, so daß Zar Alexander erklärte, er wolle die deutsche Friedensliebe überallhin propagieren. Das war auch dringend geboten, denn der aufgeregte englische Minister des Äußeren Lord Derby, der wieder einmal sich einzumischen für nötig befand, schickte seinen Berliner Botschafter Lord Odo Russel sowohl zum Zaren Alexander wie zu Bismarck und lud Italien ein, den angeblich gefährdeten Frieden zu retten, an „der Löschung eines nicht brennenden Feuers mitzuwirken", wie Bismarck mit Recht spottete, um fortzufahren: „Wenn England den zehnten Teil dieses jetzt zu einem so unverständlichen Momente entwickelten Eifers angewendet hätte, um im Jahre 1870 Frankreich an seinem ruchlosen Angriff gegen Deutschland zu hindern, wäre wohl der ganze blutige Krieg vermieden worden." Bismarck zog aus diesem Verhalten Englands, das Deutschland sogar in einer unehrlichen Rede des Lord Derby im Oberhause über die Kriegsgerüchte als Friedensstörer wider besseres Wissen hinzustellen die Kühnheit hatte, die wichtige Schlußfolgerung, daß er im Ernstfalle England auf der Seite der Feinde Deutschlands würde suchen müssen. Ja, er mußte sich sogar sagen, daß auch Rußland Sympathien für Frankreich entwickeln könnte, durch die die Lage des Reiches ernstlich in Gefahr zu geraten drohte. Er hatte um so mehr Anlaß, auf der Wacht zu sein.

Gerade hatte sich die im großen und ganzen überflüssige Aufregung über die „Krieg in Sicht"-Affaire gelegt, als ein neues Wetterleuchten auflohte: im Orient vom Balkan her. Die Türkei war schon seit Jahren in Verfall; sie wünschte ihre zerrütteten Finanzen durch verschärfte Steuererhebungen in ihren christlichen Balkanstaaten wieder aufzubessern und brutalisierte die Bulgaren,

Bosniaken, Serben, Griechen, Montenegriner auf skrupelloseste Art: Geheimbünde bildeten sich gegen die türkische Herrschaft; die Bosniaken erhoben sich im Sommer 1875 in der Herzegowina; der Aufstand dehnte sich immer weiter aus und wurde von den Türken auf blutigste Weise bekämpft. Rußland, abgekühlt durch die Krim-Krieg-Erfahrungen, hielt sich, trotz des panslawistischen Generals Ignatiew, des Botschafters in Konstantinopel, und des Bukarester Gesandten Nelidows Scharfmacherei vorerst noch zurück und wartete ebenso wie England, das lieber am 25. November die Suez-Kanal-Anteile des Khediven ankaufte, bei Festhalten an der traditionellen Politik der türkischen Integrität ab. Nur Österreich mußte sich rühren, da sich der Aufstand an seiner Südost-Grenze vollzog: hier lagen Bosnien und Herzegowina, deren Einverleibung in die Monarchie Militärkreise schon verlangt hatten. Andrassy wollte, aus Kriegsfurcht, erst einmal mit Reformvorschlägen bei der Pforte, die die Großmächte unterstützen sollten, vorstellig werden; im Dezember 1875 wurde seine von sechs Großmächten gebilligte Note in Konstantinopel überreicht: völlig wirkungslos!

Die Drei-Kaiser-Mächte wurden jetzt aktiver. Gortschakow und Andrassy kamen vom 11. bis 14. Mai 1876 bei Bismarck in Berlin zusammen und gaben nach einem Entwurf Andrassys das „Berliner Memorandum“ mit neuen Reformvorschlägen und der Androhung weiterer Maßregeln heraus. Die Zustände auf dem Balkan, wo die Bulgaren sich erhoben hatten, die deutschen und französischen Konsuln in Saloniki und der Sultan Abdul Azis in Konstantinopel ermordet worden waren und der türkische Landsturm samt den mohammedanischen Pomaken ein wahres Blutbad, die sogenannten bulgarischen Greuel, unter der christlichen Bevölkerung anrichteten, riefen nach energischer Hilfe. England war freilich noch nicht bereit, hielt dadurch auch Italien und Frankreich von der Teilnahme am Memorandum zurück; der Semit Beaconsfield als englischer Premierminister wollte der Türkei nicht entgegentreten. Er hatte Furcht für die Dardanellen und wollte Rußland nicht, wie die Panslawisten anstrebten, in Konstantinopel sehen.

Die einzige Macht, die an der Orientfrage keinerlei irgendwie geartetes Interesse hatte, war Deutschland. Bismarck wollte sich in die Balkanwirren nicht einmischen. Er wollte seinen Einfluß

nur „zur Verfügung unserer Freunde“ stellen, zu denen er im Januar 1876 außer Rußland und Österreich auch England zählte; er meinte, Österreich sollte Bosnien und die Herzegowina, Rußland Bessarabien und England Ägypten nehmen gemäß seiner Grundauffassung: „Die ganze Türkei mit Einrechnung der verschiedenen Stämme ihrer Bewohner ist als politische Institution nicht so viel wert, daß sich die zivilisierten europäischen Völker um ihretwillen in großen Kriegen zugrunde richten sollten.“ Ihn interessierte an der ganzen Orientfrage zuletzt nur die Aufrechterhaltung des Friedens zwischen den Großmächten und der deutschen Freundschaft zu Österreich und Rußland, sowie die Annäherung des Reichs an England.

Auf dem Balkan brach nun überdies Krieg aus: Serbien zog zusammen mit Montenegro seit dem Juni 1876 gegen die Türken ins Feld. Jetzt näherte Rußland sich Österreich. Gortschakow und Andrassy berieten sich, ohne Bismarck zu benachrichtigen, zu Reichstadt über die Erfolgsmöglichkeiten eines russisch-türkischen Krieges mit österreichischer Neutralität. Bismarck hatte gegen die Ergebnisse der Beratung, als er sie erfuhr, nichts einzuwenden: Österreich sollte Bosnien und die Herzegowina besetzen, Rußland freie Hand gegen die Türkei haben. Die Gefahr eines österreichisch-russischen Krieges trat infolge Rußlands Begehrlichkeit noch dazwischen: sie mußte auf jeden Fall beseitigt werden. Um so mehr, als der Militärbevollmächtigte General von Werder sich sogar zu der gefährlichen Anfrage aus Livadia verführen ließ, ob Deutschland im Falle eines russisch-österreichischen Krieges gerade so handeln werde, wie der Zar 1870 gegenüber Deutschland. Bismarck antwortete erst Ende Oktober, um das von den Panslawisten angegriffene Drei-Kaiser-Bündnis nicht zu gefährden, durch General von Schweinitz mündlich, daß Deutschland neutral, d. h. streng paritätisch gegen seine beiden Freunde, die er als mitredende Großmächte in Europa nicht vermissen könne, bleiben werde und Rußland sich doch an die Türkei halten sollte. In einer Unterredung, die er sodann im November 1876 mit Lord Salisbury, bisherigen Staatssekretär von Indien, künftigem Nachfolger Disraelis, zu Berlin hatte, legte er seinen Standpunkt dar: Uninteressiertheit Deutschlands an der Türkei, Schadloshaltung der interessierten Partner, Lokalisierung des Krieges, Friede zwischen den Freunden. Salisbury merkte sich seine Worte: auf der von England angereg-

ten Konferenz in Konstantinopel, wo die Botschafter der beteiligten Mächte mit der uneinsichtigen Türkei verhandelten, bereitete er den Türken die Enttäuschung, daß England von der Erhaltung und von Reformen der Türkei nicht mehr viel hielt. Inzwischen hielt Bismarck im Reichstag am 5. Dezember 1876 eine große außenpolitische Rede, die Rußland und Österreich an die Fortdauer des Kaiserbundes erinnerte und Deutschlands Parität betonte. „Ich gebe Ihnen die positive Versicherung", rief Bismarck dem freisinnigen Eugen Richter zu, „solange wir auf diesem Fleck stehen, wird es Ihnen nicht gelingen, unser gutes und solides Verhältnis zu Rußland irgendwie zu alterieren und in die erprobte hundertjährige Freundschaft, die zwischen beiden Regierungen besteht, einen Riß zu machen. Dazu gehören stärkere Leute wie Sie, dazu gehört die kaiserlich-russische Regierung selbst, die allein wäre imstande, und die hat ebenso wenig die Absicht ... Das Bündnis, welches die drei Monarchen seit langer Zeit vereinigt, besteht in voller Geltung, und ich kann Sie versichern ... daß das Verhältnis zwischen Rußland und Österreich von jeder Trübung weit entfernt ist und vollkommen in einer solchen Lage — und wir sind darüber sehr genau unterrichtet — daß das Drei-Kaiser-Bündnis noch heute seinen vollen Namen im vollsten Maße verdient und sich in vollstem Bestande befindet." Bismarck wies also die Unterstellung zurück, als habe Deutschland gegen Rußland für Österreich optiert oder wären Rußland und Österreich nicht einig. Er stellte auch fest, daß das Drei-Kaiser-Bündnis auch keinerlei Spitze gegen England als „dritte der hauptsächlich beteiligten Mächte in der orientalischen Frage" hätte: mit England bestünde nach wie vor „wie mit Rußland die Tradition einer hundertjährigen guten Beziehung". Was nun aber die orientalische Frage selbst anging, so erklärte Bismarck: „Ich werde zu irgendwelcher aktiven Beteiligung Deutschlands an diesen Dingen nicht raten, solange ich in dem ganzen für Deutschland kein Interesse sehe, welches auch nur — entschuldigen Sie die Derbheit dieses Ausdrucks — die gesunden Knochen eines einzigen pommerschen Grenadiers wert wäre ..."

Die Konferenz in Konstantinopel, bei der Salisbury und Ignatiew, England und Rußland, gemeinsam arbeiteten, kam freilich zu keinem Ergebnis, weil die Türkei alle Reformvorschläge ablehnte, so daß die Vertreter der sechs Großmächte am 20. Januar

unverrichteterdinge abreisten und nun der russisch-türkische Krieg unvermeidbar war. Rußland ließ sich weder vom kriegsmüden Serbien, das am 30. März Frieden schloß, noch in seinen Verhandlungen mit Österreich, das gegen die Annexion von Bosnien und Herzegowina sowie spätere Reglung des Novi-Bazars die Neutralität versprach, vorantreiben: es erklärte erst am 24. April 1877 der Türkei den Krieg, der nun vollständig, wie auch Bismarck angestrebt hatte, lokalisiert war, und mit Hilfe der Rumänen sowie der Anfang 1878 wieder eingreifenden Serben und Montenegriner zum Waffenstillstand von Kasanlik am 31. Januar und zum Frieden von San Stefano am 3. März 1878 führte.

Keine Großmacht hatte Rußland daran gehindert, seinen Streit unbehindert auszufechten. Diesmal auch England nicht, weil Disraeli wahrscheinlich nicht wußte, wie er Bismarcks Haltung verstehen sollte. Bismarck dachte daran, daß die politische Gesamtsituation am besten wäre, „in welcher alle Mächte außer Frankreich unser bedürfen und von Koalitionen gegen uns durch ihre Beziehungen zueinander nach Möglichkeit abgehalten werden". Diese Gesamtsituation trat ein, als die Friedensbedingungen Rußlands mit Schaffung eines Großbulgariens, freier Durchfahrt durch die Dardanellen und den Bosporus nur für russische Kriegsschiffe bekannt wurden und England daraufhin am 9. Februar seine Flotte den russischen Schiffen gegenüber aufstellte; fast schien es, als würden Rußland, England und Österreich jetzt die Waffen kreuzen. Andrassy schickte einen Konferenzvorschlag dazwischen. Bismarck hielt eine Besprechung à trois für aussichtsreicher. Er wollte nur „ein ehrlicher Makler" sein. Österreich schlug am 6. März Berlin als Konferenzort vor. Nun waren alle Beteiligten einverstanden, England unter der Bedingung, daß alle Friedensabmachungen von San Stefano zur Ratifikation der Vertragsmächte vorgelegt werden sollten, was Rußland erst nach energischen Entschlüssen des englischen Kabinetts, Deutschlands Vermittlung in militärischen Dingen und Entgegenkommen Englands gegenüber den Gebietsvergrößerungen in Asien, Rückkehr Bessarabiens an Rußland, sowie dem Wegfall von Großbulgarien und Anerkennung von Griechenlands Anspruch auf Epirus und Thessalien annahm. Der neue englische Außenminister Lord Salisbury hatte rasche, gute Realpolitik getrieben, die auch die Türkei schnell anerkannte. Österreich einigte sich nun am 6. Juni zu Wien mit England über

Bosnien und Herzegowina sowie die Teilung Großbulgariens. Bismarck hatte überall vermittelnd eingegriffen. Nur Österreich und Rußland waren noch nicht einig geworden.

Deutschland lud am 3. Juni zum Berliner Kongreß ein. Er wurde am 13. Juni eröffnet und dauerte unter Bismarcks Präsidium genau 4 Wochen. Es war ein Arbeits-, kein Vergnügungskongreß wie etwa der Wiener von 1814 bis 1815. Es war auch kein Friedenskongreß skrupelloser Vergewaltigung und zynischer Ungerechtigkeit, wie der von Versailles 1918/1919. Es war ein Kongreß der politischen Sachlichkeit, zu dem Bismarck auch das nunmehr demokratisch-republikanisch regierte Frankreich mit dem Ministerium Waddington, das den unliebsamen Botschafter Vicomte de Gontaut-Biron durch Graf St. Vallier ersetzte, einlud, wobei er durch Ernennung de Moury's neben Radowitz als Sekretär die Franzosen besonders ehrte. Italien erschien auch, trat aber nicht weiter hervor. Bismarck rechtfertigte durch seine meisterhafte Leitung und vornehme Sachlichkeit, durch die Sicherheit seines Eingreifens in schwierigen Augenblicken und die Großzügigkeit seiner Betrachtungsweise das in ihn gesetzte Vertrauen. Er beherrschte, nein führte zuletzt alle Teilnehmer im Sinne seiner Friedens-, seiner europäischen Gemeinschaftsidee, mochte jeder einzelne Staatsvertreter sich auch noch so großartig und unbeeinflußbar vorkommen. Hier der aus einer italienischen Judenfamilie in England eingewanderte Benjamin Disraeli, seit zwei Jahren Earl of Beaconsfield, vierundsiebzig Jahre alt, mit schwarzen Schmachtlocken, meist nur englisch sprechend. Dort der achtzigjährige Fürst Alexander Gortschakow, körperlich altersgebrechlich, geistig wie in seiner Eitelkeit und Eifersucht auf Bismarck, seinen „Schüler wie Rafael der Peruginos", sehr lebendig und nicht voll zuverlässig. Dann Graf Julius Andrassy, der altadlige Volksungar, Revolutionär, Grandseigneur und Zigeuner voll Ideenreichtum. Zu diesen drei Haupterscheinungen traten der russische „Charmeur" Graf Peter Schuwaloff, der ruhige Normanne Lord Salisbury, der Franzose englischer Abstammung Waddington und der freundliche Graf St. Vallier: der „ganz vernünftige, kleine Mann, der gut behandelt werden muß"; der Italiener Graf Corti und schließlich die Türken mit Alexander Caratheodory-Pascha, ihrem Außenminister, an der Spitze. Von den Griechen und Serben, Rumänen und Montenegrinern, ja einem persischen „Prinzen" nicht zu sprechen . .

Nachdem anfangs zwischen Rußland und England Schwierigkeiten über die endgültigen Grenzen des neuen Bulgariens ausgeglichen waren, mußte Bismarck den Russen Batum erkämpfen. Bosnien und Herzegowina wurden Österreich rasch zur Besetzung übergeben, ebenso der Sandschak von Novibazar zur militärischen Okkupation. England erhielt Cypern. Serbien und Montenegro schnitten noch am schlechtesten ab, wenn sie auch ebenso wie Rumänien für unabhängig erklärt wurden. Rußland erhielt Bessarabien von Rumänien, dem dafür die Dobrudscha zugeteilt wurde. Der Balkan wurde jetzt Rußland und Österreich-Ungarn in einer Art Gleichgewicht zugewiesen. Unter Englands energischem, Lord Salisbury verdanktem Auftreten meldete sich bei Bismarcks überlegener Verhandlungstaktik wenig Widerspruch, selbst nicht bei der wenig haltbaren Reglung für Bulgarien, das mit seinem nördlichen Teil ein tributpflichtiges Fürstentum unter türkischer Oberhoheit, mit Ostrumelien eine autonome türkische Provinz mit einem christlichen Statthalter und mit dem mazedonischen Südwesten ganz türkisch blieb. Das eigentliche Streitobjekt, auf das Rußland großen Wert gelegt hatte, blieb also sozusagen in der Schwebe. Kein Wunder, daß Griechenland, Serbien, Montenegro, Rumänien, das sogar zur Anerkennung der Juden gezwungen wurde, sich sehr unbefriedigt fühlten, hatten sie doch nur einen Wechsel auf die Zukunft oder unzureichende Gebietserweiterungen erhalten. Nur Frankreich reiste vergnügt ab, hatte es doch zum Leidwesen Italiens von Deutschland und England die Aussicht auf Tunis erreicht ...

Wie immer wird der eigentliche Schlichter eines Streites zum Prügelknaben der Parteien. Bismarck sollte plötzlich an der Nichterfüllung der Wünsche schuld sein. Rußland zeigte die stärkste Verstimmung. Gortschakow, der während des ganzen Kongresses auf den deutschen Kanzler neidisch war, der durch seine wahre Überlegenheit die Hauptrolle spielte, obwohl er sich möglichst, soweit seine Gastgeber- und Leitereigenschaft es gestattete, zurückhielt, behauptete sogar, Bismarck hätte Rache für 1835 genommen, was ihm gänzlich fern lag. Bismarck hatte als ehrlicher Makler „Jedem das Seine" zu vermitteln versucht. Er konnte dafür nicht haftbar gemacht werden, daß die Russen ihre Situation selbst falsch eingeschätzt und von Bismarck als Dank für 1870 eine einseitige Parteinahme zu ihren Gunsten erwartet hatten. Bismarck

dachte an das Ganze, an Europa, an den Frieden aller Großmächte untereinander. Er sah wohl, daß Rußlands Verstimmung den Drei-Kaiser-Bund bis zur Illusion abschwächte, und hätte gern jetzt schon eine engere Verbindung mit England geknüpft, aber Disraeli hatte kein Verständnis für Bismarcks germanische Erscheinung! Es blieb bei einem kühl-platonischen Verhältnis. Auch Österreich und England, sowie Frankreich und Deutschland, obwohl die Entspannung zwischen ihnen zugenommen hatte, kamen sich nicht näher. Andrassy aber, der in seiner Heimat, die der Besetzung von Bosnien und Herzegowina kaum zustimmen mochte, mit Katzenmusik empfangen wurde, hatte schließlich doch recht, wenn er am letzten Sitzungstage, dem 13. Juli, dem Reichskanzler im Namen der Versammlung dankte: „Der hervorragende Staatsmann, der unsere Arbeiten geleitet hat, hat unverrückbar das Ziel im Auge behalten, den Frieden zu befestigen. Er hat seine ganze Mühe darauf verwandt, Gegensätze auszugleichen und so schnell als möglich die Unsicherheit zu bannen, die so schwer auf Europa lastete."

Bismarck hatte den Berliner Kongreß 1878 wahrhaft zu einem Friedenskongreß erhoben. Gerade darum mußte er aber um den Frieden kämpfen. Denn Europas Staatsmänner hatten noch nicht die hohe Warte erstiegen, die er gewonnen hatte: sie waren noch nicht die ehrlichen Makler ihrer Völker und damit der Kulturmenschheit wie Bismarck geworden. Statt Entspannung brachte darum auch dieser Kongreß neue Spannung.

Zuallererst für Bismarck. Er sah, daß auf Rußland, das sofort in Gesellschaft wie Regierung, Presse wie Öffentlichkeit bis zur höchst ungerechten Behauptung des Zaren von einer europäischen Koalition gegen Rußland unter Führung des Fürsten Bismarck mit Haß und Feindschaft gegen Deutschland und seinen Kanzler wühlte, kein Verlaß mehr sein würde. Er mußte erleben, daß Rußland sogar Frankreich sich zu nähern begann und daß Zar Alexander unter dem Einfluß des Panslawismus und des deutschfeindlichen Kriegsministers Miljutin Rüstungen an der deutschen Grenze im Sommer 1879 betrieb. Schließlich sandte der Zar am 15. August gar Kaiser Wilhelm einen Drohbrief mit den ungerechtesten Vorwürfen gegen Bismarck und die deutschen Mitglieder der bulgarischen Kommission. Da nahm Bismarck den hingeworfenen Handschuh auf und beschloß, sich von Rußland durch ein engeres Bündnis mit Österreich-Ungarn möglichst unabhängig zu machen.

Sehr gegen den Willen Kaiser Wilhelms, mit dem er einen schweren Kampf zu bestehen hatte. Er focht ihn von Bad Gastein aus durch, wo er mit Graf Andrassy am 27. und 28. August eine Aussprache „im Interesse des Friedens“ zum Zwecke eines Defensivbündnisses hatte, das „Deutschland mit Österreich“ „zu gemeinsamer Abwehr jedes Angriffs, den Rußland allein oder im Bunde mit anderen Mächten gegen eine der beiden deutschen Mächte richten könnte“, vereinte. Bismarck sah Rußlands Verhalten in gewisser Weise als Kriegsgefahr an und drängte um so mehr auf die deutsch-österreichische Bindung, als er „den Eindruck gewonnen“ hatte, „daß zwischen Österreich und England und durch England mit Frankreich das westmächtliche Bündnis von 1855 in antirussischer Diplomatie, aber ohne Kriegsabsicht in Arbeit, vielleicht gesichert ist“. Kaiser Wilhelm teilte Bismarcks Mißtrauen nicht, das auch in der großen Denkschrift von 62 Bogen, die er am 31. August aus Gastein erhielt, zum klaren Ausdruck kam. Er glaubte an keine Isolierungsgefahr für Deutschland, ebensowenig an eine Kriegsabsicht Rußlands. Er hatte den Generalfeldmarschall von Manteuffel zum Zaren nach Warschau mit einer Antwort auf den Drohbrief gesandt und des Zaren Einladung zu einem Zusammentreffen in Alexandrowo am 3. September: „pour cimenter — nach Alexanders Worten — notre ancienne amitié et les bons rapports entre nos deux pays comme nos pères de glorieuse mémoire, nous l'ont légués et comme nous le désirons tous les deux“, gegen Bismarcks Rat angenommen. Bismarck beschwor den Kaiser nochmals durch ein Telegramm, kein Bündnis mit Rußland zu verhandeln. Solche „heute unmögliche“ Verhandlung „würde uns nur Österreich entfremden und uns dann mit Rußlands Liebe allein lassen. Unsere volle Isolierung unter Mißtrauen aller, wäre dann in Rußlands Belieben gestellt. Das könnten wir nicht wagen, selbst wenn Kaiser Alexander den Glauben an die Zuverlässigkeit seiner persönlichen Freundschaft noch nicht zerstört hätte. Wir dürfen nicht von dem Wohlwollen und der Ehrlichkeit einer mißgestimmten Macht abhängig werden, die so undankbar ist, daß sie nach den großen Diensten, die wir ihr leisteten, ihr fanatisches Volk gegen uns verhetzt, eine Invasionsarmee an unserer Grenze bereit hält, im Frieden maßlos rüstet, und dann unter Kriegsdrohung Lehnsfolge von uns fordert. Österreich ist sicherer, weil das Volk dafür ist, dabei ungefährlich für uns, bringt England mit und verfällt feindlichen

Einflüssen, wenn es den Halt an uns nicht findet." Kaiser Wilhelm war dieser sich auf das Volk, also die großdeutsche Volksgemeinschaft berufenden Denkweise weniger zugänglich, als seinen dynastischen Überlegungen; er fuhr nach Alexandrowo, erhielt hier des Zaren Entschuldigung für den giftigen Brief, der als ungeschrieben angesehen werden sollte, und ließ sich, wie er Bismarck versprochen, auf weitere politische Auseinandersetzungen als die Erwiderung der Zusicherung einer Fortdauer der deutsch-russischen Freundschaft nicht ein. Bismarck traute des Zaren Reue- und Freundschaftserklärungen aber nicht, führte sie auf Rußlands Finanzlage und gescheiterte Anbiederungsversuche in Paris und Italien zurück. Er wollte lieber seinen Abschied nehmen, als auf das Bündnis mit Österreich verzichten, und erreichte, da auch alle führenden Persönlichkeiten vom König von Bayern bis zum Kronprinzen, von Minister Stolberg bis Moltke auf seiner Seite standen, schließlich des Kaisers Einwilligung zur Reise nach Wien, wo der Vertragstext, der am 7. Oktober unterzeichnet wurde, zustande kam. Kaiser Wilhelm genehmigte ihn endlich, als Rußland eine allgemeine Mitteilung zur Beruhigung erhielt.

Der Zweibund mit Österreich war geschlossen: ein reines Defensivbündnis gegen einen russischen Angriff auf einen der Partner, ohne Nennung Rußlands, auf die Dauer von fünf Jahren mit der Verpflichtung zur Geheimhaltung. Die Politik von Nikolsburg war an ihrem Ziel angelangt: das neue Reich und die alte Monarchie, unter Führung des Stärkeren, nämlich Bismarcks, eine Einheit, eine Sicherung des mitteleuropäischen Friedens. Nicht mit der Absicht, Deutschland in das Schlepptau Habsburgs zu bringen, sondern frei von Abhängigkeit in jeder Beziehung, in diesem Augenblick von Rußland, zu halten, sowie mit dem Plan, England für das Defensivbündnis zu gewinnen. Bismarck schickte noch im September den Londoner Botschafter Grafen Münster zu Lord Beaconsfield, um vorzufühlen, wie England sich im Falle, daß „Deutschland mit Rußland in Händel verwickelt werde", verhalten würde, und erhielt die Antwort, „daß Lord Beaconsfield und sein Kabinett" in diesem Falle, „stets zu Deutschland stehen werde", ja daß Lord Salisbury, der Außenminister, „ein festes Zusammengehen Deutschlands mit Österreich und eine Allianz Englands mit beiden Mächten wünsche"; Europa würde dadurch seinen Frieden auf lange Zeit gesichert sehen; allerdings zum Entgelt: deutsche

Hilfe im Orient, für die im Kriegsfall mit Rußland England Frankreich zur Ruhe bringen würde! Hier war der Pferdefuß des englischen Entgegenkommens. Bismarck verfolgte daraufhin diesen „Bündnisfühler" nicht weiter. Er hatte auch keinen aktuellen Anlaß mehr dazu: Rußland kehrte zur „parfaite entente des trois empereurs" zurück. Europas Frieden und Deutschlands führende Stellung waren auf lange hinaus wieder gesichert.

Sie gerieten auch nicht in Gefahr, als der koloniale Imperialismus außer England auch Frankreich, Italien und schließlich Deutschland um 1880 herum in seinen Bann zu ziehen begann. Bismarck war es zur Sicherung Elsaß-Lothringens und Überwindung der Revanchegelüste nur willkommen, wenn Frankreich jetzt in Kolonialfragen aktiv wurde und, nachdem die Madrider Marokko- und die Berliner Griechenland-Konferenz in gutem deutsch-französischen Parallelismus verlaufen waren, am 12. Mai 1881 den Protektoratsvertrag mit dem Bei Mohammed es Sadok über Tunis abschloß. Da auch die letzten Differenzen aus dem Berliner Balkanfrieden nun durch Bismarcks ausgleichendes, maßvolles und gerecht-sachliches Auftreten beigelegt wurden, sah alle Welt in dem deutschen Reichskanzler den „arbiter mundi", ohne daß Bismarck es je sein wollte. Im November 1880 schrieb der britische Botschafter Lord Odo Russell von Berlin nach London: „In St. Petersburg ist sein Wort Evangelium, ebenso in Paris und Rom, wo seine Aussprüche Achtung erwecken und sein Schweigen Furcht." Und Bismarck hatte einmal in burschikosem Übermut ganz privat nach dem Berliner Kongreß gescherzt: „Jetzt fahre ich Europa vierelang vom Bock." Er blieb sich aber stets bewußt, daß seine bzw. Deutschlands Macht ihre unabänderlichen Grenzen hat und niemals überschätzt werden darf. Er war ohne jede Überheblichkeit stets bemüht, die Kräfte Europas gegeneinander abzuwägen: um des Friedens willen!

Bismarck entwickelte deswegen sein Bündnissystem sorgfältig und Schritt für Schritt weiter, als sich Rußland seit der Ernennung Sabourows zum Berliner Gesandten im Januar 1880 wieder näherte. Er kam dem Zarenreich in seinem Wunsche nach einem größeren Bulgarien und einem Durchfahrtsverbot fremder Kriegsflotten durch die Meerengen entgegen, so daß Gortschakow im Juli schon jubelte: „Jeglicher Keim von Mißtrauen zwischen Deutschland und Rußland ist verschwunden." Er mußte nun das seit Ok-

tober 1879 von Baron Haymerle als Außenminister geleitete Österreich an Rußland näher heranbringen und nutzte dazu die Annexion von Bosnien, Herzegowina und eventuell Novibazar als Gegengabe für die Wiener Zustimmung zu Rußlands Wunsch nach der Vereinigung von Bulgarien und Ostrumelien. Er hatte die Drei-Kaiser-Mächte jetzt rasch wieder geeint, so daß nach Überwindung der durch die Ermordung Alexanders II. am 13. März hervorgerufenen Krise und der Zustimmung des neuen Zaren Alexander III., am 18. Juli 1881 der neue Drei-Kaiser-Bund als Freundschaftsvertrag für drei Jahre unterzeichnet wurde. Er sicherte jedem Partner im Falle eines Krieges mit einem vierten, oder mit der Türkei wohlwollende Neutralität zu und gründete sich auf dem Berliner Frieden mit den zuletzt verhandelten Abänderungen für die weitere Ordnung auf dem Balkan.

Da dieser Drei-Kaiser-Bund ausdrücklich die Beibehaltung des Zweibundes in sich schloß, hatte Bismarck jetzt eine bedeutende Festigung der deutschen Macht- und Friedensstellung erreicht. Sie wurde auch nicht durch des russischen Günstlings Alexander von Battenberg, des bulgarischen Fürsten, Aufmucken gegen Rußlands Überheblichkeit und die dadurch von Rußland nun nicht mehr gewünschte Vereinigung von Bulgarien und Ostrumelien gestört. Sie wurde vielmehr verstärkt, indem schon zehn Tage nach Abschluß, am 28. Juni, Fürst Milan von Serbien, dem Österreich 1882 den Königstitel und finanzielle Hilfe zugestand, dem Drei-Kaiser-Bunde beitrat. Auch eine andere Macht, die früher recht oft nach Frankreich ausgeblickt hatte, näherte sich jetzt: Italien. Sein Außenminister Francesco Crispi hatte schon 1877 Anschluß an Deutschland gesucht; allerdings mit einer Spitze gegen Österreich. Bismarck war dafür nicht zu haben gewesen, da er wohl sah, daß Italiens „Irredenta"-Ansprüche auf das Trentino ebenso wie seine Kolonialforderungen am Mittelmeer nur friedenstörend wären. Er hatte erkannt: „Italien darf man nicht nachlaufen, wenn man etwas von ihm will; Versprechen gibt außerdem keine Bürgschaft, wenn Italien kein Interesse am Halten hat." Italiens Politiker hatten versäumt, Zutrauen zur Stetigkeit ihrer Politik und zum Gehalt ihrer Zusagen zu erwecken, da es sich bald an Rußland hängte, bald zu jeder Heeresfolge gegen die Türkei, von welcher Seite immer das Angebot erfolgte, bereit wäre. Erst als nach der französischen Besetzung von Tunis König Humbert zu Kaiser

Franz im Oktober 1881 nach Wien kam und von einem Territorial-Garantie-Vertrag zwischen Italien und der Monarchie die Rede war, griff Bismarck ein: mit dem Vorschlag eines Neutralitätsvertrages und der Verpflichtung zur Unterstützung im Falle eines unprovozierten französischen Angriffs. Dieser von Kalnoky, Baron Haymerles Nachfolger, angenommene Zwischenvorschlag bildete die Brücke zum Dreibund-Vertrag, der am 20. Mai 1882 für fünf Jahre neben dem Drei-Kaiser-Bund als Defensivbündnis errichtet wurde. Ein unprovozierter französischer Angriff auf Deutschland bzw. Italien stellte demnach sofort Italiens bzw. Deutsch-Österreichs Hilfskräfte zur Verfügung; überfiel Rußland Österreich, war Italien zur wohlwollenden Neutralität verpflichtet; der „casus foederis" trat für alle drei ein, wenn zwei oder mehrere andere Großmächte einen der vertragabschließenden Partner angriffen. Italiens Stellung erhielt durch diese Abmachungen eine bedeutende Verstärkung, wenn auch weder vom Balkan noch vom Mittelmeer darin die Rede war, und Bismarck, der Italiens Bürgschaft für den Besitz von Elsaß-Lothringen dadurch erreicht hatte, die militärischen Kräfte des neuen Bundesgenossen nicht weiter hoch einschätzte. Ausdrücklich wurde erklärt, daß der neue Dreibund keine Spitze gegen England hätte.

Das war nötig, weil England gerade jetzt nach jahrelangen Unruhen in Ägypten mit dem Bombardement der Forts von Alexandrien am 11. Juli 1882 und einem Expeditionskorps zur Sicherung des Suezkanals energisch durchgriff und dadurch Entrüstung in Frankreich veranlaßte. Diese Entfremdung zwischen Paris und London brachte sogar das Gerücht auf, Bismarck hätte sie gewollt und gefördert, während er im Gegenteil auf gute Beziehungen zu England, wie er dem Kronprinzen auf seine Anregung, nach der Meinung des Prinzen von Wales ein engeres Einvernehmen herzustellen, schrieb, den größten Wert legte und nur bedauerte, sie nicht in feste Formen bringen zu können, weil er weder Rußland, noch Frankreich vor den Kopf stoßen, noch bei Englands parlamentarischem Regime eine Geheimhaltung für irgendwelche Abmachungen erwarten könne. Bismarck mußte, trotz des Besuchs des Prinzen von Wales in Berlin Anfang 1883, bei aller positiven Einstellung zu Großbritannien vorsichtig sein, da Frankreich, besonders unter Gambetta, ein unruhiger Faktor blieb, wenn auch Bismarck seinen Ehrgeiz nach Gambettas Tod am 31. Dezember

1882 auf koloniale Bahnen wies und immer wieder betonte, trotz Déroulèdes nationalistischer Hetzpropaganda im Frieden mit dem westlichen Nachbarn auskommen zu wollen; die Franzosen wollten freilich darin nur Heuchelei sehen, denn sie lebten nach dem Grundsatz: „Pacifier le présent, réserver l'avenir" und richteten all ihr politisches Denken und Tun zuletzt doch stets nach der Revancheidee aus.

Wenn also Bismarck sein Bündnissystem nach Westen nicht erweitern konnte, so glückte diese Politik ihm jetzt doch auf dem Balkan: er holte, da die Spannung zwischen Rußland und Bulgarien wegen Alexander von Battenbergs Streben nach Selbständigkeit wieder zunahm, Bratianu über Kalnoky nach Gastein fuhr und führte mit Rumänien jenen österreichisch-rumänischen Vertrag vom 30. Oktober 1883 herbei, dem Deutschland in der Form einer Akzessionsakte beitrat; diese „rein defensive Friedensassekuranz" sicherte Österreich wie Rumänien durch gegenseitige Beistandspflicht gegen einen russischen Angriff und ergänzte den schon vorher (am 22. Mai 1883) ab 21. Oktober 1889 auf fünf Jahre verlängerten Zweibund nach Südosten hin.

Dieses Abkommen war deswegen angebracht, weil Bismarck bei Verhandlungen zur Verlängerung des Drei-Kaiser-Bundes, die Saburow im Februar 1883 angeregt hatte, neue „halsbrecherische" Absichten Rußlands auf die Türkei und Konstantinopel feststellen mußte, und Saburow bei Scheitern dieser Pläne Deutschland schlecht machte. Es kam aber, und zwar nur infolge der deutschfreundlichen Einstellung des Nachfolgers von Gortschakow, Nikolai von Giers, der vor allem mit den Republikanern in Frankreich nichts zu tun haben wollte, zu einer Erneuerung des Drei-Kaiser-Bundes am 22. März auf drei Jahre, ohne daß der Bund, zu dem Bismarck auch Italien heranzuholen gedachte, die alte Bedeutung wieder gewann.

Deutschlands Stellung war nun nach allen Seiten hin aufs neue gesichert; Drei-Kaiser-Bund, Dreibund, Zweibund, mit den Ergänzungen durch Serbien und Rumänien nach dem Balkan hin sowie Frankreichs ruhigere Einstellung unter Jules Ferrys zweitem Ministerium (1883 bis 1885) ermöglichten Bismarck jetzt „Deutschlands Eintritt in die Weltpolitik", durch Übernahme der Schutzherrschaft über Angra-Pequena, das spätere Deutsch-Südwestafrika, am 24. April 1884 und durch Anerbieten an England auf

Rückgabe Helgolands zur Sicherung der gegenseitigen guten Beziehungen. Er stellte dann die Helgoland-Forderung zurück, um Deutschlands koloniale Absichten um so energischer zu vertreten. England gab am 21. Juni für Angra-Pequena nach: Deutschland hatte seine erste Kolonie gewonnen und zugleich seinen Anspruch auf koloniale Erwerbung noch nicht verteilter außereuropäischer Gebiete nachdrücklich zu erkennen gegeben. England war natürlich darüber verschnupft, weshalb Bismarck einen Fühler ausstreckte, um zu besserer Zusammenarbeit auf außereuropäischem Gebiet mit Frankreich zu kommen. Freilich vergeblich, denn Frankreich mißtraute in seiner alten feindseligen Phantastik sofort, Bismarck wolle es zu einem Kriege mit England verleiten, was Bismarck ebenso fern wie ein russisch-österreichischer Krieg lag. Aber die Hetzer Déroulède und Clémenceau blieben wach und benutzten die Kongo-Konferenz, um die versöhnliche Ferry-Regierung in Paris zu stürzen.

Diese vom 15. November 1884 bis 26. Februar 1885 zu Berlin unter Bismarcks Leitung tagende Kongo-Konferenz, über deren koloniale Bedeutung wir im nächsten Kapitel sprechen, bewies ebenso wie die im März 1885 abgeschlossene Londoner Konvention für eine Ägypten-Anleihe und die Suezkanal-Konferenz in Paris, daß die Großmächte zwar verschiedene Wege in den Kolonial-, Weltwirtschafts- und Außereuropafragen gingen, aber niemals bei diesen Gegensätzen an kriegerische Verwicklungen dachten. Bismarcks Friedenswille seit 1871 hatte überall die Oberhand gewonnen und führte auch seit Anfang März den durch Rußlands Vordringen gegen Afghanistan drohenden englisch-russischen Konflikt zum friedlichen Ausgleich mit dem Schiedsgericht des Königs von Dänemark über die Grenzsicherung in Mittelasien am 10. September 1885. England war bei dieser Kriegsgefahr erstaunt, erkennen zu müssen, daß Bismarck gar nicht daran dachte, Rußland zum Krieg aufzustacheln, sondern sich im Sinne seiner Gesamtpolitik vorsichtig zurückhielt und sich freute, daß auch der neu auftauchende Meerengenstreit zwischen England und Rußland durch die friedliche Regelung der afghanischen Grenzfrage beigelegt wurde. Als nun der Bismarck sachlich mehr zugetane Lord Salisbury an Stelle Gladstones im Juli Englands Premierminister wurde, stellte sich wieder gutes Vertrauen zwischen dem Inselreich und Deutschland her. Bismarcks ruhige Führung hatte der Aufrecht-

erhaltung des Friedens gedient. „Wir sind in Europa von Freunden umgeben“, hatte der Reichskanzler im Reichstag Anfang Januar 1885 gesagt. Er konnte auf die Drei-Kaiser-Zusammenkunft in Skiernewice vom 15. bis 17. September 1884, auf Alexanders III. Besuch bei Franz Joseph in Kremsier am 25. August 1885, auf die Reise des Kaiserenkels und künftigen Kaisers Prinzen Wilhelm an den Petersburger Hof verweisen; wenn er sich auch nicht in seinem Mißtrauen einschläfern ließ, sondern die Hand am politischen Pulsschlag Europas hielt, da in Frankreich mit Ferrys Abgang Wandlungen vor sich gingen, der neue Ministerpräsident Freycinet sich von der versöhnlichen Haltung gegen Deutschland ab- und englisch-russischen Möglichkeiten zuwandte, in Rußland eine deutsch-feindliche Pressekampagne für ein Zusammengehen des Zarenreichs mit Paris eintrat und in Frankreich Madame Adam prompt in die gleiche Propagandatrompete stieß: „Bismarck wäre der böse Geist, der alles beherrsche und alles mit einem mache, was er wolle.“

Dabei war er der große Vorkämpfer des europäischen Friedens, wie er in den letzten fünf Jahren seines Wirkens bei jeder Gelegenheit bewies. Zuerst brannte der Balkanherd wieder lichterloh. Fürst Alexander von Battenberg, der seit 1880 von Rußland fallen gelassen war, weil er nicht Rußlands Vasall sein wollte, zog sich jetzt endgültig des Zaren Feindschaft zu, als er am 20. September 1885 Ostrumelien mit Bulgarien ohne Einspruch Österreichs und Englands vereinigte. Bismarck blieb seiner alten Anschauung treu: Bulgarien gehöre zur russischen Einflußzone, deshalb habe weder Deutschland noch Österreich sich einzumischen, und verfuhr entsprechend, indem er auch dafür sorgte, daß des Battenbergers Bewerbung um die Hand der Kronprinzentochter Viktoria abgewiesen wurde. Rußland verhielt sich im Augenblick zwar noch ruhig. Als aber Serbien den Krieg erklärte, die Bulgaren siegten, Österreich mit Intervention für seinen Freund, den König Milan, drohte und der Friede von Bukarest im März 1886 nur eine Personalunion Bulgariens und Ostrumeliens in dem Generalgouverneur Alexander zuwege brachte, sah Rußland seine Felle wegschwimmen, griff mit einer Entführung des Battenbergers aus Sofia ein und zwang den durch die Stambulow-Bewegung zwar nach Bulgarien zurückgekehrten Fürsten am 7. September 1886 zur Abdankung! Damit wurde die Frage akut: Wer sollte Bulgariens Herrscher werden? Seit dem Sommer 1886 war die Kandidatur des Prinzen Ferdinand

von Sachsen-Koburg, der im ungarischen Heere diente, in den Vordergrund getreten. Österreich förderte sie. Grund genug für Rußland, das Bulgarien als sein Terrain ansah, Stellung dagegen zu nehmen. Der österreichisch-russische Gegensatz brach auf. Das 1887 abgelaufene Drei-Kaiser-Bündnis wurde zwecks Erneuerung nicht einmal zur Verhandlung gestellt. Bismarck bedauerte diese Entwicklung, ließ sich aber zu keiner Einmischung in die bulgarischen Angelegenheiten verführen, sorgte vielmehr für Mäßigung in Wien und für das feste Vertrauen bei Giers sowie bei Paul Schuwalow, dem russischen Gesandten in Berlin, zu Deutschlands Treue gegenüber Rußland. Seine Richtschnur war: „Wir können russische Politik diplomatisch unterstützen und in Wien befürworten, aber machen muß sie Rußland", denn „aktiv russischer zu handeln als Rußland haben wir keine Möglichkeit". Zugleich legte er die deutsche Haltung gegen Österreich fest: „Drohen werden wir Wien nicht, wenn wir auch viel zugunsten Rußlands tun. Man droht uns zu viel in der russischen Presse, als daß wir uns Österreich entfremden können." Und er erklärte am 11. Januar 1887 im Reichstag Deutschlands Desinteressement an Bulgarien vor aller Öffentlichkeit: „Es ist uns vollständig gleichgültig, wer in Bulgarien regiert, und was aus Bulgarien überhaupt wird — das wiederhole ich hier — ich wiederhole alles, was ich früher mit dem viel gemißbrauchten und totgerittenen Ausdruck von den Knochen des pommerschen Grenadiers gesagt habe: die ganze orientalische Frage ist für uns keine Kriegsfrage. Wir werden uns wegen dieser Frage von niemand das Leitseil um den Hals werfen lassen, um uns mit Rußland zu brouillieren. Und ebenso wenig mit Österreich." Bismarck kam es auch hier wie stets allein auf Deutschland und seine Sicherung durch die Freundschaft mit den Nachbarn im Osten und Südosten sowie die Erhaltung des Friedens an! Er war darum wieder der ehrliche Makler im russisch-österreichischen Gegensatz, der sich vorerst nach der Wahl Ferdinands von Sachsen-Koburg am 7. Juli 1887 noch verschärfte und ständig bis ins Jahr 1888 hinein Kriegsgefahr zwischen Rußland und Österreich heraufbeschwor.

Bismarck erneuerte erst einmal in aller Ruhe die seit Oktober 1885 in Italien angesponnenen Verhandlungen zur Verlängerung des Dreibundes und schloß sie am 20. Februar mit zwei zusätzlichen Spezialabkommen über den Status quo auf dem Balkan und die

ottomanischen Küsten und Inseln der Adria und des Ägäischen Meeres sowie über die deutsche Hilfe im Falle von Frankreichs Expansion in Tripolis oder Marokko sehr zum Vorteile Italiens und mit einer gewissen Wendung Deutschlands gegen das durch den Boulangismus damals wieder sehr revanchelüsterne Frankreich für die Dauer von fünf Jahren ab. Bismarck war zu diesem Entgegenkommen gegenüber Italien um so mehr bereit, als er hatte einsehen müssen, daß alle seine seit 1871 genährten Hoffnungen und Bestrebungen auf ein schiedlich-friedliches Zusammenleben mit Frankreich vergeblich waren. Resigniert hatte er im Oktober 1886 die Randbemerkung gemacht: der Krieg mit Frankreich „doch, der kommt sowieso ohnehin". Er hielt deswegen darauf, daß Österreich sich gut mit England stellte, und war erfreut, daß der italienische Botschafter Graf Corti in London Anfang 1887 Vorschläge für eine Allianz zwischen Italien und England unterbreitete, die in einen bindenden Notenwechsel „gegenseitiger Unterstützung im Mittelländischen Meer bei jeder Differenz" durch eine dritte Großmacht am 10. Februar ausliefen und Österreichs Zustimmung am 23. März fanden. Diese englisch-italienische Verständigung bedeutete eine Verstärkung des Dreibundes gegenüber Frankreich besonders in der Mittelmeer- und Orientfrage, eine Stärkung auch der deutschen Position der Politik Bismarcks. England hatte bewußt diese Wahl getroffen, weil es ebenfalls in Ägypten, Neufundland, den Neuen Hebriden französischen Einflußnahmen begegnete, die Lord Salisbury sogar an die Vorteile eines neuen deutsch-französischen Krieges denken ließ. In Paris herrschte jetzt der „Boulangismus", d. h. die dem Panslawismus zuneigende Revanchepropaganda des Kriegsministers General Boulanger im Kabinett Freycinet und anschließend Goblet; die Friedensstärke des Heeres und die Garnisonen an der Ostgrenze wurden vermehrt. Bismarck sah in seiner Reichstagsrede vom 11. Januar 1887 einen Krieg „in zehn Tagen oder in zehn Jahren" kommen, glaubte stark an Frankreichs Angriffswillen, hielt gleichzeitig daran fest, daß Deutschland nicht angreifen würde; England diskutierte damals auch einen eventuellen Marsch Deutschlands durch Belgien und hatte im „Standard" und in der „Pall Mall Gazette" nichts gegen diese Neutralitätsverletzung einzuwenden. Der Schnäbele-Zwischenfall im April 1887 — ein Polizeikommissar war auf Spionageverdacht hin beim Grenzübertritt für eine verabredete Konferenz un-

rechtmäßig verhaftet und auf Bismarcks Veranlassung wieder freigelassen worden — konnte gleichwohl zu keinem Kriegsanlaß werden, weil auch Frankreich recht eigentlich keinen Krieg wollte, wie sich beim Kabinettswechsel von Flourens zu Rouvier zeigte, der den Kriegsminister Boulanger ausbootete. Bismarcks Friedenswille siegte auch hier, weil er am Drei-Kaiser-Bund bzw. an einem festen Einvernehmen mit Rußland festhielt.

Da der Drei-Kaiser-Bund durch die immer noch nicht behobene österreichisch-russische Spannung unsicher geworden war, kam Bismarck Peter Schuwalows Vorschlag eines besonderen deutsch-russischen Abkommens seit dem 10. Januar 1887 entgegen, unter Vermeidung jeden Schachzuges, „der als ein Zeichen der Ängstlichkeit und Besorgnis ausgelegt werden könnte". Es wurde Mai, ehe die Verhandlungen weitergingen; am 18. Juni waren alle Bedingungen geklärt, so daß der deutsch-russische Neutralitätsvertrag, der sogenannte Rückversicherungsvertrag für drei Jahre perfekt war. Im Falle eines Krieges einer der vertragschließenden Mächte mit einer dritten Großmacht, sagten Deutschland und Rußland sich darin gegenseitig wohlwollende Neutralität und Lokalisation des Konflikts zu: bei einem Krieg gegen Österreich oder Frankreich sollte diese Abmachung nicht gelten, wenn eine der vertragschließenden Mächte der Angreifer wäre. Deutschland anerkannte Rußlands Rechte auf dem Balkan, insbesondere in Bulgarien und Ostrumelien; beide Mächte kamen überein, Änderungen am Status quo des Balkans nur nach vorheriger Übereinstimmung zuzulassen. Sie vereinten sich zur Garantie der Schließung der Meeresengen nach dem Berliner Vertrag von 1848. Im Zusatzprotokoll versprach Deutschland seinem Partner seine Hilfe für die Errichtung eines regulären, gesetzlichen Regimes in Bulgarien „ohne Anerkennung des Battenberg" und seine wohlwollende Neutralität, sowie seine moralische und diplomatische Unterstützung der Maßnahmen, die „S. Majestät (der Zar) für notwendig erachten würden, den Schlüssel seines Reiches zu schützen (pour garder la clef de Son Empire)". Bismarck legte die Bedeutung des neuen Vertrages zehn Tage später von Varzin aus seinem Kaiser dar: „Der Haupteffekt unseres deutsch-russischen Vertrages bleibt für uns immer der, daß wir drei Jahre hindurch die Zusicherung haben, daß Rußland neutral bleibt, wenn wir von Frankreich angegriffen werden. Einen Angriff Frankreichs auf Deutschland halte ich nach wie vor für

die nächstliegende Wahrscheinlichkeit einer Friedensstörung in Europa; viel wahrscheinlicher, als die eines russischen Orientkrieges.“ Die Scharte, die Bismarcks Bündnissystem durch das Auflösen des Drei-Kaiser-Bundes erhalten hatte, war ausgefüllt. Sie wurde weiterhin noch durch die englisch-österreichisch-italienische Entente vom Dezember 1887, die mit Hilfe Bismarcks der konservativen österreichischen Balkanpolitik Rückendeckung gab, ausgeglichen. Spanien erklärte nun noch seine Zustimmung zu Italiens Mittelmeerpolitik. Der weiteste Umkreis des deutschen Bündnissystems war erreicht! Es bewährte sich sofort, als die Wahl Ferdinands von Koburg zum bulgarischen Fürsten Kriegsgefahr zwischen Rußland und Österreich heraufbrachte: Bismarck, der noch mit gefälschten Briefen bei Zar Alexander III. als größter hinterhältiger Doppelspieler verleumdet wurde und beim Besuch des Zaren am 18. November in Berlin die Unechtheit der Briefe nachweisen konnte, erreichte Rußlands Wendung vom Balkan fort, asiatischen Interessen zu und sicherte damit endgültig den Frieden Europas!

Er wünschte nun, bereits im letzten Jahre seines Wirkens angelangt, nachdem er zuvor noch Italien in der tunesischen Frage gegenüber Frankreich, das sein Mißtrauen behielt, geholfen hatte, sein Friedenswerk zu vollenden und zu krönen: durch ein Bündnis mit England! „Wir lieben den Frieden, und selbst siegreiche Kriege zu führen widerspricht unseren Interessen wie unseren Neigungen. Wir sind jedoch stark genug, um uns zu verteidigen“, wiederholte er den Grundgedanken seiner gewaltigsten Reichstagsrede, die er ein Jahr zuvor, am 6. Februar aus Anlaß der Wehrvorlage vor allem zur Abwehr russisch-französischer Kriegsgelüste gehalten hatte. Damals hatte er Deutschlands ewiger Schicksalslage mit klassischen Worten für immer Ausdruck verliehen, indem er ausführte: „Wenn ich sage, wir müssen dauernd bestrebt sein, allen Eventualitäten gewachsen zu sein, so erhebe ich damit den Anspruch, daß wir noch größere Anstrengungen machen müssen als andere Mächte zu gleichem Zwecke, wegen unserer geographischen Lage. Wir liegen mitten in Europa. Wir haben mindestens drei Angriffsfronten. Frankreich hat nur seine östliche Grenze, Rußland nur seine westliche Grenze, auf der es angegriffen werden kann. Wir sind außerdem der Gefahr der Koalition nach der ganzen Entwicklung der Weltgeschichte, nach unserer geographischen Lage und nach dem vielleicht minderen Zusammenhang, den die

deutsche Nation bisher in sich gehabt hat im Vergleich mit anderen, mehr ausgesetzt als irgendein anderes Volk. Gott hat uns in eine Situation gesetzt, in welcher wir durch unsere Nachbarn daran verhindert werden, irgendwie in Trägheit oder Versumpfung zu geraten. Er hat uns die kriegerischste und unruhigste Nation, die Franzosen, an die Seite gesetzt, und er hat in Rußland kriegerische Neigungen groß werden lassen, die in früheren Jahrhunderten nicht in dem Maße vorhanden waren. So bekommen wir gewissermaßen von beiden Seiten die Sporen und werden zu einer Anstrengung gezwungen, die wir vielleicht sonst nicht machen würden. Die Hechte im europäischen Karpfenteich hindern uns, Karpfen zu werden, indem sie uns ihre Stacheln in unseren beiden Flanken fühlen lassen; sie zwingen uns auch zu einem Zusammenhalten unter den Deutschen, das unserer innersten Natur widerstrebt; sonst streben wir lieber auseinander. Aber die französisch-russische Presse, zwischen die wir genommen werden, zwingt uns zum Zusammenhalten und wird unsere Kohäsionsfähigkeit auch durch Zusammendrücken erheblich steigern, so daß wir in dieselbe Lage der Unzerreißbarkeit kommen, die fast allen anderen Nationen eigentümlich ist, und die uns bis jetzt noch fehlt. Wir müssen dieser Bestimmung der Vorsehung aber auch entsprechen, indem wir uns so stark machen, daß die Hechte uns nicht mehr tun, als uns ermuntern." Nach Schilderung der deutschen Wehrkraft betonte er: „Es ist nicht die Furcht, die uns friedfertig stimmt, sondern gerade das Bewußtsein unserer Stärke, das Bewußtsein, auch dann, wenn wir in einem minder günstigen Augenblicke angegriffen werden, stark genug zu sein zur Abwehr und doch die Möglichkeit zu haben, der göttlichen Vorsehung es zu überlassen, ob sie nicht in der Zwischenzeit doch noch die Notwendigkeit eines Krieges aus dem Wege räumen wird." So den Präventivkrieg ablehnend, konnte er den Drohungen der ausländischen Presse als Krönung seiner Rede und Politik zum Schluß entgegenrufen: „Wir können durch Liebe und Wohlwollen leicht bestochen werden — vielleicht zu leicht —, aber durch Drohungen ganz gewiß nicht. Wir Deutsche fürchten Gott, aber sonst nichts in der Welt; und die Gottesfurcht ist es schon, die uns den Frieden lieben und pflegen läßt. Wer ihn aber trotzdem bricht, der wird sich überzeugen, daß die kampfesfreudige Vaterlandsliebe, welche 1813 die gesamte Bevölkerung des damals schwachen, kleinen und

ausgesogenen Preußen unter die Fahnen rief, heutzutage ein Gemeingut der ganzen deutschen Nation ist, und daß derjenige, welcher die deutsche Nation irgendwie angreift, sie einheitlich gewaffnet finden wird und jeden Wehrmann mit dem festen Glauben im Herzen: Gott wird mit uns sein!" England hatte diese Worte mit innerer Zustimmung gehört. Es nahm deshalb auch Bismarcks durch Graf von Hatzfeldt, den Londoner Botschafter, am 15. Januar Lord Salisbury unterbreitetes Angebot, den Frieden „durch den Abschluß eines Vertrages zwischen Deutschland und England, durch welchen beide Mächte sich für einen begrenzten Zeitraum zu gemeinschaftlicher Abwehr eines französischen Angriffs auf eine von beiden verpflichteten", günstig auf. Das Bündnis mußte nicht geheim, sondern öffentlich sein, schlug Bismarck vor, weil dadurch ein Krieg mit größter Sicherheit verhindert würde. Bismarck wollte durch dies Bündnis also auch wieder nur Europas Frieden dienen! England aber verstand den Ruf der Stunde nicht! Es zog sich nach monatelangem Schweigen auf den Hinweis seines parlamentarischen parteipolitischen Regimes zurück und sagte weder ja, noch nein! Es fühlte nicht die gleiche Verantwortung wie Deutschland durch Bismarck für Europas Zukunft und Kultur! Es fällte damals schon die Entscheidung über die politische Entwicklung, die zum Weltkrieg mit allen seinen Folgen führte, weil es eine parlamentarische Mehrheit höher bewertete als die Sicherung des europäischen Friedens. Bismarck erlebte auch in seiner auswärtigen Politik die Tragik, sein Friedenswerk nun als einen Torso zurücklassen zu müssen, als Kaiser Wilhelm II. ihm im März 1890 die Weiterarbeit abschnitt. Wohl stand sein Bau fest, weil außer dem Dreibund ja noch der Rückversicherungsvertrag bestand. Aber als der junge Kaiser auch ihn wenige Wochen nach Bismarcks Abgang trotz dreimaligen Ersuchens Rußlands nicht erneuerte, da stieg in dem mächtigsten Staatsmann, den Deutschland im neunzehnten Jahrhundert besessen hatte, die furchtbare Ahnung auf, daß er umsonst gelebt, daß zwanzig Jahre nach seinem Tode, wie er prophetisch voraussagte, das Deutsche Reich zugrunde gehen würde, weil er wußte, Deutschland kann im mitteleuropäischen Raume in der Mitte der Völker und Großmächte nur leben, wenn es sich nach den Erkenntnissen seiner auswärtigen Politik richtet, denn sie sind die Lebensgesetze für die politische Existenz der deutschen Volksgemeinschaft.

VIERZEHNTES KAPITEL

Die Kolonialpolitik

Die langsame Umbildung Deutschlands vom Agrar- zum Industriestaat, die nach den Befreiungskriegen von Jahrzehnt zu Jahrzehnt im steigenden Tempo vor sich ging, drängte den deutschen Kaufmann dazu, seine Absatzgebiete außerhalb Europas zu suchen. Die Südsee, wo die Deutschen dreimal so stark wie die Engländer vertreten waren, und Afrika wurden als Hauptmärkte von den hanseatischen Kaufleuten, insbesondere Hamburgern, in Arbeit genommen. Wir sehen 1844 die Geschäftshäuser von Hertz, seit den sechziger Jahren von W. O'Swald und von Hansing Faktoreien in Sansibar errichten, 1849 und 1853 W. O'Swald und Hansing zu Lagos an der Goldküste tätig, das Haus C. Woermann-Bremen 1849 an der westafrikanischen Küste Fuß fassen, 1852 in Liberia, 1862 in Gabun, 1868 in Kamerun deutsche Faktoreien arbeiten, 1856 F. M. Vietor und Söhne aus Bremen in Togo beginnen und Johan Cesar Godeffroy seit den dreißiger Jahren in bald 45 Niederlassungen der Südsee deutsche Erzeugnisse verbreiten. Diese deutsche Weltpionierarbeit nahm nach der Gründung des Reichs, die hinter jeden Deutschen in der Fremde die Macht und das Ansehen des neuen Staates, den Ruhm und die realpolitische Aufmerksamkeit des größten Staatsmannes jener Zeit stellte, einen von Jahr zu Jahr ausgedehnteren Umfang an, veranlaßt auch von der mächtig aufblühenden Industrie, getrieben von imperialistischen Vorstellungen, erfüllt vom Geiste des liberalen Manchestertums, der der Freiheit des Handels, dem freihändlerischen Prinzip die Zukunft versprach und die Bewertung der einzig möglichen Wirtschaftsform des neuen Zeitalters lieh. Die deutsche Wissenschaft förderte diese Arbeit des deutschen Handels, wie sie durch ihn gefördert wurde. Alle Erfolge — wirtschaftliche wie wissenschaftliche — wirkten auf das Vaterland zurück und weckten hier wachsende Anteil-

nahme, ja allmählich Begeisterung für die fernen Erdteile. Dazu kam der Drang und auch Zwang zur Auswanderung aus politischen, sozialen, wirtschaftlichen Gründen. Diese Überseewanderung hatte 1854 251 000 Deutsche aus der Heimat fortgeführt. Von 1866 bis 1872 jährlich zwischen 107 000 bis 140 000, von 1871 bis 1875 nach der Reichsstatistik 394 814, von 1876 bis 1880 231 154, von 1881 bis 1885 in furchtbarem Anschwellen 857 287, von 1886 bis 1890 485 136, von 1891 bis 1895 402 567! 1881 mußte Bismarck allein 220 902 Deutsche in einem Jahr ins Ausland verschwinden lassen. Dieser deutsche Menschenstrom wirkte natürlich auch vielfältig auf die deutsche Heimat zurück und vermehrte hier die Teilnahme an der Frage: freier Welthandel ohne Kolonien, wie der manchesterliche Liberalismus und mit ihm eine große Anzahl hanseatischer Kaufleute wollte, oder Kolonien mit Rohstoff- und Fertigwarenverkehr im Eigenraum von Heimat und zugehörigem Schutzland in fremden Kontinenten. Die Kolonialanhänger warfen als besonderes Schwergewicht in die Waagschale, daß die deutschen Auswanderer Deutschland nicht verlorengingen, wenn sie in deutsche Kolonien übersiedelten. Es kam zur Gründung vielfältiger Auswanderungs-, Kolonisations- und Geographenvereine, die wie der Zentralverein für Handelsgeographie seit 1878 zur Errichtung von Handels- und Schiffahrtsstationen als Vorbereitung für den Erwerb und die Begründung von Kolonien übergingen. Alle Bestrebungen sammelten sich schließlich in dem 1882 zu Frankfurt a. M. gegründeten, 1885 nach Berlin übersiedelnden „Deutschen Kolonialverein", der ursprünglich wünschte, „auf privatem Wege deutsche Ansiedlungen zu gründen, welche durch ihren Umfang und eine gewisse Selbständigkeit ihren deutschen Charakter behalten und dadurch mit dem Mutterlande in Verbindung bleiben" sollten.

Bismarck war diese immer mächtigere Entwicklung natürlich nicht entgangen. Er war aber kein Kolonialpolitiker, ebensowenig wie etwa ein Kolonialgegner von vornherein. Er war auch hier der weise abmessende, klug beobachtende, vorsichtig entscheidende, verantwortungsvoll handelnde Realpolitiker, der deutsche Interessen sich verstärken und durchringen sah und abwartete, bis diese deutschen Interessen im Kampf mit den fremden Völkern und Staaten den Schutz und die Hilfe des Mutterlandes verlangten. Wie Maximilian von Hagen in seinem grundlegenden Werk „Bismarcks

Kolonialpolitik" (1923) ausgeführt hat, hielt Bismarck es gegenüber dem Kolonialwillen des deutschen Volkes mit dem Gesetz seiner gesamten politischen Aktivität: „Fert unda nec regitur." Erst als er erkannt hatte, daß die koloniale Welle stark genug war, um eine Kolonialpolitik in der engen Verflechtung mit Innen- und Außenpolitik zu tragen, ging Bismarck zu gegebener Stunde, die durch die gesamtpolitische Lage des neuen Reichs bestimmt wurde, zur Aktivität auch in diesem Raum des nationalen Lebens über. Das war aber erst in den achtziger Jahren möglich. Vorher erforderte die innere und äußere Festigung des Staatsbaues noch alle politischen Kräfte, vorher durfte nur die Wirtschaft die Übersee-Expansion betreiben, weshalb Bismarck ihr half, wo immer er konnte. Es war aber noch nicht möglich, das Reich schon für Kolonien einzusetzen und wie bei jedem Einsatz auch zu belasten, ja vielleicht sogar in Konflikte, in Gefahren zu bringen.

Auch in dieser geschichtlichen Entwicklung Deutschlands offenbarte Bismarck wieder sein Genie! Indem er abwartete und beobachtete, abwog und maßhielt, dann aber — 1884 — als die innen- und außenpolitische Lage es möglich machte, schlagartig zupackte, schuf er den Deutschen innerhalb von noch nicht zwei Jahren ein großes Kolonialreich.

Er hatte es von Jugend an nicht nötig, sich weltpolitisch belehren zu lassen, weil er sein erstes politisches Denken schon als Göttinger Student in Heerens Weltgeschichtsvorlesungen geographisch-merkantilistisch unterbaut hatte. Er wußte schon 1856 um die nationale Kraft, die des Großen Kurfürsten Kolonialversuche erweckt hatten, und fand den Handel um die deutsche Flotte, den er in Frankfurt a. M. durchzukämpfen hatte, beschämend genug, weil er damals erkannt hatte, daß ohne Macht — und das heißt im Überseeraum ohne Flotte — kein Wirken und Besitzhalten auf anderen Kontinenten möglich ist. In den sechziger Jahren wurde er an koloniale Möglichkeiten in Neuguinea, in Formosa soweit herangeführt, daß seine Verfassung des Norddeutschen Bundes von 1866 Aufsicht und Gesetzgebung des Reichs „über die Kolonisation und Auswanderung nach außerdeutschen Ländern" festsetzte. Sein Auswärtiges Amt aber sammelte bis 1885 dreißig Aktenbände mit „verführerischsten Projekten zur Erwerbung von Übersee-gebieten, deren Käuflichkeit die Antragsteller jedesmal verbürgen zu können glaubten". Auch Unterhaltungen mit Roon beweisen,

daß der Kolonialgedanke immer in Bismarck lebendig, wenn auch nicht tatreif war.

Auch 1870 nicht, als der Vertreter der Kaiserin Eugenie, Theophil Gautier, am 23. Oktober Cochinchina, „ein sehr fetter Brocken für uns", anbot, freilich gegen Verzicht auf das Elsaß. Diesen „Luxus" glaubte Bismarck sich nicht leisten zu können. Auch der von Bremer Kaufleuten Mosle und Genossen ausgehende Antrag, Frankreichs Flottenstation von Saigon in Hinterindien zu übernehmen, mußte abgelehnt werden. Erst das Reich, danach die Welt, war Bismarcks Grundsatz, den er um so mehr vertreten mußte, als der freihändlerisch eingestellte Reichstag „die Kolonialpolitik für einen überwundenen Standpunkt" hielt, „weil durch den freien Verkehr der Handel mit den Kolonien eigentlich allen Völkern freigegeben ist und damit das sogenannte Kolonialsystem aufgehört hat". Auch die Hamburger Großkaufleute, die alle französischen Kolonien forderten und von Flottenadmiral Prinz Adalbert warm unterstützt wurden, mußten sich am 9. Februar 1871 mit Bismarcks Antwort abfinden: „Ich will überhaupt keine Kolonien, sie sind bloß zu Versorgungsposten gut ... Diese ganze Kolonialpolitik wäre für uns genau so wie der seidene Zobelpelz in polnischen Adelsfamilien, die keine Hemden haben."

Dieser für den deutsch-französischen Friedensvertrag festgelegte und nur damals gültige Standpunkt änderte sich freilich, je sicherer der Reichsbau dastand. Bismarck war 1874 noch nicht so weit, das Gesuch des Sultans mit Richard Brenner und Otto Kersten um Protektoratserklärung über Sansibar wie den Schutzantrag des Sultans von Witu zu erfüllen, 1875 nicht, Transvaal, Zululand, Delagoa- und Santa Lucia-Bai zu erwerben, 1876 nicht, die Borneokolonie zu übernehmen. Er wußte, wie er 1876 Lüderitz und E. von Weber sagte, aus seinem Studium der Kolonialfrage, daß eine Nation, wie die deutsche, die Kolonien auf die Dauer nicht entbehren könne, aber der Impuls des Volkes fehle noch, dann der Reichstag, der die Mittel bewilligen müsse, und schließlich die politische Lage: Frankreichs Eifersucht, Englands Empfindlichkeit, der Kulturkampf im Innern! In acht bis neun Jahren würde die Frage — sagte er 1876! und auf das Jahr genau traf es später ein! — für ihn spruchreif werden!

Er sammelte inzwischen ständig im kleinen wie im großen praktische Erfahrungen, die für ihn maßgebend waren. Er griff ohne

weiteres ein, wenn Deutschen im Auslande Unrecht geschah. So als Spanien 1875 die verkehrsfreien Palau- und Karolineninseln plötzlich unter seine Zollherrschaft und Hoheit nehmen wollte. Da protestierte er scharf und setzte seinen Willen durch. Auch in der Fidschilandfrage gab er nicht nach, wenn die Verhandlungen auch zehn Jahre dauerten. Engländer und Deutsche stritten sich um den Besitz der Fidschiinseln. England annektierte sie für 1. Januar 1874 kurzerhand und wollte den Deutschen die freie Verfügung über ihren Besitz nehmen. Die schwer geschädigten Volksgenossen riefen den Schutz des Reichs an. Bismarck half erst auf diplomatischem Wege; er wies im April 1876 den Londoner Botschafter an, „keine Gelegenheit ungenutzt vorübergehen lassen zu wollen, um das lebhafte Interesse der Kaiserlichen Regierung für das fernere Wohlergehen der Deutschen in jenen Gegenden zu erkennen zu geben". Bismarck konnte noch nicht schärfer werden, weil gerade damals, zur Zeit der Krieg-in-Sicht-Affaire mit der Gefahr einer russisch-französischen Annäherung und englischen Entfremdung Deutschland nicht imstande war, sich mit Großbritannien zu überwerfen. Als aber 1879 sich seine Bündnisarbeit zu festigen begann, griff er in London wegen der Fidschiinseln wieder an, freilich vergeblich. Die Engländer zeigten, daß sie eine „Identität der deutschen und englischen Interessenten", der englischen und deutschen Rechte nicht anerkennen wollten. Bismarck sah: er konnte aktive Kolonialpolitik nur treiben, wenn England einverstanden oder zu wirksamer Gegnerschaft unfähig war. Der Beginn von Bismarcks Kolonialpolitik hing von Englands politischer Lage ab . . .

Die deutsche Entwicklung drängte organisch dahin, denn je mächtiger und sicherer das Reich dastand, desto weniger konnte es die Bedrohung deutscher Interessen in der Welt, see- oder strandräuberische Angriffe auf deutsche Handelsschiffe wie 1881 in Liberia, Gewaltakte von Wilden gegen Deutsche wie 1880 in Tripolis, Rechtsverletzungen und -verweigerungen wie in Haiti 1870 oder in Nicaragua 1878 dulden. Wo immer der deutsche Handel zu schützen war, ob nun Gefahren aus Kriegen oder Revolutionen wie in Mittel- und Südamerika sich entwickelten oder spanische und englische Kolonialbehörden deutsche Interessen verletzten, stets war Bismarck mit Reklamationen, Strafexpeditionen, Flottendemonstrationen etwa mit der „Gazelle" am Kongo, am Kap, bei den Kergula- und Fidschiinseln, in Samoa zur Stelle. Als er nun

im Mai 1879 in seiner Handelspolitik vom Freihandel zum Schutzzoll, zum „Schutz der nationalen Arbeit“ überging, da wurde auch seine Arbeit in den Handels-Schiffahrts- und Konsularverträgen, wie er sie am 1. November 1876 mit dem König der Tongainseln zur Anlegung eines Flottenschutzpunktes auf der Vavaogruppe, am 24. Januar 1879 mit der Samoaregierung mit dem Flottenstützpunkt im Hafen von Saluafata auf Opolu und am 25. März 1879 mit dem hawaischen Königreich, ferner mit dem Marschall- und Neubritannien-Archipel, den Duke of York- und Ellice- sowie einigen nicht französischen Gesellschaftsinseln abgeschlossen hatte, außerordentlich verstärkt und zur Ausbildung von Freundschaftsverträgen, die der Reichstag von 1879 im Umfange eines „ganzen Aktenkonvoluts“ bewilligte, weiter ausgedehnt.

Der Reichstag, also der Parlamentarismus, war es freilich, der die von Bismarck langsam in ansteigende Richtung gebrachte Kolonisierungsarbeit weder begriff, noch förderte, sondern plötzlich unterbrach, so daß Bismarck sich für Jahre wieder mit seiner Kolonialarbeit in die Stille seines amtlichen Wirkens zurückzog und die politische Öffentlichkeit mied. Die Hamburger Firma Godeffroy, die unter englischer und amerikanischer Konkurrenz in Samoa sowohl händlerisch wie kultivatorisch das Übergewicht erarbeitet und am 24. Januar 1879 den deutschen Freundschaftsvertrag mit dem Häuptling Malitoa auch zur Befriedung der Eingeborenen-Bürgerkriege genutzt hatte, hatte sich 1878 infolge fehlgeschlagener Industriebeteiligungen in eine Aktiengesellschaft umwandeln müssen, deren Hauptanteile in die Hand eines englischen Bankhauses gerieten. Deutsche Bankiers retteten die Gesellschaft aus der Gefahr der Verengländerung, beantragten aber nun eine Reichsgarantie für die Zinsen des Einlagekapitals. Diese Unterstützung wollte Bismarck, „mit Rücksicht auf das nationale Interesse, welches sich an die fortdauernde Entwicklung des deutschen Handels und die damit verbundene Befestigung des deutschen Einflusses auf die Südseeinseln knüpfte“, gewähren. Die deutsche Seehandelsgesellschaft wurde dafür gegründet und ein Gesetzentwurf im Reichstag eingebracht. Der Reichstag aber lehnte die Vorlage am 28. April mit 128 gegen 112 Stimmen ab: aus Feindschaft gegen Bismarck und seine Schutzzollpolitik, aus Rache für die Kulturkampfgesetze und weil sehr viele Abgeordnete sich lieber eine Neuinszenierung des zweiten Teils von Goethes „Faust“ an-

sahen, als ihrer Abstimmungspflicht zu genügen! So wurde es dem Juden Ludwig Bamberger leicht, mit einer üblen, bis zu Ehrenbeleidigungen und schmutzigen Unterstellungen vordringenden Rede aus seinem Profitgeist heraus das Zentrum, den Fortschritt, die Polen und die freihändlerischen Nationalliberalen so einzufangen, daß kein Abgeordneter mehr die nationale Bedeutung dieser Abstimmung, der ersten kolonialpolitischen des Reichstags (!), sah, sondern in Philisterenge rein parteipolitisch vorging. Bismarck, der krank in Varzin weilte, war tief verbittert. Die Deutsche Seehandelsgesellschaft rettete nun aus eigner Initiative das Samoa-Unternehmen. Das deutsche Prestige in der Südsee litt schwer unter dieser „Niederlage". Bismarck hatte Jahre hindurch zu kämpfen, um zu verhindern, daß England Samoa annektierte. Er erzwang erst am 4. Dezember 1884 die Anerkennung der Unabhängigkeit Samoas und Tongas. Die Unruhen auf Samoa hörten aber nicht auf, weil England und Amerika die Eingeborenen stets gegen Deutschland aufhetzten und die Deutschen nicht Herr im Hause waren. 1887 schickte Deutschland drei deutsche Kriegsschiffe „Eber", „Olga", „Adler" — sie gingen auf der Reede von Apia im Orkan am 15. März 1889 unter. Blutige Kämpfe tobten 1888 und 1889 zwischen Deutschen und Samoanern. Amerika mischte sich ein. Schließlich kam es 1889 zur Samoakonferenz zwischen dem Reich, England und USA. Wieder Unabhängigkeitserklärung unter Malitoas Königtum! Als nach seinem Tode 1898 mit Erhebung Mataafas zum Könige neue Unruhen ausbrachen, schritten die drei Mächte endlich zur Teilung: Deutschland erhielt durch den Vertrag vom 2. Dezember 1899 den größten Teil der Samoainseln. Diese langwierige, blutige Entwicklung wäre vermieden worden, hätte jüdische Hadersucht nicht 1880 die deutsche Parteizwietracht aufgepeitscht, fast zwanzig Jahre früher das Positive zu verweigern. Die Samoa-Vorlage von 1880 war Bismarcks erster Schritt zu einer umfangreichen kolonialpolitischen Tat! Ihre Ablehnung sah Bismarck als ein nationales Unglück an. Sie hatte nur die eine gute Folge, daß sich im deutschen Volk ein Sturm der Entrüstung über diese verantwortungslose Handlungsweise der Parlamentarier erhob und fortan der Wille zu eigenen Kolonien nicht mehr zum Schweigen zu bringen war.

Bismarck aber erhielt den letzten Anstoß zum unaufhaltsamen aktiven Handeln von außen: durch England. Das Foreign Office in

London hatte die Fidschi-Angelegenheit immer wieder verschleppt, in der durch die Samoa-Niederlage bestärkten Ansicht, Deutschland wolle sich kolonialpolitisch nicht betätigen. Es hatte durch eine „Kommission zur Untersuchung von Landansprüchen“ bis 1882 Scheinmanöver durchgeführt, gegen die Bismarck vom Frühjahr 1883 an energisch vorging. England zögerte durch allerlei Ausflüchte Bismarcks Entschädigungsforderungen wieder um ein Jahr hinaus, bis Graf Herbert Bismarck am 14. Juni 1884 in London erschien und in sehr nachdrücklichen Vorstellungen den Willen des Kanzlers auf Geldentschädigung der deutschen Fidschi-Landbesitzer, die bis Frühjahr 1885 erledigt wurde, durchdrückte. Dies Nachgeben Englands geschah, weil es inzwischen durch Bismarck und sein eigenes Parlament in eine so schwache „splendid isolation“ geraten war, daß es Deutschland politisch, wie wir im vorhergehenden Kapitel gesehen haben, dringend brauchte.

Bismarck hatte aber aus der Fidschi-Affäre gelernt, daß die Deutschen in den Kolonien nur zu schützen sind, wenn die betreffenden Länder unter der Oberhoheit des Reiches stehen. Er war aus einem passiven ein aktiver Kolonialpolitiker geworden, der nun die „günstigen Augenblicke in der politischen Konstellation“, die nach seiner Erfahrung „nie lange dauern“, und darum, weil sie nie wiederkehren, sofort benutzt werden müssen, mit genialer Praxis auswertete.

Zuerst in Afrika. Hier hatten Frankreich und England im Juni 1882 eine Konvention zur Abgrenzung ihrer Gebiete an der Küste von Sierra Leone und gleichmäßigen Behandlung ihrer Untertanen geschlossen. Deutsche hatten dort auch Handelsinteressen. Bismarck ließ sich von der Hamburger Handelskammer eine entsprechende Denkschrift, die am 6. Juli 1883 fertig wurde, ausarbeiten; die Hamburger forderten darin den „Abschluß von Freundschafts-, Handels-, Schutz- bzw. Meistbegünstigungsverträgen mit afrikanischen Staaten, Frankreich und England, die Stationierung von Kriegsschiffen in den westafrikanischen Gewässern und eine Flottenstation auf der Insel Fernando Po“, weil „es der Würde des Reichs nicht mehr entspräche, daß seine Angehörigen dem guten Willen und der Geneigtheit fremder Mächte ausgeliefert seien“. Ja, sie verlangten die Annexion des Fernando Po gegenüberliegenden Küstengebietes der Biafrabai zur Anlage einer Handels- und Plantagenkolonie, ein deutsches Konsulat an der Goldküste, die Neu-

tralisierung der Kongomündung und baten dringend um Reichsschutz, weil die Engländer die Eingeborenen gegen die deutschen Kaufleute aufhetzten. Darauf erschien die deutsche Korvette „Sophie“ an der Westafrikaküste. Kapitän Stubenrauch von der „Sophie“ verlangte nun auch dringend das Eingreifen des Reiches in Kamerun und Togo. Bismarck sah Anfang 1884, daß jetzt gehandelt werden mußte. Er handelte nun, weil sowohl England wie Frankreich, die sich durch ihre ägyptische und afghanische bzw. koloniale Politik verfeindet und handlungsunfähig gemacht hatten, ihm nicht in den Arm fallen konnten. Deutschland wurde jetzt innerhalb weniger Monate zu einer Kolonialmacht.

Bismarck stellte als erste Kolonie Angra Pequena, das spätere Südwestafrika am 24. April 1884 unter den Schutz des Reiches. Der Bremer Kaufmann Adolf Lüderitz (1834—1886) hatte schon am 10. November 1882 darum gebeten und die Rheinische Missionsgesellschaft, die seit 1842 im Namaqualand mit der Station Bethanien arbeitete, schon 1868 bei Eingeborenenunruhen. Damals hatte Bismarck mit England eine gemeinsame Flottendemonstration machen wollen, England aber abgelehnt und gleichen Schutz wie seinen Staatsbürgern in Namara- und Namaqualand, das zu seiner „Einflußsphäre“ gehöre, versprochen. England setzte sich tatsächlich aber nur in der Walfischbai fest. Bismarck bat 1880 nochmals um Schutz für die Deutschen im Namaqualand; England wollte aber nicht über den Oranjefluß die Macht der Kapkolonie ausdehnen, lehnte ab, ebenso auch 1881 eine erneute Bitte der Rheinischen Missionsgesellschaft, weil das Gebiet nördlich des Oranjeflusses nicht seiner Hoheit unterstehe. Lüderitz griff nun zu, wenn das Auswärtige Amt ihm auf seine Anfrage vom 16. November 1882 auch keinen Schutz versprechen konnte. Bismarck fragte deswegen durch seinen Sohn in London an und erhielt eine allgemeine Auskunft mit der Erklärung, „von der Absicht, in Afrika festen Fuß zu fassen, wäre auch nicht das Geringste zu spüren gewesen“. Lord Granville gab am 23. Februar 1883 aber auf Lord Derbys Mißtrauen hin aufschiebenden Bescheid. Lüderitz aber erwarb trotzdem im Sommer 1883 durch seinen Vertreter Heinrich Vogelsang von Häuptling Joseph Fredericks Land im Namaquagebiet und hißte zur Entrüstung der Kapkolonie die deutsche Fahne. Die deutsche Korvette „Carola“ ankerte gerade vor Lüderitzland, als die englische Korvette „Boadicea“ ankam und zu ihrer Verwunde-

rung lernen mußte, sie befände sich in deutschen Gewässern. Bismarck erhielt am 16. November 1883 auf seine vier Tage vorher nach London gerichtete Anfrage, ob und zutreffendenfalls auf Grund welcher Titel England Ansprüche auf das fragliche Gebiet hätte, eine ausweichende Antwort, die eine Art englische Monroedoktrin für Südafrika aufzurichten trachtete und die Deutschen gnädig zur Siedlungsteilnahme in Angra Pequena zulassen wollte. Bismarck durchschaute dieses englische Manöver, wiederholte am 31. Dezember seine Frage nach den Rechtstiteln der englischen Ansprüche, um in seinen Akten zu haben, „daß die besorgten Gebiete im europäischen Sinne res nullius wären". Die Engländer gaben sechs Monate keine Antwort, stifteten aber hinterrücks und eilends die Kapkolonie zur Annexion der ganzen südwestafrikanischen Küste bis zur Walfischbai an; der mißtrauische und gegen Deutschland argwöhnische Kolonialminister Lord Derby wollte Bismarck in die Quere kommen. Bismarck erfuhr aber von seiner Illegalität und telegraphierte kurzerhand am 24. April: „Angra Pequena unter deutschem Schutz!" Lord Derby wollte dies Telegramm ignorieren und drängte die Kapregierung zur Erklärung vom 3. Juni, sie wolle die ganze Küste bis Walfischbai einschließlich Angra Pequena übernehmen. Bismarck ließ sofort am 4. Juni Lord Granville, den englischen Außenminister, wissen, wir seien nicht in der Lage, „eine solche Besitzergreifung anzuerkennen und bestritten das Recht dazu". Granville machte nun am 16. Juni im Gespräch mit Herbert Bismarck einen Rückzieher und schob die Schuld auf Lord Derby. England mußte in der Kabinettssitzung vom 21. Juni die deutsche Besitzergreifung anerkennen, versuchte dann freilich noch, indem es erst am 13. Juli die deutsche Regierung von der Anerkennung benachrichtigte, die Kapregierung zu erneuten Annexionen an der Westküste und nördlich des Oranjeflusses zu veranlassen. Freilich vergeblich. Deutschland hatte seine erste Kolonie erworben und ließ sich nicht mehr dreinreden. Bismarck gab durch Graf Münster den Engländern zu verstehen, daß es sich „eine unfreundliche und unserer Ansicht nach ungerechte Behandlung" von Deutschen nicht mehr gefallen lassen und als unfreundlichen Akt, der auf das politische Verhältnis zu England zurückwirken müßte, ansehen würde. Die Engländer glaubten freilich, Bismarck betriebe die neue Kolonialpolitik nur als Manöver für die Wahl des neuen Reichstages, da der alte besonders durch die verleumderische

Hetzerei des Juden Bamberger seine Kolonialfeindlichkeit nochmals bei der Postdampfer-Vorlage bewiesen hatte.

Bismarck aber wußte, daß England ihn für die bevorstehende Londoner Konferenz über die ägyptischen Finanzen brauchte, und verlangte durch eine Note vom 5. Mai 1884 energisch für seine Bereitschaft zur Hilfe Englands Entgegenkommen in der Südsee und in Afrika mit Hinweis auf den die deutschen Handelsbeziehungen bedrohenden englisch-portugiesischen Kongovertrag vom 26. Februar 1884; er bot zugleich die deutsche Unterstützung der politischen Interessen Englands in Ägypten und bei einem eventuellen Kriege mit Frankreich oder Rußland gegen den Übergang Helgolands in deutschen Besitz an. Graf Münster vertrat die Note freilich so anglophil, daß Bismarck am 25. Mai auf eine weitere Erörterung der Helgolandfrage verzichtete und Münster von seinem Kanzler veranlaßt wurde, nun in klarer Erkenntnis des Ernstes der Situation Granville zu eröffnen, „daß es von der Haltung der britischen Regierung zu den deutschen Kolonialfragen abhänge, wie sich Deutschlands Politik zu England in der Folge gestalten würde". Da wurde Lord Granville hellhörig: „Wir haben ja nur den Wunsch, Ihnen entgegenzukommen, und haben Ihnen das auch zu erkennen gegeben". Herbert Bismarck konnte nun bei seiner besonderen Mission vom 14. Juni an in London Lord Granville mit aller Deutlichkeit zum Bewußtsein bringen, daß Deutschland in der Angra Pequena- und Fidschifrage sich weder hinhalten, noch an der Nase herumführen lasse und rasche Erledigung wünsche. Herbert Bismarck brachte sie denn auch als seinen ersten bedeutenden diplomatischen Erfolg, den er mit ungeschminkten Ausdrücken, wie Rücksichtslosigkeit, Ungefälligkeit, politische Undurchsichtigkeit, Undank Englands, herausgeholt hatte, nach Hause: England schlug am 19. Juni eine Zweierkommission für die Fidschifrage vor, anerkannte am 21. Juni Angra Pequena, verzichtete am 26. Juni auf den Kongovertrag mit Portugal. Es wäre freilich nicht England gewesen, wenn es nicht nachher wieder Versuche gemacht hätte, Deutschland an der westafrikanischen Küste noch Streiche mit Hilfe der Kapregierung zu spielen. Bismarck protestierte aber scharf und nahm umfangreiche Flaggenhissungen an der südwestafrikanischen Küste bis 22. August 1884 vor. Zugleich schickte er den Afrikareisenden und deutschen Konsul in Tunis (seit 1882), Gustav Nachtigal, als Kaiserlichen Kommissar nach Oberguinea, wo er am

5. Juli das Togogebiet unter deutschen Schutz stellte und am 14. Juli in Kamerun die deutsche Flagge hißte, Verträge mit Häuptlingen abschloß und die Arbeit Hamburger und Bremer Kaufleute sowie Woermanns Faktoreien in Duala (seit 1868) unter deutsche Hoheit brachte. Bismarck aber bewies England, daß er sich politische Hinterhältigkeiten nicht mehr bieten ließ, indem er auf der Londoner Konferenz zur Regelung der ägyptischen Schulden vom 28. Juni bis 2. August durch Unterstützung der französischen Taktik derart opponierte, daß England isoliert war und Lord Granville die Tagung nach einer heftigen Debatte mit dem Grafen Münster, dem deutschen Vertreter, abbrach. Bismarck trieb dann seinen Kampf so weit, daß er am 23. August die Nichtgenehmigung der Kapbeschlüsse durch England verlangte und am 22. September auch erhielt: das deutsche Hoheitsrecht über ganz Deutsch-Südwestafrika außer der Walfischbai und den ihr vorgelagerten Inseln wurde nach neunmonatigem Streit von Großbritannien voll anerkannt!

Bismarck sondierte nach diesem Sieg über das Kabinett Gladstone, seinen Außenminister Lord Granville und seinen Kolonialminister Lord Derby Anfang Oktober 1884 durch seinen Sohn Herbert das politische Terrain in London und stellte beim Handelsminister Joe Chamberlain, dem Führer der Liberalen Partei Lord Hartington, dem Unterstaatssekretär des Äußern Sir Charles Dilke und dem Prinzen of Wales ebensosehr die Anerkennung der Beschwerden über die Behandlung der deutschen Kolonialforderungen fest wie die Meinung, daß „eine wirkliche und dauernde Allianz mit Deutschland allein Englands Heil fördern könne". Auch die Queen wurde durch ihren Hofmarschall Sir Henry Ponsonby über Lord Granvilles und Lord Derbys verletzendes Verhalten zu Deutschlands Kolonialwünschen unterrichtet. Unbelehrbar blieb das englische Kabinett. Bismarck sandte deshalb im Oktober 1884 Kriegsschiffe an die Guineaküste zum Protest gegen englische Quertreibereien in Togo und Kamerun.

Im übrigen knüpfte er vorerst einmal seine deutsch-französischen Beziehungen fester. Er hatte dazu Verhandlungen über eine Verständigung in den westafrikanischen Handelsverhältnissen benutzt, den französischen Botschafter Baron Courcel in Berlin nach dessen zu diesem Zweck ausgeführten Pariser Besuch am 27. August in Varzin gehabt und vor allem neben den neuen Westafrika-

Kolonien Deutschlands den werdenden Kongostaat König Leopolds II. von Belgien herangezogen, der durch de Brazzas französische und Stanleys belgische Unternehmungen zu Differenzen über die Grenzen der Besitzungen am Kongofluß führte. Bismarck war bereit, sich mit seinen Ansprüchen, die Generalkonsul Dr. Nachtigal an Kamerun und Togo erhob, gegenüber den an- und umgrenzenden französischen Gebieten einzuordnen. Frankreich wollte dafür am linken Kongoufer die Brazzaschen Erwerbungen dem Kongostaat überlassen, volle Handelsfreiheit für sich wie für Deutschland im Leopoldstaat erkämpfen, freie Schiffahrt auf dem Kongo und Niger fordern und die Bestimmungen über neue Landbesetzungen mit festlegen. Auf Grund dieser Abmachungen lud Bismarck am 6. Oktober die europäischen Mächte und Amerika, das ebenso wie Deutschland den Kongostaat der Association Internationale Africaine bzw. du Congo (AIA und AIC), unter deren Tarnung König Leopold seine auf größten Geldgewinn ausgehende Kongostaatsunternehmung betrieb, bereits anerkannt hatte, zur Kongokonferenz nach Berlin ein.

Seitdem Henry Morton Stanley am 12. August 1877 die Kongomündung auf dem Wasserwege von Innerafrika her erreicht und seit dem 23. Januar 1879 durch das von Leopold II. gegründete Comité d'Etudes du Haut Congo als Beauftragter des belgischen Königs das Kongogebiet in jahrelangen Reisen erforscht und für des Königs Gesellschaften, die AIA und AIC, erworben hatte, war die Kongofrage zu einem Weltproblem geworden. Portugal und England hatten sich mit ihren besonders auf die Kongomündung und freie Handelsmöglichkeit sowie freie Kongoschiffahrt gerichteten Bestrebungen im Londoner Vertrag vom 26. Februar 1886 zusammengefunden, um durch eine von den Vertragsmächten gebildete Kommission die angeblich allen Nationen zugängliche gleiche Behandlung und freie Schiffahrt auf Kongo und Zambesi zu gewährleisten, England und Portugal gleiche Zolltarife und in den übrigen Afrikakolonien Portugals England die Meistbegünstigung sowie das Recht zur Unterdrückung des Sklavenhandels zu sichern. England wollte damit Portugal in den Dienst seiner Afrikainteressen stellen, kam damit aber zu spät: zahlreiche andere Mächte bemühten sich bereits um die Aufteilung Zentralafrikas. Der erste Konflikt trat mit der AIC ein, weil sie in Vici an der Kongomündung bereits eine feste Niederlassung besaß. Leopold II. erreichte

außerdem beim Staatsdepartement in Washington die Anerkennung des AIA-Gebietes, des Kongofreistaates als unabhängige Macht durch die Vereinigten Staaten am 10.—22. April 1884 und schloß mit Frankreich am 23.—24. April 1884 einen Vorkaufsrechtsvertrag, falls „unvorhergesehene Umstände“ die AIA bzw. AIC zwängen, ihre Besitzungen aufzugeben. Dadurch hatte Frankreich eine Art Protektorat über die Association übernommen. Als Bismarck nun in England auf Widerstand und Hinterhältigkeit für die deutschen Kolonialwünsche stieß, wurde er durch Lord Granvilles und Lord Derbys Schuld zu einer Art Kolonialentente mit Frankreich geführt. Er nutzte jetzt auch das Kongoproblem, um England zu zeigen, daß Deutschland respektiert zu werden wünschte. Durch seinen ausgezeichneten Kolonialreferenten Legationsrat von Kusserow, einen aufrichtigen Bewunderer Stanleys, orientierte er sich über König Leopolds Kongounternehmen und erklärte nach Verhandlungen mit der AIA seit dem 2. Juni in der Budgetkommission des Reichstages am 23. Juni Deutschlands Bereitschaft zur Anerkennung des neuen Kongofreistaates bei Wahrung völliger Verkehrs- und Handelsfreiheit sowie aller Interessen des Reichs. Er vernichtete dadurch zugleich den portugiesisch-englischen Vertrag, so daß die Londoner Regierung drei Tage später auf sein Inkrafttreten verzichtete. Das Abkommen zwischen der AIA bzw. AIC und Deutschland wurde am 8. November 1884 nach langwierigen weiteren Verhandlungen, in denen Bismarck für den deutschen Handel uneingeschränkte Freiheit im Kongostaat erhielt, unterzeichnet. Der führende Staatsmann Europas war der erste in Europa, der das leopoldinische Unternehmen anerkannte. Er hatte nun ein Interesse daran, daß auch die übrigen Mächte die Anerkennung aussprächen. Er hatte aber zugleich auch in seinem Ringen mit England einen neuen Partner für seine Politik gewonnen: Belgien, das auch Stellung gegen England (wie gegen Portugal) beziehen mußte, und er hatte sich Frankreich verpflichtet, gegen dessen Expansionsbestrebungen am Kongo der englisch-portugiesische Vertrag vor allem gerichtet war, der auch den am Kongohandel führend beteiligten deutschen Export in Pulver, Waffen, Spirituosen und anderen Artikeln sowie die deutsche Schiffahrt in Westafrika empfindlich treffen sollte. Bismarck kämpfte deswegen in genialem diplomatischem Spiel den Vertrag nieder und griff den von Portugal lancierten Gedanken einer internationalen Kongokonferenz

auf. Er klärte im August und September das Zusammengehen mit Frankreich auf der Konferenz, suchte sogar ostentativ, was er seit Jahren nicht getan, Courcel am 20. September in der französischen Botschaft zu Berlin persönlich auf und lud nach Einigung mit Paris am 6. Oktober nach Berlin ein. „England, die erste Kolonialmacht der Welt, wurde zu einer Konferenz eingeladen, ohne an den Verhandlungen beteiligt zu sein", hebt Georg Königk in seinem Buch über die Kongo-Konferenz (Essen, 1938) mit Recht hervor. England sah sich, zum ersten Male seit 1870/71, „einer deutsch-französischen Front gegenüber"! England sah seine Okkupationen an den Nigermündungen gefährdet. England mußte sich der Politik Bismarcks beugen und nahm die Einladung an! Eine Woche vor Eröffnung der Konferenz aber, am 8. November, gab Bismarck zur Überraschung der Welt Deutschlands Anerkennung des Kongofreistaates bekannt!

Bismarck konnte bei der Eröffnungssitzung am 15. November, die er wie die Schlußsitzung als Präsident der Konferenz und sonst keine der übrigen acht Vollsitzungen um seiner Schiedsrichterrolle willen leitete, außer den sechs Großmächten Europas die USA., Spanien, die Türkei, Holland, die skandinavischen Staaten und „die beiden unmittelbaren Gegenspieler" Portugal und Belgien begrüßen. Die Aufgabe der Konferenz war nach dem Deutschen Weißbuch „die für die Entwicklung des Handels und der Zivilisation in gewissen Gegenden Afrikas günstigsten Bedingungen im Geist guten gegenseitigen Einvernehmens zu regeln und allen Völkern die Vorteile der freien Schiffahrt auf den beiden, hauptsächlichsten, in den Atlantischen Ozean mündenden afrikanischen Strömen zu sichern; andererseits von dem Wunsche geleitet, Mißverständnissen und Streitigkeiten vorzubeugen, welche in Zukunft durch neue Besitzergreifungen an den afrikanischen Küsten entstehen könnten". Während die Konferenz in ihrem ersten Verhandlungsabschnitt von Mitte November bis Ende Dezember die wirtschaftlichen Fragen, die Handelsfreiheit, die Freiheit der Schiffahrt, den Schutz der Eingeborenen erledigte, diente der zweite bis 26. Februar 1885 vorzüglich Territorialfragen, deren Verhandlung oft in die Hauptstädte der Großmächte hinübergriff. Es gab mehrere dramatische Zusammenstöße im Laufe der Arbeitswochen, so daß die Konferenz, besonders als Portugal an der Kongomündung zu Gewaltmaßnahmen zu schreiten schien, in

Gefahr geriet, aber Bismarcks außerordentlicher Verhandlungstaktik war schließlich ein voller Erfolg zu verdanken. König Leopold konnte durch Bismarcks Hilfe einen großen Sieg buchen: sein Kongofreistaat war gesichert. Er wußte, was er tat, wenn er am Vorabend der Unterzeichnung der Kongoakte dem Kanzler dankte: „Als erster in Europa haben Euer Durchlaucht mit der Association Internationale du Congo verhandelt. E. D. haben England zum gleichen Schritt bewogen. Seitdem sind dem deutschen Beispiel alle übrigen Mächte gefolgt. Portugal schließt sich jetzt endlich an. Das ist das Ergebnis der Ratschläge E. D.“

Bismarck hatte es aber auch verstanden, die Verhandlungen so durch alle politischen Klippen und Engen durchzusteuern, daß keine Macht sich durch die Ergebnisse benachteiligt fühlte. Frankreich verdankte Bismarck sogar das Niari-Kwilu-Gebiet ohne jede Gegenleistung. Die deutsch-französische Kolonial-Entente hatte sich bewährt, war freilich im Laufe der Konferenz abgekühlt und löste sich mit dem Sturz des Kabinetts Ferry am 30. März 1885 gänzlich auf. Sie hatte dazu gedient, die deutsch-englische Spannung, die nochmals bei den Schlußverhandlungen um die ägyptische Finanzkonvention während der Monate Dezember 1884 bis 17. März 1885 durch das deutsche Eintreten für die französischen Forderungen deutlich in Erscheinung trat, zu vermindern, weil die Engländer hatten einsehen müssen, daß Bismarck fest entschlossen war, Deutschlands Recht auf Kolonialbesitz in der Welt durchzusetzen. England rechnete jetzt, auch infolge des schroffen französischen Verhaltens, auf der Konferenz wie in der Ägyptenfrage mit Deutschland als Weltmacht, die auch in Übersee fortan mitsprach. Als dann einige Monate später, am 4. Juni 1885, das bismarckfeindliche Kabinett Gladstone zurücktrat und Lord Salisbury, der für Deutschland Sympathie hatte, Ministerpräsident wurde, konnte Bismarck wieder mit einer deutsch-englischen Verständigung rechnen.

Das Kabinett Gladstone hatte dem Kanzler im Winter 1884/85 auch noch Schwierigkeiten genug gemacht. Es trat ihm entgegen, als er die Nordküste von Neuguinea, wo deutsche Pflanzer und der Forschungsreisende Otto Finsch seit den siebziger Jahren tätig waren und im Spätsommer 1884 die Erwerbung vorbereiteten, im November und Dezember mit Flaggenhissung durch das Kanonenboot „Hyäne“ und die Korvetten „Elisabeth“ und „Marie“ in deut-

schen Besitz nahm. Den auf die australische Entrüstung hin vorgebrachten Anspruch Englands vom 1. Januar 1885 wies Bismarck zurück und zwang Lord Granville zur Anerkennung auch dieser deutschen Kolonie am 7. Februar 1885. Gleichzeitig suchten die Engländer in Kamerun durch Negerrevolten, die ihr Konsul Buchan anzettelte, und in Samoa, wo es ja immer zwischen den Eingeborenen gärte, zu schaden. Sie vereitelten auch am Schluß des „sturmreichen Jahres 1884" die deutsche Hoheitserklärung an der Luciabai, südlich der Delagoabucht, weil der deutsche Generalkonsul in Sansibar Gerhard Rohlfs unvorsichtig genug der Kapregierung Gelegenheit zum Schaffen einer vollendeten Tatsache bot.

Bismarck stellte dann freilich die Engländer am 3. März vor eine andere vollendete Tatsache: mit der Veröffentlichung seines ersten Schutzbriefes für Ostafrika, für das Land, das Carl Peters sich seit Oktober 1884 gesichert hatte! Gerade in dem Augenblick, als ein Streit mit Lord Granville infolge einer unbewiesenen und unbeweisbaren Behauptung, Bismarck hätte England den Rat erteilt, „Ägypten zu nehmen", auf einem Höhepunkt angelangt war und die berühmte Hödurrede des Kanzlers vom 2. März 1885 hervorrief. Bismarck schickte sofort Herbert wieder nach London, der Lord Granville so zur Rede stellte, daß England guten Willen zeigte, die Küste von der Ambasbai bis zum Rio de Rey in Kamerun an Deutschland abtrat und ein kolonialer Ausgleich zwischen den beiden Reichen über die Freiheit des deutschen Handels in Sansibar, die Karolinen- und Marschallinseln als deutsche Interessensphäre und andere Fragen zustande kam. Gerade im rechten Augenblick, denn durch den Sturz des Ferryministeriums in Paris und Frankreichs erneuerte Blickdrehung nach Elsaß-Lothringen sowie Englands Übergang zum Toryministerium Salisburys erhielt die Politik Europas eine Schwenkung, die Bismarck wieder besonderen Wert auf gute Beziehungen zu England legen ließ. Je nach den Ministerien, die in London am Ruder waren, jetzt Salisbury, dann Gladstone, darauf wieder Salisbury regelten oder versteiften sich alle aus der Abrundung, Grenzziehung usw. der neuen Schutzgebiete ergebenden kolonialen Verhandlungen mit England. Am 1. November 1886 gelang endlich der Abschluß des Sansibar-Abkommens. Bismarck hatte damit die Garantie Englands für Deutsch-Ostafrika erreicht!

Das deutsche Kolonialreich war geschaffen! Bismarck allein war

sein politischer Schöpfer! In einem Zeitraum von einem Jahre hatte er die Südseeinseln, Deutsch-Südwestafrika, Kamerun, Togo, Deutsch-Ostafrika unter die deutsche Oberhoheit gestellt und die Anerkennung der Großmächte, insbesondere Englands, dafür erstritten, wenn Englands parlamentarisches Regime die Zustimmung zu Ostafrika auch um anderthalb Jahre verzögerte. Kaum sechs Monate aber war Bismarck als Kolonialpolitiker in die Öffentlichkeit getreten, als die Weltpolitik sich auf der Kongokonferenz seiner Führung anvertraute! Einen stärkeren Beweis für die Größe der Bismarckschen Kolonialpolitik gibt es nicht.

Nachdem Bismarck dem von ihm geschaffenen Reich das Kolonialreich erkämpft hatte, konnte seine politische Sorge fortan nur dessen Sicherung gelten. Wie er sich 1870/71 Maß in seinen Friedensforderungen angelegt und seither eine Politik der weisen Mäßigung zur Erhaltung des europäischen Friedens durchgeführt hatte, so vermied er auch jetzt die „Fehler unserer Kolonialjingos, deren Begehrlichkeit viel größer ist, als unser Bedürfnis und unsere Verdauungsfähigkeit". Er zeigte sich auch im kolonialen Raum als der geniale Realpolitiker, der den erworbenen Besitz in kluger Kolonialehe mit England ausbaute und festigte: am 28. April 1888 durch den Pachtvertrag mit dem Sultan von Sansibar über die ostafrikanische Küste, am 22. Oktober 1888 durch die Protektoratserklärung über die Küste von Witu, vom 29. April bis 14. Juni 1889 durch die deutsch-englisch-amerikanische Samoakonferenz in Berlin mit der Regelung der Samoadifferenzen und durch den Aufbau einer staatlich orientierten Kolonialpolitik an Stelle der bisherigen „Kompagniepolitik" mit Hilfe der Afrika-Gesellschaften und kaufmännischen Unternehmungen durch die Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes und den Aufbau der Schutztruppen. Er ordnete auch das Kolonialreich und die Kolonialpolitik bewußt und klar in die Gesamtpolitik des Vaterlandes ein und sah gelassen über die Redensarten von „Kolonialmüdigkeit", „Kolonialpessimismus" hinweg. Er war verantwortlich für sein Werk als Ganzes: Danach richtete er das Maß seiner Anwendung aus. Er hielt sich an das Notwendige und nach den Umständen, den weltpolitischen Zusammenhängen Erreichbare und sah immer nur den einen Kompaß: Deutschland! Für Deutschland war er eventuell auch bereit, die eine oder andere Kolonie wieder zu opfern, wenn es sein mußte. Als Joe Chamberlain im März 1889 Herbert Bis-

marck den Austausch Südwestafrikas gegen Helgoland anbot, war der Kanzler grundsätzlich nicht abgeneigt, weil er damals die Lage des Reichs für sehr ernst ansah und Englands Hilfe brauchte. Er verfolgte aber Chamberlains Anregung nicht weiter, um nicht anlehnungsbedürftig zu erscheinen, und gerade weil er England zur Erhaltung des Friedens brauchte. Der „Fall Helgoland" kam für ihn nur bei Abschluß eines Bündnisses mit England, das er als Krönung seines Bündnissystems, ja seiner außenpolitischen Lebensarbeit zur dauernden Friedenssicherung ansah, in Frage. Da das Bündnis nicht kam, unterließ er jeden weiteren Schritt in dieser Angelegenheit, den „der neue Kurs" des jungen Kaisers dann nach seinem Abschied ohne das Bündnis, also falsch tat, weswegen Bismarck Stellung dagegen nahm ...

Bismarck hat den Schritt von der Kontinental- in die Weltpolitik bewußt und willensfest, meist gegen den Widerstand des in Parteienge und Parlamentsegoismus befangenen Reichstags getan. Der Siebzigjährige war so kraftvoll, auch die neue Epoche zu beginnen, die neue Welt zu begründen. Nachdem er Preußen die Anerkennung und Gleichberechtigung als Großmacht zwischen 1850 und 1866 erkämpft, der deutschen Einheit das Reich, das Europa führte, errungen und gesichert hatte, erstritt er Deutschland das Kolonialreich und damit die Gleichberechtigung in der Welt: nicht als ein Imperialist, der für seine Eroberungen keine Grenzen sehen will, sondern als ein Staatsmann, der die deutsche Macht nutzte, um die deutsche Existenz immer fester zu verankern und sicherer zu verstärken. —

FÜNFZEHNTES KAPITEL

Die Innenpolitik: vom Kulturkampf zur sozialen Reform

(1871—1889)

Die Deutschen kämpften im 19. Jahrhundert um Einheit und Freiheit. Beide Forderungen waren in den Befreiungskriegen hervorgetreten und bestimmten seitdem die politische Wirklichkeit. Das Verlangen nach Einheit war durch Bismarcks Reichsbau vorerst erfüllt und beruhigt. Die Sehnsucht nach Freiheit führte sofort nach Errichtung des Kaiserreichs zu einem Kampf im Innern, der bewies, daß die Deutschen jetzt von allen nur denkbaren Vorstellungen und Weltanschauungen sich beeinflussen und führen ließen: die einen im demokratisch-westlerischen Sinne, im parlamentarischen Liberalismus mit allen Folgen des Freihandels und der Überschätzung des Individualismus; die andern im Festhalten an preußischen Überlieferungen; die dritten begehrten die Freiheit durch Erfüllung materialistischer Ansprüche und marxistischer Doktrinen, die vierten aber vermeinten sie allein in der Religion, in der Konfession, in der Kirche zu finden. Statt daß Bismarck nun nach seiner Heimkehr aus dem Kriege ein Volk vorfand, das sein politisches Schicksal wahrhaft erlebt hatte und sich zu ihm bekannte, begegnete ihm jetzt eine in Parteien und Anschauungsegoismen, Interessengruppen und Klassenvorstellungen aufgelöste Masse, die der äußeren Einheit keine innere Konformität zu unterbauen wußte. Nachdem der Kampf um die Reichseinheit abgeschlossen war und nur noch Wirkungen in der Auswärtigen Politik bis zur Erweiterung durch die Kolonien erzeugte, brach der Hader der Parteien im Innern, die deutsche Zwietracht, los. Bismarck hatte von Stund an den Bestand des Reichs gegen die parlamentarische Hemmungslosigkeit, gegen den Parteigeist zu erkämpfen und verzehrte damit oft seine besten Kräfte. Sein

Kampf bedeutete allerdings, wie wir heute sehen, jene große Klärung vor, die dem deutschen Volke durch das Schicksal des Weltkriegs und seiner Folgen sowie durch die Kraft seines Blutes in dem Genie des Führers zugetragen wurde: die Gewißheit, daß wir Deutschen nach unserer Natur politisch und weltanschaulich leben müssen, also nicht nach den Vorstellungen einer parlamentarischen Demokratie der westlerischen Völker oder nach dem Willen einer universalen Kirchenhierarchie, sondern ausschließlich nach unserm Gesetz in der Mitte Europas. Bismarck trug dieses Lebensgesetz in sich. Er handelte danach. Deswegen wurde seine Innenpolitik neben ihren vielen praktischen Taten zu einem gewaltigen Titanenkampf mit den Reichsfeinden in Kirche und Parlament, in Wirtschaft und sozialer Daseinsordnung.

Der Kampf brach zuerst mit der Kirche aus. Nicht durch Bismarcks Schuld. Nicht auf seine Veranlassung. Aber naturnotwendig, schicksalgeboren. Das Reich war ein evangelisches Kaisertum geworden. Die Gegensätze beider Bekenntnisse mußten sich in diese neue Regierungsordnung einfügen. Während für die evangelische Kirche Schwierigkeiten in dieser Richtung nicht vorlagen, glaubten die Katholiken jetzt die Stunde gekommen, den ewigen Streit „Kaisertum und Papsttum" wieder ausgraben zu müssen. Sie hatten einst im Preußischen Landtag unter Führung August Reichenspergers als „Katholische Fraktion" gegen die Kirchenpolitik des Kultusministers v. Raumer gestritten, sich in der „Neuen Ära" den Namen „Zentrum" für ihre Partei gewählt, waren dann aber im Verfassungskonflikt wieder auseinandergelaufen, da sie keine rechte Stellungnahme zu den politischen Fragen und Aufgaben jener Jahre finden konnten. Als der Norddeutsche Bund sich aber im Frühjahr 1870 so weit gefestigt hatte, daß manche politischen Kreise mit einer längeren Friedensdauer glaubten rechnen zu können, meinten die Katholiken, ihr Streben, die Interessen der Kirche nun wieder im Staat zur Macht bringen zu sollen; Peter Reichensperger rief im Juni 1870, also noch vor dem damals nirgends erwarteten Kriege, zur Bildung einer katholischen Partei, die den Namen Zentrum wieder annahm, auf. Bismarck begegnete ihren 58 ersten Abgeordneten im ersten Deutschen Reichstag am 21. März 1871! Er mußte sofort erkennen, daß diese Männer zusammen mit den 14 Polen, 7 Welfen, den Dänen und Partikularisten unter der Führung der beiden Reichensperger, des Westfalen

v. Mallinckrodt, des ehemaligen preußischen Bundestagsgesandten v. Savigny, des Bischofs Frhr. v. Ketteler und schließlich des einstigen hannoverschen Ministers und Welfen Windthorst nicht zu den Freunden des neuen Reichs gehörten, sondern die kleindeutsche Staatsbildung, den protestantischen Kaiser, die preußisch-konservative Staatsidee um kirchlicher, großdeutscher, föderalistischer und partikularistischer Vorstellungen und Interessen willen ablehnten.

Diese Opposition trat um so schärfer in Erscheinung, als zwei Ereignisse die Lage der katholischen Kirche grundlegend verändert hatten: die Lehre von der päpstlichen Unfehlbarkeit, die gerade am 18. Juli, dem Tage des französischen Kriegsbeschlusses, zum Dogma erhoben wurde, und die Beendigung des Kirchenstaates, d. h. der weltlichen Souveränität des Papstes durch den Einmarsch der italienischen Truppen in Rom. Bismarck hatte sich in beiden Fragen durchaus zurückgehalten. Wenn er auch „ein lebhaftes Interesse daran hatte, daß die Elemente des religiösen Lebens, verbunden mit geistiger Freiheit und wissenschaftlichem Streben, welche der katholischen Kirche in Rom eigentümlich sind, auch in Rom auf dem Konzil zur Geltung kommen", so hieß es doch für ihn „den Leviathan im Wasser angreifen", wenn man „den Kampf über katholisches Dogma auf dem römischen Terrain aufnehmen" wollte. „Lassen wir ihn aufs Trockene kommen", schrieb er Abeken, „d. h. auf den Boden der praktischen Durchführung des Dogmas innerhalb des preußischen Staatsrechts; da sind wir ihm überlegen." Er verbot deswegen dem preußischen Gesandten am Päpstlichen Stuhl, Harry von Arnim, jede Einflußnahme auf die Verhandlungen, deren Ergebnis er so lange als eine innerkirchliche Angelegenheit ansah, wie die Kirche nicht in den staatlichen Lebensbezirk eingriff. Deswegen überließ er die Regelung der sogenannten römischen Frage auch durchaus den italienischen Machthabern und half nur auf Bitten deutscher Katholiken zu einer friedfertigen Abreise des Papstes aus Rom, als nach dem italienischen Truppeneinmarsch in Rom am 20. September die Volksabstimmung vom 2. Oktober die Einverleibung des Kirchenstaates in das Königreich Italien am 9. Oktober herbeiführte. Er konnte auch das Verlangen des Posener Erzbischofs Ledochowski, der im November nach Versailles kam, wie der Adresse des Mainzer Bischofs von Ketteler vom 18. Februar um Intervention in

Italien zur Wiederherstellung des Kirchenstaates nur abweisen nach dem auch in der Thronrede vom 21. März 1871 im Reichstag verkündeten Regierungsgrundsatz der Nichteinmischung in die Angelegenheiten fremder Völker, den das Zentrum sofort scharf angriff. Bismarck trieb keine Politik auf der Basis der Konfession, sondern trennte das Reich der Konfession, der religiösen Seelen- und Jenseitssorge entschieden vom Reich der irdischen Diesseitsordnung, das der Politik gehörte, und stand von jeher und während seines ganzen Lebens auf dem Standpunkt, daß die Konfession und durch sie die Kirchen sich in die politischen Angelegenheiten des Staates nicht einzumischen hätten. Die Katholiken aber beanspruchten, auf alle staatlichen Maßnahmen Einfluß nehmen und alles staatliche, politische Leben nach den konfessionellen, nach den kirchlichen Interessen und Bestrebungen, Dogmen und Anschauungen ausrichten zu müssen. Bismarck ließ ein Verlangen des Bischofs von Ketteler, die Artikel der preußischen Verfassung über die Stellung der Kirche in die zukünftige Reichsverfassung aufzunehmen, unbeantwortet, weil Staat und Kirche für ihn bei aller Bejahung ihres schiedlich-friedlichen Zusammenlebens getrennte Aufgaben und getrennte Bereiche hatten.

Der schon von jeher vorhandene Gegensatz Staat und Kirche oder, wie die Geschichte des Mittelalters zeigt, Papsttum und Kaisertum, den Bismarck ebensosehr in seiner Frankfurter Gesandtentätigkeit wie als preußischer Ministerpräsident zu beobachten genug Gelegenheiten hatte, mußte im Augenblick des Unfehlbarkeitsdogmas zu einem prinzipiellen Kampfe führen, weil dieses Dogma unbedingt den Anspruch des Papstes auf Herrschgewalt, zum mindesten Bestimmungs- und Führungsmacht über den Kaiser oder mit anderen Worten den Vorrang der Kirche vor dem Staate in sich schloß, wenn es auch nur „in Glaubenssachen" Geltung haben sollte. Das neue Zentrum zeigte denn auch zusammen mit der am 1. Januar 1871 begründeten „Germania" sofort seine Einstellung: Bismarck nannte sie „die Mobilmachung gegen den Staat". Wenn der Staat dieser „Mobilmachung", die sofort im ersten Reichstag und Preußischen Landtag nach Kriegsschluß sichtbar wurde, mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln entgegentrat, war dies ebensosehr sein gutes Recht, wie das Gebot der Selbsterhaltung, vor allem aber seine Pflicht für die Aufrechterhaltung einer gesunden Volkseinheit und Volksexistenz. Er

konnte nicht dulden, daß eine Partei „auf der Basis der Konfession“ eine staats-, ja deutschfeindliche Politik trieb, indem sie nicht nur die Welfen, alle großdeutschen Bestrebungen, jeden Partikularisten unterstützte, sondern vor allem auch die Polen und sogar die Polonisierung von Deutschen förderte! Der Katholizismus aber nahm sich z. B. der geistlichen Schulaufsicht derart an, daß geistliche Schulinspektoren eingesetzt wurden, die nicht einmal deutsch konnten, aber sehr kirchlich waren, daß jene „Altkatholiken“ um den Münchener Stiftspropst Döllinger, die das Unfehlbarkeitsdogma nicht anerkannten, aus Pfarr- und Lehrerstellen sowie aus den Kirchen vertrieben wurden. Bismarck konnte diesen auf Staatskosten ausgesprochenen Zwist der Katholiken und diese katholische Staats- und Deutschfeindlichkeit um so weniger dulden, als er Rückwirkungen auf die auswärtige Politik, die Bildung eines sogenannten Kaunitzschen Bundes von Rußland, Österreich, Frankreich befürchten mußte; er konnte diese Gefahren nur durch eine klare Polenabwehr und durch Zurückweisung der Kirchen-eingriffe in die Rechte und Organisation des Staates beschwören. Er mußte also den Kampf gegen die überheblichen Ansprüche des Katholizismus, insbesondere des Zentrums und der Kirche aus politischen, aus nationalen Gründen aufnehmen; jenen Kampf, den der Liberale Virchow „Kulturkampf“ genannt hat, obwohl er gar kein Kampf um die Kultur, sondern für die Staatsmacht gegenüber irrigen Ansprüchen der Kirche und ihrer Partei war. Durch die Bezeichnung „Kulturkampf“ wurde das ganze Ringen sehr zum Nachteil Bismarcks und seiner klaren politischen Linie ins Weltanschauliche verschoben und jener katholischen Legende Vorschub geleiset, Bismarck hätte als Protestant die katholische Konfession als solche schädigen, die deutsche katholische Kirche von Rom trennen und innerhalb Deutschlands selbständig machen wollen. Nichts lag Bismarck ferner: sein Ziel in diesem Kampfe war ausschließlich, dem Staate sein Recht zu verschaffen, wie er am 10. März 1873 im Herrenhaus ausführte: „Die Frage, in der wir uns befinden, wird meines Erachtens gefälscht, und das Licht, in dem wir sie betrachten, ist ein falsches, wenn man sie als eine konfessionelle, kirchliche betrachtet. Es ist wesentlich eine politische; es handelt sich nicht um den Kampf, wie unseren katholischen Mitbürgern eingeredet wird, einer evangelischen Dynastie gegen die katholische Kirche, es handelt sich nicht um den Kampf

zwischen Glauben und Unglauben, es handelt sich um den uralten Machtstreit, der so alt ist wie das Menschengeschlecht, um den Machtstreit zwischen Königtum und Priestertum, den Machtstreit, der viel älter ist, als die Erscheinung unseres Erlösers in dieser Welt, den Machtstreit, in dem Agamemnon in Aulis mit seinen Sehern lag, der ihm dort die Tochter kostete und die Griechen am Auslaufen verhinderte, den Machtstreit, der die deutsche Geschichte des Mittelalters bis zur Zersetzung des Deutschen Reiches erfüllt hat unter dem Namen der Kämpfe der Päpste mit den Kaisern, der im Mittelalter seinen Abschluß damit fand, daß der letzte Vertreter des erlauchten schwäbischen Kaiserstammes unter dem Beile eines französischen Eroberers auf dem Schafott starb, und daß dieser französische Eroberer im Bündnis mit dem damaligen Papste stand. Es ist meines Erachtens eine Fälschung der Politik und der Geschichte, wenn man Seine Heiligkeit den Papst ganz ausschließlich als den Hohenpriester einer Konfession oder die katholische Kirche als Vertreter des Kirchentums überhaupt betrachtet. Das Papsttum ist eine politische Macht jederzeit gewesen, die mit der größten Entschiedenheit und dem größten Erfolge in die Verhältnisse dieser Welt eingegriffen hat, die diese Eingriffe erstrebt und zu ihrem Programm gemacht hat. Die Programme sind bekannt. Das Ziel, welches der päpstlichen Gewalt, wie den Franzosen die Rheingrenze, ununterbrochen vorschwebte, das Programm, das zur Zeit der mittelalterlichen Kaiser seiner Verwirklichung nahe war, ist die Unterwerfung der weltlichen Gewalt unter die geistliche, ein eminent politischer Zweck, ein Streben, welches ebenso alt ist wie die Menschheit, denn so lange hat es auch bestanden, seit es kluge Leute, seit es wirkliche Priester gegeben, die die Behauptung aufstellten, daß ihnen der Wille Gottes genauer bekannt sei, als ihren Mitmenschen, und daß sie auf Grund dieser Behauptung das Recht hätten, ihre Mitmenschen zu beherrschen; und daß dieser Satz das Fundament der päpstlichen Ansprüche auf Herrschaft ist, ist bekannt. Der Kampf des Priestertums mit dem Königtum, der Kampf in diesem Falle des Papstes mit dem deutschen Kaiser, wie wir ihn schon im Mittelalter gesehen haben, ist zu beurteilen wie jeder andere Kampf: er hat seine Bündnisse, er hat seine Friedensschlüsse, er hat seine Haltepunkte, er hat seine Waffenstillstände. Es hat friedliche Päpste gegeben, es hat kämpfende und erobernde gegeben; es hat ja sogar einen

friedlichen König von Frankreich gegeben, wenn auch Ludwig XVI. in die Lage gekommen ist, Kriege zu führen; also selbst bei unseren französischen Nachbarn fanden sich Monarchen, die weniger Vorliebe für den Krieg, mehr Vorliebe für den Frieden hatten. Es ist auch in den Kämpfen der päpstlichen Macht nicht immer der Fall gewesen, daß gerade katholische Mächte die Bundesgenossen ausschließlich des Papstes gewesen wären; auch haben die Priester nicht immer auf seiten des Papstes gestanden. Wir haben Kardinäle als Minister von Großmächten gehabt zu einer Zeit, wo diese Großmächte eine stark antipäpstliche Politik bis zur Gewalttat durchführten. Wir haben Bischöfe gegen päpstliche Interessen in dem Heerbann der deutschen Kaiser gefunden. Also dieser Machtstreit unterliegt denselben Bedingungen, wie jeder andere politische Kampf, und es ist eine Verschiebung der Frage, die auf den Eindruck auf urteilslose Leute berechnet ist, wenn man sie darstellt, als ob es sich um Bedrückung der Kirche handelte. Es handelt sich um Verteidigung des Staates, es handelt sich um die Abgrenzung, wie weit die Priesterherrschaft und wie weit die Königsherrschaft gehen soll, und diese Abgrenzung muß so gefunden werden, daß der Staat seinerseits dabei bestehen kann. Denn in dem Reiche dieser Welt hat er das Regiment und den Vortritt."

Als Bismarck diese ewig gültigen Sätze sprach, deren politische Bedeutung uns durch den Weltkrieg und im Dritten Reich wieder unmittelbare Wahrheit und Wirklichkeit wurde, war der von beiden Seiten, vor allem aber vom Zentrum mit großer Leidenschaft geführte Kampf schon auf seinem ersten Höhepunkt angelangt. Das Zentrum hatte von Anfang an eine aggressive Haltung eingenommen; „die katholische Kirche ist in Gefahr", war seine Wahlparole gewesen; die Intervention in Italien, seine Forderung in Versailles, die Befreiung der Kirche von jeder irgendwie gearteten Staatsaufsicht, sein (abgelehntes) Verlangen an den ersten Reichstag. Bismarck hatte durch den preußischen Geschäftsträger beim Vatikan, den Grafen Tauffkirchen, warnen lassen, der Kardinalstaatssekretär Antonelli hatte die Haltung des Zentrums als taktlos und unzeitgemäß „mißbilligt und beklagt", dann freilich auf Einwirkung des Mainzer Bischofs von Ketteler einen Rückzieher gemacht, so daß Bismarck erkennen mußte, daß „das Gebaren des Zentrums eine Gefahr für die Kirche und den Papst" ist. „Diese aggressive Tendenz der die Kirche beherrschenden Partei", schrieb

er am 30. Juni 1871 an Graf Tauffkirchen, „nötigt uns zur Abwehr, in welcher wir unsere eigene Verteidigung suchen, die wir aber mit allem Ernste durchführen müssen. Kann man sich in dem Vatikan entschließen, mit der regierungsfeindlichen Partei zu brechen, und ihre Angriffe auf uns zu verhindern, so wird uns das nur erwünscht sein. Kann oder will man das nicht, so lehnen wir die Verantwortung für die Folgen ab.“ Papst Pius IX. war aber nicht der Mann, der von seinen absolutistischen Neigungen lassen mochte, und hielt weiterhin zum Zentrum. Der Streit zwischen kirchlicher und staatlicher Autorität, der mit einer Beschwerde der Bonner Theologieprofessoren an den Kultusminister über den die Anerkennung des Unfehlbarkeitsdogmas von ihnen verlangenden Kölner Erzbischof und der Amtsenthebung des Braunsberger Religionslehrers Dr. Wollmann durch den Bischof und seine Wiedereinsetzung durch den Kultusminister begonnen hatte, führte im Jahre 1871 und 1872 zu einer Reihe von Verwaltungsmaßnahmen und Gesetzen, die dem offenen Kampf voraufgingen. Bismarck hob, was er schon seit vier Jahren gewollt hatte, die katholische Abteilung des Kultusministeriums am 8. Juli 1871 auf, weil ihr Leiter, der ehemalige Radziwill-Beamte Dr. Krätzig, die oberschlesischen und ostmärkischen Volksschulen in geradezu staatsfeindlicher Weise der Polonisierung durch die polnische Geistlichkeit ausgeliefert und nur die Interessen der Kirche vertreten hatte. Im November wurde dann vom Reichstag dem § 130 des Strafgesetzbuchs der sogenannte Kanzelparagraph — Mißbrauch der Kanzel zu politischen Zwecken —, der 1876 noch verschärft wurde, zugefügt. Und im Dezember kam das Schulaufsichtsgesetz zur Vorlage und unterstellte alle öffentlichen und Privatunterrichts- und Erziehungsanstalten nur vom Staat ernannten Beamten und Behörden, Lokal- und Kreisschulinspektoren. Die Konservative Partei verriet bei diesem Gesetz, dessen Segen sich seitdem einwandfrei herausgestellt hat, den genialsten Mann, der aus ihren Reihen hervorgegangen war, und verwundete Bismarck aufs tiefste; sie zwang ihn, sich nun wieder stärker an die Liberalen anzuschließen, die in dem Gesetz nicht, wie die Konservativen und der Evangelische Oberkirchenrat, eine Machteinbuße konfessioneller Kreise sahen. Da der konservative, seit 1862 amtierende Kultusminister Heinrich von Mühler ebenfalls das Gesetz ablehnte, mußte er im Januar 1872 dem liberal eingestellten Geheimen Oberjustizrat Dr. Adalbert Falk

weichen. Falk erhielt auf seine Frage: „Was erwartet man von mir?" damals von Bismarck die Antwort: „Das Recht des Staates der Kirche gegenüber wiederherzustellen, und zwar mit möglichst wenig Geräusch."

An der Erfüllung dieser Forderung hatte freilich das Zentrum ebensowenig Interesse wie die katholische Kirche. Sie begleiteten jede Maßnahme Bismarcks bzw. Dr. Falks mit dem größten agitatorischen Lärm und steigerten den Kampf zu höchster Leidenschaftlichkeit. Bismarck sagte der katholischen Fraktion im Preußischen Abgeordnetenhaus am 30. Januar 1872 deutlich seine Meinung: sie sammle und stärke alle antinationalen Elemente, ohne daß er das Dogma als solches angriff. Ja, er suchte im April nochmals Verständigung mit der Kurie nach, indem er Kardinal Hohenlohe zum Botschafter beim Vatikan ernannte; Pius IX. aber lehnte das Agrément ab und verletzte den Kaiser wie Bismarck schwer, der in seiner Antwort auf diese Kränkung am 14. Mai 1872 im Reichstag erklärte: „Nach Canossa gehen wir nicht — weder körperlich, noch geistig!" Er ging nun gegen den Orden der Gesellschaft Jesu vor, und zwar auf einen national-liberal-konservativ-freikonservativen Initiativantrag hin, bei dem der katholische Fürst Chlodwig Hohenlohe-Schillingsfürst eine der treibenden Kräfte war. Das am 19. Juni vom Reichstag angenommene Gesetz verbot den Orden der Gesellschaft Jesu und die ihm verwandten Orden und ordensähnlichen Kongregationen mit seinen Niederlassungen, die binnen sechs Monaten aufzulösen waren, im Gebiet des Reichs, wies die ausländischen Angehörigen des Ordens aus, die inländischen in bestimmte Aufenthaltsräume. Der Papst antwortete darauf am 24. Juni mit einer Kundgebung beim Empfang des deutschen Lesevereins, indem er von einer „von weitem vorbereiteten, jetzt ausgebrochenen Verfolgung" sprach, an deren Spitze sich „der erste Minister einer mächtigen Macht" „nach einem siegreichen Erfolg im Feld" gestellt habe, und erhob in seiner Weihnachtsansprache vom 22. Dezember so scharfe Anschuldigungen gegen die preußische Staatsregierung, daß der Geschäftsträger Preußens beim Vatikan abberufen wurde.

Die Thronrede, die am 12. November 1872 den Preußischen Landtag eröffnete, kündigte zu dieser Zeit Gesetzesvorlagen an, die „die Beziehungen der Religionsgesellschaften zum Staate nach verschiedenen Richtungen klarzustellen" hätten: die nach ihrem

Publikationstermin benannten Maigesetze, die die Grenze zwischen Staat und Kirche neu festlegten, nachdem die Artikel 15 und 18 der preußischen Verfassung geändert waren und nun „die Kirchen den Staatsgesetzen und der gesetzlich geordneten Aufsicht des Staates“ unterstellten bzw. „die Befugnisse des Staates hinsichtlich der Vorbildung, Anstellung und Entlassung der Geistlichen und die Grenzen der kirchlichen Disziplinargewalt“ dem Gesetz zur Regelung überwiesen wurden. Die vier Maigesetze regelten einmal — zum Segen der Kirche, wie Kardinal Kopp immer wieder anerkannte — die Besetzung der geistlichen Ämter nur durch Deutsche, die wissenschaftliche Vorbildung der Kleriker, verboten die Errichtung neuer Knabenseminare, verpflichteten die Kirche zur Anzeige bei der Anstellung der Geistlichen und stellten das Einspruchsrecht des Staates dabei fest, übertrugen nur deutschen kirchlichen Behörden die Disziplinargewalt über die Kirchendiener mit Errichtung des königlichen Gerichtshofs für kirchliche Angelegenheiten, der auch Bischöfe aus dem Amte entlassen konnte, bestimmten die Grenzen des Rechts der Kirche zum Gebrauch kirchlicher Straf- und Zuchtmittel, wodurch sie also tief in das innerste Leben der Kirche bezüglich Erteilung der Absolution, Spenden der Sakramente, excommunicatio major oder minor eingriffen, und setzten das Verfahren für die Austrittserklärung aus der Kirche vor dem Richter des Wohnortes fest. Diese Maigesetze galten nicht nur der katholischen, sondern auch der evangelischen Kirche, deren Oberkirchenrat ernste Vorstellungen an den Landtag erhob. Der Staat ging aber gegenüber der katholischen Kirche noch weiter: am 25. April 1874 mit dem Expatriierungsgesetz, durch das amtsentsetzte Geistliche bei weiterer Amtsanmaßung oder Zuwiderhandlung landesverwiesen und ausgebürgert werden konnten; am 22. April 1875 mit dem sogenannten „Sperr- oder Brotkorbgesetz“, das die finanziellen Leistungen des Staates an die katholische Kirche überall da einstellte, wo Bischof und Geistliche die Anerkennung der staatlichen Gesetze verweigerten; am 31. Mai 1875 mit dem „Klostergesetz“, das alle Ordensniederlassungen mit Ausnahme der ausschließlich der Krankenpflege gewidmeten auflöste; ferner mit den Gesetzen über die Verwaltung erledigter katholischer Bistümer und über die Vermögensverwaltung in den katholischen Kirchengemeinden, an denen die Kirche allerdings, „um Schlimmeres zu verhüten“, mitarbeitete. Dagegen wandte sie sich wütend

gegen die Einführung der obligatorischen Zivilehe, die, am 17. Dezember 1873 vom Preußischen Landtag angenommen, am 9. März 1874 in Preußen, am 6. Februar 1875 im ganzen Reich in Kraft trat. Der Papst beschwerte sich zuerst in einem verletzenden Schreiben am 7. August 1873 beim Kaiser, der die anmaßende Behauptung, „daß jeder, der die Taufe empfangen hat, dem Papste angehört", würdig zurückwies; der evangelische Glaube, zu dem er sich wie seine Vorfahren und die Mehrheit seiner Untertanen bekenne, gestatte nicht, „in dem Verhältnis zu Gott einen andern Vermittler, als unsern Herrn Jesum Christum anzuerkennen". Durch Enzyklika vom 5. Februar 1875 erklärte der Papst dann alle Kulturkampfgesetze für null und nichtig; die Veröffentlichung dieser Enzyklika wurde verboten, aber durch Verlesung im Abgeordnetenhaus straffrei herbeigeführt. Die Gesetze hatten natürlich die schärfste Erregung unter den katholischen Deutschen geweckt, zumal alle Geistlichen und Bischöfe dagegen protestierten und den Ungehorsam gegen ihre Gebote für eine Gewissenspflicht jedes echten Kirchenanhängers erklärten. Es verwaisten in der Zeit des Kulturkampfes bis Ende 1880 1103 Pfarreien mit 2 085 000 Seelen von insgesamt 4000 Pfarreien, in mehr als 400 Pfarrstellen fand kein Gottesdienst mehr statt, die meisten Bischofsstühle, wie Posen-Gnesen, Köln, Paderborn, Münster, Trier, Breslau, Limburg usw., teilweise mit Verhaftung der Würdenträger, wurden verwaist, nur Ermland, Kulm, Hildesheim, Fulda und Osnabrück behielten ihre Bischöfe; zahlreiche Geistliche wurden aus ihrer Heimat oder aus Deutschland ausgewiesen. Papst, Episkopat und Zentrum luden sich durch ihren Widerstand gegen die Staatsgesetze die Schuld an einer tiefen Verwundung der katholischen Bevölkerung und des katholischen Kirchenlebens auf.

Fürst Bismarck hat diesen Kampf mit der Kirche von politischen Gesichtspunkten aus geführt, um des Staates, um der politischen Freiheit des Volkes, um der Selbständigkeit der deutschen Existenz willen. Nicht als Kultusminister! Er überließ die juristische Formulierung dem Geheimen Oberjustizrat Dr. Falk, dem Kultusminister der Kulturkampfzeit. Er mußte freilich dabei erleben, „daß die juristischen Einzelheiten psychologisch nicht richtig ergriffen waren". Er dachte nicht im entferntesten daran, in der Kirche einen Gegner aller Kultur und allen Fortschritts, wie der Liberalismus, zu sehen, sondern wünschte die Kirche auf ihren

Wirkungskreis zu verweisen, wie den Staat auf die ihm zustehende Wirklichkeit. Der Kampf war auch hier für ihn Mittel zum Zweck, ein anderes Mittel der Politik, wie der Krieg die Fortsetzung der Politik des Friedens mit anderen Mitteln ist. Das Ziel war schließlich der Modus vivendi von Staat und Kirche! In der Öffentlichkeit wurde freilich, dank der Zentrumsagitation und der konfessionellen Propaganda in allen kirchlichen, also auch den evangelischen und konservativen Kreisen, Bismarck als der allein Schuldige am „Kulturkampf" hingestellt und angesehen. Die durch die allgemeine, auch von den Liberalen geförderte Hetze hervorgerufene Erregung führte am 13. Juli 1874 zu einem Mordanschlag auf Bismarck: der katholische Böttchergeselle Kullmann schoß aus nächster Nähe auf den spazierenfahrenden Kanzler in Kissingen und verwundete ihn am Knöchel des linken Handgelenks. Bismarck fragte den Attentäter in seinem Gefängnis, warum er ihn hätte umbringen wollen, wenn er ihn nicht gekannt hätte? Darauf hat er nur geantwortet: „Wegen der Kirchengesetze in Deutschland." „Ich habe ihn weiter gefragt", erklärte Bismarck am 4. Dezember 1874 im Reichstag, „ob er denn glaube, damit diese Sache zu verbessern. Darauf hat er gesagt: ‚Bei uns ist die Sache schon so schlimm — es kann nicht schlimmer werden'. Ich habe mich überzeugt gehalten, daß er diese Redensart irgendwo in Vereinen aufgeschnappt hatte. Und dann hat er noch gesagt: ‚Sie haben meine Fraktion beleidigt!' Ich sagte: ‚Welches ist denn Ihre Fraktion?' Darauf hat er mir vor Zeugen gesagt: ‚Die Zentrumsfraktion im Reichstage'. Ja, meine Herren (zum Zentrum hin), verstoßen Sie diesen Mann, wie Sie wollen! Er hängt sich doch an Ihre Rockschöße!" Auf diese Erklärung Bismarcks über Kullmann, das Mitglied eines katholischen Gesellenvereins, der ausdrücklich für seine Tat aus Magdeburg-Neustadt nach Kissingen gereist war, hatte der Zentrumsabgeordnete Graf Ballestrem, der spätere Vizepräsident des Reichstags, schamloserweise ein „Pfui!" gerufen. Bismarck antwortete ruhig darauf: „Pfui ist ein Ausdruck des Ekels und der Verachtung. Meine Herren, glauben Sie nicht, daß mir diese Gefühle fernliegen; ich bin nur zu höflich, um sie auszusprechen."

Bismarck ließ sich durch diese niedrige Handlungsweise des Zentrums nicht beirren. Sein Ziel blieb die Regelung der Grenze zwischen der geistlichen und weltlichen Macht um des inneren Friedens willen in einem starken Staate in konfessioneller Einig-

keit. Er hoffte, daß „doch auch wieder einmal demnächst die Reihe an einen friedliebenden Papst kommen wird, der nicht lediglich das Produkt der Wahl des italienischen Klerus zur italienischen Weltherrschaft erheben will, sondern der bereit ist, auch andere Leute leben zu lassen nach ihrer Art, und mit dem sich Frieden schließen lassen wird". Dieser Papst kam mit Leo XIII., der auf den 32 Jahre lang regierenden, am 7. Februar 1878 sterbenden Pius IX. am 20. Februar folgte. Er sandte am Tage seiner Thronbesteigung einen Friedensbrief an den Kaiser: die Katholiken des Reichs würden nicht verfehlen, sich nach der Vorschrift ihres Glaubens treu gegen den Kaiser zu zeigen. Er tat dann freilich nicht den ersten entgegenkommenden Schritt, doch brachte das Nobilingsche Attentat auf den alten Kaiser am 2. Juni 1878 mit des Papstes herzlicher Teilnahme und des Kronprinzen versöhnlicher Antwort die Stimmung herbei, die die Friedensverhandlungen eröffnete. Neun Jahre dauerten sie. Fürst Bismarck mußte sie ohne jede Hilfe von irgendeiner Partei, ja sogar im Widerstreben des Kaisers durchführen: er siegte schließlich, weil er stets die Gesamtsituation übersah und einschaltete, weil er unablenkbar den einen geraden Weg ging, dem Staate zu geben, was des Staates, der Kirche, was der Kirche ist. Nachdem er mit dem Nuntius Masella das Terrain im Juli 1878 sondiert und Kultusminister Falks Rücktritt ein Jahr darauf genehmigt, den neuen Kultusminister v. Puttkamer aus den konservativen Reihen geholt und das Zentrum bei der Wandlung vom Freihandel zum Schutzzoll zur politischen Zusammenarbeit erhalten hatte, kamen die Verhandlungen über den Wiener Nuntius Jacobini und den Wiener Botschafter Prinz Reus VII. in Gang. Leo XIII. förderte sie am 24. Februar 1880 durch die Konzession der Anzeigepflicht freilich vorerst nur ad hoc. Die Kurie war längst noch nicht so weit, wirkliche Konzessionen zu machen. Um den Frieden zu beschleunigen, aber auch die deutschen Katholiken vertrauensvoller zu stimmen, wurden 1880, 1882 und 1883 drei Milderungsgesetze erlassen, die das kirchliche Leben in den meisten verwaisten Pfarreien wieder in Gang setzten und auch Trier, Gnesen, Breslau, Münster, Paderborn nach Einigung mit dem Papst wieder Bischöfe zurückgaben. Als der Papst sich über diese Milderungsgesetze verstimmt zeigte, weil sie ohne vorherige Verhandlungen mit der Kurie erlassen wurden, schickte Bismarck — im kühnen Schachzug — den deutschen Kronprinzen im De-

zember 1883 nach Rom und trug dem Papst, der den höchsten Wert auf Anerkennung seiner Eigenschaft als Souverän legte, das Schiedsrichteramt im Karolinenstreit mit Spanien an: nun war das Eis gebrochen. „Der Fürst Bismarck und ich regieren die Welt", sagte der Papst erfreut, als er von Bismarck brieflich „Sire", mit der Anrede der Souveräne, angeredet worden war, zu Lenbach, der ihm ein Bismarckbild malen mußte; er hoffte sogar, Bismarck würde ihm wieder zum Kirchenstaat verhelfen, worauf der Kanzler nur ausweichend sagen konnte: Il faut attendre. Das erste wirkliche Friedensgesetz im Frühjahr 1886 stellte die bischöfliche Jurisdiktion her, schränkte die Bestimmungen über die geistliche Vorbildung nach den Beschwerden der Kirche ein, eröffnete die Priesterseminare wieder und gestattete das Lesen stiller Messen und die Erteilung der Sterbesakramente aufs neue. Der Bischof von Fulda, Georg Kopp, wurde ins Herrenhaus berufen und half treulich. Ebenso der Fürst von Hatzfeldt-Trachenberg, so daß Bismarck die Maigesetze weiter abbauen konnte, ohne die Anzeigepflicht der Kirche und das Einspruchsrecht des Staates preisgeben zu müssen, die Leo XIII. anerkannte. Leo XIII. rief das Zentrum auch zur Ordnung, als es 1887 das Septenat, die Siebenjahresvorlage für das Heer, nicht bewilligen wollte. Bismarck setzte gegen Widerstände bei seinen Kollegen das zweite Friedensgesetz mit der Zulassung der Orden für die Aushilfe in der Seelsorge, der Übung der christlichen Nächstenliebe und der weiblichen Erziehung durch, indem er sein Verbleiben im Amte von der Annahme durch das Parlament abhängig machte; er schaltete den immer noch widerstrebenden Zentrumsführer Windthorst dabei aus, indem er den außerordentlichen päpstlichen Gesandten Luigi Galimberti zum neunzigsten Geburtstag des Kaisers nach Berlin einlud und die Anweisung des Papstes für die Abstimmung des Zentrums mitbringen ließ. So kam der Friede sehr zum Leidwesen des Zentrums, aber auch protestantischer Kirchenkreise im März 1887 zustande. Bismarck hatte keinen Gang nach Canossa angetreten, wie die Liberalen tentenziös behaupteten, sondern nur die Übertreibungen der Mai- und sonstigen Kampfgesetze in kluger Realpolitik und sinnvoller Mäßigung abgebaut. Er hatte dem Staat das wichtige Schulaufsichtsgesetz, die Aufhebung der Artikel 15, 16, 18 der preußischen Verfassung, die entscheidenden Bestimmungen über die geistliche Vorbildung, die Verwaltungsgesetze der katholischen

Kirchengemeindevermögen und erledigten Bistümer, die obligatorische Zivilehe, das Kirchenaustrittsgesetz, das erst 1890 zur Aufhebung kommende Expatriierungsgesetz und die kirchliche Anzeigepflicht neben dem staatlichen Einspruchsrecht gewonnen und nur auf innerkirchliche Gesetze, wie über die kirchliche Disziplinargewalt, die kirchlichen Straf- und Zuchtmittel, das Sperrgesetz über Kirchengelder und das Ordensgesetz mit Einschränkung verzichtet. Das Verhältnis von Staat und Kirche war in der Tat grundlegend neugeordnet worden, man denke nur an die von der Aufsicht durch die Geistlichen befreite Entwicklung der Schule oder an die Bewegungsfreiheit der Bevölkerung in den Ehefragen! Bismarck ist, überschaut man das ewige Ringen von Kirchen- und Staatsmacht, zuletzt der Schrittmacher der großen Gesamtentwicklung gewesen, die auch die kirchentreuesten Geister dahinführt, einzusehen, daß das Reich der Kirche nicht von dieser Welt ist und deswegen dem Staate die Macht auf dieser Erde überläßt. Der Friede aber, den Bismarck mit dem Papsttum abgeschlossen hatte, währte mehr als ein Menschenalter. Er gehört wie der ganze Kulturkampf zu Bismarcks fruchtbarsten und großartigsten politischen Taten. Er ging erst verloren, als die Kirche dem deutschen Volke nicht gestatten wollte, sich in seinem Staate ganz nach seiner Natur einzurichten. Er wird auch hier wieder erscheinen, wenn Bismarckscher Geist die Kirche wie den Staat durchwaltet.

* * *

Das parlamentarische System und die parlamentarische Regierungsweise gehörten nicht zum Bismarckschen Geiste. Seine Natur hatte 1848, als die Revolution den Parlamentarismus auf den Thron setzen wollte, ganz elementar reagiert: aus ihrem nordisch-fälischen Blut heraus bekannte sie sich damals unbedenklich zum Führer- und Autoritätsgrundsatz, der sich in der dynastischen, ja absolutistischen Monarchie manifestierte. Die Realpolitik hatte Bismarck dann dahin geführt, sich nach jahrelangen Kämpfen besonders in der Konfliktzeit zur konstitutionellen Monarchie nicht zu bekehren, sondern um der Praxis willen auszurichten, weil nach Lage der Verhältnisse sein großes Ziel: die deutsche Einheit, nun einmal nicht anders zu erreichen war, denn für dies Ziel

benötigte er auch die süddeutschen Staaten, in denen die demokratisch-parlamentarischen Vorstellungen zum Teil noch weiter entwickelt waren als in Preußen; er konnte aber nicht erwarten, die Einheit zu schaffen, wenn er vor 1866 den Versuch gemacht hätte, Preußen allein nach dem Führer- und Autoritätenprinzip zu regieren. Er mußte also ein Kompromiß mit dem Liberalismus seiner Zeit schließen und baute mit Hilfe dieses Kompromisses, oft gegen den Widerstand des sich im konservativen Lager dem Autoritätsprinzip unterordnenden Nationalismus, das Reich auf.

Als das Reich geschaffen und nun nach innen und außen zu festigen war, meldete sich jener Kompromiß wieder mit unbezähmbarem Egoismus. Bismarck mußte fortan mit dem Parlamentarismus regieren und erfuhr seine furchtbarsten Schattenseiten, gerade weil er kein Anhänger des Parlamentarismus war, weil er sich hoch über alle Parteien und Fraktionen, allen Parteigeist und Parteihader, jede Fraktionspolitik und Fraktionsklüngelei erhob. Er kämpfte ausschließlich für das Reich als die staatliche Organisation des Volkes, für keine Theorie, noch Doktrin, für keine Ideologie, noch Programmatik. Er war der Mann der Wirklichkeit, der politischen Praxis, der Realpolitik, und schritt seinen Zeitgenossen weit voraus. Er hatte den Parlamentarismus längst überwunden, hinter sich gelassen und in seiner ganzen Unfruchtbarkeit erkannt. Und doch mußte er ständig mit ihm arbeiten, mit ihm rechnen, mit ihm ringen! Die einzige Möglichkeit, diesen zuletzt zersetzenden, das Reich zerstörenden und zu jeder großen sozialen wie politischen Tat unfähigen Parlamentarismus positiv zu überwinden, war Bismarck nicht mehr gegeben, weil er weder Zeit, noch Kraft dazu hatte, eine Partei über allen Parteien zu bilden. Wir haben erlebt, wie diese Aufgaben die Kräfte eines Genies fast anderthalb Jahrzehnte vollauf beanspruchten, bevor der Schöpfer der Partei über allen Parteien, der großen politischen Einheitsorganisation des Volkes, die reale Führung des Staates in seine Hand nehmen konnte. Bismarck aber erhielt die Staatsführung, bevor das Schicksal ihm Zeit und Möglichkeit ließ, die Partei zu schaffen; er hatte wohl einen kurzen Anfang dazu gemacht, damals, als er 1848 und 1849 daranging, die Konservative Partei mitzugründen und mitzuentwickeln, aber er hatte diesen kurzen Anfang nicht fortentwickelt, weil das Führungs- und Autoritätsprinzip in der Monarchie noch staatliche Wirklichkeit war und er

unmittelbar zur Mitführung berufen wurde. Da schied er aus dem Kampf um die Partei über allen Parteien, um die Parteien, aus und wurde Autorität, Führer seines Volkes, das als eine Hauptsehnsucht seines politischen Lebens ansah, sich durch Parteien „konstitutionell", wie man damals sagte, parlamentarisch zu regieren. Selbst die Konservativen teilten ja diese Sehnsucht, denn auch sie benahmen sich Bismarck gegenüber, den sie irrigerweise für ihren Fraktionsgenossen hielten, nur parteimäßig; sie machten niemals einen Versuch, die Partei über den Parteien zu werden und Deutschland nach seiner politischen Artung durch das Führerprinzip zu regieren. Der Führer war da: Bismarck: aber ihm fehlte die innerpolitische Organisation der Gefolgschaft.

Zwei Prinzipien traten sich nun im neuen Reich gegenüber: das seiner Zeit weit vorausschreitende, darum nicht erkannte, nicht erlebte Führertum Bismarcks und der die Gefolgschaft noch auflösende, eigensüchtige Parlamentarismus. Die Folge dieser Gegenüberstellung konnte nur ein unaufhörliches Ringen dieser beiden Mächte miteinander sein. Der Führer Bismarck mußte sich ständig im Streite mit dem Parlamentarismus durchsetzen. In diesem Streite zerrieb er sich oft bis zur Verzweiflung, bis zur todmüden Ausnutzung seines seelischen und körperlichen Lebens. In diesem Streite offenbarte er aber auch seine erhabene Größe, denn was immer er an politischen Aufgaben anpackte, mochte es sich um Außenfragen oder Kirchenansprüche, um Wirtschafts- oder Sozial-, Finanz- oder Arbeitergesetzgebung handeln, immer bewies er, daß er allein der Nation auf dem richtigen Wege voranging und daß die Nation nur in ihren Verfall geriet, wenn sie seinen Zielsetzungen und Wegweisungen entgegenhandelte. Er hatte das Ziel und das Maß. Die Tragik seines Lebens war nur, daß er zum Schaden Deutschlands nicht die volle Macht hatte, um seine Zielsetzung nach seinem Willen zu verwirklichen, sondern daß er die Macht mit der Dynastie — am wenigsten fühlbar mit Kaiser Wilhelm I., bereits aber nervenanspannend mit Kaiser Friedrich und schließlich reichszerstörend mit Wilhelm II. — und außerdem mit dem Parlament teilen mußte. So mußte er einen aufreibenden Kampf darum führen, daß Monarch und Parlament ihn nicht hinderten, sein Werk zu vollenden: Das Genie mußte den geistigen Durchschnitt, das philisterhafte Denken ständig zu sich emporheben, sich bemühen, um durch deren Zustimmung seine Sicherung des

Reiches nach innen und außen zu erreichen. Es war eine unwürdige Lage, in die Bismarck innerhalb der Kräfteentwicklung des Jahrhunderts eingespannt war, wenn man daran denkt, daß doch allein die schöpferische Kraft des Genies das Schicksal von Volk und Menschheit gestaltet und trägt. Bismarck hat diese unwürdige Lage mit einem Heroismus bezwungen, der die Tragik seines Daseins mit einzigartigem Glanze umleuchtet. Es war ein Heroismus der Tat! Aus diesem Heroismus der Tat heraus verlor er sich nicht in die Problematik des Parlamentarismus an sich, sondern nahm den Kampf mit den Parteien auf, immer bemüht, das Beste für das deutsche Volk, das damals nun einmal den Parlamentarismus wollte, zu erreichen. Er band sich deshalb auch für seine Taten an keine Partei, sondern nahm die Mehrheit in dem Parlament, wie er sie fand, bildete die Mehrheiten sich, wie die Lage es möglich machte, regierte bald mit den Konservativen, dann, als er erkannte, daß die Regierung sich nicht auf die Konservativen verlassen konnte, mit den Nationalliberalen und schließlich gar mit dem Zentrum. Nur mit einer Partei schloß er niemals einen Kompromiß, mit den Marxisten, mit der Sozialdemokratie; sie war staatsfeindlich, damit volksfeindlich und verdiente jede nur mögliche Bekämpfung.

Die Konservativen hatten freilich einmal angenommen, Bismarck würde Ministerpräsident nur nach ihren Parteigrundsätzen sein. Aber schon bei der Frage der Idemnität ging Bismarck seinen eignen Weg, dem die Partei sich freilich noch einmal fügte, wie sie auch noch für die Bundesverfassung eintrat, wenngleich sie mit Sorge Bismarcks Fühlungnahme mit den nationalliberalen Führern von Bennigsen, Forckenbeck und Miquel beobachtete. Sie sah dann mit Schrecken den konservativen Justizminister Grafen zur Lippe im Dezember 1867 durch den Liberalen Dr. Leonhardt ersetzt und Gefahr für Krone und Kirche, kirchliche Ehe und konfessionelle Schule, ländliche Ordnungen und feudale Stellungen, als Freizügigkeit, Gewerbefreiheit, Aufhebung der Zinsbeschränkung, liberale Kreisordnung die neue Entwicklung nach 1866 kennzeichneten. Der Winter 1867/68 hatte damals über dem hannoverschen Provinzialfonds den ersten Zusammenstoß der Partei und dem Minister gebracht; er wurde noch einmal beigelegt, weil überzeugte Konservative, wie der Kriegsminister von Roon, der freilich stets das Vaterland über die Partei stellte, mit ihrer Ansicht

durchdrangen, daß die Partei jetzt „eine Partei des konservativen Fortschritts werden und die Rolle des Hemmschuhs aufgeben“ müßte.

Wer aber annahm, daß der Krieg 1870/71 die Konservativen wirklich zu einer schöpferischen Staatspartei, die stets an das Ganze mit Verantwortung denkt, entwickeln würde, sah sich rasch enttäuscht. Schon beim Schulaufsichtsgesetz im Februar 1872 verweigerten die Konservativen Bismarck die Gefolgschaft, obwohl er doch betonte, das Gesetz gelte nicht der Kirche, sondern den polonisierenden Bestrebungen der polnisch-katholischen Geistlichkeit in den gemischt-sprachlichen Landesteilen; sie behaupteten glattweg, er opfere das monarchische Prinzip einer parlamentarischen Majoritätswirtschaft und zerstöre den christlichen Charakter des preußischen Staates; sie gaben sich gar keine Mühe, an den Volkstumskampf im Osten des Reiches zu denken. Der Konflikt vertiefte sich bei der neuen Kreisordnung, weil der Großgrundbesitz dadurch auf den Kreistagen geschwächt und die gutsherrliche Polizei beseitigt würde. Mit einem Pairsschub im Herrenhaus wurde die Kreisordnung Gesetz. Die Meinungen standen sich innerhalb der Parteien jetzt so schroff gegenüber, daß sich eine neukonservative Gruppe (wie einst vor dem Kriege die Freikonservativen) abspaltete und Bismarck Gefolgschaft leistete. Bismarck war aber durch diesen Zank mit den Konservativen so erschüttert, daß er am 1. Januar 1873 vom Preußischen Ministerpräsidium zurück — und Roon an seine Stelle trat. „Im Innern habe ich den Boden, der mir annehmbar ist, verloren“, schrieb er damals am 13. Dezember 1872 dem alten Freunde, „durch die landesfeindliche Desertion der konservativen Parteien in der katholischen Frage ... Der Verlust alter Freunde hat etwas für diese Welt Entmutigendes, was bis zur Lähmung geht ... Die meine Bestrebungen kreuzenden Einflüsse sind mir zu mächtig, und die ruchlose Überhebung und politische Unbrauchbarkeit der Konservativen hat meine Freudigkeit im Kampfe seit letztem Frühjahr gebrochen ... Mit den Konservativen ist nichts zu machen; sie folgen Rednern wie Kleist (-Retzow), Intriganten wie (Karl v.) Bodelschwingh (der 1866 die Beschaffung der für den Krieg erforderlichen Geldmittel abgelehnt hatte und deswegen durch Freiherrn von der Heydt ersetzt worden war), und gegen sie mag ich nicht. In diesem Sinne werde ich übermorgen mein partielles Abschiedsgesuch Sr. M. vortragen.“ Die

Anmaßung und Überhebung der Konservativen, die Bismarck durch Senfft v. Pilsach zur Demut und Buße ermahnten, ließen freilich nicht nach; sie wühlten im Kreise Roons mit Hilfe des bald von Bismarck im Disziplinarverfahren beseitigten, ehrgeizigen Grafen Harry Arnim, der sein Nachfolger werden sollte, so stark gegen ihn weiter, daß auch Roon den Mut verlor, mit dieser Parteileidenschaft zu regieren, seinen Abschied einreichte und Bismarck am 9. November 1873 den Vorsitz des Staatsministeriums wieder übernahm. Das Volk erteilte den Konservativen jetzt eine deutliche Absage für ihre Bismarckfeindschaft: Statt 54 konservativer Abgeordneter kehrten bei der nächsten Wahl im Winter 1873/74 nur 11 in den Reichstag, statt 114 nur 30 (6 alt- und 24 neukonservative) in das Abgeordnetenhaus zurück. Die Konservative Partei hatte sich selbst ihr Grab gegraben; sie hatte nach dem Ausscheiden Moritz v. Blanckenburgs, Bismarcks alten Freundes, der sich aus dem politischen Leben, angewidert vom Parteigeist, zurückzog, nach dem Tode des Grafen Eberhard Stolberg im Jahre 1872 und nach dem Rücktritt des einstigen Kreuzzeitungshauptschriftleiters und jetzigen Geheimrats Hermann Wagener, des besten innerpolitischen Mitarbeiters Bismarcks, der über einen jüdischen Angriff mit verleumderischen Behauptungen über Eisenbahnaktiengeschäfte gefallen war, keinen Führer mehr, der die Lage hätte bewältigen können. Vergeblich suchte Bismarck Moritz v. Blanckenburg wie schon 1872 auch jetzt zum Landwirtschaftsminister zu gewinnen, „um doch eine Seele zu haben, nachdem Roon als einzig fühlende Brust fort war", aber die Konservativen betrachteten Bismarck schon völlig an die Liberalen verloren und inszenierten jetzt, da nach dem Gründerzusammenbruch tiefe wirtschaftliche Depression über Deutschland lag, einen tollen Verleumdungszug von Pommern aus in der „Reichsglocke" und in der „Kreuzzeitung" mit anonymen, von dem antisemitischen Hauptmann a. D. Dr. Franz Perrot verfaßten fünf sogenannten Ära-Artikeln, die im Sommer 1875 in der „Kreuzzeitung" erschienen und unter dem Titel „Die Ära Bleichröder-Delbrück-Camphausen und die neudeutsche Wirtschaftspolitik" in strafrechtlich nicht faßbarer Form Bismarck Bereicherung durch seine Beziehungen zu seinem jüdischen Bankier Gerson von Bleichröder zwischen den Zeilen vorwarfen; Bismarck hätte, so erzählten sich die konservativen Kreise Pommerns unter Führung eines Herrn von Wedemeyer, der sich in geistiger

Umnachtung erschoß, und eines Herrn v. Diest-Daber, der später wegen Verleumdung des Fürsten zu drei Monaten Gefängnis verurteilt wurde, von Mund zu Mund, von Bleichröder für das Privileg zur Ausgabe von Hypothekenpfandbriefen durch die von diesem gegründete Preußische Zentral-Bodenkredit-Aktiengesellschaft Aktien dieser Bank zum Kurse von 108 erhalten, von 128 an die Börse gebracht und dabei 83 000 Taler verdient. Diese „Giftmischereien“ stellte Bismarck am 9. Februar 1876 als „schändlichste und lügenhafteste Verleumdungen“, als „ehrlose Verleumdung“ bloß und forderte dann auf, von der „Kreuzzeitung“ und ihren Hintermännern abzurücken. Da hatten eine ganze Anzahl hauptsächlich pommerscher Gutsbesitzer und Pastoren noch die Stirn, sich hinter die Zeitung zu stellen. Bismarck mußte über diese sogenannten „Deklaranten“ tief verwundet sein; sogar sein alter Freund Blanckenburg hatte der Lüge geglaubt, die von Gerichts wegen aufgedeckt wurde. Bismarck und Blanckenburg trennten sich damals, und Blanckenburg fügte in seinem Zorn dem deutschen Volke einen unersetzlichen Verlust zu: er verbrannte alle Briefe, die er von Bismarck, besonders in dessen Jugendzeit, erhalten hatte!

Bismarck wurde in diesen Kämpfen ein einsamer Mann. „Ach, ich habe meine sämtlichen Freunde verloren“, klagte er, „und mit sechzig Jahren gewinnt man keine neuen Freunde.“ Seine Menschenverachtung vertiefte sich so, daß er fortan einsam blieb und nur im engsten Familienkreise sich offen aussprach. Er erfuhr, was noch jeder große und mancher bedeutende Deutsche erfahren mußte: den Urneid der germanischen Natur, die die wahre Größe immer erst nach Distanz durch die Zeit anerkennt. So groß aber war Bismarck, daß er sich überwand und bei der Rekonstruktion der Konservativen Partei im Sommer 1876 durch Verschmelzung der Alt- und Neukonservativen zur Deutsch-konservativen Partei durch Mitberatung des neuen, den Fürsten „auf den Leib geschnittenen Programm“, wie Siegfried v. Kardorff sagt, half. Er gewann sich nun eine Gefolgschaft, die mit Ausnahme des „Kreuzzeitungs“-Flügels ihm bis kurz vor seinem Sturze die Treue hielt. Sie regierte auch fortan mit: durch den konservativen Innenminister Graf Botho Eulenburg seit 1878, den konservativen Kultusminister Robert von Puttkamer seit 1879 und durch die neue Machtstellung, die sie nun im Reichstag und Abgeordnetenhaus durch den Anstieg

ihrer Sitze von 20 auf 59 bzw. 41 auf 110 in den Jahren 1877—1879 errang und festhielt. Der Kampf gegen die Sozialdemokratie, der auch die persönliche Versöhnung Bismarcks mit seinem alten Freunde und Verwandten Hans v. Kleist-Retzow im Herrenhaus nach dem 16. September 1878 herbeiführte, überwand alle Gegensätze, wenn Bismarck auch niemals von der tiefen Bitternis über ihr Verhalten frei wurde. Er erklärte noch in den „Gedanken und Erinnerungen", daß Kleist-Retzow „das Land und die konservative Sache schwer geschädigt" habe. „Wenn die Konservative Partei, anstatt mit mir zu brechen und mich mit einer Bitternis und einem Fanatismus zu bekämpfen, worin sie keiner staatsfeindlichen Partei etwas nachgab, der Regierung des Kaisers geholfen hätte, in ehrlicher gemeinsamer Arbeit die Reichsverfassung auszubauen, so würde der Ausbau nicht ohne tiefe Spuren konservativer Mitarbeit geblieben sein."

Auch mit der zweiten Partei, der Bismarck seit 1866 Vertrauen schenkte, sollte er die gleiche Enttäuschung erleben, die freilich nicht so tief ins persönliche Seelenleben einschnitt, weil die Nationalliberalen nicht „Fleisch von seinem Fleisch und Blut von seinem Blut" wie die Konservativen waren, nach einem guten Worte S. von Kardorffs, der uns einen ausgezeichneten Überblick über Bismarcks Beziehungen zu den beiden Parteien gegeben hat. Die Nationalliberale Partei, die die Freikonservativen zu rechten, die Fortschrittler zu linken Nachbarn hatte und sowohl die Liberalen der neuen Landesteile wie die ehemaligen Bismarck-Feinde der Konfliktszeit zu den ihren zählte, half Bismarck seit 1866 bei vielen großen Aufgaben in der Bundes- und Reichsverfassung, dem Ausbau der Selbstverwaltung, im Kulturkampf, bei der Justizreform, den Wirtschaftsgesetzen, wie Gewerbeordnung, Freizügigkeit, Zölle und Handel. Sie nannte sich gern die „Partei der Reichsgründung", und Bismarck bescheinigte ihr auch nach seiner Entlassung, sie habe ihn beim Ausbau und bei der Festigung des Reiches im erforderlichen Maße unterstützt. Gleichwohl hat auch sie dem Kanzler Schwierigkeiten genug gemacht, weil sie mit ihren liberalen Ideologien, wie Bismarck sagte, das Reich parlamentarisieren wollte und oft der wahren staatsmännischen Einsicht ermangelte. Sie war schließlich auch nur eine „Partei" im engeren Sinne des Wortes, kämpfte also für Abgeordnetendiäten, für Bundesministerien, für jährliche Heeresetats und sah alle ent-

scheidenden Fragen zuletzt doch immer vom parlamentarischen Standpunkt aus an. Bismarck mußte mit ihr oft unter Aufbietung seiner letzten Nervenkräfte um den Heeresetat, das sogenannte Septenat, das erstmals 1874 bewilligt und 1880 wie 1887, diesmal erst nach einer Reichstagsauflösung, erneuert wurde, ringen, ehe er die notwendige Mehrheit für die entscheidenden Abstimmungen erreichte. Er war vor allen Dingen in der Kulturkampfzeit auf die Nationalliberalen angewiesen, die nicht einmal den radikalen Juden Eduard Lasker abschüttelten, der Bismarck mit seiner Besserwisserei und Opposition bis aufs Blut quälte, so daß der Fürst gestanden hat: „Ich habe noch nie einen Demissionsgedanken gehabt, zu dem nicht Lasker den ersten Anlaß gegeben hätte.“ Bismarck nannte ihn ein andermal „die reinste Staatskrankheit“ und „noch vielmehr Reblaus als Windthorst“. Wäre Rudolf von Bennigsen nicht der Führer der zeitweise mehr als 152 bzw. 174 Nationalliberalen im Reichstag bzw. Abgeordnetenhaus gewesen, deren Präsidium sie zwischen 1866 und 1879 innehatten, so wären die Konflikte zwischen Bismarck und der Partei noch öfter ausgebrochen, noch schärfer ausgelaufen. Bennigsen hat Bismarck ehrlich unterstützt, 1874 das Septenat als Kompromiß gegenüber Bismarcks natürlich besserem Äternat, das die Kopfstärke des Heeres in ein dauerndes 1%-Verhältnis zur Bevölkerungszahl setzen wollte, und der Jahresbewilligung gefunden, immer wieder für Vermittlung und Kompromisse gesorgt und zwischen der Realpolitik des Kanzlers und den liberalen Doktrinen ausgeglichen, so daß Bismarck ihn trotz manchen Ärgers und mancher boshaften Bemerkung aufrichtig geschätzt hat. Er wollte ihn auch gern als Minister des Innern in sein Kabinett haben, scheiterte damit aber an der Forderung Bennigsens nach zwei weiteren Ministerien für die Nationalliberalen sowie der Abneigung des Kaisers, der dem Sohn eines hannoverschen Generals und ehemaligen liberalen Abgeordneten in der Zweiten Kammer Hannovers die Untreue an seinem angestammten Herrscherhaus nicht verzeihen konnte. Als Bismarck im Sommer 1877, nachdem er nach der Ablehnung seines wegen General von Stoschs, des Marineministers, Nachgiebigkeit im Reichstag eingereichten Abschiedsgesuches im März 1877 durch das berühmte „Niemals“ des Kaisers einer ungestörten Regierungsdauer für seine Person sicher war, sich infolge des katastrophalen Zustandes der Industrie, der insbesondere durch die Aufhebung

der Eisenzölle im Jahre 1872 darniederliegenden Eisenindustrie zu einer großen Wirtschafts- und Steuerreform, zu einer Wendung vom Freihandels- zum Schutzzollsystem entschloß, verlangte Bennigsen aber so personelle und sachliche Garantien wie den Miteintritt Stauffenbergs und Forckenbecks, die Einrichtung von Bundesministerien, das Einnahmebewilligungsrecht und andere konstitutionelle Fortentwicklungen, daß eine Zusammenarbeit unmöglich wurde. Der Jude Lasker hatte mit dem ihm ergebenen linken Flügel der Partei Bennigsen, wie Bismarck sagte, „in die Suppe gespuckt". Die Lasker-Richtung siegte auch, als Bismarck dem Reichstag nach dem Attentat des Klempnergesellen Hödel auf den alten Kaiser am 11. Mai 1878 sein Sozialistengesetz einbrachte: Die Nationalliberalen lehnten es zusammen mit den Reichsfeinden, dem Zentrum, den Polen, Welfen, Elsässern, Fortschrittlern und Marxisten gegen die Stimmen der beiden konservativen Parteien ab und luden damit eine schwere Schuld auf sich. Als wenige Wochen später Dr. Nobiling, ein sächsischer Nihilist, am 2. Juni 1878 wieder auf den Kaiser schoß und ihn schwer, bis auf Todesgefahr, verwundete, sagte Bismarck: „Nun lösen wir den Reichstag auf; jetzt haben wir die Kerle, die Nationalliberalen!" Er ließ den Wahlkampf nun mit größter Schärfe gegen den linken Flügel der Partei führen: sie verlor bei der Wahl 25 Mandate. Die Partei war gewarnt. Sie machte dann bei der Zweiten Vorlage des Sozialistengesetzes im September noch Schwierigkeiten, stimmte nun aber auf Bennigsens Kompromißarbeit, das Gesetz nur 2½ Jahre mit Rekursinstanz bestehen zu lassen, dafür. Sie rettete ihre Macht freilich nur noch für ein Jahr. Denn als Bismarck 1879 zur Schutzzollpolitik überging, konnte Bennigsen sich für den neuen Zolltarif bei seinen Fraktionsgenossen nicht durchsetzen. Bismarck holte sich jetzt, da die Friedensbemühungen im Kulturkampf gerade eingesetzt hatten, das Zentrum für seine neue Wirtschaftspolitik heran und erteilte den Nationalliberalen eine scharfe Absage, weil ihre Bestrebungen „Untergrabungen des Reichsbestandes gerade so gut sind, wie die sozialdemokratischen Untergrabungen, die wir durch das Gesetz vom Herbst bekämpfen wollen". Die Partei war damit, wie der Volksmund sagte, aber Bismarck niemals gesagt hat, „an die Wand gedrückt, bis sie quietschte". Sie hatte ihre nationale Pflicht der liberalen Doktrin geopfert und verlor nun hervorragende Mitglieder wie Treitschke, den großen

Historiker, kurzum den rechten Flügel, der bei den nächsten Reichstagswahlen 1881 zwar mit Ausnahme eines Abgeordneten Feustel nicht wiedergewählt wurde, so daß also nun der linke Flügel triumphierte. Im Abgeordnetenhaus sank die Partei 1879 von 169 auf 85 Mandate, Lasker wurde nicht wiedergewählt und ebensowenig Bennigsen zum Präsidenten, der 1881 freilich in Geestemünde mit starker Majorität wiedergewählt wurde. Die liberale oder eigentlich nationalliberale Ära, in der die Stimmen dieser Partei ausschlaggebend gewesen waren, hatte ihr Ende erreicht, wenn Bismarck aus taktischen Gründen im Kampf um die Friedensverhandlungen des Kulturkampfes mit dem Zentrum sie auch noch umwarb. Die inneren Zustände in der Partei führten mit dem Ausscheiden des linken Flügels, der sich die sogenannte „Sezession" gründete, zu ihrem völligen Zerfall: 1881 erreichte sie bei den Reichstagswahlen am 27. Oktober nur noch 46 Mandate anstatt zuletzt 99, sie stellte nur noch eine Mittelpartei vor, und es nützte ihr nicht viel, daß bei dieser großen innenpolitischen Niederlage Bismarcks sowie seiner Wirtschafts- und Sozialpolitik die Sezessionisten ebenfalls 46 Sitze, die Fortschrittspartei 60 Plätze und die Konservativen sowie Reichsparteiler nur 50 bzw. 28 Abgeordnete erhielten, während das Zentrum mit 100 Abgeordneten, 18 Polen, 10 Welfen, 15 Elsässern, 2 Dänen das „Zünglein an der Waage", die Mehrheitsentscheidung darstellte. Bismarck erkannte, wie gefährlich der Linksliberalismus der Monarchie geworden war, und ließ darum die Nationalliberalen, deren Führer Bennigsen, nachdem Bismarck ihm am 5. Juni 1883 ein großes Sündenregister vorgelegt hatte, am 8. Juni sein Mandat niederlegte, nicht mehr aufkommen. Erst als die Sezessionisten zur Fortschrittspartei gingen, um hier den Traum der liberalen Gesamtpartei weiterzuträumen, und der Rest der Partei unter Führung des anderen Hannoveraners Johannes Miquel, gegen den Bismarck immer mißtrauisch blieb und die Charakteristik des verkappten Jesuiten anwandte, sich mit dem Heidelberger Programm vom 23. März 1884 an Bismarcks Außen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik anschloß, wurde die Nationalliberale Partei langsam wieder ein politischer Faktor, zumal die Fortschrittspartei Eugen Richters einen grundsätzlichen Kampf gegen alles, was Bismarck wollte und tat, als „Vorfrucht der Sozialdemokratie" durchführte. Bismarck, der zwischen 1881 und 1886 mit den Mehrheiten im Reichstag regieren

mußte, die er fand, und jetzt die deutsche Parteizerrissenheit als größte Gefahr für den Staat aufsteigen sah, wie er in seiner berühmten Hödurrede vom 13. März 1885 klagte, regierte hauptsächlich mit dem Preußischen Abgeordnetenhaus, in dem er sein deutsches Ansiedlungsgesetz für Posen und Westpreußen gegen die Polengefahr, die er nicht nur innen-, sondern ebenso stark außenpolitisch ansah, durchsetzte. Als er im Januar 1887 wieder auf den Widerstand des Reichstags, bei der neuen Septennatsvorlage, die die Heeresstärke um 41 000 Mann für sieben Jahre erhöhte, stieß, löste er ihn am 14. Januar auf, weil er diesen ihm oppositionellen Reichstag auch für den bei dem hohen Alter des Kaisers ständig zu erwartenden Thronwechsel nicht verwenden konnte und befürchten mußte, der liberal eingestellte Kronprinz werde als Kaiser es mit der Fortschrittspartei halten und ihn sofort entlassen. Der neue, am 21. Februar mit Hilfe eines Wahlbündnisses der Konservativen, Reichsparteiler und Nationalliberalen, als der Bismarck-Gefolgschaft, des sogenannten „Kartells“ gewählte Reichstag, ließ die Nationalliberalen wieder mit 99 Abgeordneten zu einer mächtigen Partei anwachsen, die zusammen mit den Konservativen und Reichsparteilern 220 Mandate von 397 zählte und somit die Mehrheit bildete.

Dies „Kartell“ war nun das parlamentarische Instrument, mit dem Bismarck noch so lange regierte, bis die andere Macht, mit der er immer zu rechnen und zu arbeiten hatte, weil er in der Monarchie nicht der Führer, sondern nur der erste Ratgeber des Monarchen und der verantwortliche Leiter der auszuführenden Politik war — bis der Kaiser ihm das Reichssteuer zu Deutschlands Unglück aus der Hand nahm. Der Kanzler hat wie in der Außen-, so in der Innenpolitik seine absolute Meisterschaft bewiesen. Er hatte die Parteien, die ihm erst Gefolgschaft leisteten, zerschlagen, als sie ihm widerstanden, hat sie sich neu formen lassen und sie, als sie sich dann wieder hinter ihn stellten, zu neuer Größe und Macht erhoben. Wie er Österreich und Rußland, Frankreich und England, Rußland und England gegeneinander ausspielte bis zum undurchsichtigen Doppelspiel, um Deutschland, um Europa den Frieden zu erhalten und durch ein deutsches Bündnissystem den Chauchemar des coalitions, der das Reich 1914 dann überfiel und 1918 niederzwang, vertrieb, so spielte er um Deutschlands willen eine Partei gegen die andere aus, die Konservativen gegen die

Nationalliberalen, die Nationalliberalen gegen das Zentrum, dies gegen die beiden andern, um seine Politik auch im Innern durchzusetzen. Seine Politik aber war die allein für das Reich segensreiche, denn welche Streitfrage, die die Parteien aufgriffen, man auch prüft, stets kommt man zu dem Ergebnis, daß Bismarck, wie S. v. Kardorff mit gutem Grund behauptete, im Recht war, mochte es sich nun um die Indemnität oder den Hannoverschen Provinzialfonds, das Schulaufsichtsgesetz oder die Kreisordnung, die indirekten Steuern oder den Schutzzoll, die Heeresstärke oder die Reichsverfassung handeln. Immer traf Bismarck die Entscheidung, die dem Reich diente: Wären alle seine Maßnahmen zur Durchführung gelangt, wäre die Geschichte einen anderen Weg gegangen, man braucht nur an seine Äternatsforderung, d. h. die dauernde Festlegung der Heeresstärke mit 1% der Bevölkerung, also die dadurch hervorgerufene ständige Heeresvergrößerung oder an seinen Rückversicherungsvertrag mit Rußland und sein Streben nach einem Bündnis mit England zu denken! Aber er hatte nur die kleine Deutsche Reichspartei, die Freikonservativen als Partei „Bismarck sans phrase“ und ihren Vorsitzenden Robert Lucius (später Freiherr Lucius von Ballhausen), und nach dessen Ernennung zum Landwirtschaftsminister in 1879 seinen Nachfolger Wilhelm von Kardorff, den Vorkämpfer der Schutzzölle für Industrie und Landwirtschaft, als einzige parlamentarische Vertrauensmänner, auf die er sich unbedingt verlassen konnte, hinter sich; er mußte also die Parteien stets so führen, umwerben, bekämpfen, zerschlagen, wiederaufbauen, beeinflussen, formen und erhalten, wie er sie brauchte, um mit den im Parlamentarismus nun einmal notwendigen Mehrheiten seine Ziele erreichen zu können. Bismarck hat für diesen Titanenkampf mit den Parteien einen so großen Teil seiner Kräfte und seiner Gesundheit verbrauchen müssen, daß man mit Recht heute behaupten kann, sein Genie hätte uns in einem absolutistischen oder in einem Führerstaat noch Gewaltigeres geschenkt, hätte uns vor allem die Sicherheit des Reichs im Innern wie Äußern geschaffen, die Deutschland unangreifbar gemacht hätte. Es waltete über seinem Schicksal und Werk eine furchtbare Tragik: Gerade als er mit dem „Kartell“ zwischen Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen eine feste Parlamentsmehrheit, die auch bei späteren Reichstagswahlen bei seinem Verbleiben im Amte hätte immer wiederkehren

können, sich erobert und dadurch, daß auch der Frieden mit der Kirche hergestellt war, den inneren Frieden errungen hatte, um nun die ihm noch gebliebene Aufgabe der sozialen Ausgestaltung des Reichs zu erfüllen, gerade als er sein Bündnissystem mit Dreibund und Rückversicherungsvertrag noch durch ein Bündnis mit England krönen und eine europäische Gemeinschaft aufbauen wollte, nahm ihm die Macht, der er am treuesten gedient hat, die Monarchie in Gestalt eines unreifen jungen Kaisers, die Führung Deutschlands, so daß er sein Werk, die wahre deutsche Volksgemeinschaft und den wahren europäischen Frieden in festen Formen und Bindungen zu verwirklichen, nicht vollenden konnte. Selten begegnete Treue größerer Untreue. Selten erfuhr Treue größere Tragik. Selten blieb ein mächtigeres Schaffen ein so gewaltiger Torso. Und selten vollendete solch Torso sich so erhaben, wie Bismarcks Zweites Reich im Dritten Reich ...

* *
*

Bismarck hat sein Reich mitten in der Wirklichkeit und durch Kampf geschaffen, gesichert und erhalten. Nicht nach einer Doktrin oder Theorie wie die Abgeordneten der Paulskirche oder die Mitglieder irgendwelcher Parteien. Ausschließlich nach dem Kompaß, den er in seinem Innern trug und dessen Nadel ausgerichtet war nach einem Pol: Deutschland! Er hatte jeder Frage des Lebens, der Politik, der Praxis wie des Geistes stets einen festen Maßstab angelegt: die deutsche Einheit, weil er wußte, daß dadurch allein dem gesamten Volke in jedem Sinne und auf jedem Gebiete am besten gedient würde. Er kam niemals auf den Gedanken, eine Erweiterung der Volksrechte in einer Beschränkung der Regierungsmachtvollkommenheiten zu sehen: ihm waren sein Reich, sein Staat mit seiner Regierung und sein Volk eine Einheit, ein Körper, ein Leben. Deswegen strebte er dem Ziel zu, jedem Volksgenossen wie jedem Politiker zum Erlebnis werden zu lassen, daß alle „das gleiche Interesse haben, zu bessern, wenn das Dach durchregnet", daß alles Arbeiten am Reichsbau nach innen wie außen dem gemeinsamen Ziel, dem Vaterlande dient.

Er konnte deswegen in vielen Fragen, die die Partikularisten oder Parteimenschen für äußerst wichtig nahmen, großzügig und weitherzig sein. Warum sollten die Bundesstaaten nicht ihre Münz-

hoheiten oder ihre militärischen Besonderheiten behalten, wenn sie diese eigentümlichen Rechte nur der großen Ganzheit einordneten, was sie ja taten? Nur in entscheidenden Angelegenheiten, die entweder die Gemeinschaftsbindung lockern konnten, wie die Abgeordnetendiäten mit der Gefahr des Berufsparlamentarismus und die Bundesministerien mit der Parlamentarisierung des Reichs, oder die innere Bindung des Volks, des Reichs weiter entwickelten, klärten, verstärkten, wie das einheitliche Strafrecht, das 1870 für Nord-, 1872 für Süddeutschland Geltung erhielt, die Goldwährung, die Ende 1875 vollendet wurde, das Bankenwesen und der Notenumlauf, die Gerichtsorganisation und Zivil- und Strafprozeßordnung, also das Rechtsleben, war er unerbittlich. Es kam ihm immer auf den höheren politischen Sinn jedes Gesetzes an, das er in Angriff nahm oder nehmen ließ: dieser Sinn hieß immer wieder Deutschland, nach einem Worte in seiner Rede vom 9. Juli 1879: „Ich habe von Anfang meiner Karriere an nur einen Leitstern gehabt: Durch welche Mittel und auf welchem Wege kann ich Deutschland zu einer Einigung bringen und, soweit dies erreicht ist, wie kann ich diese Einigung befestigen, fördern und so gestalten, daß sie aus freiem Willen aller Mitwirkenden dauernd erhalten wird?"

Nach diesem Leitstern richtete er auch alle technischen Fragen des Verkehrs aus: Post, Telegraph, Eisenbahn waren Mittel des Lebens in der Wirklichkeit; sie dienten dem Volk in der Reichseinheit am reibungslosesten, wenn sie dem Reiche gehörten. Er strebte deswegen nach einem Nachkriegswort die „Verreichlichung" der Eisenbahn an, gründete 1873 das Reichseisenbahnamt, drang aber mit jahrelangen Bemühungen nicht durch, weil die vier größten Bundesstaaten außer Preußen die Eisenbahnen nicht als Einnahmequellen verlieren wollten. Er ging seinen Weg unbeirrt weiter, wo es möglich war, und erreichte 1876 im preußischen Staate die auch für die Mobilmachung wichtige Ermächtigung der Regierung, Eigentums- und sonstige Rechte an Eisenbahnen durch entsprechende Verträge auf das Reich zu übertragen. Er erreichte dann auch mit dem ihm dienenden Abgeordnetenhaus von 1879 durch das Handelsministerium und das ein Jahr darauf gegründete Ministerium der öffentlichen Arbeiten die Verstaatlichung aller wichtigeren Privatbahngesellschaften und arbeitete damit der späteren Reichsbahn und deutschen Tarifeinheit vor. Die nachfolgende Generation konnte auf diesem Wege Bismarcks nur weiterschreiten.

In der Frage der Zolleinheit Deutschlands brauchte Bismarck keinen Torso zu hinterlassen; die beiden Hansastädte Hamburg und Bremen hatten sich noch die Zollfreiheit als Freihäfen, die mehr an die Einfuhr als an die Ausfuhr dachten, bewahrt. Bismarck griff hier Weihnachten 1879 ein und zwang diese wichtigen Handelsplätze in langen Verhandlungen zum Zollbund. Er machte die Reichsgrenze zur Zollgrenze.

Die Notwendigkeit dieser uns seit dem 15. Oktober 1888, dem Datum der vollen Einbeziehung Hamburg-Bremens in die deutsche Zoll- und Wirtschaftseinheit, selbstverständlich gewordenen Umschlossenheit unseres Reichs war Bismarck durch die Entwicklung der deutschen Wirtschaft nur zu anschaulich geworden. Er mußte in den ersten Jahren nach 1870/71 erkennen, daß auch die Wirtschaft sowohl des Staates mit seiner Finanz- und Steuerpolitik wie des Volkes in Produktion und Konsum, Gewerbe-, Industrie- und Bauerntum nicht halb freihändlerisch, halb schutzzöllerisch dahinleben kann, sondern der Führung bedarf und gestaltet werden muß. Wenn er sah, daß das Reich, dem die Zölle und indirekten Steuern sowie der Überschuß der Post die notwendigen Geldmittel bringen sollten, durch den ständig wiederkehrenden Zwang, die ergänzenden Matrikularbeiträge der Bundesstaaten zu erhöhen, sich unbeliebt machte, kam er zu der Gewißheit, daß die politische Lage des Reiches nur durch seine finanzielle Unabhängigkeit gebessert werden könnte. Dafür waren die indirekten Steuern da. Sie mußten erhöht werden, mochte auch die „politische Heuchelei“, die er in seiner Rede vom 1. Mai 1872 anführte, immer wieder auf die „Pfeife des armen Mannes“ wie bei der Tabaksteuer verweisen. Bismarck hat denn auch ständig für die indirekten Steuern, die Reichssteuern und ihre Anpassung an die Staatsnotwendigkeiten gekämpft. Wir wissen aus der Erfahrung längst, daß alle Argumente seiner Gegner in der indirekten Besteuerung nur materialistische Egoismen und propagandistische Phrasen waren: die indirekten Steuern wurden das finanzielle Fundament des Reichs.

Als die Wirtschaft des neuen Reichs nach dem Milliardensegen der französischen Kriegsentschädigung und den Gründerzeiten zwischen 1871 und 1873 mit ihrer ungesunden Spekulation und ihren überhäuften neuen Aktiengesellschaften, die die Erste Aktiennovelle vom 11. Juni 1870 mit ihrer durch die Zweite Novelle vom 18. Juli 1884 wieder strenger gefaßten Erleichterung der

Gründung verursacht hatte, durch den „Krach" von 1873 in jene Depression eintrat, die Jahre hindurch anhielt und sich besonders in der Eisenindustrie durch die Aufhebung des Roheisenzolls ab 1. Oktober 1873 bemerkbar machte, wurde Bismarck gegenüber den bisherigen liberalen Darstellungen einer freihändlerischen Wirtschaftspolitik seines Hauptberaters in Handelssachen, des Präsidenten des Kanzleramtes Rudolf Delbrück, kritisch. Er trennte sich am 1. Juni 1876 von seinem im übrigen hochbewährten Mitarbeiter, weil dieser den neuen Weg, den Bismarck nunmehr in der Wirtschaftspolitik einschlug und der zum Schutz der nationalen Arbeit führte, nicht mitgehen konnte und später als Reichstagsabgeordneter auch bekämpft hat. Bismarck nahm jetzt in klarer Einsicht in die wahren Zusammenhänge des nationalen Wirtschaftslebens den Kampf für eine Zoll- und Steuergestaltung des Reichs auf, die den Lebensnotwendigkeiten Deutschlands als nunmehrigem Industrieland entsprach. Er war Schutzzöller geworden, ehe denn seine Zeitgenossen sich mit wenigen Ausnahmen wie der Freikonservative Wilhelm v. Kardorff, der die Broschüre „Gegen den Strom" schrieb und den Zentralverband Deutscher Industrieller gründete, zu der gleichen Überzeugung durchgerungen hatten. Er forderte den Finanzminister Camphausen am 13. Februar 1877 zur Ausarbeitung einer Steuer- und Zollreform auf und verhandelte mit Bennigsen, um die Nationalliberalen für seine Pläne zu gewinnen, nachdem er sich während des langen Urlaubs nach seinem abgelehnten Entlassungsgesuche vom 27. März 1877 über den künftigen Weg völlig klar geworden war. Als Bismarck dann am 22. Februar 1878 offen für das Tabakmonopol eintrat, lehnte Bennigsen ab, und auch Finanzminister Otto Camphausen trat zurück; an seine Stelle kam für kurze Zeit der Oberbürgermeister von Berlin, Hobrecht.

Der eigentliche Kampf um die neue Schutzzollwirtschaft entbrannte erst ein Jahr später, weil die Attentate auf den Kaiser im Sommer 1878 die parlamentarische Lage völlig verändert hatten. Im neuen Reichstag fanden sich 204 Abgeordnete, die als „freie volkswirtschaftliche Vereinigung" Bismarck in seiner neuen Handels-, Finanz- und Steuerpolitik, die er in einer Denkschrift vom 3. April 1879 darlegte, Gefolgschaft leisteten. Der Kanzler konnte nun seinen Zolltarif durchsetzen, die direkte Steuerlast durch Vermehrung der indirekten Steuereinnahmen des Reichs vermin-

dern und dadurch die Bundesstaaten wieder positiver auf das Reich einstellen. Er sorgte für die Überweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Gemeinden, Kreise und Provinzen. Er zeigte, wie die starke Auswanderung aus den landwirtschaftlichen Orten Deutschlands, die keine Überbevölkerung aufweisen, durch die falsche Führung der Landwirtschaft infolge der fehlenden Getreideschutzzölle veranlaßt würde. „Ich lasse mich auf einen Streit zwischen Schutzzoll und Freihandel nicht ein. Die abstrakten Lehren der Wissenschaft lassen mich in dieser Beziehung vollständig kalt", erklärte er. „Wir sind in einem Verblutungsprozeß; die Schutzzolländer wachsen im Wohlstand, besonders Rußland", machte er in seinen großen Reden am 2. und 21. Mai 1879 klar. Er konnte am 12. Juli die Annahme des neuen Zollgesetzes im Reichstag erleben, zwar mit Beibehaltung der Matrikularbeiträge, auf die die Partikularisten Wert legten, aber doch grundsätzlich so umstürzend, daß das Reich nun durch die indirekten Steuern und Zölle finanziell gesichert dastand, die deutsche Wirtschaft aber nicht mehr von der Überproduktion des Auslandes erdrückt werden konnte. Die steuer- und zollgesetzlichen Grundlagen sowie der sinnvolle, nach den deutschen Lebensnotwendigkeiten geformte Ausgleich zwischen Schutzzoll und Freihandel, wie Bismarcks Reformwerk sie schuf, blieben seither unumstößliche Grundformen und Begrenzungen unseres staatsfinanziellen wie agrar- und industriewirtschaftlichen Daseins. Auch hier baute Bismarck im Kampfe mit dem Fraktionswesen, das er am 19. Juni 1879 „eine große Schädigung unserer politischen Leistungsfähigkeit" nannte, das Reich von der Finanz- und Wirtschaftswirklichkeit her fest und sicher auf und schweißte Reich und Einzelstaaten enger zusammen.

Der Reichstag folgte ihm leider bei seinem Verlangen nach einem Tabakmonopol ebensowenig wie später 1886 bei einem Branntweinmonopol, deren Erträgnisse ihm vor allem zur friedlichen Lösung der sozialen Frage helfen sollten. Diese war durch die Entwicklung Deutschlands vom Agrar- zum Industriestaat akut geworden und trat mit der Wirtschaftsdepression besonders scharf in Erscheinung. Bismarck hatte ihr sowohl aus seinem Christentum heraus, wie als Landedelmann, der das wirkliche Leben kannte und sich auch um das Armenwesen bekümmert hatte, von Jugend an sein besonderes Interesse zugewandt; er trug ein waches soziales Gewissen in seinem Innern. Schon 1864 hatte er die Deputation der

schlesischen Weber aus Wüstegiersdorf zum König gebracht, selbst empfangen und zur Untersuchungsschrift des Geheimrats Elwanger in den Bezirken Reichenbach und Waldenburg in einer 57 Seiten langen (bisher ungedruckten!) Arbeit Stellung genommen, die deutlich darauf hinwies, daß der Staat nach seiner Ansicht den Arbeitern helfen solle und könne. Er erkannte also frühzeitig eine Pflicht des Staates gegenüber dem Arbeiter, sah allerdings noch nicht, daß der Arbeiter nicht Wohltaten und Almosen, Wohlfahrt und Fürsorge von dem Staat haben, sondern in den Staat hinein wolle, an dem Staat Anteil wie jeder andere Stand haben wolle. Bismarck sah die soziale Frage anfangs von seiner Stellung als Landedelmann und Minister, von oben her. Er kam erst am Ende seiner Kanzlerschaft und seines Lebens zu der Einsicht, daß der Arbeiter die gleichen Rechte und Pflichten an der und für die Gemeinschaft, an dem und für den Staat hat wie jeder andere Deutsche und dementsprechend durch das Gesetz behandelt sein will und behandelt werden muß. Bismarck war aber von Anfang seines sozialpolitischen Wirkens an auf dem richtigen Wege, das Nationale und das Soziale als eine Einheit zu sehen und zu verwirklichen, denn niemals stand der Arbeiter für ihn außerhalb der Volksgemeinschaft, außerhalb der Nation, und niemals leugnete er die Pflicht der Gemeinschaft, für den Arbeiter genau so da zu sein, wie der Arbeiter für sie. Bismarck wußte als Landedelmann, der praktisch gewirtschaftet hatte, nur zu genau, daß wir alle nichts weiter als Arbeiter sind, jeder an seinem Platz innerhalb der Gemeinschaft und für die Gemeinschaft. Die Tragik seines Lebens war es, daß er erst in dem letzten Jahrzehnt seines Wirkens dazu kam, an die praktische Lösung der sozialen Frage heranzugehen, weil vorher die große Aufgabe der deutschen Einigung und der Sicherung des Reichsbaus alle seine Kräfte bis zur Erschöpfung aufzehrte. So konnte er nur einen Anfang seiner sozialen Ordnung der Arbeit zurücklassen, einen Anfang allerdings, der das Grundstockwerk für den Weiterbau unserer Zeit in nationalsozialistischem Vollendungssinne darstellt.

Bismarck wurde an der Ausführung seiner sozialen Pläne, für die er z. B. seinen alten Mitkämpfer und Mitarbeiter Geheimrat Hermann Wagener zum Eisenacher Kongreß der Kathedersozialisten 1872 entsandte, vor allem auch dadurch gehindert, daß die Partei, die die Vertreterin der Arbeiter zu sein vorgab, von

Anfang an klassenkämpferisch, staatsfeindlich und international auftrat. Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung hatte sich zum ersten Male 1848/49 in der Revolution, die Bismarck bekämpft hatte, gezeigt; der Jude Lasalle, den Bismarck sich kommen ließ, hatte dann im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein 1863 unter Bejahung des nationalen Einheitsstrebens das sozialistische Programm friedlich mit Hilfe des Staates verwirklichen wollen, die Marxisten August Bebel und Wilhelm Liebknecht aber gaben Deutschland mit ihrer 1869 zu Eisenach gegründeten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei jenes internationale, klassenkämpferische, staatszerstörende Instrument, das sich im politisch-sozialen Leben des neuen Reiches immer mehr bemerkbar machte und schließlich zu einer allgemeinen Gefahr für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft wurde. Bebel und Liebknecht waren mit zwei Lasalle-Anhängern schon 1867 in den Norddeutschen Reichstag gekommen, erschienen nun auch im neuen Reichstag, erhielten bis 1874 noch sieben Mandate und bildeten 1875 durch Vereinigung der Lassalleaner mit dem Gothaer Programm die „Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands". Die Marxisten traten von Anfang an mit einer Agitation im „Mistgabelstil" zur Revolutionierung und Fanatisierung der Arbeiter auf. Bismarck erkannte sofort, daß er es in der neuen Partei mit einer natürlichen Folge der Industrie- und Großstadtentwicklung zu tun habe. Im November 1871 schrieb er dem Handelsminister Graf Itzenplitz: „Das einzige Mittel, der sozialistischen Bewegung in ihrer gegenwärtigen Verirrung Halt zu gebieten, ist die Realisierung dessen, was in den sozialistischen Forderungen als berechtigt erscheint und in dem Rahmen der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung verwirklicht werden kann." Bismarck unterschied also zwischen den staatsgefährlichen Agitationen der Internationale, die bekämpft, und den berechtigten Wünschen der arbeitenden Klassen, die zum Ausgleich wirtschaftlicher Gegensätze und zur Beseitigung von Notständen erfüllt werden müßten.

Als erstes soziales Gesetz erschien am 7. Juni 1871 das Reichshaftpflichtgesetz, das sowohl die Eisenbahn wie die Fabrik, das Bergwerk, den Steinbruch, kurz den Unternehmer zu Schadenersatz für Tod oder Körperverletzung bei Ausführung der Dienstverrichtung bzw. (Eisenbahn-) Benutzung verpflichtete. Es sollten aber noch zehn Jahre verstreichen, ehe Bismarck an sein großes Sozialwerk herangehen konnte. Er hatte es jetzt gezwungenermaßen

infolge der Hödel- und Dr.-Nobiling-Attentate am 11. Mai bzw. 2. Juni 1878 auf den Kaiser mit der Abwehr der sozialistischen Verhetzung, vor der er immer wieder warnte, zu tun, bevor er die friedliche Lösung der sozialen Frage in Angriff nehmen konnte, für die er im August 1877 eine schärfere Kontrolle der Fabriken und eine Arbeiter-, Unfall- und Invalidenversorgung von Handelsminister Achenbach, dem Bearbeiter des ersten Reichsbeamtengesetzes, verlangte. Er schuf sich aus der Empörung aller gesund denkenden Volksgenossen über die Bluttat am alten Kaiser und die gemeine Besudelung aller Ideale und Heiligtümer der Nation einen für die scharfe Maßnahme eines Ausnahmegesetzes sicheren Reichstag, nachdem das erste Sozialistengesetz nach Hödels Attentat abgelehnt worden war, durch die am 6. Juni erfolgende Auflösung und die am 30. Juli vor sich gehende Neuwahl, die die Sozialdemokratie von 12 auf 9, die Fortschrittler von 44 auf 31, die Nationalliberalen von 123 auf 98 Mandate drückte und die Konservativen bzw. Reichspartei von 40 auf 59 bzw. von 38 auf 56 bei unverändertem Zentrum erhob und die Konservativen zur ausschlaggebenden Partei machte. Bismarck verfolgte mit dem nunmehr vorgelegten „Sozialistengesetz" die Absicht, die deutschen Arbeiter vom Marxismus zu trennen, der Sozialdemokratischen Partei das gleiche Schicksal wie England dem Chartismus zu bereiten. Er sah also durchaus klar, daß nicht der Sozialismus den Arbeiter staatsfeindlich machte, sondern der Marxismus, und setzte darum gegen ihn seine Kampfmittel an. Bismarck betonte in seiner Reichstagsrede vom 16. September, daß er „zwischen den ehrlichen Bestrebungen nach Verbesserung des Loses der Arbeiter, die uns allen am Herzen liegen, und zwischen dem, was wir heute zu unserem Bedauern und mit Schmerz genötigt sind, unter dem Begriff Sozialdemokratie zu begreifen", wohl unterscheide und trotz der „bis zum Königsmord gesteigerten Bestrebungen der jetzigen Sekte" entschlossen sei, „das Los des Arbeiters, seinen Anteil am Leben, den die Gesamtarbeit, seine und sein Arbeitgeber hat, zu verbessern", „sobald ich Zeit und Möglichkeit dazu habe und meine Ressortverhältnisse mir das erlauben"; er rechne sich die Fortsetzung dieser Politik „zur Ehre" an. „Vor dem Mordmesser der Nihilisten und der Schrotflinte von Nobiling" mußte er jetzt schützen; für ihn verlor „jede Existenz ihren Wert", „wenn wir in solcher Weise unter der Tyrannei einer Gesellschaft von

Banditen existieren sollen": „ich hoffe, daß der Reichstag", schloß er seinen Appell, den man durch die Entwicklung der nachfolgenden fünf Jahrzehnte nur bestätigt findet, „den Regierungen, dem Kaiser, der den Schutz für seine Person, für seine preußischen Untertanen und seine deutschen Landsleute verlangt — daß wir ihm zur Seite stehen werden! Daß bei der Gelegenheit vielleicht einige Opfer des Meuchelmords unter uns noch fallen werden, das ist sehr wohl möglich, aber jeder, dem das geschehen könnte, mag eingedenk sein, daß er zum Nutzen, zum großen Nutzen seines Vaterlandes auf dem Schlachtfeld der Ehre bleibt!" Das Sozialistengesetz wurde am 18. Oktober für die Dauer von zweieinhalb Jahren angenommen und später bis 30. September 1890 immer wieder verlängert; die „gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" wurden durch die Ermächtigung an die Polizei bekämpft, überall sozialdemokratische Vereine aufzulösen, sozialdemokratische Agitatoren auszuweisen, sozialdemokratische Zeitungen und Schriften zu unterdrücken, den sogenannten kleinen Belagerungszustand zu verhängen. Das Gesetz führte zuerst durch sehr strenge Anwendung die Zerstörung der sozialdemokratischen Parteiorganisationen herbei, konnte aber auf die Dauer die weitere Radikalisierung des Klassenkampfes und der Arbeiterschaft nicht verhindern, wenn es auch zuerst einmal für einige Jahre den Raum schuf, den Bismarck brauchte, um in der praktischen Lösung der sozialen Frage voranzukommen. Bismarck verachtete im tiefsten Innern die negative Hetzarbeit der Marxisten zu sehr und schätzte den deutschen Arbeiter, dessen wahre Natur er aus vielen menschlichen und auf seinen Gütern landberuflichen Begegnungen wirklich kannte und auch im Soldatentum der drei Kriege erlebt hatte, viel zu hoch ein, als daß er zuletzt daran zu glauben vermochte, diese gemeine, vor keinem Mittel zurückscheuende Propaganda und Wühlarbeit könnte den deutschen Arbeiter mitfortreißen. Er unterschätzte bei dieser Stellungnahme die nervenzersetzende Fabrikarbeit und die Gerissenheit, mit der rein marxistische Vorstellungen den seelisch erkrankten Teil der Arbeiterschaft so weit einzufangen versuchten, daß schon von der Mitte der achtziger Jahre an und seit seinem Abgang im Jahre 1890 durch die falsche Versöhnungspolitik des Kaisers die Sozialdemokratie einen dauernden Aufschwung nahm. Bismarck wurde in seinem gesunden Einheits- und Totalitätsdenken, das alles wahrhaft Soziale als national

wie alles Nationale als sozial ansah, von seiner Zeit nicht im geringsten verstanden. Sein Sozialwerk bereitete aber jenen großen Wandel vor, der dann — was auch die Sozialdemokratie 1918/19 nicht fertiggebracht hatte — im Jahre 1933 die Arbeiterschaft völlig mit dem nationalen und ebenso sozialistischen Staate, dem Dritten Reiche verband. Wie Bismarck mit seinem Zweiten Reich das nationale Fundament des Dritten Reiches schuf, so mit seinem Sozialwerk einschließlich dem Sozialistengesetz (das jeder verantwortungsbewußte Staat den staatszerstörenden Bestrebungen gegenübersetzen muß) das soziale Fundament unseres heutigen Großdeutschlands!

Als Bismarck nach seinem Versprechen bei Annahme des Sozialistengesetzes die soziale Gesetzgebung in Angriff nahm, mußte er erfahren, daß man seine Ausrichtung der Sozialpolitik nicht nur in den marxistischen Kreisen falsch auslegte, sondern auch bei den Liberalen und Konservativen mißverstand, weil diese nicht fähig waren, seine Konzeption des Staates als der geschlossenen Organisation der Gesellschaft, wie man damals sagte, der Volksgemeinschaft, wie wir heute sagen, zu verstehen; sie gingen von den Vorstellungen des Individualismus, bestenfalls eines Standes aus und sahen „Freiheit" in der Beschränkung der Staatsmacht, Sozialismus in der Unabhängigkeit alles Wirtschaftslebens vom Staate; sie verschrien Bismarcks Sozialpolitik als „Staatssozialismus", ohne zu ahnen, daß der wahre Einheitsstaat stets den Sozialismus involviert, daß Sozialpolitik immer Nationalpolitik, Nationalpolitik immer Staatspolitik ist. Bismarck schritt auch hier auf dem Wege zum Nationalsozialismus und dessen Reich voran: Er hätte das politische, wirtschaftliche und soziale Chaos, das der liberale Individualismus erzeugte, naturnotwendig noch stärker bezwungen, wenn der liberal-individualistische Parlamentarismus seine Sozialpolitik nicht ständig mißverstanden, beschränkt, eingeengt, umgewandelt hätte. Auch hier erlitt Bismarck die Tragik des Genies, und das um so stärker, als eine junge Generation in Wilhelm II. zwar die Schlagwortphrase vom sozialen Kaisertum ausgab, ohne den gesamtpolitischen Zusammenhang einer solchen Staatsführung auch nur zu ahnen. Bismarck aber sah seine Sozialpolitik stets im ganzheitlichen Verwobensein des nationalen Volks-, Staats- und Wirtschaftslebens.

Bismarck nahm als erste praktische Tat die Verbesserung des

Reichshaftpflichtgesetzes von 1871 vor: es hob sich von selbst auf, da es für das Erreichen des Schadenersatzes den Nachweis eines Verschuldens des Unternehmers forderte. Es sollte nunmehr im Frühjahr 1881 durch eine allgemeine Unfallversicherung ergänzt und ersetzt werden; die erste Vorlage vom 8. März 1881 wollte, daß „alle in Bergwerken, Salinen, Brüchen, Gruben, Werften, bei Bauarbeiten, in Fabriken und Hütten beschäftigten Arbeiter und Betriebsbeamten mit einem Jahresverdienst bis 2000.— Mark in einer Reichsversicherungsanstalt gegen Unfälle versichert werden" sollten; die Versicherungsprämie sollte je nach Verdiensthöhe zwischen Versicherten und Unternehmer aufgeteilt werden. Die Parteien erhoben sofort ihre Stimme gegen dies Gesetz und arbeiteten mit dem Schlagwort vom „Staatssozialismus" und änderten das Gesetz derart ab, daß der Bundesrat seine Zustimmung versagen mußte. Bismarck hatte bei der Beratung dieses Gesetzes bereits eine große sozialpolitische Rede im Reichstag am 2. April gehalten, in der er sich zu dem Grundsatz bekannte, der Staat habe für den Schutz der Schwächeren zu sorgen, er würde am liebsten, wenn die praktische Ausführung es zuließe, „Jeder Deutsche" statt „Alle Arbeiter, die . . ." sagen und müsse aus Mangel an Erfahrung auf „dem Feld" dieser Gesetzgebung, deren Zukunftsweg er bis in die Generation der Söhne und Enkel hinein voraussah, vorsichtig sein, um vor allem zu erreichen, daß die sozialen Maßnahmen nicht das Gefühl des Almosens erweckten, sondern das Gefühl der menschlichen Würde erhielten „,welches auch der ärmste Deutsche meinem Willen nach behalten soll". „Mit praktischem Christentum, aber sans phrase", wollte Bismarck Vertrauen unter der aufgehetzten Arbeiterschaft wecken. Er wollte gern, „daß ein Staat, der — wenn sie auch die Benennung ‚christlicher Staat' perhorreszieren — doch in seiner großen Mehrheit aus Christen besteht, die Grundsätze der Religion, zu der wir uns bekennen, namentlich in bezug auf die Hilfe, die man dem Nächsten leistet, in bezug auf das Mitgefühl mit dem Schicksal, dem alte, leidende Leute entgegengehen, sich einigermaßen durchdringen läßt".

Bismarck ging nun beim nächsten Reichstag, der am 17. November 1881 eröffnet wurde und eine scharfe Opposition der Parteien in Aussicht stellte, aufs Ganze: er verlas die von ihm verfaßte, zu historischer Bedeutung gelangte „Kaiserliche Botschaft" zur „Heilung der sozialen Schäden nicht ausschließlich im Wege der

Repression sozialdemokratischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter" als „neue und dauernde Bürgschaften des inneren Friedens" im Reich und als „größere Sicherheit und Ergiebigkeit des Beistandes", „auf den die Hilfsbedürftigen Anspruch haben". „In diesem Sinne" wurde das Unfallversicherungsgesetz in umgearbeiteter Fassung, ein Krankenkassengesetz, eine Vorlage über Alters- und Invaliditätsversorgung als das sozialpolitische Arbeitsprogramm der Sitzung bekanntgegeben. „Wir wollen danach streben", erklärte Bismarck am 9. Januar 1882 auf die Forderung nach Verbot der Sonntagsarbeit, der Frauenarbeit, nach Kürzung der Arbeitszeit, „daß es im Staate womöglich niemanden oder doch so wenige wie möglich gebe, die sich sagen: Wir sind nur dazu da, um die Lasten des Staates zu tragen, wir haben aber kein Gefühl davon, daß der Staat um unser Wohl und Weh sich irgendwie bekümmert — daß die Zahl dieser nach Möglichkeit vermindert werde. Es gehört zu den Traditionen der Dynastie, der ich diene, sich des Schwachen im wirtschaftlichen Kampfe anzunehmen. Friedrich der Große sagte schon: ‚Je serai le roi des gueux', und er hat es nach seiner Art durchgeführt in strenger Gerechtigkeit gegen hoch und gering nach der Art, wie seine Zeit es mit sich brachte. Friedrich Wilhelm III. hat dem damals hörigen Bauernstande eine freie Stellung verschafft, in der es ihm gegeben gewesen ist—bis zu einer rückläufigen Bewegung, die vor etwa fünfzehn Jahren anfing — zu prosperieren und stark und unabhängig zu werden. Unser oder mein jetziger Herr ist von dem edlen Ehrgeiz beseelt, in seinem hohen Alter wenigstens noch die Hand angelegt und den Anstoß gegeben zu haben, daß für die heutzutage schwächste Klasse unserer Mitbürger, wenn auch nicht die gleichen Vorteile und Ziele wie für den Bauernstand vor siebzig Jahren, aber doch eine wesentliche Besserung der Gesamtsituation, des Vertrauens, mit dem dieser ärmere Mitbürger in die Zukunft und auf den Staat, dem er angehört, sehen kann — daß noch zu Lebzeiten Seiner Majestät hieran Hand angelegt wird, und daß die Bewegung, die damit angeregt wird, vielleicht in einem weiteren Menschenalter ihre Ziele erreicht, wenn sie vielleicht auch wieder ersterben mag unter dem Drange der Zeit und der Gewalt anderer Kräfte. Er hat es sich als Ziel gesetzt, auf diesem Gebiete nach einem früher oder später erreichbaren analogen Zustand der Arbeiter zu streben, wie sein hochseliger Vater in der ewig denk-

würdigen Emanzipation der Bauern, die an die Namen Stein, Hardenberg und Friedrich Wilhelm III. sich knüpft."

Bismarck dachte hier wie stets an den Zusammenhang von Einnahme und Ausgabe auch im Haushalt des Arbeiters, er wollte am liebsten Berufsgenossenschaften bilden und ihnen die sozialen Versicherungen übertragen, also eine berufsständische Entwicklung im Volke bis zu einer berufsständischen Volksvertretung fördern. Er deutete in diesem nationalsozialen Sinne am 12. Juni 1882 das Wort „Sozialismus" dem Reichstag, wenn er sagte: „Aber den Vorwurf des Sozialismus möchte ich noch erwähnen. Sozialistisch sind viele Maßregeln, die wir getroffen haben, die wir zum großen Heile des Landes getroffen haben, und etwas mehr Sozialismus wird sich der Staat bei unserem Reiche überhaupt angewöhnen müssen. (Sehr richtig!) Wir werden den Bedürfnissen auf dem Gebiete des Sozialismus reformierend entgegenkommen müssen, wenn wir dieselbe Weisheit beobaehten wollen, die in Preußen die Stein- und Hardenbergsche Gesetzgebung bezüglich der Emanzipation der Bauern beobachtet hat. Auch das war Sozialismus, dem einen das Gut zu nehmen, dem anderen zu geben, ein sehr viel stärkerer Sozialismus als ein Monopol. Ich freue mich, daß es so gekommen ist, daß man diesen Sozialismus geübt hat; wir haben dadurch einen sehr wohlhabenden, freien Bauernstand erhalten, und ich hoffe, wir werden mit der Zeit ähnliches für die Arbeiter erreichen — ob ich es erlebe, kann ich bei dem allgemeinen, prinzipiellen Widerstande, der mir auf allen Seiten entgegentritt und mich ermüdet, nicht wissen. — Aber Sie werden genötigt sein, dem Staate ein paar Tropfen sozialen Öls im Rezepte beizusetzen, wieviel, weiß ich nicht, aber es wäre meines Erachtens eine große Vernachlässigung der Pflichten der Gesetzgebung, wenn sie die Reform auf dem Gebiete der Arbeiterfrage nicht erstreben würde, von der wir den Anfang Ihnen jetzt gebracht haben, wenn wir auch zur unbequemen Sommerzeit kaum erwarten können, daß Sie sofort bis zum Ende durchberaten. Sozialistisch war Herstellung der Freiheit des Bauernstandes; sozialistisch ist jede Expropriation zugunsten der Eisenbahnen; sozialistisch im höchsten Grade ist zum Beispiel die Kompensation, die Zusammenlegung der Grundstücke, die dem einen genommen werden — in vielen Provinzen ist das Gesetz — und dem anderen gegeben, bloß weil der andere sie bequemer bewirtschaften kann; sozialistisch ist die ganze

Armenpflege, der Schulzwang, der Wegebau, das heißt der Zwang zum Wegebau, indem ich auf meinen Grundstücken einen Weg für die Durchreisenden unterhalten muß. Das ist alles sozialistisch. Ich könnte das Register noch weiter vervollständigen; aber wenn Sie glauben, mit dem Worte ‚Sozialismus' jemand Schrecken einflößen zu können oder Gespenster zu zitieren, so stehen Sie auf einem Standpunkte, den ich längst überwunden habe und dessen Überwindung für die ganze Reichsgesetzgebung durchaus notwendig ist."

Als der Reichstag die Sozialgesetze immer aufs neue verzögerte, erließ Wilhelm I. am 14. April 1883 wiederum eine von Bismarck entworfene Botschaft an die Abgeordneten, „um die Besserung der Lage der Arbeiter und den Frieden der Berufsklassen untereinander zu fördern". Dieser „Dienst am Volke", den Bismarck am 15. März 1889 im Sinne Friedrichs d. Gr. für sich und die Regierung in Anspruch nahm, wurde endlich nach dem Krankenkassen- und Krankenversicherungsgesetz vom Juni 1883 durch die Annahme des zum dritten Male vorgelegten, immer wieder umgearbeiteten Unfallversicherungsgesetzes, das mit Kranken- und Versicherungsgeld die drückendste Sorge vom kranken und erwerbsunfähigen Arbeiter nahm, am 6. Juli 1884 fortgesetzt. Gegen die immer wieder auftauchenden Widerstände und Kritikastereien an seinen weiteren sozialpolitischen Plänen mußte er am 26. November 1884 den Reichstagsmännern zurufen: „Wenn es keine Sozialdemokratie gäbe, und wenn nicht die Menge Leute sich vor ihr fürchteten, würden die mäßigen Fortschritte, die wir überhaupt in der Sozialreform bisher gemacht haben, auch noch nicht existieren, und insofern ist die Furcht vor der Sozialdemokratie in bezug auf denjenigen, der sonst kein Herz für seine armen Mitbürger hat, ein ganz nützliches Element." So wenig war das soziale Verantwortungsgefühl unter den Parlamentariern damals noch lebendig, daß Bismarck die von ihm sechs Jahre zuvor durch das Sozialistengesetz als politische Partei zerstörte Sozialdemokratie für seine soziale Arbeit nun gewissermaßen zu Hilfe rufen mußte! So einsam stand er auch hier mitten in seiner Zeit, schritt er als Führer voraus. Er erreichte erst am 22. November 1888, also schon unter der Regierung Kaiser Wilhelms II. die Vorlage und nach 41 Kommissionssitzungen (!) am 24. Mai 1889 die Annahme des Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetzes, freilich mit einem von ihm

nicht gewünschten Arbeiterbeitrag zu der Rentenzahlung, nachdem er in seiner letzten parlamentarischen Rede am 18. Mai 1889 die Sozialdemokratie als Vorbereiterin des Bürgerkrieges und darum Feindin jeden sozialpolitischen Fortschrittes, die Freisinnigen als Feinde des Reichs und die Kirchturmpolitik der Hyperkonservativen, die Abwanderung aus dem Osten, die Lage der Invaliden auf dem Lande charakterisiert und die Kartellmehrheit zur Annahme aufgerufen hatte. So gehorchte Bismarck noch in der letzten Stunde seines Wirkens seinem sozialen Gewissen. Er zeigte sich auch hier, wie in dem Kampf um den Arbeiterschutz, die Sonntags-, Frauen- und Kinderarbeit, der infolge des Widerstandes im Bundesrat noch zu keinen befriedigenden Ergebnissen in seiner Regierungszeit geführt wurde, als der Deutsche, der stets vor jedes Recht eine Pflicht setzt, denn er anerkannte den Anspruch auf die soziale Hilfe des Staates, also der Gemeinschaft erst, wenn der Bedürftige durch seine Arbeit, also seine Leistung für den Staat, für die Gemeinschaft, sich das Recht auf Erfüllung seines Anspruchs durch die Erfüllung seiner Pflicht erworben hatte; deswegen setzte Bismarck ja auch dem drängenden Verlangen nach einer entschiedenen Wendung des Arbeiterschutzes bei Frauen, Kindern und am Sonntag Zweifel entgegen, die allerdings durch seine hier allzusehr von der Landwirtschaft bestimmte Anschauung der Praxis bereits infolge der Industrialisierung überholt waren. Bismarck sah den Arbeiter zuletzt immer wieder politisch an, er wußte, daß die Arbeiter „für die Sicherheit des Reichs einzustehen mit dem Gewehr in der Hand alle bereit sind, jeden Tag und alle ohne Ausnahme“, wie das Jahr 1914 dann bewiesen hat ...

Auch in seiner sozialen Gesetzgebung war Bismarck Realpolitiker und kein Doktrinär. Sein sozialpolitisches Werk hat deswegen auch alle Stürme der Zeit überdauert und bildet heute noch, fünfzig Jahre nach seiner Amtsentlassung, den unerschütterlichen Grundbau des sozialen Lebens in Deutschland, bei allen Erweiterungen und Neuerungen, die es auch von Jahrzehnt zu Jahrzehnt natürlicherweise erfahren hat. Es war aus dem Leben erwachsen, weil Bismarck niemals auf dem Standpunkte gestanden hatte, er brauchte nicht mehr zu lernen. Er hatte immer aus dem Leben gelernt, ohne damit sich entschuldigen zu wollen, daß „zurückbleibt, wer feststeht auf dem Standpunkt, den er einmal gehabt hat“. „Für mich hat immer nur ein einziger Kompaß, ein einziger Polarstern,

nach dem ich steuere, bestanden: Salus publica! Ich habe von Anfang meiner Tätigkeit an vielleicht oft rasch und unbesonnen gehandelt, aber wenn ich Zeit hatte, darüber nachzudenken, mich immer der Frage untergeordnet: Was ist für mein Vaterland, was ist — so lange ich allein in Preußen war — für meine Dynastie, und heutzutage, was ist für die deutsche Nation das Nützliche, das Zweckmäßige, das Richtige? Doktrinär bin ich in meinem Leben nicht gewesen; alle Systeme, durch die die Parteien sich getrennt und gebunden fühlen, kommen für mich in zweiter Linie, in erster Linie kommt die Nation, ihre Stellung nach außen, ihre Selbständigkeit, unsere Organisation in der Weise, daß wir als große Nation in der Welt frei atmen können.

„Alles, was nachher folgen mag, liberale, reaktionäre, konservative Verfassung — meine Herren, ich gestehe ganz offen, das kommt mir in zweiter Linie, das ist ein Luxus der Einrichtung, der an der Zeit ist, nachdem das Haus festgebaut dasteht. In diesen Parteifragen kann ich zum Nutzen des Landes dem einen oder dem andern nähertreten, die Doktrin gebe ich außerordentlich wohlfeil. Schaffen wir zuerst einen festen, nach außen gesicherten, im Innern festgefügten, durch das nationale Band verbundenen Bau, und dann fragen Sie mich um meine Meinung, in welcher Weise mit mehr oder weniger liberalen Verfassungseinrichtungen das Haus zu möblieren sei, und Sie werden vielleicht finden, daß ich antworte: Ja, ich habe darin keine vorgefaßte Meinung, machen Sie mir Vorschläge, und wenn der Landesherr, dem ich diene, beistimmt, so werden Sie bei mir prinzipielle Schwierigkeiten wesentlich nicht finden. Man kann es so machen oder so, es gibt viele Wege, die nach Rom führen. Es gibt Zeiten, wo man liberal regieren muß, und Zeiten, wo man diktatorisch regieren muß, es wechselt alles, hier gibt es keine Ewigkeit. Aber von dem Bau des Deutschen Reiches, von der Einigkeit der deutschen Nation, da verlange ich, daß sie fest und sturmfrei dastehe und nicht bloß eine passagere Feldbefestigung nach einigen Seiten hin habe; seiner Schöpfung und Konsolidation habe ich meine ganze politische Tätigkeit vom ersten Augenblick, wo sie begann, untergeordnet, und wenn Sie mir einen einzigen Moment zeigen, wo ich nicht nach dieser Richtung der Magnetnadel gesteuert habe, so können Sie mir vielleicht nachweisen, daß ich geirrt habe, aber nicht nachweisen, daß ich das nationale Ziel einen Augenblick aus den Augen verloren habe."

SECHZEHNTES KAPITEL

Der Abschied

(1888—1890)

Bismarck war eine Herrscher- und Kampfnatur. Er hatte in seiner Jugend Jahrzehnte gebraucht, um sich ein- und unterzuordnen. Sein angeborenes Herrentum hatte dem Auskultator und Referendar den Übergang in den Staatsdienst unmöglich gemacht: es war ihm nicht gegeben, in einer untergeordneten Stellung dem preußischen Staate dienen zu können; er konnte nur leitend für das Ganze arbeiten und Verantwortung für das Ganze übernehmen. Da er damals dafür noch zu jung war, ergriff er gerne die Gelegenheit, die Güter der Familie zu bewirtschaften: hier konnte er auf dem Dorfe der Erste und brauchte nicht, wie im Staatsdienst, der Subalterne sein. Er hat dann mit seinem herrischen Germanentrotz in der zweiten Sturm- und Drangzeit seines Lebens als „toller" Junker, als Landedelmann jenen Titanenkampf mit Gott gekämpft, der keinem genialen Deutschen erspart bleibt: sich einordnen in das Weltall und sich unterordnen unter Gottes Befehle hieß das innere Thema jener Jahre zwischen 1838 und 1846; die Unerbittlichkeit der Grenzen des menschlichen Daseins mußte Bismarck erst durch den Tod Marie von Blanckenburgs zum erschütternden Erlebnis werden, ehe seine herrische, kämpferische Natur sich dem ewigen Willen unterwarf, ehe er nicht nur religiös, sondern gläubiger Christ wurde. Damit war jene Entwicklung in seinem inneren wie äußeren Leben auf der Grundlage unbedingter Wahrhaftigkeit und letzter Erkenntnismöglichkeit erreicht, durch die ihm die Unterwerfung nicht nur unter die Allmacht Gottes zum Daseinsgesetz wurde, sondern auch unter das überpersönliche Wesen des Staates. Er konnte nun aktiver Politiker werden, weil er nicht der Devise folgte aliis inserviendo consumor, sondern

allein dem patriae inserviendo consumor! Oder wie er in den „Gedanken und Erinnerungen“ sagte: weil er „seine Ehre mit der des Landes vollständig identifizierte“. Dies Verhalten des „ich stelle stets das Vaterland über meine Person“, nach einem Wort von 1874, verlor sich nun bei ihm in keine abstrakte Staatsidee, sondern blieb blutvolle Wirklichkeit. Das Vaterland personifizierte sich für ihn, den Monarchisten, in der Person des Souveräns, des Herrschers, des Königs. Ihm vermochte er sich seit seinem Eintritt in die Politik unterzuordnen, weil der König für ihn das Vaterland war. Wenn er fortan in der Revolution 1848, in den Frankfurter Gesandtschaftsjahren für Preußens König kämpfte, Ministerpräsident des Königs zu werden wünschte, wenn er fortan diente, stets geschah es für die übergeordnete Macht des Staates, für dessen überpersönliches Wesen und dessen Gott beinhaltende Macht. So war der Herrscher Bismarck Diener geworden, so fügte sich die kämpferische Herrennatur dem Dienste, so fühlte sich und war Bismarck der erste Diener und Ratgeber des Königs und Kaisers als erster Diener des Staates. So vermochte er immer wieder seine souveräne Art zu zähmen und zu zügeln, daß sie sich dem monarchischen Souverän fügte, ja oft auch unterwarf.

Dies gigantische Ringen, das Bismarck während seines ganzen Lebens mit sich selbst bisweilen bis zur tiefsten Verzweiflung und ständig bis an die letzten Grenzen seiner Kräfte durchzuführen hatte, verlief siegreich und für Deutschland segensvoll, weil das Schicksal Bismarck einen Souverän überordnete, der wie König und Kaiser Wilhelm I, jenes menschliche Maß besaß, das zu einer Zusammenarbeit mit Bismarck unbedingt notwendig war. König Wilhelm hatte sich jahrelang gegen Bismarcks Titanenkraft gesträubt. Als ihn aber die Stunde tiefster Not, die eine Stunde letzten Versagens in der Bewältigung seiner politischen Aufgabe war, Bismarck als einzige und letzte Rettung für Thron und Vaterland herbeirufen ließ, ward er die Treue gegen seinen ersten Diener selbst. Mochte kommen, was immer wollte, König und Kaiser Wilhelm I. war unzerstörbar gewiß, daß alles, was Bismarck tat, dachte, plante und vollführte, nur um des Wohles der Monarchie, des Vaterlandes, Deutschlands willen geschah. Wilhelm I. war der Herr nach Recht und Gesetz, er war auch der Herr nach dem Adel seines Wesens und dem Verantwortungsgefühl seines Denkens und Tuns; da ihm aber die Natur das Herrentum schöpferischer Kraft

versagt hatte, mußte er sich diese Schöpferkraft in einer andern Herrennatur ergänzend suchen: Bismarck brachte ihm sein schöpferisches Genie zu; erst durch Bismarck wurde Wilhelm I. zu einem Souverän, der nicht nur sorgsam verwaltete und exerzierte, der nicht nur strebsamer Fachsoldat und sauberer Beamter war, sondern Bauherr eines größeren Preußen, eines neuen Deutschland. Bismarck war der geniale Architekt dieses mächtigen Reichsbaues, dessen Bauherr der König und Kaiser war.

Die Zusammenarbeit zwischen diesem Bauherrn und seinem Architekten war mehr als zweiundeinhalb Jahrzehnte segensreich gewesen und bis auf die selbstverständlichen Reibungen und Krisen, Spannungen und Kämpfe, die jede fruchtbare Zusammenarbeit mit sich bringt, in Form wie Inhalt würdig verlaufen, weil sich beide Arbeiter am Staate, beide Diener des Vaterlandes als unentbehrliche Ergänzungen erlebten. Sie schufen jene Synthese zwischen Werdendem und Gewordenem, Neuem und Altem, Beharrung und Befruchtung, aus der allein das Bleibende im ewigen Wandel des Daseins hervorgeht. Sie stellten in dieser Synthese jene Ganzheit des Lebens her, die kosmischer Art ist. Diese Ganzheit konnte ihr Ziel im deutschen Raume erreichen und den Frieden in der Welt schaffen und erhalten, der aus Vertrauen zur Ganzheit auf natürliche Weise wächst.

Es war selbstverständlich, daß die Welt und zuerst natürlich Preußen-Deutschland eine tiefe Erschütterung erfahren mußte, als der Tod diese Ganzheit, diese Synthese, diese Zusammenarbeit, auf der der Spannungsausgleich zwischen dem Herrschaftsanspruch des schöpferischen Genies und dem Herrschaftsbesitz des monarchischen Erbes beruhte, auseinanderriß. Als Bismarck am 9. März 1888 von seinem Kaiser, dem „königlichen Ritter und Helden", „dem starken und tapferen Geist" Abschied nehmen mußte, begann eine neue Epoche. Bismarck spürte diese Wende tief innerlich. Er wußte, daß nun erst der unheimliche und eigentliche Kampf um seine Herrschaft und sein Werk einsetzte, denn bisher konnte er durch die Gemeinschaft mit seinem König seine Herrschaft und sein Werk behaupten. Jetzt wurde aber die Herrschaft wieder zwiegespalten: hier das traditionelle Erbe der Monarchie mit dem überkommenen und zuerst nur formal berechtigten Herrschaftsanspruch, dort der gottgewollte, naturnotwendige, aus dem Gebot, sich zu erfüllen, hervorgehende Herrschaftsanspruch des Genies.

Das Ringen zwischen Kaiser und Kanzler, das einmal vor jenem 23. September 1862 der Öffentlichkeit unsichtbar stattgefunden hatte, setzte nun wieder ein und endete tragischerweise — tragisch für Bismarck, wie für Deutschland — mit dem Siege des formalen Herrschaftsanspruchs, Kaiser Wilhelms II., weil er die junge Generation der Dreißigjährigen, also die zeitliche Zukunft der nächsten dreißig bis vierzig Jahre darstellte und um sich scharte, während der bald fünfundsiebzigjährige Kanzler zeitlich die Vergangenheit bildete, obwohl er — was damals niemand sah und auch heute viele Menschen noch nicht sehen — über die Zeit hinausgewachsen war und in erhabener Weisheit und Überschau das ewige Deutschland, das ewige Lebensgesetz Deutschlands verwirklichte und darum stets zur Führung und Gestaltung von Deutschlands Schicksal am Ruder bleiben mußte. Es gab damals und es gibt zu allen Zeiten nun einmal kein Heil für Deutschland als nur nach den Erkenntnissen und Erfahrungen, Richtlinien und Ergebnissen, Bindungen und Gesetzmäßigkeiten der Bismarckschen Politik im Innern wie im Äußeren. Das wollte aber die zwischen 1888 und 1890 ins Mannesalter eintretende junge Generation des jungen Kaisers nicht wahrhaben. Sie begann jene Abkehr von Bismarck, die zugleich die Abkehr von Deutschland war und damit Deutschlands Unglück wurde...

Die Welt von 1888 hielt sich nur an die Äußerlichkeiten der Vorgänge oder an ihre Triebleidenschaften. Sie sah wohl, wie Bismarck unter dem Verlust seines Kaisers litt. Der Fürstkanzler hatte noch am Sterbebette des am 4. März erkrankten neunzigjährigen Souveräns gestanden und am 8. März ihm das Versprechen gegeben, in seiner Stellung zu verbleiben und seinen Nachfolgern zur Seite zu stehen, vor allem auch seinem Enkel seine Erfahrung zugute kommen zu lassen. Er hatte noch die Worte gehört, mit denen der Fieberbefallene seinem nicht anwesenden Enkel riet: „Mit dem russischen Kaiser mußt du immer Fühlung halten, da ist kein Streit notwendig“, und er hatte damit aus dem Munde des Herrschers, der fast ein Jahrhundert Weltpolitik persönlich miterlebt hatte, das politische Lebensgesetz Deutschlands, das er selbst stets verwirklicht hatte, als letztes Vermächtnis vernommen. Bismarck hatte dann dem Reichstag am 9. März, wenige Stunden nach dem Heimgang des Verewigten, den letzten Willen mitgeteilt: „die heldenmütige Tapferkeit, das nationale, hochgespannte Ehrgefühl

und vor allen Dingen die treue, arbeitsame Pflichterfüllung im Dienste des Vaterlandes und die Liebe zum Vaterlande", die in ihm „verkörpert waren", als „unzerstörbares Erbteil unserer Nation" „in Krieg und Frieden" zu bewahren. „Alle Völker der Erde, ohne Ausnahme" gaben dann dem Dahingeschiedenen „ihre Sympathie, ihre Teilnahme, ihre Trauer am Sarge zu erkennen"...

Bismarck war nun allein! In erhabener Einsamkeit mußte er die Fortführung seines Werkes versuchen. Er war erfüllt von dunkler Vorahnung kommenden Unheils. Der Reichstag hatte ihm ja immer wieder seit 1871 bewiesen, daß die deutsche Zwietracht das Reich bis in die Grundfesten zu zerstören imstande war, und daß die junge Generation ohne jede tiefere Ehrfurcht vor der Leistung jener Männer stand, die aus der Zerrissenheit von Jahrhunderten die Einheit im neuen Kaiserreich geschaffen hatten. Bismarck zog sich aus diesem das letzte Jahrzehnt seines Lebens unheimlich bedrückenden höheren Wissen um die Zusammenhänge der politischen und seelischen Entwicklung und Zukunft Deutschlands tief in sein Inneres zurück. Er spürte zuletzt, daß er machtlos würde zusehen müssen, wenn er erst einmal von seinem Werke fortgestoßen sein würde. Er wußte nur zu genau, aus eigenem Leben und Erfahren, daß es eine Magie und Dämonie des Schicksals gibt, der ganze Generationen und Völker zuzeiten unentrinnbar erliegen...

Vorerst erlebte die Welt freilich, daß „alles beim alten" blieb. Jene zeitbefangenen Geister einer oberflächlichen Aktualität und Neuerungssucht, die glaubten, der angeblich „liberale" Kaiser Friedrich III. und seine englische Gemahlin würden Bismarck „entlassen", sahen sich enttäuscht. Der damals siebenundfünfzigjährige Kaiser, seit 1887 an Kehlkopfkrebs todkrank, stellte jene Generation dar, die in ihrer Jugend noch die deutsche Zerrissenheit, in ihrem Mannesalter dann das Werden und den Kampf um die Festigung der deutschen Einheit miterlebt hatte und nun reif genug geworden war, um Bismarcks Politik und Herrschaft sachlich und als einzige deutsche Daseinsmöglichkeit zu begreifen. Kaiser Friedrich III. rüttelte deswegen in den 99 Tagen seiner Regierung nicht an Bismarcks Stellung und Politik, wenn er auch den hochkonservativen Minister des Innern von Puttkamer wegen amtlicher Wahlbeeinflussung, die den konfessionellen Frieden störte, am 8. Juni entließ. Er bejahte aber ausdrücklich Bismarcks

auswärtige Politik in dem schweren Kampf, den die Absicht der Königin Victoria von England, seiner Schwiegermutter, und seiner Frau, der Kaiserin Victoria, seine Tochter, die Prinzessin Victoria mit dem entthronten Fürsten von Bulgarien, dem Prinzen Alexander von Battenberg, zu verheiraten, in der Öffentlichkeit hervorrief. Bismarck mußte hier, auch mit Hilfe einer dreißigseitigen Denkschrift, schärfstens widersprechen, kam doch sogar die Queen selbst, die sich mit ihm einsichtsvoll aussprach, nach Berlin. Kaiser Friedrich sah ein, daß diese Hochzeit Feindschaft zwischen Deutschland und Rußland säen müßte, und verbot, Bismarcks Willen entsprechend, die Verbindung der Kaisertochter mit dem Sprößling der Nebenlinie eines deutschen Fürstenhauses, weil er das Schicksal Deutschlands höher stellte als den privaten Ehebund zweier Fürstenkinder. Auf dieser Grundlage waren Kaiser Friedrich und Bismarck einig, wären sie stets einig gewesen. Der Tod nahm aber den „königlichen Dulder", „nach langem, schwerem, mit bewunderungswürdiger Standhaftigkeit und Ergebung in den göttlichen Willen getragenem Leiden" am 15. Juni hinweg.

Wilhelm II. bestieg als Neunundzwanzigjähriger den Thron. Sein Vater hatte noch eindreiviertel Jahr zuvor über ihn an Bismarck geschrieben, „daß er angesichts seiner mangelnden Reife sowie Unerfahrenheit, verbunden mit seinem Hang zur Überhebung wie zur Überschätzung", „es gradezu für gefährlich bezeichnen" müßte, wenn sein ältester Sohn „jetzt (Herbst 1886) mit auswärtigen Fragen in Berührung" gebracht würde. Bismarck hatte diese „mangelnde Reife, Unerfahrenheit, Überhebung und Überschätzung" auch schon zu spüren bekommen. Jetzt aber wurde dieser junge Kaiser nicht nur mit der auswärtigen (und inneren) Politik in Berührung gebracht, sondern erhielt das Recht der Entscheidung darüber! Er wollte dies Recht der Entscheidung auch unter allen Umständen nutzen. Die junge Generation der Dreißigjährigen trat mit ihm ihre Herrschaft an. Nicht nur die alte Generation der Siebzigjährigen, auch die mittlere Generation der Fünfzigjährigen fiel plötzlich aus: die organische Entwicklung der Politik, des Reichs riß damit ab. Vergebens stemmte Bismarck sich diesem Schicksalsbefehl entgegen. Er konnte nur als tragischer Held fechten und fallen. Deutschlands Unheil begann ...

Als Kaiser Friedrich III. starb, schien es, als brauchte Bismarck von seiner Erklärung am 4. Juni keinen Gebrauch zu machen: er

würde sich fest an seinen Stuhl halten, selbst wenn man ihn herauswerfen wollte, er würde auch nicht gehen, wenn man ihm seinen Abschied ins Haus schicke, weil er ihn nicht kontrasigniert habe, er habe viele heftige Kämpfe mit Wilhelm I. gehabt, man dürfe nicht so leicht gehen ... Die Öffentlichkeit glaubte an ein gutes Verhältnis zwischen Bismarck und dem jungen Kaiser; sie wußte nichts davon, wie scharf Bismarck dem Prinzen Ende 1887 entgegengetreten war, als hochkonservative Kreise unter Führung des stellvertretenden Generalstabschefs Grafen Waldersee und des Hofpredigers Adolf Stoecker versucht hatten, den künftigen Thronerben für ihre Ziele einzufangen. Der Prinz hatte damals zwar erklärt, „ich ließe mir stückweise ein Glied nach dem anderen für Sie abhauen, eher, als daß ich etwas unternähme, was Ihnen Schwierigkeiten machen oder Unannehmlichkeiten bereiten würde". Als Kaiser vergaß er aber dieses pathetische Bekenntnis sehr rasch und hielt statt zu dem alten Kanzler, der ihn schon vor einem törichten, alle andern deutschen Fürsten vor den Kopf stoßenden Thronbesteigungserlaß bewahrt und seine falsche Russenpolitik abgewehrt hatte, zum intriganten Grafen Waldersee, der als stellvertretender Chef des Generalstabes einen Präventivkrieg gegen die französisch-russische Gefahr propagierte und selbst Reichskanzler werden wollte. Bismarck war sich von Anfang an klar, daß seine Zusammenarbeit mit Wilhelm II. die größten Schwierigkeiten zeitigen würde; er war ein viel zu erfahrener Menschen- und Fürstenkenner, um nicht zu ahnen, was Finanzminister von Scholz schon Ende 1887 vom Prinzen gehört hatte: man brauche Bismarck noch einige Zeit sehr dringend, später würden seine Funktionen geteilt werden, der Monarch müßte mehr davon übernehmen.

Gegen eine Teilung der Funktionen auf ehrenvolle Weise hätte Bismarck selbst nicht viel einzuwenden gehabt. Ihm kam es auf das Reichskanzleramt, also die Führung der Gesamtpolitik und das Auswärtige Amt, d. h. die spezielle Pflege der äußeren Beziehungen des Reichs an. Das preußische Ministerpräsidium und das Handelsministerium, das er in der Krise ja auch sofort abgab, hätte er gerne anders besetzt, weil er selbst wußte, daß seine Alterskräfte für Ressortarbeit im engeren Sinne nicht mehr zureichten, und daß er von Friedrichsruh aus, wo er jetzt meist weilte, diese Geschäfte nicht bis ins einzelne verantwortlich durchführen konnte.

Bismarck war, als Wilhelm II. den Thron bestieg, auf der Höhe

seiner Macht: innenpolitisch regierte er mit dem Kartell der Konservativen, Freikonservativen, Nationalliberalen, außenpolitisch mit Dreibund, Rückversicherungsvertrag und Englands Freundschaft. Er hatte alle Fäden in der Hand, hatte die Personenkenntnis und das Fingerspitzengefühl für jede Situation und Veränderung. Er konnte eine Einmischung von irgendeiner Seite in das feinmaschige Netz seiner Politik auf keine Weise dulden, nun schon gar nicht von einem unreifen, jungen Manne, der seine Anmaßung, von der Sache etwas zu verstehen und nur seinen Willen gelten zu lassen, mit keinerlei Sachkenntnis noch Leistung begründen, sondern nur auf seine Eigenschaft als Thronerbe zurückführen konnte. Bismarck spürte, daß die anfängliche Zurückhaltung Wilhelms II., der seine Zustimmung zur Strafverfolgung des Publikators des Kaiser-Friedrich-Tagebuchs, Prof. Geffcken, gab, nur ein Abwarten und keine ehrliche Einstellung war, weil ringsherum die Intrigen und Quertreibereien, die einen irrigen Aufsatz der „Kölnischen Zeitung" gegen den englischen Botschafter in Petersburg zum Fall Geffcken und die Differenz mit der Schweiz wegen des ausgewiesenen deutschen Kommissars Wohlgemuth ausbeuteten, ständig zunahm. Die Konservativen und Liberalen wie die ganze junge Generation und alle Höflinge, Generale, Diplomaten, Minister, Staatssekretäre, die die feste Hand Bismarcks und seines Sohnes Herbert, der als Staatssekretär seines Vaters Stellvertreter im umfänglichsten Sinne des Wortes war, ablehnten, witterten Morgenluft. Sie merkten, daß der sanguinische junge Kaiser Beeinflussungen zugänglich war, Volksbeglückungsideen im Kopfe hatte und bald konservativ, bald liberal hin- und herschwankte, vor allem sich überall Freunde und Anhänger gewinnen wollte. Schon seit dem großen Kohlenarbeiterstreik im Mai 1889, in dem Bismarck einen brauchbaren Anlaß zu einer Verschärfung des Sozialistengesetzes sah, raunten die „Eingeweihten" von Bismarcks Entlassung, weil der Kaiser offen Partei für die Arbeiter und gegen die Gutsbesitzer nahm und die Beilegung des Streiks eitel sich zugute schrieb. Graf Waldersee begann immer schärfer jede Gelegenheit zu Wühlereien gegen Bismarck wahrzunehmen, mochte es sich um die russische Konvertierungsanleihe, die er wegen deren Zusammenhang mit Bleichröder zu giftigsten Verleumdungen der Beziehungen Bismarcks zu dem Bankier beim Kaiser nutzte, oder um die unzulässige antirussische Kriegspolitik im Generalstab handeln. Der Kaiser

von Rußland, der im Oktober 1889 zu Besuch in Berlin weilte und auch Bismarck empfing, fragte den Kanzler geradezu, ob er denn sicher sei, daß sein Souverän ihn immer behalten wolle. Bismarck glaubte diese Frage noch unbedingt bejahen zu wollen, vergaß aber das zweifelnde Gesicht des Zaren nicht mehr, das ihm bestätigt wurde, als Wilhelm II. über seinen Rat, nicht sofort den Besuch in Petersburg zu erwidern, weil der Zar solch häufigen Verkehr nicht liebe, sich mehr als verstimmt zeigte. Bismarck fuhr damals zwei Tage später nach Friedrichsruh, von wo er erst am 24. Januar 1890 nach Berlin zurückkehrte.

Bismarcks Feinde — und unerhörterweise schien er damals in den Ministerien und bei Hofe, bei den Parteien und in der Presse nur Feinde zu haben, denn niemand erhob seine Stimme für ihn, niemand kämpfte für ihn, niemand trat dem eklen Treiben und dem übertriebenen Ehrgeiz des Monarchen entgegen — setzten ihre Wühlarbeit, die sich in den Erinnerungen des Grafen Waldersee deutlich von Monat zu Monat verfolgen läßt, mit unermüdlicher Zähigkeit fort. Sie hatten bereits breiten Boden in den Kartellparteien gewonnen und hetzten bei jeder Willensäußerung des Kanzlers: bald paßte ihnen seine Zurückhaltung bei den Beamtenbesoldungserhöhungen nicht, bald ärgerten sie ihn mit einem Initiativantrag wegen Wildschäden persönlich. Bismarck, der seit langem seine tiefe Verachtung des Parlamentarierunwesens nur immer wieder bestätigt sah, schickte den Landtag nach Hause, ließ sich die Hetze der „Kreuzzeitung" gegen das Kartell nicht gefallen und zwang Hofprediger Stoecker, entweder auf sein Amt zu verzichten oder seine bismarckfeindliche Agitation, an der auch konservative Führer wie Helldorff und Rauchhaupt beteiligt waren, einzustellen. Bei den Nationalliberalen, die durch R. v. Bennigsen am 30. Oktober 1889 abermals einen Reichsfinanzminister forderten, war es Miquel, der sich ins Vertrauen des Kaisers einschlich und sogar „vor der allzu weitgehenden Unterstützung des schnell alternden Kanzlers" durch ein Rundschreiben des Parteisekretärs Patzig warnte! Die Neuvorlage des erweiterten Sozialistengesetzes im Herbst 1889, das zur Dauer erhoben werden sollte, griffen Nationalliberale wie Konservative zur Anmeldung ihrer Sonderwünsche auf: der Parteigeist setzte sich auch im Kartell wieder durch. Die Parteien waren Ende 1889 bereit, Bismarck fallenzulassen! Dazu kam, daß sogar in Bismarcks nächster Nähe der Verrat sich erhob: der Vortragende

Rat im Auswärtigen Amt, von Holstein, die spätere „Graue Eminenz", machte sich — wie mancher unter den Bundesgesandten und fremden Diplomaten — zum Austräger der inneren Vorgänge des Bismarckschen Arbeitskreises, informierte das Haupt der Kamarilla, den Grafen Waldersee, ständig und arbeitete am Sturz seines Vorgesetzten.

Bismarck war von der Meute seiner Verfolger, Neider und Verleumder umstellt, als er am 24. Januar 1890 wieder nach Berlin kam. Er wußte, daß jetzt der große Kampf um seine Behauptung im Amte einsetzen würde. Er war nicht, wie Wilhelm Schüßler behauptet, mit Blindheit geschlagen, denn er kämpfte ja vom ersten Augenblick an. Der Kaiser hatte ihn zu einem Kronrat nach Berlin berufen, über dessen Tagungsstoff aber nicht informiert und erst eine halbe Stunde vor der Sitzung sprechen wollen: diese Tatsachen genügten einem erfahrenen Manne wie Bismarck, um ihm zu sagen, was die Stunde geschlagen hatte. Er berief also vorher noch eine Sitzung des Staatsministeriums ein, einigte hier die Minister auf eine weder zustimmende noch ablehnende Haltung gegenüber den kommenden unbekannten, wahrscheinlich den Arbeiterschutz betreffenden Kaiservorschlägen und erklärte gleich, er wolle nur noch als Altenteil die Außenpolitik, das Auswärtige Amt und die Reichskanzlerschaft behalten, die preußischen Ämter aber niederlegen. Der Kaiser, der beim Vorempfang auch kein Wort über seine Absichten gesagt hatte, entwickelte dann im Kronrat das große sozialpolitische Programm, nach dem er wie Friedrich d. Gr. ein roi des gueux sein wollte, und ließ eine der zwei Niederschriften, „Bemerkungen zur Arbeiterfrage" und „Vorschläge zur Verbesserung der Lage der Arbeiter", die er mit unverantwortlichen Privatpersonen beraten hatte, und die unter anderem die Sonntagsarbeit verbieten, Frauen- und Kinderarbeit zu beschränken forderte, durch Staatssekretär v. Boetticher vorlegen. Bismarck verhielt sich bei allen Bedenken, die er äußerte, gegen diese neue Arbeiterschutzgesetzgebung, die ihm zu weit ging, dilatorisch und erklärte sich nur, als der Kaiser für die tags darauf fällige Reichstagssitzung eine abschwächende Erklärung der Regierung zum Sozialistengesetz verlangte, energisch dagegen, zumal auch alle Minister sich auf Bismarcks Seite stellten; man einigte sich schließlich auf die Beratung eines kaiserlichen Erlasses zur Sozialpolitik im Staatsministerium für den 26. Januar.

Am 25. Januar fiel aber im Reichstag das ganze Sozialistengesetz, um das seit November 1889 gekämpft worden war. Bismarck war im Kronrat darüber mit dem Kaiser aneinandergeraten: der Kaiser, der sich überall Liebkind machen wollte, wollte vor dem Reichstag kapitulieren und entgegen des Kanzlers Willen auf die umstrittene Ausweisungsbefugnis verzichten. Bismarck wollte „die Wogen höher gehen lassen", der Kaiser wollte kein „Experiment mit dem Vakuum", das durch die Ablehnung des Gesetzes eintreten und zu „Aufruhr und Blutvergießen" führen könnte. Bismarck bestand auf seinem Willen, weil er endlich in die endgültige Abrechnung mit der Sozialdemokratie und dem seit zwei Jahrzehnten sein Werk zersetzenden Parteigeist kommen wollte, erklärte, bei Nichtannahme seines Rates zurücktreten zu wollen, und versetzte den Kaiser dadurch in die „Zwangslage", nachgeben zu müssen. Der Kaiser hat ihm diese Niederlage nicht vergessen. Die Kanzlerkrise, die seit dem Tode Kaiser Wilhelms I. schleichend begonnen hatte, brach aus. Als nun der 25. Januar tatsächlich das „Vakuum" durch die Ablehnung des Sozialistengesetzes heraufbrachte, der Reichstag geschlossen wurde und der Wahlkampf für den 20. Februar einsetzte, verlor sich die Treue der Kollegen Bismarcks, die noch am 24. Januar außer Staatssekretär v. Boetticher und Innenminister Herrfurth für Bismarcks Meinung eingetreten waren, sehr rasch. Bismarck fühlte sofort, daß er von aller Welt verlassen sei. Sein Sohn Wilhelm riet ihm damals, den Abschied zu nehmen. Bismarck war aber nicht der Mann, das Feld kampflos zu räumen. Er riß sich zusammen und nahm den Fehdehandschuh auf, weil er wußte, sein Rücktritt würde, wie die Wirklichkeit es auch erwiesen hat, ein großer Schaden für Deutschland sein; solche Einbuße an Ansehen und Macht konnte er nicht verantworten. Er kämpfte nicht aus Egoismus für sein Verbleiben im Amte, sondern um Deutschlands willen.

Er versuchte es zuerst mit der Liebenswürdigkeit. „Ich denke, wir machen mit", erklärte er am 26. Januar im Ministerrat zu den sozialen Forderungen des Kaisers. Und räumte dem Günstling des Kaisers, dem Oberpräsidenten Frhr. v. Berlepsch, das Handelsministerium ein, regte an, den Staatsrat zum Kaisererlaß zu hören und eine internationale Arbeiterschutzkonferenz einzuberufen. Am 27. fand bei der Gratulationscour eine Art Versöhnung zwischen Kaiser und Kanzler statt: „Ich hoffe, ich werde mich noch lange

Ihrer Dienste erfreuen können", sagte der Kaiser und Bismarck antwortete: „Gerne, Majestät, solange die alten Knochen noch halten." Aber schon einige Tage später setzte die Spannung wieder ein! Der Kaiser erschien plötzlich sporenklirrend in der Ministerratssitzung: „Wie steht es mit dem Manifest?" Bismarck konnte ihn zwar beruhigen, man hätte soeben zwei Erlasse zur Wahl für Majestät ausgearbeitet. Das Mißtrauen des Kaisers blieb freilich durch Zwischenträgereien über Unterredungen Bismarcks mit dem sächsischen Gesandten Grafen Hohenthal, der König Alberts Arbeiterschutzforderungen vertrat, und mit dem bayerischen Gesandten Grafen Lerchenfeld, sowie eine scharfe Zurechtweisung Bismarcks an seinen Erzieher Geheimrat Hinzpeter, der in diesem ganzen Kaiser-Kanzler-Ringen keine schöne Rolle spielte, geweckt. Bismarck erkannte am 4. Februar, an dem der Kaiser zum letzten Male bei ihm zu Gast war: „Der Kaiser liebt mich, aber imponieren kann ich ihm nicht." Die Überheblichkeit der Jugend, die sich von nichts imponieren läßt, war Bismarck klar geworden. Er sagte deswegen vier Tage später zum Kaiser: „Ich fürchte, daß ich Eurer Majestät im Wege bin."

So war es in der Tat: der Kaiser wollte Bismarck nur noch zum Durchbringen der neuen Militärvorlage behalten, dann aber mit Hilfe von Männern, die ihm zu Willen waren, eigene Politik treiben. Bismarck schlug ihm sein Ausscheiden aus den preußischen Ämtern für den 20. Februar, den Tag der Reichstagswahlen, und sein Beibehalten des Reichskanzleramts wie der Außenpolitik vor, und Wilhelm II. war an diesem Tage, dem 8. Februar, mit dieser Regelung einverstanden. Im Ministerrat hielt Staatssekretär v. Boetticher, der Bismarck in jeder Beziehung zur Treue verpflichtet war, sich jetzt aber lieber zum Kaiser schlug, eine richtige „Leichenrede", so daß Bismarck wußte, woran er war. Die Gerüchte um seinen Abgang, die nicht ausblieben, ließen schlechte Reichstagswahlen voraussehen; Bismarck warnte den Kaiser, der mißvergnügt sagte: „Dann bleibt also alles beim alten." Daß es aber nicht dabei blieb, dafür sorgten schon Männer wie Graf Waldersee, zu dem der Kaiser am 22. Februar in Verdrehung der Tatsachen sagte: „Bismarck hat gehen wollen und am nächsten Tage sein Gesuch zurückgezogen. Solches Spiel lasse ich mir nicht gefallen; jetzt werde ich den Termin bestimmen, zu dem er gehen soll, zunächst muß er noch bleiben. Sein Unglück ist seine maßlose

Herrschsucht. Er hat ja allmählich alles untergekriegt und ist verwöhnt; bei mir ist er nun einmal an den Falschen gekommen."

Der offene Kampf setzte ein. Die Presse bemächtigte sich der Kanzlerkrise: keine Feder aber rührte sich für den Schöpfer des Reichs!!! Als nun am 20. Februar die Reichstagswahlen die Kartellparteien von 220 auf 140 Mandate zurückwarfen und die Opposition siegte, fand der Kaiser es zwar für richtig, doch lieber noch einmal mit Bismarck einen Versuch zu machen. Er erreichte des Kanzlers Zustimmung zu der von ihm in Popularitätshascherei gewünschten Arbeiterschutzgesetzgebung im Austausch gegen ein verschärftes Sozialistengesetz, das Bismarck wünschte; eine neue starke Militärvorlage sollte das Regierungsprogramm vor dem neuen Reichstag vollenden. „No surrender!" mahnte Bismarck den jungen Monarchen in dieser Aussprache, und Wilhelm II. schüttelte ihm bewegt die Hand. Bismarck hatte in dieser neuen Situation, keinen arbeitsfähigen Reichstag zu besitzen und wieder ein großes Anschwellen der marxistischen, also staatsfeindlichen Stimmen feststellen zu müssen, den Kaiser in seinem Autoritätswillen davon überzeugen können, daß der Reichsbau ganz umgebaut werden müsse. Er wollte den gordischen Knoten der ewigen Fädenverwirrung durch die Parteien durchhauen: mit einem „Staatsstreich" von oben, ehe die Revolution von unten, die er kommen sah, der Regierung die Bestimmung über die Form und Gestalt, den Inhalt und Weg des Reiches entriß. Er war zu der Einsicht gekommen, daß es eine Illusion gewesen war, das Reich mit Hilfe des Parlamentarismus regieren zu können (wie es sich verschärft ja 1932 erwies!). Er sah ein, daß nicht der Reichstag, also das Parlament, sondern die Armee, nicht die Verfassung, sondern die Macht das Reich hielt. Er wollte wieder zerschlagen, was er 1866 bis 1871 verfassungsrechtlich aufgebaut hatte, und die Fürsten, die den Bund des Bundesstaats „Reich" geschlossen hatten, bewegen, von ihm zurückzutreten und einen neuen, ohne Reichstag zu bilden. Er war der Reichskanzler der deutschen Fürsten, er wich nicht vor dem Votum des Parlaments von seinem Platze; nein, das Parlament mußte weichen, damit er als Führer, die Fürsten als Monarchen das Staatsleben, das „nicht einen Augenblick stillstehen kann", beherrschten. Er wollte das preußische Ministerpräsidium mit einem energischen General — Caprivi wurde von ihm vorgeschlagen — besetzen, um in den zu erwartenden Kämpfen mit den

Marxisten energisch durchgreifen zu können. Der Kaiser als autokratische Natur ging am 25. Februar auf das Kampfprogramm des Kanzlers ein. Der neue Reichstag sollte, wenn er die Arbeiterschutzgesetze, die große Militärvorlage, das neue, verschärfte Sozialistengesetz ablehnte, immer wieder aufgelöst werden, bis die von Bismarck vorausgesagten unheilvollen Folgen des Aufruhrs einträten, die dann zur Gewaltanwendung, d. h. zum Staatsstreich im vorhergeschilderten Sinne benutzt werden sollten.

Bismarck konnte nach diesem Immediatvortrag vom 25. Februar glauben, gewonnenes Spiel zu haben, zum mindesten mit dem Kaiser einig zu sein. Er legte deshalb Wert darauf, wieder Ordnung im eigenen Hause zu schaffen, und erinnerte am 2. März im Ministerium bei Mitteilung des mit dem Kaiser verabredeten Regierungsprogramms an die Kabinettsordre vom 8. September 1852, nach der kein Minister das Recht hatte, über neue Vorlagen, ohne Anwesenheit des Ministerpräsidenten, dem König Vortrag zu halten. Diese sachlich völlig berechtigte Erinnerung, gegen die die Minister mit ihren Zwischenträgereien zum Kaiser verstoßen hatten, war durchaus angebracht; sie war früher nicht nötig gewesen, weil Wilhelm I. gegen jede Zwischenträgerei völlig unempfindlich gewesen war, Wilhelm II. aber nicht. Sie wurde denn auch prompt dem Kaiser hinterbracht, der inzwischen sich immer wieder in die praktische Politik einmischte, mit dem Führer der Konservativen von Helldorff über die Aussichten des Sozialistengesetzes sprach, Bismarck deswegen die Einbringung der entsprechenden Vorlage ablehnte, eine Rede auf dem Brandenburgischen Provinzialtage hielt mit dem Tenor: „Wer gegen mich ist, den zerschmettere ich!", vom alten Kanzler bessere Behandlung des verräterischen Staatssekretärs v. Boetticher, dem er ostentativ den Schwarzen Adlerorden verlieh, forderte und schließlich Bismarcks Verhandlung mit den Parteiführern, insbesondere mit Windthorst wegen eines konservativ-klerikalen Bündnisses zum Durchbringen der Militärvorlage zum Anlaß nahm, den Kanzler am 15. März in der Wohnung seines Sohnes Herbert zur Rede zu stellen. Diese berühmte Unterredung, die Bismarck uns wie alle Vorgänge um seine Entlassung im erst nach dem Kriege veröffentlichten Dritten Bande seiner „Gedanken und Erinnerungen" geschildert hat, brachte den Bruch mit dem Kaiser. Bismarcks Nerven, die seit Monaten infolge des Intrigenspiels rings um ihn her und des unaufrichtigen Verhaltens

des Kaisers aufs äußerste angespannt waren, ertrugen die anmaßende Tonart des jungen Mannes nicht mehr, der der Kaiser doch schließlich gegenüber der ehrwürdigen Erscheinung des Kanzlers, der Deutschland die Reichseinheit und Europa einen zwanzigjährigen Frieden geschaffen hatte, vorstellte. Bismarck wies das völlig unberechtigte Verlangen nach Voranmeldung bzw. Kontrolle der Einzelheiten seiner Arbeitsweise und der persönlichen Bewegung im eigenen Hause beim Verkehr mit Parlamentariern entschieden zurück und konnte auch, wieder durchaus im Rechte, dem Verlangen nach Aufhebung der Ordre von 1852 nicht zustimmen. Der Kaiser wollte nun, um eine Reichstagsauflösung zu vermeiden, die Militärvorlage schwächen, griff in die Außenpolitik ein und riß Bismarck einen Bericht, den der Kanzler ihm nicht geben wollte, aus der Hand, freilich nur um zu lesen, daß der Zar ihn „un fou, un garçon mal élevé et de mauvaise foi“ genannt haben sollte. Der Kaiser war gekränkt und verließ Bismarck mit der nochmaligen Aufforderung nach Aufhebung der Ordre von 1852.

Bismarck wußte nach dieser Aussprache, in der er seiner leidenschaftlichen Empörung keine Zügel angelegt hatte, daß das Ende seiner Tätigkeit da wäre, denn er war keineswegs gewillt, den falschen und später Bismarcks Nachfolgern auch nie gegebenen Befehl des Kaisers zu erfüllen. Der Kaiser aber holte sich die Generäle Graf Waldersee, von Hahnke und von Wittich herbei. Waldersee triumphierte: „Der große Krach ist da!“ Der Kaiser sagte schnoddrig: „Windthorst und Bleichröder! Ach Gott, wissen Sie, Juden und Jesuiten stecken ja immer unter einer Decke!“ Und stellte Bismarck mit Juden und Jesuiten in Parallele! Waldersee schlug nun, nach seinem eigenen Geständnis, scharf auf Bismarck los: „Wo sind seine Verdienste?“ und riet energisch zur Entlassung. Der Kaiser quittierte diese Ratschläge mit dem taktvollen Ruf: „Weidmannsheil!“

Eine Menschenart war mit Wilhelm II. an die Herrschaft und in den Vordergrund gekommen, mit der Bismarck nicht arbeiten konnte, weil sie ihn und seine Politik niemals zu verstehen vermochte. Der Konflikt zwischen dieser Erbengeneration, die ihr Erbe nicht zu schätzen wußte, und der schöpferischen Generation mußte, wie stets in der Geschichte der Menschheit, auch hier ausbrechen. Eine Schmach für das deutsche Volk bleibt es nur, daß niemand damals weder in der Öffentlichkeit noch bei Hofe, weder unter den

Beamten noch in der Armee vor den Kaiser hintrat und fest und ruhig sagte: „Majestät, bis hierher und nicht weiter! Bismarck ist ein heiliger Besitz der Nation. Die Nation läßt sich diesen heiligen Besitz niemals und von niemandem als nur von Gott durch den Tod rauben!“ . . .

Bismarck hatte die innere Halt- und Charakterlosigkeit der Generation, die seit 1871 unter dem materiellen Glücke des neuen Reichs und in der langen Friedenszeit aufgewachsen war, erkannt und wollte sie im Kampfe mit der kommenden marxistischen Revolution (die Deutschland im Weltkrieg dann den Dolchstoß in den Rücken trieb und zu Fall brachte, weil sie nicht, wie Bismarck wollte, beizeiten niedergeschlagen wurde!) aufheben: durch „Rücktritt der Fürsten und Senate der Freien Reichsstädte von dem das Deutsche Reich 1871 begründenden Vertrage, d. h. formelle Auflösung des Reiches und Neubegründung mit verändertem Wahlrecht“ oder durch „Rückzug des Kaisers auf Preußen und Trockenlegung des Reichstags durch Nichternennung von Bundesratsmitgliedern“, nicht aus „Macht vor Recht“, sondern auf Grund der Freiheit, die die Verfassung den Trägern der Staatsgewalt — ähnlich wie im Konflikt 1862 bis 1866 bis zur „Indemnität“ — ließ. Die Marxisten waren ihm, seit der Erklärung Bebels und Liebknechts für die Kommune im Jahre 1871, die erklärten Feinde des Staates, der Monarchie, der Religion, des Eigentums und der Ehe, die Feinde seines von ihm geschaffenen Staates, der sein Ich war, der für ihn die organische politische Körpergestalt des Volkes war. Hier gab es nur einen Kampf mit allen Mitteln, einen Kampf ums Dasein. Bismarck sah jetzt, da die Reichsfeinde ihn zu stürzen suchten und das Sozialistengesetz ablehnten, der neue Reichstag nicht arbeitsfähig nach seinem Sinne war, die Stunde des Staatsstreichs, wie Egmont Zechlin in seinem Buche „Bismarcks Staatsstreichpläne und Wilhelm II.“ (Stuttgart 1929) nachgewiesen hat, gekommen und arbeitete deswegen — seinen Kollegen und auch dem Kaiser mit seiner Kamarilla schwer verständlich, weil sie alle kompromißlerisch, byzantinisch oder romantisch-illusionistisch eingestellt waren — „auf den von ihm für doch einmal unvermeidlich angesehenen Konflikt mit dem Reichstag hin, um sich im Trubel der Ereignisse von ihm oder wenigstens von den Sozialdemokraten loszumachen“! Der Kaiser besaß aber nicht die Fähigkeit zu einer festen und klaren Politik; er hatte am 4. März Bismarcks Verlangen,

den Entwurf des verschärften Sozialistengesetzes als preußischen Antrag am Bundesrat einbringen zu dürfen, abgelehnt. Bismarck wollte dann die durch das Fehlen des Gesetzes zu erwartenden Unruhen der Marxisten und die Militärvorlage nutzen, um zum Ziel seines Staatsstreichs zu kommen. Er fand aber keine Zeitgenossen, die seine große Politik verstanden, die Deutschland einen anderen Weg als den zum Jahre 1914 bzw. 1918 und sicher einen glücklichen beschert hätte. Sie sahen in seinem Plan „nichts als einen Trick des alten Kanzlers, der den Kaiser und das Volk untereinander verhetzen wolle, um sich unentbehrlich zu machen". Der Führer der Konservativen von Helldorff erschien am 14. März abends beim Kaiser und bewog den jungen Herrscher, der in der Krise völlig haltlos war, sogar zur Aufgabe der großen Militärvorlage, nur um mit dem Reichstag, und das hieß der Parteiherrschaft, friedlich auszukommen! Als Bismarck von diesem Entschluß des Kaisers am Morgen des 15. März erfuhr, mußte er diesem wankelmütigen Throninhaber, der nur in eitlem Geltungsbedürfnis und egoistischer Selbstüberschätzung an die Beseitigung des Kanzlers um seiner Alleinverfügung über die Politik willen dachte, seinen ehrlichen Manneszorn und seine tiefe Verachtung bei aller Wahrung der Form ins Gesicht schleudern, so daß der Kaiser später sagte, es hätte nicht viel gefehlt, daß Bismarck ihm das Tintenfaß an den Kopf geworfen hätte ... Zwischen diesem Monarchen und dem Genie gab es keine Möglichkeit zu einer Zusammenarbeit!

Das Volk in allen seinen Schichten und alle Zeitgenossen, berühmte und unberühmte, sahen tatenlos, widerspruchslos zu, wie Bismarck nun in den Tagen nach dem 15. März durch die Besuche des Generals von Hahnke und des Geheimrats von Lucanus, der Chefs der Militär- und Zivilkabinette, wegen Aufhebung der Ordre von 1852 und Einreichung eines Abschiedsgesuches gequält wurde. Niemand griff ein, als der Kaiser am 17. März Bismarck in überaus törichter Weise vorwarf, ihm Berichte über „die furchtbar drohende Gefahr" einer angeblichen russischen Mobilmachung vorenthalten zu haben, gerade zu der Stunde, als der russische Botschafter Graf Schuwalow wegen Verlängerung des russischen Rückversicherungsvertrages, zu der er Vollmacht gegenüber Bismarck Vater und Sohn vom Zaren hatte, vorsprach. Er wollte damit Bismarck nur in kleinlichster Weise reizen, damit er durch einen Formfehler die Schuld an seiner Entlassung vor der Öffent-

lichkeit auf sich lüde. Auch im Ministerrat, dem Bismarck Kenntnis von seinem Gespräch mit dem Kaiser am 15. März und von seiner erbetenen Dienstentlassung gab, erhob sich niemand, um zum Kaiser zu eilen und ihn an der Ausführung des nationalen Unglücks, das Bismarcks Abschied darstellte, zu hindern; nur ein Teil der Minister (Boetticher, Maybach, Scholz, Goßler) bedauerte und riet zum Ausgleich. Der Kaiser erfuhr sofort den Verlauf der Sitzung, obwohl sie für vertraulich erklärt worden war. Die Minister versammelten sich abends ohne Bismarck noch mal: sie beschlossen, sich nicht mit dem Kanzler solidarisch zu erklären! Sie klebten an ihren Ministersesseln, nannten dies Treue zum Monarchen und verrieten mit ihrer Untreue gegenüber Bismarck Deutschland!

Bismarck arbeitete sein Entlassungsgesuch, gedrängt vom Monarchen, aus. Der Kaiser erhielt es am 18. März, genehmigte es am 19. und brachte die beiden Entlassungsordres ohne jede Gegenzeichnung am 20. in einer Sonderausgabe des „Reichsanzeigers“ zur Veröffentlichung. Bismarck hatte wider sein Ersuchen den Titel „Herzog von Lauenburg“, den er nie benutzt hat, und die Ernennung zum Generalobersten der Kavallerie mit dem Range eines Generalfeldmarschalls erhalten. Der General der Infanterie von Caprivi wurde als Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident sein Nachfolger. Das schärfste Urteil, das der Kaiser über seine erste böse Tat gegen — Deutschland erhielt, enthält Bismarcks Entlassungsgesuch, das erst am 31. Juli 1898, einen Tag nach des Kanzlers Tode, der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden ist. Es behandelte die drei Forderungen des Kaisers: den Empfang des Abgeordneten Windthorst, die Kabinettsordre von 1852, die deutsch-russische Politik und Bismarcks Ablehnung der Forderungen des Monarchen. Bismarck war überall zweifellos im Rechte. Der Kaiser allein trug und trägt vor der Geschichte die Schuld an Bismarcks vorzeitigem und unnotwendigem Ausscheiden aus dem Dienst, das so unselige Folgen für Deutschland nach sich zog.

Die Nation trug freilich, wie Wilhelm Mommsen mit Recht hervorhebt, eine Mitschuld. Die Parteien, an der Spitze der Konservative von Helldorff und der Nationalliberale Miquel, haben Bismarcks Sturz ebenso herbeigeführt wie begrüßt; nur ein Parlamentarier, der Freikonservative Wilhelm von Kardorff, hat Bismarck einen Abschiedsbesuch gemacht! Weder der Landtag noch der Reichstag dankten dem scheidenden Kanzler für sein Werk! Die

Thronrede strich die Worte, die „die Verdienste des großen Staatsmannes anerkannten"! Kein deutscher Fürst meldete sich, kein Ministerkollege, kein General, kein Beamter! Es war wahrlich ein ganz widerwärtiges Schauspiel, wie der österreichische Botschafter Graf Szechenyi schrieb, zu sehen, wie „eine Menge Menschen, die noch vor kurzem vor dem Fürsten Bismarck, wie vor allem, was Bismarck heißt, auf dem Bauche lagen, nunmehr auf das Unverschämteste förmlich das Seziermesser an seine Vergangenheit anlegen, um aus derselben seine untergeordneten Fehlgriffe und kleinen Schwächen herauszuschälen". „Die Bevölkerung Berlins" nahm, wie Graf Lerchenfeld nach München berichtete, „den Abschied von ihrem Liebling nicht nur leicht, sondern zeigt eine entschiedene Parteinahme für den Kaiser, den sie bei Ausfahrten akklamiert." Die Deutschen jener Tage sahen in Bismarck den Kulturkämpfer, den Antimarxisten, den Antiparlamentarier und nicht jenes Genie, das Deutschlands politische Gestalt und politisches Lebensgesetz verwirklicht hat. Sie glaubten, in Kaiser Wilhelm einen modernen, energischen, reformfreudigen Herrscher und Führer in eine „große" Zukunft gefunden zu haben. Und erhielten doch nur den Mann, der sie zum 9. November 1918 geführt hat...

Ein Dichter allein gab dem ewigen Schmerz Ausdruck: Ernst von Wildenbruch. Er sprach aus, was Johanna von Bismarck tief in ihrem Innern empfand, was einige Stille im Lande in ihrem blutenden Herzen fühlten und was alle Deutschen nach dem Leid der Nachkriegszeit als bleibende Wahrheit erlebt haben:

Du gehst von deinem Werke,
Dein Werk geht nicht von dir —
Denn wo du bist, ist Deutschland,
Du warst, drum wurden wir.
Was wir durch dich geworden,
Wir wissen's und die Welt.
Was ohne dich wir werden,
Gott sei's anheimgestellt.

SIEBZEHNTES KAPITEL

Der Alte im Sachsenwalde

(1890—1898)

Nachdem Bismarck sich am 26. März vom Kaiser abgemeldet, der den Abschied „nur aus Sorge für seine Gesundheit“ erteilt haben wollte und des Kanzlers feste Antwort: „seine Gesundheit sei in den letzten Jahren selten so gut gewesen wie in dem vergangenen Winter“ noch entgegennehmen mußte, am 27. März das Abendmahl aus den Händen des Hofpredigers Dryander empfangen und am 28. sich vom Generalfeldmarschall Grafen Moltke sowie nachmittags vom Grabe seines alten Herrn im Charlottenburger Mausoleum, mit Darbringen von drei Rosen, verabschiedet hatte, verließ er am 29. März „unter dem Zwange übereilter Räumung seiner Wohnung“, von der Caprivi in taktloser Weise sofort teilweisen Besitz ergriffen hatte, und „unter den vom Kaiser im Bahnhof angeordneten militärischen Ehrenbezeugungen, die ich ein Leichenbegängnis erster Klasse mit Recht nennen konnte“, Berlin, wo er siebenundzwanzig Jahre und sieben Monate Preußens und Deutschlands Geschick geleitet hatte. Das Volk war aus seinem lethargischen Schrecken, den des Kanzlers in uneingeweihten Kreisen unerwartete Entlassung verbreitet hatte, erwacht und bereitete dem Fürsten und seiner Familie auf der Fahrt zum Lehrter Bahnhof, wo eine Eskadron Gardekürassiere mit Regimentsmusik und Standarte auf dem Bahnsteig aufmarschiert war, ungeheuere Ovationen. Auch alle Minister, Botschafter, zahlreiche Generale waren erschienen. Nur einer kam nicht, der Schuldige an diesem unheilvollen Vorgange: der Kaiser. Das „Publikum“, wie man damals sagte, rief immer wieder „Hurra“ und „Auf Wiedersehen“. Es sang die „Wacht am Rhein“, als der Zug sich in Bewegung setzte. Der einzige Mann, der damals Deutschlands Politik segens-

reich führen konnte, fuhr in die Einsamkeit, und niemand im Volke stand auf, sich dagegen zu wehren. Der „neue Kurs" begann, Deutschlands Abstieg begann.

Bismarck empfand seine Entlassung, die er nicht für möglich gehalten hatte, weil er und sein Werk eine Einheit waren, als sein Todesurteil: „die Trompete ist durchschossen; sie gibt keinen Ton mehr", sagte er. Wer aber angenommen hatte, es würde nun das große Schweigen um den Verabschiedeten sinken, sollte schnell eines anderen belehrt werden. Bismarck konnte nicht schweigen, als er sah, daß Wilhelm II., der Kaiser Franz Joseph einen „Weinkrampf" nach dem Abschiedsbesuch des Kanzlers eingestand, einen Weg einschlug, der nur zum Unheil führen konnte. Er sah in dem Kaiser, zu dem „jede Spur von Vertrauen bei ihm geschwunden" war, „den sicheren Verderber des Reichs", wie Graf Lerchenfeld, der bayrische Gesandte, von seinem letzten Besuch beim Kanzler am 26. März berichtet hatte. Bismarck konnte dieser Zerstörung seiner Schöpfung nicht tatenlos zusehen. Er nahm den Kampf gegen den „neuen Kurs" auf: keinen Kampf gegen Einrichtungen oder Personen; der Kaiser blieb für ihn der Souverän, dem mit ehrerbietiger Haltung nach Herkommen und Adelspflicht zu begegnen war, und sein Nachfolger General von Caprivi war nicht nur von ihm selbst in Vorschlag gebracht worden, sondern das ausführende Organ der Regierung Sr. Majestät und als solcher in seiner Person unantastbar. Er bekämpfte vielmehr die Politik, die er für schädlich hielt. „Was in aller Welt soll ein Grund für mich sein, bei solcher Gelegenheit zu schweigen?" fragte er am 2. Mai 1891 die Abordnung aus Geestemünde, dem 19. hannoverschen Wahlkreise, die ihm die Bitte um Annahme seiner am 30. April erfolgten Wahl in den Reichstag überbrachte. „Etwa der, daß ich größere Erfahrung besitze als die meisten anderen? Die Pflicht zu reden, welche sich gerade aus meiner Sachkenntnis dann ergibt, zielt in meinem Gewissen wie mit einer Pistole auf mich. Die Herren, welche mich deswegen angreifen, haben davon keine Vorstellung. Wenn ich glaube, daß das Land mit seiner Politik vor einem Sumpfe steht, der besser vermieden wird, und ich kenne den Sumpf, und die anderen irren sich über die Beschaffenheit des Terrains, so ist es Verrat, wenn ich schweige. Was sollte ich für andere Zwecke haben als dem Lande zu dienen? Ehrgeizige etwa? Das wäre doch töricht anzunehmen. Was sollte ich denn werden?

Mein Avancement ist abgeschlossen.“ Er hatte seine politische Aufgabe ja nie als die Verwaltung eines Amtes, wie irgendein beliebiger Beamter, angesehen, sondern als die tiefste Dienstverpflichtung und Gewissenserfüllung gegenüber Volk und Vaterland. Wenn seine Visitenkarte jetzt auch den Titel „Reichskanzler a. D.“ zeigen sollte, ein Bismarck konnte nie außer Dienst sein. Er blieb, der er war. Er konnte, auch wenn er aus den Amtsgebäuden wider seinen Willen durch die monarchische Gewalt willkürlich verdrängt worden war, niemals in das Privatleben zurückkehren, mochten von jetzt ab auch noch so stille Jahre der Zurückgezogenheit im Sachsenwalde, im Herrenhause von Friedrichsruh, oder in Hinterpommern, in seinem lieben Varzin beginnen. Er war und blieb, solange er da war, der große Mittelpunkt, das Herz, das Gewissen Deutschlands und der Welt, er blieb zeitlebens die Öffentlichkeit. Diese Öffentlichkeit wollte er aber auch als Kämpfernatur, die er war, aktivieren. Er ergriff darum sofort die Hand, die ihm Dr. Hartmeyer, der Chefredakteur der „Hamburger Nachrichten“ wenige Tage nach seinem Einzug in Friedrichsruh entgegenstreckte, und publizierte fortan seine Stellungnahme zum politischen Geschehen in dieser Zeitung: aus Pflichtgefühl gegen das deutsche Volk! Seine Widersacher und seine Amtsnachfolger, seine heimlichen und offenen Feinde, all die Intriganten wie Herr von Holstein oder Graf Waldersee, und alle, die ein schlechtes Gewissen gegen diesen größten Deutschen jener Zeiten in sich trugen, erbebten freilich, wenn sein Wort ertönte. Als er dem „Matin“, dem „New York Herald“, der „Nowoje Wremja“, also Frankreich, Amerika, Rußland in drei ausführlichen Interviews offen seine Ansicht über die deutsche Außenpolitik schon im April 1890 bekanntgab, erließ Caprivi auf des Kaisers Erregung hin ein Rundschreiben an die deutschen Botschafter und Gesandten, den ersten „Uriasbrief“: „den Äußerungen der Presse in bezug auf die Anschauungen des Fürsten Bismarck werde ein aktueller Wert nicht beigemessen“ . . . Nein, ein „aktueller Wert“ gewiß nicht, weil Bismarck nicht mehr die aktuelle Macht in der Hand hatte. Ein ewiger Wert aber stets, weil einer hier sprach: Bismarck, die einmalige und ewige Verkörperung des einmaligen und ewigen Deutschland!

Bismarck ließ sich auch durch diesen Erlaß und andere Einflüsterungen, die von Berlin aus versucht wurden, nicht beirren. Er sah bereits in Berlin, besonders aber in den ersten Wochen seines

Friedrichsruher Aufenthalts, wohin ihn sein Sohn und seit langen Jahren nächster Mitarbeiter Herbert nach stolzer Ablehnung aller Angebote weiteren Verbleibens im Dienste begleitet hatte, mit Entsetzen, daß eines der außenpolitischen Fundamente seines Reichsbaues leichtfertig zerstört wurde: der russische Rückversicherungsvertrag, dessen Erneuerung fällig geworden war. Graf Schuwalow hatte am 17. März noch Bismarck, Vater und Sohn, das Angebot einer Verlängerung auf sechs Jahre überbracht, Herbert Bismarck hatte dem Kaiser entsprechende Meldung gemacht, der Kaiser hatte den am 27. März durch Caprivi vorgelegten Vertrag erneuern wollen, der russische Außenminister von Giers ließ die notwendigen Vollmachten für den Vertragsabschluß ausfertigen, aber der Vortragende Rat von Holstein nahm den Verfrag an sich, worüber Herbert Bismarck ihn mit Leidenschaft zur Rede stellte, und hintertrieb die Erneuerung mit der skandalösen Begründung: „Rußland kann uns dann seine Bedingungen für den ferneren Umgang machen. Die erste Bedingung würde sein: ich will mit dem bisherigen Geschäftsfreund Bismarck verkehren, und zwar nur mit ihm. — Verstehen Sie jetzt die Sache? Daher der krankhafte Eifer", wie er am 28. März an Graf Philipp Eulenburg, den Freund des Kaisers, geschrieben hatte, als Bismarck Vater und Sohn noch in Berlin weilten und als er Caprivi, den doch in der Materie noch neuen Nachfolger Bismarcks, sowie den Petersburger Botschafter von Schweinitz schon dazu überredet hatte, dem Kaiser den Rückversicherungsvertrag in der Audienz vom 27. März als eine Illoyalität gegenüber dem Kaiser Franz Joseph, als unvereinbar mit dem Dreibundsvertrag hinzustellen, obwohl der Rückversicherungsvertrag weder unvereinbar noch illoyal war, weil weder er selbst noch der Dreibundsvertrag Deutschland verpflichtete, keine anderen Verträge abzuschließen. Holstein ging es aber, wie längst erwiesen, nicht um die sachlichen Notwendigkeiten einer nichts als deutschen Politik, sondern um seine Herrschaft über den Kaiser, Caprivi und die Männer des Auswärtigen Amtes, wozu ihm jede Intrige recht war. Er verfolgte skrupellos sein damals vornehmliches Ziel, Bismarcks Rückkehr in das Amt zu hintertreiben, und opferte in verbrecherischster Weise dafür Deutschlands Sicherheit. Caprivi und der Petersburger Botschafter von Schweinitz beteiligten sich an dem Verbrechen, das der Kaiser durch seine Entscheidung für die Nichterneuerung vollendete! Das Verbrechen war um so größer,

als auch das Drei-Kaiser-Bündnis bzw. die einfache schriftliche Bestätigung durch die beiden Souveräne, an der bisherigen Politik festzuhalten, wie Herr von Giers, entsetzt über die Nichterneuerung, nun Ende April, am 15. Mai und im August 1890 bei den Manövern in Narva vorschlug, von Wilhelm II. und Caprivi wieder abgelehnt und die Russen dadurch systematisch in die Arme der Franzosen, zur russisch-französischen Flottenrevue in Kronstadt im Jahre 1891 und Deutschland in den Zweifrontenkrieg von 1914 getrieben wurden! Gegenüber solcher unverantwortlichen Politik konnte Bismarck nur den offenen Kampf ansagen: er hat ihn, solange noch Kraft in ihm war, durchgehalten. Und leider nicht gesiegt!

Auch in anderen Fragen bestand der Kaiser mit seinem gehorsamen Kanzler Caprivi darauf, recht zu haben, mochte es sich um den Austausch von Sansibar gegen Helgoland, das Bismarck zu hoch bezahlt war, handeln, oder um die Handelspolitik des Generals „ohne Ar noch Halm", der den Dreibund mit der Trinkgeldpolitik des Handelsvertrages mit Österreich unter Schädigung landwirtschaftlicher Lebensinteressen stärken wollte, oder um die neue Landgemeindeordnung, die die Sozialdemokratie auf den Dörfern Boden gewinnen ließ, oder um das Zedlitzsche Volksschulgesetz, das dem Zentrum, der katholischen Kirche wieder Einfluß auf die Schule verschaffen sollte. Bismarck nahm in den „Hamburger Nachrichten" wie bei öffentlichen Ansprachen an die Besucher, die seit dem Fackelzug zum 75. Geburtstag immer zahlreicher erschienen, kein Blatt vor den Mund. Deutschland sollte die Wahrheit wissen, daß er nicht freiwillig sein Amt niedergelegt hatte, daß eine weder verfassungsrechtlich noch parlamentarisch berechtigte Selbstherrschaft von verderblichsten Folgen sich jetzt aufgerichtet hatte.

Der Kaiser und alle Hof-, Beamten-, Soldatenkreise, die dem jungen Monarchen zu schmeicheln wünschten, waren empört über diese angebliche „Illoyalität" des Einsiedlers im Sachsenwalde. Ihm wurde die kalte Schulter gezeigt, er wurde gesellschaftlich boykottiert, man rief ihm „Halt" zu. „Mich meidet man wie einen Pestkranken, indem man fürchtet, sich durch einen Besuch bei mir zu kompromittieren. Nur meine Frau besuchen von Zeit zu Zeit ihre alten Bekannten." Die bekamen dann freilich allerhand zu hören, denn Frau Johanna konnte das Unrecht, das ihrem über alles geliebten Manne angetan worden war, „nicht verwinden". Sie

war „voll Galle und Bitterkeit“ und pflegte sich täglich solcher Majestätsbeleidigungen schuldig zu machen, daß, wie Bismarck sagte, „das Alter des Methusalem nicht ausreichen würde, um die Gefängnisstrafen abzusitzen ...“ Bismarck selbst wahrte die Würde. Ihm ging es um die Sache. Er sah mit erhabenem Humor über das kleinliche Treiben in Berlin hinweg, daß der Kaiser ihm 1891 keinen Geburtstagsglückwunsch, ebensowenig eine Aufforderung zur Teilnahme am Begräbnis Moltkes am 27. April 1891 sandte und die Friedensklasse des Pour le mérite, die durch Moltkes Tod frei wurde, nicht verdientermaßen ihm, sondern dem Kriegsminister von Verdy verlieh. Bismarck wußte nur zu genau, daß das Volk mit dem neuen Kurs, der Unsicherheit und Besorgnis ins Land trug, mehr und mehr unzufrieden wurde. Schon setzten Erörterungen über eine Aussöhnung zwischen Bismarck und dem Kaiser ein, weil des Fürsten Kampf gegen die Regierung der Krone schade. Man verkannte, daß Bismarck ja nicht die Krone bekämpfte, sondern die falsche Politik, die getrieben wurde! Bismarck konnte deswegen den Aussöhnungsvorschlägen im monarchischen Interesse zustimmen. Graf Waldersee, inzwischen von Caprivi als Generalstabschef gestürzt und als Kommandierender General nach Altona versetzt, „um“, wie der Kaiser sagte, „den Fürsten zu beaufsichtigen“, bemühte sich sofort diensteifrig. Freilich vergeblich. Ehe es zu einem Aufhören der gespannten Situation, wie Bismarck ruhig abwartend die „Aussöhnung“ nannte, kam, trat ein Ereignis dazwischen, das die Spannung zwischen dem Kaiser und Kanzler in offenen Bruch verwandelte.

Graf Herbert Bismarck, der 1881 durch den leidenschaftlichen Widerspruch seines Vaters zum Verzicht auf eine Heirat mit der geschiedenen Fürstin zu Carolath-Beuthen geborenen Gräfin Hatzfeldt-Trachenberg gebracht worden war, hatte sich mit der am 20. September 1871 zu Fiume geborenen Marguerite Gräfin Hoyos am 15. Mai 1892 verlobt. Die Hochzeit war auf den 21. Juni angesetzt und mit Rücksicht auf den Fürsten nach Wien verlegt. Bismarck wollte natürlich bei dieser Anwesenheit in der Hauptstadt der Monarchie dem Kaiser Franz Joseph seine Aufwartung machen und holte sich durch die ihm befreundete Prinzessin Reuß, die Gattin des deutschen Botschafters in Wien, die freudig erteilte Zustimmung. Als Wilhelm II. und Caprivi von dieser Absicht Bismarcks hörten, geriet ihr schlechtes Gewissen derart in Wallung,

daß Caprivi „nach Vortrag beim Kaiser“ den Botschafter telegraphisch anwies, keine Einladung zur Hochzeit anzunehmen, auch den österreichischen Außenminister Grafen Kalnoky entsprechend über die Nichtversöhnung und Bismarcks innen- wie außenpolitische Einflußlosigkeit und die Reserve gegenüber der Hochzeitsfeier zu unterrichten. Der Kaiser aber ging schmachvollerweise noch einen Schritt weiter und schrieb am 14. Juni eigenhändig an Franz Joseph, indem er Bismarck als „ungehorsamen Untertanen“, in wahrhaft unhaltbarer Weise als Bombenwerfer gegen den Dreibund, heimlichen Rückversicherungsvertragförderer hinter Österreichs Rücken, Kritiker des österreichischen Handelsvertrages denunzierte und bat, seine Lage im eigenen Lande nicht durch den Empfang Bismarcks zu erschweren. Der Empfang unterblieb daraufhin. Bismarck erfuhr natürlich von dieser schweren Kränkung. Im ersten Zorn wollte er Caprivi fordern. Die Öffentlichkeit vernahm aber auch von dieser Schmach. Caprivis Erlaß wurde veröffentlicht! Bismarck, der schon auf der Fahrt nach Wien auf dem Lehrter Bahnhof in Berlin trotz seiner schweigenden Zurückhaltung und in Dresden ostentativ am 18. und 19. Juni gefeiert worden war, empfing nun bei der Abreise aus Wien den Leiter der „Neuen Freien Presse“ und erklärte in dem Interview, das die Unfähigkeit der deutschen Unterhändler beim österreichischen Handelsvertrag, das Aufkommen früher im Dunkeln wirkender Männer, den Abbruch der Freundschaft mit Rußland, die falsche Polenpolitik Preußens beklagte, den offenen Kampf gegen Caprivi und seine Regierung. Bismarck ging in seiner tiefen Empörung jetzt mit seinem ganzen Recht auf Kritik vor.

Deutschland horchte auf. Als Bismarck auf der Rückreise zu München Gast des Malers Franz von Lenbach war, wurde der Prinzregent zwar bewogen, ihm auszuweichen, die Stadt ließ es sich aber nicht nehmen, ihm einen jubelnden Empfang zu bereiten; der erste Bürgermeister v. Widenmayer begrüßte ihn mit einer Deputation und lud ihn mit seiner Frau zur Frühstückstafel im Rathaus, die Münchner Studenten brachten ihm unter größter Begeisterung der Bevölkerung einen Fackel- und einen Festzug und Tausende gaben ihm zur Abreise das Geleit. Bismarck dankte stets ruhig, würdig, ohne Bitterkeit mit der Mahnung, festzuhalten an der Liebe zu Kaiser und Reich. In Augsburg überreichte der Oberbürgermeister v. Fischer einen Ehrentrunk. In Kissingen erhielt

Bismarck die Einladung der Stadt und Universität Jena durch Oberbürgermeister Singer und Professor Haeckel, den Gruß von 700 Württembergern, die im Sonderzug gekommen waren, die Huldigung des Fränkischen Sängerbundes, der 5000 Südwestdeutschen mit dem Heidelberger Historiker Professor Erdmannsdörfer und dem Mannheimer Bankdirektor Eckhard an der Spitze, sowie der Schwaben während seines fünfwöchigen Aufenthaltes. Der Empfang in Jena —die Fahrt hierhin sah auf den Bahnhöfen in Ritschenhausen, Plaue und Weimar wieder begeisterte Huldigungen — wurde mit der Ansprache Bismarcks auf dem Markt zu einer Volkskundgebung, die dem Kaiser und seiner Regierung zeigte, daß Bismarck im Herzen seines Volkes lebte und eine politische Macht war, gegen die Boykotte und Verbote wie auch jetzt wieder die Unterdrückung von Huldigungen in Preußen nichts ausrichten konnten. Die amtlichen Kreise Berlins hatten in ihrer Geist- und Hilflosigkeit sogar den törichten Gedanken, Bismarck zu verhaften und strafrechtlich zu verfolgen; Wilhelm II. war hier freilich so klug, aus Bismarck nicht „einen Märtyrer zu machen, zu dem die Leute wallfahren werden“. Caprivi hatte durch die „Riesendummheit“, seine beiden Erlasse vom 23. Mai 1890 und 9. Juni 1892, die „Uriasbriefe“, am 7. Juli im „Reichsanzeiger“ zu veröffentlichen, erst alle Deutschen auf die Mißhandlung des Altreichskanzlers durch den Kaiser und dessen Regierung aufmerksam gemacht. Nun ließ sich kein wahrhaftiger Deutscher mehr abhalten, sich auf jede erdenkliche Weise zum Gründer des Reichs und Wahrer eines zwanzigjährigen Friedens zu bekennen! In Jena bekundete der Kirchenhistoriker Dr. Lipsius: „Das deutsche Volk mit seinem Kaiser an der Spitze kann heute Eurer Durchlaucht zurufen: ‚Was wär’ ich ohne dich geworden, was würd’ ich ohne dich wohl sein!‘.“ Und Bismarck antwortete allen Anklägern und Verleumdern: „Ich bin eingeschworen auf die weltliche Leitung eines evangelischen Kaisertums und diesem hänge ich treu an“, antwortete der Regierung mit dem Götz von Berlichingen, der „ein treuer Anhänger seiner Dynastie, seines Kaisers und Königs“ war, „ohne von der Weisheit aller Maßregeln seiner Kommissare überzeugt zu sein: Ich bin letzteres nicht und werde auch in Zukunft diese meine Überzeugung keineswegs zurückhalten.“ Das deutsche Volk erlebte in diesen Wochen und besonders durch diese große Rede auf dem Jenaer Marktplatz gegen die Verbindung der Regie-

rung mit dem Zentrum und gegen die Zweifler an seiner monarchischen Treue, daß das Gewissen der Nation wach war und wach blieb.

Das deutsche Volk ließ sich nicht mehr zurückhalten und bekannte sich immer wieder zu Bismarck. Die Wallfahrten, die zum 1. April 1890 mit Abordnungen Hamburger Bürger, der deutschen Burschenschaft, Altonaer und Hamburger Eisenbahner, des Zentralverbandes deutscher Industrieller, der technischen Hochschulen, des Charlottenburger Bürgervereins, des Stuttgarter Magistrats, der Düsseldorfer Mittelparteien, der Berliner Bürger, der englischen Handelsmarine, der New Yorker Independent-Schützen, der Stadt Duisburg, der Deutschen Partei in Heilbronn u. a. m. eingesetzt hatten, den greisen Kanzler bald in Friedrichsruh, bald in Kissingen aufsuchten, hörten nun bis an sein Lebensende nicht mehr auf, ja sie nahmen in den Sommern 1893/94 und zum achtzigsten Geburtstag am 1. April 1895 einen Umfang an, daß man schon von einer Volksbewegung sprechen muß und die politische Blindheit des Kaisers wie auch der Regierung um so unbegreiflicher erscheint, daß Monarch und Staat sich diese nationale Begeisterung und Gefühlseinheit nicht zunutze machten, um endlich gegen die Parteienherrschaft die geschlossene deutsche Volksgemeinschaft unter Überwindung des Parlamentarismus nach Bismarcks Staatsstreichplänen aufzurichten. Der Parlamentarismus enthüllte seine ganze Verruchtheit gerade zum 80. Geburtstag: Zentrum, Freisinn, Polen und Sozialdemokraten taten sich zusammen und verhinderten zur ewigen Schande des Reichstags und zur eigenen Lächerlichkeit eine Huldigung des Parlaments für den Schöpfer des Reichs und ihres eignen Instituts! Die nationalen Parteien vereinten sich nur privatim mit dem Abgeordneten- und Herrenhaus zu einer Feier, bei der Bismarck mit dem Fraktionsgeist humorvoll abrechnete. Das deutsche Volk hat die Schmach des Reichstages in Nord und Süd, Ost und West mit der tiefsten Liebe zum Kanzler beantwortet. Es fehlte kein Stamm und kein Stand von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt, der nicht in Friedrichsruh oder Kissingen erschienen wäre, um zu bezeugen, wem das wahre Vertrauen des Volkes, das um seine Zukunft durch Wilhelm II. und seiner Ratgeber Politik besorgt war, gehörte.

Bismarck stand dem Volk in seinen Ansprachen auch offen Rede und Antwort, weil er sich immer im Dienst der Nation fühlte, auch wenn er „weder in der Gegenwart, noch in der Zukunft eine Mit-

wirkung an unseren weiteren Verhältnissen" erstreben dürfte. Er arbeitete an seinem politischen Vermächtnis, den „Gedanken und Erinnerungen", eigentlich „Erinnerung und Gedanke", mit Hilfe des treuen Sohnes Herbert und vor allem des langjährigen Mitarbeiters Geheimrat Lothar Bucher, der nach Friedrichsruh geholt wurde, seit Ende April 1890 bis 13. Mai 1892; nach Buchers Tode am 12. Oktober 1892 half noch der Leibarzt und Sekretär Dr. Chrysander dem Kanzler bei seinen stilistischen und sachlichen Korrekturen bis in den Sommer 1892 hinein. Der Verleger Kröner ließ das Manuskript alsbald setzen, Bismarck besserte an den Druckfahnen noch bis 1897, ließ aber keine Publikation vor seinem Tode zu. Die beiden ersten (eigentlich nur der erste) Bände traten nach Durchsicht durch Dr. Horst Kohl und dessen Titeländerung am 30. November 1898 vor die Öffentlichkeit; der dritte (bzw. zweite) Band mit der Darstellung des Verhältnisses zu Wilhelm II. und der Entlassung erst 1921. Längst war die Zeit vergangen, daß Bismarcks Kritik und Mahnung noch aktuell waren. Das Erinnerungswerk konnte nur noch historisch und als ewige Grundlegung deutscher Politik wirken.

Seiner Zeit diente Bismarck damals aber mit der Kritik an den öffentlichen Maßnahmen und Ausrichtung der Politik und des politischen Denkens an der inneren Entwicklung und äußeren Sicherung der Nation, die er in den „Hamburger Nachrichten" und in seinen Reden verbreitete. Der Kaiser hatte zwar an jenem unheilvollen 20. März 1890 pathetisch erklärt, er gäbe sich „der Zuversicht" hin, auch „in Zukunft" Bismarcks „Rat", „Tatkraft", „Treue" und „Hingebung" für sich und das Vaterland in Anspruch nehmen zu können, aber er hatte seitdem niemals wieder irgendeine politische Frage an den Kanzler gerichtet, bis an dessen Lebensende niemals ein politisches Gespräch mit ihm geführt! Er hielt sich und seine Mitarbeiter anscheinend für solche Genies, daß er die Erfahrung und Weisheit des einzigen, wahren politischen Genies, das damals lebte, glaubte entbehren, ja übergehen zu dürfen! Selten wurde von der politischen Führung eines Staates leichtfertiger gehandelt! Das Volk aber wollte Bismarck hören. Da er aus Loyalität gegen die Monarchie im Reichstag nicht erscheinen wollte, weil „ich hier der herrschenden Politik schärfer entgegentreten müßte, als ich es bisher meiner Stellung und meiner Vergangenheit angemessen finde", so nutzte er die Zeitungsleser und die Huldigungs-

fahrer von Friedrichsruh und Kissingen, um als „getreuer Eckart“ zu warnen und die richtigen Wege zu weisen. Es gab schließlich kein Thema der inneren und äußeren Politik, das er nicht behandelte, von dem Recht auf freie Meinungsäußerung an bis zum „Ich muß verbraucht werden, wie ich bin!“, von der Pflege guter Beziehungen zu Amerika bis zur Notwendigkeit eines deutschen Straßburg auf eine Dankadresse von 6000 Straßburger Männern, vom Vergleich des deutschen und französischen Volkscharakters bis zum Wesen konservativer Politik, von der nationalen Bedeutung der Literatur bis zur Pflege der Reichsverfassung. Wo immer man diese jetzt endlich in der großen Friedrichsruher Ausgabe der gesammelten Werke Bismarcks vereinigten Ansprachen der Jahre 1890 bis 1898 aufschlägt, überall hört man eine mächtige deutsche Stimme mächtige Worte zu den ewigen deutschen Lebensfragen und Wirklichkeiten formen, die als unvergleichlicher Weisheitsschatz lebendiges Volkseigentum bleiben sollten, mochten sie nun den Wandertrieb der Niedersachsen aufgreifen oder die Gefahren der Caprivischen Handelsverträge, die Politik, die sein Leben verzehrt hat, oder sein Verhältnis zu Wilhelm I. und Friedrich III., die Zusammenhänge zwischen Kunst, Wissenschaft und Nationalstaat oder die Wehrhaftigkeit als Zusammenhalt der Nation. Die herrlichsten Reden hielt er auf seiner „großdeutschen Triumphfahrt“ im Sommer 1892: über die Einheit auch mit Österreich, die Macht des deutschen Liedes, die Friedenssicherung durch das deutsche Straßburg, seinen Charakter und seine Feinde, die Grundsätze einer wahrhaft deutschen Innen- und Außenpolitik, die Parteien und den Absolutismus, die Einheitsbewegung im 19. Jahrhundert und die Parlamente, die Reichstreue der Süddeutschen und die Festigkeit der Einheit, den Vorzug, einer großen Nation anzugehören, das Niedersachsentum und das Reich. Immer wieder zeigte er der Jugend die Gefahren des Fraktionsparlamentarismus und der Kleinstaaterei wie eines Großpreußens, wies er auf die Gemeinschaft der produktiven Stände hin, bekämpfte die Bürokratie, forderte den nationalen Charakter der Schule, lobte das deutsche Lied in der deutschen Nation, wies den falschen Unitarismus zurück, bezeichnete die Zustimmung der Frauen als Bürgschaft der Zukunft, wehrte sich gegen eine Verfälschung der Reichsverfassung und lehrte verantwortliches Denken und Verhalten. Er nahm entschiedene Stellung zur Polenfrage: „Posen unentbehrlicher als

Elsaß“ und zeigte, wie der polnische Adel und Geistliche nie zu gewinnen sind, wie die Wiederherstellung Polens die größten Gefahren für Westpreußen und Danzig heraufbringen müßten, weswegen er zum Kampf auf Leben und Tod gegen die polnische Aggressivität aufrief. Er sah, wer die wahren Reichsfeinde des Staates waren, der „unter dem Gewehranschlag Europas“ entstanden war und leben mußte, und stritt wider die deutsche Zerrissenheit für ein Einheitsempfinden, das in Österreich durch Loyalität gegen Kaiser Franz Joseph entsprechend der damaligen Situation Ausdruck finden sollte. Er legte größten Wert auf einen hohen Bildungsstand in allen Volksschichten, bezweifelte aber die Wirksamkeit sozialer Gesetze aus der Geheimratsmaschine. Das wirkliche Leben war ihm immer der gültige Maßstab. In der Wirtschaft also die Landwirtschaft die Hauptsache. Er gab den Deutschen, Männern und Frauen, Anweisungen für das Verhalten in allen entscheidenden Fragen; er hatte diese, wie etwa das Schleswig-Holstein-Problem und den Nord-Ostseekanal, die Fraktionswirtschaft und die Dynastien, Krieg und Frieden, Freihandel und Schutzzoll unmittelbar erlebt und bewältigt: er sprach aus Wissen und Erfahrung, nicht aus Theorie und Dogmatik, er sprach als Gestalter des Lebens in tiefster Liebe zum deutschen Volke!

Diesen reinen Quell seines politischen Wirkens nach der Entlassung mußte schließlich auch Kaiser Wilhelm anerkennen. Er näherte sich dem Kanzler wieder im September 1893, als Bismarck in Kissingen an einer schweren Lungenentzündung darniedergelegen hatte, er schickte ihm im Januar 1894 zur Genesung eine Flasche Steinberger Kabinett mit einem Glückwunschschreiben, so daß Bismarck, obwohl Holstein in furchtbarer Angst vor einer Rückkehr des Kanzlers ins Amt hemmungslos wühlte, sich nun auch zu einem entgegenkommenden Schritt entschloß und auf Anregung des Flügeladjutanten Grafen Kuno von Moltke, eines Freundes des Grafen Philipp zu Eulenburg, zum Dankbesuch nach Berlin kam. Der Kaiser empfing ihn am 26. Januar 1894 mit fürstlichen Ehren, gab dem Besuch aber rein militärischen Charakter, an dem er auch bei seinem Gegenbesuch in Friedrichsruh festhielt. Er sprach weder jetzt noch später je ein politisches Wort mit Bismarck. Es war also, begünstigt durch Caprivis Ausscheiden am 26. Oktober 1894 und Ernennung des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst zum dritten Reichskanzler, den Bismarck erlebte, nur eine äußerliche

Versöhnung, die wenigstens den Besuch des Kaisers zum 80. Geburtstag mit Überreichung eines goldenen Ehrenpallaschs an den Generalobersten der Armee (!) und keinem Wort für den Politiker (!) ermöglichte.

Bismarck ließ sich darum auch in seiner fortgesetzten Kritik am falschen „neuen Kurs" nicht hemmen. Er veröffentlichte am 26. Oktober 1896 den Inhalt des russischen Rückversicherungsvertrages in den „Hamburger Nachrichten" als letzte aufsehenerregende Warnung! Sie wurde nicht verstanden. Wie in seiner Politik schwankte der Kaiser auch gegenüber Bismarck von Zustimmung zu Ablehnung. Bismarck wurde weder zur Einweihungsfeier des Nordseekanals noch zur 25-Jahrfeier der Versailler Kaiserproklamation, weder zur Grundsteinlegung des Nationaldenkmals Wilhelms I. noch zur hundertjährigen Geburtstagsfeier seines alten Herrn eingeladen. Für die falsche Flottenpolitik wurde sein Ruf und Name aber genutzt, ein Panzerkreuzer auf seinen Namen getauft, freilich nicht in seiner Anwesenheit. Bismarck war damals (Dezember 1897) schon an den Rollstuhl gefesselt und erklärte dem einladenden Staatssekretär des Reichsmarineamtes, von Tirpitz, er wünsche nichts anderes, als allein gelassen zu werden und in Frieden zu sterben, die Lösung des russischen Rückversicherungsvertrages berge das furchtbarste Unheil in sich. Er konnte den dämonischen Groll gegen den Kaiser in prophetischer Vorausschau der deutschen Zukunft unter diesem Monarchen nicht verwinden und sagte ihm bei seinem letzten Besuch in Friedrichsruh am 16. Dezember 1897, als der Herrscher wieder jedem ernsten politischen Gespräch mit witzelnder Anekdotenunterhaltung auswich, scharf: „Ja, Majestät, solange Sie dieses Offizierkorps haben, können Sie sich freilich alles erlauben, sollte das nicht mehr der Fall sein, so ist es ganz anders." Das Offizierkorps verblutete im Weltkrieg, da hatte der Kaiser seinen Thron verloren ...

Der „Alte im Sachsenwalde" nahm Stellung zu der Zeit und ihrem Geschehen, wie sein Gewissen es befahl. Die Zeitgenossen aber, die in offizieller kaiserlicher Huld waren, fürchteten diese Furchtlosigkeit des großen Mannes und zogen sich mehr und mehr zurück. Es wurde trotz aller Huldigungsbesucher stiller und stiller in Friedrichsruh. Besonders nachdem auch Frau Johanna, die im November 1894 in Varzin nach längerem Kränkeln schwer

erkrankte, am 27. November 1894 von ihm gegangen war. Er fühlte nun tief, daß seine Zeit alt geworden, daß eine neue Zeit, wie er beim Anblick der großen Überseedampfer im Hamburger Hafen sagte, angebrochen war, eine neue Zeit freilich, die er geschaffen, der er die Fundamente mit dem Reichsbau und der Kolonialschöpfung gegeben hatte! Er schloß innerlich mit dem Leben ab. Krankheit, die ihn von jeher gequält und besonders mit dem nachts auftretenden schmerzhaften Gesichtsreißen peinigte, blieb auch jetzt nicht aus. Er hatte seit 1881 in Dr. Ernst Schweninger, dem mit einem schwarzen Vollbart umdüsterten, sonst aber heiter-energischen Bayern, einen Arzt gefunden, der ihm das Gefühl der Gesundheit zurückgegeben hatte und nun im Alter auch mit häufiger längerer Anwesenheit in Friedrichsruh getreu zur Seite stand. Ein Beinleiden — Altersbrand — hatte Bismarck seit Oktober 1897 die geliebten, weit ausgedehnten Spaziergänge im hochragenden Sachsenwalde unmöglich gemacht. Es brachte den Tod als erlösenden Freund „dem trotz Allem unversehrt und aufrecht Gebliebenen", wie Dr. Schweninger sagte, am 30. Juli 1898 kurz vor elf Uhr abends, nachdem er noch am 28. Juli an der Abendtafel seiner Familie teilgenommen, sich lebhaft unterhalten, Sekt getrunken und seine lange Pfeife geraucht hatte. Seine letzten Worte galten seiner Tochter, der Gräfin Marie Rantzau, die zusammen mit ihrem Manne seit Frau Johannas Tode den Haushalt geleitet und ihm mit ihren Söhnen manche Großvaterfreude bereitet hatte: „Danke mein Kind!" als sie ihm den Todesschweiß von der Stirne trocknete ..

Das deutsche Volk wurde von der Todesnachricht überrascht. Seine Trauer fand keine Worte. Der Kaiser eilte von der Nordlandreise herbei und wollte den toten Riesen im Berliner Dom an der Seite der Hohenzollern-Vorfahren bestatten. Des Volkes Stimme sprach aber durch den Mund Theodor Fontanes dagegen:

Wo Bismarck liegen soll.

Nicht in Dom oder Fürstengruft,
Er ruh' in Gottes freier Luft
Draußen auf Berg und Halde,
Noch besser tief, tief im Walde.
Widukind lädt ihn zu sich ein:
„Ein Sachse war er, drum ist er mein;
Im Sachsenwald soll er begraben sein."

Der Leib zerfällt, der Stein zerfällt,
Aber der Sachsenwald, der hält,
Und kommen nach dreitausend Jahren
Fremde hier des Wegs gefahren
Und sehen, geborgen vorm Licht der Sonnen,
Den Waldgrund in Efeu tief eingesponnen,
Und staunen der Schönheit und jauchzen froh,
So gebietet einer: „Lärmt nicht so! —
Hier unten liegt Bismarck irgendwo."

So geschah es: nach dem Wunsch des Toten. An seinem Lieblingsplatze im Walde, wo er auf einsamer Bank oft stundenlang gesessen und gesonnen, ward er am 2. August in Gegenwart des Kaiserpaares beigesetzt, ward später das Mausoleum errichtet, wo sein sterblich Teil nun ruht unter schlichter Grabplatte mit der Inschrift: „Ein treuer Deutscher Diener Wilhelms I." Die große offizielle Trauerfeier fand zwei Tage später im Beisein der ganzen kaiserlichen Familie und der Vertreter aller Behörden in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche zu Berlin statt: niemand aus dem Hause Bismarck war anwesend ...

Nach der Klage:

„Sprecht es nicht laut in die Welt hinaus,
Redet leis, es ist Trauer im Haus,
Trauer im Hause Deutschland und Not;
Bismarck ist tot
Unser Bismarck ist tot."

mahnte Ernst von Wildenbruch aber jeden Deutschen zu jener Zeit und mahnt zu allen Zeiten:

„Laß nicht den Bismarck sterben in dir!
Gib es nicht her, das errung'ne Panier,
Laß in Vergessens Erbärmlichkeit
Nicht versinken die heilige Zeit,
Die uns den Kaiser gab und den Vater:
Wilhelm und Bismarck, seinen Berater.
Siehst du die Feinde? Hörst du sie flüstern,
Wie sie die Beute schleichend umlüstern?
Strafe sie Lügen, mach' sie zu Schand,
Wolle dich selber, deutsches Land,

Wolle dich selbst! Zwinge die Not!
Bismarck ist tot, ist nicht mehr tot.
In deiner Seele, die sich erhebt,
Steht er dir auf, kommt wieder und lebt,
Kommt und ist da,
  Allgegenwärtig und nah,
  Deutschland, dein Bismarck, er lebt!"

ACHTZEHNTES KAPITEL

Sinn und Lehre der Staatskunst Bismarcks

Die Überschau über Bismarcks Leben und Werk, zu der wir Deutschen erst im Dritten Reich durch das Erleben der Zeit von 1914 bis zur Gegenwart, durch die innere und äußere Überwindung des individualistischen Liberalismus fähig geworden sind, führt zum Sinn und zur Lehre der Staatskunst des Altreichskanzlers. Sie enthüllt eine ungeheure Tragik: Bismarck mußte sich in einer Zeit und Umwelt erfüllen, die in ihrer liberalistischen Haltung und Denkweise seiner Art und Weltanschauung diametral entgegengesetzt waren. Sie enthüllt zugleich eine einmalige Größe: Bismarck vollendete sein Werk, die deutsche Einheit, trotz der und im unablässigen Kampf mit der ihm wesensfremden Zeit und Umwelt, und er erhielt sein Werk, bis eine nicht ihm, sondern den Zeittendenzen gehorsame Nachwelt es in die größte Gefahr stürzte. Das Werk Friedrichs des Großen erfuhr einst dieselbe Tragik und Größe, es wurde ebenfalls in einer ihm wesensfremden Zeit, gegensätzlichen Epoche, die dem Liberalismus und Individualismus zustrebte, aufgebaut und blieb erhalten, solange sein Schöpfer lebte, bis die Nachwelt durch die Unterwerfung unter die westdemokratischen, den deutschen Lebensnotwendigkeiten feindlichen Tendenzen die gefahrvollste Erschütterung über Preußen brachte. Aber wie im Werke Friedrichs des Großen die Kräfte lebten, die den völligen Untergang seines Staates verhinderten und seine Wiederauferstehung durch die vom Reichsfreiherrn vom Stein unternommene Verbindung preußischer und gesamtdeutscher Art mit weltpolitischem Denken veranlaßten, so ging auch Bismarcks Werk, die deutsche Einheit, in der Zeit von 1918 bis 1933 nicht zugrunde; es zerfiel nur seines Staates monarchische und parlamentarische Regierungsform, nicht aber ihr Wesensgehalt, die Volkseinheit, deren Funda-

ment und erstes Haus. Es sammelten sich vielmehr während der düsteren, kämpfereichen Nachkriegsjahre die Kräfte, die von der kleindeutschen zur großdeutschen Einheit führten. Bismarcks Reich erwies sich als eine organische Schöpfung, die wie jeder gesunde Organismus weiterwächst, allen Widerständen zum Trotz So ging das Reich Adolf Hitlers naturgesetzlich aus dem Reich Bismarcks, das Dritte aus dem Zweiten Reich hervor.

Wir Deutschen der Gegenwart wissen, daß das Dritte Reich die Schöpfung Adolf Hitlers ist. Ebenso war, was die liberalen Mächte freilich nicht wahrhaben wollten und auch die reaktionären Gefolgsleute der monarchischen Idee leugneten, das Zweite Reich ausschließlich die Schöpfung Bismarcks! Er hat es in einem furchtbaren Titanenkampf und in einem erhabenen Opfer seines persönlichen Lebens einer fremden, daheim wie draußen grundsätzlich feindlichen Zeit und Welt abgerungen. Mächtig seiner Epoche vorausschreitend, das Werk Friedrichs des Großen fortführend, Preußen zu Deutschland erweiternd, Großdeutschland vorbereitend: der größte Deutsche der Neuzeit, wie der Führer ihn genannt hat!

Bismarcks Leben und Politik erscheinen auch dem oberflächlichen Blick von dem Zeitpunkt an schöpferisch, als sie das Ziel gefunden und aufgerichtet hatten: die deutsche Einheit. Dies Ziel war Bismarck gleichsam angeboren: mit seinem Geburtsjahr 1815, dem Befreiungskriegsjahr; es bestimmte seine Sturm- und Drangjahre, sein Ringen um weltanschauliche Klarheit bewußt und unterbewußt; es lebte auch in ihm, als er 1848/49 für Preußens Königtum kämpfte und anscheinend der Nichts-als-Preuße im parlamentarischen Streit war. Das Ziel klärte seine der Wirklichkeit zugehörige, erdverbundene und nicht zeitgebundene Natur und machte ihn zum Realpolitiker mit weltweitem Horizont. Was sollte ihm alle Politik, wenn sie nicht die Wirklichkeit gestaltete? Die Wirklichkeit, die zu gestalten war, stellte aber nicht Preußen als Aufgabe! Preußen war die Heimat, war die Vergangenheit und damit die Basis für das Handeln in der Gegenwart, für die künftige Wirklichkeit: Diese hieß allein deutsche Einheit.

Der Sinn aller Politik war ihm und ist zu jeder Zeit die Wirklichkeit! Dieser Satz umfaßt Bismarcks Gesetz, nach dem er angetreten, das er erfüllen mußte und erfüllte. Seiner Zeit und Umwelt aber war Politik Ideologie, Idealismus, Romantik, Theorie, Dogma, Grundsätzlichkeit, „Weltanschauung". Weltanschauung?! Auch

Bismarck war sie Weltanschauung! Er konnte aber die Welt nicht anschauen, ohne die Wirklichkeit mit der gleichen absoluten Wahrhaftigkeit zu erkennen und einzubeziehen wie das überirdische göttliche Reich. Für ihn bestand keine Weltanschauung ohne Wirklichkeit!

Seine Wirklichkeit war die preußisch-deutsche Wirklichkeit in der Mitte Europas, die er als geborener Preuße, von seiner niedersächsisch-pommerschen Heimat, von der monarchisch-aristokratischen Staats- und Ständeform, aus der geschichtlichen Erfahrung heraus vorurteilsfrei und unabhängig in seinen „Entschließungen von den Eindrücken der Abneigung oder der Vorliebe für fremde Staaten oder deren Regenten", wie er als junger Bundestagsgesandter an Leopold v. Gerlach schrieb, anschaute. Er trat dieser Wirklichkeit nicht mit irgendwelchen „Grundsätzen", also allermeist Vorurteilen gegenüber. „Wenn ich mit Grundsätzen durchs Leben gehen soll", sagte er, „so komme ich mir vor, als wenn ich durch einen engen Waldweg gehen sollte und müßte eine lange Stange im Munde halten." Und ein andermal schrieb er seiner Braut: „An Grundsätzen hält man nur fest, so lange sie nicht auf die Probe gestellt werden; geschieht dies, so wirft man sie fort wie der Bauer die Pantoffeln, und läuft wie einem die Beine von Natur gewachsen sind." Er verwechselte nicht Grundsatzlosigkeit und Charakterlosigkeit, wie es bei engstirnigen Grundsatzfanatikern häufig geschieht; er gab der angeborenen Natur die Ehre, mit der jeder einzelne und jedes Volk durchs Leben zu laufen hat. Diese preußisch-deutsche Natur seines eigenen Blutes und seines Volkes, diese seine und seines Volkes rassische Art war die einzige grundsätzliche Voraussetzung, die er anerkannte. Deswegen unterrichtete er sich über diese Natur auch in jeder, wohlgemerkt in jeder Beziehung an Hand der tatsächlichen Wirklichkeit nach Vergangenheit wie Gegenwart so umfassend, daß schon dem jungen Bundestagsgesandten in Frankfurt a. M. niemand mehr irgendein Vorurteil oder eine falsche Ansicht über Preußen-Deutschland, mochte sie konservativer oder revolutionärer, dogmatischer oder theoretischer, nationalistischer oder sozialistischer, absolutistischer oder parlamentarischer Herkunft sein, beibringen konnte. Er stand nach den Entwicklungs- und Reifejahren zwischen 1830 und 1850 so fest auf dem preußisch-deutschen Wirklichkeitsboden, gleich dem Erbbauern, der seinen Grund und Boden von seinen Vätern her und

aus eigenem verantwortungsvollen Tun und Handeln unbeirrbar kennt wie kein zweiter Bauer auf der ganzen Erde.

Bismarcks gesamte Politik (und auch menschliche Persönlichkeit) konnte aus dieser organischen und darum selbstverständlichen Kenntnis des preußisch-deutschen Lebens nur dessen Gestaltung und Erhaltung als Sinn und Ziel, Aufgabe und Erfüllung anerkennen.

In welcher Form immer Deutschland gelebt hat, ob nun als Erstes Reich bis 1648 oder als Zweites Reich, ob als Monarchie oder Republik, ob als Bundesstaat oder Staatenbündnis, ewiglich lag und liegt es in der Mitte Europas, rings umgeben von den Franzosen, Italienern, Russen, Polen, Dänen, Ungarn, Jugoslawen, Litauern, Holländern, Belgiern, eingekreist von Bergwällen, offenen Ebenen, Meeren und Küsten. Diese seine Lage hat das Lebensgesetz seiner Gestaltung und Erhaltung schon in Jahrhunderten erschaffen: Die Geschichte verrät es jedem, der ihr mit reinem Herzen und mit absolutem Verantwortungsgefühl begegnet. Bismarck eroberte darum als zweite Grundlage seiner Politik außer der Wirklichkeit, außer seiner Lebenskenntnis die Geschichte! Sie war seine Lehrmeisterin, die nicht nur sein Wissen füllte und seine Erfahrung bereicherte. Sie weckte auch seine Instinkte und machte seine hellseherische Gabe der Vorausschau sicher.

Die Geschichte nun lehrte ihn, etwa am Beispiel eines Friedrichs des Großen und seines Kampfes um den Staat, daß die preußisch-deutsche Wirklichkeit gewonnen und geformt, gefestigt und erhalten werden konnte nur durch die Macht. Keine Wirklichkeit bestand, wenn sie nicht in sich die Kräfte des Lebens so versammelte, daß sie sich dadurch gegen die Mächte der Vernichtung zu behaupten vermochte. Das Seiende schließt, soweit es am Leben bleiben will, die Kräftesammlung und Kräfteverwendung, d. h. aber die Macht ohne weiteres in sich. Nicht etwa jene Pseudomacht, die nur um ihrer selbst willen da ist, wie die Gewalt. Nicht jene falsche Macht, die vor Recht geht. Bismarck hat sich zeit seines Lebens auf das entschiedenste dagegen verwahrt, daß er den Ausspruch „Macht ginge vor Recht“ getan hätte oder gar nach diesem Ausspruch Politik triebe. Es ist vielmehr die gottgesetzte Macht, die allein aus dem Recht jedes Lebewesens und insbesondere jedes Volkes auf sein Dasein hervorgeht. Dies Recht wird von der Kräftesammlung geboren, die das Seiende — ob Einzelwesen oder Volks-

und Blutgemeinschaft — von Natur in sich trägt. Der Politiker hat allein die Aufgabe, diese Kräftesammlung zu organisieren, zu pflegen und für die Lebensbehauptung seines Volkes zu verwenden. In diesem organischen Sinne erklärte Bismarck am 6. Februar 1888, daß „jede Großmacht, die außerhalb ihrer Interessensphäre auf die Politik der anderen Länder zu drücken und einzuwirken und die Dinge zu leiten sucht, außerhalb des Gebietes periclitiert, welches Gott ihr angewiesen hat, Machtpolitik (d. h. Gewaltpolitik) und nicht Interessenpolitik treibt, auf Prestige hin wirtschaftet". In diesem Sinne trieb Bismarck nicht Machtpolitik nach außen, sondern nur nach innen, d. h. innerhalb des deutschen Raumes, der deutschen Interessengrenzen, um die deutschen Angelegenheiten zu ordnen. In diesem Sinne trieb Bismarck nach außen stets nur Interessenpolitik: er nahm nur dann Stellung zu den Vorgängen in der Welt, wenn diese die deutschen Interessen berührten, und wog auch dann stets die Interessen der anderen Mächte gegen die eigenen umsichtig und maßvoll ab. Es bedarf hier nur eines Hinweises auf seine Stellung zur Frage Krieg oder Frieden. „Der Friede, für dessen Erhaltung die deutsche Einheit von so hohem Werte ist", sagte er am 10. Juli 1892 zu Kissingen, „ist uns Allen ein Bedürfnis. Wir führen Krieg, wenn er uns aufgedrungen wird, mit Vaterlandsliebe und Begeisterung bis zum letzten Mann; aber wir suchen den Krieg nicht, wir haben keine Freude an ihm. Dem deutschen Charakter ist die militärische Ruhmsucht und Eitelkeit mancher anderer Völker, die ich nicht nennen will, fremd. Das Kriegführen und Renommieren mit kriegerischer Neigung ist für uns kein Bedürfnis, wir halten lieber Frieden." Freilich darf es kein Friede sein, „der der Befürchtung ausgesetzt ist", wie er am 30. Januar 1869 dem Preußischen Landtag sagte, „jeden Tag, jede Woche gestört zu werden"; solch Zustand „hat nicht den Wert eines Friedens; ein Krieg ist oft weniger schädlich für den allgemeinen Wohlstand als ein solcher unsicherer Friede". Bismarck stand der Frage Krieg oder Frieden weder als pazifistischer Ideologe noch als ehrgeiziger Heißsporn gegenüber, sondern als Kenner des wirklichen Lebens. Er wußte, daß das Leben Kampf ist und daß dieser Kampf sich bald in den Formen des Friedens, bald in den Formen des Krieges vollzieht. Er wußte, daß die Erhaltung des Friedens zwar Ziel der Gesamtpolitik sein muß, aber niemals nur von der deutschen Politik allein, sondern von allen kontinentalen Nachbarn

und ihrem Verhalten abhängt. Weil ihm bekannt war, daß diese Nachbarn „ohne Ausnahme Wünsche haben, geheime oder amtlich bekannte, die nur durch Krieg zu erfüllen sind“, richtete er seine Politik so ein, d. h. hinderte er den Krieg nach Möglichkeit oder schränkte er ihn ein, indem er sich in dem europäischen Kartenspiele, wie er in den „Gedanken und Erinnerungen“ schrieb, die Hinterhand wahrte und sich durch keine Ungeduld, keine Gefälligkeit auf Kosten des Landes, keine Eitelkeit oder befreundete Provokation vor der Zeit aus dem abwartenden Stadium in das handelnde drängen ließ. Gegenüber der Entscheidung „Krieg oder Frieden“ gab es für ihn nur das eine Gesetz, frei zu sein in der Wahl der Mittel wie der Stunde des Entschlusses, Herr über die politische Situation zu bleiben. Die Entscheidung selbst konnte nur für Krieg fallen, wenn es keine andere politische Möglichkeit für die Wahrung der Ehre und der Lebensnotwendigkeiten der Nation mehr gab. Niemals aber konnte sie für einen Angriffs- oder Präventivkrieg eingesetzt werden. „Nur für den Schutz unserer Unabhängigkeit nach Außen, unserer Einigkeit unter uns und diejenigen Interessen, die so klar sind, daß, wenn wir für sie eintreten, nicht bloß das einstimmige notwendige Votum des Bundesrats, sondern auch die volle Überzeugung, die volle Begeisterung der deutschen Nation uns trägt — nur einen solchen Krieg“ hielt Bismarck für vertretbar. Auch siegreiche Kriege können, so war seine Überzeugung und politische Praxis während seines ganzen Lebens, nur verantwortet werden, „wenn sie aufgedrungen sind“, denn „man kann der Vorsehung nicht so in die Karten sehen, um der geschichtlichen Entwicklung nach eigener Berechnung vorzugreifen“, wie er in den „Gedanken und Erinnerungen“ schrieb. Er hat immer wieder den Präventivkrieg abgelehnt, nicht aus irgendeinem theoretischen Grundsatz heraus, sondern weil er überzeugt war, daß nur d e r Krieg sittlich gerechtfertigt ist, der vom Volkswillen bejaht wird. Dann wird, wie er am 6. Februar 1888 im Reichstage sagte, „wenn wir angegriffen werden, das ganze Deutschland von der Memel bis zum Bodensee wie eine Pulvermine aufbrennen und von Gewehren starren, und es wird kein Feind wagen, mit diesem furor teutonicus, der sich bei dem Angriff entwickelt, es aufzunehmen“. Denn „wir Deutsche fürchten Gott, aber sonst nichts in der Welt; und die Gottesfurcht ist es schon, die uns den Frieden lieben und pflegen läßt“.

Die Realpolitik Bismarcks fußte klar auf den drei Grundpostulaten: Wirklichkeit, Geschichte und Machtanwendung. Wer sie besitzt oder erfüllt, ist darum freilich noch längst nicht zur politischen Tat berufen, denn zu ihrer Verwendung im Gegenwartsgeschehen der Zeit für die Gestaltung des Heute und des Morgen gehört jene geheimnisvolle Veranlagung, durch die allein Wissen und Erkenntnisse, Begriffe und Lehren zu willensbestimmtem Leben werden. Deswegen bleibt auch für jeden Deuter der Staatskunst und Persönlichkeit Bismarcks, ihres Sinnes und ihrer Lehre eine ehrfurchtgebietende Grenze der Erkenntnis, vor der wir nur haltmachen können. Wir nennen sie Genie und Instinkt. Sie sind von Gott verliehen und allein berufen, aus Wirklichkeit, Geschichte und Macht jene organische Willenseinheit zu formen, durch die dann die Zeit und die Entwicklung eines Volkes gestaltet und geleitet werden.

Bismarck wußte um diese Begnadung. Er ordnete sich deswegen und besonders, nachdem er in seiner Bekehrung mit Gott um das letztmögliche Wissen gerungen hatte, völlig in den „Zusammenhang durch die Generationen ein". Er begann sein Werk weder als umstürzender Revolutionär, noch führte er es im Machtrausch durch: Er säte und ließ wachsen, er fügte sich in den Strom der Entwicklung, ja, er gehorchte jenem ewigen Werden, das ein Wort über dem Tor einer Forstakademie ihm verkündet hatte: „Wir ernten, was wir nicht gesäet haben, und wir säen, was wir nicht ernten werden." Er war deswegen in seinem ganzen politischen (wie auch persönlichen) Leben niemals zu jener Hybris, zu jener Überhebung fähig, die durch ihre Maßlosigkeit, durch ihren wahnvollen Glauben an eigene Gottähnlichkeit ihr Werk wieder zerstört. Er besaß mit der Macht auch stets das Maß!

Bismarck empfing dieses Maß in der Anwendung der Macht aus dem Bewußtsein des organischen Zusammenhanges allen, also auch des völkischen und staatlichen Lebens. Volk und Staat waren für ihn nicht einmalige, nicht zeitliche Erscheinungen, sondern, wie er einmal gesagt hat, „permanent-identische Persönlichkeiten", d. h. nichts anderes als überpersönliche Mächte, die sich in einem fortgesetzten, niemals endenden Wachstum befinden. Deswegen lebte und wirkte er aus der Anschauung heraus, daß „der Mensch den Strom der Zeit nicht schaffen und nicht lenken", daß „er nur auf ihm fahren und steuern kann". „Fert unda nec regitur", sagte er. Deswegen bekannte er sich dazu, daß „die Politik eine Aufgabe ist,

mit der eigentlich nur die Schiffahrt in unbekannten Meeren eine Ähnlichkeit hat. Man weiß nicht, wie das Wetter, wie die Strömungen sein werden, welche Stürme man erlebt ..." Bismarck fühlte sein politisches Leben deswegen stets unter dem Gesetz des Schicksals: Es vollzog sich für ihn selbst in den letzten Entwicklungen geheimnisvoll, ja fast unbewußt. Er sah zwar in der Politik „eine eminent praktische Wissenschaft", aber weil man sich bei ihr „an die Form an die Normen, an Theorien, in die es gerade hineinpassen soll, nicht so sehr kehren kann", wieder keine Wissenschaft im üblichen Sinne, sondern vielmehr „eine Kunst, zu deren Ausübung Erfahrung gehört". Diese Erfahrung lehrt, was politisch, d. h. im politischen Zusammenhang der Wirklichkeit, der Macht- und Interessenzustände aller Völker zu einer bestimmten Zeit, in einer bestimmten Epoche möglich ist. „Die Deutschen aber", sagte Bismarck, „können sich, weil sie eben noch kaum der politischen Kinderstube entwachsen sind, nicht daran gewöhnen, die Politik als eine Wissenschaft des Möglichen zu betrachten, wie mein intimer Gegner Papst Pius IX. mit Recht gesagt hat. Die Politik ist keine Mathematik oder Arithmetik. Man hat wohl auch in der Politik mit gegebenen und unbekannten Größen zugleich zu rechnen, aber es gibt keine Formeln und keine Regeln, um im voraus das Fazit ziehen zu können. Darum habe ich mich nicht an die Meinungen und Mittel anderer Staatsmänner gehalten, sondern mir ihre Rechnungsfehler zur Warnung dienen lassen. Napoleon I. verdarb, weil er, pochend auf seine kriegerischen Erfolge, mit allen Staaten Händel anfing, statt den Frieden zu erhalten. Das Kriegsglück machte ihn rauflustig und übermütig. Er begab sich in seinem Allerweltsherrscherdünkel in Gefahren ohne Ende und kam darin um. Seine große Schöpfung ging nach kurzem Bestand in die Brüche, weil er die erste Tugend eines Staatsmannes — die weise Mäßigung nach den größten Erfolgen — gegenüber anderen Völkern nicht übte ..." Bismarck hat für sich, bewußt und unbewußt, den politischen Erfahrungsschatz, den die napoleonische Epoche von der Französischen Revolution bis zur Neuordnung Europas durch Reichsfreiherrn vom Stein und Metternich ihm noch unmittelbarer zum Erlebnis in seinen Jugendjahren brachte, innerlich verarbeitet und fortentwickelt, indem er überzeugt war, daß „die Politik an sich keine logische oder exakte Wissenschaft ist, sondern die Fähigkeit, in jedem wechselnden Moment der

Situation das am wenigsten Schädliche oder das Zweckmäßigste zu wählen".

Diese Wahl, bei der Bismarck sich auch des Glückes, das das Schicksal zu dem Unwägbaren für den Erfolg zuteilen muß, stets demütig bewußt war, ist von jenem Vermögen abhängig, „in jeder neuen Situation intuitiv zu erkennen, wohin der richtige Weg geht". Diese Intuition hat freilich nichts mit jener naiven Einbildung des politischen Dilettanten zu tun, der vermeint, ihm würde offenbar, was kein Verstand der Verständigen sieht. Sie ist vielmehr eine schöpferische Veranlagung, die für ihre Arbeit die schärfste Anwendung alles Wissens, Denkens, Erfahrens, aller Kritik und aller Verantwortung, aller Berechnung und aller Phantasie, aller Listen und aller Weisheit unter äußerster Anspannung aller Nerven voraussetzt und verlangt. Es ist die Intuition der schöpferischen Kunst: Sie verzichtet niemals auf die letzte Beanspruchung aller dem schaffenden Menschen zur Verfügung stehenden Kräfte und Mittel, insbesondere des klügsten, ausgebildetsten und niemals ruhenden Gehirns. Bismarcks Politik war darum zuerst und immer wieder die unablässigste und schärfste Gehirnarbeit. Diese Gehirnarbeit nutzte alle Naturkräfte, wie den Instinkt und die Intuition, die Phantasie und den Willen, die Entschlußkraft und auch die Dämonie für die Ausführung. Niemals aber zügellos, niemals schrankenlos. Sondern aus dem Wissen heraus, daß alles politische Handeln sich im Raume der Wirklichkeit vollzieht und Folgen für die lebenden und nachlebenden Menschen nach sich zieht, unter der ständigen Kontrolle des Gewissens. Durch diese Unterwerfung unter das Gewissen kam Bismarck dazu, seine Machtanwendung stets auch im Einklang mit dem Sittengesetz zu wissen.

Bismarck hat sich mit Recht stets dagegen gewehrt, als Staatsmann gewissenlos oder rücksichtslos genannt zu werden: „Ich bin", sagte er am 26. Dezember 1865, „meinem Gefühl nach, eher feig und das, weil es nicht leicht ist, in den Fragen, die an mich treten, immer die Klarheit zu gewinnen, auf deren Boden das Gottvertrauen wächst." Er konnte sich, weil er auf dem irdischen Kampfplatz sich immer vor Gott verantwortete, niemals in jenes maßlose Selbstvertrauen, vor dem er die Politiker warnte, verlieren, sondern hielt die Bescheidenheit für „eine sehr gute Eigenschaft" eines Staatsmannes. Er kannte alle Imponderabilien, die bei jeder politischen Tat auch kleinster Art, ja bei jedem politischen

Wort mitsprechen, und wußte zugleich, daß noch stets ein Unwägbares, Ungreifbares, jene erhabene Schicksalsgewalt, der wir Menschen unterliegen, mitwirkt. Er war auch hier stets jener germanische Mensch, der zuletzt das Gelingen seines besten Wollens und verantwortlichsten Entscheidens als ein Wunder, als eine Gnade, als ein Geschenk Gottes ansieht. Weltgeschichte kann man nicht machen, war seine feste Überzeugung, wie er wiederholt ausgesprochen hat; man kann „nur abwarten, daß sie sich vollzieht. Wir können das Reifen der Früchte nicht dadurch beschleunigen, daß wir eine Lampe darunterhalten, und wenn wir nach unreifen Früchten schlagen, so werden wir nur ihr Wachstum hindern und sie verderben", sagte er am 16. April 1869 zum Norddeutschen Reichstag, indem er den Abgeordneten mehr Geduld anempfahl, „der Entwicklung Deutschlands Zeit zu lassen". „Man kann Geschichte überhaupt nicht machen", zog er am 30. Juli 1892 zu Jena das Fazit seines politischen Tuns, „aber man kann immer aus ihr lernen, wie man das politische Leben eines großen Volkes seiner Entwicklung und seiner historischen Bestimmung entsprechend zu leiten hat. Das ist das ganze Verdienst, das ich für mich in Anspruch nehmen kann. Es gehört allerdings noch mehr dazu — Freiheit von Vorurteil, Bescheidenheit und Verzicht auf gewisse Lieblingsideen, und zwar in höherem Grade als eine überlegene Intelligenz, die alles vorauszusehen und zu beherrschen glaubt." Es gehört für Bismarck zuletzt ein tiefes, unzerstörbares Gottvertrauen dazu, eine Hingabe an das Gewissen, „welches Gott uns als Fühlhorn durch das Dunkel der Welt mitgegeben", eine Gottesfurcht, aus der die Gewißheit wächst, daß es seine „von Gott auferlegte Pflicht" wäre, „die Freiheit gegen fremden Geistesdruck und die Unabhängigkeit unseres Volkes gegen fremde Eingriffe zu schützen". Darum hörte seine Tochter ihn kurz vor seinem Tode laut beten: „Gott schütze das Deutsche Reich!" Darum begann er, wie er am 3. Mai 1851 an seine Gattin schrieb, seinen eigenen politischen Weg mit den Worten: „Ich habe mit keiner Silbe herbeigeführt oder auch nur erwünscht, was geschieht, ich bin Gottes Soldat, und wo er mich hinschickt, da muß ich gehen, und ich glaube, daß er mich schickt und mein Leben zuschnitzt, wie er es braucht." Und darum vollbrachte er sein Werk in dem Wissen: „Der Staatsmann kann nie selber etwas schaffen, er kann nur abwarten und lauschen, bis er den Schritt Gottes durch die Ereignisse

hallen hört; dann vorzuspringen und den Zipfel seines Mantels zu fassen, das ist alles ..."

So war bei Bismarck und ist bei jedem großen Staatsmann germanischer Art zuletzt die Gottesfurcht das Fundament, auf dem seine Politik und damit die Staatsbildung und Staatsführung seines Volkes sich aufbaut. Von diesem Fundament aus wurde er fähig, die Gegensätze des Weltlichen und Göttlichen, die Widersprüche des Persönlichen und Allgemeinen, die Antinomien der politischen Praxis nicht nur zu überwinden, sondern fruchtbar zu machen. Von diesem Fundament aus wurde er in jedem Sinne, damit also in der Ganzheit zum unbedingten Diener des Monarchen, des Staates, in dem das Volk sich politisch organisiert, zu jenem Diener, der sich angreifen ließ und doch unverdrossen weiter arbeitete, der sich „Verlegenheiten und Verdrießlichkeiten aussetzte", und doch stets das Gefühl hatte, „Gottes wegen meine Schuldigkeit tun zu müssen", „Wenn ich an eine göttliche Ordnung nicht glaubte", fuhr er am 28. September 1870 zu Ferrières in seinem Tischgespräch fort, „welche diese deutsche Nation zu etwas Gutem und Großem bestimmt hätte, so würde ich das Diplomatengewerbe gleich aufgeben oder das Geschäft gar nicht übernommen haben!" Sein Dienst am deutschen Volke war ihm zutiefst Gottesdienst!

Die Politik, die von solchem Ethos bestimmt und erfüllt wird, ist in jeder Phase ihrer Entwicklung von höchster Verantwortung erfüllt. Wer Bismarcks Lebensarbeit und Methode als machiavellistisch oder opportunistisch, skrupellos oder gewalttätig, egoistisch oder parteilich bezeichnet, hat keinen Hauch ihres wirklichen Wesens verspürt. Es ist die Tragik Bismarcks, daß seine Zeit und ihre Menschen, mit wenigen Ausnahmen, verständnislos an ihm vorbeiurteilten und ihn in eine erschütternde Einsamkeit zwangen. Doppelte Tragik darum, weil ihm nicht mehr die Kräfte noch die zeitlichen Möglichkeiten verblieben, über die Schöpfungen seiner politischen Weltanschauung und seines Werkes hinaus auch noch die Deutschen seiner Zeit durch Schaffung einer großen Bismarck-Partei ähnlich unserer nationalsozialistischen Bewegung zu seinem Geiste zu erziehen. Er ging zuletzt in seinem tiefsten Wesen unerkannt durch seine Zeit. Die Nachwelt der Generation Wilhelms II., der selbst von 1890 bis an seinen Tod kein politisches Wort mehr mit ihm sprach und keinen politischen Rat mehr von ihm erbat (!), ging nach den Ideen des Liberalismus, nicht aber nach Bismarcks

Weltanschauung, ihren traurigen Weg. Sie war es, die 1918 besiegt und zerschlagen wurde, ihr Liberalismus undeutscher Art, ihr übertriebener Parlamentarismus. Nicht Bismarcks Politik, nicht Bismarcks Westanschauung, nicht Bismarcks Reich ...

Bismarcks Staatsanschauung ist, bei allem Zeitgebundenen, das ihrem Kampfe mit dem Tagesgeschehen in der Wirklichkeit anhaftet, zuletzt die deutsche Staatsanschauung schlechthin. Ausgehend von der Wirklichkeit des deutschen Blutes und Bodens mit ihrer ewig unabänderlichen Lage in Europas Mitte, weiß sie, daß dieses deutsche Volk als Einheitsstaat in Europa sich nur behaupten kann, wenn es das egoistische Interesse des Staates und seine ideelle wie materielle Macht zum Grundgesetz seiner Politik erhebt. Das egoistische Interesse und die Macht aber empfangen ihr Maß von dem Volk, nicht etwa von der Souveränität einer Dynastie. Bismarck sah freilich das Volk noch nicht in der geschlossenen, durch den Weltkrieg und die Nachkriegszeit geläuterten Klarheit, wie wir Menschen der Epoche Adolf Hitlers. Für den Altreichskanzler waren Volk und Rasse nur erst die urschöpferischen Kräfte, die der Staat allein ins Licht der Geschichte und damit der Politik erhebt. Bismarck folgte noch Ranke, der einmal gesagt hat: „Der Staat ist seiner Natur nach bei weitem enger geschlossen als die Nation, er ist eine Modifikation wie des menschlichen so auch des nationalen Daseins.“ Bismarck setzte noch das staatliche über das völkische Prinzip; sonst hätte er nicht bei seinem kleindeutschen Reiche haltmachen, sondern folgerecht zum großdeutschen Reiche fortschreiten müssen. Er beschränkte sein Werk auf das in seiner Zeit staatlich Mögliche, wich damit freilich auch vorbildlich der Gefahr eines falschen Pangermanismus aus und schuf gerade durch seine Selbstbeschränkung, durch sein Maß das Dritte Reich voraus, weil er nun dem neugegründeten Deutschen Reich die Zeit ließ, festzuwurzeln in Europas Mitte. Er hatte im Kriege 1870/71 nur zu klar gespürt, daß er mit der Errichtung des Reichs und der Einverleibung Elsaß-Lothringens als Bollwerk gegen den angriffslustigen Westen jene äußerste politische Grenze erreicht hatte, auf der sich der Frieden vom Krieg, die aktive Feindschaft Englands von dessen Stillehalten Deutschland gegenüber schied. Bismarck war 1871 an der Grenze der damaligen politischen Möglichkeiten der deutschen Volkseinigung in e i n e m Staat angelangt und konnte dessen Lebensraum nur noch einmal — 1884/85 — durch

die Kolonien erweitern, als die politische Lage — Englands Isolierung — die Möglichkeit dazu ließ. Er widmete darum die zweite Hälfte seiner politischen Lebensarbeit dem friedensmäßigen, auf die Dauer ausgerichteten Einbau seines Reichs in das Dasein und die Zusammenarbeit Europas und der Welt. Er wurde dadurch nach dem Einiger der Deutschen der Garant des Friedens auf dem Kontinent. Der Sinn und die Lehre dieser seiner außenpolitischen Arbeit bleiben sich auch über das Zweite Reich hinaus für das nun im Großdeutschen Reich geeinte Volk gleich: Die maßvolle Machtanwendung zur Behauptung der Lebensinteressen unseres Staates und Volkes unterliegt der durch die Wirklichkeit unserer Lage in der Mitte Europas bestimmten Selbstbeschränkung und wird bei Anerkennung der Selbstbeschränkung stets der Garant des europäischen Friedens sein!

Bismarck hatte gegenüber dieser von ihm voll erfüllten außenpolitischen Aufgabe die innerpolitischen Entwicklungen zurückgestellt. Wenn auch dadurch die innerpolitischen Mächte Richtungen einschlugen, die nach seinem Fortgang bis zur Gefahr der Reichszerstörung auswucherten, und Bismarck im Kampf um das Sozialistengesetz durch das Aufwachsen einer jungen, ihm nicht folgenden Generation zu spät kam, um den gleichen Innenbau zu errichten, wie sein Außenbau beschaffen war, so lehrten Bismarcks Politik und Werk doch, daß die Außenpolitik stets das Primat vor der Innenpolitik hat, wenn Deutschland leben will. Er folgte hier Rankes Wort: „Das Maß der Unabhängigkeit gibt einem Staate seine Stellung in der Welt; es legt ihm zugleich die Notwendigkeit auf, alle inneren Verhältnisse zu dem Zweck einzurichten, sich zu behaupten. Das ist sein oberstes Gesetz." Bismarck kam aber nicht mehr dazu, obwohl seine Sozialgesetzgebung in den achtziger Jahren und noch sein Planen im Frühjahr 1890 mit der Überwindung des Parlamentarismus ein grandioser Anfang in Richtung einer Inneneinrichtung des Reichs nach den außenpolitischen Notwendigkeiten waren; er wurde von den Mächten, denen er die Treue gehalten, den monarchisch-dynastischen und von den Urfeinden seines Lebens, den individualistisch-liberalen Parlamentariern, verdrängt, ehe er sein Werk vollenden konnte. Im Weltkriege und in der Nachkriegszeit mußten wir Deutschen unter bittersten Leiden erfahren, wie durch Bismarcks vorzeitigen, gewaltsamen Sturz gegen das innere und äußere Lebensgesetz unserer Existenz gewütet

worden war: Im Dritten Reich weiß jeder Deutsche, daß kein Reich im Innern glücklich bestehen kann, wenn es nach außen hin unfrei ist, und daß die äußere Freiheit auch die innere Struktur des Staates bestimmt. Niemals können partikularistische oder wirtschaftliche Gesichtspunkte unabhängig von der außenpolitischen Lage des Staates das Glück eines Volkes und seiner staatlichen Einheit ausmachen, sondern stets nur jene geschlossene Persönlichkeit der Volkseinheit im Raume der anderen Völker, die wir heute den Volksstaat nennen! Dieser Volksstaat muß aber in der Lage sein, über sich nach innen und außen in Freiheit zu verfügen, um dem Gebot folgen zu können, das Bismarck ihm gab, als er aussprach, daß der Staat alles kann! Der Staat — der Volksstaat — kann alles, wenn er in Unabhängigkeit sich selbst bestimmt. Dann lösen sich alle innerpolitischen Probleme in organischer Entwicklung gleichsam automatisch ...

Bismarck war das „Werkzeug in Gottes Hand“, die Deutschen zu einigen. Er gab uns das Reich. Er konnte sein Werk schaffen, weil er in unbegrenzter Sachlichkeit, mit einer Wahrhaftigkeit sondergleichen und einer Denkschärfe ohne Maß die Wirklichkeit zur Grundlage seiner willensfesten Entschließungen und unerschütterlichen Zielsetzungen machte. Aus dieser Sachlichkeit und Wahrhaftigkeit heraus erkannte er in den Jahren nach 1871 und vollends, als sich die Generation Wilhelms II. zur Herrschaft meldete, daß ein schwerer Riß mitten durch seinen Bau hindurchging, daß ein Widerspruch zwischen dem politischen Getriebe des liberalen Parlamentarismus und dem wahren Leben des Volkes aufklaffte. Er ging daran, diesen Widerspruch zwischen der politischen Ideologie der anderen (wohlgemerkt nicht der seinen!) und der Wirklichkeit zu überwinden, indem er die Wirtschaftspolitik aus dem Freihandel in den Schutzzoll hinüberführte und den ihm aus dem preußischen Staatsdenken her selbstverständlichen Sozialismus zu verwirklichen begann. Er war aber im monarchischen Staat nur Diener und nicht Herr, er war nicht der — Führer ... So konnten denn die Geister, die im Banne der westlichen Ideen lebten, vom Monarchen bis zum Parlament, ihn verdrängen. Sie vermochten freilich den ewigen Gang des Schicksals nur aufzuhalten, aber nicht zu verhindern, Der Gang des deutschen Schicksals wurde und wird allein von den Kräften bestimmt, die in Bismarck lebten und entscheidend waren. Es sind die Urkräfte des

germanischen Seins im germanischen Raume. Sie sind unabänderlich. Es gilt nur für jede Generation, sie stets neu zu wecken und mit allen Mitteln, geistigen wie politischen Bündnissystemen wie Weltpolitik, wirtschaftlichen wie sozialen Entwicklungen, an der Vorherrschaft zu erhalten. Sie waren zu unserem Glück während des neunzehnten Jahrhunderts in Bismarck Erscheinung geworden. Der Genius unseres Volkes wurde in ihm damals Wirklichkeit. Wir erlebten und erfuhren durch ihn die letzte Möglichkeit und den letzten Sinn unseres politischen Seins. Wir können niemals über die Grenzen, die er für unsere Mitteleuropaexistenz außen- wie innerpolitisch offenbart hat, hinweg. Deutschland liegt in Bismarck umschlossen. Bismarck ist Deutschland. Wie jeder wahre deutsche Staatsmann und Führer Deutschland ist. Bismarck ist damit allen Generationen unseres Volkes immer wieder Aufgabe und Erfüllung, Zielsetzung des Lebens und Vollstreckung unseres wahren Wesens im politischen Raume.

